The Wayback Machine - https://web.archive.org/web/20241205095332/https://www.mao-projekt.de/BRD…
Zur Hauptübersicht der Datenbank MAO Zur nächsten Zwischenübersicht

Dezember 1967

Materialien zur Analyse von Opposition

Von Jürgen Schröder, Berlin, 3.12.2017

Die Datenbank MAO ist ein vollständig selbstfinanziertes Projekt. Unterstützen Sie uns durch

Spenden

Der Dezember 1967 wird hier im Spiegel der oppositionellen Gruppierungen und ihrer Publikationen dargestellt, wobei die benutzten Quellen keineswegs erschöpfend sind und der Ergänzung bedürfen.

An zahlreichen Schulen organisieren sich Ende 1967 die antiautoritären Schüler, an den Hochschulen ging die Auseinandersetzung um das Hochschulgesetz in Baden-Württemberg und das Universitätsgesetz in Berlin weiter, wobei vor allem das Disziplinarrecht und das politische Mandat der Studenten umstritten waren.

An den beiden Berliner Universitäten enden die Wahlen zu den Studentenparlamenten, nach denen die Linken an der FU, unter denen der Sozialistische Deutsche Studentenbund (SDS) deutlich stärker wurde, allein und in Koalition mit der Linken Mitte an der TU den AStA stellen. Neben den diversen Wahlparties kommt es am 9./10. Dezember in der TU Berlin auch zum bisher "größten hippie fest berlins".

Die Anerkennung der DDR wird nicht allein von der APO in Westberlin gefordert, sondern auch von Funktionären des Kuratoriums Unteilbares Deutschland.

Fortgesetzt wird, nicht zuletzt an und in den Kirchen, der Protest gegen Vietnamkrieg, aber auch gegen die Militärjunta in Griechenland, wobei Letzterer sich verknüpft mit den Protesten gegen die Haftstrafen und Todesurteile gegen die aus der Bundesrepublik und Westberlin verschleppten Südkoreaner.

Auszug aus der Datenbank "Materialien zur Analyse von Opposition" (MAO)

Dezember 1967:
Nach einem Bericht von Schlomann/Friedlingstein erscheint die chinesische Wochenillustrierte 'China im Bild' erstmalig in deutscher Sprache. Herausgeber ist Karsten Dettmann, früherer Mitarbeiter der Zeitschrift 'Neue Politik'.
Quelle: Schlomann, F. W. / Friedlingstein, P.: Die Maoisten, Frankfurt 1970, S. 78f

Dezember 1967:
Probably in December the All Japan federation of student autonomous associations publishes the booklet "Zengakuren. Struggle of Japanese students autumn 1967", that we only have a damaged copy of, containing the paragraphs:
- "Haneda struggle against Sato's visit of South Vietnam and USA" from 8th Oct. to 12th Nov. 1967;
- "Struggle of Zengakuren Aug. - Nov. 1967";
- "International Day against…" probably: the Vietnam war;
- "Struggle in Okinawa for return to Japan mainland";
- "From Sunagawa to Sanrizuka developing struggle of peasants"; and
- "State power intends destruction of Zengakuren application of subversive activity prevention law planned".

Q: All Japan federation of student autonomous associations: Zengakuren. Struggle of Japanese students autumn 1967, Tokyo undated (1967)

Dezember 1967:
In Palästina wird, laut Informationen der KPD/ML-ZB vom Juni 1970, die Palästina-Befreiungsfront (PFLP) des Arztes Dr. George Habbasch gegründet.
Q: Kommunistischer Nachrichtendienst Nr. 6, Bochum 15.6.1970

Dezember 1967:
Das Sozialistischen Palästinakomitee (SPK) Heidelberg (vgl. Juli 1971) berichtet aus dem Südjemen (vgl. 14.10.1963, März 1968) von Ende 1967 über die Angriffe der FNL auf Cheikh-Ottoman und Crater

(Araberviertel von Aden).
Q: Al-Djabha Die Front Nr. 12, Heidelberg 1971

Dezember 1967:
Nach einem Bericht von Schlomann/Friedlingstein kommt es Ende 1967/Anfang 1968 in der Parti Communiste (Marxiste-Leniniste) de Belgique (PCMLB) zu heftigen ideologischen Auseinandersetzungen (vgl. 19.11.1967, Okt. 1968).
Q: Schlomann, Friedrich Wilhelm; Friedlingstein, Paulette: Die Maoisten, Frankfurt 1970, S. 115

Dezember 1967:
In Stockholm in Schweden erscheint das 'Viet-Nam Bulletin' Nr. 5 (vgl. Okt. 1967), das sich auch mit Indonesien befaßt.
Q: SC: Info Nr. 3, Frankfurt 13.5.1969

Dezember 1967:
Die Aktion Lateinamerika (ALA) Freiburg (vgl. 2.7.1973) berichtet aus Guatemala über rechte Terrorakte:" Das Gerichtswesen wurde während der Terrorperiode verschiedentlich durch Antiguerillagruppen und Guerilleros unter Druck gesetzt; im allgemeinen hatte ihre Aktivität keinen mildernden Einfluß auf die Gewalt. Es genügt aufzuzeigen, daß allein an einem einzigen Tag im Dezember 1967 die Studentenvertretung 267 Vermisstenanzeigen einreichte, ohne daß eine davon Erfolg hatte."
Q: Aktion Lateinamerika Nr. 1, Freiburg 1973, S. 16

Dezember 1967:
In der Dezemberausgabe der 'Blätter für deutsche und internationale Politik' erscheint der Beitrag von Hans-Jürgen Haug: "Demokratisierung der Schule durch politische Schülerorganisationen. Kritik, Praxis und Pläne des AUSS", der auch als Sonderdruck Argumente zur Zeit Nr. 44 für 1 DM vertrieben wird. Es handelt sich um das überarbeitete Referat "Kann die SMV unsere Interessen vertreten?" vom 18. Juni 1967. Berichtet wird durch die Redaktion im Vorspann von der Entstehung der Schülerbewegung aus Berlin und Göttingen.
Q: Blätter für deutsche und internationale Politik Sonderdruck Argumente zur Zeit Nr. 44, Köln 1967

Hans-Jürgen Haug

Demokratisierung der Schule durch politische Schülerorganisationen

Kritik, Praxis und Pläne des AUSS

44

SDS-Bundesvorstand
6000 Frankfurt/Main
Wilhelm-Hauff-Straße 5

Argumente zur Zeit DM 1,-
Sonderdruck aus
„Blätter für deutsche und internationale Politik"
Heft 12/1967
prv Pahl-Rugenstein Verlag · Köln

Hans-Jürgen Haug

DEMOKRATISIERUNG DER SCHULE DURCH POLITISCHE SCHÜLERORGANISATIONEN

Kritik, Praxis und Pläne des AUSS

© 1967 by Pahl-Rugenstein Verlag, Köln
Alle Rechte vorbehalten
Herstellung: Druckerei Peter Millard & Co KG, Köln
Printed in Germany

Hans-Jürgen Haug

Demokratisierung der Schule durch politische Schülerorganisationen

Kritik, Praxis und Pläne des AUSS

Den Initiativen der Studenten zur Demokratisierung der Hochschule folgen nunmehr auch demokratische Aktivitäten der Ober-, Mittel- und Berufsschüler. Zum erstenmal in der Geschichte der zweiten deutschen Republik gibt es eine politische Schülerorganisation: Das Aktionszentrum Unabhängiger und Sozialistischer Schüler, kurz AUSS.

Es begann im letzten Winter in Berlin. Fünfzig Schüler — unter ihnen die beiden Söhne des Außenministers — hatten sich im Club „ca ira" versammelt, um über Maßnahmen gegen die „allmächtige Schulleitung" zu beraten. Anfang Februar d. J. gründeten sie die „Unabhängige Schülergemeinschaft". Mitinitiator Peter Brandt sagte dazu: „Es kann nicht zugelassen werden, daß in der Schule systematisch Leute ohne Rückgrat, verschüchterte Befehlsempfänger gezüchtet werden." Die nächste Station war Göttingen. Dort erregte Ende Februar d. J. ein Flugblatt Aufsehen, das in einer Auflage von zweitausend Exemplaren vor sämtlichen Gymnasien verteilt wurde. „Die Schüler", so hieß es darin, „sind in unserer Gesellschaft eine unverhältnismäßig rechtlose, unterdrückte und von nichtdemokratisch kontrollierten Instanzen abhängige Gruppe."

Als am 18. Juni d. J. der erste Schülerkongreß veranstaltet wurde, waren Fernsehen, Funk, Presse, Film und achthundert Schüler dabei. Die Einleitungsreferate wurden gehalten von Prof. Wolfgang C. Müller, Dr. Erich Reichwein, Dr. Sebastian Herkommer und dem Göttinger Gymnasiasten Reinhard Kahl. Am Nachmittag versammelten sich Arbeitskreise zu den Themen Schülermitverwaltung, Deutsch- und Geschichtsunterricht, Sexualtabus an der Schule, 17. Juni.

Viele hatten gehofft, daß der Elan der Schüler über die Sommerferien abklingen würde. Doch Schülerbünde schossen wie die Pilze aus dem Boden. Bei der zweiten Delegiertenkonferenz (14./15. Oktober d. J.) hatte das AUSS bereits siebenundvierzig Gruppen mit insgesamt eintausenddreihundert Mitgliedern. Heute — Anfang Dezember — registriert die AUSS-Zentrale (Frankfurt/Main, Wilhelm-Hauff-Straße 5) sechsundfünfzig Gruppen.

Im folgenden veröffentlichen wir die überarbeitete und erweiterte Fassung eines Referates, das der zwanzigjährige Abiturient und jetzige Soziologiestudent Hans-Jürgen Haug am 18. Juni d. J. zum Thema "Kann die SMV unsere Interessen vertreten?" gehalten hat.

D. Red.

I

Kann die Schülermitverwaltung (SMV) unsere — der Schüler — Interessen vertreten? Die Antwort fällt von vornherein negativ aus. Das gestehen Lehrer ebenso ein wie angepaßte Schüler. Dennoch reagiert fast jeder auf diese Fragestellung allergisch. Sie provoziert. Sie rührt an eine Übereinkunft dieser Gesellschaft, nach der es Schülern nicht ansteht, Interessen zu haben. Also brauchen sie

Blätter für deutsche und internationale Politik

entschieden demokratisch

In den letzten Heften:

Reinhard Opitz, *Der große Plan der CDU: die „Formierte Gesellschaft"*
Prof. Dr. jur. Helmut Ridder, *Panorama der Notstandsgesetzgebung*
Prof. Dr. Oswald v. Nell-Breuning, *Mitbestimmung*
Horst Symanowski, *Die Mitbestimmung am Arbeitsplatz*
Hans Heinz Holz, *Intelligenz und Mitbestimmung*
Heinrich Böll, *Literatur – human, sozial*
Dr. Günther Anders, *Über das Protestieren*
Prof. Dr. Max Bense, *Die Funktion der „intellektuellen Opposition"*
Paul Neuhöffer, *Die Legende von der „demokratischen" Notstandsgesetzgebung*
Jules Moch, *Entspannung und Deutschland*
Heinrich Hannover, *Hat die SPD etwas aus der Geschichte gelernt?*
Eberhard Czichon, *Wer verhalf Hitler zur Macht?*
Dr. Wolfgang Plat, *Müssen die Deutschen sich wieder vereinigen?*
William Borm, MdB, *Nutznießer und Gehilfen – Gedanken zur Großen Koalition*
Prof. Dr. Werner Hofmann, *Der Rechtsradikalismus in der Bundesrepublik und seine Quellen*
Prof. Dr. Helge Pross, *Koloß ohne Geist: der Frauenbericht der Bundesregierung*
Hans G. Helms, *Die gesellschaftsfeindliche Ideologie Eugen Gerstenmaiers*
Jörg Huffschmid, *Karl Schillers Konzertierte Aktion*

XII. Jahrgang 1967, monatlich ca. 100 Seiten
Einzelheft DM 3,–, im Abonnement DM 2,50, für Studenten und Schüler DM 2,–

prv Pahl-Rugenstein Verlag
KÖLN · Barbarossaplatz 2

auch keine Interessenvertretung. Das klingt ebenso logisch, wie es falsch ist. Nur die wenigsten Schüler stoßen sich daran. Für sie ist eine Schülermitverwaltung, eine SMV, nicht notwendig. Sie glauben ihre Interessen von den Lehrern besser wahrgenommen. Ihr Ziel ist es — wie es im Jargon heißt — möglichst gut „über die Runden zu kommen", nicht aufzufallen, ein Abitur ohne Fehl und Tadel zu erhalten. Radfahrer sind sie mit Leidenschaft.

Was also ist gemeint, wenn von „unseren Interessen" die Rede ist?

Da ist beispielsweise der 17jährige Hans-Christoph Göttges aus Rheydt, dem der Vater verbot, an der Schulfeier zum 17. Juni teilzunehmen. Die Begründung: „Als Unternehmer kann ich an gesetzlichen Feiertagen meine Angestellten auch nicht zu politischen Veranstaltungen zwingen." Das Kultusministerium freilich war anderer Meinung. Es argumentierte: „Mit der Anmeldung und Aufnahme in die Schule mit Willen der Eltern" sei rechtlich ein „sogenanntes besonderes Gewaltverhältnis" entstanden. Durch die Anstaltsgewalt der Schule könnten die Grundrechte eingeschränkt werden. Hans-Christoph Göttges drohte die Verweisung vom Gymnasium.

Die Beispiele ließen sich beliebig vermehren. Jede Woche beinahe hat irgendwo eine Schule ihren Skandal. Da wird die Post des Schulsprechers kontrolliert. Da muß ein Schülerkabarett sich auflösen. Da werden Fragebögen eingezogen. Da verbietet der Direktor das Verteilen von Flugblättern.

Interessenkonflikte also sind vorhanden. Aber sie werden nicht geregelt, nur einseitig gelöst. Die SMV, wenn sie schon beansprucht wird, hat dann lediglich den Schüler zu besänftigen. Eine Interessenvertretung ihrer Mitglieder ist sie nicht.

II

Dazu war sie in Deutschland selten in der Lage. Als um die Jahrhundertwende der Gedanke eines „selfgovernments" der Schüler aus England übernommen wurde, dachte man an die Beschaffung von Kreide und Schwamm. Der Münchener Stadtschulrat Kerschensteiner schlug immerhin die Einführung von Arbeitsgemeinschaften vor. Auch an einer, von den Schülern selbst ausgearbeiteten, Schulordnung war ihm gelegen. Freilich bestand er auf der institutionellen Autorität der Lehrer, die ein Vetorecht behalten sollten.

Was Georg Kerschensteiner vor einem halben Jahrhundert vorschlug, entspricht der Stellung, die die SMV heute einnimmt. Radikalere Pläne fanden keinen Anklang: Sie rochen zu sehr nach Sozialismus. Und doch ist von einigen Ausnahmen zu berichten. Vom Landerziehungsheim Wickersdorf etwa, das sich eine demokratische Ordnung gab. Dort waren Intimsphäre und Privatleben der Jugendlichen für die Lehrer tabu. Niemand durfte zum Besuch des Gottesdienstes gezwungen werden. Kritik am Unterricht war nicht nur erlaubt, sie war erwünscht. Fühlte ein Schüler sich ungerecht behandelt, so mußte der Lehrer sich vor der Schulgemeinde rechtfertigen. Zur Schulgemeinde gehörten alle: Schüler wie Lehrer. Sie tagte in regelmäßigen Abständen. Jeder duzte jeden, und es galt gleiches Stimmrecht.

Zeitweiliger Direktor dieser Privatschule war Gustav Wyneken. Er hat mehrere Aufsätze verfaßt, die auch heute noch lesenswert sind. Seine Analyse des Schulklimas hat unverändert Gültigkeit. In „Die Schulgemeinde" schreibt Wyneken: „Das allgemein übliche Belügen der Lehrer und die mancherlei Täuschungsmethoden bei der Herstellung der Arbeiten, der Vorbereitung der Lektüre usw. sind durch das System der Schule einfach erzwungen, durch Überbürdung einerseits

und durch die polizeimäßige Haltung der Lehrer und ihr Zensurensystem andererseits."

Es waren wenige, die sich in der Weimarer Republik für die SMV stark machten. Zwar gab Preußens Kultusminister im November 1918 einen fortschrittlichen Erlaß heraus, der jedoch von den meisten Lehrern sabotiert wurde. Unter Hitler nahm man den Schülern noch die paar Rechte, die sie sich bis dato vereinzelt erkämpft hatten.

Als mit der Kapitulation des Dritten Reiches der Krieg beendet war, hofften viele auf einen Neubeginn. Das Schulwesen war in einer schwierigen, aber aussichtsreichen Lage. Schulen waren ausgebombt, Unterrichtsräume mußten hergerichtet werden, die nötigsten Hilfsmittel fehlten, und viele Pädagogen warteten auf ihre Entnazifizierung. In dieser Situation halfen die Schüler sich selber. Sie übernahmen Verwaltungsaufgaben, sammelten Brennholz und besserten die Klassenzimmer aus.

Dieser Einsatz wurde ausgiebig gewürdigt. Er war erwünscht, weil er auch im Interesse der Pädagogen lag. Daß man dennoch keine Gemeinschaft der Lernenden und Lehrenden anstrebte, machten bereits die ersten Verordnungen der Kultusministerien deutlich. So wurden den niedersächsischen Schülern — außer der Redefreiheit, die man ihnen ohnehin nicht verwehren konnte — nur Pflichten zugestanden. „Die Schüler", so heißt es dort unter anderem, „sorgen mit für unterernährte, kränkliche oder durch Ausbombung in Not geratene Schüler." Oder: „Schüler helfen bei der Beschaffung und Einholung von Heizmaterial." [1])

III

Mit den Jahren ließ bei den meisten Schülern das Interesse an der SMV merklich nach. Darüber ist die pädagogische Literatur sich einig, und pathetisch beklagt sie es: Die Jugend stehe abseits von der Gemeinschaft, sie engagiere sich nicht und sei so schrecklich desinteressiert. Ein hoher Beamter in der Schulverwaltung formuliert das so: „Der Begriff der Gemeinschaft muß positiv gesehen werden, und den Schülern muß klar werden, daß Politik nichts Schlechtes ist, sondern das freiwillige Dienen für die Gemeinschaft und das Gemeinwohl. Politik ist alles. Schulordnung, pünktliches Erscheinen der Lehrer (ebenso) wie Schluckimpfung. Wer nicht mitmacht, schadet der Gemeinschaft." [2])

Hier wird als demokratische Erziehung angepriesen, was den unpolitischen Kleinbürger hervorbringt. Ordnung und Anpassung werden als Tugenden ausgegeben. Interessen schaden angeblich dem Gemeinwohl, ihre Vertretung gilt als undemokratisch. Was denn das Gemeinwohl sei, wird selbstverständlich nicht gesagt; und auch nicht, wem es dient. Gefordert hingegen wird das Dienen. Dies gilt auch für die Schülermitverwaltung. So schreibt Peter Rödl im Jahre 1961: Der SMV „Ziel muß stets sein, wirklich tätige Hilfe zu leisten, ohne daß damit Ansprüche erhoben werden".[3])

Was die Erlasse der Kultusministerien zu bemänteln versuchen, spricht Rödl aus: Den Schülern steht es nicht an, aus den Pflichten Rechte abzuleiten. Daß dies mit den Prinzipien der Demokratie nicht vereinbar ist, weiß jeder. Doch schnell und elegant lösen manche den Widerspruch. So schreibt der Journalist Günter Zehm in der „Welt": „Demokratie ist zuerst für Erwachsene da" [4]) — also gelten ihre Spielregeln für Jugendliche nicht. So einfach ist das!

---

1) Dr. Wolfgang Scheibe, Schülermitverantwortung, Berlin 1962, 2. Auflage.
2) Zur Wirkung politischer Bildung. Frankfurter Institut für Sozialforschung (Im Auftrag der Traeger-Stiftung), Frankfurt 1966.
3) In der Zeitschrift „Jugend in Staat und Gesellschaft", Berlin 1961.
4) „Die Welt", 13. Mai 1967.

Selbst Karl Jaspers vertritt diese Auffassung. In der Hauszeitschrift der SMV „Wir machen mit" schreibt der Baseler Philosoph: Die Oldenburger Schüler „sprechen zu mir aus ihrer Schülermitverwaltung. Meine Frage ist, worauf sich diese Mitarbeit erstrecken dürfte, worauf nicht. Ich denke: Diese Mitarbeit ist eine großartige Möglichkeit zu politisch-demokratischer Erziehung durch eine frühe, alles Spätere begründende Übung. Diese soll sich dem Gehalt nach nur auf das beziehen, worüber der Schüler ein selbständiges Urteil gewinnen kann: etwa auf Schulausflüge, Arbeitsmethoden, Freizeit, Sammlungen und vieles andere, worin die freie Initiative der Schüler zur Durchführung der Sache selbst gehört. Sie darf sich nicht beziehen auf das, was dem Gehalt nach durch die Autorität der Überlieferung und der Lehrer gegeben ist." [5])

Dies ungefähr ist auch der Standpunkt, den die Kultusminister einnehmen. So ist — beispielsweise — im Schulverwaltungsgesetz Hessens vom „Maßhalten" die Rede. Rücksicht solle man nehmen auf „bestehende erziehlich wertvolle Bindungen". „Die Schülermitverwaltung soll nicht eine Art Schülergewerkschaft" sein. „Streikende und demonstrierende Schüler stellen sich außerhalb der Schülergemeinschaft." „Der Presse und dem Rundfunk dürfen Informationen nur mit Genehmigung des Schulleiters gegeben werden." [6])

Natürlich — so will man uns weismachen — dient die Einschränkung der Grundrechte „positiven" Zielen. Die SMV soll die Schüler „mitverantwortlich machen für das Leben und Gedeihen der Schule, für die Einhaltung der Schulordnung und die Pflege des Schuleigentums". Schließlich soll die „Achtung vor den Lehrern" gestärkt werden.[7])

Neueren Datums ist der Beschluß der Kultusministerkonferenz vom 7./8. November 1963. Dort heißt es in Punkt 3: „Tätigkeitsgebiete der Schülermitverantwortung sind beispielsweise Schülergemeinschaften, Interessengruppen (Theatergruppen, Schach- und Buchbesprechungsgruppen, gemeinsames Musizieren, Sportgruppen), Aktivität in der Schulöffentlichkeit (Schülerzeitungen, Veranstaltung von Vortragsreihen, von Festen) oder auch Mitarbeit etwa in einem Sozialpraktikum, in einer Jugend-Rotkreuz-Gruppe oder bei der Osthilfeaktion."

IV

Die Zitate ähneln sich. Unterschiede sind in den einzelnen Bundesländern kaum feststellbar. Überall soll die Sprache den wahren Tatbestand verschleiern. Schon der Begriff SMV ist eine Lüge, ein alter, aber dennoch verfänglicher Trick. Man bezeichnet die formale Mitwirkung einer rechtlosen Gruppe als Mitverwaltung, als Mitverantwortung oder als Mitbestimmung, und schon hat man die gerechtfertigte Empörung und Auflehnung verhindert.

Auch die Konzeption, die der Schule zugrunde liegt, ist überall die gleiche. Vorausgesetzt wird ein Schulleben ohne Konflikte, ein harmonisches Modell, das an das Vertrauen der Schüler ihren Lehren gegenüber appelliert. Das allein schon erweckt unser Mißtrauen. Denn wo immer man Vertrauen wünscht anstatt Einsicht, da ist etwas faul.

Daß da etwas faul ist, zeigen auch die Bilder, die das Schulsystem rechtfertigen sollen. Die Zeitschrift „Wir machen mit" wünscht in der Schule einen „Garten" zu sehen: „so etwas wie einen Garten jungen Lebens mit froh und bunt zum

5) Scheibe a.a.O.
6) ebenda.
7) ebenda.

Soeben erschienen

Wider die Untertanenfabrik

Handbuch zur Demokratisierung der Hochschule

Herausgegeben von Stephan Leibfried

mit Beiträgen zur Analyse der Situation von Studentenschaft und Hochschule von

Elmar ALTVATER, Hubert BACIA, Margherita v. BRENTANO, Ernst ELITZ, Gert v. EYNERN, Uta GERHARDT, Reiner GEULEN, André GORZ, Jürgen HABERMAS, Hannes HEER, Wulf HOPF, Susanne KLEEMANN, Wolfgang LEFEVRE, Stephan LEIBFRIED, Klaus MESCHKAT, Peter MULLER, Knut NEVERMANN, Wolfgang NITSCH, Friedhelm NYSSEN, Claus OFFE, Ulrich K. PREUSS und Walter WELLER

Die Formen studentischer Selbstorganisation, wie sie z. B. an der Kritischen Universität Berlin praktiziert werden, sind ausführlich dargestellt.

388 S., zweifarbig glanzkartoniert, DM 9,30.

prv Pahl-Rugenstein Verlag · Köln
Barbarossaplatz 2

Licht strebenden Blumen und Blüten, liebevoll betreut von sorgenden Gärtnerhänden".

Hier spätestens wird deutlich, daß die SMV die Interessen der Schüler nicht vertreten soll und auch nicht kann. Ihr erzieherischer Auftrag prangt in großen Lettern im Berliner Schülerparlament: „Lebe anständig". Anständig leben, das heißt den Lehrern und den Älteren unbedingt gehorchen, mit seiner Meinung tunlichst hinterm Berg halten, erstmal älter werden und Lebenserfahrung gewinnen, keine Interessen haben und vertreten.

Das Resultat dieser Erziehung ist erschreckend. Weil den Schülern verwehrt wird, was die Demokratie ausmacht, sind sie keine Demokraten. Über die Hälfte der Oberschüler, 51 Prozent genau, glauben nicht, daß eine Diktatur ihr Leben ändern würde. Bei den Volksschülern sind es sogar 61 Prozent.[8]) Und „Emnid" ermittelte gar, daß nur 15 Prozent aller Jugendlichen zwischen 16 und 26 Jahren der Auffassung sind, man solle „Politik in Parteien, Verbänden, Schule und Beruf praktisch anwenden".[9])

Diese Zahlen sind fast ausschließlich das Ergebnis unseres Schulwesens. Sie machen sein Versagen und seine Misere deutlich. Denn eine „demokratische Gesinnung", die erklärtermaßen auch zu den Erziehungszielen gehört, ist bei den wenigsten Schülern feststellbar. Darüber kann kein Zweifel bestehen. Die Gründe dafür sind weniger bei den schlechten Gemeinschaftskundebüchern zu suchen als vielmehr in der autoritären Schulstruktur.

Das haben einige Pädagogen vorausgesehen und analysiert. In einem Aufsatz über Schülergerichte schreibt der Studienrat Felix Messerschmid: „Was taugt aller sozialkundliche Unterricht, wenn diejenige Sozietät, welcher der junge Mensch in seinen erziehlich wichtigsten Jahren zugehört, nach ganz anderen Grundsätzen geordnet ist als diejenigen, die wir ihm als Leitbilder einer freiheitlichen Rechtsordnung in Gesellschaft und Staat vorstellen." [10])

Der Schüler kann noch so gut wissen, was der Hammelsprung ist und was der Fraktionszwang. Ein Demokrat ist er deshalb noch lange nicht. Es genügt nicht, über die Formalien einer Demokratie informiert zu sein und ihre Theorien zu kennen. Weit wichtiger für den Jugendlichen ist, daß er in einer Ordnung lebt, die diesen Prinzipien entspricht, und daß er diese Prinzipien so früh wie möglich praktisch anzuwenden lernt.

V

Dazu freilich ist eine radikale Änderung der Schulstruktur, die noch aus feudalistischen Zeiten stammt, notwendig. Sie blieb in der Weimarer Republik, wie sie unter Bismarck gewesen war, Hitler brauchte sie nicht zu ändern, und auch die Deutsche Bundesrepublik behielt die hierarchische Ordnung bei: Oben steht der Minister, die Schulaufsichtsbehörde folgt seinen Anweisungen, die Lehrer gehorchen der Schulaufsichtsbehörde, und die Schüler sind von den Lehrern abhängig. Die Abhängigkeit des Schülers wiegt in diesem System am schwersten. Denn in der Schule wird sein sozialer Status bereits weitgehend festgelegt. Die Eltern machen dies ihren Kindern sehr bald klar und üben somit einen zusätzlichen Druck aus. Der Lehrer ist dem Schüler von vornherein überlegen. Daß er mit einer undemokratischen institutionellen Autorität ausgerüstet ist, macht jede Auflehnung gegen ihn sinnlos.

---

8) Wie 2).
9) Jugend, Bildung und Freizeit. 3. Untersuchung der deutschen Jugend im Bundesgebiet, Bielefeld 1966.
10) In der Zeitschrift „Gesellschaft Staat Erziehung" („Das Schülergericht"), 4. Jahrgang.

Indem ich das sage, wende ich mich nicht gegen jede Art von Autorität. Nur dann ist sie illegitim, sobald sie im schulinternen Bereich mit einem überkommenen Herrschaftsanspruch einhergeht. In einer totalitären Ordnung, wie die Schule das ist, hat sie freilich ihre Funktion. In einem System, das die Gleichheit aller Bürger voraussetzt, darf und muß Autorität auf dem Wissen des einzelnen — des Lehrers —, auf dessen intellektueller Redlichkeit und auf der Überzeugungskraft der Argumente beruhen.

Wir stellen also fest: Auf der einen Seite herrscht in der Schule eine totalitäre Ordnung, die den Schüler zum Objekt macht, und auf der anderen Seite besteht der Anspruch einer demokratischen Schule, in der der Schüler Subjekt ist. Die Wirklichkeit ist mit den Zielsetzungen nicht vereinbar.

Nicht der Staatsbürger ist das Ergebnis der Schule, sondern der Untertan; der Biertischpolitiker bestenfalls, der „die da oben" sagt, wenn er seine Regierung meint, der jegliche Verantwortung ablehnt und mit nichts was zu tun haben will. Die Erziehungsziele der Schule sind identisch mit dem Ideal, das der Bürger vom Erwachsenen hat. Wir können deshalb nicht — und wir haben das auf allen unseren Flugblättern gesagt — die Schule isoliert von der Gesellschaft betrachten. Wo einer Freiheit fordert und Demokratie, da fordert er sie für alle Lebensbereiche. Denn die Freiheit ist unteilbar. Sie darf ebensowenig vor den Klassenzimmern halt machen wir vor den Fabriktoren.

VI

Dieses Land hat eine lange Geschichte; eine Geschichte der Demokratie hat es kaum. Ihre Führer waren immer geneigt — und persönlich kann man ihnen das schwerlich verdenken —, ihre Macht mit der Hilfe von Metaphern zu legalisieren und auszubauen. Eugen Gerstenmaier hingegen — nicht umsonst häufig Interpret von Erhards „formierter Gesellschaft" — verzichtet oft schon auf sämtliche Tarnung. Sätze wie der folgende sind bei ihm schon an der Tagesordnung: „Es ist eindrucksvoll zu sehen, wie von sehr verschiedenen Standpunkten aus derselbe Ruf ergeht nach Führerschaft und Autorität." [11]) Das — mit Verlaub — ist beschämend: Der Präsident unseres Parlaments, der zweithöchste Mann im Staate, scheint von der Demokratie kaum mehr begriffen zu haben als ein Adolf von Thadden. Legal und opportun ist es, von der „echten" und „wahren" Demokratie zu reden. Was darunter zu verstehen sei, wird expressis verbis nicht gesagt. Scheel wird angesehen, wer meint, daß nicht Führerschaft und Volksgemeinschaft die Prinzipien der Demokratie sind, sondern Freiheit und Gleichheit.

Beispiele, die dies belegen können, gibt es genug. Kritik, wenn überhaupt, darf nur in netter Form geübt werden. Wer die herrschenden Normen in Frage stellt, gilt als zersetzend. Wer Opposition betreibt, „beschmutzt" — um mit Franz-Josef Strauß zu sprechen — „unser eigenes Nest". Intellektueller ist schon wieder ein Schimpfwort. Wer bei einer Demonstration ermordet wird, hat sich das selbst zuzuschreiben: weshalb auch demonstriert er! Das Blatt vor dem klugen Kopf, die Frankfurter Allgemeine Zeitung, hielt das Demonstrationsverbot des Berliner Regierenden Bürgermeisters für eine Maßnahme, „die sich nicht gegen die Studenten richtet".[12]) Und unser ehemaliger Kanzler, der Interessenkonflikte müde, propagierte die „formierte Gesellschaft", deren Ziel es ist, wie Reinhard Opitz sagt, den Staat „wieder zu einer der Gesellschaft übergeordneten Instanz zu machen".

---

11) Walter Jens, Politik ohne Vernunft, Reinbek bei Hamburg, 1965.
12) „Frankfurter Allgemeine Zeitung", 5. Juni 1967.

Demokratie, was ist das in diesem Lande anderes als eine Utopie?! 1955 sagte unser Bundeskanzler Kurt Georg Kiesinger über die Volksbewegung, die gegen eine Wiederaufrüstung eintrat: „Soweit es sich um derart komplizierte Fragenkomplexe handelt, sei die Masse des Volkes nicht zur Mitentscheidung kompetent." [13]) Und Heinrich Lübke, der Präsident unserer Republik, verkündete letztes Jahr in Berlin, daß der 1. Mai „kein Kampftag mehr" sei. Dann beklagte er „das Unbehagen und die Unzufriedenheit, die hemmungslose Lust am Kritisieren . . .". „Damit gefährden wir aber gerade das, was wir mit dem Wohlstand erreichen wollen, nämlich die politische und wirtschaftliche Stabilität und damit eine maßgebliche Voraussetzung für die sittliche und kulturelle Entwicklung unseres Volkes . . ." [14])

Mit einem Wort: In die Konzeption unserer gewählten Führer paßt das herrschende Schulsystem, das — wie sie — Konflikte nicht wünscht. Nur vergessen sie dabei, daß, nach einem Wort von Dahrendorf, der „Konflikt, wenn schon gezügelt durch die Wirkung gewisser formaler Spielregeln, das Wesen der politischen Demokratie ist". Hier — das muß man erkennen — liegen die Widerstände gegen eine demokratische Schule und eine SMV, die zur Interessenvertretung berechtigt ist.

VII

Der hierarchischen Schulstruktur entsprechen die autoritäten Unterrichtsmethoden der Lehrer. Allein an der Architektur schon wird deutlich, wer etwas zu sagen hat und wer nicht. Noch immer sind erhöhte Podeste keine Seltenheit. Es nimmt nicht Wunder, daß 89 Prozent der bundesdeutschen Lehrer einen autokratischen Unterricht führen. In einer Schulstunde geben sie durchschnittlich 51 Anweisungen. In der gleichen Zeit stellen die Schüler nur drei Fragen.[15]) Eigentlich müßten diese empirischen Ermittlungen die Pädagogen erschüttern. Denn 78 Prozent von ihnen halten die Unterrichtsaktivität der Schüler für doppelt so groß wie ihre eigene. In Wirklichkeit aber ist die Lehreraktivität 17mal größer als die der Schüler. Dabei vertreten die gleichen Lehrer, die autokratisch unterrichten, die Theorie einer Unterrichtsform mit vorrangiger Schüleraktivität.[16])

So kann Prof. Wolfgang C. Müller mit Recht behaupten: Die Schüler „lernen in der Schule ja nicht nur das ABC und das große Einmaleins, die linken Nebenflüsse des Rheins und Einsteins Energie-Masse-Formel, sie lernen auch meist — wortlos und sprachlos — am Verhalten ihrer Lehrer, wie in diesem Land Mächtige mit Machtlosen, Mündige mit Unmündigen, Vorgesetzte mit Untertanen umgehen. Sie lernen häufig sich zu beugen und anzupassen; sie lernen, daß individuelle Unterwerfung erfolgreicher ist als kollektiver Protest; sie lernen, daß man besser untertaucht, um zu überleben.

Solange unsere Lehrer nicht begreifen können, daß ein partieller Sieg der Schüler über ihre Lehrer von Fall zu Fall bessere Demokraten produziert als die Kunde vom Parlament und ein Besuch an der Mauer; solange unsere Schüler aber auch nicht begreifen, daß Adornos und Horkheimers Formel von der autoritären Persönlichkeit nicht nur den Diktator meint, sondern auch die Untertanen, die ratlos schweigen und sich häuslich einrichten im Mief der Unterwerfung — solange

---

13) Frankfurter Rundschau, 1. Februar 1955.
14) Kurt Hirsch, Kommen die Nazis wieder?, München 1967.
15) Reinhard und Anne-Marie Tausch, Erziehungspsychologie — Psychologische Vorgänge in Erziehung und Unterricht. Göttingen 1965, 2. Aufl.
16) ebenda.

werden unsere Schulen eine junge Generation produzieren, die vorbereitet ist, auf Kosten ihrer Kameraden zu überwintern." [17])

VIII

In diese Situation will das Aktionszentrum Unabhängiger und Sozialistischer Schüler hineinwirken. Doch nur durch das Bestehen einer Organisation können selbstverständlich weder Schule noch Gesellschaft geändert werden. Und auch das AUSS alleine ist machtlos. Es braucht Bundesgenossen, und es findet sie in der Wissenschaft (soweit sie in ihrem Selbstverständnis Aufklärung ist), in Studentengruppen, in der Gewerkschaft, in der linken außerparlamentarischen Opposition.

Obgleich das AUSS sich als politische Gruppierung versteht, liegt sein wichtigstes Wirkungsfeld in der Schule. „Wir wollen die Schüler aus ihrer Lethargie herausreißen. Wir müssen daran arbeiten, uns Schülern ein kritisches Bewußtsein zu vermitteln, das zu bilden die Schule nicht imstande und nicht willens ist. Wir Schüler müssen uns durch unsere Arbeit emanzipieren von dem Bewußtsein, das die Schule vermittelt und das sich darauf beschränkt, Leute heranzubilden, die den bestehenden Ordnungen dienen, weil sie sie nicht durchschauen können.

Die konkrete Praxis dieser Arbeit ist verschieden nach den unterschiedlichen Voraussetzungen in den Städten. So stößt beispielsweise der Schülerbund in Michelstadt im Odenwald in ein politisches Vakuum. Die Flugblätter des dortigen Schülerbundes waren die ersten seit der Gegenreformation. Die Existenz einer politischen Schülerorganisation, einer sozialistischen dazu, dies allein ist für Michelstadt ein Skandal. Die nach außen zielende Aufklärungsarbeit des Schülerbundes und die theoretische Arbeit innerhalb des Schülerbundes ist mühsam. Denn kompetente Referenten zu engagieren ist fast unmöglich, die notwendige Literatur zu beschaffen schwer, da es die finanzielle Lage der meisten Schüler nicht möglich macht, sich viele Bücher zu kaufen. Die Möglichkeiten, sie sich auszuleihen, sind gering.

Ganz anders ist die Situation in Göttingen. Enger Kontakt zwischen den Schülern ist hier Voraussetzung für intensive Arbeit. Eine Reihe von Professoren und anderen Universitätsleuten unterstützt den Göttinger Schülerbund durch Vorträge, durch ihre Autorität und durch Spenden. Hier wurde die Konzeption einer Art demokratischen Gegenschule entwickelt." [18]) Diese hat sich drei Aufgaben gestellt:

1) Themenkreise, die aus der Schule verbannt bleiben, sollen besprochen und diskutiert werden;

2) Kritik an der Schule soll erarbeitet, artikuliert und mit Kompetenz vertreten werden;

3) Die Gegenschule soll in ihrer Organisation Alternativen zum herkömmlichen Unterrichtsbetrieb bieten.

„Neben dieser Arbeit außerhalb der Schule steht die Arbeit innerhalb der Schulen. Sie soll die dort latent vorhandenen Konflikte aufgreifen und damit den Schülern ihre Situation in der Schule deutlich machen. Damit stehen wir in

---

17) In der Rede beim AUSS-Kongreß am 18. Juni 1967 in der Frankfurter Universität. Erscheint demnächst im Voltaire-Verlag, Berlin.
18) Reinhard Kahl, Mitglied des AUSS-Vorstandes, in einem unveröffentlichten Aufsatz.

fast dauerndem Widerspruch zur Schulleitung und -verwaltung, die mit ihren harmonisierenden Modellen von konfliktfreien Schulfamilien Interessenvertretungen unterdrücken, strukturelle Konflikte vernebeln und als Konflikte von Personen ausgeben will. Die von solchen Ideologien im Bewußtsein vieler Schüler verschütteten Strukturen der Schulwirklichkeit wollen wir deutlich machen."[19])

IX

Auch außerhalb des AUSS gibt es Schüler, die sich ihrer Machtlosigkeit bewußt sind und sich deshalb Gedanken über eine demokratische Schulstruktur gemacht haben. So schlagen in Niedersachsen die SMV und der „Arbeitskreis Schule" ein Modell vor, an dessen Spitze ein Gremium stehen soll, das sich aus fünf Schülern und fünf Lehrern zusammensetzt. Dieses Gremium soll die Stellung einnehmen, die heute der Direktor innehat. Für die Verwaltungsaufgaben soll ein Beamter eingestellt werden, der nicht gleichzeitig Lehrkraft ist.[20]) Doch wirkliche Demokratisierung wird erst innerhalb der Gesamtschule möglich sein. Dort sollen die bisher getrennten Schularten (Volks-, Berufs-, Mittel- und Oberschule) abgelöst werden von einer organisatorischen Einheit mit maximaler Durchlässigkeit. Um milieubedingte Chancenungleichheit aufzuheben, wird die Einführung der Ganztagsschule unumgänglich sein. Das bisherige Fächersystem vermittelt eine Fülle von disparaten Kenntnissen, aber den Einblick in Zusammenhänge verwehrt es. Um den Anforderungen der Zukunft gerecht zu werden, müssen die Schüler in tendeziell wissenschaftlicher Arbeit lernen, sich Einsichten in gesellschaftliche Zusammenhänge und Widersprüche zu erarbeiten. Auch muß der Unterricht unter dem Gesichtspunkt stehen, ihre Anlagen und Interessen zu fördern.

Deshalb fordert das AUSS:

1) Einschränkung der Pflichtfächer;

2) Polytechnischen Unterricht;

3) Ein Projektsystem mit: a) Lernkursen (Fremdsprachen, Mathematik, etc.); b) Colloquien (Literatur, Ökonomie, Soziologie, Psychologie, Geschichte, etc.); c) Experimentiergruppen, Seminare und Arbeitskreise; d) einem Rollentausch des Lehrers. Er soll sein ein der Wissenschaft verpflichteter Berater und Koordinator und ein sachverständiger Arrangeur von Lernprozessen.

Es darf kein autoritärer Leistungszwang bestehen. Denn je stärker der Zwang ist, desto geringer ist die Leistungsbereitschaft, desto weniger wird sich schöpferische Initiative entfalten können. Das starre Versetzungsprinzip soll abgelöst werden von einem Gruppensystem, wie dies in England der Fall ist.

X

Jeden Monat schließen sich ungefähr sieben Gruppen dem „Aktionszentrum Unabhängiger und Sozialistischer Schüler" an. In der gleichen Zeit steigt die Mitgliederzahl um mindestens 150 Schüler, die vorwiegend aus Gymnasien, aber auch aus Berufs- und Mittelschulen kommen. Noch hat das AUSS viele Gegner, aber auch intensive Fürsprecher. Lapidar telegraphierte Friedenspreisträger Ernst Bloch dem ersten Kongreß: „Bin mit dem AUSS durchaus einverstanden. Habe noch zureichende Erinnerungen an die eigene Schulzeit."

---

19) ebenda.
20) In der Zeitschrift „Wir Schüler", Sept./Okt. 1966, Hannover.

Eberhard Czichon

Wer verhalf Hitler zur Macht?

Zum Anteil der deutschen Industrie an der Zerstörung der Weimarer Republik

106 Seiten, zweifarbig glanzkartoniert, DM 6,90

prv Pahl-Rugenstein Verlag · Köln

BLÄTTER FÜR DEUTSCHE UND INTERNATIONALE POLITIK

Herausgeber: Hilde Bentele, Stuttgart; Prof. Gerhard Gollwitzer, Stuttgart; Prof. Dr. phil. Anton Neuhäusler, München; Manfred Pahl-Rugenstein, Köln; Prof. Dr. jur Harold Rasch, Frankfurt/M.; Senatspräsident a. D. Dr. Hermann Rauschning, Portland (Oregon), USA; Prof. Dr. phil. Hans Rheinfelder, München; Prof. Dr. jur Helmut Ridder, Gießen; Oberbürgermeister i. R. Robert Scholl, München; Karl Graf von Westphalen, Bonn; Prof. D. Ernst Wolf, Göttingen.

Redaktion: Paul B. Neuhöffer, Johannes Weidenheim.

Verlag: Pahl-Rugenstein Verlag, Köln.

Verantwortlich für den Inhalt: Johannes L. Schmidt, Solingen.

Die „Blätter für deutsche und internationale Politik" sind durch jede Buchhandlung, durch die Post und direkt vom Verlag zu beziehen. Sie erscheinen einmal monatlich zum Preise von DM 3,—, zuzüglich DM —,25 Porto. Der Abonnementspreis beträgt DM 2,50 (für Studenten DM 2,—), zuzüglich DM —,25 Porto. Der Auslandsabonnementspreis beträgt einschließlich Porto (ohne Luftpostzuschläge) sfr 18,75 halbjährlich, sfr 37,50 jährlich; ö. Sch. 112,50 halbjährlich, ö. Sch. 225,— jährlich; hfl 16,75 halbjährlich, hfl 31,50 jährlich; belg. fr. 217,50 halbjährlich, belg. fr. 435,— jährlich; NF 21,25 halbjährlich, NF 42,50 jährlich; £ 1.16.6 halbjährlich, £ 3.13.— jährlich; Lire 2700 halbjährlich, Lire 5400 jährlich; dkr 33,— halbjährlich, dkr 66,— jährlich; skr 22,50 halbjährlich, skr 45,— jährlich; nkr 31,— halbjährlich, nkr 62,— jährlich; $ 4,40 halbjährlich, $ 8,80 jährlich. Die Abonnementsauslieferung in andere Währungsgebiete erfolgt nach den geltenden Verrechnungsbestimmungen.

Postscheck: Köln 65 14. Bankverbindung: Deutsche Bank Köln. Erfüllungsort ist Köln.

Namentlich gezeichnete Beiträge geben die persönliche Meinung des Verfassers wieder und stellen nicht unbedingt die Auffassung der Herausgeber und der Redaktion dar. Für unverlangt eingesandte Manuskripte wird keine Gewähr übernommen. Nachdruck nur mit Zustimmung der Redaktion.

Anschrift von Verlag und Redaktion: 5 Köln, Barbarossaplatz 2, Tel.: 21 53 36.

Druck: Druckerei Peter Millard & Co KG, Köln.

Dezember 1967:
Innerhalb der deutschen Sektion des Vereinigten Sekretariats (VS) der Vierten Internationale erscheint anstatt des bisherigen 'Rundbriefes' nun die Nr. 1 des 'Internen Bulletins' (vgl. Feb. 1968) mit Berichten aus Stuttgart (vgl. März 1969) und der Internationale der Kriegsdienstgegner (IdK - vgl. Sept. 1967). Ebenfalls auf Dezember datiert ist auch die Nr. 2, die schon unter dem neuen Titel 'Zentralredaktions-

Rundbrief' (ZR-RB) erscheint und sich u.a. mit Streiks beim Bochumer Verein Mitte 1966, bei Hanomag im April und Mai 1967 sowie bei Conti, KHD Köln, der Schnellpresse Heidelberg, AEG Mülheim-Saarn, John Deere Mannheim und Daimler in Nordbaden/Nordwürttemberg (NB/NW) befaßt.
Q: VS-deutsche Sektion: Internes Bulletin Nr. 1, o.O. Dez. 1967; VS-deutsche Sektion-ZR: Rundbrief Nr. 2, o.O. Dez. 1967

Dezember 1967:
In Hamburg erscheint die Zeitschrift 'Roter Morgen' (vgl. Nov. 1967, Jan. 1968).
Im Leitartikel: "Polizeiknüppel gegen Antifaschisten. Nicht nur für Schah und Springer schwingen Westdeutschlands Polizisten den Gummiknüppel - auch die NPD gedeiht unter den Fittichen unseres Polizeistaates!" wird ausgeführt:"
Ein gigantisches Polizeiaufgebot schützte den Parteitag der NPD. … Mit Krawallen und Demonstrationen rechnet die Polizei anläßlich des heute beginnenden Bundesparteitages der NPD. Die Hüter der Ordnung haben Verstärkung herangezogen und drei Hauptquartiere in verschiedenen Stadtteilen eingerichtet, um von dort aus die Hundertschaften der Bereitschaftspolizei dirigieren zu können. … Faschistenhäuptling Thadden möchte die Zusammenarbeit noch ausbauen. … Die 'Roten Fahnen' der Arbeiter an der Ruhr, die Revolte der Studenten, haben die reaktionäre Staatsmacht erschüttert. In der NPD sieht die herrschende Klasse heute bereits einen Verbündeten. Wann werden wir sie wieder in gleichem Schritt und Tritt marschieren sehen?"
Berichtet wird auch von NPD- und Protestaktionen in Ulm (vgl. 15.11.1967), Frankfurt (vgl. 24.11.1967) und Duisburg (vgl. 26.11.1967).

Weitere Artikel sind:
- Ein Herz und eine Seele,
- Klassenjustiz,
- Notstand am Werkstor,
- Der Rubel rollt, es lebe der Profit,
- Universitätsbürokratie probt den Notstand.

Berichtet wird von Genossen aus dem Siegener Land, ML Studenten in Münster, Lesern in Hamburg, Mannheim, Hildesheim, Frankfurt, Breitscheid, bei Dunlop in Hanau sowie Hamburger Studenten.
Q: Roter Morgen, Hamburg Dez. 1967

Dezember 1967:
Die Marxistisch-Leninistische Partei Deutschlands (MLPD) gibt die Nr. 26 ihres Zentralorgans 'Sozialistisches Deutschland' heraus (vgl. 31.11.1967, 1.6.1968) mit den Artikeln:
- "Kommentar zum Revolutionsprogramm der MLPD! - 2. Teil";
- "Dokument zum IV. Parteitag der MLPD - Abdruck Nr. 11 - Nur die DDR hat Anspruch auf Rückgabe der deutschen Ostgebiete!!!";
- "Nur durch stufenweise Rückgabe der deutschen Ostgebiete an die DDR ist europäische Sicherheit real zu erreichen!", worin es heißt: "Es ist unmarxistisch und revisionistisch, die deutschen Ostgebiete nicht zurückgeben zu wollen. … Wer die Ideen Mao Tse-Tungs anwendet, weiß, daß unsere Rückforderung marxistisch-leninistisch ist!"; sowie
- "Die Silvesterglocke", ein Gedicht von Erich Weinert.
Q: Sozialistisches Deutschland Nr. 26, Berlin Dez. 1967; Klassenkampf und Programm Nr. 3, Dortmund Apr. 1973, S. 40

Dezember 1967:
Der Internationale Bund Demokratischer Sozialisten (IBDS) - Deutschland - sozialistische Partei - gibt seinen 'Mahnruf' Nr. 59 (vgl. Juni 1966, Juli 1968) heraus. Verantwortlicher Herausgeber ist Walther Pilz, Gersthofen, Mitbegründer ist Sepp Frey, Freiburg. Veröffentlicht wird von Walther Pilz und Peter Lersch für den zentralen Arbeitsausschuss die Grundsatzerklärung des IBDS. Kurt Fischer stellt fest: "Die sozialistische Sehnsucht der Menschen ist uralt", Friedrich Eberharter ruft zu Spenden auf. Berichtet wird in "Erschreckende Realitäten" vom möglichen Nuklearkrieg.
U.a. heißt es: "Ist jüdischer Kapitalismus besser als deutscher? Dise Frage will ihre Beantwortung finden." Hans v. Thünen diskutiert über "Die Befreiung der Arbeit im Sozialismus". Getrauert wird um Fred Schüler, der am 20.12.1964 in Freiburg starb. Von Adalbert Hirmke stammt die "Persönliche Stellungnahme eines revolutionären, unabhängigen Sozialisten gegenüber der UdSSR und den übrigen Oststaaten".
Kritisiert wird der Reformismus der Demokratischen Linke um Eugen Eberle in Baden-Württemberg. Hans Frey verfasst eine "Betrachtung zur Jahreswende".
Q: Mahnruf Nr. 59, Gersthofen Dez. 1967

Mahnruf

Werde
MITGLIED
im Bund
demokratischer
SOZIALISTEN !

SOZIALISTISCH

UND UNABHÄNGIG

BUND DEMOCRATISCHER SOZIALISTEN

Nr. 59 Dezember 1967 / 7 J.

Internationaler - Bund demokratischer Sozialisten - Deutschland
- sozialistische partei -

G R U N D S A T Z E R K L Ä R U N G demokratischer Sozialisten

ES GIBT KEINE DEMOKRATIE OHNE SOZIALISMUS

Das - wo mehr als achzig Prozent von der Verfügung über die Produktionsmittel ausgeschlossen, abhängig und ohne Sicherheit einer Minderheit ausgeliefert sind - Demokratie zu nennen,
das ist die g r o s s e L ü g e der S o z i a l d e m o k r a t e n.

ES G I B T KEINEN SOZIALISMUS OHNE DEMOKRATIE

Das - wo eine Parteihierarchie alle gesellschaftlichen Schlüsselstellungen einnimmt, die Herrschaft des Menschen über den Menschen fortbesteht - Sozialismus zu nennen,
das ist die g r o s s e L ü g e der K o m m u n i s t e n.

DEMOKRATIE UND SOZIALISMUS SIND UNTRENNBAR

Das ist das Grundproblem unserer Zeit - Prinzip und Ziel des

Bundes demokratischer Sozialisten

Der gemeinsame Auf-und Ausbau des 'Bundes demokratischer Sozialisten' mit schweizer und österreichischen Genossen, den wir mit aller Energie vorantreiben, schliesst nicht aus, dass wir nach wie vor die Zusammenarbeit in einem ' sozialistischen Kartell ' mit alle Gruppen und Personen anstreben, die mit uns darin übereinstimmen:
1. Die Erkämpfung der Grundlagen sozialistischer Planung ist unmittelbare Tagesaufgabe und kein fernes Endziel. 2. Demokratie ist untrennbar mit sozialistischem Wollen verbunden - und notwendig, das sozialistische Ziel zu verwirklichen.

Für den zentralen Arbeitsausschuss :
Peter Lersch/ Köln
Walther Pilz/ Augsburg

DIE SOZIALISTISCHE SEHNSUCHT der Menschen IST URALT.

Die moderne sozialistische Bewegung enstand in der Form des utopischen oder religiösen Sozialismus folgerichtig aus dem urchristlichen - prophetischen Geiste der Bibel. Hegel vollendete im Anschluss an Kant die Philosophie in absolutes Wissen durch bewusste Verwandlung der christlichen Dreieinigkeit in dialektische Geschichts-, Schöpfungs- oder Entwicklungslogik. Er verwandelte Theologie und Metaphysik in reale Wissenschaft und vollendete damit die von Kant begonnene kopernikanische Wendung der Philosophie in absolute Wissen - schaft, bzw. Wissen vom Absoluten (vom Geiste und vom Menschen). Marx und Engels errichteten auf dieser methodisch - erkenntnistheoretischen Grundlage den realen wissenschaftlichen Sozialismus, der nur richtig verstanden und erfolgreich gehandhabt werden kann durch Kenntniss, Berücksichtigung und Einbezug seiner Logisch-methodischen, erkenntnis- und wissenschaftstheoretischen Grundlage. Der " Marxismus " oder wissenschaftliche Sozialismus ist damit als Weg zum wahren Menschen und zur wahren menschlichen Ordnung paradoxer - weise zugleich Weg zu " Gott ". Es ist die Erhebung des utopisch - christ;ichen Glaubens auf den Boden des realen Wissens und der Wissenschaft, d.h. auf die Höhe der modernen Zeit. Die uralte, trotz alledem nicht missglückte Absicht des Jehova " Lasst uns Menschen machen, ein Bild, dass uns gleich sei " wird vom modernen " Marxismus " mit absoluter systematisch-wissenschaftlicher Methodik beharrlich als " ewige " Aufgabe der Menschheit weitergeführt.

Die fruchtbaren praktisch-politischen Folgen der Erkenntnis der geistesge - schichtlichen Zusammenhänge des " Marxismus " sind nicht zu unterschätzen, Jede lebens- und aktionsfähige Bewegung und Ordnung wurzelt in matriellen und geistigen Grundlagen. Nachdem die matriellen (objektiven) Voraussetzungen des Sozialismus bestehen, kommt es entscheident auf das (subjektive) Bewusstsein an. In dieser Lage hängt die Verwirklichung des Sozialismus einzig und allein vom Denken und Handeln der Sozialisten ab. Im christlichen Kulturkreis, dem wir angehören, ermöglicht die wissenschaftliche Einsicht in den geschichtlichen Zusammenhang von Christen tum und Sozialismus die Überzeugung und Mobilisierung der grossen Mehrheit der Völker für den Sozialismus durch Kumulierung der christlichen und sozialistischen Leitbilder und revolutionären Energien. Der Sozielismus ist nichts anderes als die konkrete Verwirklichung und Erfüllung uralter, allgemein bekannter und anerkannter Träume der Menschheit. Er ist die Verwirklichung des prophetischen Geistes der Bibel.

Kurt Fischer

Ungleichheit der Kampfbedingungen Jeder Bürger, jede Gruppe von Leuten hat das Recht eine Zeitung oder Plakat herauszugeben. Doch dazu braucht man Geld und wo dieses fehlt ist das Recht auf die Herausgabe der Zeitschrift nutzlos. Ich kannte eine niederösterreichische Zeitung, die aus Geldmangel für mehrere Städte zusammen herausgegeben wurde. Durch die finanziellen Schwierigkeiten der Herausgeber erschien sie meist mit Verspätung und wurde so zu einer überholten Tatsache. In einer ähnlichen finanziellen Situation befindet sich der " Mahnruf ". Hätten wir mehr Geld, könnten unsere " MAHNRUF - Blätter " pünktlicher und öfter erscheinen als bisher.
Durch das Gesetz sind Publikationsmittel als Propagandamittel anerkannt - durch Geldmangel bleiben sie aber als solche ineseistent. Die Besitzenden haben es hier ungleich leichter, denn ihnen stehen enorme Geldmittel zur Verfügung, so dass es ein leichtes ist, ihre Porpaganda wirksam werden zu lassen. Durch diese Ungleichheit in der Propagandawirkung, bedingt durch den Geldmangel, wird unser Einfluss nur langsam grösser werden. Das erfordert Geduld. Unsere junge Organisation wird aber bestrebt sein, in Zukunft alles daran zu setzen, das Organ auszubauen und ich appelliere an alle Freunde und Leser dabei mitzuhelfen. In der Demokratie haben die Arbeiter ebenfalls das Recht, nachzudenken, sich ein Urteil zu bilden und zum Ausdruck zu bringen. Nur wenn wir alle solidarisch zusammenstehen wird der " MAHNRUF " das sein und werden wozu es geschaffen wurde

Sprachrohr der fortschrittlichen Sozialisten. Friedrich Eberharter

ERSCHRECKENDE R E A L I T Ä T E N

A m e r i k a und S o w j e t u n i o n – beide Mächte stehen sich in Bezug auf einen Angriff mit i n t e r k o n t i n e n t a l e n Raketen ungeschützt gegenüber. – Wie würden die Folgen eines solchen Angriffs aussehen ? Der amerikanische Kernwaffenforscher Professor Teller, auch "Vater der Wasserstoffbombe" genannt meinte, rund 6o % der Amerikaner könnten einen Kernwaffenkrieg überleben. Er ging dabei von ausreichenden Luftschutzmassnahmen (Bunker mit Lebensmöglichkeiten für mehrere Wochen) für die gesamte Bevölkerung aus. Dies trifft aber nur für einen geringen Bruchteil der Bevölkerung zu und ist in Anbetracht der horrenden Kosten auch unter amerikanischen Verhältnissen in absehbarer Zeit nicht zu verwirklichen. Daher scheinen Überlegungen, die der amrikanische Miltärfachmann Arthur Hadley in dem Fachorgan " The Nations Safety and Arms Control " anstellte, der Wirklichkeit näher zu kommen .

Er meint, die Sowjetunion könne gegenwärtig einen Kernwaffenanschlag mit einer Sprengkraft von 2,5 Kilomegatonnen gegen die USA führen. Dies sei ausreichend um sofort, oder durch radioaktive Strahlung innerhalb von zwei Monaten 75 – 8o % der Bevölkerung der USA zu töten. Um im Gegenschlag die gleiche Wirkung in der Sowjetunion zu erzielen, seien die amerikanischem Streitkräfte in der Lage, innerhalb von 24 Stunden eine Sprengkraft von 18 – 2o Kilomegatonnen über Russland zur Entladung zu bringen. Diese grössere Menge wäre angesichts der geografischen Vorteile der Sowjetunion erforderlich.
Das Fazit dieser Untersuchung ist, dass sich nach dem gegenwärtigen Stand der Dinge beide Weltmächte gegenseitig vernichten können. Einen Vorteil wird keine davon haben, auch nicht den des Überraschungsmoments, denn die Anordnung der Kernwaffenträger ist auf beiden Seiten so getroffen, dass keine völlige Überraschung gelingen kann und ein Gegenschlag immer möglich ist. Diese Situation dürfte sich in den kommenden Jahren nur unwesentlich verändern. Eine Steigerung der Vernichtungskraft ist auch gar nicht mehr entscheidend, sondern nur noch die Frage der Abwehr gegen den atomaren Angriff. –

Man muss diese Situation bei der politischem Entwicklung einkalkulieren. Beide Seiten wissen, dass sie in einen Atomkrieg nur verlieren, nicht aber gewinnen können.

Damit ' s c h e i n t ' die atomare Drohung an Schrecken zu verlieren und sich die Möglichkeit eines notgedrungenem Nebeneinanderlebens der beiden Grossmächte abzuzeichnen. Nicht ausgeschlossen, wenn auch freilich bei zunehmender Verbesserung der technischem Bedingungen unwahrscheinlich werdend, bleibt dagegen ein Kernwaffenkrieg aus ' Versehen ' oder Missverständniss .....

H F.

G e n o s s e H i r m k e hat r e c h t !
" Über das Vietnam Abkommen, welches zeigt, dass Russland und China trotz der bitteren Fhede entschieden haben, dass der Krieg gegen die USA an erster Stelle kommt ... "
(aus einer bürgerlichem Tageszeitung)
Lese Hirmkes Artikel – Moskau und Peking – in der nächsten Ausgabe der " Mahnruf – Blätter ".

Ist jüdischer Kapitalismus besser als ein deutscher ? Diese Frage will ihre Beantwortung finden.

Hans v. Thümen :

Die Befreiung der Arbeit in Sozialismus

In der D i s k u s s

Der Sozialismus sieht die schöpferische Arbeit als natürliche Erfüllung des Lebens an. Nicht die Arbeit ist schädlich, sondern unzulängliche Arbeitsbedingungen. Eine verhasste Arbeit ist nicht nur ein Unglück für den erfolglosen Arbeiter, sondenn vergiftet das Betriebsklima. Die Unzufriedenheit des Arbeiters lässt ihn weder Freude an der Arbeit empfinden noch wird die Arbeitsleistung verbessert. Die Herstellung und Beschaffung untauglicher Gegenstände, besonders Kriegsmaterial , ist ein Verbrechen am Volk. Ebenfalls ist es ein Verbrechen, den Menschen den Arbeitsplatz zu nehmen und seine Arbeitskraft nutzlos zu vergeuden.
Der Sozialismus hält die Befreiung der Arbeit von stupiden, mechanischen und unschöpferischen Tätigkeiten für unbedingt notwendig. Die Arbeiter sollen ihre angeborenen Fähigkeiten als Schöpfer, Entdecker und Erfinder durch bessere Ausbildung entwickeln. Sie dürfen nicht lebenslänglich an irgendeine stumpfsinnige, geisteststötende Beschäftigung gefesselt sein. Besonders die Grossindustrie weisst Tätigkeiten auf, die von den grössten Teil der Arbeiterschaft nicht als das Vorherrschende ihrer Lebenstätigkeit aufgefasst werdem kann. Das Leben des Arbeiters tritt nur als Mittel zum Leben in Erscheinung. Die Arbeit wird zu einer Existenzsache, nicht aber zur Möglichkeit, das schöpferische Wesen des Menschen zu verwirklichen. Die Arbeit eines bedeutenden Teils der Arbeiter hat sich von der wichtigsten, spezifisch menschlichen Lebenskundhebung in eine Nebentätigkeit verwandelt. Seine wichtigste Lebenskundgebung verlagert sich in die Sphäre der Freizeit.
Der Sozialismus will nun eine solche gesellschaftliche Arbeitsorganisation schaffen, in den der Mensch sich vollständig als schöpferisches Wesen zum Wohle der Gesellschaft realisieren könnte. Dazu gehört auch, die Aufgabe der Frau als Mutter zu sehen und von diesem Gesichtspunkt aus, die Probleme der berufstätigen Frauen zu betrachten. Bei der Verbesserung der Arbeits - und Sozialbedingungen der Frauen müssen die Voraussetzungen direkt in den Betrieben und an den Arbeitsstätten geschaffen werden. Schritt für Schritt müsste ein solcher technischer Stand erreicht werden, in den die Maschinen weitgehend die mechanische und unschöpferische Arbeit der Menschen übernehmen, in den sie selbst automatisch geregelt und gesteuert werden.
Die persönliche Einstellung zur Arbeit und zur schöpferischen Tätigkeit ist von ganz besonderer Bedeutung. Das Bestreben, die Qualität jeder Arbeit und jeder Handlung zu verbessern, erhöht die Arbeitsleistung. Freudige Arbeit ist stets um vieles erfolgreicher. Nur systematische und rythmitische Arbeit ist von Nutzen. Jede Arbeit ist ein Segen, solange sie zum gemeinsamen Nutzen der Menschheit eingesetzt wird. Wir Sozialisten in Deutschland fühlen uns nur als ein Teil der grossen internationalen Arbeiterbewegung. Dauernd und fruchtbar kann die sozialistische Gesellschaftsordnung die Probleme der gesamten Befreiung des Menschen nur lösen, wenn es keine antagonistischen und feindlich gegeneinander wirkenden Interessen in der Welt mehr gibt.
Der Sozialismus hat nun folgenden Stufenplan der Freiheit der Arbeit entwickelt, um eine solche Existenzstufe zu verwirklichen, die die schöpferische Tätigkeit des Menschen anregt und entfaltet und nicht beschränkt wie bisher. Das bedeutet die Arbeit in höchsten Grad und allseitig zu befereien.
(Fortsetzung n. Seite)

In diesen Tagen - musste ich viel an einen Mann denken. An einen Genossen, der fast sein ganzes Leben der sozialistischen Arbeitebewegung d i e n t e. Ich sah ihn desöfteren auf Tagungen und trotz seines hohen Alters hatte er sich ein frisches Herz und lebendigen Geist bewahrt.
" 7o Jahre hindurch hat er getreu seinem Vorbildern ..... der deutschen und internationalen Arbeiterbewegung als aufrechter Sozialist seinen Mann gestanden ".
(Aus einem Nachruf)

F r e d S C H Ü L E R ist nicht mehr.

Er starb am 2o. Dezember 1964 in Freiburg.
W I R werden S E I N E R immer gedenken !

wa.

Hans v. Thünen : Fortsetzung - Die Befreiung der Arbeit im Sozialismus .

Wir fassen die Befreiung der Arbeit als komplizierten Prozess der Umgestaltung auf folgenden Gebieten auf :

der Technik (die wissenschaft - technische Revolution, die allerdings durch ihre gesellschaftlichen Konsequenzen weit über das Gebiet der Technik hinausgeht),

der Ökonomik (Beseitigung der Ausbeutung, Schaffung von Beziehungen der Zusammenarbeit, allmähliche Aufhebung der traditionellen, ein - schränkenden und verkrampften Arbeitsteilung, in den Schlussetappen die Aufhebung der Geld - Warenbeziehungen und die Einführung einer Vertei - lung nach den Bedürfnissen),

der sozialen Beziehungen (die Schaffung von Möglichkeiten eines dau - ernden Aufstiegs des Menschen durch Beseitigung sozialer Sonderstellungen und Wälle),

der Politik (die Herrschaft einer Klasse, die nicht daran interessiert ist, ewig auf ihre Positionen zu beharren, sondern auf die Schaffung einer Vormachtstellung des ganzen Volkes ausgerichtet ist),

der Kultur (die Möglichkeiten, Zutritt zu höheren Stufen der Bildung und Qualifikation und zu jenen Werten zu haben, die es verdienen, angeeignet zu werden),

der Ethik (die Herausbildung eines solchen Menschen, der seine eigene Entfaltung und die Entfaltung anderer wesensbedingt benötigt),

der Ästhetik (den Prozess der Arbeit und des übrigen Lebens ästhetisch zu gestalten),

der Psychologie (die Sicherstellung der notwendigen Anpassungsfähig - keiten des Menschen für Berufe mit breitester Spannweite und für deren Veränderungen).

Die durch die Automation freigewordenen Menschen müssen materiell sichergestellt werden. Die Kosten der Umschulung müssen von der Gesellschaft übernommen werden. Die Anstrengungen der Forschungsgruppen sind zu vervielfältigen, indem man genügend Fachleute und ausreichende Gelder zur Verfügung stellt. Wenn die Völker nicht mehr gegeneinander, sondern miteinander arbeiten, könnte ungeheuer viel Geld eingespart und zum Segen und Fortschritt der Menscheit eingesetzt werden.

Der Sozialismus will keine b l u t i g e Weltrevolution, sondern das harmonierende Bewusstsein der Völker in Gruppen zusammenfassen. Die Regierungen müssten solche Klassifikationen der Arbeit, entsprechend dem Bewusstsein, in Erwägung ziehen. Eine derartige Unterteilung würde die beste Errungenschaft der politischen Ökonomie bedeuten.

Beruhigungsunternehmen

Die Bundeskonferenz der SPD brachte nicht viel neues. Die dort versammelten (zumeist haupt - und halbhauptamtlichen) Funktionäre, bestätigten, abgesehen von einigen Ausnahmen, den Kurs von Brand-Wehner-Schiller. Denen die dort unruhig waren wurde gesagt - sie verstünden nicht den Unterschied zwischen Opposition und Regierungverantwortung. Wann werden die Sozialisten dort erkennen, dass sie auf verlorenen Posten stehen ?

Persönliche Stellungnahme eines revolutionären, unabhängigen Sozialisten gegenüber der UdSSR und den übrigen Oststaaten.

Revolutionärer Sozialismus richtet sein ganzes Bestreben auf die Überwindung des kapitalistischen Wirtschaftssystem durch Herbeiführung demokratischer Verhältnisse und Schaffung einer Wirtschaft auf sozialistischer Grundlage, deren Hauptziel die Deckung aller Lebensbedürfnisse sein muss.

In den Staaten des Ostens dominiert immer noch der Handel mit dem Ziel einer aktiven Zahlungsbilanz, wobei der Valutenüberschuss in die Rüstung investiert wird.

Zur Erreichung eines Überschusses wird vielfach die Lebensmöglichkeit der Menschen im eigenen Land eingeschränkt um dadurch ein starkes militärisches Potential zu erreichen.
Auf solche Art Sozialismus zu verwirklichen ist unmöglich, auch dann wenn durch militärische Macht alle Staaten der Erde botmässig gemacht werden können.

S o z i a l i s m u s und M a c h t p o l i t i k schliessen einander aus.

Der Staat kann nur als Machtfaktor bestehen, schränkt dadurch die Freiheit des Menschen ein und bedrückt durch Ausbeutung seine Existenz.
Sozialismus hingegen ist b e w u s s t f r e i w i l l i g e Hingabe der ganzen Persönlichkeit und Leistung für den g e m e i n s a m e n Zweck des Lebens.
Dies aus Überzeugung und dem Bewusstsein, dass die Summe aller Produkte um nicht geschmälert wird für Dinge die dem Frieden und Wohlergehen der Menschen abträglich sein könnten.

Im M a c h t s t a a t richtet sich Leistung nach Entlohnung.
In der sozialistischen Gemeinschaft wird höchste Leistung erbracht, dies ohne Lohnproblem, weil jeder Mensch entsprechend seiner Leistung, sich einen gemässen Lebensstandard schaffen kann.
Der Machtstaat muss notwendigerweise um seinen Bestand besorgt sein, ist daher genötigt nicht nur die Lebensmöglichkeiten seiner Bürger zu beschränken, darüber hinaus noch viele Produktivkräfte militärischen Zwecken zuführen, woraus sich ständige Belastung der Konsumenten ergibt.

Die sozialistische Gemeinschaft hat keine " feindlichen " Kräfte abzuwehren, bedarf keiner Soldaten und wird Menschen, die als " Okkupatoren " eindringen, in die Gemeinschaft eingliedern und sie zu Genossen machen.
Es würde dann keinem Staat mehr in den Sinn kommen, sozialistische Gemeinschaften sich einverleiben zu wollen, weil dies sein Untergang wäre.

Sozialismus kann niemals mit Methoden d e r G e w a l t verlebendigt werden, sondern nur durch vorgelebtes Beispiel!

(Forts. n. Seite)

Zur Jahreswende

In Fesseln geht die Menschenwürde
Über die fluchbeladene Erde -
Schwer trägt sie an ihrer Bürde
O dass es endlich friedvoll werde !

Frieden, Freiheit auf der Welt
Sei den Menschen all' beschieden -
Lasst den Streit, schafft endlich Frieden
Eh' sie auseinanderfällt .....

Hans Frey

A n t i k o m m u n i s m u s

Wer macht ihn ? Bestimmt doch diejenigen die in ihren Handlungen unsozialistische, unmenschliche Machenschaften begehen oder unterstützen.

Sozialismus - Kommunismus (Lenin gebrauchte beide Wörter in einem Atemzug) ist die höchste Stufe des

M E N S C H ' S E I N S !

Wenn wir Stalinismus sagen - dann meinen wir Ereignisse die unsozialistisch analysiert wurden oder solche die an der Grenze " faschistischen Stils " stattfanden.
Wenn wir LINKS manche Dinge unter die Lupe nehmen, dann ist die wahrhaft keine antikommunistische

E I N S T E L L U N G sondern eine Stückchen Weg zur Reinigung der sozialistischen Bewegung.
Die Mitglieder der KP in der Bundesrepublik - denken zum grössten Teil traditionell (auch in der Illigalität). Sie denken : " Die Partei macht alles recht ".
Wem dies dient ? Nur den Gegnern eines wahrhaften S o z i a l i s m u s!

A n t i k o m m u n i s m u s
betreiben diejenigen, die versuchen, die unsozialistischen Erscheinungsformen, innerhalb der sozialistischen Weltbewegung, beizubehalten. (i.)

D E M O K R A T I S C H E

' Linke '

Dieselbe [illegible]
wurde gegründet. Der Gründer der Versicherungsvertreter Eugen Eberle verkündete ein farbloses reformistisches Programm. Unter anderem führte folgende Ziel und Richtungspunkte auf :

Kürzung der Rüstungsausgaben um ein Drittel, Verkürzung der Wehrpflicht auf 12 Monate, Sicherheit der Kaufkraft durch Anhebung der Einkommen, soziale Steuerreform, grosszügiger Wohnungs - bau u.a.

Jedenfalls ist dieser reformistischer Programm-Katalog keine Alternative einer neuen - geschweige sozialistischen Politik. (a)

Persönliche Stellungnahme eines revolutionären, unabhängigen Sozialisten gegenüber der UdSSR und den übrigen Oststaaten - Fortsetzung.

Dass dann bei weiterer Entwicklung (zum ' Kommunismus ') , sich der Staat erübrigt, ist eine Selbstverständlichkeit, weil es zwischen Menschen ja keiner Grenzen bedarf. Unterschiede der Hautfarbe oder religiöser Auffassungen werden ohne Bedeutung sein, da echte Humanität die Menschen verbindet. Die sozialistisch-kommunistische Wirtschaftsweise macht dies möglich, denn sie schafft die Voraussetzung hiezu.

Deshalb ist ein demokratischer Sozialist traurig berührt, sehen zu müssen, wie Staaten, die den Sozialismus, Kommunismus auf ' ihr Banner ' geschrieben haben, sich in kapitalistischer - machtpolitischer Weise bemühen, sich grössere Einflussgebiete zu erschliessen, da dies für die Sache des Sozialismus niemals von Vorteil sein kann. Es bestärkt dies nur die Hoffnung und Zuversicht der Kapitalisten bezüglich ihrer Existenz, weshalb sie eine Politik betreiben, die sozislistische Staaten nötigt, grösste Augenmerk auf Rüstung und militärische Potenz zu wenden.
Dabei erliegen diese Staaten dem Schwindel und werden willfährige " Speielpartner " der Kapitalisten.
Könnten und würden sie den umgekehrten Weg gehen und sich den Wohlstand bei uneingeschränkter Bewegungsfreiheit ihrer Völker als dringenste Aufgabe angelegen sein lassen, würden sie damit wahrhaft die sozialistische Weltrevolution einleiten, der kein Staat und das kapitalistische Wirtschaftssystem n i c h t widerstehen könnte.
Dies vermag nur freier Wille und die Kraft der Überzeugung und kein militärisch noch so starker Staat. Ist doch jede Frucht natürlicher Weise so beschaffen, wie sies in ihrem Samen, aus dem sie erwachsen ist, seine Begründung hat.

Machtpolitik und Militarismus
sind schlechte Samen und zeitigen nur [illegible] schlechte Früchte.

SOZIALISMUS schliesst Freiheit in sich ein und ist guter Samen für gute Früchte.

Darum ist das Sprichwort auch ein Wahrwort, das da sagt :
" An ihren Früchten sollt ihr sie erkennen!

Adalbert Hirmke

Betrachtung zur Jahreswende - von Hans Frey:

Unseren Jahrhundert ist ein Grunderlebnis beschieden worden. Es entsteht durch die Begegnung mit der Tatsache, dass heute das Böse wie nie zuvor in Erscheinung tritt. Selbstverständlich hat es in der Vergangenheit in in keinem Augenblick gefehlt. In der Gegenwart aber befinden wir uns innerhalb seiner Entwicklung in einer besonderen weltgeschichtlichen Situation. Während der Mensch früher für das Böse mehr Organ werden konnte, hat es sich heute mit dem Kern der Persönlichkeit verbunden - es gibt heute ein individuelles Böses. Es ist aber auch durch die Entwicklung der Intellektualität des einseitigen, kalten, amoralischen Kopfdenkens unver = gleichlich raffinierter geworden - und es hat schliesslich durch die Erstarkung der Ichkraft einen Grad von Itensität gewonnen, wie es vorher

gar nicht möglich war. Nur so erwuchsen die diabolischen Pläne, die satanischen Taten und furchtbaren Verbrechen, wie sie in u
und zwischen den beiden Weltkriegen unseres Jahrhunderts und im gegenwärtigen sozialen Leben Ereignis wurden.

Die diabolischen und satanischen Dämonien des Zeitalters stellen aller - dings nur die eine Seite des Erlebens dar, das der Menschheit heute zugedacht ist. Das Ich des Menschen, das sich selbst erfasst, kann heute eine Fähigkeit in sich entdecken die nicht nur die Verlockungen des Bösen zu bestehen, sondern auch Kräfte, des Moralischen zu entbinden und Taten des G u t e n zu vollbringen vermag, die über die Möglichkeiten früheren Epochen hinausgehen. . .

Die geisteswissenschaftliche Weltanschauung lässt erkennen, wie dieser - Umstand damit zusammenhängt, dass im 20. Jahrhundert ein neuer Zeitgeist die Führung der Menscheit übernommen hat. Über ihn wurde von jeher von allen Wissenden ausgesagt, dass er immer wieder die Begegnung mit dem furchtbaren Bösen habe, das in der Menschheitsgeschichte waltet, dass er diese Macht - den apokalyptischen Drachen bekämpfe und besiege und dass er überall, wo er sein Wirken entfaltet, die stärkste Geistpotenz für die Überwindung des Bösen bedeute. So vermittelt gerade unsere Ära der neue Zeitenführer gegenüber dem gesteigerten Ausbruch des Bösen als Inspirator des Willens die erhöhten und sieghaften Energien des Guten.

Die grossen Zeitbegegnungen, die wir heute erleben, stellen eine der grössten Prüfungen dar, die jemals der Menschheit zugemutet waren. - Von der Art, wie wir uns in der Gegenwart verhalten, hängt das Schicksal aller kommenden Epochen ab. Unser Jahrhundert ist im grössten Stile - das der Entscheidung. Es kann das Jahrhundert der heilsamen Wende werden, wenn sein Sinn erkannt und seine Aufgabe ergriffen wird .....

All unseren Lesern wünschen wir g u t e T a g e - und ein erfolgreiches, gesundes Jahr 1 9 6 8 ! Für die geleistete Mitarbeit sagen wir an Jahresende besten Dank. Im neuen Jahr erhoffen wir a l l e - eine weitere gute Zusammenarbeit !

" M A H N R U F " - Blätter
Mitbegründer : S E P P F R E Y
Sozialistischer Freundeskreis
- unabhängig - konstant- grundsätzlich - wissenschaftlich - sozialistisch - marxistisch - humanistisch - revolutionär -

Verantwortlicher Herausgeber : W. Pilz
8906 GERSTHOFEN / Augsburg, Langemarckstrasse 21a.
Postscheckkonto : MÜ. 1948 18
Tel.: (8211) 49 11 24

Die " Mahnruf - Blätter " verteilen, lesen und weitergeben !
WERDE MITGLIED im INTERNATIONALEN - BUND DEMOKRATISCHER SOZIALISTEN

Dezember 1967:
Der Vorstand des Initiativausschusses zur Gründung einer Sozialistischen Partei (IA) gibt die Nummer 57 des 'Informationsbriefes' (IB) heraus (vgl. Nov. 1967, Jan. 1968). Er enthält die Artikel:
- Bernhard Markowski: In memoriam "Che" Guevara
- Peter Fuchs: Rechts vom Ahlener Programm [zum neuen Parteiprogramm der KPD]
- Leser schreiben uns … [Leserbrief über US-Taktik der Bombardierung Vietnams]
- Die Redaktion: An unsere Leser [Neujahrswünsche]

In "An unsere Leser" kündigt die Redaktion an, dass der IB "trotz enormer Schwierigkeiten" auch 1968 erscheinen werde. Es sei jedoch möglich, dass die "bisherige, regelmäßige monatliche Erscheinungsweise nicht immer eingehalten" werden könne (S. 7).
Q: Initiativausschuss zur Gründung einer Sozialistischen Partei: Informationsbrief, Nr. 57, Bergisch-Gladbach Dezember 1967

Informationsbrief

Herausgeber: Der Vorstand des Initiativausschusses zur Gründung einer Sozialistischen Partei

Postanschrift: Siegfried Markowski, 507 Bergisch Gladbach
Tel.: 59618 Bergisch Gladbach Dornröschenpfad 3
Postscheckkonto: 157 163, Postscheckamt Köln

Nr. 57 Einzelpreis DM -,50 incl. Porto Dezember 1967

In memoriam "CHE" GUEVARA

"Unsere ganze Aktion ist eine Kriegsansage gegen den Imperialismus und ein Ruf nach der Einheit der Völker gegen den großen Feind des Menschengeschlechts: die Vereinigten Staaten von Nordamerika. An jedem beliebigen Ort, wo uns der Tod überraschen könnte, sei er willkommen, wenn unser Kriegsruf gut aufgenommen würde und eine andere Hand nach unseren Waffen greifen würde und andere Menschen bereit wären, die Totenlieder mit Maschinengewehrgeknatter und neuen Kriegs- und Siegesrufen anzustimmen."

- ERNESTO "CHE" GUEVARA -
(Brief an das Exekutivsekretariat von OSPAAL)x)

Liebe Genossen!

ERNESTO "CHE" GUEVARA ist tot. Als Revolutionär und Arzt trat er gleichermaßen für Menschlichkeit ein. Sein Tod "wiegt schwerer als der Taiberg"; er verpflichtet uns alle, mehr als bisher, mit größerem Einsatz zu kämpfen. Dieses Kämpfen beginnt bereits mit der finanziellen Unterstützung des I.A., es führt über eine menschlich vorbildliche und politisch-ideologisch unerbittliche Haltung im Alltag zur permanenten, geduldigen Agitation und weiter bis zum dauernden, ernsthaften Studium und dem offenen, direkten Widerstand gegen das bestehende System in der als gerade geeignet festgelegten Kampfform. Auf diesem Wege, d.h. im Kampf werden dann alle die Eigenschaften erworben und fortwährend verbessert und erweitert, die den Revolutionär zu einem Mann machen, der die Initiative hat und zu halten weiß.

Einige mögen fragen, was geht uns GUEVARA an, was sein Tod? Diejenigen, die so fragen, verkennen die globalen Auswirkungen und Einflüsse, die lokale (Klassen-)Konfrontationen nach sich ziehen bzw. denen sie unterliegen. Eine Analyse im Weltmaßstab jedes größeren lokalen Widerspruchs ist nicht nur vorteilhaft sondern notwendig, um zu objektiv gültigen Ergebnissen zu gelangen. So läßt sich z.B. das USA-Engagement in Vietnam nur aus einer Verlagerung des Schwerpunktes der amerikanischen G l o b a l - strategie von Europa nach Ostasien erklären. Die weltumspannenden Wechselwirkungen zwischen Imperialismus und Revolution wer-

x)Organisation der Solidarität der Völker Afrikas, Asiens und Latein-Amerikas

den als solche deutlicher, wenn wir berücksichtigen, daß die Interessensphären des Imperialismus sich vor allem auf die Gebiete der sog. Dritten Welt erstrecken. Die Zerstörung der imperialistischen Operationsbasen (die wie ein Netz diese Länder überziehen) und die damit einhergehende Liquidierung der 'imperialen Exekutivorgane' in Gestalt der heimischen Marionettenregimes kann einzig Sache der unterjochten Völker selbst sein, woraus deren historische Mission erkenntlich wird! Die Repression des Imperialismus, dessen Kopf die USA sind, gegen die gerechten und elementaren Forderungen (Freiheit, Selbstbestimmung etc.) der Völker ist stets m i l i t a n t und von grausamer Vielfalt. Um beispielsweise und nur Lateinamerika[x] zu erwähnen: Hier (wo von einer 260 Mio-Bevölkerung 180 Mio dauernd unterernährt sind, wo 30 Mio in Slums leben, wo 70 Mio Analphabeten sind und wo 60-80 % des nutzbaren Bodens in den Händen von 2 oder 3 % liegen) sind den überall anwesenden CIA-Agenten nun schon Militärberater ("special forces") zugesellt worden (zur Ausbildung der Marionettenarmeen), wie vor wenigen Wochen seitens des USA-Außenministeriums zugegeben wurde!

So wird es ganz offenkundig: Die wirtschaftliche und politische Befreiung in der Form des b e w a f f n e t e n Kampfes ist historische Notwendigkeit.

Den weltweiten Charakter des Kampfes gegen den Imperialismus hat LIN BIAO in erweiterter Fassung eines Volkskriegs-Prinzipes, nämlich die Städte vom Lande her einzukreisen, bemerkenswerterweise einmal so gezeichnet:

> "Wenn, im Weltmaßstab gesehen, Nordamerika und Westeuropa als 'Städte der Welt" bezeichnet werden können, kann man Asien, Afrika und Lateinamerika die 'ländlichen Gebiete der Welt' nennen. ... In einem gewissen Sinn befindet sich die gegenwärtige Weltrevolution auch in einer Lage, bei der die Städte durch ländliche Gebiete eingekreist sind. Die ganze Sache der Weltrevolution hängt in letzter Analyse von den revolutionären Kämpfen der asiatischen, afrikanischen und lateinamerikanischen Völker ab, welche die überwältigende Mehrheit der Weltbevölkerung sind." (Es lebe der Sieg im Volkskrieg, Peking 1965, S. 53,54)

So gesehen, war der Einsatz GUEVARAS historische Mission und ureigenster Teil u n s e r e s Kampfes, ist sein Tod auch uns ein großer Verlust.

Wir sprachen oben von dem bewaffneten Kampf als einer historischen Notwendigkeit. Offensichtlich ist diese Form des Kampfes gegen jenes weltweite System der Ausbeutung auch der e i n z i g e Weg. In seinem Brief an das Exekutivsekretariat von OSPAAL (deutsch im Verlag Oberbaumpresse, 1 Berlin 36, Oberbaumstr. 5, 12 S., 1.-DM) ruft CHE die Völker der Dritten Welt auf, den Krieg, zu dem "es keinen anderen Ausweg" gibt, "vorzubereiten" und "sich zu entscheiden, ihn zu unternehmen". Denn, "Sie treiben uns in den Kampf hinein." ... "Wir können den Ruf der Stunde nicht verhallen lassen. Das lehrt uns Vietnam mit seiner permanenten Lektion der Hingebung, mit seiner tragischen und alltäglichen Lektion des Kampfes und des Todes, um den Endsieg zu erreichen." ..

Diejenigen, die Waffen durch Stimmzettel ersetzt haben wollen, sind von LENIN einmal "Schufte oder Einfaltspinsel" genannt worden. "Schufte", weil die Liquidierung des bewaffneten Kampfes

---

x) Das Verhalten des Imperialismus in Indochina kennt jedes Kind

klipp und klar Verrat an der proletarischen Sache bedeutet, "Einfaltspinsel", weil nur eine gehörige Portion Borniertheit zu der Annahme verleiten kann, Imperialisten würden sich "von selbst" oder durch "Verhandlungen" und gutes Zureden "in Buddhas verwandeln". Wenn die amerikanischen Neger in Zukunft größeres politisches Gewicht haben, dann nicht, weil sie Schweigemärsche, lange Reden und Petitionen (King & Co) gemacht haben, sondern a l l e i n deswegen, weil sie - spontan organisiert - mit Steinen, Kugeln und Feuer auf Diskriminierung und Ausbeutung geantwortet haben.

"Die politische Macht kommt aus den Gewehrläufen", sagt MAO TSE TUNG, und:

> "Die zentrale Aufgabe und höchste Form der Revolution ist die bewaffnete Machtergreifung, ist die Lösung des Problems durch den Krieg. Dieses revolutionäre Prinzip des Marxismus-Leninismus hat allgemeine Gültigkeit, es gilt in China wie im Ausland."

Auch in der BRD! Dieser"höchsten Form der Revolution" mögen V o rstufen, "niedrigere" Formen der Revolution, vorausgehen, insbesondere oder gerade in den Ländern, die ein derartig verfestigtes, komplex verankertes (bürokratisches) kapitalistisches Herrschaftssystem wie die Bundesrepublik aufweisen, deren Bevölkerung also einer derart raffinierten und subtilen Unterdrückung ausgesetzt sind, daß diese "von den Unterdrückten nicht als Unterdrückung empfunden wird" (AUGSTEIN, 'Revolutions-ABC', SPIEGEL 32/67). Die Genossen DUTSCHKE und SALVATORE sprechen in ihrer Einleitung zu dem erwähnten OSPAAL-Brief GUEVARAS von der "Entwicklung spezifischer Kampfformen, die dem in den Metropolen erreichten Stand der gesellschaftlichen Entwicklung" entsprechen. Eine dieser Vorformen des bewaffneten Kampfes ist der offene Widerstand gegen das bestehende Herrschaftssystem in Form anti-autoritärer Aktionen, wie sie seit wenigen Monaten von der revolutionären Studentenschaft ausgeführt werden, die damit zweifellos zur Speerspitze der revolutionären Kräfte in der BRD geworden ist. Um es vorwegzunehmen: die revolutionären Studenten können niemals endgültige oder alleinige Banner träger des Fortschritts sein, sondern nur Initiatoren, gewissermaßen die Glimmflamme einer geschichtlichen Zündschnur, deren Länge wir alle nicht kennen. Sie haben mit anderen Gruppen (Notstandsgegner, Ostermarschierer) zusammen begonnen, die unter dem Einfluß verschiedener 'Ausbeuterdrogen' (Wohlstand, Manipulation) stehende bundesdeutsche Öffentlichkeit wachzurütteln, ihr "Gegengift" einzuflößen. Werden sie das mit dem nötigen Geschick tun? Wenn sie immer wieder ihre Kampferfahrungen zusammenfassen und auswerten, werden sie Fehler vermeiden können, wenngleich sie (leider!) eine komplexe Inadäquatheit (Herkunft, Auftreten, Äußeres, Sprache) zur Arbeiter- und Angestelltenschaft aufweisen. Die Studenten befinden sich, was die Informationsmöglichkeit angeht, aus verschiedenen Gründen in privilegierter Position gegenüber Arbeitern und Angestellten; sie sind politisch bewußter und haben überdies schließlich noch den Vorteil, daß ihre politischen Organisationen (ich meine die linken) öffentlich und ohne nennenswerte Repressalien arbeiten können. Diese drei Punkte lassen folgerichtig vor allem ihnen die Rolle der Aufklärung und p o l i t i s c h e n B e w u ß t m a c h u n g zufallen. (Inwieweit ihnen hierbei Erfolg beschieden ist, hängt - kurz gesagt - auch wesentlich davon ab, inwieweit sie wirklich gewillt sind und es vermögen, mit den Massen der Arbeiter und Angestellten zu verschmelzen!!)

N a c h der Bewußtmachung, die aus den angeführten Gründen weitgehend, freilich nicht ausschließlich, der jungen "Intelligenz" zufällt, sind m.E. dann M o b i l i s i e r u n g und O r g a n i s i e r u n g der Massen - als weitere Vorformen der Revolution und sofern geeignete Bedingungen bestehen - die Aufgaben einer proletarischen Partei, die sehr wohl die proletarisch-revolutionären Studenten in ihren Reihen hat.

Der studentische Kampf hat begonnen. Er richtet sich einerseits gegen die Diktatur der Meinungsmanipulation in Presse, Funk und Fernsehen (insbesondere gegen den SPRINGER-Konzern), andererseits gegen die Notstandsgesetze. Im einzelnen sind Aktionsprogramme ausgearbeitet. Der SDS als Hauptkraft koordiniert Aktionen mit dem LSD, SHB, Ostermarschierern, dem Republikanischen Club (Berlin) usw.

Unabhängig davon, ob sich - wie der Genosse DUTSCHKE in seiner Antwort auf AUGSTEINS 'Revolutions-ABC' schreibt (vgl. etwa KONKRET 9/67) - "die Vermassung der Idee einer von Krieg, Elend, Manipulation und langer Arbeitszeit befreiten Gesellschaft" (nach Zerschlagung der Meinungsmanipulation) allein schon "zur materiellen Gewalt gegen die bestehende Herrschaftsordnung werden kann" oder ob es zur Etablierung dieser Gewalt auch noch zu einer ausgedehnten inneren Krisensituation kommen muß, unabhängig davon also sollte der I.A. diese Aktionen in ihrer Gesamtheit und Tendenz als einen dem historischen Entwicklungsstadium der BRD-Gesellschaft entsprechenden Prozeß (revolutionäre Vorstufe, vgl. oben) erkennen und gutheißen und soweit als irgend möglich unterstützen ! Noch wirkungsvoller wäre m.E. die Bildung einer Einheitsfront aller sozialistischen Gruppen m i t den revolutionären Studenten. (Schaffung einer zentralen Informations- und Archivstelle i.S. eines erweiterten "Sozialistischen Büros?)

GUEVARA ist tot und andere - es lebe ihr aufrichtiger, kämpferischer Geist! Ihr Standpunkt war der des Proletariats und der breiten Volksmassen. -

Bernhard Markowski

- - - - - - - - - - - - - -

Rechts vom Ahlener Programm

Die KPD wird nach den Angaben von Mitgliedern des "Initiativausschusses zur Wiederzulassung der KPD" in Kürze ein neues Parteiprogramm vorlegen. Dieses Programm soll vor allem zweierlei bewirken:

1. Die Attraktivität der KPD unter der Arbeiterschaft und "den mit ihr verbündeten Schichten" erhöhen und
2. die Gewähr dafür bieten, daß die Partei in der Bundesrepublik wiederzugelassen wird und auch legal politisch tätig werden kann.

Der Tenor, der das ganze Programm bestimmt, ist im proklamierten "friedlichen Übergang zum Sozialismus" zu sehen. Das Programm, so beteuern die Mitglieder des KP-I.A. Kapluck, Schabrod und Ahrens, sei in Anlehnung an die Ideen des französischen KP-Chefs Rochet, modifiziert für die BR, entstanden. In Wirklichkeit wurde es von Theoretikern der SED nach den Bedürfnis-

sen und Analysen dieser Partei und der KPdSU entworfen und der KPD für ihre künftige politische Strategie verordnet. Ob dadurch die diversen Bocksprünge der KPD-Strategie in den letzten Jahren, die den völligen Bankrott der Trabanten Stalins und der SED offenbarten und eine Politik der KP-Führung, deren Blindheit und Prinzipienlosigkeit (wie in den letzten Jahren der Weimarer Republik) geradezu verbrecherisch war, ein Ende haben werden, scheint mehr als zweifelhaft.

Die Grundthese des KP-Programms: Der Übergang vom Kapitalismus zum Sozialismus in der Bundesrepublik wird sich auf demokratischem Wege, mit Hilfe des parlamentarischen Systems vollziehen. Die SPD soll aus ihrer Koalition mit der CDU/CSU herausgebrochen werden und die Sozialdemokratie soll "marxistische Grundsätze" sich wieder zu eigen machen. Ist dieses Ziel erreicht, will die KPD zusammen mit der SPD eine Regierungskoalition anstreben und gleichzeitig mit Hilfe der außerparlamentarischen Opposition, der IG Metall usw. die Voraussetzungen schaffen, um nach Erreichung der parlamentarischen Mehrheit der KPD/SPD-Koalition den Sozialismus "einzuführen" und in der "Verfassung zu verankern". Vorher sei die "Brechung der Macht der Konzerne" entscheidend.

Die einst bitter bekämpften Revisionisten wie Bernstein, Kautsky und Hilferding erleben ihre späte Rehabilitation.

In der "Entschließung des ZK der KPD - zur Lage und den nächsten Aufgaben" (Mai 1933) stand:

> "Die SPD ist die Hauptstütze des Hitler-Staates: Die völlige Ausschaltung der Sozialfaschisten aus dem Staatsapparat, die brutale Unterdrückung auch der Sozialdemokratischen Organisation und ihrer Presse ändern nichts an der Tatsache, daß sie nach wie vor die soziale Hauptstütze der Kapitalsdiktatur darstellt".

Nach zwei Jahren Hitler-Faschismus zog dann Stalin den Schluß. Aufgabe des Proletariats sei es, das "Banner der bürgerlich-demokratischen Freiheiten" zu verteidigen, die Rolle des Bürgertums zu übernehmen und fortzuführen. Die SED-Theoretiker haben diese Forderung im KP-Programm als "Programm der demokratischen Veränderungen" für die Bundesrepublik aufgenommen. Es ist ein Programm, wie es der Revisionist Bernstein bereits empfohlen hatte. Bernstein sah im "organisierten Kapitalismus" die Chance für das Proletariat, seine Lage nicht nur ökonomisch, sondern auch politisch zu verbessern und so auf demokratischem Wege den Sozialismus zu erkämpfen. Wir alle wissen, daß in Deutschland kein demokratisch erkämpfter Sozialismus, sondern der barbarische Hitler-Faschismus und in der BR die mächtige kapitalistische Restauration folgten. Das hindert jedoch die SED/KPD-Ideologen nicht daran, reinsten Reformismus, eine "Revolution durch parlamentarischen Mehrheitsbeschluß" zu postulieren!

Es ist also durchaus folgerichtig, daß am 13.12.1967 in Stuttgart in einem (ausgesetzten) Staatsgefährdungsprozeß gegen ein KP-Mitglied Prof. Ridder in einem Gutachten zu dem Ergebnis kam, daß die KPD bei Betrachtung ihrer Zielsetzung nicht verfassungsfeindlich sei. Bei einem Vergleich der heutigen Ziele der KPD mit dem "Ahlener CDU-Programm" komme man zweifellos zu dem Ergebnis, daß die KPD "noch rechts davon steht" (Stuttgarter Nachrichten Nr. 295 v. 14.12.1967).

Es läßt sich schwer eine beschämendere prinzipielle Kapitula-

tion denken, als die Tatsache, daß die KP-Parteibürokratie die Parole der proletarischen Revolution durch die Parole der Volksrevolution ersetzt hat. Keine Spitzfindigkeiten, kein Spiel mit Zitaten, keine historischen Fälschungen können an der Tatsache etwas ändern, daß es sich um einen prinzipiellen Verrat am Marxismus zum Zwecke einer bestmöglichen Anpassung an die Charlanterie der Bourgeoisie handelt.

Wir wissen von Mitgliedern des ZK der KPD, daß das neue Parteiprogramm, bevor es veröffentlicht wird, von den dafür zuständigen Parteiinstanzen zuerst zur gefälligen Begutachtung an den Herrn Staatssekretär des Bonner Innenministeriums, Prof. Ernst, an den Herrn Präsidenten des Bundesverfassungsgerichtes in Karlsruhe, Gebhardt Müller und an die Herren Abgeordneten des Bonner Bundestages, verbunden mit einer großen, übernationalen Kampagne für die Wiederzulassung der KPD, geschickt wird. Bis das alles seinen Lauf genommen hat, schimpft die Parteibürokratie auf die "Linksradikalen" und wird immer wieder nachzuweisen suchen, daß alle Verbotsgründe inzwischen weggefallen sind, daß es sich um eine neue Partei mit einen neuen Selbstverständnis handelt. Eine Partei also, deren Gründung nach Art. 21 I GG ohnehin frei ist. Die Wiederzulassung der "alten, verfassungswidrigen" Partei wird nur deshalb betrieben, um den maßgeblichen 90 Apparatschiks der Partei den ungestörten Aufenthalt in der Bundesrepublik zu ermöglichen.

Jeder Sozialist in der BR., der diese Bezeichnung verdient, muß sich darüber im klaren sein, daß er objektiv links von der KPD steht und die Arbeiterklasse dringend einer linkssozialistischen, solidarischen Organisation bedarf, um nicht für unabsehbare Zeit Objekt von Manipulation und Ausbeutung zu bleiben.

Peter Fuchs

- - - - - - - - - - - -

Leser schreiben uns:

Ein Berliner Genosse schreibt: "Dem Genossen B.M. (siehe IB Nr. 56 Nov. 67 S. 8 - die Red.) noch eine Information, zu der ich mich genötigt sehe, nachdem ich gemerkt habe, daß das Informationsgefälle von SDS-Gruppe zu SDS-Gruppe doch bemerkenswert hoch ist:

B.M. schreibt: "Zudem hätte ein "endgelöstes" - und das wäre nur auf atomarem bzw. nuklearem Wege zu erreichen - Vietnam absolut keinen Wert für das imperialistische System..."

Im Sommer waren an der Freien Universität drei Mitglieder des Russeltribunals, die über die Ergebnisse des Tribunals berichteten. Danach verfügen die US-Streitkräfte über ein von Soziologen und Psychologen ausgearbeitetes strategisches Konzept, das besonders Objekte als Bombenziele freigibt, auf die die Vietnamesen mit Recht stolz sind, so u.a. die von der Weltgesundheitsbehörde mitfinanzierte berühmte Leprastation. Aber man bombardiert auch zur Abschreckung völlig unbedeutende Dörfer. Die Angriffstaktik ist nun folgende: Die erste Angriffswelle bombardiert mit Sprengbomben, wenige Minuten später eine zweite mit Napalm, dann ist eine etwas längere Pause - die Vietnamesen kommen aus ihren Unterschlüpfen, um zu löschen -

und die dritte Welle bombardiert dann mit Kugelbomben, von deren Wirkung wir uns keine Vorstellung machen können: Ein Zentnerbehälter mit Kugelbomben genügt, um auf einem Quadratkilometer jedes Leben auszulöschen. Für eine Endlösung brauchten die USA keine Atomwaffen, es genügen Kugelbomben. Der Vorteil liegt auf der Hand, weil das bombardierte Gebiet nicht verseucht ist und ohne Widerstand okkupiert werden kann.

- - - - - - - - - - - - -

A N U N S E R E L E S E R !

Allen Genossen, Freunden und Lesern, die auch im abgelaufenen Jahr uns auf verschiedene Weise unterstützt haben, danken wir. Wir hoffen, daß sie dies auch künftig tun werden.

Allen Lesern unserer "Informationsbriefe" wünschen wir ein gutes Jahr. Unsere besten Besserungs- und Genesungswünsche übermitteln wir unserem Genossen Siegfried Markowski, der nun seit fast eineinhalb Jahren im Krankenhaus ist und hofft, endlich in der ersten Jahreshälfte 1968 entlassen zu werden. Es zeugt von seiner politischen Leidenschaft, daß ihn während seines langen Krankenhausaufenthaltes und des damit verbundenen physischen und psychischen Martyriums besonders quälte, von der aktiven politischen Mitarbeit in unseren Reihen ausgeschlossen zu sein, die sich bei seinem Gesundheitszustand von selbst verbot.

Trotz enormer Schwierigkeiten, die wir überwinden müssen, wird unser "IB" auch in 1968 weiter erscheinen. Es ist jedoch möglich, daß die bisherige, regelmäßige monatliche Erscheinungsweise nicht immer eingehalten werden kann. Wir bitten unsere Leser um Verständnis, zumal begründete Hoffnung besteht, daß wir nach einiger Zeit die gewohnte monatliche Herausgabe wieder garantieren können.

Die Redaktion

Dezember 1967:
Der Allgemeine Studentenausschuß der Universität Heidelberg gibt das 'forum academicum' - Heidelberger Studentenzeitschrift Nr. 6 (vgl. Nov. 1967, Feb. 1968) heraus mit den Artikeln und Beiträgen:
- "Resolution angenommen von ca. 800 Heidelberger Studenten auf dem Teach-In vom 5. Dezember 1967 im HS 13";

- "Bildet Charakterköpfe… Interview des FORUM mit OB Zundel";
- "Manipulationen mit dem Rechtsstaat. Offener Brief an den Oberbürgermeister der Stadt Heidelberg" Zundel, von Bodo Voigt;
- "Hofnarren oder Die Comedy of terrors. Bemerkungen zu einer herabgewürdigten Feier" zur Jahresfeier am 5.12.1967;
- "Faschismus und Irrationalität. Bemerkungen zur Genese politischer Strategeme" von Gerhard H. Kurz;
- "Müssen wir in einem CDU-Staat leben? Notwendige Anmerkungen zu kritischen Schriften" von Hans Dettweiler;
- "Hubert Fichte 'Der Fifi'" ein Vorabdruck aus dem Roman "Die Palette";
- "Die Briefe Walter Benjamins" von Hendrik Birus;
- "Ideologiekritik oder: Wie man sich Dämonen verschafft. Zu Brüggemann FORUM 2/3, Juni 1967, S. 29" von Hans Peter Duerr;
- "aufgeschnitten" zu Büchern; sowie
- "Leser-Forum" mit dem Leserbrief: "Kultusminister Prof. Dr. W. Hahn, DD. Stellungnahme zu dem Artikel 'Die Brötchen des Herrn Hahn' in FORUM ACADEMICUM, 5/67" zum Hochschulgesetz (HG).
Q: forum academicum Nr. 6, Heidelberg Dez. 1967

Dezember 1967:
Mitte Dezember wird in Karlsruhe, laut 'BED', ein Republikanischer Club (RC) gegründet (vgl. 17.1.1968).
Q: Berliner Extra Dienst Nr. 5, Berlin 1968, S. 4

Dezember 1967:
Der SDS Tübingen gibt vermutlich im Dezember das Flugblatt "Fall Bechtoldt" zu dessen Verweigerung einer Diskussion in seiner Vorlesung über den "Vietnam-Konflikt" heraus.
Q: SDS-Flugblätter zur Hochschulpolitik. Tübingen, Sommer-Semester 1967 Winter-Semester 1967/68, Tübingen o. J. (1968), S. 4f

③ FALL BECHTOLDT

Herrn Bechtoldts Vorlesung über den "Vietnam-Konflikt" ist nicht mehr. Zum Erstaunen der Studenten blieb B. am vergangenen Donnerstag aus. Er ließ seine Vorlesung auffliegen und durch einen Assistenten eine Erklärung verlesen. Daraus zitieren wir:

> "Der qualitative Verlauf der Diskussion mit dem SDS am Vormittag des Donnerstags, 16.11.67 ergab, dass solche Formen der Diskussion keinerlei wissenschaftlichen Zweck erfüllen, die Vorlesung also weder ergänzen noch bereichern. Die Verbindung solcher Art der Diskussion mit der Vorlesung dient nicht dem Zweck der Vorlesung als einer wissenschaftlichen Lehrveranstaltung, macht also ein Drittel der Zeit nicht entbehrlich."

Was war geschehen?

In einem Brief und in drei Flugblättern hat der SDS wiederholt seine Forderung nach freier Diskussion in der Vorlesung vorgetragen. Erst am 16.11., d.h. am Ende der 4. Doppelstunde, ordnete B. die Diskussion an; sie verlief sachlich und unter lebhafter Beteiligung eines grossen Teils der Studenten - durchaus nicht nur SDS-ler.
Am gleichen Nachmittag versammelten sich etwa 150 Studenten auf Einladung des SDS zu einer öffentlichen Vorlesungskritik; dabei wurde mit grosser Mehrheit eine Resolution angenommen, nach der B. gebeten werden sollte, in Zukunft an jedem Donnerstag mindestens eine halbe Stunde für Diskussion freizugeben. Daraufhin brach er seine Vorlesung ab. Tags darauf erschein in der Stuttgarter Zeitung (24.11.) eine Meldung darüber, die sich fast ausschliesslich auf B's Darstellung stützt, sowie ein Kommentar, der dem SDS Meinungsterror vorwirft und nach "Disziplinarmassnahmen gegen die Krawallmacher" ruft. Der SDS hat die SZ bereits aufgefordert, eine Gegendarstellung in der heutigen Ausgabe zu veröffentlichen.

Herr B. stimmt mit seiner Begründung der Vorlesungs-Suspendierung eifrig in den Chor derer ein, die vorgeben, die Studenten wollten mit ihrem kritischen Verständnis von Wissenschaft die Wissenschaft selber zerstören. STUDENTEN WERDEN ZU BLOSSEN BENUTZERN DER UNIVERSITÄT DEGRADIERT. LEHRSTOFF WIRD AUTORITÄR VERMITTELT.

So ist es zu verstehen, dass B. meint, dass solche Diskussionen, in denen u.a. seine wissenschaftliche Methode in Frage gestellt wird, " keinerlei wissenschaftlichen Zweck erfüllen, die Vorlesung also weder ergänzen noch bereichern". (s.o.)

Die Vorlesung "Der Vietnam-Konflikt und die Grossmächte" findet nicht mehr statt. An ihre Stelle tritt die kritische Vorlesung "Der Vietnam-Krieg" (zu gleicher Zeit am gleichen Ort).

Nachdem Herr B. seine Vorlesung mit der Begründung suspendiert hat, er stehe unter der Drohung des SDS, seine Vorlesung gewaltsam zu stören, muss die von den Studenten begonnene Gegenveranstaltung in eine neue Qualität treten:

STATT REZENSION SELBSTÄNDIGE UND KRITISCHE ANALYSE DES VIETNAM-KRIEGS

Wissenschaft versichert sich ihres wissenschaftlichen Charakters auch in Methodenkritik. Diesem Anspruch ist die Bechtoldt-Vorlesung nicht gerecht geworden. Ziel der Vorlesung sollte die Aus -

breitung und Analyse von Stoff sein. Dass aber alle Faktendarstellung eine Auswahl nach bestimmten Kriterien voraussetzt, reflektierte B. nicht. Er agierte unter dem unausgesprochenen Vorsch uss-Lorbeer stofflicher Totalität. Die Überprüfung der zur Auswahl führenden Gründe war dem gutgläubigen Hörer damit unmöglich.
Die Darstellung politisch-juristischer Fakten war keineswegs immer vollständig und einwandfrei. (seine Quellen nannte B. nicht) Seine Interpretation der Genfer Verträge von 1954, die juristisch nicht bindend seien, lief als Fakt.
Die amerikanische Präsenz im südostasiatischen Raum war nötig, so B., weil in China 1949 die Volksrepublik entstanden war - kausal in das höchstens im Bewusstsein des verstorbenen Aussenministers Dulles. Wenn es so gemeint war, hätte es gesagt werden sollen.
Bechtolft: "Tragik des ursprünglich innervietnameischen Krieges war sein HINEINRUTSCHEN in den Kalten Krieg."
"Es wäre geradezu widersprüchlich, wenn die Amerikaner die Franzosen nicht im Krieg nicht unterstützt hätten"
Es wäre "widernatürlich, wenn die Amerikaner keine Machtpolitik betrieben".

Hier zeigt sich:
WAS IST, IST AUFGRUND EINES UNVERÄNDERLICHEN WESENS VON WELT UND DER MENSCHEN SO; ES WÄRE WIDERNATÜRLICH, WENN ES NICHT SO WÄRE (STATUS QUO = NATUR)

Statt Fakten zu hinterfragen auf ihre Ursachen und damit die Möglichkeit zu schaffen, historische Zusammenhänge aufzuzeigen, werden aus dem Kontext (etwa sozialer und ökonomischer Art) gelöster Fakten flugs als aus einem irrationalen Born nicht überprüfbarer Motive entstanden hingestellt. Dies zu bedauern, bleibt der Beliebigkeit des Urteils überlassen.

"Die Diskussion wurde vonseiten des SDS als rein ideologische Agitation geführt." (S.Z. 27.11. 67)

Allerdings dient Ideologie als politisches Kampfmittel. Bes Vorlesung gab dazu die Variante mit dem Schein "wertfreier Wissenschaftlichkeit". Je "wertfreier" sich B.s Wissenschft entfaltete, um so unverhüllter produzierte'Wissenschft' ideologische Wertung. So hat der Vietnam-Krieg"seine guten und bösen Seiten, je nach dem Standpunkt, den man einnimmt" (so B.) Schon sprachlich markiert B. sein Standpunkt, von dem aus er die USA "INTERVENIEREN" und die Kommuni "UNTERWANDERN" läßt. Um der kritischen Auseinandersetzung zu entge parodiert B.Wissenschft durch die hilflose Entschuldigung: ich hal keinen "amerikanischen Vortrag".

Sowenig das nur Faktische Wissenschft ist, so wenig Raum läßt dies den Studenten zur kritischen Auseinandersetzung; die Gefahr der Kr tik wird gebannt durch den Fetisch: chronologische Faktizität. In ser Hinsicht ist die autoritäre Vermittlung ex cathedra getreues A bild der Formierung des Bewußtseins durch die Herrschenden unserer Gesellschft. Damit entlarvt Wisenschaft ihrem Anspruch nach sich a Kaschierung von Ideologie. Nicht gefragt ist unabhängige Wissensch (unabhängig von den Interessen der Herrschenden - kritisch-engagie in der Abschaffung von Herrschaft), sondern gefordert werden abhär gige Wissenschaftler.
WIR WEIGERN UNS, DIESEN REPRESSIVEN ZWANG NOCH LÄNGER MITZUMACHEN IM BERUF ALS 'WISSENSCHAFT' ZU PRAKTIZIEREN.
Unsere Veranstaltung:'Der Vietnam-Krieg' soll als Modell dienen, Grundlagen zur Kritik etablierter Wissenschaft zu erarbeiten.

Dezember 1967:
An der TU Berlin bittet das Kulturreferat der Studentenvertretung (SV) vermutlich im Dezember mit einem Flugblatt um Mitarbeiter.
Q: SV TU-Kulturreferat: An alle…, Berlin O. J. (1967)

TECHNISCHE UNIVERSITÄT BERLIN
Studentenvertretung
- Kulturreferat -

1 Berlin 12
Hardenbergstr. 9 a
Tel. 31 07 81 /961

An alle
Fachschaftsvertreter, Parlamentarier,
Mitarbeiter und Interessierte

Um ein möglichst umfassendes kulturelles Programm an der TU und in Zusammenarbeit mit kulturellen Institutionen zu planen und zu organisieren, suchen wir Mitarbeiter, die mit uns in einem Team zusammenarbeiten.

Jeder Student, der Interesse an irgendeiner Form der Mitarbeit hat, ist herzlich willkommen. Einzelne Gebiete des Kulturrefetate (Musik, Dichtung, Theater, Film usw.) sollen von speziellen Teams verwaltet werden.

Neue Ideen und Vorstellungen sind jederzeit willkommen; für Anregungen jeder Art sind wir dankbar. Bitte unterstützen Sie uns!

Falls wir Sie bei der Planung, Organisation oder Durchführung von Fachschaftsveranstaltungen unterstützen können, sind wir jederzeit dazu bereit - bitte kommen Sie zu uns.

Wenn wir Ihnen zum Beispiel bei der kulturellen Betreuung von Gästen Ihrer Fachschaft helfen können - wenden Sie sich bitte an uns.

Wir werden unser Möglichstes versuchen!

Mit freundlichen Grüssen
Ihr
Kulturreferat

Dezember 1967:
Ca. Ende 67/Anfang 1968 entwickelt sich in Groß Gerau ein Unabhängiger Sozialistischer Schülerbund. Der USSB war mehr ein indifferentes Sammelsurium links-politisierter Schüler, Produkt der Ausstrahlung der Studentenbewegung. Mehrere Stränge kennzeichneten den USSB:
a) unpolitischer Subkulturflügel,
b) Juso-Flügel (Jungsozialisten der SPD),
c) eine die Mehrheit repräsentierende 'linke' bis 'revolutionäre' Richtung.
Für Groß Gerau war für die Jahre nach 1968 die 'linke' bis 'revolutionäre' Richtung, aus der sich nach dem Zerfall des USSB zunächst die Rote Zelle Groß Gerau (Rotzegg) und ihre Massenorganisation Unabhängige Schülergruppe (USG) entwickelte, politisch relevant. Mit dieser Entwicklung ging ein Politisierungsprozeß einher, der sich schwankend in der Schülerzeitung 'Vesper' niederschlug.
Q: Eigener Bericht, o.O. 1986

Dezember 1967:
Die RKJ der GIM berichtet von der Herausbildung der APO in Wolfsburg (vgl. Apr. 1968):"
Die kritische Auseinandersetzung mit dem spätkapitalistischen System der Bundesrepublik, einsetzend mit dem Beginn der wirtschaftlichen Rezession 1966/67 und der gleichzeitigen Bildung der großen Koalition im politischen Überbau und vorwiegend in der Jugend sichtbar, erreichte, wenn auch zeitlich später als in den Universitäts- und Großstädten, die Volkswagenstadt Wolfsburg.

Als erstes Sammelbecken aller jener Jugendlicher, bei denen kritisches Bewußtsein geweckt worden war, entstand Ende 1967 ein Unabhängiger Schülerbund (USB)."
Q: RKJ-Info Nr. 9, Mannheim Mitte Jan. 1971, S. 15

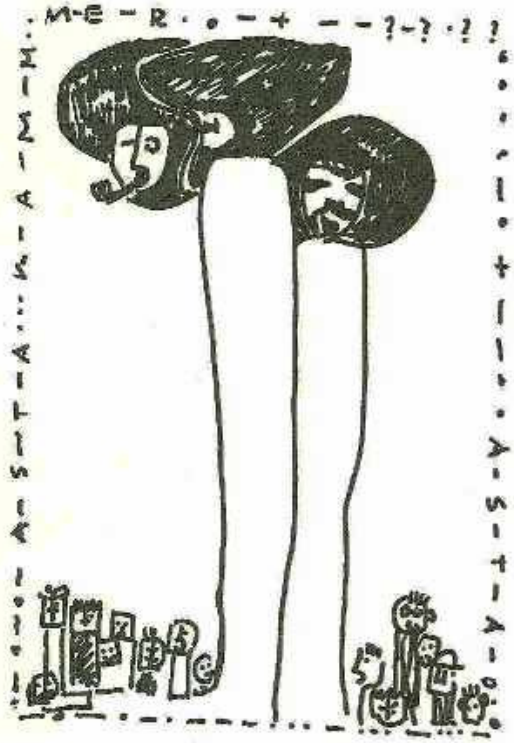
Dezember 1967:
An der TH Hannover erscheinen die 'AStA-Mitteilungen' Nr. 13 (vgl. Nov. 1967), von denen uns die Seiten 5 und 6 nicht zugänglich waren, mit folgendem Inhalt:
- "Das Kammerpräsidium und der neue AStA stellen sich vor";
- ein Grußwort des AStA-Vorsitzenden Gerd Förch;
- "Repressive Toleranz" von Christoph Zywietz zu dem Artikel "'Polizeimeister Regen' wirkte beruhigend" zum Protest gegen den NPD-Parteitag aus der 'HAZ' vom 11./12.11.1967;
- "Zwei Strafen für dieselbe Tat. Studenten rebellieren gegen veraltetes Disziplinarrecht" von Th. Bütow;
- "Unser Pferd" von E. Bethe;
- "Akademische Freiheit?" von Gerd Hilper;
- "Soldaten an die Universitätsfront?";
- "Radikale unter uns?" zu Lummer (CDU) in Berlin;
- "Gerüchte";
- "Ausstellungen";
- "Studium in der Schweiz?" von Gerda Wangerin;
- "Der Hochschulschmierfink" von Bernd Lohse;
- "hearings - Notstandsgesetze" mit den Texten "Eine Stellungnahme des RCDS Hannover" zu den NSG, von Winrich Gall, SHB Hannover. Stellungnahme zur Notstandsgesetzgebung und Rechtsradikalismus" von Walter Selke sowie "Offener Brief" des SDS - Gruppe Hannover an den Rektor der TH, Prof. Kaluza, von Wolfgang Lenk und Alfred Krovoza;
- "'Wie bitte? EURIELEC" zur Europäischen Assoziation der Elektrotechnikstudenten, von E. Holtmann;
- "Studenten haben das meiste Geld" von Rolf Dieckmann;
- "Eine neue Studienrichtung an der TH stellt sich: Fachschaft LbS" zu den Lehrern an beruflichen Schulen, von Bernd Lohse;
- "Studenten zum Wehrdienst?" zur Bundeswehr;
- "Professor Matting 70 Jahre alt";
- "Die Hochschulgemeinschaft";
- "Leserbriefe" zum NPD-Parteitag.
Q: TH Hannover: AStA-Mitteilungen Nr. 13, Hannover Dez. 1967

asta mitteilungen

Das Kammerpräsidium und der neue AStA stellen sich vor.

Kammerpräsidium:

Kammerpräsident: cand. el. Dieter Kleim
Kammervizepräsident: cand. ing. Leopold Tertilt
Kammergeschäftsführer: stud. phil. Wilfried Kruse



Allgemeiner Studentenausschuß:

1. Vorsitzender:
cand. ing. Gerd Förch
Sprechstunden: nach Vereinbarung

2. Vorsitzender:
cand. mach. Rainer Otto
Sprechstunden: Di 12.30–13.30; Mi 12.30–13.30; Do 12.00–13.00

Referent für Finanzen und Organisation:
cand. el. Lothar Lütjen
Sprechstunden: Mo, Mi, Do, Fr 12.00–13.00
Kassenstunden: Mo, Mi 12.00–13.00

2. Referent für Finanzen und Organisation:
stud. ing. Heinrich Sander
Sprechstunden: Mo 12.00–13.00

Auslandsreferent:
cand. mach. Frank Mirtsch
Sprechstunden: Mo, Di, Mi, Fr 11.00–13.00

2. Auslandsreferent:
N. N.

Referentin für Presse, Politik und Kultur:
cand. rer. hort. Elke Hansmann
Sprechstunden: Di–Fr 12.30–13.30

2. Referent für Presse, Politik und Kultur:
stud. ing. Rolf Anselm
Sprechstunden: Di 10.00–13.30

Sozialreferent:
cand. mach. Gernot Melcher
Sprechstunden: Di 12.30–13.30; Mi 12.30–13.30; Fr 12.00–13.30 (Mensagebäude 1. Stock)

2. Sozialreferent:
stud. el. Willi Stricker
Sprechstunden: Di 12.30–13.30; Mi 12.30–13.30; Fr 12.00–13.30

Sportsachbearbeiter:
stud. phil. Günter Fuchs
Sprechstunden: Mi 12.30–13.30

Studentisches Mitglied im Vorstand des Studentenwerkes:
cand. ing. Eberhard Jänsch
Sprechstunden: nach Vereinbarung

2. Studentischer Vertreter im Senat:
cand. el. Christoph Zywietz
Sprechstunden: nach Vereinbarung

Fachschaftssprecher

arch	Michael Güttler n. V.
bau	Rainer Ränsberg – Silentiumsaal, Mi 12.00–13.00 h
el	Eilhardt Holtmann – Brennkammer Di u. Do 13.30–14.00 h
Gartenbau	Karl Spickernagel n. V.
Geodäsie	Udo Heineke n. V.
HL	Heinz-Rainer Meyer – Phil. Seminar Di 10.00–11.30 h
Landespflege	Dietrich Kampe n. V.
mach	Günther Herbst – Zeichensaalgeb. Keller Mi 13.00–14.00 h
Mathe./Physik	Wolfgang Kerntke n. V.
Schiffstechnik	Jens Reupke – Callinstr. 15c/HOK
LBS	Bernd Lohse – Wunstorfer Str. 14 Raum 115, 12.00–12.30 h

ELKE HANSMANN

GERD FÖRCH

LOTHAR LÜTJ

RAINER OTTO

GERNOT MELCHER

FRANK MIRTSCH

U2 Kammerpräsidium, AStA, FS-Sprecher
2 Grußwort des 1. AStA-Vorsitzenden
Repressive Toleranz
„Polizeimeister Regen"
7 Wie weit geht das politische Engagement der ausländischen Studenten?
8 So wählten die Studenten
Parlamentswahlen an der Uni Frankfurt
9 Soldaten an der Universitätsfront
Radikale unter uns?
Gerüchte
10 Veranstaltungen
Ausstellungen
12 Studium in der Schweiz
13 Der Hochschulschnüerfink
14 Stellungnahmen des RCDS zu den Notstandsgesetzen
15 SHB zu Notstandsgesetzgebung und Rechtsradikalismus
Offener Brief des SDS an den Rektor
16 Eurelec
Ein Student braucht 379 Mark
Studenten haben das meiste Geld
18 FS — LBS
19 Studenten zum Wehrdienst
20 Professor Matting 70 Jahre alt
Die Hochschulgemeinschaft
U3 Leserbriefe

AStA-Mitteilungen Nr. 13
Dezember 1967
Herausgegeben
vom AStA der Technischen Hochschule Hannover
Redaktion:
Pressereferat des AStA der TH Hannover
3 Hannover, Am Welfengarten 1
Anzeigenredaktion: AStA der TH Hannover
3 Hannover, Am Welfengarten 1
Postscheckkonto Hannover 681 44
Layout: Elke Hansmann
Zeichnungen und Titelbild: Gerda Wangerin
Druck: Verlag Hans Oeding,
3 Hannover, Karmarschstraße 34

Anspruch auf Abdruck von Beiträgen besteht nicht.
Bei nicht angeforderten Manuskripten behält sich die Redaktion das Recht auf Kürzung vor.
Mit vollem Namen gekennzeichnete Artikel stellen nicht unbedingt die Meinung der Redaktion dar.
Nachdruck nur mit Erlaubnis der Redaktion

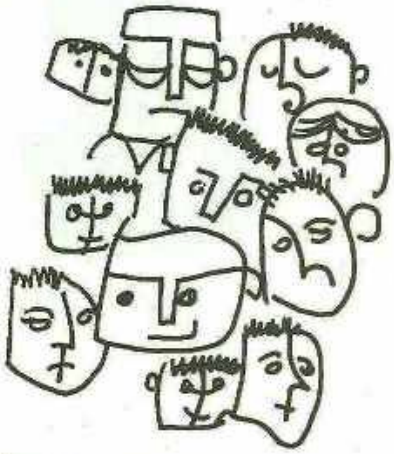
Die AStA-Mitteilungen erscheinen während der Vorlesungszeit monatlich.
Redaktionsschluß für die Januar-Ausgabe:
15. Dezember 1967

Liebe Kommilitoninnen und Kommilitonen

Es kann leicht der Eindruck entstehen, daß eine Studentenvertretung, die Stellung nach außen bezieht, nicht genügend tätig wird innerhalb der Hochschule. Ich glaube, daß dieser Eindruck sehr trügen kann.

Es wäre eine schlechte Vertretung, die um der Publizität willen die wichtigere Arbeit nach innen vernachlässigt, d. h. die Fragen der Mit- und Selbstverwaltung der Studentenschaft nicht sieht. Doch kann man nicht verhindern, daß gewisse Ereignisse und Vorfälle, die nicht primär in die Hochschule gehören, leichter und eher von der Öffentlichkeit aufgenommen werden, da anscheinend nur die ungewöhnlichen Dinge für diese von Bedeutung sind.

Fragen nach der Studien- und Prüfungsreform werden nur sehr zögernd als die weitaus brennenderen Probleme der Hochschule anerkannt, wenn man einmal von dem mehr oder weniger effektvollen Gerede um die Hochschulreform absieht.



Zum falschen Bild, das sich die Öffentlichkeit von der Studentenschaft macht, kommt hinzu, daß sehr schnell Verallgemeinerungen gewisser Randerscheinungen mehr oder weniger freiwillig und bewußt zustande kommen. Kaum einer ist allerdings hiervon frei, so daß auch schon die Studentenvertretung gegenüber ihrer Studentenschaft sehr schnell in ein falsches Licht gerückt werden kann.

Äußerungen einzelner werden eben zu gern mit der Gesamtheit identifiziert.

Ich wünsche deshalb Ihnen und uns, noch kritischer – auch mit sich selbst – zu werden und nicht die Situation, in der sich die Öffentlichkeit befindet und die wir gerade für schlecht halten, auf die unserer Gemeinschaft – der Studentenschaft der TH Hannover – zu projizieren.

In diesem Sinne ein frohes Fest und einen erfolgreichen Start ins neue Jahr!

Ihr

Repressive Toleranz

Artikel HAZ vom 11./12. 11.

„Polizeimeister Regen" wirkt beruhigend

Wir haben diesen Artikel so ausführlich wiedergegeb
weil er als ein geradezu klassisches Beispiel angese
werden kann für

- Fehl- und Nichtinformation,
- das Bestreben unserer Gesellschaft, politisc
(und sozialen) Frieden um fast jeden Preis zu wah
- die Repression jener, die unter Wahrnehmung v
fassungsmäßiger Rechte ihre Stimme protestiere
erheben.

Schon die Überschrift suggeriert dem Leser, daß da
zige Gemüter durch kaltes Wasser beruhigt werd
mußten, gottlob, der Regen setzte zur rechten Zeit e
und es war nicht etwa gewöhnlicher Regen, sonde
ein Ruhe und Ordnung spendender **„Polizeimeiste**
Regen. Wozu wohl die anderen Dienstgrade des Rege
dienen? Welche Glosse ließe sich schreiben, wäre d
Thema nicht so ernst.

Dann: „Demonstration ohne Zwischenfälle" ... „N
kleine Störversuche" und aufatmend der Schluß „D
Stimmung ... stieg nochmals, als auch vom zweiten Ei
satzzentrum ... die Nachricht kam: „Bisher ist all
ruhig".

Ruhe und Frieden um jeden Preis!

Frieden, wenn eine kleine Zahl Wacher, Aufmerkende
gegen die sinnlose Vernichtung, das Töten und Morde
in Vietnam aufsteht. Nichts darf auch nur gestört werde
der Verkehr nicht, die „Ordnung" nicht, der Bürger nich

Frieden, wenn Studenten Revision und Neuordnung a
den Universitäten fordern.

Frieden, auch wenn sich bei uns jene Kräfte wieder for
mieren, deren geistige Verwandtschaft zu den Zerstöre
von Leningrad bis Coventry (und letztlich Dresdens!), z
den Mördern von Lidice bis Warschau, zu den Peinigern
von Dachau und Vergasern von Auschwitz niemand
bezweifelt.

Von einem schmutzigen Krieg und einem schmierigen
Frieden hat Ernst Bloch für seine Rede in der Paulskirche
geschrieben. Fürwahr, unser Friede droht schmierig zu
werden.

Man mißverstehe mich nicht: ich will keine Straßen-
schlachten und nicht die Ausrottung derer, die anders
denken oder vielleicht sogar Hitlers Rassenwahn gefolgt
sind. Aber in i h r e Hände darf die Macht nie wieder
gelangen, für keinen funktionierenden Straßenverkehr,
für keine Sonntagsruhe, für k e i n e n Frieden!

Man mißverstehe mich nicht: ich bin kein Apostel des
Unfriedens, aber wir müssen unsere Gegensätze und
Konflikte endlich offen austragen.

Mit der Wahrung von Ruhe und Frieden beauftragt, hat
die Ordnungsmacht alle Vorbereitungen getroffen:

„Polizeimeister Regen“ wirkte beruhige

Demonstration ohne Zwischenfälle / Rund 6000 Teilnehmer / Nur kleine Störversuche

Die Protestdemonstration vor dem Opernhaus gegen den NPD-Parteitag am Freitagnachmittag ist ohne Zwischenfälle verlaufen. Heftiger Platzregen bewog die etwa 6000 Teilnehmer nach der letzten Rede zu schnellem Aufbruch und erstickte auch die Unruhe, die an einigen Stellen aufgekommen war. Leitende Polizeibeamte sagten nach der Kundgebung: „Polizeimeister Regen hat uns kräftig unter die Arme gegriffen.“

Die Vorbereitungen der Polizei hatten bereits gegen Mittag begonnen. Um 14 Uhr standen in der Landschaftsstraße zahlreiche Mannschaftswagen, und ein schwerer Wasserwerfer drehte Übungsrunden um das Opernhaus. Am Georgsplatz und am Steintor wurden die letzten Maßnahmen getroffen, um beim Auftreten größerer Trupps renitenter Ruhestörer Feuerwehrschläuche an die Hydranten anschließen zu können (das zielsichere Spritzen hatte die Polizei am Tag zuvor bei der Berufsfeuerwehr geübt).

Am frühen Nachmittag waren dann die rund 300 – vorwiegend zur Verkehrsregelung – eingesetzten Beamten an den strategisch wichtigen Punkten angelangt. Vorsorglich war im Opernhaus eine Sammelstelle für Festgenommene eingerichtet worden; sie brauchte jedoch genauso wenig in Erscheinung zu treten wie ein „Begleitkommando für spontane Protestzüge“. Ab 15.30 Uhr begann sich der Platz vor dem Opernhaus zögernd zu füllen, um 16 Uhr kamen die ersten größeren Marschblöcke – bis zu 300 Personen – aus Betrieben und benachbarten Städten. Sehr stark war die Delegation der Braunschweiger. Da die DGB-Demonstranten und ihre Gesinnungsfreunde einheitlich eTransparente trugen, konnten die Plakate der Splitter gruppen schnell ausgemacht werden.

Auf den Transparenten war zu lesen: „NPD – Hitlers Restbestände formieren sich“ und „Transport nach Auschwitz – Das müssen wir verhindern“. Viele Träger von Transparenten waren junge und sogar sehr junge Demonstranten, wie überhaupt der Anteil der Jugendlichen unter 20 Jahren bei der Kundgebung sehr hoch war. Etwa 40 Prozent der Kundgebungsteilnehmer vor dem Opernhaus sind Jugendliche gewesen.

Zwei Mädchen mit langen Haaren, 17 Jahre alt, Schülerinnen, wie sie sagten, hielten ein selbstgefertigtes Spruchband mit der Aufschrift „Kampf dem Rechtsradikalismus“. Die beiden I-Punkte waren mit roter Farbe hübsch verziert worden. Eines der Mädchen trug außerdem auf Brust und Rücken Plakate mit gereimten Angriffen gegen den NPD-Vorsitzenden von Thadden.

Gruppen einer hannoverschen Hippie-Abart fehlten unter den Teilnehmern ebensowenig wie langhaarige Gammler, die spöttische Ausrufe altgedienter Gewerkschaftler „Laßt euch erst mal die Haare schneiden“ mit den Gegenrufen beantworteten: „Und ihr hättet dreißig Jahre früher demonstrieren sollen.“ Mädchen im Gefolge einiger Hippie-Gestalten versuchten mit selbstgewundenen Herbstblumenkränzen „Flower-Power“ zu demonstrieren. Die Kränze sollten den Rednern umgehängt werden, doch gelang es den Mädchen nicht, bis zum Podium durchzudringen.

Überall am Rande des Opernhausplatzes bildeten Studenten Diskussionsgruppen, in deren Umgebung bald niemand mehr auf die Redner der Kundgebung hörte. Themen waren Links- und Rechtsextremismus und deren Folgen, die bis zum Ende der Kundgebung und noch im Platzregen diskutiert wurden.

Bis kurz vor 17 Uhr war die Kundgebung völlig friedlich verlaufen. Dann aber stellten sich plötzlich drei oder vier Männer offensichtlich gewerkschaftlich die Schienen der Straßenbahn aus Richtung Aegi und eine Bah gleis wurden gestoppt. „Steigt striert!“ wurde gerufen, und e klar, ob sich die Aufforderung oder an das Straßenbahnperso geblich versuchte ein Polizei-Ha Demonstranten zu überreden, d men. Andere Kundgebungsteiln ten ihn, doch vergeblich.

„Heute gehört die Georgstr gegen 17.15 Uhr andere Teilne sich inzwischen über die gan Georgstraße verstreut und s menge vom Bürgersteig auf di hatte. Die Einsatzleitung der S derte ihre blockierten Züge zu die sich hupend durch die Meng nen wollten, kehrten um, als die Hupen kaputt!“ laut wurden

Da die Polizei nicht auf ei Fahrbahn bestand, blieb es bei zu möglichen Komplikationen. C straße um diese Zeit völlig ges es nicht zu dem befürchteten menbruch des Verkehrs.

Kurz vor Ende der Kundgeb ein mächtiger Platzregen auf di gar die unentwegten „Ho-Tschi ner Demonstrantengruppen er sammlung löste sich nach einer aber in Eile auf. Zurückblieb Personen, die trotz des Regens kutierten, und eine Reihe Ka Mitteldeutschland, die wenig Material auf ihre Filme gebann

Polizeipräsident Kiehne betra nicht ohne Genugtuung und sag nie nasse Helden gesehen.“ D „Polizeihauptquartier“, das im gerichtet war, stieg nochmals, zweiten Einsatzzentrum an d Nachricht kam: „Bisher ist alles

rund 300 Beamte (zur Verkehrsregelung!) werden „an den strategisch wichtigen Punkten" postiert, „zahlreiche Mannschaftswagen sind aufgefahren" und „ein schwerer Wasserwerfer dreht Übungsrunden" um das Opernhaus, wie uns der Schreiber genüßlich mitteilt.

Für größere Trupps renitenter Ruhestörer liegen auch Feuerwehrschläuche bereit, das Zielen hat man am Vortag geübt.

Jetzt Ihr altgedienten Gewerkschaftler und langhaarigen Gammler, Ihr Studenten und Hippies sagt Eure Meinung, nur frei heraus mit Eurem Unmut! Die Verfassung erlaubt es, und wir sind für die Verfassung! Ihr werdet beschützt; die Gesellschaft wird beschützt – beschirmt – abgeschirmt. Noli turbare circulos meos! sagte Archimedes, als die Feinde seinen Hof betraten. Aber das Ende war tragisch – man erstach ihn einfach! Soll unsere Gesellschaft auch einfach erstochen werden?

Wäre der Bericht im Neuen Deutschland oder in der Berliner Zeitung erschienen, er wäre leicht als kommunistische Propaganda zu entlarven. Ein SED-Funktionär hätte, die Tatsachen böswillig verzerrend, nur einen neuen Hetzartikel verfaßt: In Wirklichkeit waren es sicher nur ein paar, mal nach dem Rechten schauende Polizisten, Unfalldienst vielleicht. Der schwere Wasserwerfer? Bestimmt wegen Brandgefahr! Und die zielgeübten Polizisten? Aus den Fingern gesogen! Und typisch für die Berichterstattung da drüben: schreiben allenfalls, **daß** eine Kundgebung und Diskussion war, aber mit keinem Wort, **was** denn nun gesagt wurde! Die hübschen roten I-Punkte, ja davon schreiben sie!

Aber der Bericht stand in der Hannoverschen Allgemeinen Zeitung vom 11./12. November 1967, und ich bin überzeugt, daß der oder die Verfasser glauben, einen wahrheitsgemäßen Bericht gegeben und ihre Chronistenpflicht treulich erfüllt zu haben. Das ist das Schreckliche daran – für die Hannoversche Allgemeine Zeitung und für uns.

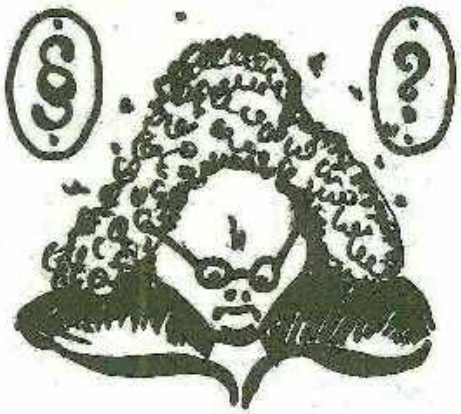
Christoph Zywietz

Zwei Strafen für dieselbe Tat

Studenten rebellieren gegen veraltetes Disziplinarrecht
Von Th. Bütow

„Was wollen die Studenten?" Landauf, landab versucht sich eine aufgeschreckte Öffentlichkeit nach dem tödlichen Schuß an der Berliner Oper ein Bild studentischer Forderungen, Wünsche und Utopien zu machen. Meist wird noch zu pauschal gefragt und zu pauschal geantwortet. Ein Satz wie „Wir wollen die Gesellschaft verändern", von einem führenden Studentenvertreter im Stile eines revolutionären Bekenntnisses hervorgestoßen, sagt alles und nichts. Freilich, Studenten haben mitunter peinlich konkrete Vorstellungen von dem, was sich in Teilbereichen unserer Gesellschaft ändern, das heißt bessern muß. Zum Beispiel das wirklich veraltete Disziplinarrecht an unseren Hochschulen.

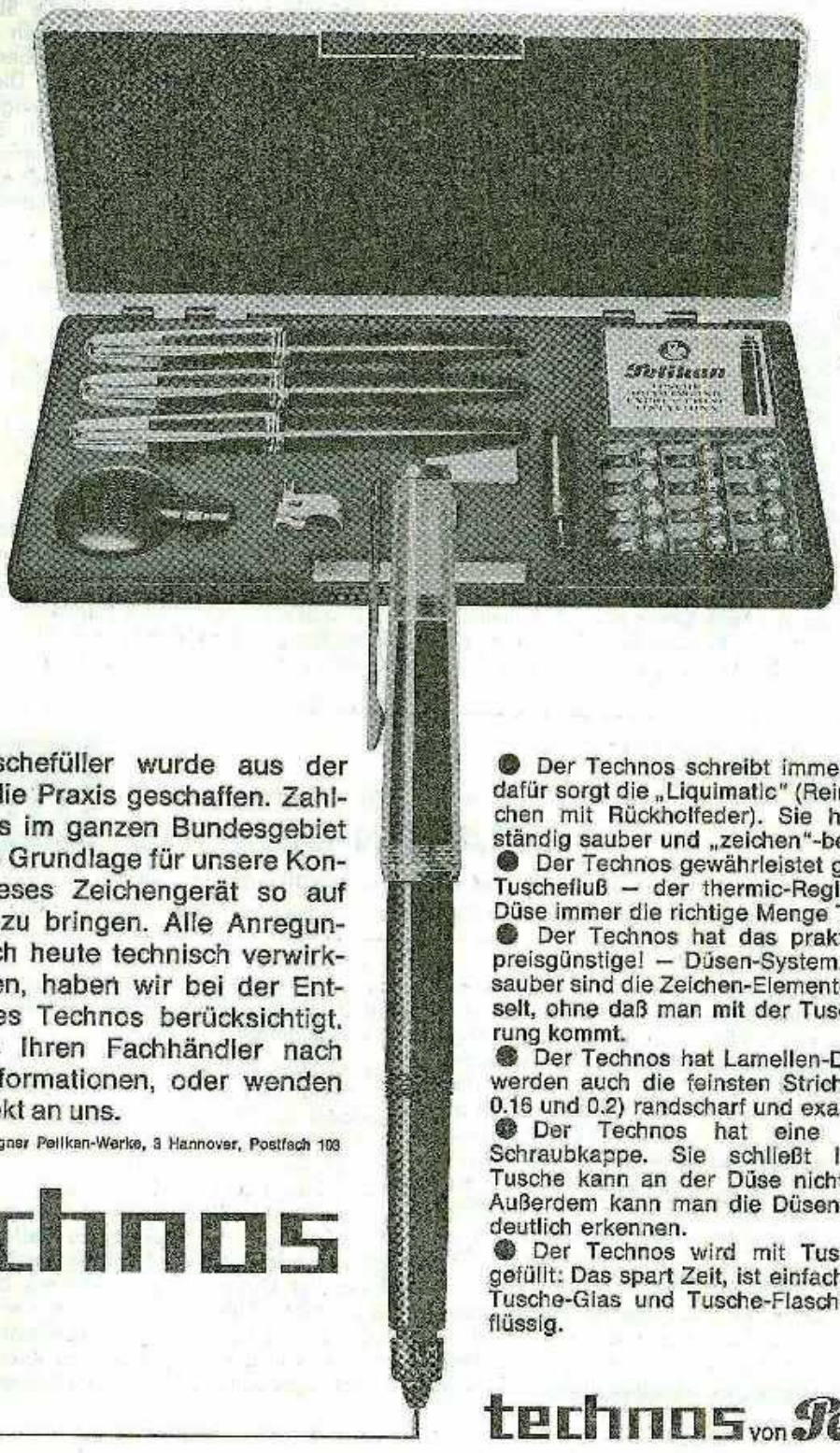
Selbst Fußgänger sind nicht davor sicher, einmal einen Verkehrsunfall zu verursachen. Für den Generaldirektor, die Hausfrau und den Angestellten ist der Fall ausgestanden, wenn das Gericht sein Urteil gesprochen h
Den Studenten jedoch erwartet noch ein zweiter Proz
vor dem Disziplinargericht seiner Universität. Die
Institution hat sich aus Zeiten herübergerettet, als
Scholaren von der ordentlichen Gerichtsbarkeit a
genommen waren. Sie ist ein echtes Stück Mittelalt
Würdige Magnifizenzen, Juraprofessoren mit klinge
den Namen und bescheidene studentische Beisitz
käuen geduldig und oft mit Hingabe wieder, was orde
liche Gerichte schon einmal verdaut haben. Ein Lade
diebstahl im Wert von fünf Mark ist ihnen nicht
gering, Notzucht und Zuhälterei sind ihnen nicht
peinlich, wenn nur ein Student der Täter war. Nach
Schätzung eines langjährigen Disziplinarrichters befa
sen sich die akademischen Gerichte jedoch zu ru
90 Prozent nur mit Verkehrsstrafsachen. Die Straf
reichen von der mündlichen Verwarnung über Telle
waschen in der Mensa bis zum Verweis von der U
versität.



Ein „Opfer" des Disziplinarrechts ist jene junge Studen
tin, die in einem Supermarkt für ein paar Mark Leben
mittel gestohlen hatte. Der Rektor als Vorsitzender de
akademischen Disziplinargerichtes, kein Psychologe vo
Fach her, erpreßte dem verschüchterten Mädchen vo
versammeltem Gericht das Geständnis, bereits m
17 Jahren intime Beziehungen mit einem jungen Man
gehabt zu haben und nahm ihr das Versprechen ab
sich in psychoanalytische Behandlung zu begeben. W
jedes ordentliche Gericht sich gehütet haben würde
einen derart schweren Eingriff in die Privatsphäre eine
Angeklagten ohne Not vorzunehmen, überwand di
angemaßte Väterlichkeit eines Rektors die einfachste
Hemmungen des bürgerlichen Taktes.

Der Fall dieses jungen Mädchens läßt sich nicht a
bedauerliche Entgleisung eines übereifrigen Disziplina
richters beschönigen, der in dem anerkennenswerte
Wunsch, nicht nur zu strafen, sondern auch zu helfen, z
weit gegangen sei. Hier wird vielmehr exemplarisc
deutlich, wie das Disziplinarrecht allzu leicht ein
gewisse patriarchalische Willkür „legalisiert". Die Befü
worter der akademischen Sondergerichtsbarkeit weise
gern auf das Beispiel von Beamten, Soldaten, Rechts
anwälten und Ärzten hin, die sich auch einem Disz
plinarrecht beugen müssen. Sie übersehen dabei di
schwache Stellung eines verdienstlosen, auf sein Exame

technos
der neue Tusche-Füller von Pelikan



NEU

Dieser Tuschefüller wurde aus der Praxis für die Praxis geschaffen. Zahlreiche Tests im ganzen Bundesgebiet bildeten die Grundlage für unsere Konzeption, dieses Zeichengerät so auf den Markt zu bringen. Alle Anregungen, die sich heute technisch verwirklichen lassen, haben wir bei der Entwicklung des Technos berücksichtigt. Fragen Sie Ihren Fachhändler nach weiteren Informationen, oder wenden Sie sich direkt an uns.

Günther Wagner Pelikan-Werke, 3 Hannover, Postfach 109

technos

- Der Technos schreibt immer sofort an – dafür sorgt die „Liquimatic" (Reinigungsdrähtchen mit Rückholfeder). Sie hält die Düse ständig sauber und „zeichen"-bereit.
- Der Technos gewährleistet gleichmäßigen Tuschefluß – der thermic-Regler gibt jeder Düse immer die richtige Menge Tusche.
- Der Technos hat das praktische – und preisgünstige! – Düsen-System. Schnell und sauber sind die Zeichen-Elemente ausgewechselt, ohne daß man mit der Tusche in Berührung kommt.
- Der Technos hat Lamellen-Düsen. Darum werden auch die feinsten Strichbreiten (0.1 - 0.16 und 0.2) randscharf und exakt!
- Der Technos hat eine transparente Schraubkappe. Sie schließt luftdicht, die Tusche kann an der Düse nicht antrocknen. Außerdem kann man die Düsen-Beschriftung deutlich erkennen.
- Der Technos wird mit Tusche-Patronen gefüllt: Das spart Zeit, ist einfach und sauber. Tusche-Glas und Tusche-Flasche sind überflüssig.

technos von Pelikan

So wählten die Studenten

Einen großen Erfolg errang der „Linke Block" bei den Wahlen zum Studentenparlament der Frankfurter Johann-Wolfgang-Goethe-Universität, die am 13. November begonnen hatten und gestern zu Ende gingen. Die aus dem Demokratischen Block (SHB, GEW, HSU), der Arbeitsgemeinschaft Frankfurter Studenten (AFS), dem Liberalen Studentenbund (LSD) und dem Sozialistischen Deutschen Studentenbund (SDS) bestehende „Linke" holte 16 von 22 Sitzen.

Sechs weitere Sitze werden von den einzelnen Fachschaften der Fakultäten gestellt. Im einzelnen war der Demokratische Block mit 1853 Stimmen und sieben Sitzen am erfolgreichsten. Es folgt der SDS mit 1078 Stimmen und vier Sitzen, die AHP (Aktive Hochschulpolitik) mit 885 Stimmen und drei Sitzen, die AFS mit 526 Stimmen und der LSD mit 514 Stimmen und je zwei Sitzen und der Ring Christlich-Demokratischer Studenten (RCDS) mit 722 Stimmen und zwei Sitzen. Die Liste der Mediziner (LdM) konnte 460 Stimmen auf sich vereinigen und einen Sitz im Studentenparlament erringen.

Überraschend kam die hohe Niederlage des Nationaldemokratischen Hochschulbundes (NHB), der nur 149 Stimmen erhielt und keinen Sitz bekam.

Sofort nach Bekanntwerden des Ergebnisses focht der rechtsradikale Nationaldemokratische Hochschulbund die Wahl an. Er warf der Wahlleitung angebliche betrügerische Manipulationen vor. Ih

(18. 11. Frankfurter Rundschau)

Unser Pferd

Obwohl sein Schöpfer dies verflucht,
bekam das Pferd die Wassersucht.
Wie peinlich ihm der Zustand war,
das wurde manchem plötzlich klar,
als er bemerkt' bei hellem Licht:
Das Hochschulpferd, das hält nicht dicht!
Das Wasser, das die Schönheit stört
und gar nicht in den Bauch gehört,
das tröpfelte versteckt, doch munter,
am linken Hinterbein hinunter,
wodurch entstand an dieser Stelle
vor der TH sogar 'ne Quelle. –

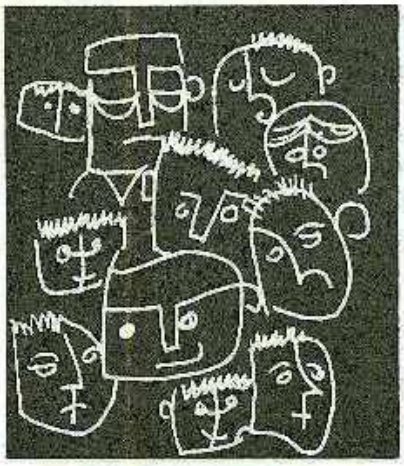
Mich dünkt, das Rößlein ist entwässert,
gilt endlich nun als ausgebessert.
Doch wär' ich froh, wenn ich nur wüßte,
warum man wohl mit dem Gerüste
noch immer seinen Leib drapiert.
Vielleicht, weil's sonst den Halt verliert?
Auch seifte man das Quellenbein
ihm, wie ich sah, gehörig ein.
So tut man Gutes diesem Pferd,
damit sich's förderhin bewährt.
Doch heimlich hat's mir anvertraut,
worauf sich all sein Hoffen baut:
Viel lieber möchte es, statt fein,
wohl trocken, doch „entrüstet" sein!!

E. Bethe

Akademische Freiheit?

Für Studenten der Fakultät II (ohne Architektur) und I wurde der Lehrbetrieb in Höherer Mathematik an u serer Hochschule bisher von zwei Instituten wahrgenom men, die sich in jährlichem Wechsel untereinander al lösten.

Infolge der Studienreform stellte nun ein Institut vo übergehend seinen Lehrbetrieb ein. Einige Kommilitone die noch ihr Vorexamen abzulegen hatten, nahmen de halb am Lehrbetrieb des anderen Instituts teil. Sie hörte Vorlesungen und Übungen und besuchten die Rep titorien, die von Assistenten dieses Instituts abgehalte wurden.

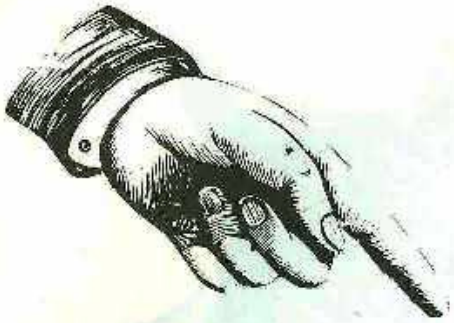


Wie jeder Sachkundige weiß, erfordern die Vo examensklausuren der Mathematischen Institute A und eine unterschiedliche Vorbereitung, weil die stofflich Voraussetzungen ein wenig und die Aufgabenstellu stärker differieren. Also ist es nur natürlich, daß da diese Studenten ihre Klausuren bei dem Lehrstu schreiben wollten, an dessen Lehrbetrieb sie zuletzt te genommen hatten.

Nach anfänglichen Zusagen der Assistenten wurde d Kommilitonen dann viel zu spät, nämlich erst eine Woc vor der Klausur, schriftlich und ohne Begründung m geteilt, daß eine Teilnahme nicht möglich sei. Von d ungefähr zwanzig Studenten, die dies betraf, hielten d meisten damit die Angelegenheit für erledigt, denn gibt ja auch kein Gremium an unserer Hochschule, das sich Studenten wenden können, wenn sie sich u gerecht beurteilt fühlen! Die das studentische Leben s Generationen kennzeichnende akademische Freihe bei festlichen Gelegenheiten in aller Munde, scheint zunehmendem Maße an Lebendigkeit zu verlieren, w man sie andererseits aus verwaltungstechnischen Grü den allmählich zu einer akademischen Phrase degradie In Unkenntnis der „Rechtslage" nahm ein Student an d für ihn verbotenen Klausur teil. Er wurde nach ein halbstündigen Teilnahme an der Klausur vom zustän gen Hauptassistenten entfernt, indem ihm seine Klausu aufgaben entrissen wurden.

Dieser ganze Vorfall bietet viele Ansatzpunkte zur Krit doch allein die Art und Weise, wie akademische Fr heit hier exerziert wurde, hat mich zufälligen Mitwiss dieser Affäre veranlaßt, hierüber zu berichten.

Gerd Hilp



Soldaten an die Universitätsfront?

BERLIN, 11. November (UPI). Die bevorzugte Zulassung von Abiturienten, die Soldaten auf Zeit waren, oder die ihre Wehrpflicht abgeleistet haben, zum Studium an der Freien Universität Berlin hat der Geschäftsführer der CDU-Fraktion im West-Berliner Abgeordnetenhaus, Lummer, als eine Möglichkeit bezeichnet, unter den kritischen Intellektuellen „eine kleinere Gruppe von Unbelehrbaren" geistig zu isolieren. Als weitere Mittel zu diesem Zweck nannte Lummer in seiner am Wochenende veröffentlichten Denkschrift „Unsere Demokratie und ihre Kritiker" die Relegierung von Studenten, eine Einschränkung der Freizügigkeit, die Nichtverlängerung oder Kündigung von Arbeitsverhältnissen bei Angehörigen des Oeffentlichen Dienstes sowie die Umwandlung der Freien Universität in eine „Bundesuniversität" mit besonderen Zulassungsbedingungen.

Radikale unter uns?

Herr Lummer, honoriges Mitglied der CDU Berlin, macht einen grandiosen Vorschlag, wie man den renitenten Rabauken der FU-Berlin beikommen kann.

Er geht zwar von der Voraussetzung aus, daß alle Studenten, die ihren Grundwehrdienst geleistet haben, geläuterte Demokraten in seinem Sinne seien, also bar jeder Kritikfähigkeit an unserer Gesellschaft.

Doch glaube ich, daß Lummer hier eher an die alte preußische Wehrmachtserziehung zu Untertanen dachte als an unsere Bundeswehrerziehung zum Staatsbürger in Uniform. Außerdem geht er von der irrigen Ansicht aus, daß „die kleinere Gruppe von Unbelehrbaren" unter den kritischen Intellektuellen zu isolieren sei.

Erstens ist diese Gruppe der studentischen Rebellen nicht gerade klein, und zweitens scheint das Isolieren dieser Gruppe ja auch nur der Anfangspunkt einer faschistoiden Eskalation zu sein, die die Relegierung dieser notorischen Kritiker, die Beschneidung ihrer Grundrechte und – so ist zu befürchten, weil unausgesprochen im Raum stehend – die Liquidierung der Unbequemen zum Ziel hat.

Wenn das establishment zu solchen Mitteln zu greifen gedenkt – zumindest sie schon überlegt – scheint bei ihren Vertretern die Angst um ihre Machtstellung doch erheblich groß geworden zu sein. Auf jeden Fall demaskieren sie sich schon allein mit ihrer Sprache. Eine Sprache, die einen Jargon benutzt, der erschreckend an die des Völkischen Beobachters und der Deutschen Nachrichten erinnert, begünstigt Strömungen des Rechtsradikalismus, die diese Herren angeblich bekämpfen.

gf

Gerüchte

Es soll in Hannover Professoren geben, die ähnliche Ideen zur Hochschulpolitik wie der AStA vertreten ... Es soll auch Professoren geben, die sich mit diesem kommunistisch unterwanderten AStA nicht mehr an einen Tisch setzen wollen ... (Diese hüllen sich allerdings in Schweigen, zumindest dem AStA gegenüber.)

Einem hannoverschen Ondit zufolge sollen demnächst auch die Oberingenieure die Ordinariatsreife erhalten (In praxi wird es häufig bei Lehrstuhlvertretungen bekanntlich schon gehandhabt).

K – ein Gerücht

Ein Diplomand der Nachrichtentechnik bewarb sich bei zwölf Firmen der Elektronik. Sechs Firmen beschieden abschlägig; eine Anstellung käme nicht in Frage, da der Diplomand keine Kenntnisse über

- Systemanalyse,
- Informationstheorie,
- operational research

aufweisen könne.

Wenn die Industrie derartig große theoretische Kenntnisse von den jungen Diplom-Ingenieuren verlangen, müssen diese Kenntnisse an der Hochschule vermittelt und nicht als Wahl- sondern als Hauptfächer in den Prüfungsplänen erscheinen. Ein Blick in die neuen Prüfungspläne der Abteilung für Elektrotechnik enttäuscht: keines der von der Industrie als so wichtig angesehenen Gebiete wird in der Diplomhauptprüfung verlangt – geschweige denn überhaupt gelesen (Ausnahme: Prof. Trage: Informationstheorie).

Der Tag scheint nicht fern, da die Bezeichnung der TH Hannover als „empirische" Hochschule im abwertenden Sinn gebraucht wird. In diesem Zusammenhang ist auch zu bedenken, inwieweit die Technischen Hochschulen an der Angleichung der Verwendung von graduierten und diplomierten Ingenieuren in der Industrie selbst schuld sind.

SPEKTRUM

Fr., 1. 12. 1967, 20.00 h, Aula der Leibnizschule,
Das Bügelbrett: Premiere mit „Das Kabarett ist tot, es lebe das Cabaret! – Die 2. Beatoper der Welt"
Veranstalter: AStA

Mi., 6. 12. 1967, 20.00 h. s. t., Institut Francais
Sepp Schüller: „Begegnung mit Marc Chagall" – zum 80. Geburtstag des Künstlers.

und Film-AG, 18.00 und 20.30 h. c. t., Audi max,
„Nosferatu"

nicht zu vergessen: NIKOLAUS

Do., 7. 12. 1967, 20.00 h, Audi max, AStA-THH,
Außeninstitut der hannoverschen Hochschulen
Prof. Dr. Ossip K. Flechtheim
vom Otto-Suhr-Institut der FU Berlin spricht über „Futurologie"

Fr., 8. 12. 1967, 20 h, Amerikahaus,
„Farbiger Steindruck"-Filmbericht
von der Fotoausstellung „Family of Man"

Mo., 11. 12. 1967, 20 h, Freizeitheim Linden,
Erdmann-Linde, SHB-Bundesvorsitzender

Mi., 13. 12. 1967, 18.00 und 20.30 h. c. t.,
Film-AG, Audi max, „Die 1. Nacht"

Do., 14. 12. 1967, 16 h, Werkkunstschule,
Deutsch-amerikanische Architektur-Beziehungen
Vortrag mit Lichtbildern v. Dr. H. Wurm, Göttingen
Veranstaltung des Amerikahauses

Do., 14. 12. 1967, 20 h, Audi max,
Prof. Samssonow, Moskau, spricht über „Rechte und Pflichten des Sowjetbürgers"
Veranstaltung des AStA

Do., 14. 12. 1967, 20 h, Institut Francais,
Filmabend „Profondeur 4000" und „L'idiot"

Sa., 16. 12. 1967,
Weihnachtsball der Fachschaft Elektrotechnik

Mi., 20. 12. 1967, 18.00 und 20.30 h. c. t.,
Film-AG, Audi max, „Der gewisse Kniff"

Ausstellungen

5. bis 19. 12. 1967 im Amerikahaus „Die Welt der Meere"

Niedersächsische Landesgalerie, Am Maschpark 5

Öffnungszeiten: di–sa 10–16 Uhr, so 9–14 Uhr.

Die Landesgalerie zeigt ständig ihren festen Bestand an Gemälden. Gesondert von den anderen Räumen werden Gemälde aus Magazinbeständen in einer Ausstellung gezeigt, die in hervorragenden Beispielen einen Überblick über die Bildnismalerei des 19. Jahrhunderts gibt.

Galerie Brusberg, Kubus an der Aegidienkirche

geöffnet mo–fr 9–18 Uhr, sa 9–14 Uhr.

26. 11. bis 10. 1.: Pablo Picasso – 50 grafische Bl
Victor Vasarely: Neue Serienreliefs.

Galerie Clarissa, Plathnerstraße 27

geöffnet mo–fr 9–13 Uhr, 14–18 Uhr.
Noch bis zum 31. 12.: „4 Schweizer Fotografen".

Handwerksform Hannover: Berliner Allee 17

26. 11. bis 17. 12.: Verkaufsausstellung „Weihnachtss des Kunsthandwerks",
täglich von 10–19 Uhr geöffnet.

Historisches Museum am Hohen Ufer

geöffnet di 10–21 Uhr, mi–fr 10–16 Uhr, sa 10–18 so 10–13 Uhr.

Abteilungen: Stadtgeschichte, Landesgeschichte, V kunde.

Kestner-Museum, Trammplatz 3

geöffnet di–fr 10–16 Uhr, mi bis 21 Uhr, sa 10–18 so 10–13 Uhr.

Ägyptische, antike und mittelalterliche Kunst, K gewerbe bis zum 20. Jahrhundert, Graphisches Kab (nach vorheriger Vereinbarung), Münzkabinett;

23. 11. bis Anfang Januar: „Moderne Graphik der Ec Kaufhof".

Spende der Kaufhof AG an das Kestner-Museum.

Kestner-Gesellschaft, Warmbüchenstraße 16

werktags 10–18 Uhr, so 11–14 Uhr, mo geschlosse
Ab 14. 12.: Alan Dawie.

Galerie Koch, Theaterstraße 15

1. 12.–31. 12.: Antonio

Kunstverein Hannover, Sophienstraße 2

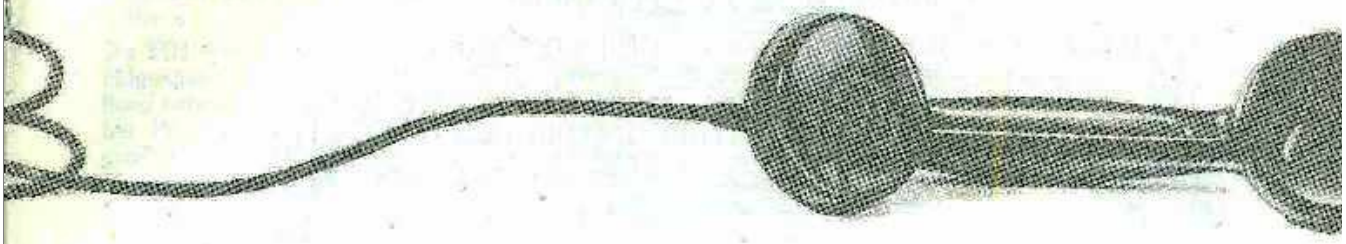
geöffnet 10–16 Uhr

3. 12. bis 20. 12.: Weihnachtsverkaufsausstellung und Ausgabe von 20 neuen Jahresausgaben.

Wilhelm-Busch-Gesellschaft, Georgengarten 1

Sonderausstellung bis voraussichtlich Januar: Heinr

Fotokopien billig im AStA



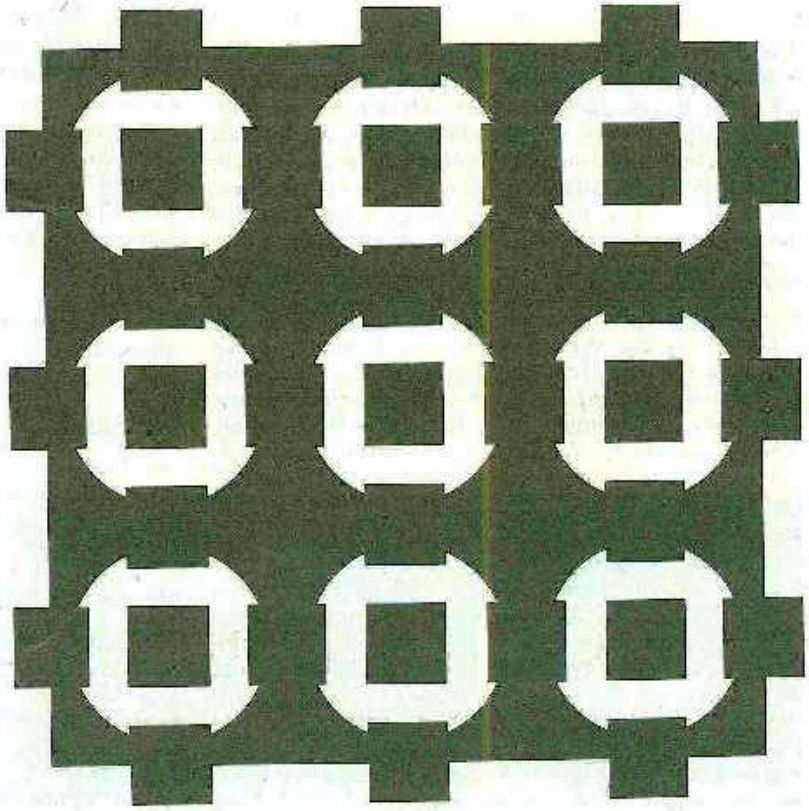
Galerie Koch

Antonia wurde 1913 in Nachod (Böhmen) geboren. Nach seinem Studium an der Prager Akademie unter den Professoren Hönig, Brasik und Fleissner sowie an der Kunstfachschule Gablonz fand der Künstler später zu seinem eigenen Stil, der, vom Impressionismus beeinflußt, ein mosaikartiges Farbgepräge zeigt und vitale Ausdruckskraft entfaltet. Das starke Kolorit dominiert; Motiv und Zeichnung sind im Prinzip von untergeordneter Bedeutung.

Bedeutende Ausstellungen:

1956: Galerie Schumacher, München
1966: Galerie am Olgaeck, Stuttgart
1967: Schloß Bauschlott, Pforzheim
Radiogiornale, Rom

Ausstellung in Paris in Vorbereitung.



Galerie Brusberg
Victor Vasarely

Studium in der Schweiz?

Auf Grund eines Austausch-Stipendiums des schweizerischen Schulrates habe ich mit diesem Wintersemester meine Studien an der Eidgenössischen Technischen Hochschule aufgenommen. Um zu unterstreichen, wie nützlich für einen Studenten ein Studienaufenthalt im Ausland ist, möchte ich Ihnen einiges über die ETH Zürich berichten, um auch Sie über die Möglichkeiten, die die ETH den Studenten der TH Hannover bietet, zu informieren.

Der Hochschulunterricht in der Schweiz

Den hohen Stand des intellektuellen Lebens in der Schweiz und die Wertschätzung der Erziehung durch das Volk mag die Tatsache illustrieren, daß bei einer Bevölkerung von 5,6 Millionen Einwohnern nicht weniger als sieben Universitäten, zwei Technische Hochschulen, eine Hochschule für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften und eine Reihe weiterer Institutionen von Hochschulrang existieren.

Das Erziehungswesen, wie übrigens auch andere Gebiete des öffentlichen Lebens sind dezentralisiert; die Schweiz ist ein Bundesstaat von 25 Mitgliedsstaaten oder Kantonen, welche sich in Kultur, Konfession und Sprache voneinander unterscheiden. Jeder dieser Kantone ist autonom in Erziehungsfragen, ob es sich um den obligatorischen Schulunterricht von gewöhnlich 8 bis 9 Jahren oder um den Mittelschul- (= Gymnasien) und Hochschulunterricht handelt. 8 Kantone, die eine Hochschule besitzen, bringen für diese Institutionen allein insgesamt rund 140 Millionen Franken auf, obwohl deren Gesamtbevölkerung nur 3,5 Millionen Einwohner beträgt. Die Eidgenossenschaft selbst leistet jährlich mehr als 40 Millionen Franken für den Betrieb der ETH, der einzigen vom Bund unterhaltenen Lehranstalt von Universitätsrang. Die Ausrüstung und die Laboratorien der ETH werden unablässig auf den letzten Stand gebracht und diese Hochschule genießt mit Recht den Ruf, eine der modernsten ihrer Art in Europa zu sein. –

Finanziell und administrativ ist jede Hochschule vom Erziehungsdepartment ihres Kantons abhängig, in akademischer Hinsicht genießen die Hochschulen völlige Freiheit in Forschung und Lehre. Die schweizerischen Hochschulen stehen ausländischen Studenten in großzügiger Weise offen: von rund 25 000 Studierenden sind rund 30 Prozent Ausländer aus über 70 verschiedenen Ländern.

Die schweizerischen Hochschulen vermitteln eine spezialisierte Ausbildung und gleichen damit den Hochschulen anderer europäischer Länder.

Die Studenten

Die Studenten leben im allgemeinen in Privatzimmern oder Pensionen. Erst in jüngster Zeit sind der Bau und die Einrichtung privater Studentenheime in Gang gekommen.

Studien- und Lebenskosten

Die Gebühren (einschließlich Laboratoriums- und Bibliotheksgebühren sowie Krankenversicherung) bewegen sich zwischen 300 und 500 Franken im Semester, die Kosten für Verpflegung und Unterkunft zwischen 350 und 500 Franken im Monat, je nach der Stadt und den Ansprüchen des Studenten. Als ausländischer Student sollte man sich keinesfalls auf einen Nebenverdienst verlassen, da diese Möglichkeiten in der Schweiz beschränkt sind

Die ETH Zürich erhebt pauschale Semestergebühren: 260,– Franken für Studenten vor dem Diplom.

Sie ersehen daraus, das Studium und der Aufenthalt in der Schweiz ist gemessen an den Kosten in Deutschland erheblich teurer. So wird im Normalfall ein Student sich um ein Stipendium bewerben. Diese Stipendien vergibt vor allem der Deutsche Akademische Austauschdienst (Information im Auslandsreferat des AStA oder im Akademischen Auslandsamt). Zudem besteht ein Kontaktstipendium zwischen der ETH Zürich und der TH Hannover.

Die ETH wurde durch Bundesgesetz unter dem Namen Eidgenössische Polytechnische Schule als einzige vom Bund unterhaltene Hochschule gegründet und im Oktober 1855 eröffnet. Seit ihrer Gründung hat die ETH größten Wert darauf gelegt, ihre Studenten durch eine sowohl theoretische als auch praktische Ausbildung (Übungen, Laboratoriumsarbeit, Exkursionen usw.) auf die Erfordernisse der Praxis und zu selbständiger wissenschaftlicher Tätigkeit vorzubereiten.

Die ETH umfaßt heute 11 Fachabteilungen, an welchen die Studierenden das Diplom erlangen können. Architektur, Bauingenieurwesen, Maschineningenieurwesen, Elektrotechnik, Chemie, Pharmazie, Forstwirtschaft, Landwirtschaft, Kulturtechnik und Vermessung, Mathematik und Physik, Naturwissenschaften. Dazu kommt eine Militärabteilung, die nur Offiziere der Schweizer Armee aufnimmt. Ferner besteht eine allgemeine Abteilung für Freifächer, deren philosophische und staatswissenschaftliche Abteilung die Allgemeinbildung der Studierenden fördert und deren mathematisch-technische Unterabteilung ihnen Gelegenheit bietet, ihre wissenschaftlichen Kenntnisse auch außerhalb der Studienrichtung zu erweitern. An der ETH wird somit großes Gewicht auf die Allgemeinbildung als Ergänzung der Fachstudien gelegt. Der Unterricht wird in Jahreskursen erteilt. Im allgemeinen wird er in deutscher Sprache gehalten.

Die Normalstudienzeit dauert an den verschiedenen Abteilungen 8 bis 9 Semester bis zur Erlangung des Diploms, d. h. einschließlich der Ausführung der Diplomarbeit (!). Allerdings ist dafür das Studium erheblich schulischer aufgezogen als in Hannover (trotz der Studienplanreform).

Eine Praxis wird an den folgenden Abteilungen verlangt: Architektur 1 Jahr (davon mindestens 6 Monate zusammenhängend in einem Architekturbüro), Maschineningenieurwesen und Elektrotechnik 6 Monate, Pharmazie 18 Monate und Landwirtschaft 1 Jahr. Inhaber eines Diploms können mit einem zwei- bis dreijährigem Ergänzungsstudium den Titel eines Doktors der technischen Wissenschaften, der Mathematik oder der Naturwissenschaften erwerben. Dafür ist eine Dissertation vorzubereiten und eine mündliche Prüfung abzulegen.

Gegenwärtig studieren mehr als 5000 immatrikulierte Studenten und rund 350 Fachhörer höherer Semester (größtenteils Doktoranden) an der ETH.

Neben den eigentlichen Hochschulinstituten bestehen mehrere Annexanstalten, wie die Eidgenössische Materialprüfungs- und Versuchsanstalt, die Versuchsanstalt für Wasserbau und Erdbau, die Eidgenössische Anstalt für das forstliche Versuchswesen, das Institut für Reaktorforschung usw., die Versuche und Forschungen vor allem für die Privatwirtschaft, den Bund sowie die Kantone und Gemeinden betreiben. Vor allem muß ich erwähnen, daß Weiterbildungskurse für Ingenieure und Naturwissenschaftler aus der Praxis veranstaltet werden. Im Einvernehmen mit der Industrie bemüht sich dadurch die ETH, ihren Absolventen die Möglichkeit zu vermitteln, die Fortschritte der sich stetig entwickelnden Wissenschaften kennenzulernen.

Gerda Wangerin

Der Hochschulschmierfink

Hurra! Er ist aus dem Sommerurlaub zurückgekehrt. Seiner Pflicht, sich erwartungsgemäß einzuschreiben, ist er in der Weise nachgekommen, daß er auf Anschlägen an Fachschaftsbrettern seine neuesten Werke kreierte. Die perücken-, brillen-, pfeifen- und bartbildende Kunst des Hochschulschmierfinks zeigt die deutlichsten Ansätze zu höherem Schaffen. Es ist erfreulich, von Semester zu Semester zu beobachten, wie seine Fertigkeiten in dieser Hinsicht vollkommener werden, so daß man hoffen darf, daß er sich demnächst dem AStA und den Fachschaftssprechern zur Gestaltung von Plakaten und Porträts zur Verfügung stellt, um die Mittel der modernen Total- und Banalkunst in den Dienst der Bildungswerbung zu stellen. Ich freue mich, auf dieses Talent hinweisen zu können.

Bernd Lohse
(Fachschaftssprecher LbS)

P.S. der Fachschaft Elektrotechnik:

Der Hochschulschmierfink wird gebeten, seine außerordentliche Aktivität ausnahmsweise einmal in den Dienst der Fachschaften zu stellen. Dem Bild des Herrn Mordhorst f e h l t (kein Aprilscherz!) ein Menjou-Bärtchen. Wie konnte der HSF das übersehen!!! Er wird hiermit offiziell gebeten, das Bild am Fachschaftsbrett der Fachschaft Elektrotechnik zu korrigieren. E. H.

hearings – Notstandsgesetze – hearings – Notstands

Eine Stellungnahme des RCDS, Hannover

Der RCDS befürwortet grundsätzlich eine gesetzliche Regelung für den Fall von Notständen. Diese Regelung soll der Erhaltung der Demokratie dienen, nicht ihrer Zerstörung.

In diesem Beitrag soll ausschließlich die Frage behandelt werden, ob unsere Demokratie überhaupt irgendein Notstandsrecht braucht oder nicht. Die Erörterung einzelner Teile der Gesetzentwürfe ist nur sinnvoll, wenn man diese Notwendigkeit bejaht. Wer grundsätzlich jede Notstandsregelung ablehnt, argumentiert unaufrichtig, wenn er diese generelle Ablehnung mit einzelnen Punkten der vorliegenden Entwürfe zu begründen versucht, mit Entwürfen also, die er aus einer grundsätzlichen Haltung heraus und nicht nur dieser speziellen Punkte wegen schon von vorneherein ablehnt.

Die Argumente, die von großen Teilen der außerparlamentarischen Opposition gegen jede Notstandsgesetzgebung hervorgebracht werden, sind bekannt: Jede gesetzliche Regelung sei gefährlich, weil sie der Regierung die Möglichkeit des Mißbrauchs biete. Sie sei auch gar nicht notwendig, weil die bestehenden Gesetze völlig ausreichten. Außerdem sei es die Pflicht der Regierung, Notstandsfälle von vorneherein zu verhindern, wenn sie dieser Pflicht nicht nachkomme, dürfe sie für dieses Versagen nicht auch noch Sonderregelungen in Anspruch nehmen.

Das letzte Argument kann nur dem Hirn eines Uralt-Sozialisten entsprungen sein. Daraus spricht die Vorstellung, der Staat müsse eine allmächtige und allwissende Institution sein, die alle Situationen voraussehen und unangenehmen Folgen mit unbegrenzten Mitteln entgegentreten kann. Dieses Argument ist also schon in sich unlogisch: Wenn der Staat derart allmächtig ist, dann verfügt er bereits über alle Möglichkeiten, die ihm ein Notstandsgesetz bieten könnte. Wenn er aber nicht allmächtig ist (und zum Glück ist er das nicht), dann fehlt ihm auch die Macht, Notstandsfälle von vorneherein zu verhindern.

Ob die bestehenden Gesetze geeignet sind, den Schutz der Demokratie in Notfällen zu gewährleisten, ist fraglich: Die bereits verabschiedeten Gesetze betreffen nur einzelne Aspekte, beispielsweise die Sicherung der Wasser- und Lebensmittelversorgung in Notzeiten. Im Falle eines militärischen Angriffs von außen sind nicht nur Leben und Eigentum der Bürger, sondern auch die Grundlagen unserer demokratischen Ordnung gefährdet. Verteidigung des Landes bedeutet also gleichzeitig Verteidigung der Demokratie. In den bereits verabschiedeten Gesetzen fehlen aber verschiedene Regelungen, die zu einer erfolgreichen Verteidigung notwendig sind (z. B. Regelungen für Dienstverpflichtungen). Es fehlen ferner gewisse Möglichkeiten allgemein verwaltungstechnischer Art, beispielsweise die Möglichkeit des Bundes, in Länderkompetenzen einzugreifen oder Bundeskompetenzen an die Länder abzugeben. Es fehlt drittens jede Möglichkeit, Gesetze auch dann zu verabschieden, wenn das Parlament durch höhere Gewalt daran gehindert wird, zusammenzutreten. Diese Lücken, die unser Land und damit auch unsere Demokratie gefährden könnten, sollen durch die Notstandsgesetzgebung geschlossen werden.

Der augenblicklich bestehende Zustand ist noch aus einem weiteren Grunde unerfreulich: Die Alliierten haben sich unbeschränkte „Rechte in bezug auf den Schutz der Sicherheit von in der Bundesrepublik stationierten Streitkräften" vorbehalten (Art. 5, Abs. 2 des „Vertrages über die Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und den drei Mächten"). Im Notstandsfall würden die Verbündeten aus praktischen Gründen deutsche Verwaltungsorgane damit beauftragen, diese Rechte wahrzunehmen. Dann wären die Möglichkeiten der Exekutive tatsächlich unbegrenzt. Wer also grundsätzlich jede Notstandsgesetzgebung ablehnt, redet damit in Wirklichkeit einem unbeschränkten Notstandsrecht das Wort. Die Gesetzesgegner antworten darauf im allgemeinen, sie würden im Notfall lieber von Ausländern mit unbeschränkten Rechten regiert als von Deutschen mit Rechten, die durch die Notstandsgesetze beschränkt sind.

Es ist müßig, in diesem Zusammenhang über die Grundhaltung zu philosophieren, die aus diesem Argument spricht. Wichtiger ist, daß sich diese Leute in einem gefährlichen Irrtum befinden: Sie würden eben nicht von Ausländern, sondern von Deutschen mit fast unbeschränkten Rechten regiert. Die Alliierten selbst würden sich natürlich aus dem verwaltungstechnischen Kleinkram heraushalten.

Das Argument schließlich, daß eine Notstandsregelung Mißbrauchsmöglichkeiten bietet, mag zutreffen. Falsch ist jedoch der Schluß, deshalb müsse man grundsätzlich jede Notstandsgesetzvorlage ablehnen. Gefahren für die Demokratie können eben nicht nur durch den Mißbrauch, sondern auch durch das Fehlen von vorsorgenden Regelungen entstehen. Diese Gefahr ist wesentlich größer. Ohne Notstandsgesetze ist die Demokratie dauernd einer Gefährdung ausgesetzt, die jederzeit wirksam werden kann. Die Gefahr des Mißbrauchs dagegen kann durch einschränkende Bestimmungen ausgeschaltet werden.

Es würde hier zu weit führen, einzelne Punkte der neuesten Vorlagen zu besprechen, da hier nur das grundsätzliche Problem behandelt werden soll. Die Vorlagen können, wie alle Bundestag-Drucksachen von Dr. Hans Heger, 532 Bad Godesberg, Postfach 821, bezogen werden.

Der Sinn der Notstandsgesetzgebung ist es, die Grundlagen für die Erhaltung der demokratischen Ordnung in schwierigen Zeiten zu schaffen. Wer, wie der DGB, jede gesetzliche Regelung ablehnt, gefährdet also die Demokratie, auch wenn er vorgibt, sie sichern zu wollen.

Winrich Gall

Fotokopien billig im AStA

gesetze – hearings

SHB Hannover

Stellungnahme zur Notstandsgesetzgebung und Rechtsradikalismus

Auf seiner 8. ordentlichen Bundesdelegiertenversammlung hat der SHB in seiner Stellungnahme zur Notstandsgesetzgebung erklärt:

Der Sozialdemokratische Hochschulbund lehnt die verabschiedeten und geplanten Notstandsgesetze ab. Die Notstandsgesetzgebung ist kein philologisches Problem. Diskussionen über „Gemeinsamer Ausschuß" oder „Notparlament", über „Gesetze zur Vorsorge für den Notfall" oder „Notstandsgesetze" ersetzen nicht die politische Debatte.

Substanz jeder Notstandsgesetzgebung ist, in einem System von Autorität, Überwachung und Zwang die einzelnen Bürger zu einem mächtigen Wehrverband zusammenzufassen. Ist dies im Falle eines konventionell geführten militärischen Angriffs nicht notwendig? Führen aber nicht gerade Maßnahmen zu einem Krieg, bei denen der Krieg zu einem kalkulierbaren Risiko, Totenziffern zu einem Minimumproblem werden? Werden nicht durch solche Maßnahmen Spannungsfelder erzeugt und verstärkt, bis es zu der katastrophalen Entladung kommt? Ist eine Ordnung wirklich existent, wenn sie im Ernstfall sich nicht bewähren, sondern aufheben will? Insbesondere die geplanten Vorkehrungen für den „Inneren Notstand" lassen schließen, daß die politische Führung der Bevölkerung die politische Mündigkeit abspricht. Sie faßt ihr Mandat einseitig als Möglichkeit auf, das Volk als politisches Objekt zu behandeln. Bundeswehreinsätze gegen die Bevölkerung sind Ausdruck einer solchen Haltung.

Rechts ist das Argument angesiedelt, erst eine Notstandsgesetzgebung gebe der BRD volle Souveränität. Der Begriff der staatlichen Souveränität sollte im werdenden Europa neu überdacht werden. Hier spielen Irrationalismen von der göttlichen Bestimmung des Staates mit hinein, die das 19. Jahrhundert schon nicht hätte glauben sollen.

Was sagen die Rechten sonst noch in der BRD? Sie distanzieren sich von Hitler und loben seine Autobahnen. Sie verdammen die SU und wollen mit China ins Geschäft kommen. Eine Auseinandersetzung lohnte nicht, wenn nicht fast jeder Zehnte rechts wählte. Wie soll man argumentieren, wenn Ordnung gefordert und der Terror zum System erhoben wird? Soll man auf Griechenland weisen? Die dialektische Einheit von Ordnung und Sauberkeit sowie von Faschismus und Terror werden sie nicht einsehen. Wer nichts sehen will, sieht nichts. Ein Verbot der NPD ist undemokratisch, wenngleich mit dem Grundgesetz zu vereinbaren.

Walter Selke

„Student für Europa –
Student für Berlin"
bittet die restlichen Blutspenderausweise mittags im AStA abzuholen.

Offener Brief

Sozialistischer Deutscher Studentenbund (SDS)
– Gruppe Hannover –

An Se. Magnifizenz
den Rektor der TH Hannover
Herrn Prof Dr. rer. nat. Kaluza

Ew. Magnifizenz!

Der Rektor der Frankfurter Universität hat die Zulassung des Sozialistischen Deutschen Studentenbundes (SDS) an seiner Hochschule vorläufig suspendiert. Diese Entscheidung kommt einem Verbot gleich. Eine – zugegebenermaßen – politisch unbequeme Hochschulgruppe, gegen die aber bisher keine verfassungsrechtlichen Bedenken geltend gemacht wurden, soll auf verwaltungstechnischem Wege liquidiert werden. Auf eine Provokation, die die rationale politische Diskussion über die Notstandsplanung zum Ziel hatte (go-in Vorlesung Prof. Carlo Schmid), reagierte der Rektor in nicht – argumentativer Weise mit dem unpolitischen Instrument einer Verwaltungsentscheidung. Diesen provokativen Protest und die politische Demonstration gegen die Vorbereitung des Notstandsterrors diffamierte er gleichzeitig als „Einübung faschistischer Terrormethoden". Der Rektor lehnte es ausdrücklich ab, sich von dieser Äußerung zu distanzieren. Sieben Jahre nach dem Entzug der staatlichen Förderung soll dem SDS jetzt die universitäre Basis entzogen werden. Die Perspektive dieser Entscheidung ist die Zerschlagung einer linken Opposition überhaupt. Interessant in diesem Zusammenhang ist, daß erst kürzlich an der Frankfurter Universität eine NPD-nahe Hochschulgruppe, der Nationaldemokratische Hochschulbund (NHB), zugelassen wurde. Wie in der Ersten Republik sieht das establishment auch in der Zweiten Republik den Feind links. Wir erinnern nur an den Freispruch des Studentenmörders Kurras und die nun schon sechs Monate andauernde U-Haft des Studenten Fritz Teufel. Wie in Berlin erweist sich auch in Frankfurt die Universitätsadministration als Handlanger politischer Interessen. Das Unbehagen an studentischer Opposition, insbesondere am SDS, gerade an unserer Hochschule könnte sich schnell zu administrativer Unterdrückung und Verbotsforderungen verdichten. Wir fragen Sie daher:

1. Billigen Sie die Illegalisierung studentischer Gruppen als Mittel ihrer politischen Disziplinierung?
2. Halten Sie in diesem Falle den Vorwurf „faschistischer Terrormethoden" für berechtigt?

gez.
Wolfgang Lenk
Alfred Krovoza

„Wie bitte? EURIELEC“

Wer oder was ist EURIELEC? Selbst Elektrotechnik-Studenten können meist diese Frage nicht beantworten. Dabei sollten sie auf diese Organisation stolz sein – ist sie doch die einzige übernationale Fachvereinigung von Studenten, oder genauer:

„EURIELEC (European association of electrical engineering students) ist eine unabhängige und unpolitische Vereinigung von Elektrotechnik-Studenten der Hochschulen, die ein Diplom verleihen“ (Art. 1 der Statuten).

EURIELEC gehören als Mitglieder 27 Hochschulen Frankreichs, Deutschlands, Italiens, der Niederlande, Norwegens, der Schweiz, Jugoslawiens, Österreichs, Spaniens und seit dem letzten Kongreß (Oktober 1967 in Berlin) auch Schwedens an. „Zweck und Aufgabe der Vereinigung sind:

- den Kontakt zwischen den Studenten der europäischen Hochschulen zu entwickeln und zu verstärken,
- Informationen über Studienmöglichkeiten an ausländischen Hochschulen auszutauschen,
- Studienaustausche zwischen Mitgliedshochschulen vorzubereiten und die Voraussetzungen zu schaffen, daß der Studienaufenthalt ein integraler Bestandteil des Studiums ist,
- durch die Mitgliedshochschulen qualifizierte Praktikantenplätze für Austausche zu beschaffen“ (Statuten Art. 3).

Nun gut, werden Sie sagen, aber was nützt das alles mir? Die vier bisherigen Kongresse (nacheinander Delft, Berlin, Paris, Berlin) waren nicht nur schöne Auslandsreisen für die Teilnehmer, sondern zeitigten auch folgende Ergebnisse:

1. Elektrotechnik-Studenten können in sämtlichen Mitgliedsländern qualifizierte Praktika ableisten. (Bisher, bei der alleinigen Vermittlung durch die internationale Austauschorganisation IAESTE, kam es vor, daß Studenten zur Ernte eingesetzt wurden!) Dabei beschafften die Mitgliedshochschulen selbst die Praktikantenplätze; der Austausch läuft dann über IAESTE. Das Verfahren wurde entscheidend vereinfacht.
2. Studienarbeiten werden an einigen Mitgliedshochschulen als gleichwertig gegenseitig anerkannt (besonders Deutschland–Frankreich). Zu jedem Kongreß werden Professoren verschiedener Hochschulen hinzugezogen, die die Anforderungen vergleichen.
3. Studenten aus Frankreich können ihre Diplomarbeiten in Deutschland anfertigen und umgekehrt. (Vorherige Absprachen sind natürlich in jedem Fall erforderlich.)

Auf den Kongressen werden Kontakte zwischen den Hochschulen aufgenommen, die zu regen Austauschen führen (z. B. Aachen–Paris, Darmstadt–Ljubljana).

Die I. P. G. Grenoble veranstaltet auch in diesem Jahr wieder ein Skitreffen, das vom deutsch-französischen Jugendwerk unterstützt wird.

Zieht es Sie ins Ausland? (Praktikanten werden in einigen Ländern sehr gut bezahlt, z. B. in der Schweiz). Wollen Sie ohne große Kosten im Januar 1968 eine Skiwoche in Grenoble verleben?

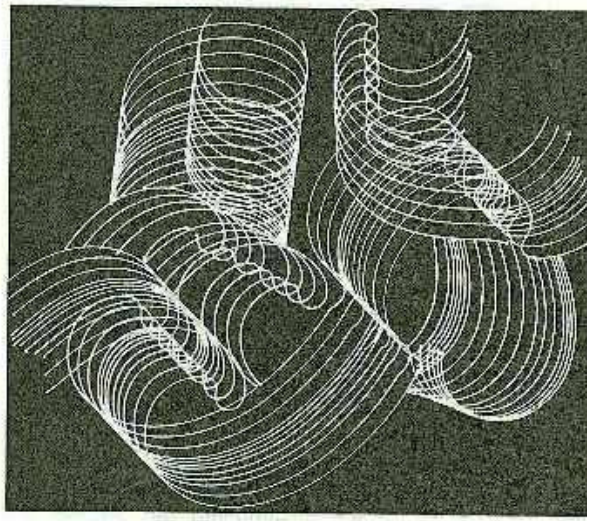
Wenden Sie sich an die Fachschaft Elektrotechnik!

E. Holtmann

Ein Student braucht 379 Mark

BONN, 15. November (UPI). Ein Student benö tigt monatlich mindestens 379 Mark, um frei vo wirtschaftlichen Sorgen und ohne den Zwang zu Werkarbeit die notwendigen Kosten für Leben unterhalt und Ausbildung decken zu können. Da geht aus dem am Mittwoch vom Deutschen St dentenwerk in Bonn veröffentlichten Ergebnis eine Umfrage hervor, die im Wintersemester 1965/6 bei rund 1500 Studenten an den Wissenschaftliche Hochschulen in der Bundesrepublik einschließlic West-Berlins veranstaltet wurde. Als völlig un genügend wurde auf Grund der Untersuchung ergebnisse die Förderung nach dem Honnefe Modell bezeichnet, dessen Höchstsatz für ei Monatsstipendium gegenwärtig 290 Mark beträg Zur Zeit erhalten 56 000 oder rund 20 Prozent alle an wissenschaftlichen Hochschulen Studierende ein Stipendium nach dem Honnefer Modell.

(„Frankfurter Rundschau“ 16. 11. 196



Studenten haben das meiste Geld

Laut Erlaß des Niedersächsischen Kultusministerium vom 23. 8. 1967 muß der „hohe Zuschußbedarf“ de Wohnheime durch „kostendeckende Mieten“ beseitig werden.

Das heißt, der Student m u ß wieder einmal mit eine Preiserhöhung fertig werden. Aber man hält nicht nu eine Mieterhöhung für ihn bereit, sondern auch noch die sogenannte Studieneinheitsgebühr (DM 150,–), durch die besonders die Studenten in den höheren Semestern be troffen sind. Selbst der Student, der sich vom Beleger befreien läßt, muß ab WS 67/68 neben der Grundgebühr noch eine zusätzliche Gebühr von DM 45,– bezahlen.

In diesem Zusammenhang ist es interessant zu wissen, daß der Höchstsatz des Stipendiums nach dem Honnefer Modell – das ja immer zum Vergleich herangezogen wird – in den letzten zwei Jahren nicht angehoben worden ist, während im gleichen Zeitraum die Lebenshal-

Diplom-Ingenieure

Seit Jahren bewähren sich Halbleiter im Kraftfahrzeug.

So finden z. B. Silizium-Dioden in Drehstrom-generatoren, elektronische Baugruppen mit Transistoren und Dioden in Reglern und Leistungs-transistoren in der Zündanlage Verwendung.

Die Halbleitertechnik wird neue Möglichkeiten auf dem Gebiet der Steuerung und Regelung mechanischer Vorgänge erschließen.

Wir suchen daher für den weiteren Ausbau unserer Entwicklungsabteilungen

Diplomingenieure der Fachrichtungen Maschinenbau und Elektrotechnik

für folgende Projekte:

Elektronisch gesteuerte Kraftstoffeinspritzung für Ottomotoren

Leistungselektronik mit Thyristoren für Batteriefahrzeuge

Elektronische Steuerung für automatische Getriebe

Elektronische Regelgeräte für Dieseleinspritzpumpen.

Die Lösung dieser Enwicklungsaufgaben erfordert neben fundierten theoretischen Kenntnissen die Fähigkeit, technisch-wirtschaftliche Möglichkeiten zu erkennen und in intensiver Mitarbeit zu realisieren.

Wir bieten eine gründliche Einarbeit und geben Ihnen die Chance, bereits nach kurzer Zeit ein selbständiges Arbeitsgebiet zu übernehmen.

Bitte nehmen Sie Kontakt mit uns auf (Kennziffer Z 242).

ROBERT BOSCH GMBH
Personalabteilung
7 Stuttgart 1
Postfach 50

BOSCH

tungskosten wesentlich gestiegen sind. Bei einem Höchstsatz von DM 290,– Honnef-Stipendium wurde von den Studentenwerken bisher eine Höchstmiete von DM 75,– als zumutbar angesehen. Jetzt liegen die Mieten bei durchschnittlich DM 90,–.

Der Lebensindex der Studenten wird durch die Erhöhung dieser Kosten bis auf ein Existenzminimum herabgedrückt. Es ist die Frage, ob das die Landesregierung wirklich verantworten kann.

Abgesehen hiervon wird sich schon mancher Vater heute angesichts der sehr hohen Studienkosten fragen, ob ein Studium für seine Kinder überhaupt noch in Frage kommt. Was nützt eine Aktion Bildungswerbung, wenn durch eine unvernünftige Kulturpolitik ein Erfolg solcher Aktionen von vornherein verhindert wird.

Die Begründung des Kultusministeriums zur neuen Mietpreiserhöhung ist meiner Meinung nach anfechtbar; der Begriff „kostendeckende Miete" kann nicht klar abgegrenzt werden. Auf keinen Fall dürften bei einer kostendeckenden Miete Kapitallasten von den Studenten getragen werden. Dieser Posten ist jedoch in der Aufschlüsselung der Mieten enthalten; würde er gestrichen, hätte man sich eine Erhöhung der Mieten nur mit einer Begründung erlauben können, dann hätte es heißen müssen: Das Land will durch die Mieten der Studenten Geld verdienen.

Die Mieten der Studentenwohnheime sollten bisher in den Hochschulstädten kostenregulierend wirken; im Augenblick jedoch wirken sie kostensteigernd.

Rolf Dieckmann

Germanistik **Geisteswissenschaften**
Pädagogik **Kunst**
Berufspädagogik **Schöne Literatur**
Anglistik **Modernes Antiquariat**
Fremdsprachen

Georgs- Georgstraße 52
zwischen Aegi und Kröpcke
Fernruf 21612 **Buchhandlung**

Eine neue Studienrichtung an der TH stellt sich vor:

FACHSCHAFT LbS

Die 41. Studentische Kammer hat auf ihrer 2. ordentlichen Sitzung die Fachschaft „Lehramt an beruflichen Schulen (LbS)" als ordentliches Mitglied der Studentischen Selbstverwaltung anerkannt und aufgenommen. Aus diesem Grunde möchte ich die Gelegenheit benutzen, der großen „Gemeinschaft von Lehrenden und Lernenden" die neue Fachschaft LbS vorzustellen.

Die Fachschaft setzt sich aus zwei Gruppen mit verschiedenen Studienzielen zusammen:

1. Lehramt an beruflichen Schulen (LbS)
1.1. Verbrauchswirtschaftliche Fachrichtungen
1.1.1. Hauswirtschaft
1.1.2. Ernährung
1.1.3. Bekleidung
1.1.4. Kosmetik
1.2. Technische Fachrichtungen
1.2.1. Bau
1.2.2. Metall
1.2.3. Elektro

2. Wirtschaftswissenschaften (WiWi)
2.1. Volkswirtschaftslehre
2.2. Betriebswirtschaftslehre

Nach Veröffentlichungen im Vorlesungsverzeichni 1967/68 und nach Auskunft des Immatrikulationsamte sind in der neuen Fachschaft LbS im WS 1967/68 etw 210 Kommilitoninnen und Kommilitonen zusammen gefaßt. Die Aufschlüsselung auf die einzelnen Semeste sieht etwa folgendermaßen aus:

1. Lehramt an beruflichen Schulen

Semester:	Studierende:
1.	55
2.	13
3.	38
4.	10
5.	7
6.	4
7.	9
9.	1
11.	1
Summe	138

2. Wirtschaftswissenschaften
1. und 2. Sem. 72 Studierende

Zu diesen Zahlen ist folgendes zu sagen:

a) Es ist bekannt, daß ein Studium der Wirtschaftswisser schaften an der TH Hannover nur für die ersten beide Semester möglich ist. Daher bleibt die Zahl der Studie renden in dieser Fachrichtung etwa konstant.

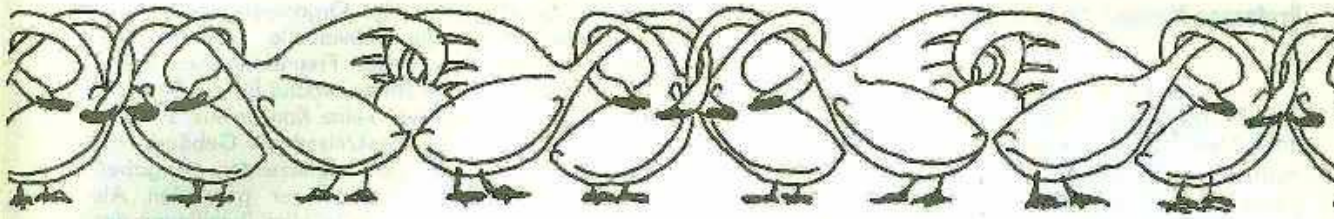
b) Das Studium der Fachrichtung Lehramt an berufliche Schulen ist erst seit dem WS 1964/65 an der TH Hannove möglich. Studienpläne und Prüfungsordnungen mußte und müssen erst aufgestellt und erlassen werden.

Heute, sechs Semester nach der Gründung dieser neue Fachrichtung, kann gesagt werden, daß sich jetzt da Studium für das Lehramt an beruflichen Schulen wenig stens auf dem Gebiet der Verbrauchswirtschaft eine gewissen Beliebtheit erfreut, die sich noch verstärke wird. Bereits jetzt ist das 1. Semester 55 Personen star Die Entwicklung wird dahin gehen, daß die Fachrichtun LbS in etwa drei Jahren 400 – 500 Studierende umfaßt.

Zum Schluß einige Hinweise:

Als Sprecher der Fachschaft LbS bin ich u. a. damit be schäftigt, eine Fachschaftsbücherei aufzubauen. Ich bitt die Angehörigen der Fachschaft, von der Bücherei rege Gebrauch zu machen und Anregungen für Neuanscha fungen zu geben. Für Fachschaftsbekanntmachunge und spezielle Vorlesungsankündigungen steht mir ei sogenanntes Fachschaftsbrett im Kellergeschoß de Hauptgebäudes (linker Gang) zur Verfügung. Mein Sprechstunden im WS 1967/68 halte ich mittwochs vo 12 – 13 Uhr im Raum WA 115 (Wunstorfer Str. 14) ab.

Bernd Lohse
(Fachschaftsspreche



Studenten zum Wehrdienst?

Professor Eigen, Nobelpreisträger für Chemie des Jahres 1967, erklärte in Bild am Sonntag auf die Frage: „Es ist vielfach gesagt worden, unser Studium dauert zu lange. Würden Sie dem zustimmen?"

„Nein, aber unsere Studenten werden zu alt. Das hat zwei Gründe, der erste: Man soll doch nicht versuchen, sämtliche Probleme auf der Universität zu lösen. Im Studium soll man die Methodik lernen und wie man ein Problem anfaßt.

GEMÜTLICH IM ALTDEUTSCHEN STIL
UNSERE
BIERSTUBE
TÄGLICH GEÖFFNET VON 12-24 UHR
(AUSSER SONNTAGS)
HANNOVERSCHE BIERE VOM FASS
KLEINE IMBISSKARTE
HOTEL INTER-CONTINENTAL HANNOVER
EINGANG GEGENÜBER DER VOLKSHOCHSCHULE

Der zweite Grund: Der Wehrdienst. – Alle Kulturnationen schaffen den Studenten Erleichterungen. Warum soll der Student seinen Wehrdienst nicht in den Semesterferien ableisten? Es ist ein ganz schwerer Schaden, der dadurch entsteht, daß die Studenten zwei Jahre zu spät zum Studium kommen. Sie müßten mit 25 und 26 Jahren fertig sein."

Ich glaube, daß diese Äußerungen doch einer Entgegnung wert sind.

Der zuerst genannte Grund für das lange Studium ist durchaus richtig und auch von den Hochschulen erkannt worden. Bekanntlich bemüht man sich gerade auch bei uns um eine Straffung des Studienstoffes und um eine bessere Aufteilung bei Prüfungen.

Nur, es läßt sich natürlich über den Wert oder Unwert einer Vorlesung oder Übung für das Studium streiten. Die Streichung oder Kürzung von Vorlesungen scheitert deshalb häufig an der Uneinsichtigkeit derjenigen, die sie abhalten. Glücklicherweise ist das aber nicht der Regelfall.

Versteht man das Studium richtigerweise als das Erlernen der Methodiken und des Grundlagenwissens und nicht als das Einpauken von Detailkenntnissen, die nur Ballast sein können, ließe sich sicher ohne übertrieben starke Reglementierungen die Studiendauer auf ein für den Staat, die Hochschule und den Studenten erträgliches Maß reduzieren.

Hinzu käme dann, daß man unter diesem Gesichtspunkt auch die Frage des Praktikums neu überdenken muß; denn bekanntlich führt das Praktikum in der heutigen Form ebenfalls zu einer erheblichen Verlängerung des Studiums – und über den Wert dieser Praktika ist ohnehin noch zu streiten.

Prof. Eigen nennt als zweiten Grund für die unnötige Hinauszögerung des Studienabschlusses die Ableistung des Wehrdienstes vor dem Studium. Zweifellos hat er auch damit recht, doch bietet er meines Erachtens eine indiskutable Lösung an.

Bei den heutigen Studienplänen ist es schon kaum noch möglich, daß sich Studenten das nötige Geld zum Studium in den Semesterferien – besser: vorlesungsfreien Zeit – verdienen. Unmöglich ist es dann auf jeden Fall, den Grundwehrdienst in einer Zeit ableisten zu sollen, die für das Anfertigen von Übungen und das Vorbereiten auf Prüfungen einfach unerläßlich ist.

Die Belastung, die durch diese Regelung entstehen würde, ist für den Studenten mit seinem Studium einfach nicht vereinbar. Sechs Unterbrechungen (6 x 3 Monate = 18 Monate) Grundwehrdienst) müßte man mindestens einführen, denn nur die Sommermonate könnten für diese Sache in Frage kommen. Prof. Eigen rechnet hier anscheinend mit einer Studiendauer von mindestens 12 Semestern; doch wie dann noch Prüfungen und Praktika abgelegt werden sollen, scheint nicht überlegt worden zu sein.

Mir erscheint deshalb die Regelung, den Wehrdienst vor dem Studium abzuleisten, weitaus ehrlicher. Doch sollte man sich von verantwortlicher Seite ohnehin einmal Gedanken machen über den Wehrdienst schlechthin. Zumindest ist zu diskutieren, ob man nicht dem Beispiel anderer Industrienationen folgen sollte, indem man die Studenten grundsätzlich vom Wehrdienst befreit. gf

Besser geht's mit Coca-Cola
TRINK Coca-Cola Coke
CG 87/4L
köstlich · koffeinhaltig · erfrischend

Professor Matting 70 Jahre alt

Am 21. November 1967 vollendete Professor Dr.-Ing. habil. Alexander Matting in Hannover sein 70. Lebensjahr.

Matting wurde in Berlin geboren und studierte Eisenhüttenwesen an der Technischen Hochschule Breslau. Der Diplom-Prüfung folgte eine dreijährige Assistentenzeit am Eisenhüttenmännischen Institut der TH Breslau und 1927 seine Promotion.

Nach einigen Jahren praktischer Tätigkeit, zuletzt als Leiter der Schweißtechnischen Versuchsanstalt der Deutschen Reichsbahn in Wittenberge, erhielt er 1934 einen Lehrauftrag an der TH Breslau, wo er sich habilitierte. Die TH Hannover berief Matting als ordentlichen Professor 1935 auf den Lehrstuhl für Mechanische Technologie, der später in „Lehrstuhl für Herstellungsverfahren, Werkstoffprüfung und Schweißtechnik" umbenannt wurde.

In Matting vereinigt sich fachliches Wissen und organisatorische Fähigkeit. So wählte ihn 1940 die TH zu ihrem Rektor, ein Amt, das er bis 1943 innehatte. 1952 kehrte er zurück und baute das Institut weiter aus. Mit einem Beirat aus dem Kreise der Wirtschaft zur Seite, schuf Matting eine Forschungsstätte, die von der Schweißtechnik ausgehend, heute die werkstoffkundliche Wissenschaft des gesamten Maschinenbaus umfaßt.

Seiner Initiative verdankt die TH im wesentlichen das Entstehen der Betatron-Arbeitsgruppe, deren Leiter er ist. Matting ist außerdem Direktor der Amtlichen Materialprüfungsanstalt für Werkstoffe des Maschinenbaus und Kunststoffe und kommissarischer stellvertretender Direktor der Zentrale für die Amtliche Materialprüfung in Niedersachsen.

Die Hochschulgemeinschaft

Im Rahmen des 36. Hochschultags hielt am 27. 10. 1967 die Hannoversche Hochschulgemeinschaft, die Vereinigung von Freunden der Technischen Hochschule Hannover e. V., ihre Hauptversammlung ab. Einleitend berichtete Se. Magnifizenz, der Rektor der Technischen Hochschule, Prof. Dr. rer. nat. Theodor Kaluza, über die geplante neue Verfassung der Technischen Hochschule Hannover. Professor Dipl.-Ing. Friedrich Spengelin erläuterte anschließend den räumlichen Ausbau der TH.

In seinem Jahresbericht betonte der Vorsitzende, Direktor Dipl.-Ing. Heinrich Röver, den Willen und den Wunsch nach enger Zusammenarbeit zwischen den Freundeskreisen der Hochschulen mit dem Ziel, der Wirtschaft möglichst überall gleichartige Organisationsformen zu bieten, ohne dabei die individuelle Förderung als Schwerpunkt der Arbeit des Freundeskreises einzuschränken. Auch mit dem Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft, in dem Röver keine Konkurrenz, sondern zusammen mit den Freundeskreisen ein Gebäude mit verschiedenartigen und sich ergänzenden Aufgaben sieht, ist die Zusammenarbeit enger geworden. Als Modellfall nannte Röver die vollzählige Beteiligung der Vorsitzenden der Freundeskreise der Hochschulen in Niedersachsen an dem im November 1966 vom Stifterverband gebildeten Landeskuratorium. Die Verwirklichung einer Reihe weiterer Möglichkeiten dieser Zusammenarbeit wird das Ziel der nächsten Jahre sein ohne die Selbständigkeit der Freundeskreise einzuschränken.

Neben dem ständigen Gedankenaustausch, der an erster Stelle in der Arbeit der Hannoverschen Hochschulgemeinschaft steht, betrug die materielle Förderung an die TH Hannover und ihre Institute in den beiden letzten Geschäftsjahren über 1 Millionen Mark.

Für das Karmarsch-Haus, das kulturelle Zentrum der Studentenwohnheime in Hannover-Herrenhausen, für dessen Bau noch der erste Vorsitzende nach dem Kriege Dr.-Ing. E. h. Christian Kuhlemann, durch seinen Aufruf zur Spendenaktion die Initialzündung gab, brachten die Mitglieder einen Betrag von DM 371 541,– auf. Daneben gab die Vereinigung für die Förderung von Studenten DM 51 245,– aus.

Weiterhin hat das Vervielfältigungsbüro der Hochschulgemeinschaft, das den Studenten zur Verfügung steht für die Herstellung von Lichtpausen für die Studenten im letzten Jahr den Betrag von überschlagsmäßig DM 20000,- an Ersparnis gegenüber den Ladenpreisen gebracht.

Es zeugt von einem echten Ausdruck des Zusammengehörigkeitsgefühls und der freiwilligen Verpflichtung zur Wissenschaftsförderung der im Freundeskreis Zusammengeschlossenen, daß viele trotz der angespannten Wirtschaftslage ihre Beiträge und Spenden im letzten Jahr erhöht haben.

Obwohl die Vereinigung in den beiden letzten Jahren eine große Zahl von Verstorbenen zu betrauern hatte ist die Gesamtzahl der Mitglieder weiter gestiegen. Die Vereinigung steht mit ihrer finanziellen Förderung und Organisation in der Spitzengruppe der Freundeskreise an den Technischen Hochschulen und Universitäten. Sie unterhielt als erste seit dem Kriege eine vollausgebaute Geschäftsstelle, die im Laufe der Jahre noch eine Reihe von Aufgaben im Gesamtinteresse der TH übernahm. Sowohl die Pressestelle der TH und die Organisation des Außeninstituts der Hannoverschen Hochschulen werden von ihr personell und finanziell betreut. Mehrere andere Freundeskreise sind diesem Modell gefolgt oder nach diesem Muster im Aufbau begriffen.

LESERBRIEFE

Darf die NPD einen Parteitag veranstalten?

In den vorigen AStA-Mitteilungen Nr. 12 trat Herr Theilmann mutig gegen „Rechtsradikalismus und politische Instinktlosigkeit" auf. Ist es wirklich „politische Instinktlosigkeit", wenn die Stadt Hannover einer zugelassenen politischen Partei der Bundesrepublik (mit vielleicht fragwürdiger Zielsetzung) einen öffentlichen Saal auf Antrag zur Verfügung stellt?

Da in dieser Demokratie nicht einer Partei verboten werden kann, was der anderen erlaubt ist, hat auch die NPD ein Recht auf einen Parteitag. Wer wie der DGB aus politischen Motiven dieses Recht zu untergraben versucht und dazu im ganzen Bundesgebiet örtliche Schwierigkeiten aufbaut oder vortäuscht, handelt daher demokratisch fragwürdig. Der Stadt Hannover ist es darüber hinaus aus rechtlichen Gründen gar nicht möglich, den Saal zu verweigern, wie Herr Theilmann selbst schreibt; und es ist sehr erfreulich, daß leitende Verwaltungsbeamte geltendes Recht über das stellen, was ihrer Meinung nach politisch besser sein könnte! Wo kämen wir wohl hin, wenn in Zukunft parteigebundene politische Repräsentanten und interessengerichtete Gewerkschaftler darüber entscheiden, welche Partei wieweit ihre demokratischen Rechte ausüben darf!

Man kann und soll eine Partei, die man für gefährlich und undemokratisch hält, bekämpfen, aber nur mit politischen Mitteln, indem man vor Wählern und Mitgliedern die Fragwürdigkeiten aufdeckt oder aber Material über ihren undemokratischen Charakter sammelt und so ein Verbot ermöglicht.

Der in den vorigen AStA-Mitteilungen vorgeschlagene Weg, durch verwaltungstechnische Maßnahmen das Zustandekommen eines Parteitages an möglichst vielen Orten zu verhindern oder zu erschweren, ist über alles bisher Geschriebene hinaus auch noch politisch instinktlos! Jeder dieser Fälle, wie z. B. in Nürnberg, endete bisher mit einem (evtl. späten) Sieg der NPD, den diese dann in einen propagandistischen Erfolg umwandeln konnte. Zudem bezeichnet sich die NPD als demokratische Partei und kann sich nichts Besseres wünschen als undemokratisches Verhalten ihrer Gegner. Man sollte nicht vergessen, daß ein hoher Prozentsatz von NPD-Wählern und -Mitgliedern nur aus Protest gegen die „etablierten" Parteien und deren Einfallslosigkeit zur NPD gestoßen ist. Mit Behinderung, Verunglimpfung und mit der Gleichsetzung dieser Partei mit der NSDAP (ohne Berücksichtigung der veränderten geschichtlichen Situation) werden sie nur endgültig nach rechts abgedrückt, ebenso, wie durch das Unverständnis des „Establishments" die studentischen Protestierer nach links abzugleiten drohen. Für beide sollte man sachliche Auseinandersetzung fordern und Repressalien der öffentlichen Verwaltungsorgane ablehnen!

Die Gefahr der NPD liegt zudem wohl nicht darin, daß sie als neue NSDAP die Macht ergreift, dazu ist der Widerstand viel zu groß in Deutschland. Die Gefahr liegt darin, daß andere Bürger und Politiker sich ihr Rufen nach „Ordnung" und damit nach autoritärer Machtausübung zueigen machen, und das gilt es mit politischen Mitteln zu verhindern, wie auch die im vorigen Heft zitierten Zeilen aus der Entschließung der IG Chemie, Papier, Keramik fordern. Verweigerung eines Saales ist keine politische Antwort, und der Hinweis auf Verbrechen der NSDAP und Polemik gegen unsere Justiz auch nicht!

Mit dem Stil des Artikels von Herrn Theilmann möchte ich mich hier nicht näher auseinandersetzen. Es ist gar zu offensichtlich, wie hier in demagogischer Weise fremde Argumente polemisiert und die eigenen als die einzig richtigen dargestellt werden.

Peter Bleckwenn

FACHBUCHHANDLUNG FÜR TECHNISCHE LITERATUR

FR. WEIDEMANNS BUCHHANDLUNG

HANNOVER - GEORGSTRASSE 11
Ruf 1 27 32 / 1 27 33

Studierende kaufen besonders vorteilhaft bei mir!

GÖBELHOFF
Alles fürs Büro

Das gesamte »Handwerkszeug« des Architekten, Konstrukteurs, und Zeichners preisgünstig und in hoher Qualität

Am Steintor - Nordmannpassage 2
3 Hannover, Ruf 1 49 - 42

Deutsche Bundespost
Oberpostdirektion Hannover
Diplomingenieure

der Fachrichtung **Fernmeldetechnik** stellt die **Deutsche Bundespost** für den **höheren fernmeldetechnischen Dienst**, mit der Fachrichtung **Maschinenbau** für den **höheren posttechnischen Dienst** ein.
Höchstalter: 35 Jahre
Studenten dieser Fachrichtung kann ein Unterhaltsbeitrag als Studienbeihilfe in Höhe von
260,— DM monatlich
für das 1. bis 3. Semester und von
330,— DM monatlich
vom 4. Semester an gewährt werden.
Wird das Studium nicht am Heimatort durchgeführt, kann ein Zuschlag von 70,— DM zum monatlichen Unterhaltsbeitrag gezahlt werden.
Außerdem werden ein fester Zuschuß von 100,— DM für die Beschaffung von Lernmaterial und ein Beitrag zu den Hochschul- und Sozialgebühren bis zu 200,— DM je Semester sowie für lehrplanmäßige Exkursionen ein Höchstbetrag bis 150,— DM je Kalenderjahr gewährt.
Auf Wunsch werden die ausführliche Informationsschrift „Diplomingenieur des höheren technischen Dienstes der Deutschen Bundespost" und die „Richtlinien über die Gewährung von Studienbeihilfen" gern übersandt. Aus diesen Druckschriften können alle vertraglichen Verpflichtungen, die durch die Gewährung der Studienbeihilfe entstehen, entnommen werden.

Oberpostdirektion Hannover
Referat 35
3 Hannover
Postfach 9000 - Fernsprecher: 1 97 43 55

Auslandsstelle des
Deutschen Bundesstudentenringes e.V.

Beratung und Buchung: **Studentenreisen Niedersachsen Hannover, Welfengarten 1**

USA-Flug 23. 2. 68 — 6. 4. 68
Köln — New York — Köln
Hin- und Rückflug: DM 780,—
Flugzeugtyp: Boeing 707

5 weitere Flugtermine im Sommer 1968

Für den Aufenthalt in USA informieren Sie sich über unseren umfangreichen USA-Baukasten.

NEU!

Hannovers bekanntes Bürobedarfs- und -Einrichtungshaus

GÖBELHOFF
Alles fürs Büro

hat eine neue, speziell für Sie vorgesehene Einrichtung geschaffen:

DIE EINKAUFSQUELLE FÜR STUDENTEN
. . . am Welfengarten

Im Moore 21, Mittelbau Aufgang zum Geographischen Institut und zum Institut für Theoretische Physik — **nur 2 Minuten von der Mensa entfernt!**

Die neue „Einkaufsquelle für den Studenten . . . am Welfengarten" bietet Ihnen gewinnbringende Vorteile:

- **Ein reiches, wohlsortiertes, alles umfassendes Verkaufsprogramm aller nur denkbaren Zeichenmaterialien und Zeichengeräte sowie Schreib- und Papierwaren –**
- **flotte, fachmännische Bedienung ohne Leerlauf und Zeitverlust –**
- **ungewöhnlich günstige Preise und doch Qualität!**

ÜBERZEUGEN SIE SICH! ES LOHNT SICH!
WIR FREUEN UNS AUF IHREN BESUCH!

Dezember 1967:
Peter Schütt (vgl. März 1968) berichtet von der Universität Hamburg über die NSG:"
Die progressiven Gruppen, HSU, LSD, SHB und SDS, haben im letzten Semester ihre Aufklärungsarbeit über die Gefahren der Notstandsgesetze koordiniert und sich im Dezember an einer Gewerkschaftsveranstaltung mit Otto Brenner gegen die Militarisierung des Arbeitsplatzes beteiligt."
Q: Peter Schütt: Entwicklung der demokratischen Bewegung an der Universität Hamburg im Wintersemester 1967/68, Blätter für deutsche und internationale Politik Jg. 13/1968, S. 389

Dezember 1967:
Der AStA der Universität Hamburg gibt sein 'Auditorium - Hamburger Studentenzeitung' Nr. 51 (vgl. 20.11.1967, 29.1.1968) für Dezember in einer Auflage von 10 000 mit einem Titelbild "Stille Nacht..? 24 Stunden Waffenruhe" zu Nahost, Vietnam, Griechenland und Cypern heraus. Zwei Leserbriefe von Hans-Uwe Scharnweber befassen sich mit der Wenke-Renzension von Reinhold dJ Oberlercher im letzten 'auditorium'. Darum geht es auch im Editorial. ch führte ein "audi-gespräch mit der Kommune II" an dem allerdings nur Eike Hemmer teilnahm. Jakob von Uexküll berichtet vom Vietnamtribunal (vgl. 20.11.1967). Geworben wird für vietnamesische Literatur bzw. die Publikationen der DRV und der FNL, die in der Schweiz bei Peuple et Culture in Genf oder in Hamburg bei der Versandbuchhandlung Erna Mayer in der Langenhorner Chaussee 107 beziehbar seien. Vom wegen der Vietnamdemonstration am 17.2.1967 ausgewiesenen Obi Ifeobu aus Nigeria wird berichtet, dass seine Freunde sich nun um sein Leben sorgen. Juan Gutierrez äußert sich zum Thema Vorlesungskritik mit "Wi(e)der die halbierte Kritik" über die Rezeption des Artikels von Prof. Knob in einem KU-Seminar. Von Prof. Tausch stammt der Artikel "Sogenannte Vorlesungs- und Seminarrezensionen". Statt Prof. Wenke äußert sich Reinhold dJ Oberlercher erneut zu dessen Vorlesung. Von Wenke wird berichtet, dass er an der RUB eine Honorarprofessur erhielt. In München sammelten Studenten versuchsweise Spenden für Johnsons Vietnamkrieg. Die 'Bild'-Zeitung warb mit Fritz Teufel. Eine ganzseitige Anzeige wirbt Führungskräfte für Procter & Gamble an.

Stephan Leibfried von der FU Berlin verfasste "Notizen zur Elfenbeinfabrik" bzw. zum Dahrendorf-Plan. Holger-Jens Riehmer berichtet von der Diskussion zwischen Augstein und Dutschke am 24.11.1967. Joachim Radkai befasst sich in "Ploetzblitz - ist das Geschichte?" mit dem Standardgeschichtswerk von Ploetz. Der Berliner Dramatiker und ex-DDR-Bürger Hartmut Lange fragt "Brauchen wir eine Kulturrevolution? - Vom Einfluß der Politik auf die Kunst". Holger Oehrens fragt "'Was ist dem Staat der Nachwuchs wert?' - Plädoyer für ein allgemeines Studienhonorar", wobei u.a. eingegangen wird auf den VIII. deutschen Studententag (vgl. 25.4.1965) und das Honnefer Modell. Dirk Hoerder berichtet aus Minneapolis, USA über "sit-in auf amerikanisch", Peter Schütt teilt mit:"Die Kohlenkrise hat in der Gruppe 61 nicht stattgefunden. bericht von der Herbsttagung der Dortmunder Arbeiterschriftsteller", wobei er Bezug nimmt auf die Demonstration der Bergleute u.a. von der Zeche Hansa Dortmund.

Hingewiesen wird auf die Veröffentlichungen:
- J. Agnoli / P. Brückner: Transformation der Demokratie;
- 'Alternative' - Zeitschrift für Literatur und Diskussion Nr. 56/57 über Walter Benjamin;
- Arnold Hauser: Deutsche Studenten auf dem Weg ins Dritte Reich und
- 'Spartacus - Zeitschrift für lesbare Literatur' Nr. 1.

Rezensiert werden:
- Wider die Untertanenfabrik. Handbuch zur Demokratisierung der Hochschule (hrsg. v. Stefan Leibfried);
- Lucien Sebag: Marxismus und Strukturalismus;
- Episches Theater (hrg. v. Reinhold grimm); und
Der CDU-Staat. Studien zur Verfassungswirklichkeit der Bundesrepublik (hrg. v. Gert Schäfer und Carl Nedelmann).

Verglichen werden die Äußerungen von Georg Herwegh zum großen Hamburger Brand und der Kommune I zum Brüsseler Kaufhausbrand, wobei die Wiederaufnahme des Prozesses gegen die Kommune I angekündigt wird.
Q: Auditorium Nr. 51, Hamburg Dez. 1967

Dezember 1967:
In Bochum erscheint eine Ausgabe der illegalen Betriebszeitung der KPD-Betriebsgruppe Krupp-Bochumer Verein (BV), 'Die Glocke' (vgl. 8.4.1968).
Q: Die Glocke, Bochum März/Apr. 1968, S. 2

01.12.1967:
Der VDS Landesverband Berlin richtet ein Schreiben an den Senator für Wissenschaft und Kunst, Stein, in dem er sich einsetzt für das allgemeinpolitische Mandat. Das Schreiben wird auch als Flugblatt verbreitet.
Q: VDS LV Berlin: An den Senator für Wissenschaft und Kunst, Berlin 1.12.1967

vds
Landesverband im
Verband Deutscher Studentenschaften

1000 Berlin 12
Straße des 17. Juni 135
(TU-Hauptgebäude)
Telefon: 0311/3107 81/App. 964

Studentenschaft
des Landes Berlin

Landesstudentenschaft Berlin 12, Techn. Univ.

An den
Senator für Wissenschaft und Kunst
Herrn Professor Dr. Werner Stein

1000 B e r l i n 19
Bredtschneiderstr. 5-8

Ihre Nachricht vom
Ihr Zeichen
Unser Zeichen Lg/Bü
Datum 1. Dezember 1967

Sehr geehrter Herr Senator.

Die Berliner Studentenschaften haben Ihre Schreiben an den Vorsitzenden des Konvents der Freien Universität Berlin, den Vorsitzenden der Studentenvertretung der Technischen Universität Berlin und die Vorsitzenden der Allgemeinen Studentenausschüsse der Pädagogischen Hochschule Berlin und der Staatlichen Hochschule für Musik und Darstellende Kunst Berlin bezüglich "Vietnam International" mit großer Verwunderung zur Kenntnis genommen. Außerdem haben uns die Äußerungen des Regierenden Bürgermeisters über das sog. Allgemeinpolitische Mandat aus den letzten Tagen in Erstaunen versetzt.

Wir können nicht umhin, unsere erheblichen Bedenken gegen die vom Verwaltungsgericht Berlin am 17. Oktober d.J. geäußerte und von Ihnen übernommene Rechtsauffassung Ihnen vorzutragen:

Die Organisationsform "Körperschaft des öffentlichen Rechts" der Hochschulen ist zwar staatlich verliehen, begründet aber nicht die Integration der Hochschule in den Staatsaufbau; somit ist also das Urteil des Bundesverfassungsgerichts über die Folgen des Staatsrepräsentationsrechts (BVerfGE 8,122) auf die Hochschule nicht anwendbar. Die besondere rechtliche Stellung begründet sich - insbesondere bei Beachtung der geschichtlichen Entwicklung - auf der Anerkennung der staatlichen Instanzen für die notwendige Eigenverwaltung der Wissenschaftlichen Hochschulen, die diese zur Erreichung ihres Zieles, Forschung und Lehre in Freiheit zu organisieren, benötigen.

Somit sind also "allgemeinpolitische Beschlüsse" von Studentenparlamenten keine öffentlich-rechtliche Akte, die die negative Koalitionsfreiheit verletzen, sondern mehrheitliche Voten von Personen, die am Wissenschaftsprozess teilnehmen und aus dieser Verantwortung heraus zu sogenannten politischen Fragen Stellung nehmen- auch wenn dies das Verwaltungsgericht im besagten Urteil aufgrund der "terminologie" verneint hat.

Postscheckkonto
Berlin West 87174

Der 1. Satz muß richtig heißen:
Die Studentenschaften können durch derartige Beschlüsse der Verwaltungsgerichte nicht gebunden werden, ...

Die Studentenschaften können derarti schlüsse des Verwaltungsgerichts gebunden werden, da Entscheidungen, die wie hie aufgrund eines wertfreien unpolitischen Wissenschaftsbegriffes gefällt wurden, nicht in die Selbstbestimmung der Wissenschaft als Politische eingreifen können.

Außerdem hat es den Anschein, daß Ihr Haus noch nicht einmal alle Gutachten zur Frag der politischen Verantwortung der Studentenschaft n kennt, da einer Ihrer Mitarbeite uns dringend gebeten hat, ihm alle Veröffentlichungen auf diesem Gebiet, zumindest zeitweilig, zur Verfügung zu stellen. Es verwundert uns, daß eine Behörde eine Recht auffassung äußert, ohne eingehend die Rechtslage zu prüfen.

Der Zeitpunkt Ihrer Schreiben gibt jedoch zu einigen Überlegungen Anlaß:
Die im erwähnten Urteil des Verwaltungsgerichts niedergelegte Rechtsauffassung dürft Ihrem Hause sei fast einem Jahrzehnt bekannt sein; die Rechtsauffassung der Berline Studentenschaften, die in einem Gutachten des Referendars Ulrich K. Preuß am gründlichsten artikuliert ist, dürfte Ihnen auch bekannt sein, da dieses Gutachten vom Verfasser während der Dauer seiner Verwaltungsstation beim Senator für Wissenschaft und Kunst verfaßt wurde. Wir ersparen es uns aus Platzgründen, alle Beschlüss von Studentenschaften, die man als allgemeinpolitisch bezeichnen könnte und die von Ihnen nicht aufgehoben wurden, noch einmal aufzuzählen.

In den letzten Tagen mussten wir mehrfach Äußerungen des Regierenden Bürgermeisters von Berlin über das politische Mandat scharf zur Kenntnis nehmen, in denen er das politische Mandat scharf abgelehnt hat. Wir fragen Sie, wie sich diese Äußerungen mit den in diesem Jahr gefassten Beschlüssen der Berliner Regierungsparteien vereinbaren lassen.

Da Sie in der Vergangenheit bei sog. allgemeinpolitischen Beschlüssen, die mit der Senatspolitik konform gingen, von Ihrer Rechtsaufsicht nicht Gebrauch machten, müsse wir annehmen, daß die von Ihnen geäußerten rechtlichen Bedenken nur einen Vorwand darstellen, die politisch unbequeme Aktivität der Berliner Studentenschaften zu unte drücken. Wir halten dies für eine neuerliche Verschärfung des gespannten Verhältniss zwischen staatlicher Administration und Studentenschaft in dieser Stadt. Wir gestatten uns, diesen Brief der Öffentlichkeit zu übergeben.

Mit vorzüglicher Hochachtung

Im Auftrag der Studentenschaften der

Freien Universität Berlin,
Pädagogischen Hochschule Berlin
Staatl.Hochschule für Bildende Künste

Technischen Universität Berlin
Staatl.Hochschule für Musik und Darstellende Kunst
Kirchlichen Hochschule Berlin

Vorstand der Studentenschaft des Landes Berlin

-Kurt-Christoph Landsberg-
Vorsitzender

-Joachim Dieter v. Klein-
Stellv.Vorsitzender

01.12.1967:
Der AStA der FU Berlin gibt ein Flugblatt heraus mit dem Aufruf zur Podiumsdiskussion "Griechenland als Militär-Diktatur" am 4.12.1967.
Auf der Rückseite erscheint als letzte Meldung, dass Fritz Teufel freigelassen wurde. Dies solle um 20 Uhr in der Wiso-Fak gefeiert werden.
Q: AStA FU: Griechenland als Militär-Diktatur, Berlin 1.12.1967

FREIE UNIVERSITÄT BERLIN
Allgemeiner Studentenausschuß
- Politische Abteilung -

1 Berlin 33, den 1.12.1967
Garystr. 20
Tel. 76 90 421

Kommilitoninnen und Kommilitonen !

Mit der "Dokumentation: Griechenland" konnte das Berliner Ensemble nur einige Fragen anschneiden und es gilt jetzt, sich damit weiter auseinanderzusetzen. Deshalb veranstaltet der AStA am

Montag, den 4. Dez. 1967, 19.30 Uhr

im Hörsaal B des Henry-Ford-Baues

eine Podiumsdiskussion mit dem Thema:

GRIECHENLAND ALS MILITÄR-DIKTATUR

Teilnehmer: Werner Goldberg, CDU
Werner von Mahlsen, FDP
Werner Zehden, BVN
Erwin Beck, SPD
Heinz Richter, DGB
Ernst Buczys, Aktion Sühnezeichen
Démétre Zaularis, Komitee für die Demokratie in Griechenland

Diskussionsleitung: Klaus Meschkat

gez. Helmut Giesa
- Referent -

b.w.

1.12.07

E0702

A L L E J A H R E W I E D E R . . .

... schreitet der Student zur Wahl. Diesmal läuft er, denn er weiß ja, worum es geht!

E S G E H T U M :

--- eine studentische Mitentscheidung in allen universitären Belangen. Die Universität, wie jede gesellschaftliche Institution, muß sich ihrer gesellschaftspolitischen Rolle bewußt sein. Die Hochschule ist k e i n e E n k l a v e d e r r e i n e n W i s s e n s c h a f t . Autoritäre Strukturen in der Gesellschaft verhindern eine Demokratisierung der Hochschule. Gerade daraus ergibt sich für die Universität die Notwendigkeit, sich ihrer politischen Verpflichtung bewußt zu werden. Es geht also um:

E I N A L L G E M E I N E S P O L I T I S C H E S

M A N D A T D E R S T U D E N T E N S C H A F T .

--- Die KU stellt den Versuch dar, diese wissenschafts- und gesellschaftspolitische Dimension in die Universität hineinzunehmen. Wer die KU pauschal kritisiert, setzt sich dem Verdacht aus, unkritisch Wissenschaft in den Dienst der bestehenden Institutionen zu stellen. Es geht also um:

D I E K U A L S K R I T I S C H E N B E S T A N D -

T E I L D E R U N I V E R S I T Ä T ,

der sich aber auch selbst vor einseitig dogmatischen Fisierungen bewahren muß.

E S G E H T A L S O N I C H T D A R U M :

--- wie die VAFU (finanziert von "akademischen und Wirtschaftskreisen") eine "Beschränkung des politischen Mandats auf den hochschulpolitischen Bereich" (Flugblatt Nr. 3) zu fordern, und gleichzeitig auf das E i n g r e i f e n d e s S t a a t e s zu rein technischen Verbesserungen der Studienmöglichkeiten (Ausbildungsförderungsgesetz etc.) zu warten. Wer reine Sachlichkeit will, überläßt das p o l i t i s c h e H a n d e l n den andern. Wohin das führt und geführt hat, zeigt die Erfahrung ...
Dem Vorwurf der "Gleichschaltung der politischen Meinungen an der FU" kann man nur dadurch begegnen, daß man

p o l i t i s c h w ä h l t !

Hochschulpolitische Arbeitsgruppe

im Demokratisch-Katholischen Arbeitskreis

Heribert Kohl Tel.: 6862604

Albert Statz Tel.: 3020401

01.12.1967:
An der FU Berlin erscheinen die 'Nachrichten aus dem Konvent' mit dem beschlossenen Antrag, der das Verhalten des Saalschutzes auf der RCDS-Veranstaltung mit Heinrich Lummer am 30.11.1967 verurteilt.
Q: Nachrichten aus dem Konvent: Auf seiner 11. … , O. O. (Berlin) 1.12.1967

NACHRICHTEN AUS DEM KONVENT

Auf seiner 11. (o.) Sitzung hat der Konvent folgenden Antrag der Abgeordneten Wiesand, Neumann und Hasselbring beschlossen:

Der Konvent protestiert gegen die Vorfälle, die sich am 30.11.67 bei einer Veranstaltung des RCDS und der CDU-Junge Union- unter der Leitung von Heinrich Lemmer (MdA) mit Minister Stoltenberg, Prof. Fränkel und dem Konventsabgeordneten Jürgen-Bernd Runge im Auditorium Maximum der FU abgespielt haben.

Während der Konvent tagte, rückte eine Stunde vor Beginn der Veranstaltung der dem RCDS brieflich angekündigte Saalschutz ein, wurde durch Funktionäre der Jungen Union strategisch im Saal verteilt und erhielt Anstecknadeln als Erkennungsmerkmale. Schon bei Beginn der allgemeinen Diskussion trat der Saalschutz bei einer Meldung zur Geschäftsordnung in Aktion. Der sich meldende Student wurde vom Saalschutz bedroht und geschlagen. Aus den Reihen wurde gerufen:"Komm du her, Junge - ich schlage dich zusammen" u.ä.. Im Verlauf der Veranstaltung wurden vor allem in den Seitengängen Studenten tätlich angegriffen und bedroht. Durch Sperrung der Zugänge zum Podium wurden systematisch Wortmeldungen durch den Saalschutz zu verhindern versucht. Der Versammlungsleiter manipulierte mit Hilfe einer vorbereiteten Liste und durch die nachgewiesene Auswahl der Reihenfolge der Wortmeldungen und politischen Kriterien die Versammlung. -

Der Konvent verurteilt schärfstens das Verhalten einer an der FU zugelassenen Vereinigung, die sich gegen die auf dieser Veranstaltung angewandten Methoden eines von ihr veranstalteten Diskussionsabends nicht zur Wehr setzte.

Der Konvent mißbilligt entschieden, daß ein Gespräch mit dem Bundesforschungsminister Stoltenberg durch die undemokratischen Methoden des Versammlungsleiters Heinrich Lemmer, der sich durch diffamierende und maßlose Angriffe auf die Berliner Studenten hervorgetan hat, nicht zustande kam.

1.Dez.1967

01.12.1967:
An der FU Berlin geben die VAFU vermutlich Ende dieser Woche das Flugblatt Nr. 5, "mir ist so kritisch" zur Kritischen Universität (KU) heraus.
Q: VAFU: mir ist so kritisch, O. O. (Berlin) O. J. (1967)

Eoto2

1.12.67

5

Vereinigte
Arbeitsgemeinschaften
an der
Freien
Universität

Geht es in der Urabstimmung wirklich um Sein oder Nicht-Sein der Kritischen Universität? **NEIN!**

Denn: Die Urabstimmungsfrage ist so gestellt, daß Sie Ihre Meinung nur zum Organisationsstatut der Kritischen Universität zum Ausdruck bringen können.

> Text der Urabstimmungsfrage:
> Billigen Sie die Entscheidung der Studentenvertretung der Freien Universität, zusammen mit den anderen Studentenvertretungen West-Berlins sich an der Organisation der Kritischen Universität — (Freie Studienorganisation der Studenten in den Hoch- und Fachschulen von West-Berlin) — in der Weise zu beteiligen, wie es das Organisationsstatut der KU (verabschiedet auf der Gründungsversammlung vom 1. November 1967) vorsieht, wobei keine Mittel aus dem laufenden Haushalt der Studentenvertretung als Zuschüsse an die KU verwendet werden?

Stimmen Sie mit JA, so befürworten Sie die jetzige Form und die Unterstützung durch Konvent und AStA.

Stimmen Sie mit NEIN, so wird nur das Organisationsstatut etwas modifiziert.

Das ist alles!

Ähnlich verfuhren die Initiatoren der Kritischen Universität schon auf der Gründungsvollversammlung: Der Beschluß der Vollversammlung galt nur der Form, nicht dem Inhalt der Kritischen Universität.

Sehen Sie, was Ihre Stimme in der Vollversammlung oder Urabstimmung noch wert ist?

Warum stellt der Konvent seinen Beschluß vom 10. November 1967:

„Der Konvent begrüßt die Konstituierung der Kritischen Universität."

nicht zur Urabstimmung?

Fürchtet die Studentenvertretung eine grundsätzliche Stellungnahme der Studenten zur Kritischen Universität?

Arbeitsgemeinschaft Berliner Kliniker (ABK)
Arbeitsgemeinschaft Berliner Naturwissenschaftler (ABN)
Arbeitsgemeinschaft Berliner Veterinärmediziner (ABV)
Arbeitsgemeinschaft an der Juristischen Fakultät (AJur)
Arbeitsgemeinschaft an der Philosophischen Fak. (APhil)
Arbeitsgemeinschaft an der WiSo-Fakultät (AWiSo)

Wir stimmen nicht für die KU,
wir haben doch die Alma Mater,
wozu dann noch die Extra-KUh?

Auskunft erteilt:
Volker Henn Tel.: 76 38 18

Fortsetzung folgt!!

Druck: Albert Hentrich, 1 Berlin 41, Albrechtstraße 111

01.12.1967:
An der Wiso-Fak der FU Berlin gibt das Wahlkuratorium vermutlich Ende dieser Woche das Flugblatt "Kleingeld" heraus.
Q: Wiso-Wahlkuratorium: Kleingeld, O. O. (Berlin) O. J. (1967)

Eotz
r 6.12.67

Wahlkuratorium

KLEINGELD

Billige Münze ist in diesem Wahlkampf wohlfeil zu haben: In fein säuberlichem Druck präsentieren VAFU und Aktion 2o. Konvent Schlagworte und Vorurteile. Das Rezept ist bekannt und bestens erprobt in Bundeswahlkämpfen: Möglichst geschickt viele Stimmen fangen, ohne die Wähler zum Nachdenken zu bringen. Die Leute sehen sowieso schon zu viel Papier, also mit Getöse und billigen Phrasen noch die Ohren zustopfen, unterschwellige Vorurteile aufladen und dann die strahlende Morgensonne: VAFU und Aktion 20. Konvent als Retter in der Not.

* Die Retter sind erschienen, die Konflikte sterben ab, *
* dazu legt (pst, pst doch) die Mündigkeit mit ins Grab! *

Was wird uns da vorgesetzt?

Die Studienreformkommissionen arbeiten, soweit überhaupt, viel zu langsam und ineffizient. Der AStA unterstützt die KU. Das läßt sich prächtig verbinden! Natürlich ist die Unterstützung der KU durch den AStA daran schuld, daß die Studienreform nicht vorankommt. Also weg mit der KU, weg mit diesem AStA, die Harmonieritter von VAFU und 2o. Konvent an die Front! Die tun da Flekenwasser drauf und schon glänzen Universität und Studium in makelloser Reinheit.

KEIN WORT davon, daß die Studienreformkommissionen erst auf massiven Druck von Stdenten und Studentenvertretern hin überhaupt zu arbeiten begannen,
KEIN WORT, daß fast alles, was in den Kommissionen erarbeitet werden konnte (und das ist allerdings reichlich wenig), auf der Vorarbeit der studentischen Mitglieder aufbaute.
KEIN WORT darüber, daß die Arbeit immer wieder durch "Terminschwierigkeiten" von Professoren, deren "Arbeitsüberlastung", ihrer c b.w.

ihrer mangelnden Bereitschaft, sich auf eine eingehende Erfassung der anstehenden Probleme einzulassen und dergl. verzögert und verhindert wurde.

KEIN WORT davon, daß diese Erfahrungen zu den bestimmenden Moment für die Gründung der KU zählen.

STATTDESSEN die Forderung nach "Arbeit in fairer Diskussion", das wirkt immer gut und verschleiert gleichzeitig die realen Konflikt

WARUM ist denn diese Universität reformbedürftig ?

WARUM ist die Freie Universität nicht kritisch genug ?

WARUM gibt es kaum abgestimmte und flexible Studiengänge, die "die Möglichkeit zu selbständiger Arbeit und kritischer Reflexion" garantieren?

Wer vertritt denn Disziplinarrecht, Zwangsexmatrikulation und Numerus Clausus ?

Die Konflikte an unserer Universität werden nicht künstlich herbeigeführt, sondern sie sind vorhanden und wurzeln in den unterschiedlichen Interessenlagen von Studenten und den überkommenen Trägern und Repräsentanten von Universität und Gesellschaft.
WER diese Tatsachen leugnet, kann die Interessen der Studentenschaft auch nicht vertreten !!!
So muß etwa die studentische Forderung nach einer wirklich exemplarischen Einübung in die Grundlagen des jeweiligen Fachstudiums heute mit den Interessen der Ordinarien kollidieren; denn sie verlangt von vielen von ihnen den Verzicht auf überkommene Vorlespraktiken und Stoffausbreitungen. Ihre Verwirklichung setzt Neusinnung, kritisches In-Frage-Stellen, ja Lernen auch auf Seiten der Lehrenden voraus. All das ist nicht nur lästig und unbequem, sondern es erfordert auch eine sachliche Neubegründung ihrer bisher institutionell verankerten Autorität und bedeutet nicht zuletzt unbezahlte Mehrarbeit. Gegenüber dieser Interessenlage der Lehrenden, die durch den heutigen Aufbau der Universität geschützt und verfestigt wird, bedarf es einer bewußten und gut organisierten Vertretung des studentischen Interesses an einer flexiblen, effizienten und demokratischen Ausbildung .
Sachlichkeit heißt hier nicht ANBIEDERUNG , sondern kontrollierte interessenbezogenes AUSTRAGEN VON REALEN KONFLIKTEN .

Dafür bieten sich als Ihre KANDIDATEN an :

Horst Arndt (-)
Hannelore Börgel (BDV)
Hans Utz Foerderreuther (-)
Günter Greiff (BDV)
Stefan Grzimek (SHB)
Günter Hedderich (SPD)
Frank Herterich (SPD)
Bernhard Klingmüller (SDS)
Franz Ring (LSD)
Gerd Röder (BDV)
Rolf B.Rosenbrock (BDV)
Eike Schweichel (SDS)
Siegfried Stahn (SHB)
Peter Strotmann (SDS)
Klaus J.Walsleben (SPD)
Gerd Weghorn (SDS)
Hans-Joachim Ziesing (-)

15 dieser Kandidaten können Sie auswählen !!!!

WAHLKURATORIUM WISO WAHLKURATORIUM WISO WAHLKURATORIUM WISO WAHLK

01.12.1967:
An der Wiso-Fak der FU Berlin gibt das Wahlkuratorium vermutlich Ende dieser Woche das Flugblatt "FAVU undemokratisch und inhaltslos" heraus zum Flugblatt Nr. 5 der VAFU.
Q: Wiso-Wahlkuratorium: FAVU undemokratisch und inhaltslos, O. O. (Berlin) O. J. (1967)

Wahlkuratorium

F reiwillig

A ngepaßte an die

V orgestrige

U niversität

UNDEMOKRATISCH UND INHALTLOS

**VAFU fordert SEIN oder NICHT-SEIN der KU in de Urabstimmung entscheiden zu lassen (siehe VAFU Flugblatt Nr. 5)

**Welcher Demokratiebegriff erlaubt VAFU, die St denten der FU a l l e i n e über Aktivitäten entscheiden zu lassen, die auch von Studenten der TU, PH, KiHo und HfbK getragen werden??

Oder war es nur mal wieder Uninformiertheit ur Spekulation auf eine vermutete Naivität der FU Studenten?!
Der Konvent dagegen hat nur die Beteiligung de FU-Studentenvertretung zur Disposition gestell Über mehr konnte und durfte er nicht entscheide

**VAFU schlägt als Urabstimmungsfrage vor:

"Der Konvent begrüßt die Konstituierung der K

Was würde eine solche Urabstimmungsfrage für d KU bedeuten? ....NICHTS!!
Denn es kann nicht darum gehen, ob Studenten sich in einer KU organisieren und Arbeitskreis bilden, es kann nur um die Beteiligung der Stu dentenvertretung an der Organisation gehen.

Ebenso folgenlos und inhaltsleer wie dieser Urabstimmungsvorschlag sind alle Programmpunkte der VAFU. Strategien zu ihrer Verwirklichung können deshalb logischerweise auch gar nicht angegeben werden.

** Lassen Sie sich deshalb nicht für dumm verkaufen, mit von
** Springer genährten Vorurteilen!

Wählen Sie lieber aus diesen Kandidaten 15 fortschrittliche Abgeordnete für den 2o. Konvent:

Horst Arndt (⊥)
Hannelore Börgel (BDV)
Hans Utz Foerderreuther (⊥)
Günter Greiff (BDV)
Stefan Grzimek (SHB)
Günter Hedderich (SPD)
Frank Herterich (SPD)
Bernhard Klingmüller (SDS)
Franz Ring (LSD)
Gerd Röder (BDV)
Rolf D. Rosenbrock (BDV)
Eike Schweichel (SDS)
Siegfried Stahn (SHB)
Peter Strotmann (SDS)
Klaus J. Walsleben (SPD)
Gerd Weghorn (SDS)
Hans Joachim Ziesing (-)

01.12.1967:
An der Wiso-Fak der FU Berlin geben die studentischen Mitglieder des Fakultätsausschusses ihren "Rechenschaftsbericht" heraus.
Q: Hedderich / Börgel: Rechenschaftsbericht, Berlin 1.12.1967

5/6.12.67 EoFoZ

RECHENSCHAFTSBERICHT

W I S O - FAK. Berlin, 1. Dez. 1967

Zulassungsreferent: Günther Hedderich

Zulassungsbeauftragte: Hannelore Bürgel

Liebe Kommilitonin, lieber Kommilitone,

zu Beginn unserer Amtszeit im Januar 1967 wurden wir, d.h. die Mitglieder des Fakultätsausschusses, vom damaligen Sprecher, Peter Seyd, darauf hingewiesen, daß die Vollversammlung der WISO einmal den Beschluß gefaßt hatte, daß alle Studentenvertreter am Ende Ihrer Amtszeit einen Rechenschaftsbericht anfertigen sollen, damit der Wähler die Möglichkeit hat seine Wahl zu überprüfen und notfalls Konsequenzen daraus ziehen kann.

Nach unserer Wahl zum Zulassungsreferenten bzw. -beauftragten, begann erst einmal ein mühevolles Aktenstudium um uns in die Problematik dieses Ressorts mit den vielfältigen Bestimmungen der UNI - Verwaltung und der Hohen Fakultät einzuarbeiten. Von Kontinuität konnte keine Rede sein, beide waren wir Neue. Ende Januar rollte die Woge der Neubewerbungen auf uns zu. 450 Personalbogen und Lebensläufe mußten gelesen und auf Karteikarten fixiert werden. Dazu kamen zahlreiche Briefe, die persönlich beantwortet werden mußten.
Ein besonderes Problem stellten die Zulassungen der Soziologen und Politologen für das SS 67 dar. Die Zulassungsquoten für diese Fachrichtungen waren von den Institutsverwaltungen derart niedrig angesetzt (Soz.:12; Pol.:20), daß sie in keiner Relation zu der Zahl der Bewerbungen standen. Es bedurfte beträchtlicher Intervention und auch Stehvermögens seitens des vertretenden Zul.dozenten Prof. Blankertz, daß wir diese Quoten bis zu 100 % überschritten. Wir sind Lutz Rhininsland, Pol, und Rolf Schwiedrzik, Soz, zu Dank verpflichtet, daß Sie für das Wintersemester mit den neuen geschaftsführenden Direktoren, Prof. Schwan bzw. Prof. Claessens, die Kapazitätskriterien der Institute prüften und revidierten
Ein weiteres Problem stellte die Zulassung der Absolventen von Wirtschaftsakademien, Wirtschaftsgymnasien und gleichrangiger Lehranstalten dar. Im Sommersemester wurde zusammen mit dem Senator für das Schulwesen, Evers, und der Hohen Fakultät erreicht, daß wenigstens die Absolventen der Berliner W-Akademie, die mit gut oder besser abgeschlossen hatten, ohne weitere Prüfungen zum Hochschulstudium an unserer Fakultät mit Großer Matrikel zugelassen

werden können. Daneben gibt es weiterhin die Möglichkeit mit kleiner Matrikel zugelassen zu werden; d.h. innerhalb von drei Sem. muß die Hochschulreife nachgewiesen werden, durch die Ergänzungsprüfung zur Erlangung der Hochschulreife, Fremdenreifeprüfung, Anerkennung von früher und anderen Orts abgelegten Prüfungen durch den Senator, die oft viel Zeit in Anspruch nehmen, etc.
Wir legen diese Bestimmungen so extensiv wie möglich aus, um auch Kommilitonen, die nicht den geraden Weg zum Abi gehen konnten, ein wirtschaftswissenschaftliches Hochschulstudium zu ermöglichen.
Als am 15.Feb. die Vorlesungsfreie Zeit begann saßen wir noch bis Ende März an der Bearbeitung der Anträge und an der Auswertung der Daten für eine Zulassungsstatistik.
Die Zul.-Statistik für das SS 67, die einen allg. Berichtsteil und einen statistischen Teil inc. Meldungen zur Diplomprüfung umfaßt, kann im Zulassungsreferat eingesehen werden. Der Zul.-Bericht für das WS 67/68 wird gerade zusammengestellt.
Neben dieser Arbeit hatten wir erfreulich viel Besuch von Bewerbern, auch außerhalb der Sprechstunden, die Fragen hinsichtlich Ihrer Bewerbung und des Aufbaus Ihres Studiums hatten.
Im SS 67 initierte Peter Seyd den Verkauf von Skripten im Auftrag des Instituts für Angew. Statistik, um den Studenten den Weg zum Copyplatz zu ersparen. Wir führten diese Aufgabe weiter und erweiterten das Angebot. Wir möchten an diese Stelle um Entschuldigung bitten, daß nicht immer alles reibungslos klappte. Es kam vor, daß durch unvorhergesehen große Nachfrage einzelne Skripten ausgingen oder eine Sprechstunde nicht beingehalten werden konnte. Wir stehen ja selbst mitten im Studium und sind keine Bürokraten.

NUN NOCH ETWAS POLITISCHES: Im Jan. schlossen wir uns mit 10 anderen Konventsabgeordneten verschiedener Fakultäten zu einem "Arbeitskreis unabhängiger Abgeordneter und Studenten" zusammen. UNABHÄNGIG bedeutet, daß wir keiner pol. Hochschulgruppe angehörten. Verschiedene Gründe wie Opportunismus, pol. Präferenzen und altersbedingte Entwicklung brachte es mit sich, daß der Kreis auf die Hälfte gesundschrumpfte. Wir steuerten einen liberalen Kurs, offen für sachliche Argumente, ohne dogmatische Bindung.
Für diesen Wahlkampf haben wir uns dem Wahlkuratorium angeschlossen, obwohl wir in manchen Punkten der Mehrheitsmeinung dieser von liberal bis links heterogenen Gruppe anderer Meinung sind.
Das Politische Mandat sehen wir als notwendige Bedingung einer aufgeschlossenen Studentenschaft in einer Demokratie an. Diese Funktion darf jedoch nicht Selbstzweck werden und einen ungebührlichen Teil der Arbeitskraft des Konvents binden. Der Kritischen Universität stehen wir kritisch positiv gegenüber; positiv heißt: Wir begrüßen diese Aktivität als Auseinandersetzung der Studenten mit der Gesellschaft; kritisch heißt: Wir sehen die Gefahr der Dogmatisierung und Ideologisierung, die der vielzitierten Wertfreiheit droht.
Grundsätzlich setzen wir uns für studentische Basisarbeit auf Fakultätsebene ein, um die Studiensituation unserer Kommilitonen zu erleichtern, zu modernisieren und durch Informationen transparent zu machen!

MIT BESTEN GRÜßEN

G.V.Z. Günther Hedderich (Zulassungsref.)
G.V.Z. Hannelore Börgel (Zulassungsbeauftr.)

01.12.1967:
An der Wiso-Fak der FU Berlin wurde für heute, 17 Uhr, eingeladen zur Wahlvollversammlung sowie zur anschliessenden Wahlparty ab 20 Uhr.
Q: N. N.: Wiso Wahlparty, O. O. (Berlin) O. J. (1967); N. N.: Vote-In, O. O. (Berlin) O. J. (1967)

STATT L O V E - I N S I T - I N G O - I N

endlich auch

VOTE-IN

IN DER W I S O - F A K U L T A T !

Zur Eröffnung der Wahlwoche (und im Anschluß an die WAHLVOLLVERSAMMLUNG DER WISO- FAKULTAT, Beginn 17.oo Uhr, Hörsaal 1o1) findet am [illegible]ITAG? 1. DEZ. 67, 2o.oo UHR im WiSo-Gebäude eine

WAHLPARTY

statt.

IM KELLER die Beatband the inspiration / Gregor Rottschalck vom Rias Treffpunkt spielt und kommentiert Platten HS 102 / Nonstop-Filmvorführung im HS 101 Lemmy Caution gegen Alpha 60 (ein Godard- Film Mit Eddie Constantine , Anna Karina) / Die Kabarettisten Wolfgang Unterzaucher und Wolfgang Wiehe (Reichskabarett) bringen Texte aus dem Bügelbrett und
last not least der Imbißstand ist bis 1.oo Uhr geöffnet

DIE TOTALSTE FÊTE SEIT BESTEHE DER WISO FAKULTÄT

Eintritt: 1. - DM
Berlin 33, Garystr. 21

LIEBT EUCH...

oder FLIRTET, BLATET, TRINKT, nehmt die Kandidaten für den 2o. Konvent auseinander ....
Alles b (i)e (a) tet die

WISO WAHLPARTY

Die totalste Fete seit Bestehen der WiSo-Fakultät !!!
Es sind wieder einmal weder Kosten noch Mühen gescheut worden :

BEAT-BAND / DISKOTHEK / EDDIE / KABARETT / FOLKSONG / /Haftpflicht-versicherung nur für Sachschäden ...

FREITAG, 1. DEZ. 1967

20.00 UHR

WISO-FAK.

01.12.1967:
An der FU Berlin erscheint ungefähr heute die "Stellungnahme des RCDS zur Vollversammlung aller Fakultäten und zur Informationsveranstaltung des AStA über Griechenland" zum 27.11.1 bzw. 4.12.1967, in der er sich für Demonstrationen u.a. gegen die Militär-Junta aber auch gegen Steinwürfe ausspricht.
Q: RCDS FU: Stellungnahme des RCDS zur Vollversammlung aller Fakultäten und zur Informationsveranstaltung des AStA über Griechenland, Berlin O. J. (1967)

~1.12.69

Stellungnahme des RCDS zur Vollversammlung aller Fakultäten und zur Informationsveranstaltung des AStA über Griechenland

Der RCDS hat sich eindeutig für eine sachliche Diskussion der Probleme ausgesprochen, die sich für die Studentenschaft durch den Kurras-Freispruch und die unbegründet erscheinende Untersuchungshaft Fritz Teufels darbieten.

Er tritt auch heute noch für eine Fortsetzung dieser Diskussion ein. Es ist jedoch bedauerlich, daß die gestrige Veranstaltung nicht zu einer sachlichen Diskussion beigetragen hat. Es wurde vom AStA versucht, eine Reihe von Beschlüssen und Resolutionen ohne Rücksicht auf den Informationsstand der anwesenden Studenten und den Wunsch nach eingehender Diskussion durchzupeitschen. Zudem wurde versucht, gefaßte Beschlüsse, die dem AStA nicht paßten, durch Manipulationen und Wiederholungen der Abstimmungen zu revidieren.

Die Demonstration vor dem Kriminalgericht Moabit war weder hinreichend begründet noch ausreichend diskutiert. Wir halten diese Art der Vollversammlung für nicht geeignet, den demokratischen Willensbildungsprozeß der Studentenschaft zu fördern.

Der RCDS begrüßt grundsätzlich Informationsveranstaltungen über Griechenland. Es ist notwendig, will man Demokrat sein und bleiben, sich über die Vorgänge in Griechenland zu informieren. Wir lehnen Militärdiktatur und Totalitarismus, seien sie rechter oder linker Prägung, ab. Wir fordern Freiheit für alle politischen Häftlinge, insbesondere für die, die auf griechischen KZ-Inseln gefangen sind. Wir fordern den Rücktritt der Militär-Yunta und freie Wahlen in Griechenland.

Wir begrüßen Demonstrationen gegen das Militär-Regime, auch wenn sie spontan erfolgen.

Politische Demonstrationen hören jedoch dort auf, wo Fensterscheiben von Steinen zertrümmert werden. Steine sind keine Argumente, und nur auf Argumente sollte es uns ankommen.
Wir wollen jederzeit für die Freiheit und die Wiederherstellung der Demokratie in Griechenland eintreten, wir wollen jedoch nicht unter roten Fahnen demonstrieren, wie es gestern Nacht geschah. Ebenso lehnen wir die Verquickung Berliner Verhältnisse mit der griechischen Situation ab. In Griechenland liegt eine eklatante Verletzung der Grund- und Menschenrechte vor, die Legalität ist außer Kraft gesetzt. In einem verfassungsmäßigen Rechtsstaat, wie in der BRD und West-Berlin, kann von einer Verletzung der Legalität allerhöchstens in Einzelfällen gesprochen werden. Einen Vergleich zu ziehen, erscheint nicht nur unsinnig, sondern auch gefährlich.

RCDS an der FU
1 Berlin 15
Fasanenstr. 46

01.12.1967:
An der FU Berlin erscheint vermutlich Ende dieser Woche das Flugblatt "Der LSD zur Urabstimmung + Konventswahl", in der dazu aufgefordert wird, für die Kritische Universität zu stimmen. Eingeladen wird zur Podiumsdiskussion zur KU am 5.12.1967.
Q: LSD: Der LSD zur Urabstimmung + Konventswahl, Berlin O. J. (1967)

~1.2.67 EÖH2

LSD LSD LSD LSD LSD LSD LSD LSD LSD LSD LSD LSD LSD LSD LSD LSD LSD LSD

DER LSD ZUR Urabstimmung + Konventswahl:

Stimmen Sie mit JA bei der Urabstimmung !

Die KRITISCHE UNIVERSITÄT ist die konsequente und praktische Fortsetzung der theoretischen Reformkonzeption, die in der Stellungnahme der Studienreformkommission auf Universitätsebene zum Ausdruck kommt. Sie ist ein Modell, das empirische Erfolgskontrolle in der Studienreform ermöglicht. Die KRITISCHE UNIVERSITÄT erlaubt eine Neubestimmung des Verhältnisses von Hochschule und Gesellschaft. Im dialektischen Prozess mit der "alten" Universität kann sie neue Formen der wissenschafts-theoretischen, -organisatorischen und -politischen Auseinandersetzung in der Universität hervorbringen und sowohl die unbefriedigenden "Expertenkommissionen" als auch die sog."politische Bildungsarbeit" in der heutigen Hochschule überflüssig machen.

Unterstützen Sie die progressive Linke im Konvent !

Sie hat die repressiven Strukturen unserer gegenwärtigen Gesellschaft offengelegt und entscheidend zu den Demokratisierungsbestrebungen der außerparlamentarischen Opposition beigetragen. Dies mußte gegen den Widerstand derjenigen Gruppen durchgesetzt werden, die sich heute progressiv gebärden (RSDS, VAFU, Aktion 2o.Konvent ...). Ihre Vertreter machen sich Forderungen der Linken zu eigen, ohne daß Sie die gesellschaftlichen Bezüge begreifen oder akzeptieren wollen. Wahlwirksame Lippenbekenntnisse sind kein politisch Programm.

Permanente Kritik an Hochschule und Gesellschaft ist Voraussetzung für eine forcierte Evolution!

Neue Modelle in Hochschule und Gesellschaft müssen gegen anachronistische Traditionen ausgetauscht werden.

WÄHLEN SIE DIE KANDIDATEN DER ENGAGIERTEN LINKEN !

GEBEN SIE DEM KONVENT DAS POLITISCHE MANDAT FÜR DIE FORTSETZUNG DER BEGONNENEN REFORMARBEIT !

LSD LSD LSD LSD LSD LSD LSD LSD LSD LSD LSD LSD LSD LSD LSD LSD LSD LSD

LSD LSD LSD LSD LSD LSD LSD LSD LSD LSD LSD LSD LSD LSD LSD LSD LSD LSD

FU ⟷ KU

Politische Universität

Dienstag, 5.12., 20 UHR AUDIMAX

- K U - Vertreter aus ITALIEN, HOLLAND, USA, HAMBURG und BERLIN berichten

anschließend

- PODIUMSDISKUSSION mit: LEFEVRE, KU - Berlin
  BRANNSDORF "
  KÖSTER "
  EPPING, VAG - FU-Berlin
  DUWAL "
  RUNGE, Aktion 20.Konvent

Diskussionsleitung: FENNER (LSD - Berlin)

- VERANSTALTER: L S D - Berlin zusammen mit dem ASTA- FU und dem INITIATIVAUSSCHUSS d. K U

angeschlossen die Verbände: DIS, ESG, GSG, HSU, SDS, [illegible]

- eingeladen wurden: die Mitglieder des AKADEMISCHEN SENATS der FU-[illegible]
  die 50 PROFESSOREN der "12-PUNKTE-ERKLÄRUNG
  die GUTACHTER des Akademischen Senats über die [illegible]

LIBERALER STUDENTENBUND DEUTSCHLANDS
-Landesverband Berlin-

gez.J.F.Schapitz (Vorsitz.d.LHG a.d.FU)

gez.D.Omeis (stellv.Landesvorsitz.)

LSD LSD LSD LSD LSD LSD LSD LSD LSD LSD LSD LSD LSD LSD LSD LSD LSD LSD

BITTE WENDEN BITTE WENDEN BITTE WENDEN

01.12.1967:
An der TU Berlin gibt die Redaktion der 'Anrisse' ein Flugblatt heraus mit der Ankündigung des Reaktionsschlusses für die nächste Nummer.
Q: SV-TU: An alle Fachschaften und Referate, O. O. (Berlin) 1.12.1967

Landespressedienst | BERLIN

Herausgegeben vom Presse- und Informationsamt des Landes Berlin
1 Berlin 62, Rathaus Schöneberg, Telefon: 78 01 33 09

23 November 1967
Nr. 230

KURRAS

ERKLÄRUNG DES SENATORS FÜR INNERES

Der Bürgermeister und Senator für Inneres, Kurt Neubauer, teilte am Donnerstag, dem 23. November, auf Anfrage zum Urteil der 14. Großen Strafkammer des Landgerichts Berlin im Verfahren gegen den Kriminalobermeister Karl-Heinz Kurras mit:

"Das Gerichtsverfahren gegen Kriminalobermeister Karl-Heinz Kurras ist durch den Revisionsantrag des Generalstaatsanwalts noch nicht abgeschlossen. Bis zum rechtskräftigen Urteil bleibt der Kriminalobermeister Karl-Heinz Kurras auf jeden Fall vom Dienst suspendiert. Mit Erhebung der Anklage hat der Polizeipräsident ein Disziplinarverfahren eingeleitet. Eine Entscheidung im Disziplinarverfahren wird nach dem rechtskräftigen Urteil getroffen werden."

+

ERKLÄRUNG DES SENATORS FÜR JUSTIZ

Zu den Vorwürfen - vor allem studentischer Organisationen - gegen das Urteil der 14. Großen Strafkammer des Landgerichts Berlin im Verfahren gegen den Kriminalobermeister Karl-Heinz Kurras teilte auf Anfrage am Donnerstag, dem 23. November, der Senator für Justiz, Hans-Günter Hoppe mit:

"Niemandem soll das Recht zur Kritik an Urteilen unabhängiger Gerichte abgesprochen werden. In den öffentlichen Protesten habe ich jedoch sachliche Kritik nicht finden können. Es gab vielmehr bösartige Polemik, die den Richtern politische Motive unterstellte. Alle unvoreingenommenen Beobachter dieses Prozesses haben bestätigt, daß sich das Gericht ohne jede politische Wertung nur um eine Rekonstruktion des Tathergangs bemüht hat. Da diese Tat aber nach Ansicht des Gerichts nicht bis zur letzten Gewißheit aufgeklärt werden konnte und somit Zweifel an einer Schuld des Angeklagten blieben, mußte ein Freispruch erfolgen.

Das Gericht selbst hat in seiner Urteilsbegründung deutlich gemacht, daß der Freispruch nicht befriedigen kann. Die politische Wertung des Geschehens, das zu dem bedauerlichen Todesfall geführt hat, ist aber nicht Sache des Gerichts. Das Gericht ist an das geltende Recht gebunden und kann sich bei seiner Entscheidung nicht von politischen Motiven leiten lassen. Es bleibt ein Zweifel an der Schuld. Im Strafrecht gilt nun einmal zum Schutz des Bürgers der Grundsatz: Im Zweifel für den Angeklagten. Wer diesen Grundsatz aufgibt, rückt in die gefährliche Nähe faschistischer Methoden, die man zu bekämpfen vorgibt.

Als Justizsenator dieser Stadt kann ich entgegen aller öffentlichen Polemik nur begrüßen, daß das Gericht in anerkennenswerter Weise den Versuch einer sachlichen Aufklärung des Geschehens unternommen hat. Die Grenzen menschlicher Erkenntnisfähigkeit und des Erinnerungsvermögens dürfen nicht den Richtern zum Vorwurf gemacht werden."

- - -

Verantwortlich: Peter Herz / Redakteur: Heinz Fanselau

01.12.1967:
An der TU Berlin geben die UAG vermutlich Ende dieser Woche ein Flugblatt "Studienhonorar - das non plus ultra?" zum Honnefer Modell heraus.
Q: UAG: Studienhonorar - das non plus ultra?, O. O. (Berlin) O. J. (1967)

UNABHÄNGIGE AKTIONS-GEMEINSCHAFT

STUDIENHONORAR- das non plus ultra?

Die Studienförderung nach dem Honnefer Modell ist völlig unzureichend; nach 11 Jahren Erfahrung mit diesem System ist diese Feststellung für jeden Studenten selbstverständlich.

Eine allgemeine Ausbildungsförderung (beginnend mit Ende der Schulpflicht) – vorgeschlagen vom vds, von der FDP in Gesetzesform vorgelegt – bringt selbst beim Bemühen um Familienunabhängigkeit keine prinzipielle Besserung!

Aus dieser Erkenntnis heraus fordern die Linken – pauschal und großzügig – das Studienhonorar, „da die Ausbildung von der Berufsausübung ... lediglich graduell verschieden und deshalb eine für die Gesellschaft notwendige Arbeit ist" (vds – 20. o. MV/203 – Sozialprogramm 2.2). Ihr berechtigter Vorwurf – die jetzige Familienförderung geschehe nach dem Gießkannenprinzip, fällt jedoch auf sie selbst zurück: Das Studienhonorar stellt eine Großgießkanne dar, da jedem Studenten, unabhängig von seiner finanziellen Situation – eine Unterstützung gewährt wird!

Es ist klar: Das Studienhonorar verlagert die bestehende Ungleichheit auf ein höheres Niveau!

WIR FORDERN DAGEGEN:

Eine Förderung aller in der Fortbildung Stehenden nach einer Umkehrung des Systems der Rentenversicherung als Lastenausgleich zwischen verschiedenen Studiengenerationen über einen revolvierenden Fond!

Die Absolventen von weiterführenden Ausbildungsstätten zahlen in den Fond zurück, aus dem sie während ihrer Ausbildungszeit gefördert wurden und tragen damit die Förderung der dann Studierenden. Die Beiträge steigen mit dem Einkommen und der Ausbildungsdauer. Der Staat übernimmt die Grundausstattung des Fonds und bezuschußt ihn nach Maßgabe des gesamtgesellschaftlichen Interesses an einer Weiterbildung.

Anspruch auf Förderung hat grundsätzlich jeder; sie ist also familienunabhängig. Für die Nichtgeförderten besteht später nur in einem geringeren Maße Beitragspflicht zum Fond, die aus der gewährten Möglichkeit zur besseren Ausbildung zu rechtfertigen ist.

Ein solches Globalmodell einer Ausbildungsfinanzierung könnte dazu beitragen, die schichtspezifischen Probleme unseres Bildungssystems (Gymnasium als Mittelstandsinstitution; nur 8 % der Studenten stammen aus Arbeiterfamilien!) zu verringern.

Für den Inhalt verantwortlich: Hans Rudolf Koch

Kommilitonen!

Wir brauchen dringend Studenten, die bei uns mitarbeiten wollen. Auch wer „nur ab und zu" etwas tun möchte, wird gebeten, sich bei uns zu melden; täglich von 10–14 Uhr im H 1002 a des TU-Hauptgebäudes (Seitenflügel zum EB hin), Hausapp. 3268.

Unsere Flugblätter kosten Geld. Wer keine Zeit hat mitzuarbeiten, aber Geld genug, wird um eine Spende gebeten: Berliner Bank AG, Konto-Nr.: 99/83520!

UAG UAG UAG

Druck: Albert Hentrich, 1 Berlin 41, Albrechtstraße 111

02.12.1967:
In Berlin luden der SDS und die Falkengruppe 'Spartacus' ein zur Veranstaltung "Die Auswirkungen der Kolonialrevolution auf die revolutionäre Jugendbewegung in Frankreich" mit Alain Krivine im SDS-Zentrum.
Q: SDS, Spartacus: Liebe Genossinnen und Genossen…, O. O. (Berlin) O. J. (1967)

(2.12.67)

SOZIALISTISCHER DEUTSCHER STUDENTENBUND - Landesverband Berlin
Falkengruppe "SPARTACUS"

Liebe Genossinnen und Genossen,

wir sind bekanntlich alle feurige Internationalisten; doch die Gelegenheit, uns konkret mit den Erfahrungen ausländischer Genossen zu befassen, ist nur selten gegeben. Deshalb die Wichtigkeit folgender Veranstaltung:

Am S o n n a b e n d , dem 2.Dezember 1967, 1 9 , 3 0 U h r

spricht im SDS-Zentrum, Ku'damm 140 (Ecke Joachim-Friedrich-Str.),

Alain K r i v i n e (Paris)

Vorsitzender der J e u n e s s e C o m m u n i s t e R é v o l u t i o n a i r e

zum Thema

"Die Auswirkungen der Kolonialrevolution auf die revolutionäre Jugendbewegung in Frankreich".

Die JCR entstand vor anderthalb Jahren durch den Ausschluß von größeren linksoppositionellen Gruppen aus dem Kommunistischen Studentenverband Frankreichs (UEC). Kern der revolutionären Opposition innerhalb der UEC war die mehrere hundert Mitglieder umfassende Abteilung an der Philosophischen Fakultät der Sorbonne (UEC - Sorbonne-Lettres) unter dem Vorsitz von Krivine. Heute umfaßt die JCR an die tausend Mitglieder in 26 Städten.

Beachtet bitte, daß die Veranstaltung um 19,30 Uhr beginnen soll. Wer erst um 20 Uhr kommt, wird zu seinem Erstaunen feststellen, daß die Versammlung tatsächlich bereits begonnen hat.

Im Auftrag von SDS-Beirat und Gruppe "Spartacus"

Wolfgang Hohmann

02.12.1967:
Der AStA der FU Berlin und die Lateinamerikanische Studentenvereinigung (LASV) in West-Berlin luden ein zum heute beginnenden Wochenendseminar "Gegenwartsprobleme Lateinamerikas in politischer, sozialer und ökonomischer Hinsicht".
Q: AStA FU, LASV: Wochenendseminar, O. O. (Berlin) O. J. (1967)

1.12.67 Extra

ASTA FU - LASV - ASTA FU - LASV - ASTA FU - LASV - ASTA FU

W O C H E N E N D S E M I N A R

Die politische Abteilung des Asta der FU veranstaltet in Zusammenarbeit mit der Lateinamerikanischen Studentenvereinigung in West-Berlin (LASV) am 2. und 3. Dezember 67 in Berlin-Wilmersdorf (31), Kurfürstendamm 96 in den Räumen des "Ring Politischer Jugend" ein Wochenandseminar mit dem Thema:

"Gegenwartsprobleme Lateinamerikas in politischer, sozialer und ökonomischer Sicht."

P R O G R A M M

Samstag, 2.12.67

14.30 Uhr	"50 Jahre mexikanische Revolution - eine kritische Betrachtung -" Referent: Hugo C. Mansilla, Bolivien anschließend Diskussion
17.00 Uhr	Kaffeepause
1. 30 Uhr	"Guerilla und Revolution in Bolivien" Referent: René Mayorga, Bolivien anschließend Diskussion
19.30 Uhr	Abendessen
20.00 Uhr	Ende

Sonntag, 3.12.67

10.30 Uhr	"Die kubanische Revolutionstheorie" Referent: Gustavo Bayer, Brasilien anschließend Diskussion
13.00 Uhr	Mittagessen
14.30 Uhr	"Generelle Betrachtungen über die Problematik Lateinamerikas" Referent: León Bieber, Bolivien anschließend Diskussion
16.00 Uhr	Kaffeepause
16.30 Uhr	"Betrachtungen über die revolutionäre Taktik in Chile" Referent: Sergio Cruz, Chile anschließend Diskussion
18.30 Uhr	Abendessen
20.00 Uhr	Ende

Voranmeldung beim AStA der FU
Unkostenbeitrag: 2,-- DM

02.12.1967:
Der AStA der FU Berlin gibt, laut der FU-Dokumentation heute, das Flugblatt "Was will der AStA der Freien Universität Berlin?" Nr. 2 heraus zum Entwurf für das Universitätsgesetz.
Q: AStA FU: Was will der AStA der Freien Universität Berlin?, Berlin O. J. (1967)

Dez. 67

Was will der A
der Freien Universit

Stellungnahme zum Universitätsg
Senators für Wissenschaft

EINLEITUNG

Der AStA der FU begrüßt, daß endlich ein Universitätsgesetz geschaffen wird, das den Status der Universitäten auf eine gesetzliche Grundlage stellt. Er nimmt mit dieser Stellungnahme sein Recht in Anspruch, seinen Beitrag zu dem Gesetz zu liefern und so die Diskussion um eine moderne Struktur der Universitäten voranzutreiben.

Besonders die Studentenschaft hat seit Jahren einen Abbau der Herrschaftsverhältnisse zugunsten der Demokratisierung der Universität gefordert. Sie ist daher erfreut, daß Senator Stein bisher als einziger diese Forderung aufgenommen hat und, wie er im Begleitschreiben des UGE schreibt, in Form dieses Gesetzentwurfes vorlegt.

Die Studentenschaft ist sich allerdings bewußt, daß ein demokratisches Hochschulmodell kein Garant für eine demokratisch funktionierende Hochschule ist. Wenn nicht festgehalten wird an dem Grundsatz, daß sich Demokratie nur in der Praxis einüben und bewähren kann, wird die Demokratisierung eher behindert als gefördert werden.

AStA kein eigene
aber auf die An
Kritischen Univer

Es wird also in
Universitätsgeset
modell geliefert
— am 28. 11. w
der FU —, Ände
im Rahmen der
Intentionen vorn
er die Grundsat
eigenes Demokra
quenzen einer s
zwingt dadurch,
die jetzige Univ
Universitätsmode

Bei Berücksicht
zunächst notwe
sprüchen zu me
Begleitschreiben
1. „. . . dieser En

dert als gefördert werden.

Will man Wissenschaftsprozesse demokratisch organisieren, muß man von dem Grundsatz ausgehen, daß die Organisationsformen immer wieder neu unter der Voraussetzung der Identität vom Bewußtsein des wissenschaftlich Arbeitenden mit der Organisation der Arbeit selbst entwickelt werden müssen. Geht man zusätzlich davon aus, daß der Arbeitende sein Bewußtsein über Lernen ändern kann, dann ergibt sich als Konsequenz: Jedes Modell einer Universität zielt zu kurz, da die dem Modell zugrunde liegende Analyse von einer Situation ausgeht, die sich in der Zeit der Verwirklichung des Modells schon wieder geändert haben kann. Aus diesem Grunde stellt der

1. „... dieser Ent
auf die beso
Er „wird nicht
2. „Wohl ist es
deutlichen hier
turen der deut

**Wenn dennoch
Organisation de
verstehen wir sie
arbeitung unsere
Kritik. Diese Kriti
kretisierung der
ligen Objekt au
sehen sind.**

Stützt der UGE die Erklärung Steins, der Entwurf sei nicht aus aktuellem Anlaß vorgelegt, stelle also keine Disziplinierungen der Universität dar?

Im folgenden werden alle Passagen des UGE untersucht, durch die die Art des staatlichen Einflusses auf die Universität deutlich wird.

A. Bestätigung von Satzungen und Ordnungen

Das Bestätigungsrecht des Senators für Wissenschaft und Kunst für Satzungen und Ordnungen der Universitäten hat sich zu beschränken auf die Überprüfung der Gesetzeskonformität. Staatsaufsicht darf nicht mehr sein, als Rechtsaufsicht.

Nach § 41 bedürfen sämtliche Rechtsvorschriften der Universitäten und ihrer Änderungen der Bestätigung durch den Senator für Wissenschaft und Kunst. Dieses Bestätigungsrecht ist nicht nur formale Überprüfung der Gesetzeskonformität, sondern gibt dem Senator weitgehende Möglichkeiten in die Hand, in die Universität einzugreifen. So hat der Senator „auch zu prüfen", ob die zu bestätigende Satzung oder Ordnung eine Regelung zur sachgemäßen Erfüllung der Aufgaben der Universität oder ihrer Organe enthält" (§ 42,1). Der Senator scheint damit selbst dem Rektor so wenig zu trauen, daß er sich über das pauschale Eingriffsrecht des Rektors hinaus (§ 6,5) vorbehält, die Art der Maßnahmen gesetzlich festzulegen und somit selbst zu bestimmen. Sollte darüber hinaus der Fall eintreten, daß eine Situation nicht schon mit den bestehenden Satzungen und Ordnungen im Sinne des Staates geklärt werden kann, so hat der Senator die Möglichkeit, die Universität über die Forderung der „Beratung von Änderungen der Satzungen und Ordnungen" ... „innerhalb von sechs Monaten" zu disziplinieren (§ 42,2).

Beispiel: Nach dem 2. Juni drohte der damalige Regierende Bürgermeister Albertz an, bei einer weiteren Verschärfung der Lage ein Gesetz zur Einrichtung von Schnellgerichten für Studenten zu schaffen.

Nach dem UGE soll nun die Universität ggf. unter dem Druck des Staates Maßnahmen in die Wege leiten.

B. Dienstaufsicht

Die Universitäten sollen Dienstherren aller ihrer Beamten und Angestellten sein. Dienstaufsicht soll ein besonderer Ausschuß haben, in dem alle Personengruppen der Universitäten vertreten sind und in dem der Vertreter der jeweils betroffenen Gruppe ein Vetorecht hat.

Die Berliner Universitäten sind zur Zeit die einzigen Hochschulen Deutschlands, die Dienstaufsicht über ihre Beamten und Angestellten haben. Diese Regelung ist zwar beibehalten worden, oberste Dienstbehörde für alle Beamten und Angestellten ist aber das Kuratorium. Abgesehen davon, daß im Kuratorium nach dem Entwurf ohnehin die staatlichen Vertreter die Mehrheit haben, ist nach § 35,2 für alle Personalentscheidungen ein Personalausschuß zuständig, in dem ein Vertreter der Universität drei staatlichen Vertretern gegenübersitzt. Darüber hinaus gibt die Stimme des Senators für Wissenschaft und Kunst als geschäftsführenden Vorsitzenden bei Stimmengleichheit den Ausschlag. Die gerichtliche Vertretung der Universität durch den Kurator in Personalangelegenheiten (§ 36) ist ein weiterer Versuch, durch Vorschieben einer der Universität zugehörigen Person, die ja staatlich kontrolliert wird, die Macht des Staates zu verschleiern.

Beispiel: Der Fall Eckardt (s. FU-SPIEGEL 60) zeigt, wie wenig Staat und Universität bereit sind, ihre Pflichten als Dienstherr bzw. Dienstaufsichtsbehörde wahrzunehmen. Weiterhin zeigt der Fall, wie sehr alle Personengruppen daran interessiert sein müssen, an der Dienstaufsicht beteiligt zu sein.

C. Berufungsverfahren

Berufungsverfahren sollen autonom durch die Universität geregelt werden. Der Staat übt auch hier nur Rechtsaufsicht aus, bei Nichtberufung liegt Rechtsbruch vor. Dem Staat gegenüber besteht nur eine Informationspflicht, so daß dieser die Einhaltung der Fristen kontrollieren kann. Das Berufungsverfahren gilt für alle Hochschullehrer und wissenschaft-

**lichen Mita
der Univer
lichen Veri
fungen eri
schreibever
Berufung
einzelnen**

Die Term
fahrens ist
in einem
geregelt, d
daß auch
wegen Err
das Freiwe
vorher bek
daß gem.
Universität
gehend, da
schaft und
geben wir
selbst eine
zu berufen.
tors für W
§ 21, 4 i
fällen „ein
vorgeschlag
rufen", ste
weitgehend
nomie der
streichen.
mäßigen P
tor für Wi
§ 21, 1 d
ist wohl
Dienstherre
Der § 21,
zes und de
gesetzentw
chend (bei

Die Verp
auszuschrei
der Studen
nach und
von Lehrm

gedeckte Vermehrung der Ausgaben nach sich ziehen, oder den Betrag von DM 100 000,— übersteigen", beschließt. Es ist zu hoffen, daß damit die außerordentlichen Haushalte der Institute und somit die Auftragsforschung einer Kontrolle unterzogen werden.

§ 32,2 muß dahin ergänzt werden, daß in dem Ausschuß für unaufschiebbare Angelegenheiten sämtliche Personengruppen vertreten sein müssen. § 32,4 ist ersatzlos zu streichen, da hier dem Kuratorium Aufgaben gegeben werden, die über die Wirtschaftsverwaltung hinausgehen und so eine inneruniversitäre Staatsaufsicht institutionalisieren. In diesem Zusammenhang ist auch einzuschränken, daß das Kuratorium andere Organe zur Behandlung von bestimmten Angelegenheiten zwingen kann (§ 13,1 u. 4). Der Bereich „bestimmter Angelegenheiten" darf den der Wirtschaftsangelegenheiten nicht überschreiten.

Die §§ 9,1, 12,1 und 33,4 sind sinngemäß dahingehend zu ändern, daß der Kurator zu Sitzungen anderer Beschlußgremien als das Kuratorium gemäß der Tagesordnung zugezogen werden k a n n.

Die Ermächtigung, gegebenenfalls die Personalentscheidungen für bestimmte Gruppen von Bediensteten selbständig zu treffen (§ 35,4), ist dem Kurator ebenfalls zu nehmen, da diese die Aufgaben der Wirtschaftsverwaltung überschreitet.

E. Studien- und Prüfungsordnungen

Zu Fragen der Studien- und Prüfungsordnungen sollen in der FU nur die Ergebnisse der Universitätskommissionen zur Studienreform gesehen werden.

Die Reglementierung des Studiums durch Studien- und Prüfungsordnungen und durch Druck auf die Studiendauer durchzieht den Gesetzentwurf in allen seinen Teilen. Hier wird besonders deutlich ein Ziel des Entwurfs sichtbar: die Rationalisierung und Effektivitätssteigerung der Universität auf den Rücken der Studenten und zum Teil auch auf Kosten der Autonomie der Universität. Senator Stein sollte wissen, daß die FU durch ihre Universitätskommission zur Studienreform die Empfehlungen des WR zur Neuordnung des Studiums kritisiert hat. Er ist auf diese Kritik nie eingegangen und will nun offensichtlich diese Empfehlungen der Universität oktroyieren.

Nach § 25, 2 sind „Studienpläne und Prüfungsordnungen für die einzelnen Studienrichtungen aufzustellen", die der Bestätigung durch den Akademischen Senat bedürfen. Nähere Bestimmungen über Studienpläne und Prüfungsordnungen enthält § 25, 1 „unter Berücksichtigung der neuesten Entwicklung der Wissenschaft ist eine möglichst gestraffte und auf das Wesentliche gerichtete Ausbildung vorzusehen, deren Abschnitte mit exemplarischen Prüfungen abschließen". § 25, 3 ermächtigt den Senator für Wissenschaft und Kunst, „in einer Rechtsverordnung verbindliche Grundsätze für die Aufstellung von Studienplänen und Prüfungsordnungen zu erlassen". Weiterhin hat der Senator für Wissenschaft und Kunst nach § 41, 7 das Bestätigungsrecht für Prüfungsordnungen, wobei wieder die Zweckmäßigkeitsaufsicht („sachgemäße Erfüllung") nach § 42 zu beachten ist. Die Fakultäten werden durch § 18, 2 verpflichtet, „die Voraussetzungen für Studiengänge und Prüfungsordnungen im Sinne des § 25" zu schaffen. Nach § 27, 3 sind die Studenten „verpflichtet, das Studium nach den Studienplänen und Prüfungsordnungen ihrer Studieneinrichtung durchzuführen".

Diese untereinander verflochtenen Bestimmungen zentralisieren die Entscheidung über Studien- und Prüfungsordnungen beim Senator für Wissenschaft und Kunst. Er erhält damit die Möglichkeit, die von den Kommissionen für Studien- und Prüfungsordnungen der Westdeutschen Rektorenkonferenz und Kultusministerkonferenz beschlossenen Rahmenordnungen und die der Empfehlungen des Wissenschaftsrates verbindlich für die Universitäten zu dekretieren.

Die Bestimmungen des § 27, 1, die zum Teil Forderungen der Studentenschaft aufgreifen (exemplarische Prüfungen), verlieren jede Relevanz, weil sie in der Konkretion nicht mehr der Entscheidung der Betroffenen unterliegen. Im übrigen wenden sich auch Teile dieser Paragraphen gegen lange erhobene Forderungen der Studenten. Die Einführung der Abschnittsgliederungen mit Zwischenprüfungen und „Ausrichtung auf das Wesentliche" entsprechen genau den Vorschlägen des Wissenschaftsrates, die von der Universitätskommission zur Studienreform kritisiert wurden. In diesem Zusammenhang muß noch die Bestimmung des § 26, 2 über Kurse in der vorlesungsfreien Zeit beachtet werden. Diese Bestimmung muß danach beurteilt werden, ob sie dazu dienen kann, die eigenverantwortliche Arbeit der Studenten auf freiwilliger Basis zu fördern. Es ist zu befürchten, daß sich der Vorschlag in das Gegenteil verkehrt, da die soziale Lage der Studenten und die offensichtlich angestrebte Effektivitätssteigerung den obigen Zielen zuwiderlaufen.

F. Studentenwerk

Das Studentenwerk soll ein eingetragener Verein sein, dessen Träger die Studentenschaft ist.

Das Studentenwerk wird, da nach § 37,2 durch Rechtsverordnung geregelt, ebenfalls vollständig der staatlichen Willkür übergeben. Man sollte hier endlich dem Bochumer Beispiel folgen und das Studentenwerk als eingetragenen Verein mehrheitlich in die Hände der Studenten geben.

G. Statistik

Die Universitäten führen nach ihrem Ermessen eine Statistik. Die Fragen einer Statistik werden von allen Personengruppen der Universität gemeinsam geregelt. Die Statistik ist öffentlich.

Sammelt der Senator alle Informationen über die Universität allein (§ 38), so verfügt er über ein Informationsmonopol, das noch dadurch potenziert wird, daß er durch Bestimmung von Methode und Gegenstand der Erhebungen die Ergebnisse beeinflussen kann. Über diesen Informationsvorsprung wird er zum allein Kompetenten mit der Möglichkeit, an den Betroffenen vorbei hochschulpolitische Konsequenzen zu ziehen.

verwaltung stellt die technokratische Variante der Universitätsverwaltung dar. Wegen der oben gezeigten Bürokratisierungsmechanismen ist es zu wenig, die Kontrollmöglichkeit auf die Abwahl allein zu beschränken. Der Uni-Präs. wird als Verwaltungsfachmann Teil der Bürokratie und entzieht sich dadurch um so mehr der akademischen Kontrolle.

C. Akademischer Senat und Senatskommissionen

Im Akademischen Senat und in den Senatskommissionen haben alle Personengruppen ein Veto. Der AS tagt als oberstes Legislativorgan der Universität öffentlich.

Der Akademische Senat wird durch seine Aufgaben in grundsätzlichen und bedeutsamen Fragen der akademischen Selbstverwaltung zu entscheiden und die Tätigkeit der akademischen Selbstverwaltung zu koordinieren (§ 11,1) oberstes beschlußfassendes Gremium der Universität bleiben. Damit wird die merkwürdige Zusammensetzung des Akademischen Senats verständlich: Die Ordinarien erhalten in jedem Falle die absolute Mehrheit.

Die Möglichkeit des Akademischen Senats, zur gütlichen Beilegung von Streitigkeiten zwischen den Mitgliedern der Körperschaft eine Schiedsordnung zu erlassen (§ 11,2), anerkennt die Tatsache, daß innerhalb der Universität unlösbare Interessenkonflikte vorhanden sind. Senator Steins D e m o k r a t i e v e r s t ä n d n i s ist aber nicht so konsequent, daß er somit die Einrichtung einer Schiedsordnung verzichten könnte. Denn dann müßte er entweder anerkennen, daß es zwischen verschiedenen Organen unlösbare Interessenkonflikte gibt, diese also widersprüchliche Meinungen vertreten, oder annehmen, daß Konflikte in rationaler Diskussion ausgetragen werden können. Stein hat außerdem, bei Anerkennung der Gleichheit der Personengruppen, im Gesetz selbst die Hierarchie der Organe erhalten. Sie ist damit wiederum nur der Versuch, die administrative Regelung von Streitigkeiten zugunsten der Ordinarien zu verschleiern.

Die Zusammensetzung der Senatskommissionen ist völlig unzureichend geregelt. Das einzige positive Moment dieser Kommissionen, die Möglichkeit der Vertretbarkeit von Personen in der im übrigen unnötigen Kommission für die vorlesungsfreie Zeit, ist beim Senat selbst bisher nicht geregelt. In dieser Kommission ist zwar zur Beschlußfassung die Anwesenheit von Vertretern der Dozentenschaft und der Studentenschaft notwendig, der akademische Mittelbau ist dagegen überhaupt nicht vertreten. Bei den übrigen Senatskommissionen ist die Repräsentation der Nichtordinarien noch unzureichender geregelt. Nur in der Kommission, die sich mit dem Stand einzelner Habilitations- und Promotionsverfahren beschäftigt, wird eine, allerdings sehr vage formulierte, angemessene Beteiligung von Dozentenschaft und Studentenschaft gefordert. Über die Zusammensetzung aller anderen Kommissionen ist nichts ausgesagt. Da der Akademische Senat den Kommissionen bestimmte Aufgaben zur selbständigen Erledigung übertragen kann (§§ 10,1 und

für Wissenschaft und Kunst nach § 41, 7 das Bestätigungsrecht für Prü-

Betroffenen vorbei hochschulpolitische Konsequenzen zu ziehen.

Dient der UGE dem Abbau hierarchischer und oligarchischer Strukturen?

Im folgenden werden alle die Passagen untersucht, die die Organisation und Verwaltung der Universität behandeln.

A. Rektor und Konrektor

Die Leitung des Wissenschaftsbetriebes ist auf allen Ebenen funktionsgleich, d. h. kollegial. Daher soll das Rektorat ein kollegiales Gremium zur Leitung der Universität nach den Richtlinien der Legislativorgane der Universität sein. Die Amtszeit des Rektors und der als Ressortcheis fungierenden Konrektoren beträgt ein Jahr.

Die Verlängerung der Amtszeit des Rektors auf drei Jahre ist abzulehnen, da seine Stellung dadurch keineswegs unabhängiger von der Bürokratie wird. Da sich aber ein Wissenschaftler nicht über eine so lange Zeit seinem Fach entziehen kann, werden möglicherweise nur noch pensionsreife Ordinarien bereit sein, für dieses Amt zu kandidieren. Durch die Wahl von Konrektoren wird unter der Voraussetzung, daß sie tatsächlich Ressortchefs sind und kollegiale Leitung vorliegt, endlich ein Rektorat geschaffen, in dem eine von der Universitätsbürokratie unabhängigere Diskussion möglich wäre. Die Chance, bereits im Rektorat die gegensätzlichen politischen Meinungen der Universität zu repräsentieren, wird allerdings durch das Wahlverfahren der Konrektoren (§ 11,3) vertan. Das Rektorat bleibt durch den Wahlmodus des Rektors (§ 12,2) auch weiterhin einseitig die Interessenvertretung der Ordinarien.

Der Rektor erhält unbegrenzte Notstandsbefugnisse (§ 6,5), die dazu dienen sollen, alle Konflikte reibungslos und administrativ zu lösen. Dazu erhält er Rechte, die bisher nicht einmal der Senator für Wissenschaft und Kunst hatte. Damit der Rektor diese Rechte voll ausschöpfen kann, wird unter den Organen eine Hierarchie eingeführt (§ 6,5). Diese wird verfestigt dadurch, daß ihm größtmöglichste Information gegeben wird, indem der Rektor in allen Organen der Universität, der Studentischen Selbstverwaltung und den Abteilungsvertretungen, soweit er nicht ohnehin Mitglied ist, die Stellung eines beratenden Mitglieds erhält (§ 6,3). Dazu kommen noch ein Hausrecht und eine Ordnungsgewalt, die nur durch die Ordinarien qua Satzung eingeschränkt werden können (§ 6,4).

Diesen Machtbefugnissen stehen nahezu keine Kontrollmöglichkeiten gegenüber. So gibt es keine Möglichkeit, dem Rektor Anweisungen oder Richtlinien für seine Arbeit zu geben. Das Konzil kann ihn zur erstmaligen oder erneuten Prüfung von Universitätsangelegenheiten auffordern. (§ 13,2). Verstößt es aber gegen seine Pflichten, den jährlichen Rechenschaftsbericht des Rektors zu billigen. so kann der Rektor es auflösen

B. Der Universitätspräsident und der Vizepräsident

Die Möglichkeit, statt der Rektoratsverfassung eine Präsidialverfassung zu wählen, entspricht der Möglichkeit, die akademische Verwaltung vollständig zu bürokratisieren. Die Präsidial-

Herausgeber: Allgemeiner Studentenausschuß der Freien Universität Berlin
Druck: Erich Lezinsky Verlag und Buchdruckerei GmbH, 1 Berlin 20

nat den Kommissionen bestimmte Aufgaben zur selbständigen Erledigung übertragen kann (§§ 10,1 und 10,2), kann die Beteiligung von Nichtordinarien an bestimmten Entscheidungsprozessen vollständig ausgeschaltet werden. Die Senatskommissionen können also, wenn es nach Senator Stein geht, auch weiterhin als Entscheidungsgremien ohne Beteiligung aller Personengruppen mißbraucht werden, anstatt Expertengremien zur Willensbildung in der Universität zu sein.

Beispiel: Der Akademische Senat hat den Rechtsausschuß mit der Ausarbeitung des jetzt vorliegenden Universitätsordnungsentwurfs beauftragt. In diesem Ausschuß sitzt, im Gegensatz zu dem kompetenteren Verfassungsausschuß, kein Student.

D. Das Konzil

Bei der Zusammensetzung des Konzils zeigt sich deutlich die Unsinnigkeit der Aufsplitterung der Interessengruppen (Ordinarienschaft, Dozentenschaft, Vereinigung der Lehrbeauftragten und Lektoren, Vereinigung der Akademischen Räte, Assistentenschaft, Studentenschaft). Außer der Ordinarienschaft ist keine Personengruppe allein in der Lage, das Konzil einzuberufen (§ 12,4) oder auch nur einen Tagesordnungspunkt auf die Tagesordnung zu setzen. Die Nichtordinarien haben zwar immerhin die Hälfte der Stimmen (§ 12,1), dies aber nur so lange, wie keine wesentlichen Entscheidungen gefaßt werden. Bei Personalentscheidungen wird das Konzil funktionslos, da dann etwa 200 Ordinarien 60 Nichtordinarien gegenüberstehen (§ 6,1). Ein Konzil, das nur Rechenschaftsberichte zu billigen hat (§§ 13, 1,3), Satzungen billigen muß, das nur einen eingeengten Kreis von Antragstellern hat, und das nur andere Organe zur Prüfung von Universitätsangelegenheiten auffordern kann (§ 13,2), das aber selbst keine rechtsetzende Wirkung hat, ist nicht einmal als Diskussionsgremium geeignet und daher abzulehnen.

04.12.1967:
Der Republikanische Club Berlin e.V. gibt ein Flugblatt "Aufforderung" heraus, mit dem Aufruf zur öffentlichen Versteigerung der Gänsefüßchen der DDR am 16.12.1967.
Q: RC: Aufforderung, Berlin 4.12.1967

ÖFFENTLICHE VERSTEIGERUNG
der
Gänsefüßchen

Am kommenden Sonnabend, dem 16. Dezember 1967, zwischen 12 und 18 Uhr, auf dem

KURFÜRSTENDAMM

werden die sogenannten Gänsefüßchen der altdeutschen Politik öffentlich und unter Beteiligung möglichst vieler Bürger dieser Stadt versteigert. Alle Teilnehmer steigern sich dabei in die Forderung nach der

Anerkennung der beiden deutschen Staaten

Da der eine deutsche Staat bereits hinreichend anerkannt wird, handelt es sich vor allem noch um die

ANERKENNUNG der DDR

- Diskussion
- Flugblattverteilung
- Verkauf der Anerkennungs-Plaketten
- Unterschriftensammlung für die DDR-Anerkennung

Republikanischer Club e. V. Berlin

1 Berlin 15, Wielandstraße 27 (II. Etage) Telefon 8834075/76

Postscheckkonto
Berlin West 194156

Berlin, den 4. 12. 1967

Aufforderung

Es wird zu Weihnachten und Neujahr wieder keine Passierscheine geben. Das ist nicht allein die Schuld der anderen Seite. Statt mit der längst überfälligen Neuorientierung der Ostpolitik zu beginnen, flüchten der Regierende Bürgermeister und seine Senatoren in großsprecherische Demagogie, die die Stadt und ihre Bürger nur noch tiefer in die politische Sackgasse führt. Man mogelt sich immer noch um das für Westberlin entscheidende Problem herum. Es heißt: Anerkennung der DDR.

Die Zeit ist reif, daß die denkenden Bürger unserer Stadt sich zu Wort melden. Der Vorstand des Republikanischen Clubs fordert alle Verbände der Außerparlamentarischen Opposition auf, sich am Sonnabend, dem 16. Dezember 1967, zwischen 12 und 18 Uhr am Kurfürstendamm einzufinden und mit den Bürgern zu diskutieren.

Republikanischer Club e. V.

(Dr. Klaus Meschkat)
1. Vorsitzender

04.12.1967:
An der FU Berlin erscheinen die 'Nachrichten aus dem Konvent' mit der Mißbilligung des Verhaltens von Prof. Löwenthal am 21.11.1967 durch das Studentenparlament.
Q: FU: Nachrichten aus dem Konvent, O. O. (Berlin) 4.12.1967

E8702

NACHRICHTEN AUS DEM KONVENT

Auf seiner 11. (o.) Sitzung faßte der Konvent folgende Beschlüsse:

Antrag Wiesand/Sommer/

Der Konvent mißbilligt schärfstens das Verhalten von Prof.Löwenthal auf der Vollversammlung der Fachschaft des OSI am 23.11.67.

Zur Frage eines Lehrauftrages für Prof.Gottschalch (PH) zum Themenkreis "Politische Pädagogik" hatte Herr Löwenthal geäußert, er sei aus politischen Gründen gegen diesen Lehrauftrag, da Herr Prof. Gottschalch 'nicht auf dem Boden der freiheitlich demokratischen Grundordnung' stehe.

Der Konvent sieht in den Äußerungen Löwenthals nicht nur eine persönliche Verleumdung des Betroffenen, die ihre besondere Bedeutung durch die Tatsache erhält, daß gegen Prof.Gottschalch seit einem halben Jahr ein Disziplinarverfahren läuft, sondern reiht sie ein in die Kampagne, die in Berlin gegen progressive Gruppen und Personen geführt wird, die sich dem Herrschaftsanspruch der Bürokratie widersetzen.

Der Konvent fordert Prof.Löwenthal auf, bis zur nächsten Konventssitzung seine Äußerungen zurückzunehmen. Andernfalls wird sich der Konvent überlegen, welche Schritte er in dieser Sache unternehmen wi

Der Konvent entschließt sich mit 2/3 Mehrheit für eine namentliche Abstimmung, nachdem geheime Abstimmung gefordert ist.

Für den Antrag stimmten:
Börnsen, v.Braunbehrens, Czeskleba, Fassbinder, U.Fischer, Lefèvre, Meuschel, Pfafferberger, v.Saalfeld, Schwenk, Slesina, Sommer, Wiesand, Zinser, Gross, Richter, Sedlmaier, Grzimek, Hasselbring, Herterich, Plagemann, Ziesing, Lüders, Neumann, Hampel, Hackelberg, Siebert

Mit nein stimmten:
W.Fischer, Graudenz, Paulsen, Kawerau, Börgel, Rininsland, Wagner, Bruss, Junne, Jacobs, Klaus, Erdmann, Diener

Es enthielten sich:
Döring und Hedderich

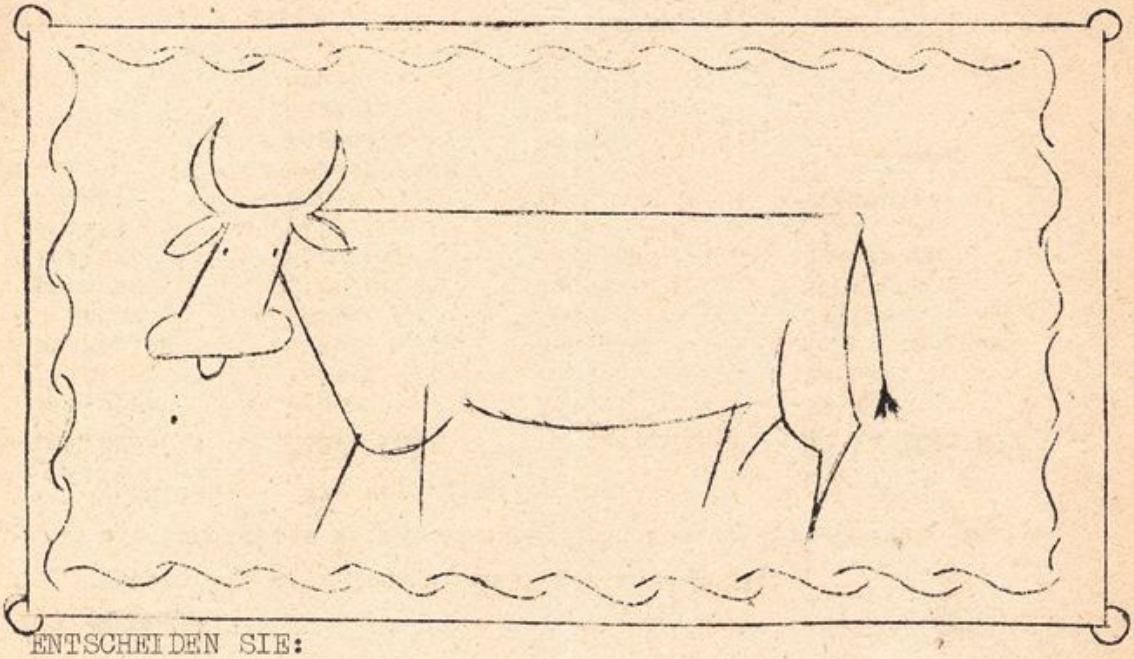
Antrag Graudenz:

Der AStA wird wegen der versuchten und z.T. geglückten Manipulation auf der Vollversammlung am Montag, dem 27.11.67, im Audi max, schärfstens gerügt. Der Konvent ist bestürzt über dies undemokratische Verhalten der von ihm gewählten und ihm verantwortlichen Exekutive.

4.Dez.1967

04.12.1967:
An der FU Berlin geben Peter Dieterich und Wolfgang Karcher vermutlich Anfang dieser Woche ein Flugblatt gegen den RCDS heraus.
Q: Dieterich, P. / Karcher, W.: Seien Sie kein, O. O. (Berlin) O. J. (1967)

SEIEN SIE KEIN



ENTSCHEIDEN SIE:

Studentenvertreter oder Parteifunktionäre

SEHEN SIE NICHT ROT, NICHT SCHWARZ - SONDERN KLAR !!

Bisher:

Oben buckeln - RCDS-AStA gibt Rechte der Studentenschaft auf (Universitätsordnung)

Unten treten - Andersdenkende werden diffamiert (RCDS-Hochschulech

RCDS-AStA ohne eigene Meinung:

Wenn Sie wissen wollen, wo wir stehen, orientieren Sie sich an der Partei (Goosmann)

Wir stellen fest:

Gründergeist der FU in Gefahr!
Erzwingen die schlagenden Verbindungen ihre Anerkennung?

Genug der Versprechungen - endlich durchgreifen:
60 000.- DM Mensagelder liegen brach. Wie lange noch?

Der Konvent ist nicht Forum einer politisierten Minderheit, sondern für alle Studenten da !

N E H M E N S I E I H R E R E C H T E W A H R ! !

WÄHLEN SIE AUF JEDEN FALL DER ASTA IST FÜR ALLE DA !

Verantwortlich: Peter Dieterich und Wolfgang Karcher

04.12.1967:
An der FU Berlin gibt die Initiative Junger Studenten (IJS) vermutlich Anfang dieser Woche ein Flugblatt "Gehen auch Sie zur Wahl…" heraus, das zur Stimmabgabe gegen die Kritische Universität (KU) sowie für die Aktion 20,. Konvent oder die VAFU auffordert.
Q: IJS: Gehen auch Sie zur Wahl…, Berlin O. J. (1967)

7.12.67 Foto 2

Gehen auch Sie zur Wahl...

... auch wenn Sie bisher die Konventswahlen ignoriert haben sollten. Ihrer Unzufriedenheit mit der bisherigen einseitigen Zusammensetzung von Konvent und AStA können Sie nur Gehör verschaffen, wenn Sie gezielte Wahlentscheidungen treffen. - Nach eingehender Prüfung der Kandidaten und Programme aller Gruppierungen können wir Ihnen nur die Bewerber der "Vereinigten Arbeitsgemeinschaften" (VA FU) und der "Aktion 20. Konvent", sowie einige echt unabhängige Kandidaten empfehlen.

Die Wahl dieser Kandidaten garantiert, daß sich eine Konventsmehrheit im Bereich der politischen Mitte ergeben wird, das heißt ...

+ Reformierung und Demokratisierung der Freien Universität, nicht aber Revolutionierung mit einseitiger politischer Zielsetzung
+ eine kritische Freie Universität, nicht aber eine dogmatische "Kritische Universität"
+ echte Diskussionen im Konvent, nicht aber spektakuläre politische Beschlüsse ohne Berücksichtigung der Berliner Wirklichkeit
+ Hochschul- und Studienreform auf breiter Basis, nicht aber Mißbrauch der Hochschulpolitik für generelle Umsturzversuche

Phil.Fak.

Dickmann, Elisabeth
Dreyer, Ingrid
Düwal, Eckard
Förschler, Albrecht
Garnatz, Klaus
Gessinger, Joachim
Glodde, Rudolf
Gramatzki, Peter
Haberl, Othmar N.
Kempe, Martin
Lange, Rolf-Peter
Lüdcke, Klaus
Petersen, Til
Philipp, Peter-A.
Popp, Wolfgang
Rosumek, Peter
Schmölders, Claudia
Schönherr, Klaus-P.
Steinmüller, Ulrich
Werner, Marion

WiSo.Fak.

Arend, Peter
Birkigt, Jürgen
Engel, Frank Michael
Engel, Norbert
Härdtl, Wighard
Helt, Dieter van
Kittner, Ekkehard
Koch, Ute
Kläffling, Bernd
Müller, Hans-Günter
Schmahl, Hans-L.
Schmitt, Ulrich-M.
Stolzenberg, Bruno
Stransfeld, Reinhard

Jur.Fak.

Bruss, Isa
Eckervogt, Norbert
Ennker, Benno
Flügge, Christoph
Franck, Hans-Gerhard
Grasser, Ulrich
Hackel, Wolfgang
Runge, Jürgen-Bernd
Toepffer, Friedrich
Troppenz, Uwe-M.
Trott, Jost von

Med.Fak.

Beckmann, Ulrich
Diehl, Hans-Jürgen
Epping, Johannes
Frenzel, Jan Günter
Grochtmann, Alexande
Haller, Heinz-Ludwig
Heidrowski, Hartmut
Huhndt, Antje
Markschiess, Axel
Rau, Wigbert
Schilling, Volker
Siepmann, Franz-J.
Zander, Hartmut

Math.nat.Fak.

Foof, Michael
Graudenz, Eckhard
Holzmann, Gerhard
Müller, Dietrich O.
Müller, Paul
Nebe, Johannes
Petermann, Joachim
Schaefer, Gerhard

Zur Urabstimmungs-Frage empfehlen wir: Stimmenthaltung oder NEIN!

INITIATIVE JUNGER STUDENTEN - 1 Berlin 61 - Postfach 477
12/67

04.12.1967:
An der FU Berlin werden vermutlich in dieser Woche Werbezettel für das Buch "Die Revolte der Studenten" von Kai Herrmann bzw. für 'Die Zeit' verteilt.
Q: N. N.: Die Revolte der Studenten, O. O. O. J. (1967)

DIE ZEIT BÜCHER

Wegner

Kai Hermann

Die Revolte der Studenten

Eine kritische Analyse

Ursachen und Parallelen

Aus dem Inhalt:

Die Schlacht vor der Oper

Die Geschichte der FU

Die studentisch Opposition

Von Berkeley bis Berlin

Der Aufstand gegen den Liberalismus

Chancen und Gefahren

Dokumentation

neu bei

Wegner

Paperback DM 7,80

Wer ist am Drücker?

Eine ZEIT-Untersuchung über Establishment und Rebellion in der modernen Gesellschaft

Überall gibt es derzeit einen Aufstand gegen die herrschende Ordnung. Das wirft die Fragen auf: Wer gehört eigentlich zum Establishment? Warum wird rebelliert? Ist unsere Demokratie noch zeitgemäß?
Antworten hierauf gibt jetzt die ZEIT in einer großen Serie.

DIE ZEIT
WOCHENZEITUNG FÜR POLITIK · WIRTSCHAFT · HANDEL UND KULTUR

Diese Woche: Der bekannte amerikanische Leitartikler Joseph Kraft analysiert die Verhältnisse in Amerika.

04.12.1967:
An der FU Berlin lud die Berliner Burschenschaft Thuringia für heute und morgen ein zur Diskussion mit ihren Kandidaten zum Konvent.
Q: Berliner Burschenschaft Thuringia: Wissen Sie…, Berlin O. J. (1967)

Eotoz

1.12.68

Wissen Sie,

daß die Organisation unserer Burschenschaft rein demokratisch ist, also

Beschlüsse stets Mehrheitsbeschlüsse sind;
der Vorstand aus eigenen Reihen gewählt und kritisiert wird und abgewählt werden kann;
und die Alten Herren nur beratende Stimme haben?

daß wir deshalb zu verantwortungsvollem Denken und selbständiger Arbeit hinführen

durch freie Rede
durch regelmäßige politische und wissenschaftliche Informations- und Diskussionsabende
durch Anleitung zum geordneten Studium?

daß sich hieraus unsere Aufgaben ableiten, nämlich

die Mitarbeit des einzelnen in studentischer Selbstverwaltung
und die Tätigkeit in freigewählten politischen Gremien?

daß dies alles eingerahmt wird durch

kulturelle, gesellschaftliche, sportliche und gesellige Veranstaltungen,

und durch eine lebenslange Freundschaft getragen wird.

Berliner Burschenschaft Thuringia
1 Berlin 37, Dubrowstraße 5 · Telefon 84 73 45

→ b. w

Berliner Burschenschaft Thuringia 1 Berlin 37, Dubrowstr. 5 (847345)

Liebe Kommilitonin, lieber Kommilitone!

Nach dem Willen der jetzigen Studentenvertretung soll die Universität Ausgangspunkt eines Klassenkampfes werden. Bevor Sie für oder gegen das uneingeschränkte politische Mandat Stellung nehmen, prüfen Sie, ob Sie den jetzigen Kurs der Studentenvertretung unterstützen können.

1. Bei den Befürwortern dieses Mandats ist zwar der Wunsch zur Aktion zu verspüren, die politische Verantwortung Ihrer Schritte gegenüber der studentischen Öffentlichkeit ist nicht mehr vorhanden.

2. Jeder Student hat als Staatsbürger und Mitglied unserer Gesellschaft die Pflicht, sein politisches Mandat auszuüben. Aufgabe der Universität ist es, neben dem Fachwissen verantwortungsbewußtes, kritisches Denken und Handeln zu vermitteln. Die jetzige Form der Ausübung des politischen Mandats opfert die sachliche Auseinandersetzung einer politisch einseitigen, emotionell ausgerichteten Argumentation.

3. Mit der Ausübung des uneingeschränkten politischen Mandats muß ein reines Listenwahlrecht (oder Parteien-) einhergehen. Das würde bedeuten, daß einzelne Fakultäten nicht mehr oder nicht ausreichend vertreten wären und damit die Fachschaftsarbeit völlig zum Erliegen kommt. Das Studentenparlament würde zu einem Ort der politischen Anmaßung und keinen Bezug mehr zu spezifisch studentischen Problemen haben.
Wenn sie Ihre politische Verantwortung nicht verlieren wollen, müßten Sie die Zwangsmitgliedschaft aufkündigen. Aber nur die Zwangsmitgliedschaft kann die Gewähr dafür bieten, daß Ihre Interessen mit dem nötigen Nachdruck vertreten werden können, und nur die Arbeit der fachbezogenen Studienkommission ermöglicht eine Studienreform für die direkt betroffenen Studenten.

Wollen Sie, daß Ihre politische Meinung vergewaltigt wird und Ihre studentischen Belange vernachlässigt werden?
Wollen Sie die Auflösung der Zwangsmitgliedschaft und damit die Zersplitterung der Studentenschaft fördern?
Wir wollen beides nicht!
Wählen Sie die Kandidaten der gemäßigten Richtung!
Diskutieren Sie mit uns und unseren Kandidaten über studentische Probleme und die außerparlamentarische Position am 4. oder 5. Dezember (2o Uhr) auf unserem Haus.
Sie erreichen uns: U-Bahn, Krumme Lanke; S-Bahn, Lindenthaler Allee; Busse A 3 und A 53, Mexikoplatz

04.12.1967:
An der Math.-Nat. Fak der FU Berlin erscheint vermutlich Anfang dieser Woche ein Flugblatt "Wählen Sie Kandidaten, die eine experimentelle Studienreform unterstützen!".
Q: Damerow, P. et al.: Wählen Sie Kandidaten, die eine experimentelle Studienreform unterstützen!, O. O. (Berlin) O. J. (1967)

7.12.67 Foto 2

Gehen auch Sie zur Wahl...

... auch wenn Sie bisher die Konventswahlen ignoriert haben sollten. Ihrer Unzufriedenheit mit der bisherigen einseitigen Zusammensetzung von Konvent und AStA können Sie nur Gehör verschaffen, wenn Sie gezielte Wahlentscheidungen treffen. - Nach eingehender Prüfung der Kandidaten und Programme aller Gruppierungen können wir Ihnen nur die Bewerber der "Vereinigten Arbeitsgemeinschaften" (VA FU) und der "Aktion 20. Konvent", sowie einige echt unabhängige Kandidaten empfehlen.

Die Wahl dieser Kandidaten garantiert, daß sich eine Konventsmehrheit im Bereich der politischen Mitte ergeben wird, das heißt ...

+ Reformierung und Demokratisierung der Freien Universität, nicht aber Revolutionierung mit einseitiger politischer Zielsetzung
+ eine kritische Freie Universität, nicht aber eine dogmatische "Kritische Universität"
+ echte Diskussionen im Konvent, nicht aber spektakuläre politische Beschlüsse ohne Berücksichtigung der Berliner Wirklichkeit
+ Hochschul- und Studienreform auf breiter Basis, nicht aber Mißbrauch der Hochschulpolitik für generelle Umsturzversuche

Phil.Fak.

Dickmann, Elisabeth
Dreyer, Ingrid
Düwal, Eckard
Förschler, Albrecht
Garnatz, Klaus
Gessinger, Joachim
Glodde, Rudolf
Gramatzki, Peter
Haberl, Othmar N.
Kempe, Martin
Lange, Rolf-Peter
Lüdcke, Klaus
Petersen, Til
Philipp, Peter-A.
Popp, Wolfgang
Rosumek, Peter
Schmölders, Claudia
Schönherr, Klaus-P.
Steinmüller, Ulrich
Werner, Marion

WiSo.Fak.

Arend, Peter
Birkigt, Jürgen
Engel, Frank Michael
Engel, Norbert
Härdtl, Wighard
Helt, Dieter van
Kittner, Ekkehard
Koch, Ute
Kläffling, Bernd
Müller, Hans-Günter
Schmahl, Hans-L.
Schmitt, Ulrich-M.
Stolzenberg, Bruno
Stransfeld, Reinhard

Jur.Fak.

Bruss, Isa
Eckervogt, Norbert
Ennker, Benno
Flügge, Christoph
Franck, Hans-Gerhard
Grasser, Ulrich
Hackel, Wolfgang
Runge, Jürgen-Bernd
Toepffer, Friedrich
Troppenz, Uwe-M.
Trott, Jost von

Med.Fak.

Beckmann, Ulrich
Diehl, Hans-Jürgen
Epping, Johannes
Frenzel, Jan Günter
Grochtmann, Alexande
Haller, Heinz-Ludwig
Heidrowski, Hartmut
Huhndt, Antje
Markschiess, Axel
Rau, Wigbert
Schilling, Volker
Siepmann, Franz-J.
Zander, Hartmut

Math.nat.Fak.

Foof, Michael
Graudenz, Eckhard
Holzmann, Gerhard
Müller, Dietrich O.
Müller, Paul
Nebe, Johannes
Petermann, Joachim
Schaefer, Gerhard

Zur Urabstimmungs-Frage empfehlen wir: Stimmenthaltung oder NEIN!

INITIATIVE JUNGER STUDENTEN - 1 Berlin 61 - Postfach 477
12/67

04.12.1967:
An der Math.-Nat. Fak der FU Berlin erscheint vermutlich Anfang dieser Woche ein Flugblatt "Wir empfehlen fortschrittliche Kandidaten".
Q: Jannsen, S. et al.: Wir empfehlen fortschrittliche Kandidaten, O. O. (Berlin) O. J. (1967)

WIR EMPFEHLEN

FORTSCHRITTLICHE KANDIDATEN

~6.12.67

ooo die konzeptionen haben,

ooo die Reformmodelle erarbeiten und durchsetzen,

ooo die überzeugt sind, daß Reformen auch durchgeführt werden müssen und nicht nur proklamiert werden,

ooo die zum Teil schon bewiesen haben, daß sie die Interessen der Studenten vertreten,

ooo die überzeugt sind, daß die studentische Öffentlichkeit in den Meinungsbildungsprozeß einbezogen werden muß und deshalb die Öffentlichkeitsarbeit intensivieren wo[illegible]

ooo die nicht progressive Lippenbekenntnisse abgeben, sondern progressiv denken und handeln,

ooo die analysieren und ihr handeln rational begründen können.

Aus diesen Gründen empfehlen wir Ihnen die folgenden Kandidaten:

Alf Hamann	[illegible] Muthmann
Holger Grave	Mechthild Noblé
Horst-Eckart Gross	Joachim Schapitz
Peter Jahn	Wolfgang Schweiger
Franz Lagodzinski	Erich Stasch
Günter Meyer	Norman Stenschke
Jörg-Detlef Müller	

gez. Sigrid Jannsen (Math.-Nat.Fakultätssprecherin 1960, stud. Mitglied der Studienreformkomm.Biologie 1967)

gez. Gert Jannsen (Math.-Nat.Fakultätssprecher 1962, Ältester der Math.-Nat. Fak. 1963,2Konventspräsident 62)

gez. Reinhard Brettel (Math.-Nat. Fakultätss[illegible]echer 1964, Ältester der Math.-Nat. Fakultät[illegible]

gez. Frauke Hansen (Math.-Nat. Fakultätssprecherin 1965, AStA-Hochschulreferent 1964)

gez. Peter Plath (MAth. Nat. Fak. Ältester 1964)

gez. Jürgen Heinrich (AStA-Hochschulreferent 1965, Math.-Nat.'Ältester 1966)

gez. Peter Damerow (2.AStA-Vorsitzender [illegible] Ältester Math.-Nat.67, 1.Vorsitzender des Hochschulausschusses des Verbandes Deutscher Studentenschaften 1966/67)

gez. Lothar Sack (stud.Mitglied der Studienreformkommissionen der Math.-Nat. Fakultät und des Faches Physik 66/

H.NAT.FAK. MATH.-NAT.FAK. MATH.-NAT.FAK. MATH.-NAT.FAK. MATH.NAT.FAK. MNF

04.12.1967:
An der Math.-Nat. Fak der FU Berlin erscheint vermutlich Anfang dieser Woche ein Flugblatt "Für erfolgreiche Politik!".
Q: Brettel, R. et al.: Für erfolgreiche Politik!, O. O. (Berlin) O. J. (1967)

0 8. DEZ. 19

MATH.NAT.MATH.NAT.MATH.NAT.MATH.NAT.MATH.MATH.NAT.MATH.NAT.MATH.NAT.MATH.NAT.MATH.

FÜR ERFOLGREICHE POLITIK !

Seit Jahrzehnten versuchte die Studentenvertretung in "sachlicher" Arbeit", d.h. hinter verschlossenen Türen akademischer Gremien, die Interessen der Studenten zu vertreten. Die Masse der Studenten erfuhr weder, welche fortschrittlichen Reformkonzepte für eine neue Universität und für ein sinnvolles Studium von ihrer Vertretung vorgelegt worden waren, noch wie unbekümmert diese von der akademischen Seite übersehen und mit fadenscheinigen Argumenten beiseite geschoben wurden.

Erst als man den Weg in die Öffentlichkeit antrat, als immer größere Massen von Studenten sich aktiv beteiligten, als die akademische Seite sehen mußte, wie sich bei immer größeren Teilen der Studentenschaft ein kritisches Bewußtsein bildete, das auch die Notwendigkeit von Aktionen wie sit-ins klar erkannt hatte, da erst war man zu Konzessionen bereit und ging auf die Forderungen der Studentenschaft ein.

G L A U B E N S I E N I C H T, daß jetzt alles von selber läuft.

Deshalb müssen A U C H S I E wählen.

Aber: L A S S E N S I E S I C H N I C H T einreden, daß Korporierte (die sich jetzt "Vafu" nennen, damit es nicht so auffällt) Ihre Forderung nach Demokratisierung der Hochschule am besten vertreten!

L A S S E N S I E S I C H N I C H T von "Aktionen" und "Arbeitsgemeinschaften" übertölpeln, die sich mit scheinbar progressiven Slogans umnebeln, um dahinter Abhängigkeit und Konzeptlosigkeit zu verbergen!

W Ä H L E N S I E Kandidaten, die mit klaren Vorstellungen eine Fortsetzung der erfolgreichen Politik der Studentenvertretung der letzten Jahre garantieren, die z.T. schon bewiesen haben, daß sie sachlich und engagiert arbeitend die Interessen der Studentenschaft vertreten.

W Ä H L E N S I E :

Holger Grave	Joh.Wolfg.Landsberg	Jörg-Detlev Müller
Alf Hamann	Gunter Meyer	Wolfgang Schweiger
Horst-Eckart Gross	Heide Muthmann	Reinhard Selka
Peter Jahn	Mechthild Noblé	Erich Stasch
Franz Lagodzinski	Joachim Schapitz	Norman Stenschke

Kreuzen Sie 13 dieser 15 Kandidaten an! Stimmen Sie mit J A für die K U !

gez. Reinhard Brettel, Peter Damerow, Klaus Freudenthal, Frauke Hansen, Jürgen Heinrich, Peter Plath, Lothar Sack, Bernd Richter

04.12.1967:
An der Math.-Nat. Fak der FU Berlin erscheint vermutlich Anfang dieser Woche ein Flugblatt "Wir empfehlen fortschrittliche Kandidaten".
Q: Brettel, R. et al.: Wir empfehlen fortschrittliche Kandidaten, O. O. (Berlin) O. J. (1967)

7.12.67 E0702

MATH.-NAT. FAK. MATH.-NAT. FAK. MATH.-NAT. FAK. MATH.-NAT. FAK. MATH.-NAT.F

Wir empfehlen

F O R T S C H R I T T L I C H E K A N D I D A T E N

*** die Konzeptionen haben,

*** die Reformmodelle erarbeiten und durchsetzen,

*** die überzeugt sind, daß Reformen auch durchgeführt werden müssen und nicht nur proklamiert werden,

*** die z.T. schon bewiesen haben, daß sie die Interessen der Studenten vertreten,

*** die überzeugt sind, daß die studentische Öffentlichkeit in den Meinungsbildungsprozeß einbezogen werden muß und deshalb die Öffentlichkeitsarbeit intensivieren wollen,

*** die nicht progressive Lippenbekenntnisse abgeben, sondern progressiv denken und handeln,

*** die analysieren und ihr Handeln rational begründen können.

Aus diesen Gründen empfehlen wir Ihnen folgende Kandidaten:

Alf Hamann	Heike Muthmann
Holger Grave	Mechthild Noblé
Horst-Eckart Gross	Joachim Schapitz
Peter Jahn	Wolfgang Schweiger
Franz Lagodzinski	Erich Stasch
Gunter Meyer	Norman Stenschke

Jörg-Detlev Müller

gez. Reinhard Brettel	Fakultätssprecher Math.-Nat.Fak. 1964 Ältester der Math.-Nat. Fak. 1965
gez. Peter Damerow	2.AStA-Vorsitzender 1965 Senatssprecher 1967 1. Vorsitzender des Hochschulausschußes d Verbandes Deutscher Studentenschaften 196
gez. Frauke Hansen	Fakultätssprecherin Math.-Nat.Fak. 1965
gez. Jürgen Heinrich	AStA-Hochschulreferent 1965 Ältester der Math.-Nat.Fak. 1966
gez. Gert Jannsen	Fakultätssprecher Math.-Nat.Fak. 1962 2.Konventsvorsitzender 1962 Ältester der Math.-Nat.Fak. 1963
gez. Sigrid Jannsen	Fakultätssprecherin Math.-Nat.Fak. 1960 Stud. Mitglied der Studienreformkommissio Biologie 1967
gez. Peter Plath	Ältester der Math.-Nat.Fak. 1964
gez. Lothar Sack	Stud. Mitglied der Studienreformkommissio Physik und der Math.-Nat.Fak. 1967

MATH.-NAT.FAK. MATH.-NAT.FAK. MATH.-NAT.FAK. MATH.-NAT.FAK. MATH.-NAT.FAK. M

04.12.1967:
An der Mathematisch Naturwissenschaftlichen Fakultät der FU Berlin ruft die Studentenvertretung mit einem Flugblatt zur Vollversammlung zur Kritischen Universität (KU) von 10 bis 12 Uhr auf, die gemeinsam mit der Phil Fak stattfinden soll sowie zur Wahlvollversammlung ab 15 Uhr und zum Offenen Abend Physik ab 20 Uhr in der ESG in der Gelfertstraße.
Q: FU-SV Math-Nat. Fak: Montag, O. O. (Berlin) O. J. (1967)

Erk

ath..nat..math.nat..math..nat..math.nat..math.nat..math.nat.math.nat..math.n

4.12.

4.Dezember 1967

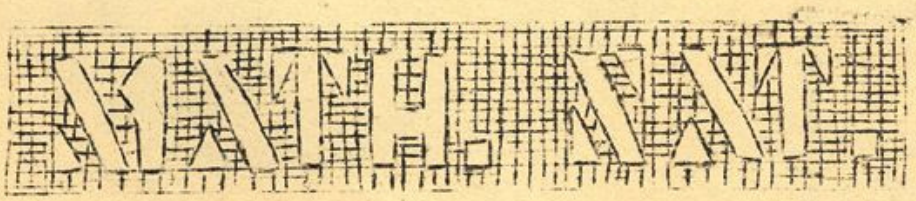
MONTAG

findet

1..-von 10.oo-12.oo Uhr im Auditorium Maximum (HFB) eine Vollver-
sammlung der MATH.-NAT. und der Philosophischen Fakultät zur
Urabstimmung statt.
"Urabstimmungsfrage:
Billigen Sie die Entscheidung der Studentenvertretung der Frei
Universität, zusammen mit den anderen Studentenvertretungen We
Berlins sich an der Organisation der Kritischen Universität -
Freie Studienorganisation der Studenten in den Hoch- und Fach-
schulen von West-Berlin - in der Weise zu beteiligen, wie es d
Organisationsstatut der KU (verabschiedet auf der Gründungsver
sammlung vom 1.Nov.1967)vorsieht, wobei keine Mittel aus dem
laufenden Haushalt der Studentenvertretung als Zuschüsse an di
KU verwendet werden?
Ja Nein "

2..-ab 15 .oo Uhr im Großen Hörsaal des I.Zoologischen Instituts,
Königin-Luise-Str.1-3 eine Vollversammlung unserer Fakultät
und eine Wahlvollversammlung auf der sich die MATH.-NAT.-Kan-
didaten für den 20.Konvent vorstellen, statt.

gez. Hans Gellhardt
-Wahlkreisleiter Math.-Nat.Fak.-



bitte wenden!

th.nat..math.nat..math.nat..math.nat.. math.nat..math.nat..math.nat..math.na

AN NATURWISSENSCHAFTLER

UND ALLE ANDEREN BESONDERS:

Neumitglieder

mittlere Jahrgänge

ALTSEMESTER (auch mit kind)

OFFENER ABEND PHYSIK ! ! ! ! ! !

Studienreform mit Inhalt !

ABER BESONDERS STUDIENREFORM

objektiv !

wertfrei !

sachlich !

Für Alle

Montag 4.12. 20.00 Uhr großer Saal der Evang. Studentengemeinde ESG Gelfertstr. 45 (Nähe Ihnestr.)

Studenten vertr. der Mathematisch Naturwissenschaftlichen Fakultät
verantwortlich: Erich Stasch

Bitte wenden

04.12.1967:
An der FU Berlin wird eingeladen zum Offenen Abend Physik u.a. zur Kritischen Universität (KU) und zur Studienreform in der ESG in der Gelfertstr. 45.
Aufgerufen wurde auch von der Studentenvertretung der Math.-Nat. Fak.
Q: FU-SV Math.-Nat Fak: Nikoluas, O. O: (Berlin) O. J: (1967); Stasch, E.: Physik, O. O. (Berlin) O. J. (1967)

Eotsz
4.12.0

Physik

heute

Mo. 20°°

ESG

Gelfert str.
45

Verantwortlich:
Math. Nat. Fak.

E R I C H
S T A S C H

[illegible]R ABEND PHYSIK

Studienreform Physik

[illegible]itische Universität und Physik

Professorenkennenlernen

Essen und Trinken

[illegible]s sprechen:

Jörn B l e c k (Ass.)
Dr. Frydriych
Prof. Lindenberger
Lothar Sack (Ass.)
Dr. Simonsohn
Erich Stasch (Fachschaftsleiter)

E0702

nikolaus

Am Mittwoch ist .

Wichtiger jedoch ist der OFFENE ABEND PHYSIK

am MONTAG (4.12) um 20.00 Uhr s.t. im großen Saal der

evangelischen Studentengemeinde ESG Gelfertstr. 45 ✧

Die Studienreformkommission stellt ihre vergangene Arbeit dar

und bespricht mit Ihnen das zukünftige Programm.

ÖFFENTLICHKEIT ÖFFENTLICHKEIT ÖFFENTLICHKEIT ÖFFENTLICHKEIT ÖFFENTLICHKEIT ÖFFENTLICHKEIT ÖFFENTLICHKEIT

FÜR ALLE FÜR ALLE FÜR ALLE FÜR ALLE FÜR ALLE FÜR ALLE FÜR ALLE

(Auch für Nichtphysiker, wegen der Anregungen)

Es referieren und diskutieren mit Ihnen:

Erich S t a s c h (Fachschaftsleiter)

Dr. Simonsohn (Anfängerpraktikum)

Lothar Sack (I. Math. Inst.)

Prof. Dr. Lindenberger (Hahn Meitner Inst.)

Dr. Frydrych (Anorgan. Inst.)

Jörn Bleck (Hahn Meitner Inst.)

Hrsg. Mathemat. Naturw. Fakultät,
Studentenvertretung

✧ Es gibt auch was zu essen!!!

04.12.1967:
An der Med-Fak der FU Berlin gibt Thomas Erdmann vermutlich Anfang dieser Woche das Flugblatt "Zitate" heraus zur Arbeitsgemeinschaft Berliner Kliniker (ABK) in der VAFU.
Q: Erdmann, Th: Zitate, O. O. (Berlin) O. J. (1967)

ZITATE

die alles sagen ...

Die Abk stellt Kandidaten auf, die einesachgerechte Hochschul-politik anstreben.

Dazu ihre Kenntnisse und Vorstellungen:

Auf die Frge nach der Universitätsordnung, die die Zwangsexmatrikulation zur unabänderlichen Selbstverständlichekit werden läßt:

Herr SCHILLING: "Von wem ist denn die?"

Auf die Frage nach den Studienreformvorschlägen des Wissenschaftsrates vom April 1966:

Herr GROCHTMANN: "Kenne ich nicht!"

Herr DIEHL: "Habe ich nicht gelesen."

Frl.HUHND: "Dreiteilung des Studiums."

Nach Bitte um Präzisierung:

Frl.HUHND: "Ausbildung des Medizinstudenten zum Biochemiker, praktischen Arzt und Chemiker."

Auf die Frage nach dem Hcohschulgesetzentwurf von Prof.Stein vom 19.Juni 1967:

Herr DIEHL: "Habe ich noch nicht gelesen."

Herr ZANDER, laut Wahlzeitung für ein wissenschaftliches Mandat:

"Bin einverstanden"

Zusatzfrage: Womit denn einverstanden?

Herr ZANDER: "---"

Herr Markschies: "Befürworte ihn in Grundzügen."

Zusatzfrage: In welchen?

Herr MARKSCHIES: "---"

Genug der Zitate: KEIN Befürworter oder Mitglied der Abk mit Ausnahme von Herrn Epping konnte die für uns Medizinstudenten wichtigsten, nämlich das Studium und nicht die Politik betreffenden Fragen beantworten, geschweige denn eigene Vorstellungen entwickeln; ebensowenig wie der "Mann der Mitte" Klein und Kandidaten wie Herr Horn, Rau oder Heidrowski.

Wenn Sie vom 5.-8. Dezember Ihre Kandidaten ankreuzen, sollten Sie überlegen, ob die Befürworter und Mitglieder der Abk wirklich in der Lage sind, Ihre Interessen zu verteten.

Ich habe Anlaß, skeptisch zu sein.

gez. Thomas Erdmann

04.12.1967:
An der Philosophischen Fakultät der FU Berlin ruft die Studentenvertretung mit einem Flugblatt zur Vollversammlung zur Kritischen Universität (KU) um 16 Uhr auf.

Später wird der Beschluß der VV, der die KU unterstützt, als Flugblatt verteilt.
Q: FU-SV Phil Fak: Vollversammlung, O. O. (Berlin) O. J. (1967); N. N.: Phil Fak.-Vollversammlung zur Krit. Universität, O. O. (Berlin) O. J. (1967)

E0702

* STUDENTENVERTRETUNG * PHIL.FAK. PHIL.FAK. * STUDENTENVERTRETUNG *

4. dezember * 4. Dezember * MONTAG * HEUTE * MONTAG * 4. Dezember * HEUTE

16 UHR * 16 UHR * 16 UHR * 16 UHR * 16 UHR 16 UHR * 16 UHR * 16 UHR * 16

VOLLVERSAMMLUNG * VOLLVERSAMMLUNG * VOLLVERSAMMLUNG * VOLLVERSAMMLUNG *

* zur KU * zur Kritischen Universit$t * ! * zur KU * zur Kritischen UNI *

mit Abstimmung * mit Abstimmung über dieselbe * mit Abstimmung ! *

* im AUDI * AUDITORIUM MAXIMUM * kommt alle ins AUDIMAX * AUDITORIUM MAXIMUM

Diese Vollversammlung findet statt im Zusammenhang mit der Urabstimmung der Studentenschaft der FU über die Kritische Universität vom 5. - 6. Dez.

Sie soll der Information, Diskussion und Meinungsbildung über die KU dienen.

Mitglieder der KU-Arbeitskreise informieren Sie über die Ziele, Arbeitsweise und Struktur der Kritischen Universität.

Nach einer Diskussion gibt die Vollversammlung der Phil. Fak. eine Empfehlung zur Urabstimmung über die KU.

Die Urabstimmungsfrage lautet:

"Billigen Sie die Entscheidung der Studentenvertretung der Freien Universität, zusammen mit den anderen Studentenvertretungen West-Berlins sich an der Organisation der Kritischen Universität - Freie Studienorganisation der Studenten in den Hoch-und Fachschulen von West-Berlin - in der Weise zu beteiligen, wie es das Organisationsstatut der KU (verabschiedet auf der Gründungsversammlung vom 1.Nov. 1967) vorsieht, wobei keine Mittel aus dem laufenden Haushalt der Studentenvertretung als Zuschüsse an die KU verwendet werden?"

JA NEIN

Kommen Sie deshalb heute, MONTAG, den 4. Dezember um 16 Uhr in das AUDITORIUM MAXIMUM der FU.

gez. Andreas Wiesand

- stv. Sprecher der Phil. Fak. -

Heute, 16 Uhr

Audimax

PHIL. FAK.- VOLLVERSAMMLUNG * PHIL. FAK.- VOLLVERSAMMLUNG * PHIL. FAK.

~~4.12.67~~

PHIL. FAK.-VOLLVERSAMMLUN

ZUR KRIT. UNIVERSITÄ

Die Vollversammlung der Phil. Fak. begrüßt die Konstituierung der Kritischen Universität.

Die Vollversammlung sieht in der KU einen entscheidenden Beitr dazu, daß die seit Jahren von der Studentenschaft verfolgte Hochschulkonzeption in das Stadium der - zumindest partiellen Verwirklichung eintritt. Sie erhofft sich von der Arbeit in d KU die praktische Erprobung und Konkretisierung ihrer Reformforderungen. Zugleich sieht die Vollversammlung in der KU den bisher am ernstesten zu nehmenden Versuch, aus dem Appell an die polit. und gesellschaftliche Verantwortung der Wissensc die praktische Konsequenz zu ziehen.

Die Vollversammlung der Phil. Fak. fordert deshalb den AStA au die KU in der Weise zu unterstützen, wie es das Organisationsmodell der KU vorsieht. Sie fordert zu dieser Unterstützung auf, gerade weil sie weiß, daß die KU ihre Ziele und Arbeitsformen in der kommenden Arbeit noch weiter klären und bestimmen muß.

Die Vollversammlung bittet die Studenten der Phil. Fak., ihre Vorstellungen in die KU hineinzutragen und sich an den Arbeitskreisen zu beteiligen.

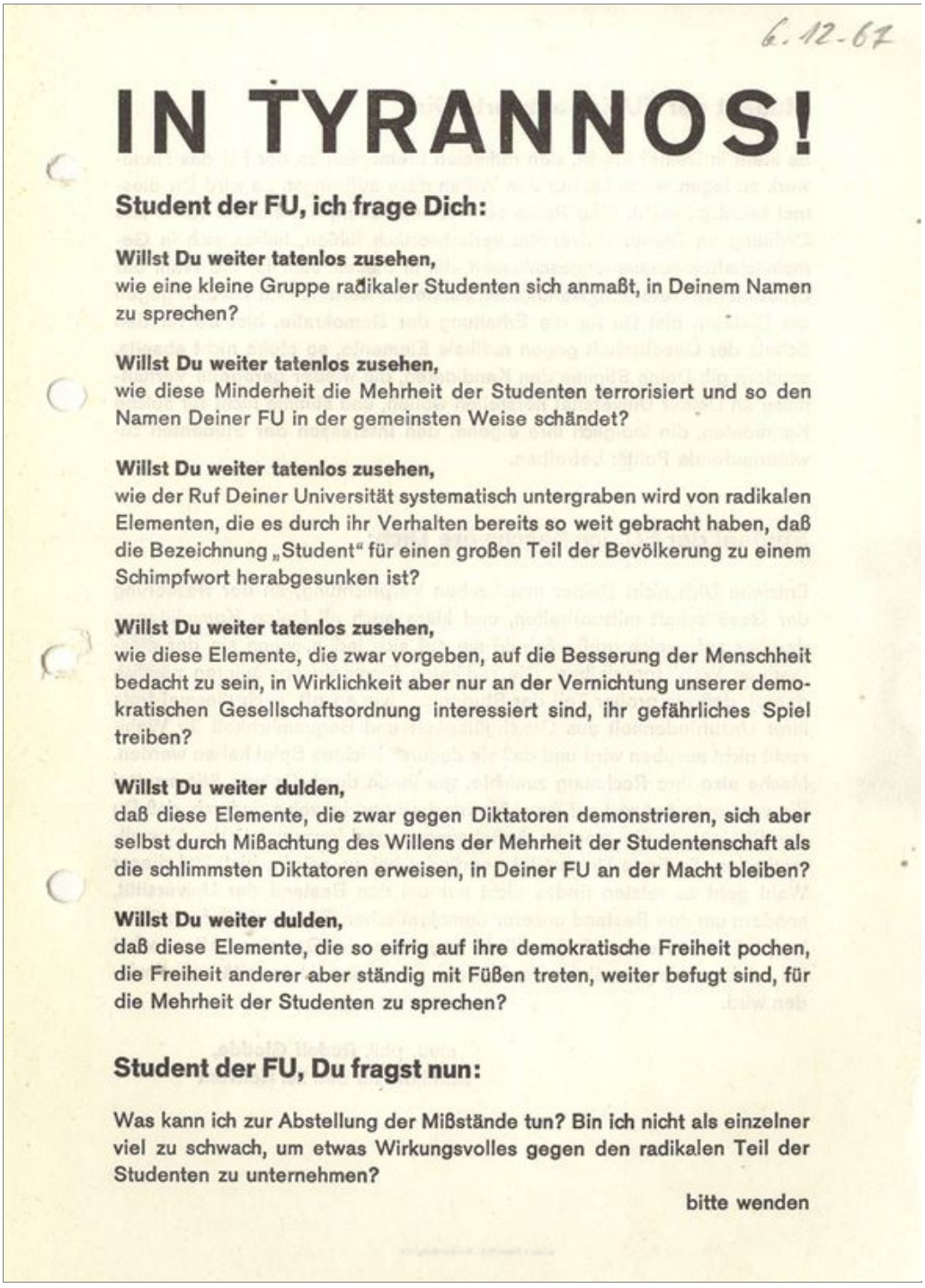
Die Vollversammlung fordert die Studenten der Phil. Fak. und der anderen Fakultäten auf, bei der Urabstimmung über die KU

mit (JA) zu stimmen! 4.12.67

P. S. : Die Wahlen zum 20. Konvent haben begonnen. Wahllokale der Phil Fak. finden Sie im HFB, OSI, FMI, Romanischen Insitut, in der Mensa und in der Boltzmannstr. 3. Machen Sie von Ihrem Wahlrec Gebrauch und wählen Sie den Rechten weg!

Ihre Sprecher der Phil. Fak.: Sommer, Bellermann, Fassbinder, Wiesand

04.12.1967:
An der Phil Fak der FU Berlin gibt Rudolf Glodde vermutlich Anfang dieser Woche das Flugblatt "In Tyrannos!" heraus.
Q: Glodde, Rudolf: In Tyrannos!, O. O. (Berlin) O. J. (1967)



6.12.67

IN TYRANNOS!

Student der FU, ich frage Dich:

Willst Du weiter tatenlos zusehen,
wie eine kleine Gruppe radikaler Studenten sich anmaßt, in Deinem Namen zu sprechen?

Willst Du weiter tatenlos zusehen,
wie diese Minderheit die Mehrheit der Studenten terrorisiert und so den Namen Deiner FU in der gemeinsten Weise schändet?

Willst Du weiter tatenlos zusehen,
wie der Ruf Deiner Universität systematisch untergraben wird von radikalen Elementen, die es durch ihr Verhalten bereits so weit gebracht haben, daß die Bezeichnung „Student" für einen großen Teil der Bevölkerung zu einem Schimpfwort herabgesunken ist?

Willst Du weiter tatenlos zusehen,
wie diese Elemente, die zwar vorgeben, auf die Besserung der Menschheit bedacht zu sein, in Wirklichkeit aber nur an der Vernichtung unserer demokratischen Gesellschaftsordnung interessiert sind, ihr gefährliches Spiel treiben?

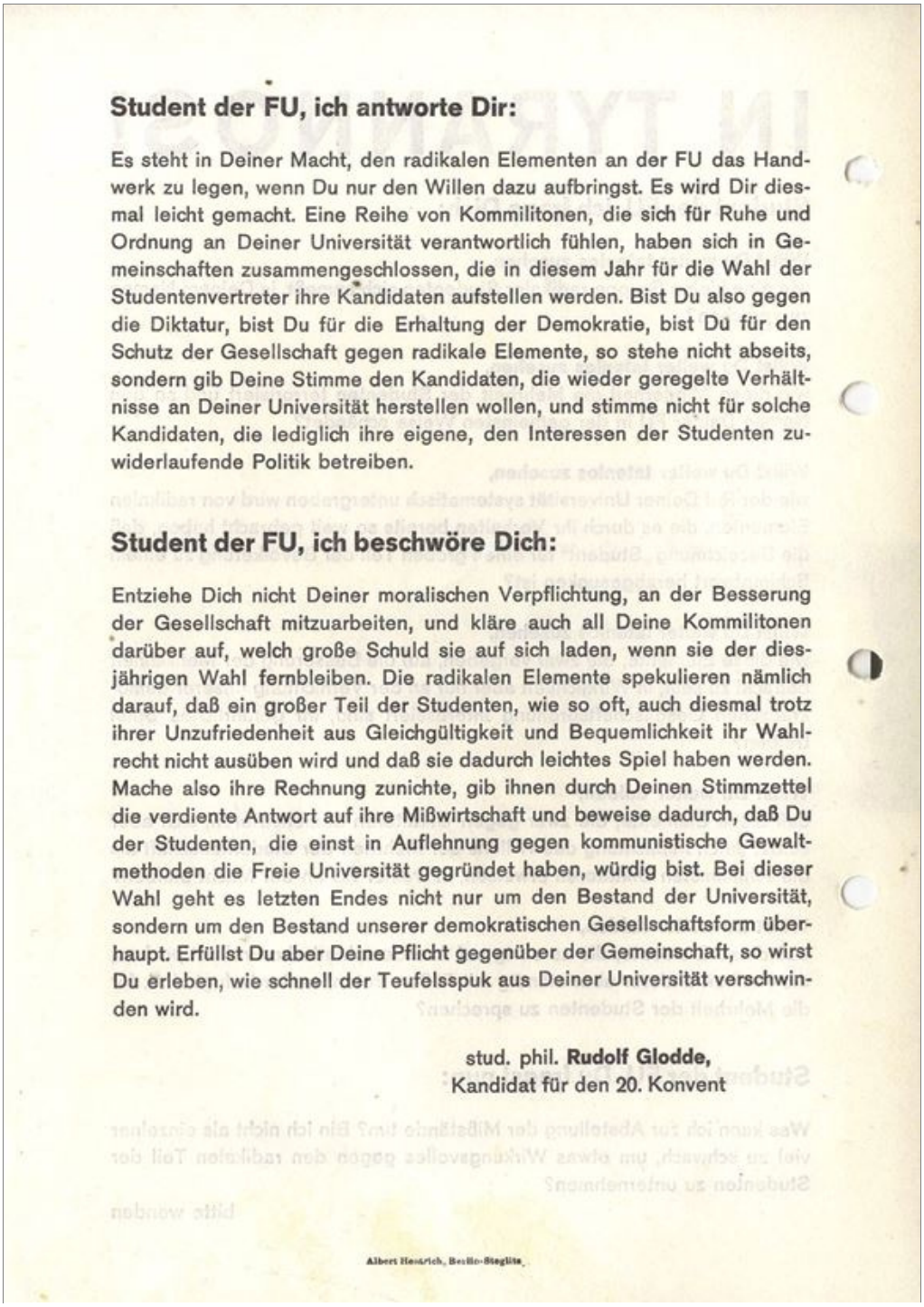
Willst Du weiter dulden,
daß diese Elemente, die zwar gegen Diktatoren demonstrieren, sich aber selbst durch Mißachtung des Willens der Mehrheit der Studentenschaft als die schlimmsten Diktatoren erweisen, in Deiner FU an der Macht bleiben?

Willst Du weiter dulden,
daß diese Elemente, die so eifrig auf ihre demokratische Freiheit pochen, die Freiheit anderer aber ständig mit Füßen treten, weiter befugt sind, für die Mehrheit der Studenten zu sprechen?

Student der FU, Du fragst nun:

Was kann ich zur Abstellung der Mißstände tun? Bin ich nicht als einzelner viel zu schwach, um etwas Wirkungsvolles gegen den radikalen Teil der Studenten zu unternehmen?

bitte wenden



Student der FU, ich antworte Dir:

Es steht in Deiner Macht, den radikalen Elementen an der FU das Handwerk zu legen, wenn Du nur den Willen dazu aufbringst. Es wird Dir diesmal leicht gemacht. Eine Reihe von Kommilitonen, die sich für Ruhe und Ordnung an Deiner Universität verantwortlich fühlen, haben sich in Gemeinschaften zusammengeschlossen, die in diesem Jahr für die Wahl der Studentenvertreter ihre Kandidaten aufstellen werden. Bist Du also gegen die Diktatur, bist Du für die Erhaltung der Demokratie, bist Du für den Schutz der Gesellschaft gegen radikale Elemente, so stehe nicht abseits, sondern gib Deine Stimme den Kandidaten, die wieder geregelte Verhältnisse an Deiner Universität herstellen wollen, und stimme nicht für solche Kandidaten, die lediglich ihre eigene, den Interessen der Studenten zuwiderlaufende Politik betreiben.

Student der FU, ich beschwöre Dich:

Entziehe Dich nicht Deiner moralischen Verpflichtung, an der Besserung der Gesellschaft mitzuarbeiten, und kläre auch all Deine Kommilitonen darüber auf, welch große Schuld sie auf sich laden, wenn sie der diesjährigen Wahl fernbleiben. Die radikalen Elemente spekulieren nämlich darauf, daß ein großer Teil der Studenten, wie so oft, auch diesmal trotz ihrer Unzufriedenheit aus Gleichgültigkeit und Bequemlichkeit ihr Wahlrecht nicht ausüben wird und daß sie dadurch leichtes Spiel haben werden. Mache also ihre Rechnung zunichte, gib ihnen durch Deinen Stimmzettel die verdiente Antwort auf ihre Mißwirtschaft und beweise dadurch, daß Du der Studenten, die einst in Auflehnung gegen kommunistische Gewaltmethoden die Freie Universität gegründet haben, würdig bist. Bei dieser Wahl geht es letzten Endes nicht nur um den Bestand der Universität, sondern um den Bestand unserer demokratischen Gesellschaftsform überhaupt. Erfüllst Du aber Deine Pflicht gegenüber der Gemeinschaft, so wirst Du erleben, wie schnell der Teufelsspuk aus Deiner Universität verschwinden wird.

stud. phil. **Rudolf Glodde,**
Kandidat für den 20. Konvent

Albert Heinrich, Berlin-Steglitz

04.12.1967:
An der Phil Fak der FU Berlin gibt das Wahlkuratorium vermutlich Anfang dieser Woche das Flugblatt Nr. 3 "Gegenuniversität von rechts?" heraus zur Kritischen Universität (KU).
Q: Phil. Fak.-Wahlkuratorium: Nr. 3 Gegenuniversität von rechts?, O. O. (Berlin) O. J. (1967)

WALKUHRATORIUM + WAHLKURATORIUM + wahlKUratorium + WALKUHRATORIUM + WAHLKURATORIUM +

Wahlkuratorium

WAHL KU RATORIUM – PHIL. FAK. Nr.

G e g e n u n i v e r s i t ä t von rechts?

Die "Rechten" (Korporierte, Action 2o. Konvent, RCDS, VAFU) fordern in diesem Wahlkampf "Reformen", sind aber hilflos gegenüber dem Vorwurf, durch ihre schwammigen Parolen die bürokratische "Reform" von außerhalb der Universität (staatl. Druck, Wissenschaftsrat, industrielle Interessengruppen) auf den Plan zu rufen.
Die Verwirklichung ihrer Forderungen bedeutet: STUDENTENREFORM statt umfassender Hochschul- und Studienreform. Ziel der rechten Wahlkämpfer (und nicht zuletzt ihrer Financiers) ist die Verschleierung von Interessenkonflikten an der Universität und in der Gesellschaft.
Die "Gegenuniversität von Rechts", die "saubere Alma Mater" ist es, die eine Gef für die Freiheit wissenschaftlichen Arbeitens darstellt.

KU - Modell für die S T U D I E N R E F O R M:

Die fortschrittlichen Studenten der FU dagegen haben begonnen, mit der Kritischen Universität die Studienreform nicht mehr nur zu fordern, sondern sie selbst in die Hand zu nehmen. Ergebnisse der KU-Seminare stellen einen wichtigen Beitrag zur Studienreform-Arbeit der künftigen Studentenvertretungen dar.

KU - Diskussion der wissenschaftlichen Methoden:

Da in der traditionellen Universität die Begründungen der praktizierten wissenschaftlichen Methoden ausgespart bleiben, macht es sich die KU zur Aufgabe, die Voraussetzungen und Ergebnisse verschiedenen wissenschaftlichen Vorgehens bewußt zu machen. So kann zum Beispiel die Bedeutung der Pressekonzentration (Springer-Problem) nicht begriffen und ihr begegnet werden, betrachtet man nicht ihre ökonomischen, sozialen, verfassungsrechtlichen, psychologischen und ideologischen Voraussetzungen.

KU - neue d i d a k t i s c h e Möglichkeiten:

Die Kritische Universität kennt keine sachfremden Abhängigkeiten und keine hierarchische Struktur. Nur so kann wissenschaftliches Arbeiten unter permanenter Kritik erreicht werden. Vorlesungen und Monologe von Spezialisten werden in der KU ersetzt durch Diskussion aller Beteiligten.

KU - GESELLSCHAFTSBEZOGENE THEMEN und ihre Anwendung:

Die KU unterstreicht den Willen der Berliner Studenten, Wissenschaft nicht mehr nur um ihrer selbst willen zu betreiben. Sie wendet sich deshalb gegen die Praxis der traditionellen Universität, die Wirkungen wissenschaftlicher Erkenntnisse in der Gesellschaft undiskutiert zu lassen. Die Arbeitsergebnisse der KU sollen Voraussetzung für bewußtes Handeln in der Gesellschaft sein.

DIE KANDIDATEN DES WAHLKURATORIUMS FORDERN SIE AUF, IN DER KU MITZUARBEITEN UND IN DER URABSTIMMUNG MIT (J A) ZU STIMMEN!

F O R T S C H R I T T L I C H E K A N D I D A T E N I N D E N K O N V E N T:

Friedhelm ARNOLD	Hans-Joachim FUNKE	Renate SCHERER
Martin BELLERMANN	Annemarie GARRELS	H.-Joachim SIEPMANN
Peter BRACHT	Werner HEULER	Mathias SOMMER
Tilman BRUCKER	H.-J. von KONDRATOWITZ	Winfried TREMPENAU
Johannes BUCHRUCKER	Hannah KOTOWSKI	Jürgen TREULIEB
Ulrike BÜCHNER	Alex MEINKEN	Detlef UMBACH
P. EFSTATHIADIS-STANGOS	Jutta MENSCHIK	Eberhard WESCHE
Ulrich FISCHER	Sybille PLOGSTEDT	Andreas WIESAND

04.12.1967:
An der Phil Fak der FU Berlin erscheint vermutlich Anfang dieser Woche ein Flugblatt "Fortschritte".
Q: Wirth, M. et al.: Fortschritte, O. O. (Berlin) O. J. (1967)

C.12.68

PHIL. FAK. PHILOSOPHISCHE FAKULTÄT PHIL. FA

FORTSCHRITTE

in der studentischen Interessenvertretung sind **nicht zu erreichen**

- wenn die gewählten Vertreter Ihre Probleme hinter verschlossenen Türen ausmauscheln
- wenn Sie Vertreter in den Konvent wählen, die ihre Konzeptionslosigkeit mit dem Deckmantel der „Sachlichkeit" zu verbergen suchen.

FORTSCHRITTE

sind **nur zu erreichen:**

- wenn Sie selbst sich um die Probleme Ihres Studiums kümmern
- wenn Sie Abgeordnete wählen, die eine klare Vorstellung von dem haben, was Interessenvertretung bedeutet
- wenn Sie solche Gruppen unterstützen, die bisher eine erfolgreiche studentische Politik vertreten haben.

Erfolgreiche Interessenvertretung bedeutet gegenwärtig an der FU

- verstärkte Arbeit in den Fakultäts- und Fachkommissionen für Studienreform
- verstärkte Kontrolle der studentischen Vertreter in diesen Kommissionen
- verstärkte Zusammenarbeit zwischen Konvent, Fakultäts- und Institutsvertretungen
- verstärkte öffentliche Diskussion zwischen Studenten und Professorenschaft über Studienreform

Diese studentische Interessenvertretung schließt sowohl den Versuch ein, in rationaler Diskussion den studentischen Standpunkt in öffentlichen Diskussionen mit Vertretern der akademischen Verwaltung darzustellen, als auch mit anderen demokratischen Mitteln den studentischen Forderungen Nachdruck zu verleihen, wenn Argumente allein keine Erfolge zeitigen.

Stärken Sie durch Ihr Votum die institutionalisierte Interessenvertretung an der FU. Wählen Sie die Kandidaten, die fähig sind, die erfolgreiche Politik der vergangenen Semester fortzusetzen:

PHIL. FAK.:

Wolfgang Arns
Gert Börnsen
Rolf Czeskleba
Manfred Engelke
Egmont Fassbinder
Sigrid Fronius
Hartmut Häußermann
Erwin Meyer
Michael Mohs
Sibylle Plogstedt
Hans-Peter Rouette
Walter Kreipe
Gabriele Kuby
Wolfgang Lefèvre
Heinz-Dieter Meier
Jutta Menschik
Isolde Schnabel
Ekkehard Schwerk
Rolf P. Schwierdrzik
Matthias Sommer
Gerda Struck
Andreas Wiesand
Bernhard Wilhelmer
Hartmut Zinser

Margaret Wirth (Sprecherin im Akademischen Senat)

Peter Dehn (Sprecher im Akademischen Senat)

Sigrid Rüger (Älteste der Phil. Fak.)

Peter Müller (1. AStA-Vors. 1961/62)

04.12.1967:
An der FU Berlin geben die Freunde der Publizistik (FdP) vermutlich Anfang dieser Woche ein Flugblatt "Was steht zur Wahl?" heraus.
Q: FdP: Was steht zur Wahl?, O. O. (Berlin) O. J. (1967)

0 4. DEZ. 1967

Freunde der Publizistik - FdP -- Freunde der Publizistik -- FdP -- Freunde der

Was steht zur Wahl?

Die Wahl zum 20. Konvent soll zum Wendepunkt in den Bemühungen der Studentenvertretung der FU werden, über eine Demokratisierung der Hochschule zu einer Demokratisierung der Gesellschaft zu gelangen.

Sog. "Unabhängige" versprechen Sachlichkeit und wollen damit Ziele durchsetzen, die die gleichen Leute jahrelang bekämpft haben. Sie diskreditieren damit die bisherige Arbeit der Studentenschaft.

Solche U-Boote haben im 20. Konvent keinen Platz. Der Konvent benötigt Abgeordnete, die einen klaren Standpunkt beziehen.

Gegen die Unterdrückung der Freiheitsbewegungen in der dritten Welt

Gegen den Machtmißbrauch durch den Springer-Konzern

Gegen die Entpolitisierung der Hochschule

Für das uneingeschränkte politische Mandat der Studentenvertretung

Für nachdrückliche Unterstützung der KU

Für Einführung eines Studienhonorars

Für den Abbau der Ordinarienuniversität

Folgende Kandidaten werden unserer Überzeugung nach für diese Ziele arbeiten:

Martin Bellermann
Peter Bracht
Rolf Czeskleba
Werner G. Doyé
Hans W. Dräger
Petros Efsthiados-Stangos
Egmont Fassbinder
Sigrid Fronius
Hans-Joachim Funke
Klaus-Detlf Furke
Klaus-Peter Hellmich
Marianne Henkel
Jutta Menschik
Michael Mohs
Günter Probst
Hans Peter Rouette
Rosalinde Sartori
Hendrik Schmidt
Rolf Schwierdzik
Winfried Trmpenau
Jürgen Treulieb
Bernhard Wilhelmer
Andreas Wiesand
Hartmut Zinser

Freunde der Publizistik - FdP - Freunde der Publizistik - FdP - Freund

04.12.1967:
An der Wiso-Fak der FU Berlin gibt die Aktion 20. Konvent vermutlich Anfang dieser Woche das Flugblatt "Wahlkuratorium = Trojanisches Pferd" heraus.
Q: Aktion 20. Konvent: Wahlkuratorium = Trojanisches Pferd, O. O. (Berlin) O. J. (1967)

~~SDS~~

6.12.67

AKTION 20.KONVENT FÜR EINE FREIE UNIVERSITÄT AKTION 20.KONVENT

WAHLKUH (ratorium), = TROJANISCHES PFERD

Der SDS kandidiert an der WiSo im Wahlkuratorium. Wahrscheinlich hofft er, so leichter zum Establishment der WiSo-Fak. (sprich Studentenvertretung) vordringen zu können. Die Flugblätter, die vom Wahlkuratorium über den WiSo-Studenten ausgeschüttet wurden, beweisen, wer die ideologische Federführung übernommen hat, z. B. Flugblatt 6: "In Wirklichkeit ist nicht Knappheit, sondern Überfluß in Form von Verschwendung das Wesensmerkmal des hochindustrialisierten Kapitalismus."

Einige Mitglieder des Wahlkuratoriums haben schon kalte Füße bekommen, ob sie sich weiter vor diesen ideologischen Karren spannen lassen sollen. Hannelore Börgel und Günther Hedderich in ihrem Rechenschaftsbericht-Flugblatt: "Für diesen Wahlkampf haben wir uns dem Wahlkuratorium angeschlossen, obwohl wir in manchen Punkten der Mehrheitsmeinung dieser von liberal bis links heterogenen Gruppe anderer Meinung sind."

Nach allen Seiten offen ist hingegen Rolf D. R o s e n b r o c k, nach eigenen Aussagen Geschäftsführer des Wahlkuratoriums. In einem Flugblatt zur Urabstimmung vom 3.5. -9.5.67 rief er die Studenten auf, dem AStA und dem Konventsvorsitzenden das Mißtrauen auszusprechen, da sie "die Universität offenbar nur noch als Versuchsfeld für ihre eigenen politischen Ambitionen betrachten" und sie "auf kostspieligen Plakaten (die Sie bezahlen!!) in Ihrem Namen ein Konglomerat von Entstellungen und Spitzfindigkeiten als aufputschende Droge verabreichen".

Wir sind auch heute noch seiner Ansicht.

Deshalb wählen Sie die Kandidaten der AKTION 20. KONVENT! An der WiSo-Fak:

WI
SO

Ute Koch
Wighard Hirdtl
Dieter van Helt
Norbert Engel

Informieren Sie sich über das Programm der AKTION 20. KONVENT - FÜR EINE FREIE UNIVERSITÄT, das in einer umfassenden Broschüre vorliegt.

AKTION 20. KONVENT FÜR EINE FREIE UNIVERSITÄT AKTION 20.KONVENT

04.12.1967:
An der Wiso-Fak der FU Berlin gibt die Aktion 20. Konvent vermutlich Anfang dieser Woche das Flugblatt "In diesem Wahlkampf…" heraus.
Q: Aktion 20. Konvent: In diesem Wahlkampf…, O. O. (Berlin) O. J. (1967)

6.12.67

AKTION 20. KONVENT FÜR EINE FREIE UNIVERSITÄT

IN DIESEM WAHLKAMPF ....

wird viel, sehr viel versprochen.....

Einfach erstaunlich, welche Sachlichkeit vom Wahlkuratorium propagiert wird - und das noch mit einem kleinen Seitenhieb auf die Rechten, die die Arbeit im Fakultätsausschuß durch ihr permanentes Nichterscheinen negiert haben. Eine neue Welle der Sachlichkeit überrollt die WiSo Fak. Zu fragen bleibt da nur - warum? Etwa weil man meint, daß nur ein sachliches Program die Wähler an der WiSO überzeugt, um sichdann weiter dem alten Zopf hinzugeben??

Schließlich begründet man noch die neue Sachlichkeit durch die sachliche Arbeit im vergangenen Jahr. Wo ist die aber? Im Rechenschaftsbericht des Sprechers war nicht viel zu merken. Was er von sich gab, war mehr als dürftig! Kein Wunder, daß daher von der Verhandlungsleitung so nachdrücklich darum gebeten wurde, von der Diskussion über den Sprecherbericht abzusehen. Weil man keine Zeit habe, hieß es, weil man sachlich sei, um den Kandidaten die Chance der Vorstellung zu geben. Wenn man natürlich unter Sachlichleit die Flucht (oder Furcht) vor der Verantwortung versteht, dann ist dieses Vorgehen nur konsequent.

Bei der Mitarbeit im Fachverband Wirtschaftswissenschaften war auch nicht viel von Sachlichkeit zu spüren. Oderwar es gerade Sachlichkeit, daß die FU Berlin bei der letzten Fachverbandssitzung in Hamburg nicht vertreten war? Die Begründung für das Fernbleiben ist natürlich sehr einfach: der Konvent hat beschlossen, für Fachverbandsreisen nur noch dann Mittel zur Verfügung zu stellen, wenn nachgewiesen werden kann, daß der Fachverband in der letzten Zeit etwas geleistet hat. Uber die Arbeit von Hans Heuer (Sprecher 1965 und Fachverbandsvorsitzender 1966/67) war man also der Meinung, daß sie nicht effektiv gewesen sei, Oder hätte man vielleicht die Reise aus dem Konto der Studentenvertretung bezahlen sollen, die immerhin im Jahr fast 3000.- zur Verfügung hat? Doch dazu reicht die Sachlichkeit nicht aus.

Deshalb- - geben Sie nichts auf diese Art der
Sachlichkeit

Wählen Sie die Kandidaten der AKTION 20.KONVENT :

Dieter van Helt
Ute Koch
Wighard Härdtl
Norbert Engel

AKTION 20. KONVENT FÜR EINE FREIE UNIVERSITÄT

04.12.1967:
An der Wiso-Fak der FU Berlin gibt Ulrich Schmitt, Mitglied der VAFU, vermutlich Anfang dieser Woche das Flugblatt "Solidarisierung der Studenten" gegen das Wahlkuratorium heraus.
Q: Schmitt, U.: Solidarisierung der Studenten, O. O. (Berlin) O. J. (1967)

26.12.67 Flugblatt

SOLIDARIDARISIERUNG der STUDENTEN

Das Wahlkuratorium verteilt täglich neue Flugblätter, in denen es mit " Sachlichen Argumenten " die bisherige Arbeit der WiSo-Studentenvertretung zu erklären sucht und für die Fortführung dieser Arbeit wirbt.

In einer Pseudosachlichkeit fordert das Wahlkuratorium:
DIE REVOLUTIONIERUNG DER FREIEN UNIVERSITÄT
DIE ERWEITERUNG DER KRITISCHEN UNIVERSITÄT
DAS UNEINGESCHRÄNKTE POLITISCHE MANDAT

Da das Wahlkuratorium genau weiß, daß dieses Program nicht von der Mehrzahl der Studenten unterstützt wird, sucht es durch die systematische Aufzählung von realen Mißständen an der Freien Universität, DISZIPLINARRECHT-ZWANGSEXMATRIKULATI ORDINARIATSPRINZIP, eine SOLIDARISIERUNG der Studenten zu erreichen, denn nur so kann es die Wahl gewinnen.

Kommilitonen, fallt nicht auf diese Pseudosachlichkeit herein. Denkt immer daran, daß der SDS und SHB die Universitä zum Versuchsfeld ihrer politischen Ziele benutzen.
Laßt Euch auch nicht von dem "Großen happening und love in" nach der Wahlvorstellung beirren.

WÄHLT DIE KANDIDATEN, DIE NICHT POLITISIEREN
WÄHLT DIE KANDIDATEN, DIE NUR FÜR EUER WOHL ARBEITEN WOLLEN
WÄHLT DIE KANDIDATEN, DIE DIE STUDIENREFORM FÜR DAS WICHTIGSTE HALTEN

WÄHLT DIE KANDIDATEN DER VAFU

Ulrich M. Schmitt
2. Fachschaftsvertreter der Handelslehrer
Mitglied der VAFU

04.12.1967:
An der Wiso-Fak der FU Berlin gibt das Wahlkuratorium vermutlich Anfang dieser Woche das Flugblatt "Fazit" heraus zur Wahlvollversammlung vom 1.12.1967.
Q: Wiso-Wahlkuratorium: Fazit, O. O. (Berlin) O. J. (1967)

Wahlkuratorium
WISO

FAZIT

Die Wahlvollversammlung am vergangenen Freitag hat einige interessante Aufschlüsse gebracht - vor allem für die VAFU-Kandidaten. Denn dort informierten sie sich offenbar erstmalig über Themen wie Wissenschaftsratgutachten, Par. Stdienreformkommission, Rahmenprüfungsordnung und Hochschulgesetzentwurf. Auf entsprechende Fragen zeigten sie jedenfalls einen derart bejammernswerten Informationsstand, daß man sich über den sicheren Ton in ihren Flugblättern nur wundern kann.
Eifrig, einig und waohlpräpariert waren sie jeweils nur, wenn sie sich gegen die "Revolutionierung der Universität" aussprachen. Inhaltlichen Fragen pflegten sie mit dem Hinweis auf das demnächst (nach der Wahl ?) erscheinende Programm zu begegnen.
Aufschlußreich war die Frage nach der Finanzierung der VAFU.: Nach vielem Drängen, Winden und Kneifen ("Wir werden jedenfalls nicht vom SDS bezahlt!") wurde zugegeben: "Jawohl, auch einige...gutwillige Ordinarien haben gezahlt!" Auf die Frage, was wir mit einer Studentenvertretung sollen, die von Professoren und Korporationen bezahlt wird, war keine Antwort zu erhalten. Der Behauptung, daß der Wahlkampf der VAFU mehr als DM 2o.ooo,-- kostet, wurde nicht widersprochen.

V orgestrige A ltakademiker F inanzieren U nbelehrbare

Was kann VAFU meinen, wenn sie die "Neufassung des studentischen Disziplinarrechts" fordert. In der VAFU kandidieren bekanntlich alle für den Konvent kandidierenden Korporierten.
Bedeutet das, daß uns statt der bisherigen Disziplinarstrafen in Zukunft Poen-, Rülps- und Duellordnungen beschert werden?
Oder wird sich der nichtkorporierte Teil der VAFU demnächst von dieser "radikalen Minderheit" distanzieren?

Fortschrittlicher gibt sich da schon die"Aktion 20. Konvent", die für "tiefgreifende Reformen in der Gesellschaft" ist, aber nicht einmal sagen kann, wie sie Hochschulreform machen will.
Oder war der prügelnde Saalschutz am letzten Donnerstag im Audi-Max ein Fingerzeig auf kommende Methoden?

b.w.

Jedenfalls wollten sich die Kandidaten der "Aktion" nicht grundsätzlich darauf festlegen lassen, in Zukunft ohne Saalschutz zu arbeiten. Man wird sich wohl in Zukunft nur noch in größeren Gruppen zu RCDS-Veranstaltungen wagen dürfen.

Übrigens: In der Ihnestraße wurden alle Plakate des WAHLKURATORIUM, die neben Plakaten der"Aktion" standen, abgerissen. (action!)

Glücklicherweise haben wir noch einige der 500 Plakate, die uns DM 298,-- gekostet haben und, wie alle Aufwendungen des WAHLKURATORIUM durch Umlagen von den Kandidaten finanziert wurden.

Zeigen Sie, daß der Koventswahlkampf an der FU nicht auf das Niveau von Bundeswahlkämpfen herabgesunken ist!

Zeigen Sie durch Ihr Votum, daß nicht höhere Finanzkraft die Wahl entscheidet!

WÄHLEN SIE 15 (FÜNFZEHN) der folgenden 17 Kandidaten:

Horst Arndt	
Hannelore Börgel	19. Konv., Zul.-Beauftr.WiSo
Hans Utz Forderreuther	Obertutor der stud. Tutoren Mitgl. der.par.Stud.-Ref.-Komm.
Günter Greiff	
Stefan Grzimek	AStA 1966, 19.Konv., Mitgl. d. par. Stud.-Ref.-Komm.
Günter Hedderich	19. Konv., Zul.-Ref.WiSo
Frank Herterich	19. Konv., stellv. Sprecher
Bernhard Klingmüller	Mitgl. der Soz.-Stud.-Ref.-Komm.
Franz Ring	
Gerd Röder	19. Konv., 1. Fak.-Sprecher Mitgl. d. par. Stud.-Ref.-Komm.
Rolf D. Rosenbrock	Mitgl. d. Komitee f. Öff.-Arb.
Eike Schweichel	Stellv. Vors. d. Ält.-Rates am OSI
Siegfried Stahn	ad-hoc-Gruppe OSI
Peter Strotmann	
Klaus J. Walsleben	
Gerd Weghorn	ad-hoc-Gruppe OSI
Hans. J. Ziesing	18. u. 19. Konv., AStA 1966/67 Kuratoriumssprecher 1967,

*15 von 17 wählen*15 von 17 wählen*15von 17 wählen*15 von 17 wähler

04.12.1967:
An der Wiso-Fak der FU Berlin gibt das Wahlkuratorium vermutlich Anfang dieser Woche das Flugblatt Nr. 6, "KU: gegen Indoktrination, nicht: Gegenindoktrination", heraus.
Q: Wiso-Wahlkuratorium: KU: gegen Indoktrination, nicht: Gegenindoktrination, O. O. (Berlin) O. J. (1967)

Wahlkuratorium

WISO 6

KU: GEGEN INDOKTRINATION,
NICHT: GEGENINDOKTRINATION

Das WiSo-Wahlkuratorium ist sich darüber im klaren, daß es mit diesem Flugblatt provoziert und gegen Tabus verstößt. Wir hoffen jedoch, dadurch eine inhaltliche Diskussion einzuleiten, die opportunistische Wahlparolen entlarven wird.

Die Absolventen des wirtschaftswissenschaftlichen Studiums werden nach ihrem Examen die entscheidenden Aufgaben der Wirtschaft übernehmen. Daraus leitet sich der Inhalt des an dieser Fakultät angebotenen Lehrstoffes ab.
Die Fakultät soll einen möglichst großen Output von Management-Spezialisten erzeugen. Dieser Aufgabe sind Begriffe und Theoreme der an dieser Fakultät gängigen Lehre angepaßt. Die Wirtschaft braucht in erster Linie Technokraten, die die Gesetze der bestehenden Ordnung anerkennen, nicht solche, die ihre Bedingtheit sehen.

So zeigt sich schon in der B e g r i f f s b i l d u n g der Theorien die systemerhaltende Absicht. Begriffspaare wie "Arbeitgeber" und "Arbeitnehmer" - oder die Gegenüberstellung von "Zentraler Verwaltungswirtschaft" und "Freier Verkehrs- oder Marktwirtschaft" (wer will schon zentral verwaltet werden, wer nicht frei verkehren dürfen?) - solche Begriffsbildungen präjudizieren das Ergebnis der Analysn, sie sind im wahrsten Sinne des Wortes i d e o l o g i s c h : sie verschleiern zugrunde liegende Interessen.

Ein anderes B e i s p i e l :ist die Definition des Wirtschaftens selbst. Sie lautet immer noch: "Befriedigung von Bedürfnissen mit knappen Mitteln!" Ein"grundlegendes Axiom, aus dem die Wirtschaftstheorie entwickelt wird, ist demnach: die Mittel zur Befriedigung der Bedürfnisse sind knapp (Paulsen) Dieses Postulat soll die Notwendigkeit von Arbeit in bisherigen Umfang, von der Geltung des Leistungsprinzips, des Konkurrenzkampfes, kurz der bestehenden Wirtschaftsordnung begründen. In Wirklichkeit ist nicht Knappheit, sondern Überfluß in Form von Verschwendung das Wesensmerkmal des hochindustrialisierten Kapitalismus. Verschwendung in Form von Rüstungsausgaben, künstlich erzeugter Nachfrage nach Modegütern, von ungeheuren Werbeausgaben, von "planned obsolecence" (geplante Verkürzung der Lebensdauer der Produkte) etc.

b.w.

Der KU wird der Vowurf gemacht, sie diene der e i n s e i t i - g e n Indoktrinierung bestimmter Ideologien.
Sie versucht jedoch zu zeigen, daß das gesamte Lernprogramm der offiziellen Fakultät selbst schon ideologisch ist. Die Ausbildung in den Wirtschaftswissenschaften ist orientiert an der bestehenden Gesellschaftsform der Bundesrepublik und Westberlins. Damit überschreitet das Lernprogramm dieses System nicht und wird dadurch bewußt einseitig. Die KU versucht, die Indoktrination zu brechen. Sie will eine u m f a s s e n d e A u f - k l ä r u n g über wirtschaftliche Zusammenhänge herbeiführen und den gegenwärtigen Lehrplan dadurch e r g ä n z e n , daß auch die Widersprüche dieser Wirtschaftsordnung erarbeitet werden.

Nicht nur die Inhalte, sondern auch die L e r n m e t h o d e n der KU unterscheiden sich vom gegenwärtigen Lehrbetrieb. Die KU ist kritisch in dem Sinne, daß sie prinzipielle O f f e n h e n - h e i t praktiziert:
Alle Interessenten sind eingeladen.
Alle Standpunkte können vertreten werden.
Es soll versucht werden keine andere als Sachauthorität entstehen zu lassen.
Dadurch wird der Initiative aller Teilnehmer breitester Raum gelassen.
Der Seminarleiter wird jeweils neu gewählt, ebenso die Delegierten für das Exekutivorgan der KU.

Diese Organisationsform und das Prinzip der Odfenheit verhindern jeden Ansatz zurIndoktrination.

Aus diesen Gründen unterstützen wir aktiv den Ausbau des Programms der KU an unserer Fakultät.

Fortschrittliche Kandidaten in den Konvent:

Horst Arndt (-)
Hannelore Börgel (BDV)
Hans Utz Foederreuther (-)
Günter Greiff (BDV)
Stefan Grzimek (SHB)
Günter Hedderich (SPD)
Frank Herterich (SPD)
Bernhard Klingmüller (SDS)
Franz Ring (LSD)
Gerd Röder (BDV)
Rolf D. Rosenbrock (BDV)
Eike Schweichel (SDS)
Siegfried Stahn (SHB)
Peter Strotmann (SDS)
Klaus J. Walsleben (SPD)
Gerd Weghorn (SDS)
Hans J. Ziesing (-)

04.12.1967:
An der FU Berlin gibt das Wiso-Wahlkuratorium vermutlich Anfang dieser Woche sein siebtes Flugblatt unter dem Titel "Zwischenprüfung a la Wissenschaftsrat: Regulierung der Studentenzahlen?" heraus. Vorgestellt werden die Kandidaten zum Konvent.
Q: Wiso-Wahlkuratorium: Zwischenprüfung a la Wissenschaftsrat: Regulierung der Studentenzahlen?, O. O. (Berlin) O. J. (1967)

Eoto
Dez. 67

Wahlkuratorium

W I S O 7

Z W I S C H E N P R Ü F U N G A L A

W I S S E N S C H A F T S R A T :

R e g u l i e r u n g d e r

S t u d e n t e n z a h l e n ?

Auf die Forderung der Studenten nach einem sinnvollen Aufbau des Studiums, der der Anarchie des bisherigen Vorlesungsangebotes ein Ende setzen und die Ausbildung transparenter machen sollte, geht der Wissenschaftsratmit seinen Empfehlungen aus dem Jahre 1966 scheinbar ein. Für das Studium schlug er eine Trennung zwischen " Studium " und " Aufbaustudium " vor; die beiden Phasen sollten durch eine Zwischenprüfung voneinander getrennt werden.
Eine Zwischenprüfung, die in den Empfehlungen einen zentralen Raum einnimmt und zwei Funktionen erfüllen soll: zum einen die der Leistungs-, zum anderen die der Eignungsprüfung.
Wie die Universitäts - Studienreformkommission in ihrer Stellungnahme nachweist, kann beides jedoch nicht erreicht werden:

-- in der bisherigen Praxis ist das Problem ungelöst, wie bei dem erheblichen Umfang der zu erbringenden Leistungen erreicht werden kann, daß wissenschaftliche Fragestellungen zum wesentlichen Inhalt des Studiums werden. Eine Zwischenprüfung wird die Lösung eher erschweren.
-- Die Zwischenprüfung kann die Funktion einer Eignungsprüfung nur schlecht erfüllen. Sollen Kontrolle und Selbstkontrolle von Leistungen erreicht werden, so sind sie dort am wirksamsten, wo sie korrigierend in den Studiengang eingreifen.
-- Beim heutigen Stand der Erkenntnisse über Eignungsfeststellungen muß bezweifelt werden, ob die Zwischenprüfung einen verbindlichen Eignungsnachweis für das weitere wissenschaftliche Fachstudium erbringen kann.

Insgesamt gesehen schafft der Wissenschaftsrat mit seinen Empfehlungen und seiner Propagierung der Zwischenprüfung nur das geeignete Instrument für die Universitäten, SELEKTIONSMAßNAHMEN durchführen zu können, ohne sich weiter um Studien- und Hochschulreform bekümmern zu müssen (erwähnt seien nur die Zwangsexmatrikulationen an der juristischen und medizinischen Fakultät, ähnliche Maßnahmen an der Universität Bochum, etc.)

b. w.

DIES MUß VON UNS ABGELEHNT WERDEN !!!

Wir sind nicht gegen eine Kontrolle von Leistungen. Jedoch können alle Maßnahmen, die darauf hinzielen, nur akzeptiert werden, wenn sie dem Prinzip der Förderung und nicht der elitären Auslese dienen, wenn sie beratende Funktionen erfüllen.

Zentraler Gegenstand aller Bemühungen kann nicht allein die Frage der Prüfungen sein, sondern die Reform der Hochschule und des Studiums. Prüfungen -wenn überhaupt- sind aus dem Studium abzuleiten, nicht hingegen dieses aus fixierten Prüfungsordnungen, wie es die momentane Praxis zeigt !!

Sieht aber die Zukunft anders aus?
Nein. Für die Wi-So Fakultäten wurden aus den Empfehlungen des Wissenschaftsrates RAHMENPRÜFUNGSORDNUNGEN von einer Kommission -besetzt mit Vertretern der Kultusminister und der Westdeutschen Rektorenkonferenz- ausgearbeitet (in geheimer Sitzung, wie die Herren meist zu beraten pflegen).
Der neue Universitätsgesetzentwurf für Berlin sieht nun auch noch vor, Rahmenprüfungsordnungen den Fakultäten zwingend vorschreiben zu können.
Dies sollte alle Fakultätsmitglieder dazu bringen, endlich über=fällige Reformen in Angriff zu nehmen.
WIR SIND DAZU BEREIT :
Folgerung kann für uns aber auch nur sein, alle Maßnahmen abzu=lehnen, die darauf hinauslaufen, uns ein reglementiertes Studium zu bescheren.
Die Zwischenprüfung gehört unserer Ansicht nach in diese Kategorie

In den neuen Konvent sollten Kommilitonen einziehen, die ein klares Programm ihrer Arbeit besitzen.

Wählen Sie 15 der folgenden Kandidaten:

Horst Arndt (-)	
Hannelore Börgel (BDV)	Gerd Röder (BDV)
Hans Utz Foerderreuther (-)	Rolf D. Rosenbrock (BDV)
Günter Greiff (BDV)	Eike Schweichel (SDS)
Stefan Grzimek (SHB)	Siegfried Stahn (SHB)
Günter Hedderich (SPD)	Peter Strotmann (SDS)
Frank Herterich (SPD)	Klaus J. Walsleben (SPD)
Bernhard Klingmüller (SDS)	Gerd Weghorn (SDS)
Franz Ring (LSD)	Hans J. Ziesing (-)

04.12.1967:
An der FU Berlin gibt der SHB vermutlich in dieser Woche ein Flugblatt "Saalschutz… raus!" heraus zur RCDS-Veranstaltung am 30.11.1967.
Q: SHB: Saalschutz… raus!, O. O. (Berlin) O. J. (1967)

24.12.67 E0102

**********SOZIALDEMOKRATISCHER HOCHSCHULBUND**********

SAALSCHUTZ ... RAUS!

Die Diskussionsveranstaltung mit Bundesminister Stoltenberg, veranstaltet vom RCDS im Audi-Max wurde ein Volltreffer nach hinten.

* Die Diskussion mit dem Minister wurde nicht von einem RCDS-Studenten, sondern vom Mitglied des Abgeordnetenhauses Lummer (CDU) geleitet. Dieser Abgeordnete hat sich mehrfach durch ignorante und maßlose Angriffe gegen engagierte Studenten hervorgetan. Er gilt als einer der Haupteinpeitscher der rechtsextremen Berliner CDU.

  Der RCDS glaubt, uns diesen Mann als Diskussionsleiter einer Veranstaltung im Audi-Max zumuten zu können!

* Das Auditorium bestand etwa zur Hälfte aus Leuten von der Jungen Union, dem Jugendverband der CDU. Offenbar fürchtet sich der RCDS davor, Minister Stoltenberg ausschließlich mit Studenten zu konfrontieren.

  Studenten sind dem RCDS wahrscheinlich zu kritisch. Deshalb wurden Akklamationshelfer aus dem Parteivolk organisiert!

* Gleich zu Beginn der Diskussion meldete sich ein Kommilitone mit erhobenen Armen zur Geschäfstordnung. Er wollte einen Vorschlag zum Diskussionsverfahren machen und ging im Mittelgang des Audi-Max auf das Mikrophon zu. Sofort wurde er von einer Schar Männer umstellt, die ihn boxten, traten und zurückstießen. ("Komm her, Bürschchen, Dich machen wir fertig"). Die Schläger trugen alle kleine Anstecknadeln als Markierung.

  Das Auditorium - soweit es aus Studenten bestand - nahm mit großer Empörung und minutenlangen Mißfallenskundgebungen zur Kenntnis, daß im Audi-Max der FU ein Saalschutz aus CDU-Leuten aufmarschiert war, der rüde gegen Studenten vorging.

Bei all dem saß RCDS-Chef Runge wort- und hilflos auf dem Podium. Herr Runge (Slogan: Progressiv-Demokratisch) will bei der Konventswahl an der FU viele Stimmen für RCDS-Kandidaten gewinnen. Weil der RCDS auf einmal so ungeheuer fortschrittlich ist.

Weiter so, Herr Runge!

**********SOZIALDEMOKRATISCHER HOCHSCHULBUND**********

04.12.1967:
Am OSI der FU Berlin gibt der SHB vermutlich in dieser Woche ein Flugblatt "zur Auseinandersetzug um die neue Fachschaftsvertretung" heraus.
Q: SHB: Der SHB zur Auseinandersetzug um die neue Fachschaftsvertretung, O. O. (Berlin) O. J. (1967)

3 Dez 67

SHB SHB SHB SHB SHB SHB SHB SHB SHB SHB SHB SHB SHB SHB SHB

Der SHB zur Auseinandersetzung um die neue Fachschaftsvertretung:

In der Diskussion, die der SHB in jüngster Zeit mit den Kandidate für den Fachschaftssprecher und den 1. Stellvertreter geführt hat ergab sich eine gemeinsame Einschätzung der Studiensituation am OSI und der sich daraus ergebenden Konsequenzen für die weitere Fachschaftsarbeit.

- Übermäßiger Studienandrang
- immer deutlicheres Unbehagen an Studien- und Prüfungsgestaltung

erfordern die radikale Infragestellung und offene Diskussion dieser Situation.
Das autoritäre Verhalten einzelner Lehrstuhlinhaber und eine bisher fehlende Studienreform machen eine tatsächlich an den Interessen der Studentenschaft und an den Prinzipien der Wissenschaft orientierte Fachschaft notwendig.
Daher

- fordert der SHB eine wirklich neue Fachschaft
- unterstützt der SHB die Kandidaten
  Hans-Joachim F u n k e
  Günter S c h m i d t
  Wieland E s c h e n h a g e n

Nils Kadritzke
Ulf Kadritzke
Karl-Heinz Reif
Gerd Börnsen (Landesvors. des SHB)
Gerhard Heckmann(Vors. d. SHB-Gruppe FU)

SHB SHB SHB SHB SHB SHB SHB SHB SHB SHB SHB SHB SHB SHB SHB

04.12.1967:
An der TU Berlin gibt die Studentenvertretung (SV) eine "Information" in einer Auflage von 1 000 Stück heraus zum Flugblatt der UAG vom 30.11.1967, in der sie der SV vorwarf, der UAG das Leben schwer zu machen.
Q: SV TU: Information, Berlin 4.12.1967

1000x

S T U D E N T E N V E R T R E T U N G der Technischen Universitä
- V O R S T A N D -

==========

I N F O R M A T I O N

Am 30.11.67 wurde durch die UAG ein Flugblatt herausgegeben, in d
der Studentenvertretung der Vorwurf gemacht wurde, sie mache der
UAG das Leben schwer, weil sie sich als Opposition gegen die zu-
nehmende Politisierung der Studentenvertretung verstehe. Zur Richt
stellung der von der UAG verbreiteten Behauptungen sei folgendes
sagt:
1.) Herr Hain, ehemaliger Sozialreferent, hatte einen UAG-Mann be
tragt, sich aus der Kartei des Sozialreferats die Anschriften der
UAG-Kandidaten herauszusuchen. Herrn Hain war bekannt, daß diese
tei nur dem Sozialreferat und der Studentenvertretung für den int
nen Gebrauch zur Verfügung steht. Seitens der Studentenvertretung
wurde die UAG an den Hauptwahlleiter, Herrn Schiffer, verwiesen,
dann nach schriftlichem Antrag die gewünschten Adressen herausgab
Ein schriftlicher Antrag unter Angabe der Namen der UAG-Kandidate
war notwendig, da aus der Vorstellung (schriftlich und mündlich)
häufig nicht zu ersehen war, wer für die UAG kandidierte.

2.) Um eine Gleichstellung aller am Wahlkampf beteiligten Gruppen
zu erreichen, wandte sich am 23.11. die Studentenvertretung an de
Rektor. Infolgedessen erhielt am 29.11.67 die UAG folgendes Schre
ben:
"Sehr geehrte Herren!
Da, wie ich inzwischen erfahren habe, das Urabstimmungsverfahren
durch die Auflösung des Studentenparlamentes gegenstandslos gewor
ist, vermag ich Ihnen die o.g. Räume nicht länger zur Verfügung z
stellen. Ich bitte Sie daher, diese Räume sofort zu räumen.
Mit vorzüglicher Hochachtung
gez. Prof.Dr.Weichselberger"

Da am 13.11.67 das Parlament sich selbst aufgelöst hat und seit d
die Vorbereitungen für die Wahl laufen, die UAG aber erst am 29.1
nach Intervention der Studentenvertretung den anderen Gruppen gle
gestellt wurde, konnte man wohl mit Recht von einer Bevorzugung d
UAG sprechen.

3.) Der Fakultätenrat und der Vorstand sind übereingekommen, alle
wahlwerbenden Gruppen - soweit wie möglich - die technische Appar
tur der Studentenvertretung gegen Zahlung der entstehenden Kosten
zur Verfügung zu stellen.
Die UAG, offensichtlich mit besseren Möglichkeiten und Mitteln ve
sehen, ist anscheinend nicht auf das oben angeführte Angebot ange-
wiesen.

Wir empfehlen der UAG, will sie nicht in den Ruf einer unqualifiz
ten Agitationsgemeinschaft geraten, sich in Zukunft klarer auszud
ken.

PS.
Vom Rektor wurden den Gruppen folgende Räume zur Verfügung gestel

1002 a (3181) SDS, APA
1002 b (3182) SHB
1002 c (3564) UAG
1002 e (3184)) GSG, LSD

gez. Dieter Läpple (1.Vors.)
Hubert Borns (2.Vors.)

1 Berlin, den 4.12.1967

04.12.1967:
An der TU Berlin wird von Rektor und Studentenvertretung (SV) eingeladen zum Gespräch mit N. Strelcuk aus der Sowjetunion, dem Rektor der Moskauer Hochschule für Bauwesen und deren Dekan A. Kistjakovkij.
Q: N. N.: An die Studentenschaft der Technischen Universität Berlin, O. O. (Berlin) O. J. (1967)

An die Studentenschaft der Technischen Universität Berlin

A C H T U N G H E U T E !

Rektor und Studentenvertretung der Technischen Universität Berlin

laden Sie ein

zu einem G e s p r ä c h

mit dem Rektor der Moskauer Hochschule für Bauwesen,
Professor Dr. N. S T R E L'C U K

und

Dekan Professor Dr. A K I S T J A K O V S K I J

am Montag, dem 4.Dezember 1967 um 16 Uhr c.t.,

in den Senatssitzungssaal der TU, Hauptgebäude 1.Stock

04.12.1967:
An der TU Berlin geben die UAG vermutlich Anfang dieser Woche das Flugblatt Nr. 2 zu den sozialen Problemen der Studenten bzw. zum Honnefer Modell heraus.
Q: UAG: Das Bemühen, die sozialen Probleme lösen zu helfen, … , O. O. (Berlin) O. J. (1967)

UNABHÄNGIGE AKTIONS-GEMEINSCHAFT

2

Das Bemühen, die sozialen Probleme lösen zu helfen,
war bis zum Frühjahr dieses Jahres eine der vorrangigsten und wichtigsten Aufgaben für jede Studentenvertretung und für jedes Studentenparlament an der TU.

Wir meinen,
daß durch die zunehmende Politisierung der Studentenvertretung diese Aufgabe immer stärker in den Hintergrund gedrängt worden ist.

Wir glauben,
daß die Lösung der sozialen Probleme eine der Zentralaufgaben jeder studentischen Interessenvertretung sein muß!

Wir wollen
dafür Sorge tragen, daß das neue Studentenparlament und die neue Studentenvertretung wieder die Zeit und das Interesse finden, die studentische Sozialarbeit und Sozialpolitik konstruktiv voranzutreiben.

Im besonderen sehen wir in der Durchsetzung folgender Ziele unsere Hauptaufgabe:

- Schaffung eines bundeseinheitlichen und sozialgerechten Ausbildungsförderungsgesetzes. Als Übergangslösung fordern wir eine sofortige Verbesserung des Honnefer Modells durch Erhöhung des Förderungsmeßbetrages auf DM 400,—, durch Erhöhung des Freibetrages und eine prinzipielle Förderung der Studenten des 2. Bildungsweges,
- Übernahme der Studentenschaft in die gesetzliche Krankenversicherung,
- Bau von preiswerten und zeitgerechten Wohnheimen (in Appartmentbauweise und auch für Studentenehepaare),
- stetiger Abbau der viel zu hohen Studiengebühren.

Wir bekennen
uns ausdrücklich zum Prinzip der sozialen Selbsthilfe und wir werden alles in unserer Macht stehende tun, dieses Bekenntnis in die Tat umzusetzen und verlorenes Terrain zurückzugewinnen (z. B. im Studentenwerk).

Als vorrangigste Aufgaben sehen wir:

- den beschleunigten Ausbau der „Studienhilfe". Wir wollen mehr Skripten und die Einrichtung von Repetitorien
- die Einrichtung einer Kinderkrippe
- die Schaffung eines Studentenkaufhauses
- die Einführung einer Rechtsberatungsstelle für Studenten
- die Einrichtung einer psychotherapeutischen Beratungsstelle.

Wir sehen
in der Durchsetzung dieser Ziele eine unserer wichtigsten Aufgaben. Die Parlamentarier der UAG werden sich dafür einsetzen, daß diese Aufgaben beschleunigt und konstruktiv angegangen und gelöst werden. Das ist ein Versprechen.
Wollen Sie uns dabei unterstützen? — Dann geben Sie Ihre Stimme den Kandidaten der UAG!

Unser Konto: Berliner Bank Nr. 99/83 520 Treffpunkt: H 1002 c
Telefon: Hausapparat 35 64

Unabhängige Aktionsgemeinschaft

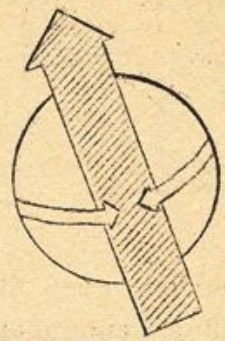
Verantwortlich für den Inhalt: Gerhard Hain

UAG UAG UAG

Druck: Albert Hentrich, 1 Berlin 41, Albrechtstraße 111

04.12.1967:
An der TU Berlin geben Igor Bolm und 19 weitere Kandidaten vermutlich Anfang dieser Woche das Flugblatt "Wahlinformation" Nr. 5 heraus zu Vorlesungsrezensionen und Selbsthilfeeinrichtungen.
Q: Bolm, I. et al.: Wahlinformation 5, … , O. O. (Berlin) O. J. (1967)

5 WAHLINFORMATION



VORLESUNGS-REZENSION

Wir bejahen Vorlesungsrezensionen als eine Form der Kritik, die dazu führen soll, Lehrveranstaltungen effektiver zu gestalten.

Aus Gründen der Fairness muß aber dem Kritisierten gleichzeitig Gelegenheit zur Gegendarstellung gegeben werden. Die Kritik muß prinzipiell zwischen Form und Inhalt der Lehrveranstaltung unterscheiden.

Folgende Formen der Kritik sind denkbar:

1. Podiumsdiskussion,
2. schriftliche Rezension in der Studentenzeitung "Anrisse".

bitte wenden

VORLESUNGS-REZENSION

SELBSTHILFE-

EINRICHTUNGEN

Wir befürworten Selbsthilfeeinrichtungen, wenn sie im Interesse der Studentenschaft liegen. Allerdings ist es notwendig, daß die Selbsthilfeeinrichtungen von Zeit zu Zeit auf ihren Sinn und Zweck überprüft werden müssen.

WÄHLEN SIE

DIE KANDIDATEN

Fak. I
Igor Bolm

Fak. II
Mathematik
Hartmut Braun

Physik
Lothar Mayas

Fak. IV
Vermessungswesen
Werner Lühring

Fak. V
Maschinenbau
Bengt Bohnstedt
Gerd Martiny
Hans Albrecht Moser
Viktor v. Schöning

Fak. VI
Adolf Meinecke

Fak. VIII
Wirtschaftsingenieurwesen
Hans Jürgen Oppeland
Heinz Kretzmer
Hubert Wolf
Horst Walter Richter
Walter Brinkmann

Betriebswirtschaft
Klaus Kühn
Rolf Vieten
Peter Matthias

Fak. IX
Bernd Gurack
H.-P. Reibnitz
Wolfgang Streng

05.12.1967:
An der FU Berlin geben die VAFU, laut einer handschriftlichen Datierung heute, das Flugblatt Nr. 6 heraus zum vom Konvent am 30.11.1967 verabschiedeten Antrag von Graudenz, der den AStA verurteilt.
Q: VAFU: Antrag Graudenz, O. O. (Berlin) O. J. (1967)

Foto 2
S. 126

Vereinigte
Arbeitsgemeinschaften
an der
Freien
Universität

6

Antrag Graudenz:

„Der AStA wird wegen der versuchten und z. T. geglückten Manipulation auf der Vollversammlung am Montag, dem 27. 11. 1967, schärfstens gerügt. Der Konvent ist bestürzt über dies undemokratische Verhalten der von ihm gewählten und ihm verantwortlichen Exekutive."

Zur Information:

In der Sitzung am 30. 11. 1967 nahm der Konvent **zwei** Anträge an und gab dem AStA den Auftrag, **beide** zu veröffentlichen. Der AStA veröffentlichte bisher nur den einen, der Ihnen seit Freitag vorliegt. Wir halten es für unsere Pflicht, Sie auch über den anderen, oben abgedruckten, zu informieren.

Zur Wahl:

Zum 19. Konvent kandidierten 129 Studenten, 53,7 % beteiligten sich an der Wahl.

Zum 20. Konvent kandidieren 213 Studenten, ??,? % werden sich an der Wahl beteiligen.

Wenn Sie wollen, daß im 20. Konvent Ihre Meinung vertreten wird, dann wählen Sie **eindeutig: Beschränken** Sie sich auf entsprechende Kandidaten, und kreuzen Sie nicht aus Verlegenheit bis zur möglichen Höchstzahl an. **Sonst wählen Sie gegen sich selbst.**

Wählen Sie auf jeden Fall!

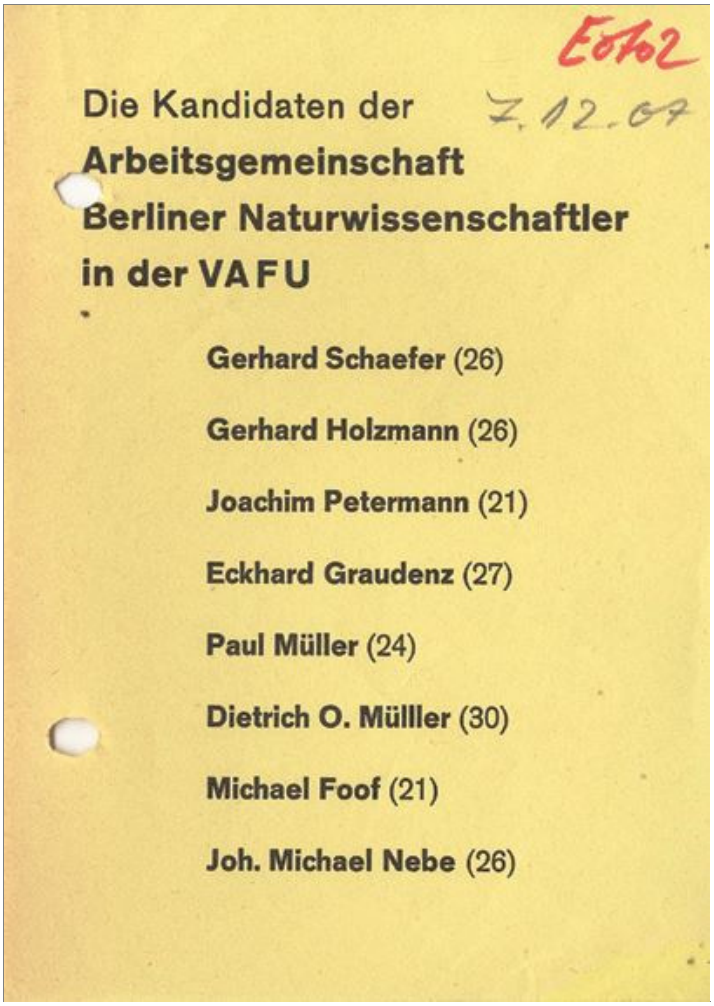
Unterstützen Sie die Kandidaten der VAFU!

Arbeitsgemeinschaft Berliner Kliniker (ABK)
Arbeitsgemeinschaft Berliner Naturwissenschaftler (ABN)
Arbeitsgemeinschaft Berliner Veterinärmediziner (ABV)
Arbeitsgemeinschaft an der Juristischen Fakultät (AJur)
Arbeitsgemeinschaft an der Philosophischen Fak. (APhil)
Arbeitsgemeinschaft an der WiSo-Fakultät (AWiSo)

Auskunft erteilt:
Hans-Georg Kawerau, Tel.: 76 42 74

Druck: Albert Hentrich, 1 Berlin 41, Albrechtstraße 111

05.12.1967:
An der Math.-Nat Fak der FU Berlin gibt die ABN in der VAFU vermutlich heute einen Taschenzettel heraus.
Q: ABN: Taschenzettel, O. O. (Berlin) O. J. (1967)


E0702

Die Kandidaten der 7.12.67
Arbeitsgemeinschaft Berliner Naturwissenschaftler in der VAFU

Gerhard Schaefer (26)

Gerhard Holzmann (26)

Joachim Petermann (21)

Eckhard Graudenz (27)

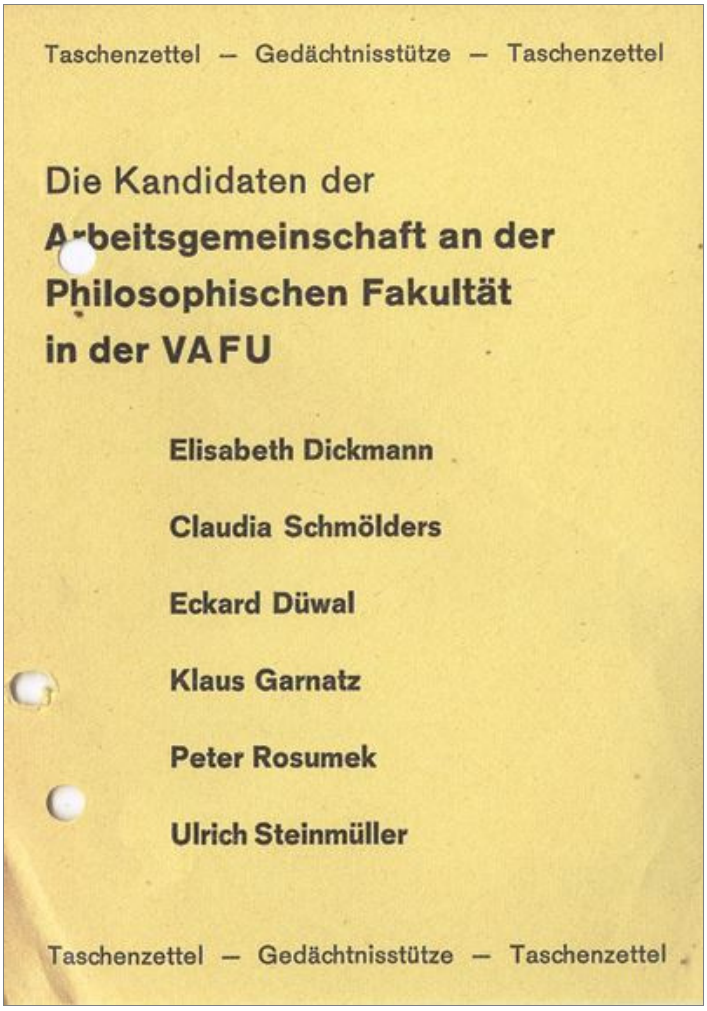
Paul Müller (24)

Dietrich O. Mülller (30)

Michael Foof (21)

Joh. Michael Nebe (26)

05.12.1967:
An der Phil Fak der FU Berlin gibt die APhil in der VAFU vermutlich heute einen Taschenzettel heraus.
Q: APhil: Taschenzettel, O. O. (Berlin) O. J. (1967)



05.12.1967:
An der FU Berlin gibt das Wiso-Wahlkuratorium vermutlich heute ein Flugblatt heraus. Vorgestellt werden die Kandidaten zum Konvent.
Q: Wiso-Wahlkuratorium: Wählen Sie…, O. O. (Berlin) O. J. (1967)

E5702
5.12.67

WISO

WAHLKURATORIUM

Wählen Sie einen funktionsfähigen Fakultätsausschuß. Wählen Sie 15 der 17 Kandidaten, die sich Ihnen hier vorstellen.

Horst Arndt

Hannelore Börgel

Hans Utz Foerderreuther

Günter Greiff

Stefan Grzimek

Günter Hedderich

Frank Herterich

Bernhard Klingmüller

Franz Ring

Gerd Röder

Rolf Rosenbrock

Eike Schweichel

Siegfried Stahn

Peter Strotmann

Klaus J. Walsleben

Gerd Weghorn

Hans Joachim Ziesing

05.12.1967:
An der TU Berlin gibt die Studentenvertretung (SV) ihre "Information" heraus zu ihren hochschulpolitischen Aktivitäten, wie den Hochschultagen. Dokumentiert wird der Beschluss des Fakultätenrats vom 4.12.1967, der dem Hauptwahlleiter das volle Vertrauen aussprach.
Q: SV TU: Information, Berlin 5.12.1967

S T U D E N T E N V E R T R E T U N G der Technischen Universitä
- V O R S T A N D -

I N F O R M A T I O N

Die Studentenschaft der TU und die Öffentlichkeit sind über das politische Engagement und die politischen Aktivitäten der Studentenvertretung ausreichend informiert. Weniger gut dagegen wissen viele Kommilitonen, was in den letzten Monaten der Vorstand und die Referenten auf anderen Gebieten geleistet haben. Das führt soweit, dass manche meinen, die Studentenvertretung hätte nur Depeschen in alle Welt verschickt.

Durch die spektakulären Ereignisse in den vorangegangenen Wochen fanden die hochschulpolitischen Aktivitäten des Vorstandes und die Arbei der verschiedenen Referate in der Studentenschaft wenig Interesse.
Um die Studentenschaft darüber aufzuklären, was ihre Studentenvertretung geleistet hat und um ihr bewusst zu machen, welche Aufgaben in nächster Zukunft zu lösen sind, werden in den kommenden Tagen die Referenten über ihre Fachgebiete berichten.
Die Hochschultage der Studentenschaft werden vielen von ihnen noch in guter Erinnerung sein, wurden die 8 Veranstaltungen doch jeweils von rund 25o Kommilitonen besucht. Ausserdem berichtete Rundfunk, Fernseh und die Presse recht ausführlich über dies - man kann jetzt wohl mit Recht sagen - geglückte Experiment. Anfang Januar werden die Referate der Hochschultage in einer Broschüre publiziert werden. - Die Hochschultage haben auch einen wesentlichen Beitrag für die Konzeption der hochschulpolitischen Vorstellungen der Studentenvertretung geleistet. Der Vorstand wird Mitte dieser Woche in einer Anrisse-Sondernummer seine Vorstellungen zur Hochschulreform und zum Hochschulgeset zur Diskussion stellen. Anhand dieses Papieres werden Sie beurteilen können, was dieser Vorstand in Zusammenarbeit mit dem Hochschularbeitkreis des APA auf hochschulpolitischem Gebiet geleistet hat. -
Auf der Vollversammlung aller Fakultäten am kommenden Freitag können Sie uns zu unserer Arbeit und zu unseren Vorstellungen befragen. Woll Sie sich darüber hinaus direkt informieren, so sind sie jederzeit in der Studentenvertretung willkommen. Vielleicht werden auch Sie zur aktiven Mitarbeit angeregt.

5.12.67

Die STUDENTENVERTRETUNG
gez.: Dieter Läpple gez.: Hubert Borns

bitte wenden

I N F O R M A T I O N

FAKULTÄTENRATS-BESCHLUSS

Der Fakultätenrat beschloss auf seiner 13.o.Sitzung am 4.Dezember 1967:

"Der Fakultätenrat spricht dem Hauptwahlleiter, Herrn Heinrich SCHIFFER, sein volles Vertrauen aus und weist die von der UAG in einem Flugblatt am 3o.11.67 erhobenen Diffamierungen schärfstens zrück."

Antragsteller: Hans-Jochen Birke

Abstimmungsergebnis: 6 Ja-Stimmen, keine Nein-Stimmen
keine Enthaltungen.

05.12.1967:
Der AStA der Universität Göttingen gibt seine 'Göttinger Nachrichten' (GN) Nr. 7 (vgl. 16.11.1967, 11.1.1968) heraus mit dem Leitartikel "Rausschmiß nach sechs Semestern. Die wirklichkeitsfremden Vorstellungen des Kultusministers" zur Regelstudienzeit bzw. Zwangsexmatrikulation.

Weitere Artikel sind:
- "Absurd" zur Studienreform;
- "Studenten als Spitzel. Verfassungsschutz überwacht SDS auch in Göttingen";
- "Ist der AStA wirklich pleite?";
- "Terror?" zu den Äußerungen des Rektors der Universität Frankfurt, Ruegg;
- "'Treibt Moabit den Teufel aus'" zur Demonstration in Berlin am 27.11.1967;
- "Politische Justiz" zu den Folgen vor allem des 2. Juni in Berlin;
- "Eine Meinung aus dem SDS. Aufklärung ist kein Terror";
- "Diskriminierung der ausländischen Studenten" bei der Zimmervermittlung;
- "Mitbestimmung uninteressant. Kommissionen für Studienfragen beginnen ihre Arbeit";
- "Jura-Assistenten: Höflichkeit oder Angst?";
- "Eskalation" zu den Protesten bei den Rektoratsübergaben an der TU Berlin und in München;
- "Parität gefordert" im Studentenwerk;
- "Über Meinungsfreiheit an der Universität" von Prof. Dr. Eduard Lohse;
- "Der hilflose Antifaschismus" zur Bezeichnung des SDS als faschistisch durch Prof. Ruegg in Frankfurt;
- "Gloss-In. Arbeits-Raummangel";
- "Pille für Studentinnen nicht selbstverständlich" zur Antibabypille;
- ein Leserbrief "Politisches Mandat" zur Nr. 6; sowie
- "Meldungen aus dem AStA".
Q: Göttinger Nachrichten Nr. 7, Göttingen 5.12.1967

06.12.1967:
An der FU Berlin erscheint vermutlich heute ein Flugblatt "Springer schaut auf euch", das vermutlich vom AStA herausgegeben wurde. Dokumentiert werden ein Artikel der 'BZ' vom 5.12.1967 zu den Konventswahlen sowie die Telegramme des AStA an die Studenten in Frankfurt und am 6.12.1967 nach Münster sowie des Telegramms von Studentenvertretung TU, ASten Film- und Fernsehakademie, FU, HfbK, Kiho und PH, von GSG, LSD SHB und SDS nach Madrid, Spanien.
Q: N. N.: Springer schaut auf euch, O. O. (Berlin) O. J. (1967)

SPRINGER SCHAFFT AUF EUCH

15 Pf

Nr. 283 · 21. Jahr / Dienstag, 5. Dez. 1967 · A 2032 A

Die größte Zeitung Berlins

Konventswahl

hohem Einsa

Es geht um die Zuk

Heute beginnen an der Freien Universität die 20. Konventswahlen. Vom 5. bis zum 8. Dezember wählen die Studenten ihr neues Parlament.

Noch nie zuvor in der Geschichte der Freien Universität wurde das Ergebnis einer Wahl mit so fieberhafter Spannung erwartet. Noch nie zuvor wurde ein studentischer Wahlkampf so erbittert ausgefochten. Denn noch nie zuvor war der Einsatz bei einer Konventswahl so hoch wie in diesem Jahr: Es geht um die Zukunft der Freien Universität Berlin!

Hinter uns liegt der lange, heiße Sommer 1967. AStA und Konvent — also Studenten-Regierung und Studenten-Parlament — marschierten in den vergangenen Monaten in einsamem Alleingang auf radikalem Linkskurs. Sie machten die Freie Universität zum Podium ihrer revolutionären Politik.

Und immer mit der Anmaßung: „Im Namen aller Studenten!"

Gewaltmärsche nicht im Namen der Studenten

Aber viele Studenten haben das Vertrauen in ihre politische Vertretung längst verloren. Denn die Gewaltmärsche des alten Konvents wurden weder im Namen noch im Interesse der Studenten inszeniert.

Trotzdem dürfen wir nicht vergessen: Vieles von dem, was die Unzufriedenen vorzubringen haben, hat Hand und Fuß. Und ihre überschäumende Aktivi-

tät hat
in Bew
sichten
zwunge
und Ve
halb is
versität
begrüß

Aber
Intoler
einiger
zum Tri
denten
Sie hab
Sackga

Es wi
Student
wählt.
die tat
essen
für die
und sel

Desha
entsche
irgende
Es geht
die lähi
ger zu v

79 St
Konven
sich in
Das si
vergang
Die pol

Text des Telegramms nach Madrid

"Anläßlich der Verhaftung von zahlreichen Vertretern der demokratische Studentenvereinigung, des brutalen Vorgehens gegen eine legitime Demonstration und der Besetzung der Universität von Madrid durch die Polizei versichern wir den spanischen Studenten unsere volle Solidarität i ihrem Widerstand gegen eine Regierung, die die Grundrechte der freien Meinungsäußerung und der politischen Selbstbestimmung der spanischen Studenten und Arbeiter nur noch durch brutale Maßnahmen und Polizeiterror unterdrücken kann."

gez. Studentenvertretung der TU
AStA der HfBK
AStA der KiHo
LSD
SHB
AStA FU
AStA PH
AStA Film u. Fernsehakademie
GSG
SDS

Telegramm nach Frankfurt

"Durch Beratungen hinter verschlossenen Türen versucht die Universitätsbürokratie immer wieder, die Studenten belastende Maßnahmen durchzudrücken. In dieser Situation reicht ein Betroffenengehör nicht mehr aus. Die Forderung muß lauten: Öffentlichkeit in allen Gremien und Vetorecht der Betroffenen. Dies ist der erste Schritt zur Demokratisierung der Hochschule. Die Studentenschaft der Freien Universität BERLIN solidarisiert sich mit den um Demokratie kämpfenden Studenten Frankfurts."

AStA der FU Berlin

Telegramm der Pädagogischen Hochschule Münster 6.12.1967

Wir erklären uns solidarisch mit den streikenden Studenten, die nicht länger bereit sind, Studienreform auf ihrem Rücken austragen zu lassen. Für die katastrophalen Studienbedingungen an den heutigen Massenuniversitäten sind die Bildungsplaner verantwortlich, die zur Zeit der Hochkonjunktur die erforderlichen Bildungsinvestitionen versäumt haben.

AStA der FU Berlin

06.12.1967:
An der FU Berlin gibt die Aktion 20. Konvent, laut einer handschriftlichen Datierung heute, das Flugblatt "Nachrichten aus dem Konvent…" heraus zu deren Ausgabe vom 4.12.1967 bzw. zur Finanzprüfungskommission (FPK).
Q: Aktion 20. Konvent: Nachrichten aus dem Konvent…, O. O. (Berlin) O. J. (1967)

X

612.0
Foto 2

NACHRICHTEN AUS DEM KONVENT.....

Wir sind dankbar, daß damit der Konventsvorstand von Zeit zu Zeit die "studentsiche Öffentlichkeit umfassend informiert." Leider haben wir nach der Sitzung am 30.11.67 diese umfassende Information vermisst. Was war geschehen? Eigentlich nichts Besonderes, so kann der unbefangene Beobachter vermuten, sofern er nur die Tagesordnung gelesen hat. Haushaltspläne, Universitätsordnung, Wahl der Ältesten usw. und Bericht der Finanzprüfungskommision (FPK). Also eine reine Routinesitzung, auf der zwar einige Beschlüsse gefasst wurden, die dann auch zum Teil vom Konvent veröffentlicht wurden (leider erst am 4.12., obwohl die Sitzung bereits am 30.11. stattgefunden hatte.) Was soll also das ganze Gerede? Nun, immerhin gab der Bericht der FPK einigen Aufschluß über die Führung des AStA - Finanzreferats in der Zeit von Finanzreferent Risler (SDS) , der bis Mitte Oktober im Amt war. (Risler wurde nicht abgewählt, er trat zurück, als Folge des Rücktritts von Häußermann und studiert jetzt, wie zu hören war in Frankfurt). Nun diesem Mangel an Information wollen wir damit abhelfen (obwohl wir jetzt schon sehen, wie linke Gruppen und Grüppchen an einem Flugblatt mit der Überschrift

ALLE JAHRE WIEDER

als Replik auf dieses Flugblatt basteln.)

Was gibt es also in diesem Jahr?

Dazu aus dem Bericht des FPK - Vorsitzenden vor dem Konvent am 30.11.67:

Die Arbeit der FPK bestand in den letzten Sitzungen hauptsächlich darin, die Buchhaltung des Finanzreferenten wieder in Ordnung zu bringen (D.h. unverbucht Belege in einem Haufen von Papier und Unordnung zu suchen, sie anschliessend zu verbuchen und dann noch Fehlbuchungen auszubügeln.) Von Prüfung konnte also überhaupt keine Rede sein, da allein das Suchen schon die ganze Zeit beanspruchte.

Wenn also schon in der Buchhaltung Unordnung und Schlamperei herrschte, wie wird es dann mit der materiellen Verwaltung der Mittel in der fraglichen Zeit aussehen, zu deren Prüfung die FPK lt. Satzung leider nicht zuständig ist? Dazu müssen wir den Bericht der entsprechenden Kommision abwarten, der falls der bisherige Arbeitsrythmus beibehalten wird, frühestens 1970 zu erwarten ist, denn schliesslich wurde der Bericht für 1964 ja schon am 30.11.67 dem Konvent vorgelegt. Wie man allerdings dann noch auf Risler zurückgreifen will?

Deshalb wurde dem Konvent vom Vorsitzeden der FPK ein Antrag vorgelegt, der enthielt, daß der Konvent die Amtsführung des Finanzreferenten Risler mißbilligt und ausdrücklih darauf hinwies, daß der Finanzreferent in jedem Fall für seine Amtsführung finanziell verantwortlich sei. Dieser Antrag wurde abgelehnt, mit der Begründung, daß diese Bestimmung ja schon in der Haushaltsordnung enthalten sei. Dieser formalen Begründung können wir uns leider nicht anschliessen. Wir sind der Meinung, faß Risler während seiner Amtszeit zu sehr gepfuscht hat um ihn jetzt aus (falsch verstandener) Loyalität noch offizielle Rückendeckung zu gewähren. Doch entscheiden Sie sich selbst. Bilden Sie selbst Ihr Urteil, wie der AStA unter Risler Ihr Geld verwaltet hat.

AKTION 20. KONVENT - FÜR EINE FREIE UNIVERSITÄT

06.12.1967:
An der FU Berlin geben die VAFU das Flugblatt "Wahlrecht - Wahlpflicht" heraus zu.
Q: VAFU: Wahlrecht - Wahlpflicht, O. O. (Berlin) 6.12.1967

Vereinigte
Arbeitsgemeinschaften
an der
Freien
Universität

Wahlrecht-Wahlpflicht

Zum 19. Konvent kandidierten 129 Studenten, 53,7 % beteiligten sich an der Wahl.

Zum 20. Konvent kandidieren 213 Studenten, **??,? %** werden sich an der Wahl beteiligen.

Haben Sie schon gewählt?

Wenn nicht, welch ungenutzte Chance:

denn erstmalig haben sich **Kandidaten zusammengeschlossen,**

- die die Universität nicht zum Kampfmittel gesellschaftspolitischer Auseinandersetzung mißbrauchen werden,
- die diskutieren und nicht manipulieren,
  die argumentieren und nicht polemisieren,
- die in sachlicher Diskussion die Kritik innerhalb der bestehenden Universität einsetzen werden.

Haben Sie schon gewählt?

Schlagen Sie kein Kreuz, sondern kreuzen Sie an

- nur Kandidaten, die wirklich Ihre Meinung vertreten,
- nicht aus Verlegenheit bis zur möglichen Höchstzahl.

Schwächen Sie nicht das Gewicht Ihrer Stimme, denn nur die Rangordnung auf der Fakultätsliste entscheidet.

Wählen Sie vernünftig:

Arbeitsgemeinschaft Berliner Kliniker (ABK)
Arbeitsgemeinschaft Berliner Naturwissenschaftler (ABN)
Arbeitsgemeinschaft Berliner Veterinärmediziner (ABV)
Arbeitsgemeinschaft an der Juristischen Fakultät (AJur)
Arbeitsgemeinschaft an der Philosophischen Fak. (APhil)
Arbeitsgemeinschaft an der WiSo-Fakultät (AWiSo)

6. Dezember 1967

Auskunft erteilt:
Eckard Düwal, Tel.: 86 24 66

Druck: Albert Hentrich, 1 Berlin 41, Albrechtstraße 111

06.12.1967:
An der TU Berlin gibt das Außenreferat der Studentenvertretung (SV) eine "Information" heraus. Angekündigt wird ein Informationsabend zu Biafra bzw. Nigeria.
Q: SV TU-Außenreferat: Information, Berlin 6.12.1967

S T U D E N T E N V E R T R E T U N G der TECHNISCHEN UNIVERSITÄT BERLIN

- AUSSENREFERAT -

==========

I N F O R M A T I O N

Das Aussenreferat tritt für Sie meist erst dann in Erscheinung, wenn Si ein Auslandsstudium planen oder ein Auslandspraktikum machen wollen od wenn Sie an einem der Austauschprogramme teilnehmen.
Das Arbeitsprogramm des AR umfasst aber mehr: Kontakte mit den Student schaften in- und ausländischer Hochschulen zu pflegen und dabei Infor- mationen über die besondere Situation der jeweiligen Hochschule zu sam- meln und bereitzustellen - so etwa könnte man grob die Aufgabenstellun nach aussen hin umreissen. Dazu kommen noch die Aufgabenbereiche der TU selbst.

Kontakte zu benachbarten ausländischen Hochschulen.
Zu den Nachbarn zählen wir auch die östlichen. Mit der DDR gibt es grundsätzliche Schwierigkeiten; aber die tschechoslowakischen Tech- nischen Hochschulen in Prag, Brünn und Košice (Kaschau) zeigen sich sehr kontaktfreudig. Mit Košice wird ein Austausch arrangiert. Ähnlich Kontakte werden mit Polen und der Sowjetunion angestrebt. Wir glauben, dass es höchste Zeit ist, unsere besonderen Möglichkeiten wahrzunehmen und mit unseren Kommilitonen aus den östlichen Ländern zu sprechen.
Zur Zeit befinden wir uns in der BRD mit unserer Auffassung nicht ein- mal in der schlechtesten Gesellschaft. Nebenbei sei bemerkt:
Der Aussenreferent erklärte bei einem Besuch in Prag und Košice sich mit den Zielen der demonstrierenden Studenten solidarisch.(Japan und Kuba sind dafür etwas zu weit entfernt, Telegramme sind da angemessene

Natürlich wird der Austausch mit unseren westlichen Nachbarn nicht ver nachlässigt. Studenten der TH Nantes werden nach Berlin kommen und wir fahren Ende Februar nach Nantes. Die genauen Termine aller Austausch- programme werden zeitig in ANRISSE bekanntgegeben. Mit Technischen Hochschulen in Holland, Dänemark, Norwegen, Schweden und Finnland sind wir über die Organisation NEUES (North European Engeneering Students) freundschaftlich verbunden. Darüber wird noch ausführlicher zu berich- ten sein.

Praktikantenstellen im Ausland.
Die Lokalkommitees von AIESEC und IAESTE im Aussenreferat vermitteln für die Sommerferien Praktikantenstellen in europäischen und ausser- europäischen Ländern.
Auskunft und Bewerbung: montags und donnerstags von 12 bis 13 Uhr.
Bis Mitte Januar sollten Sie sich entschieden haben !

Ausländische Studentengruppen an der TU.
Die meisten ausländischen Studentengruppen an der TU arbeiten mit dem AR zusamnen. Einige haben zur Zeit mit politischen Hochschulgruppen g meinsame Probleme: Sie sind offensichtlich aufgrund ihrer politischen Äusserungen administrativem Druck ausgesetzt.

Gemeinsam mit der Biafra-Studentenorganisation und hoffentlich auch m der nigerianischen-Studentenunion veranstaltet das AR im Dezember ei- nen Informationsabend über die Auseinandersetzung Biafra-Nigeria.

Information über die Probleme der Dritten Welt - durch unsere ausländ- dischen Kommilitonen !

Das war nur einiges aus dem Aufgabenbereich des Aussenreferats.
Wollen Sie mehr wissen, wollen Sie mitarbeiten, kommen Sie !

gez.: Werner Siebel
Aussenreferent

Berlin, 6.12.67

06.12.1967:
An der TU Berlin gibt das Pressereferat der Studentenvertretung (SV) vermutlich heute ein Flugblatt heraus. Dokumentiert wird das heutige Telegramm an die Studenten der Universität Madrid, Spanien, berichtet wird, dass sich der 2. SV-Vorsitzende Borns und der Außenreferent Siebel am 18.11.1967 bei den Internationalen Studententagen in der CSSR mit den Prager Studenten solidarisch erklärten.
Q: SV TU: Die Studentenvertretung… , Berlin O. J. (1967)

STUDENTENVERTRETUNG DER TECHNISCHEN UNIVERSITÄT BERLIN

Pressereferat

Die Studentenvertretung der TU unterzeichnete am 6. Dezember 1967 folgendes Telegramm:

An die Studenten der Universität Madrid
c/o Gaceta Universitaria
García de Paredes 68
Madrid

Anläßlich der Verhaftung zahlreicher Vertreter der Demokratischen Studentenvereinigung DSU, des brutalen Vorgehens gegen eine legitime Demonstration und der Besetzung der Universität von Madrid durch die Polizei versichern wir den spanischen Studenten unsere volle Solidarität in ihrem Widerstand gegen eine Regierung, die die Grundrechte der freien Meinungsäußerung und der politischen Selbstbestimmung der spanischen Bevölkerung, vor allem der Studenten und Arbeiter, nur noch durch brutale Maßnahmen und Polizeiterror unterdrücken kann.

Mit solidarischen Grüßen

die studentischen Vertreter der FU, TU, HfBK,
PH, KiHo.

Außerdem VDS-Berlin
GSG, SHB, LSD,
SDS, RCDS

Der 2. Vorsitzende der Studentenvertretung der TU, Borns, und der Außenreferent, Siebel, haben sich während der internationalen Studententage in Kosice (CSSR) am 18.11. mit den Prager Studenten solidarisch erklärt.
Sie erklärten, daß trotz verschiedener Situationen die politische Führung hier wie dort auf Forderungen und Demonstrationen der Studenten mit brutalem Vorgehen der Polizei reagiere und keine Bereitschaft zeige, sich mit den Problemen auseinanderzusatzen.

06.12.1967:
An der TU Berlin geben die UAG vermutlich Mitte dieser Woche das Flugblatt Nr. 3, "Disziplinarrecht ethische Totalbindung des Studenten?", heraus.
Q: UAG: Disziplinarrecht ethische Totalbindung des Studenten?, O. O. (Berlin) O. J. (1967)

UNABHÄNGIGE AKTIONS-GEMEINSCHAFT

DISZIPLINARRECHT

ethische Totalbindung des Studenten?

3

Es versteht sich von selbst, daß **alle** Mitglieder der Universität an der Sicherung des Forschungs- und Lehrbetriebes und der Ordnung innerhalb der Universität mitzuwirken haben. Verstöße müssen geahndet werden!

In der Universitätsordnung aber heißt es:

(Der Student) hat durch sein Verhalten innerhalb und außerhalb der Universität das Ansehen der Universität zu wahren.

Nach der Disziplinarordnung werden Handlungen bestraft, „die geeignet sind, die Würde und das Ansehen der Universität . . . zu verletzen".

Ziel des studentischen Disziplinarrechts ist also nicht

\+ die Sicherung der **formalen akademischen Ordnung.**

Angestrebt wird vielmehr

\+ die Wahrung einer **universitätsgemäßen Haltung.**

Da die akademische Lernfreiheit dem Studenten nicht um seiner selbst gewährt sei, sondern um der „Fortzeugung der Wissenschaft" willen, sei der Student kein Privatmann. Er habe sich mit der Aufnahme in die akademische Gemeinschaft vielmehr für eine Lebensführung entschieden, „die sich durch die in der Wissenschaftspflege begründeten inneren Werte bestimmen läßt". Nur wenn der Student sich dieser **„ethischen Totalbindung der Persönlichkeit"** bewußt sei, könne die Universität sein, was sie sein wolle: „die persönliche und institutionalisierte Repräsentanz der nationalen Kulturgemeinschaft".

- Mit dieser Überlegung wird noch heute das studentische Disziplinarrecht begründet. Eine studentische Pflichtvergessenheit ist also nicht ein Verstoß gegen die Ordnung, sie ist ein Symptom für eine fehlerhafte innere Einstellung zu den ethischen Grundsätzen seiner Existenz als Student.
- Mit der Normierung der ethischen Totalbindung des Studenten wird ein Universitätsbegriff klassisch-idealistischer Prägung befürwortet, der in unserer Gesellschaft keinen Raum hat.

Aufgabe der Universität ist allein die Pflege der Wissenschaft in Forschung, Lehre und Studium. Einen umfassenden Erziehungsauftrag der Hochschule kann es nach unserer Verfassungsordnung nicht geben.

Eine totale Inpflichtnahme des Studenten verletzt

- das Recht der freien Entfaltung der Persönlichkeit,
- das Recht der freien Meinungsäußerung,
- das Recht der Vereinigungsfreiheit,
- das Recht der freien Wahl der Berufs- und Ausbildungsstätte.

Deshalb fordern wir:

Die Beschränkung der Universitäts- und Disziplinarordnung auf die Sicherung der Ordnung innerhalb der Universität.

Unser Konto: Berlin Bank Nr. 99/83 520 Treffpunkt: H 1002 c
Telefon: Hausapparat 35 64

Unabhängige Aktionsgemeinschaft
Verantwortlich für den Inhalt: Hans Rudolf Koch

UAG UAG UAG

Druck: Albert Hentrich, 1 Berlin 41, Albrechtstraße 111

06.12.1967:
Der AStA der Universität Hamburg (vgl. 20.11.1967) kündigte für heute sein Konzert mit den City Preachers im Audimax an.
Q: Auditorium Nr. 50, Hamburg Nov. 1967, S. 10

06.12.1967:
In Hamburg erscheint das 'Hamburger Extrablatt' Nr. 6 (vgl. 25.10.1967, 20.12.1967) mit einem Leitartikel zum Verteidigungsminister: "Pfui! Mönche schießen auf Schröder". Aus Griechenland wird berichtet: "Putsch exklusiv - 'Spiegel'-Geschäft mit Athener Staatspresse". Zu den Heimatblättern äußert sich der Artikel "Käseblatt", zum Springerverlag wird festgestellt: "'Wir sind am Ende'". Kommentiert wird in "Die linke Monopolpresse - Bayrisches Schattenboxen" eine Äußerung von Franz-Josef Strauß (FJS). Zum Teenager-Magazin 'Bravo' äußert sich der Artikel "Nichts für Liebes-Muffel". Berichtet wird in "Gesucht: 1 Augstein" von der Diskussion zwischen Rudolf Augstein und Rudi Dutschke (vgl. 24.11.1967) sowie in "Zum Kotzen treu" über den Innenminister Lücke bzw. die Vietnamberichterstattung der Presse.

Geworben wird für die 'konkret'.
Q: Hamburger Extrablatt Nr. 6, Hamburg 6.12.1967

EXTRA

HAMBURGER EXTRABLATT

-,10

Nr., 6/67, 6. Dez., erscheint 14täglich

Anzeige

LSD in Deutschland

- *Wahnsinns- oder Wunderdroge?* (Was LSD wirklich ist)
- *Wer nimmt in Deutschland LSD?* (Was die Polizei nicht weiß)
- *Wer stellt die Droge her?* (Was bisher keiner wußte)

konkret im Dezember bringt sensationelle Neuigkeiten:

Wie man Springer enteignet – Die Rudolf-Augstein-Story

konkret - *aufregend k*

Pfui!

Mönche schießen auf Schröder

BONN. Der ehemalige Bundespressechef und jetzige Staatssekretär im Verteidigungsministerium, Karl-Günther von Hase, mußte Angriffe katholischer Missionsbrüder auf seinen neuen Dienstherren abwehren, den evangelischen Verteidigungsminister Schröder. In einem „repräsentativen Bildband", den die Klosterbrüder der Steyler Mission in St. Augustin bei Bonn im Auftrag der Bundesregierung zum Lob der Großen Koalition zusammengestellt haben, fand das Bundespresseamt heftige Angriffe gegen Minister Schröder. Er habe sich „als Vorsitzender des evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU ... eine Hausmacht geschaffen", schossen die Missionsbrüder, mit der er Politik gegen die offizielle Linie der Partei gemacht habe.

Weiter auf Seite 3

Pu exh

Lücke: „Ich danke!"

Seite 4

WIR SIND AM

Mehr Kontrolle!

Fragestunde im Bundestag.
Dr. Walter Becher, CSU-Bundestagsabgeordneter, fragte die Bundesregierung:
● Ist der Bundesregierung das Meinungsmonopol bekannt, daß die politischen Sendungen des Deutschen Fernsehens bestimmt?
● Ist die Bundesregierung bereit, eine Kommission ins Leben zu rufen, welche die Gefahr einer gesetz-

HAMBURG/ATHEN. [illegible] der „Spiegel", von Herau[illegible] gern als liberal bezeichne[illegible] der griechischen Militärdik[illegible] extremen, diktaturfromme[illegible] polis" einen Exklusivvert[illegible] tung „bis zur Letterngröß[illegible] „Spiegel" (40/67) schreibt[illegible]

Seite 4:

Zum Kotzen treu

ENDE

Seite 3

widrigen politischen Monopolisierung des Fernsehens überprüft?

Bundesinnenminister Lücke versprach, die Einrichtung einer solchen Kommission zu prüfen. Offenbar hatte er vergessen, daß das Fernsehen nach dem Grundgesetz unter die Kulturhoheit der Länder fällt.

Aber Dr. Walter Becher sprach von „Notstand", „weil die Kontrollinstanzen unseres Fernsehens nicht oder nicht genügend wirksam" sind. Darauf regierte Notstandsminister Lücke instinktiv. Becher probt seit 1959 den Notstand. Damals gründete er das „Komitee zum Schutz der Bürger vor Diffamierungen durch die Linkspresse."

lenderblatt mehr ungeprü
tiert der „Spiegel" die gr

Der „Spiegel" ging die Ehe
zugunsten der herrschenden
auch zum Schaden der demo
Den demokratischen Athener
„Ta Nea" kündigte er die Ver
dikalen „Akropolis", als „To
den Militärherren verboten wu
in Haft.

Den Inhalt der Heimatzeitungen bestimmen nicht die Redakteure, sondern die ortsansässigen

KRÄMER

Mit ihrer Macht über die Anzeigenseiten beherrschen sie die ganze Zeitung. Ergebnis:

KÄSEBLATT

Für den Lokalredakteur Peter Hermann ist es eine Routinegeschichte. In dem 18 000 Einwohner großen Ort baut ein Lebensmittelkonzern einen Selbstbedienungsladen. Das ist kein Knüller, nicht einmal ein Aufmacher auf der Seite drei, der ersten Lokalseite. Das Projekt ist längst bekannt, der Stadtrat hat darüber lang und breit debattiert. Trotzdem: An diesem Artikel bricht sich Peter Hermann das Genick.

Wenige Stunden nach Auslieferung der Zeitung merkt er, daß etwas faul ist. Das unheilverkündende „wie konnten Sie nur" des Anzeigenvertreters macht ihn stutzig. Dann ruft der Vorsitzende des Einzelhandelsverbandes an. Er droht mit Anzeigenentzug aller Einzelhändler und mit Schadenersatzklage wegen Geschäftsschädigung, denn der Redakteur habe für den künftigen Konkurrenten Reklame gemacht.

Kaum hat Hermann eingehängt, beordert ihn der Herausgeber zu sich.

Die Unterredung dauert zwei Stunden und wird von beiden Seiten recht lautstark geführt. Ergebnis: Hermann wird nahegelegt zu kündigen.

Das Dilemma des Tageszeitungsjournalismus in Deutschland wird nirgends deutlicher als in den „Redaktionsstuben" der Heimatzeitungen. Die Abhängigkeit ist dort total:

- **Die Abhängigkeit von der Obrigkeit (Polizei, Lokalpolitiker, Verwaltung), weil sie als fast einziger Informant nicht verärgert werden darf,**
- **Die Abhängigkeit von den Anzeigenkunden, weil sie** (mit Recht) nicht an eine Trennung zwischen redaktionellem und Anzeigenteil glauben.
- **Die Abhängigkeit vom Herausgeber, der ständig um den Fortbestand seines Blattes bangen muß.**

Die Abhängigkeit des Re-

Ein Mann hält und vier Männ

(Der Bundeskanzler, zwe Ministerialrat und ein

Für die Bild-Zeitung e „demokratischen Abstim täglich über vier Millionen tiert die Bild-Zeitung als die von allen akzeptiert „denen da oben". Auf d Kiesinger, die Staatssekre berg und von Hase, Minis Parlamentsdiener bei der ger hat es verstanden, dem en. Heute kann er es sic Maul nach eigenen Vorste Er kann Politik machen, gibt, Meinung des Publiku

Mönche schießen auf Schröder

Fortsetzung von S. 1

Das Bundespresseamt sucht jetzt den Verfasser des Artikels. In Bonn wird darauf hingewiesen, daß solche Angriffe gegen Schröder seit Jahren von der Kerngruppe der CSU um den Staatssekretär im Bundeskanzleramt, Karl Theodor von und zu Guttenberg, und Legationsrat a.D. Graf Huyn geführt werden, die zur Steyler Mission beste Kontakte besitzen.

Der Bildband mit dem Titel „Die deutsche Bundesregierung" wird vom Bundespresseamt bezahlt, das den größten Teil der Auflage zum Preis von DM 25,- pro Exemplar abzunehmen versprochen hat. Die Steyler Mission hatte vor Drucklegung des 100 000-Mark-Objekts sämtlichen Kabinettsmitgliedern die Fahnenabzüge der sie betreffenden Abschnitte vorgelegt. Die Minister sollten die Texte prüfen und billigen. Keiner fand etwas einzuwenden. Nur Verteidigungsminister Schröder wurde dabei übersehen. Obwohl er damals noch nicht erkrankt war, „vergassen" die katholischen Missionsbrüder, ihm den Artikel über ihn selbst vorzulegen. Von ihrem Geschäftsführer, dem für den Koalitions-Bildband verantwortlichen Herausgeber Dr. H. Reuther, hat sich die Mission unterdessen distanziert. Dr. Reuther aber ist nicht ansprechbar. Er ließ verlauten, an einem akuten Herzleiden erkrankt zu sein.

Im evangelischen Arbeitskreis der CDU/CSU Minister Schröders stellt man sich die Frage, warum die Bundesregierung eine konfessionelle Missionsgesellschaft „ ohne politischen Auftrag" mit einem solch kostspieligen Public-Relations-Projekt betraut habe.

„Wir sind am En

„Wenn die Großverlage für den Eigenbedarf etwas brauchen, dann drucken sie es nicht selbst. Sie berechnen ihre Selbstkosten und machen zum niedrigsten Preis den kleineren Druckereien ein Angebot. Dann heißt es: Rauft euch!"

„Das ist wie auf einer Versteigerung. Die Kleinen rennen sich die Nasen ein und wer den ruinösesten Preis nennt, bekommt den Auftrag. Oft zwanzig und mehr Prozent unter dem Selbstkostenpreis."

Der das sagt, weiß, wovon er spricht. Er lächelt bitter. Ein kleiner Mann mit einer Brille und einer mittleren Druckerei. Aber er gibt noch nicht auf. Seine Lage ist auch die Lage der kleinen Zeitungen. Es geht um's Überleben.

Neun Großverlage bringen die Hälfte der Auflage aller in der Bundesrepublik und Westberlin erscheinenden Zeitungen heraus.

Der größte von ihnen ist der Springer-Konzern. Er besteht heute aus zehn Verlagen mit zehntausend Beschäftigten und einem Jahresumsatz von achthundert Millionen Mark. Der jährliche Vermögenszuwachs des Konzerns wird auf sechzig Millionen Mark geschätzt.

Springers Marktanteil beträgt bei Sonntagszeitungen 90%

Nach dem S
lage: 8 568 50
- **Im Raum M die Gruppe (Auflage: 53**
- **Im Raum F die Gruppie gemeine Zei**
- **Im Ruhrgeb ne Zeitung 494 600).**

Die Beispiel dersachsen, Ba Das Zeitungsst und Vereinbar lage bestimmer nen Zeitungen der jeweils gr

Uni-Friseur
Karl-Heinz Tramp
HAMBURG 13
Grindelhof 19 – Telefon 44 68 80

Programmzeitschriften	48%
„Soraya-Blättern"	28%
Tageszeitungen	39%

Die restlichen 61% der Tageszeitungen teilen sich 489 andere Verlage. Bei den überregionalen Tageszeitungen hat Springer sogar einen Marktanteil von 81,5%.

Als Beispiel Springers Marktstellung in Hamburg: Verkaufte Gesamtauflage: 1 388 607 Exemplare; Springers Anteil: 67,5 Prozent.

kreis zu.

Sinn einer Pressekonzentr Unabhängigkei zu garantieren zu einem gröS ßen. Unrentab so zu einer at Zeitung zusar würde die Vie der Presse gewi

Angetippt

Über sein Verhältnis zu Franz-Josef Strauß, zur Zeit Finanzminister, befragt, erklärte Peter Boenisch, Chefredakteur vor „Bild": „Nachdem die anderen dauernd über unsere Duzfreundschaft geschrieben hatten, beschlossen wir, uns wirklich zu duzen".

Duzfreundschaft

Nach seinem Wahlsieg bei den britischen Unterhauswahlen bot der neugebackene Premier, Harold Wilson, einem nicht zur Labour-Partei gehörenden Journalisten, dem Militärkorrespondenten der Londoner „Times", den Posten des Ministers für Abrüstung an. Dieser fragte seinen Verleger, Lord Thompson, um Rat und erhielt als Antwort: „Sie sollten eines wissen: Als Kabinettsminister werden Sie nicht so viel Einfluß auf die britische Politik haben wie als Redakteur der „Times"! Der Journalist nahm dennoch an. Die Queen ernannte ihn zum Lord Chalfont.

Pressefreiheit

„Da die Herstellung von Zeitungen und Zeitschriften immer größeres Kapital erfordert, wird der Kreis der Personen, die Presseorgane herausgeben können, immer kleiner . . . Pres-

Die linke Monopolpresse

Bayrisches Schattenb

Der „Bayern-Kurier", Franz-Josef Straußens verlängertes Gehirn, zwingt uns, das Visier herunterzuklappen. EXTRA und die vielen anderen „linken Meinungsmacher" gehören einem „Monopol an, wie es der von ihr vornehmlich aus politischen Gründen attackierte Springerkonzern mit seinen durchaus differenzierten Zeitungen nicht erreichen kann", schreibt der „Bayern-Kurier".

„Der geschlossene Meinungsblock der linksorientierten Publizistik widerspricht in seinen praktischen Auswirkungen der Gesetzmäßigkeit einer freiheitlichen Demokratie", schreibt der Bayern-Kurier".

Das sind also wir!

CDU-Bundesgeschäftsführer Kr
unsere „krampfhaften Bemühunge
Bundeskanzler, Bundesregierung
Deutschlandpolitik mit fragwürdig
Forderungen zu unterlaufen, sage
ern-Kurier".

Wer sind wir? Decken wir also
linke Monolpresse, das sind:

Süddeutsch
Frankfurter

Zwei Tageszeitungen,
de unüblichen Trennung
Meinung festhalten. Das
Meinungsmischmasch der
Auch unbequeme Inform
bringen, gilt dem „Baye
Freunden schon als links.

DIE

Sie war u
Teil eine christlich-hum
liberalem Einschlag. Heu
Position in der Bunde
Durch den allgemeinen
scheint die „Zeit" - di
hielt - nach links abgewa

DER SP

Nachric
verdaulichem eingeübte
Informationen kommen
Geschrieben wird über u
Politischist der Spiegel li
geber.

Kon

Die Monat
daß auch linke Politik
Das tut sie ausschließlic
Leser, den man in der Ho

DIE ANI
ZEITU
Deut
Volk

Zwei wirklich linke Z
sche Haltung, die nicht
Leser fragt, garantiert ein
schluß der Öffentlichkeit

EXTRA

Bleiben im gesch
block der linksorier

BRAVO MusicBox

Nichts für Liebes-Muffel

Deutschlands Teenager-Magazin hat das Ohr am Räuspern der Welt. Wer „Bravo" liest und kauft - nur eine Mark pro Woche - weiß, was los ist in der Welt. Überall dasselbe: Musike, Musike, Manager und Millionen. Das ist der internationale sound.

Probleme haben Teenager auch. Sie sind traurig, wenn sie „an den Krieg in Vietnam denken", wie Ober-Monkee Davy Jones. Sie „werden wie Kinder behandelt", aber sie setzen sich lächeln über das Getratsche der Erwachsenen hinweg. Und sie „können nicht jubeln"!

Verklemmungen, wo man hinschaut. Von Los Angeles bis Luxemburg, von London bis Orange. Hier liegt es, das Hauptproblem der westlichen Welt. Mädchen kämpfen um ihr Häutchen. Und die Jungens, die wollen ja doch immer dasselbe. Ist doch klar, Typ!

„Bravo" legt den Finger immer auf's Schlimme. Aber danach hilft es Wunden heilen. Anonyme Briefe werden selbstverständlich beantwortet, Motto: Sprich Dich mit Deiner Mutti aus. Und für Typen, die nicht schreiben wollen, gibt es den Sexy-Test für einsame Stunden.

Axel Springers Motto „Seid nett zueinander" wird ausgerechnet in seinem Münchener Ableger äußerst ernst genommen. Deutschlands Teenager, tagsüber von Schulmeistern und Lehrherrn mit Zwangsmaßnahmen zur Anpassung erzogen, bekommen für den Feierabend von Chefdakteuse Liselotte Krakauer und ihren Redaktionstypen Anpassung nachgeliefert. Der „Bravo"-Leser ist nicht untätig. Er paßt gleich mit an: Als „Bravo"-Reporter liefert er d a s Rezept: „Ich las 6546 „Bravo"-Seiten."

Putsch exklusiv

Fortsetzung von Seite 1

Die demokratische Presse Griechenlands ging in den Untergrund. Der „Spiegel" (42/67) berichtet darüber selbst: „Der Widerstand schwelt weiter. Immer mehr Flugblätter und illegale Zeitungen wechseln unter den Griechen von Hand zu Hand." Auf die Hilfe des liberalen Spiegel muß die demokratische griechische Presse verzichten. Der ging zu einem Sprachrohr des totalitären Regimes.

Daß der Exklusiv-Vertrag mit „Akropolis" nicht auf ei-

sefreiheit ist die Freiheit von 200 reichen Leuten, ihre Meinung zu verbreiten."
Paul Sethe, Publizist, einst Mitherausgeber der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung".

„Spiegel"-Artikel beruht (am 27.9.: „Stalin lehnte den Austausch ab"), beweisen die Daten. Dieser Bericht erschien bereits am zweiten Tag nach der „Spiegel"-Veröffentlichung. Offensichtlich hatte „Akropolis" noch vor Drucklegung des „Spiegel" in Hamburg Einsicht in die Manuskripte.

In Nr. 21/67 beklagte sich der „Spiegel" über die griechischen Zensurmethoden. Doch damals war er selbst betroffen: „Aus den Heften der vorletzten Woche waren die Seiten entfernt worden, auf denen über Griechenland berichtet wurde."

das „Berliner Extrab
Hamburg. Das „Berli
im Mai eingegangen.

Also: EXTRA
12 000 Exemplare) g
pol an, wie es der v
aus politischen Grü
Springerkonzern mi
differenzierten Zeitu
chen kann."

EXTRA
HAMBURGER EXTRABLATT
-,10
Nr. 6/67 6. Dez.

ZITAT

„Ich war mir seit dem Kriegsende darüber klar, daß der deutsche Leser eines auf keinen Fall wollte, nämlich nachdenken. Und darauf habe ich meine Zeitungen eingestellt."
Axel Cäsar Springer

Lola ist Klasse!

Chefredakteur: Rüdiger Freiherr von Hanxleden
Produktion: Peter P. Dahl
Mitarbeiter: Gerhard Has, Hans Peter Herbst, Hans Jürgen Plaumann, Günter Schlenska, Thomas Schwieger, Rolf Stegelmeyer, Helma Weber, Hans Joachim Wilkening, Mathias Wessel. Herausgeber: Hamburger Extrablatt; 2 Hamburg 50, Königstr. 30.
Tel. 22 - 73 - 46
Commerzbank Hamburg Kto. Nr. 38/672 64
Rollenoffset: Rundschau GmbH & Co, KG Itzehoe

EXTRA
Sucht noch einen

Innenminister Lücke:
„Ich danke"

Zum Kotzen

Gesucht: 1 Augstein

Der Verdacht ist fast Gewißheit: Professor Eugen Kogon spinnt. Stern-Chefredakteur Henri Nannen spinnt auch. Mit ihnen spinnen etwa 1800 Hamburger Studenten und der Extrablatt-Berichter, der dieses schreibt. Sie alle glaubten am Freitag, dem 24. November 1967 auf der Bühne des Auditorium Maximum einen Mann zu sehen, den es gar nicht mehr gibt: Rudolf Augstein. Sie alle glaubten sogar seine knarrende, näselnde Stimme zu hören, in den Sprechpausen einer Podiums-Diskussion zwischen Dutschke (SDS) Ristock (SPD) und Dahrendorf (FDP).

Stimme Augsteins: „Ich muß sagen, ich habe wenig Optimismus, was Reformen angeht, ich sehe im Augenblick kaum eine Möglichkeit, wie dieses Bonner System - wenn Sie mir den abwertenden Ausdruck hier gestatten - sich aus seiner eigenen Verstrickung losmachen will, ich sehe das überhaupt nicht..."

Stimme Augsteins: „...wenn jetzt aber Herr Dutschke kommt und sagt, ich werde 10.000 Mann mobilisieren, die werden zur zweiten Lesung (der Notstandsgesetze) nach Bonn marschieren, und die werden den Parlamentariern einheizen - dann sind die 30 Leute (Abgeordnete), die wir brauchen, um die Notstandsgesetze entweder zu Fall zu bringen oder zu entschärfen - die sind futsch zur zur anderen Seite hin. Das kann die Folge verfehlter ... Handlungen sein."

Oder kam diese Stimme doch nicht vom blossen Gaukelbild des Mannes, der uns in den langen Jahren der Grabesruhe unter Adenauer und Erhard wach gehalten hat ? Dann gibt es eine andere Möglichkeit.

Gesetzt den Fall, Augstein wäre 1962, Spiegel-Affäre, im Untersuchungsgefängnis von einem unbestraft gebliebenen Wärter totgeprügelt worden. Bei uns in der Bundesrepublik kann das ja mal passieren. Gesetzt den Fall, für den prominenten Toten hätte der doch etwas bedenkliche Gefängnisdirektor schnell einen Doppelgänger gefunden: In

Regierungen sind daran
nung in den Zeitungen s
Wo die Demokratie Trac
versucht die Presse Abs
denen, die ihre Versio
sehen wollen. In Englan
einem Angeklagten nic
Verbrecher. Ein Polizeib
zeibericht gekennzeichn
rung bleibt eine Regieru
Meinung unter anderen.
und Verleger denken a
sche Grundhaltung set
listischen Mitarbeitern
staatsloyal, und so solle
in ihm wirken." (Axel
burger Übersee-Club am

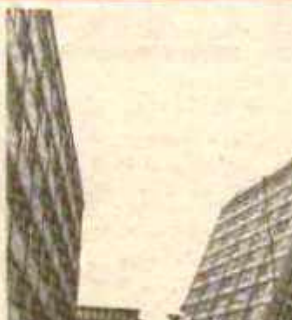
Staatsloyale sehen gern den Staat in Gefahr, wenn die Regierungspolitik angegriffen wird. Sie übertragen ihr Vertrauen in die Obrigkeit gern auf befreundete Regierungssysteme.

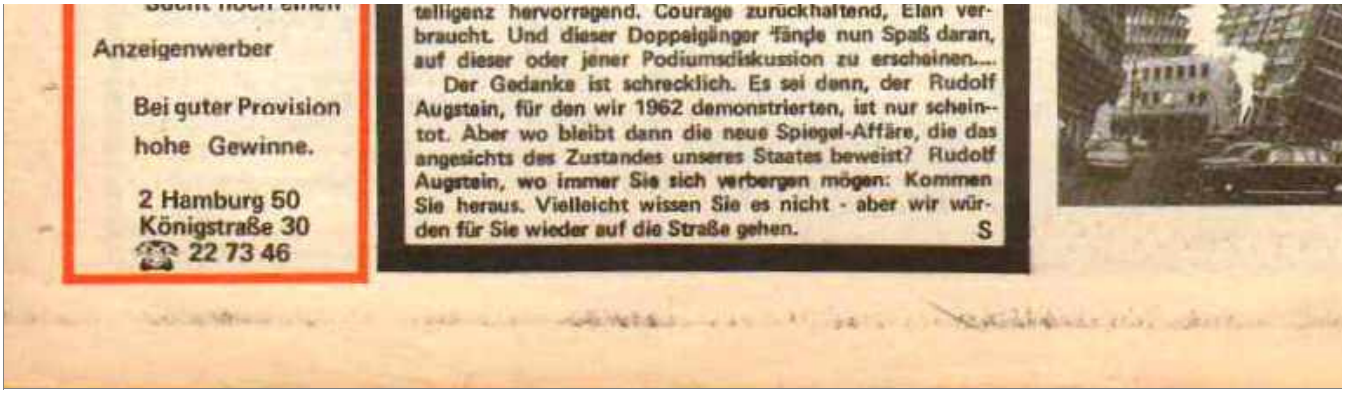
Dieses Vertrauen reicht weit. Es läßt grundsätzlich amtliche Äußerungen glaubwürdiger erscheinen als Einwände von Kritikern.

Anfang 1966 wurde der Vietnamkrieg zum totalen Vernichtungskrieg. Die Zahl der amerikanischen Soldaten wuchs unaufhörlich. Amerikanische Bomber starteten gegen Nordvietnam.

Gerhard Schröder, damals noch Außenminister, verlegte Saigon nach Berlin. „Wir sind der Überzeugung, daß diese Zurückweisung kommunistischer Aggression nicht alleine ein amerikanisches Interesse, sondern gleichzeitig auch das Interesse der Verbündeten ist."

Deutsche Zeitungen übernahmen diese Argumentation widerstandslos. Obwohl vorher der begrenzte Krieg noch hier und da kritisiert worden war.





Anzeigenwerber

Bei guter Provision
hohe Gewinne.

2 Hamburg 50
Königstraße 30
☎ 22 73 46

telligenz hervorragend. Courage zurückhaltend, Elan verbraucht. Und dieser Doppelgänger fände nun Spaß daran, auf dieser oder jener Podiumsdiskussion zu erscheinen....

Der Gedanke ist schrecklich. Es sei denn, der Rudolf Augstein, für den wir 1962 demonstrierten, ist nur scheintot. Aber wo bleibt dann die neue Spiegel-Affäre, die das angesichts des Zustandes unseres Staates beweist? Rudolf Augstein, wo immer Sie sich verbergen mögen: Kommen Sie heraus. Vielleicht wissen Sie es nicht - aber wir würden für Sie wieder auf die Straße gehen. S

07.12.1967:
An der FU Berlin gibt die Aktion 20. Konvent vermutlich heute das Flugblatt "Nacht + Nebel" heraus, in dem berichtet, dass in der Nacht zum 6.12.1967 in der Juristischen Fakultät ihre Materialien in die Papierkörbe geschmissen wurden.
Q: Aktion 20. Konvent: Nacht + Nebel, O. O. (Berlin) O. J. (1967)

NACHT+NEBEL

Foto2
28.12.67

- AKTIONEN sind an der Freien Universität wieder MODE

War es der uns vom 9.11.193 sattsam bekannte spontane Volkszorn, der in der Nacht vom 5. zum 6. Dez. 1300 Wahlzeitungen und 1500 Flugblätter der AKTION 20. KONVENT - FÜR E NE FRE E UN VERS TÄT in die Pap erkörbe der Juristischen Fakultät wandern ließ, der bisher 120 Plakate von 2 Serien von den Stelltafeln der " Aktoon" riß oder bis zur Unkenntlichkeit zerstörte?

ES WAR DER GLEICHE VOLKSZORN WIE 1938!!!

Kommilitonen der linken Verbände, die wie die Terroristen der Kristallnacht glauben, die Wahrheit gepachtet zu haben und auf Grund auf Grund ihres weiter entwickelten Bewußtseins den FU-Studenten bevormunden und von einer ihnen nicht genehmen politischen Meinung behüten zu müssen, versuchen, den politischen Kampf um die Stimmen der Studenten durch Mißachtung der Informationsfreiheit zu ihren Gunsten zu entscheiden.

Wollen SIE die Verbände und Kandidaten wählen, die die politische Zensur der Linken IHNEN ausgesiebt auftischt, oder wollen SIE nach gründlicher allseitiger INFORMATION die Kandidaten wählen, die IHRER politischen Richtung am nächsten kommt ?

SIE haben noch zwei Tage, um mit IHRER Stimme bei den Wahlen gegen die Bevormundung politisch selbstverantwortlicher Studenten zu protestieren !!

WÄHLEN SIE, DAMIT DER 20. KONVENT AUCH IHRE POLITISCHE MEINUNG VERTRITT !!!

AKTION 20. KONVENT -FÜR EINE FREIE UNIVERSITÄT

07.12.1967:
An der FU Berlin geben Peter Dieterich und Wolfgang Karcher vermutlich heute das "Fluchblatt" heraus, das zur Stimmabgabe auffordert.
Q: Dieterich, P. / Karcher, W.: Flucblatt, O. O. (Berlin) O. J. (1967)

FLUCHBLATT

Ein Mensch, weil jede Stimme zählt,
geht eines Tages hin und wählt
indem mit Vorsatz und Bedacht
er hier und da sein Kreuzchen macht
und dieses dann als einen Test
in eine Urne fallen läßt...

Sie haben 2 1/2 Tage nach Ihrem Studentenausweis gesucht um zu wählen.- Verzagen Sie nicht, suchen Sie weiter !

Wer nicht wählt, ist ein politischer Leichtmatrose, der in den Toppen des Schiffes sitzt und Ahoi ruft, während die anderen rudern

Wenn Sie wählen, können Sie zwar keinen
Freitisch im Hilton
ergattern, aber wenn Sie gut wählen, wird das Essen vielleicht besser.

Machen Sie da mit ? Christdemokraten und Schlagende sind zum
Rendezvous auf dem Paukboden
entschlossen! - Zur Wahl sprach man sich ab:
Ämterbescherung schon gewesen ?
Wählen Sie Kandidaten, die so etwas nicht tun .

Ein Angebot:

Opfern Sie drei Minuten Zeit für Ihre Wahl;
die Kandidaten werden Stunden brauchen, um Ihre Wünsche zu erfüllen.- Wir empfehlen Ihnen:

Jur.Fak.	Wiso.-Fak.	Phil.-Fak.	Math.-Nat.-Fak
Bleinroth	Beham	August	El Agi
Bruse	Felten	Blasche	Bücher
Dieterich	Gröhl	Bohrmann	Graf Einsiedel
Jenkner	Lange	Drose	Hoffmann
Karcher	Liebig	Gustävel	Hohrmann
Kayser	Merchert	Hinrichs	Kunstmann
Koffka	Offe	John	Laatz
Sälzer	Hauck	Maak	Protopapas
	Hegelheimer	Rux	Tischer
	Kammholz	Schön	
	Kayser	Weller	
	Knupp	Wenzler	
		Zahn	
		Zabiensky	

D E R A S T A I S T F Ü R A L L E D A ! !

Verantwortlich: Peter Dieterich und Wolfgang Piepenstock

07.12.1967:
An der FU Berlin informiert das Studentenwerk, laut einer handschriftlichen Datierung heute, mit einem Werbezettel "Verbilligter Einkauf für Studenten".
Q: FU-Studentenwerk: Verbilligter Einkauf für Studenten, Berlin O. J. (1967)

7.12.67 Eo 702

STUDENTENWERK DER FREIEN UNIVERSITÄT BERLIN e. V.

VERBILLIGTER EINKAUF FÜR STUDENTEN

Das Studentenwerk der Freien Universität Berlin e. V. hat eine neue Einrichtung geschaffen, die es den "Verbilligten Einkauf für Studenten und Angehörige der Freien Universität Berlin" nennt.

Eine größere Anzahl von Lieferanten bietet günstige Einkaufsmöglichkeiten. Das Angebot reicht von Lebensmitteln über Textilien, Teppiche, Möbel, Fotoapparate, Schallplatten, Elektroartikel bis hin zu Reisen. Die umseitig aufgeführten Vertragspartner bieten ein reichhaltiges Angebot.

Auf bei der Firma Neckermann gekaufte Waren erhalten Sie eine Beihilfe auf Kassenbon mit dem Vermerk SB (Sammelbesteller).

Bei der Firma Pro Novia können Sie Studienbedarf bestellen und erhalten bei Vorlage der Quittung ebenfalls eine Beihilfe vom Studentenwerk.

Die entsprechenden Einkaufsausweise und nähere Auskünfte erhalten Sie in den Sprechstunden des Studentenwerks, Berlin 33, Ihnestr. 22, Zimmer 66/67 (Sprechstunden montags, dienstags, donnerstags und freitags von 11 - 14 Uhr).

Autozubehör

Fa. Milautzki, Berlin 44, Karl-Marx-Str. 243
Fa. Mülling und Co., Berlin 65, Reinickendorfer Str. 21

Dekorationsstoffe, Teppiche, Auslegware

Fa. Pammler, Berlin 12, Jebensstr. 1
Fa. Novelta, Berlin 30, Bülowstr. 66
Fa. F. Peter, Berlin 41, Munsterdamm 1

Elektroartikel, Radio, Fernsehen, Beleuchtungskörper

Fa. Mischner, Berlin 15, Pariser Str. 23

Fahrräder, Kinderwagen

Fa. Haase, Berlin 30, Spichernstr. 11

Fotoartikel

Fa. Pro Novia, Berlin 12, Kantstr. 165/V

Möbel

Fa. Novelta, Berlin 30, Bülowstr. 66

Nähmaschinen

Fa. Sohn, Berlin 21, Beusselstr. 19

Oberbekleidung

Fa. Weinsziehr (außer Kleider und Blusen),
Berlin 31, Brandenburgische Str. 43
Fa. Winkotex, Berlin 15, Kurfürstendamm 65
Fa. Petrenz, Berlin 36, Lincke-Ufer 41 (nur Herrenbekleidung)

Haushaltswaren, Porzellan, Glas

Fa. F. Peter, Berlin 41, Munsterdamm 1

Schreibmaschinen

Fa. Pro Novia, Berlin 12, Kantstr. 165/V

Schallplatten

Fa. Polyfoto, Berlin 15, Kurfürstendamm 213/214

Studienbedarf

Fa. Pro Novia, Berlin 12, Kantstr. 165/V

Textilien, Wäsche

Fa. Pammler, Berlin 12, Jebensstr. 1
Fa. Winkotex, Berlin 15, Kurfürstendamm 65
Fa. Weinsziehr, Berlin 31, Brandenburgische Str. 43
Fa. Pro Novia, Berlin 12, Kantstr. 165/V

Uhren, Juwelen, Brillanten

Fa. Rittinghaus, Berlin 41, Bundesallee 138
Fa. Pro Novia, Berlin 12, Kantstr. 165/V

Zur Abrundung des Angebots hat das Studentenwerk auch das Versandhaus Neckermann einbezogen.

07.12.1967:
An der FU Berlin lud der RCDS für heute ein zur Veranstaltung "RCDS - SDS Evolution - Revolution" am 7.12.1967 um 20 Uhr im Audimax mit Wulf Schönbohm, Rudi Dutschke, Wolfgang Lefevre und Jürgen-Bernd Runge sowie Fritz Teufel und Norbert Engel.
Q: RCDS: RCDS - SDS Evolution - Revolution, Berlin O. J. (1967)

Foto 2

RCDS gegen SDS - SDS gegen RCDS - RCDS gegen SDS - SDS gegen RCDS

Podiums -und Plenumsdiskussion am Donnerstag den 7. Dezember 1967
um 20.oo h im Auditorium Maximum der FU zum Thema

RCDS-SDS
EVOLUTION — REVOLUTION

DIE FUNDAMENTALE KONFRONTATION in diesem Wahlkampf

Es diskutieren: WULF SCHÖNBOHM (RCDS)
RUDI DUTSCHKE (SDS)
WOLFGANG LEFEVRE (SDS)
JÜRGEN-BERND RUNGE (RCDS)

Diskussionsleitung: Roland Wagner (RCDS)

Weitere Kontrahenten: Fritz TEUFEL-Norbert ENGEL

Donnerstag, den 7. Dezember 1967 um 20.oo h im Audi-Max

RCDS gegen SDS - SDS gegen RCDS - RCDS - gegen SDS - SDS gegen RC

Ring Christlich - Demokratischer Studenten an der FU
1 Berlin 15, Fasanenstr. 46 III

07.12.1967:
An der TU Berlin lud das Referat für politische Bildung der Studentenvertretung (SV) ein zur Vorführung des Films "Berlin 2. Juni" von Hans-Rüdiger Minow und Thomas Giefer um 20 Uhr.
Q: SV TU-Referat für politische Bildung: Berlin 2. Juni, O. O. (Berlin) O. J. (1967)

Veranstalter: REFERAT FÜR POLITISCHE BILDUNG der
Studentenvertretung der TU

BERLIN 2. JUNI

20°°

do. 7.12.67

audi max TU

anschließend:

Stellungnahme von Rechtsanwalt
M A H L E R
zur Prozesspraxis nach dem
2. Juni

P. J A N Z :
zur VDS - Dokumentation 2. Juni

D I S K U S S I O N

FILM

von Hans-Rüdiger Minow
und Thomas Giefer
Produzent und Verleih:
AStA der Freien Universität Berlin

Dieser Film zeigt, was sich am 2. Juni 1967 in Berlin beim Besuch des Schah von Persien ereignet hat. Er dokumentiert die Einsätze der Polizei gegen die Anti-Schah-Demonstranten.

Der Film bringt Aussagen von Studenten und Journalisten und anderen Beobachtern, die Augenzeugen der Polizeiaktionen gewesen sin die Hersteller haben nach dem 2. Juni Polizisten und Geheimdienstler nach ihrer Meinung zu dem Polizeieinsatz befragt; sie fragten Privatpersonen, die studentische Demonstranten am 2. Juni verprügelt habe nach ihren Motiven und waren dabei selbst neuen Schikanen ausgesetzt.

Der Film, der von Studenten der Deutschen Film- und Fernsehakademie hergestellt worden ist, will nicht nur dokumentieren. Er zieht ein vorläufiges Fazit und begründet den Protest gegen Tendenzen in unserer Gesellschaft, wie sie in Berlin am 2. Juni 1967 ihren konkreten Ausdruck gefunden haben.

Regie	M. Minow
Buch	Th. Giefer
Dokumentation	
Kamera	S. Norman
Ton	U. Knaudt
Recherchen	W. Sippel

Technische Daten:
16 mm, Magnetton, schwarz-weiß
Länge: 50 Minuten
Produktion und Verleih:
AStA der Freien Universität Berlin
1 Berlin 33, Garystraße 20

08.12.1967:
Die Deutschen Jungdemokraten (DJD) verfassen eine Erklärung "An die Teilnehmer der Jahresarbeitstagung des Kuratoriums Unteilbares Deutschland vom 8. bis 10. Dezember 1967 in Berlin", in der sie die Übereinstimmung der Positionen des KUD-Vorsitzenden Schütz mit ihren Positionen begrüßen.
Q: DJD: An die Teilnehmer der Jahresarbeitstagung des Kuratoriums Unteilbares Deutschland vom 8. bis 10. Dezember 1967 in Berlin, Bonn O. J. (1967)

D e u t s c h e J u n g d e m o k r a t e n

53 Bonn
Reuterstr. 103

An die
Teilnehmer der Jahresarbeitstagung
des Kuratoriums Unteilbares Deutschland
vom 8. bis 10. Dezember 1967 in Berlin

Der geschäftsführende Vorsitzende des Kuratoriums Unteilbares Deutschland (KUD), Dr. W. W. Schütz, hat Presseberichten zufolge in einem Deutschland-Memorandum eine "totale Neuorientierung" der Deutschland-Politik gefordert. Dabei stellt er fest, daß

1. die Deutschland-Politik der Bundesregierung von der Existenz zweier deutscher Staaten ausgehen muß,
2. die Auseinandersetzung über die Anerkennung oder Nichtanerkennung der staatlichen Existenz der DDR "in die Irre führt" und damit die Notwendigkeiten und Möglichkeiten der Deutschlandpolitik verschleiert,
3. der Alleinvertretungsanspruch der Bundesregierung eine Verbesserung der Situation in Deutschland entgegensteht und aufgegeben werden muß,
4. die DDR in alle "Verpflichtungen der Staatenwelt" einbezogen werden muß, also an internationalen Institutionen und Organisationen und internationalen Verträgen gleichberechtigt und verpflichtend beteiligt werden muß.

Dazu stellen die Deutschen Jungdemokraten fest:

1. Die Thesen von W. W. Schütz zeigen eine erfreulich große Übereinstimmung mit der deutschlandpolitischen Konzeption der DJD. Sie finden daher unsere Zustimmung und Unterstützung.
2. Von W. W. Schütz erwarten wir, daß er in seiner als programmatisch angekündigten Rede zu diesen Thesen steht und sie als Teil einer fortschrittlichen deutschlandpolitischen Konzeption deutlich macht.
3. Wir fordern Herrn Schütz auf, als Beweis für die unabhängige Stellung des KUD bei der Entwicklung neuer Grundlagen der Deutschlandpolitik nicht eine fiktive Gemeinschaft über diese Politik zu stellen.
4. Die Reaktionen von CDU bis NPD zeigen, daß der Schein einer Gemeinsamkeit mit diesen Kräften die Unglaubwürdigkeit der offiziellen Deutschlandpolitik fortsetzen würde. Die Angst vor der Entlarvung der eigenen Unfähigkeit vereint sie in dem Bemühen, die inhaltliche Diskussion dieser Thesen zu verhindern.
5. Das Kanzler-Kiesinger-Wort von der Anerkennungspartei muß als symptomatische Fehlleistung der großen Koalition offensichtlich gemacht werden. Dazu sind die Thesen von W. W. Schütz eine geeignete Grundlage.

Das KUD wird seiner Verantwortung nur gerecht, wenn die Jahresarbeitstagung zur längst überfälligen "Stunde der Wahrheit" wird. Diese "Stunde der Wahrheit" wird für Stücklen und andere notwendig, aber durch eigene Schuld zur "Stunde des Schreckens".

08.12.1967:
An der FU Berlin ruft die Aktion 20. Konvent mit einem Flugblatt "Wahlmuffel?" zu den Konventswahlen auf.
Q: Aktion 20. Konvent: Wahlmuffel?, O. O. (Berlin) O. J. (1967)

HEUTE SOFORT HEUTE SOFORT HEUTE SOFORT HEUTE SOFORT H
AKTION 20.KONVENT AKTION 20.KONVENT AKTION 20.KONVENT A

WÄHLEN WÄHLEN WÄHLEN WÄHLEN WÄHLEN WÄHLEN WÄHLEN W

SIND SIE EIN....

WAHLMUFFEL

NEIN !!

DANN WÄHLEN SIE SOFORT HEUTE

DANN HEUTE IST DER LETZTE WAHLTAG

WENN SIE NICHT WÄHLEN, SIND SIE...

... UNKRITISCH

...UNDEMOKRATISCH

... UNPOLITISCH

WENN SIE NICHT WÄHLEN...

... entmündigen sie sich selbst

WÄHLEN SIE NOCH

HEUTE HEUTE HEUTE HEUTE

KTION 20.KONVENT AKTION 20.KONVENT AKTION 20.KONVENT AK

08.12.1967:
An der FU Berlin wird zur öffentlichen Auszählung der Stimmzettel zu den Konventswahlen und zur Urabstimmung eingeladen.
Q: N. N.: Die öffentliche Auszählung, O. O. (Berlin) O. J. (1967); N. N.: Statistik (Kandidaten 20. Konvent), O. O. (Berlin) O. J. (1967);FU-SV-Wahlausschuß: In den 20. Konvent wurden gewählt, Berlin 11.12.1967

DIE ÖFFENTLICHE AUSZÄHLUNG

der Stimmzettel für die Konventswahlen und die Urabstimmung findet heute ,

Freitag, den 8.Dez.1967,

statt.

Kommen Sie zahlreich !!!

Kommen Sie um 20.oo Uhr in die Große Mensa, 2.Stock !!!

KOMMEN SIE

KOMMEN SIE

KOMMEN SIE

KOMMEN SIE

KOMMEN SIE

KOMMEN SIE

Freie Universität Berlin
Studentenvertretung
- Wahlausschuß -

1 Berlin 33, den 11.Dez.1967
Garystr. 20
Tel. 7690 2245

In den 20. Konvent wurden gewählt:

Wahlkreis I- Philosophische Fakultät

1.	Bernhard Wilhelmer	(1.435)	(-)
2.	Sigrid Fronius	(1.370)	(SDS)
3.	Hartmut Zinser	(1.129)	(SDS)
4.	Andreas Wiesand	(1.116)	(SDS, HSU, Wahlkuratorium)
5.	Jutta Menschik	(1.115)	(SHB, Wahlkuratorium)
6.	Hannah Kotowski	(1.038)	(SDS, Wahlkuratorium)
7.	Tilman Brücker	(982)	(SDS, Wahlkuratorium)
8.	Ulrike Büchner	(959)	(SDS, Wahlkuratorium)
9.	Hans-W. Dräger	(952)	(HSU)
10.	Jürgen Treulieb	(950)	(SDS, Wahlkuratorium)
11.	Renate Scherer	(921)	(SDS, Wahlkuratorium)
12.	Hans-J. Funke	(914)	(HSU, Wahlkuratorium)
13.	Friedhelm Arnold	(903)	(SDS, Wahlkuratorium)
14.	Rolf Czeskleba	(897)	(SDS)
15.	Ulrich Fischer	(886)	(SDS, Wahlkuratorium)
16.	Sybille Plogstedt	(874)	(SDS, Wahlkuratorium)
17.	Rolf Schwiedrzik	(873)	(SDS)
18.	Hans-Peter Rouette	(872)	(-)
19.	Egmont Fassbinder	(862)	(SDS)
20.	Michael Mohs	(843)	(SHB)
21.	Eckard Düwal	(839)	(VAFU)
22.	P.Efstathiadis-Stanges	(819)	(Wahlkuratorium)
23.	Martin Bellermann	(807)	(Wahlkuratorium)
24.	Rosalinde Sartorti	(796)	(SHB)

Nachrücker:

25.	Johannes Buchrucker	(791)	(SDS, Wahlkuratorium)
26.	Marianne Henkel	(789)	(-)
27.	Matthias Sommer	(784)	(Wahlkuratorium)
28.	Klaus Heckmann	(759)	(SHB)
29.	Wieland Eschenhagen	(758)	(SHB)
30.	Elisabeth Dickmann	(748)	(VAFU)
31.	Michael Lange	(740)	(-)
32.	Michael Begoll	(728)	(-)
33.	Klaus Garnatz	(726)	(VAFU)
34.	Alex Meinken	(712)	(SDS, Wahlkuratorium)
35.	Wolfgang Gehlen	(697)	(SHB)
36.	Claudia Schmölders	(682)	(VAFU)
37.	Peter Bracht	(674)	(Wahlkuratorium)
38.	Ulrich Steinmüller	(658)	(VAFU)
39.	H. Lingfeld-Giovannini	(637)	(SHB)
40.	Irmgard Kohlhepp	(634)	(SHB)

Freie Universität Berlin
Studentenvertretung
- Wahlausschuß -

1 Berlin 33, den 11.Dez.1967
Garystr. 20
Tel. 7690 2245

B e k a n n t m a c h u n g

über die Wahlbeteiligung bei den Wahlen zum 20.Konvent

		Wahlberechtigte *	abgegebene Stimmen	%
I	Philosophische Fakultät	4.771	3.236	69,99
II	Mathematisch-Naturwissenschaftliche Fakultät	2.510	1.725	68,72
III	Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliche Fakultät	2.911	2.043	70,18
IV	Juristische Fakultät	1.816	1.296	71,31
V	Medizinische Fakultät	2.730	1.937	70,95
VI	Veterinärmedizinische Fak.	334	215	64,37
		15.072	10.452	69,34

* Zahl der im Sommersemester 1967 Immatrikulierten

Ergebnis der Urabstimmung:

Stimmberechtigt	15.072	=	100,00 %
Abgegebene Stimmen	10.478	=	69,51 %
Enthaltungen u. ungültig	448	=	4,27 %
Mit JA stimmten:	5.557	=	55,4 %
Mit NEIN stimmten:	4.473	=	44,6 %

Der Stimmenvorsprung von JA zu NEIN beträgt mithin:
1.048 Stimmen, das sind 10,8 %

gez. Christian Müller
- Hauptwahlleiter -

Wahlkreis II - Mathematisch-Naturwissenschaftliche Fakultät

1.	Dietrich O. Müller	(767)	(-)
2.	Michael Foof	(753)	(Aktion 20. Konvent)
3.	Eckhard Graudenz	(737)	(VAFU, KSCV)
4.	Gerhard Schaefer	(732)	(VAFU)
5.	Gerhard Holzmann	(715)	(-)
6.	Joh.-Michael Nebe	(708)	(Aktion 20. Konvent)
7.	Joachim Petermann	(663)	(-)
8.	Paul Müller	(626)	(VAFU, Neo Germania)
9.	Franz Lagodzinski	(624)	(-)
10.	Joh.-Wolfg. Landsberg	(567)	(SPD)
11.	Reinhard Selka	(560)	(-)
12.	Horst-Echard Gross	(508)	(SDS)
13.	Heide Muthmann	(499)	(HSU)

Nachrücker:

14.	Alf Hamann	(498)	(-)
15.	Erich Stasch	(494)	(-)
16.	Joachim Schapitz	(470)	(LSD)
17.	Jörg-D. Müller	(469)	(SDS)
18.	Mechthild Noblé	(416)	(SDS)
19.	Wolfgang Schweiger	(409)	(FDP)
20.	Peter Jahn	(399)	(-)

Wahlkreis III - Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliche Fakultät

1.	Stefan Grzimek	(826)	(SHB, Wahlkuatorium)
2.	Hannelore Börgel	(821)	(BDV, Wahlkuratorium)
3.	Peter Arend	(798)	(VAFU)
4.	Hans U. Förderreuther	(758)	(Wahlkuratorium)
5.	Hans-J. Ziesing	(750)	(Wahlkuratorium)
6.	Frank Engel	(712)	(VAFU)
7.	Günther Hedderich	(708)	(Wahlkuratorium)
8.	Frank Herterich	(792)	(Wahlkuratorium, SPD)
9.	Jürgen Birkigt	(695)	(VAFU)
10.	Wighard Härdtl	(673)	(Aktion 20. Konvent, RCDS)
11.	Gerd Röder	(659)	(BDV, Wahlkuratorium)
12.	Bruno Stolzenberg	(656)	(VAFU)
13.	Hans Ludwig Schmahl	(649)	(VAFU)
14.	Rolf D.Rosenbrock	(635)	(BDV, Wahlkuratorium)
15.	Ute Koch	(632)	(RCDS, Aktion 20. Konvent)

Nachrücker:

16.	Peter Strothmann	(620)	(SDS, Wahlkuratorium)
17.	Reinhard Stransfeld	(617)	(VAFU)
18.	Norbert Engel	(617)	(Aktion 20. Konvent)
19.	Dieter van Helt	(610)	(Aktion 20. Konvent)
20.	Franz Ring	(605)	(LSD, Wahlkuratorium)
21.	Siegfried Stahn	(560)	(SHB, Wahlkuratorium)
22.	Ekkehard Kittner	(537)	(VAFU)
23.	Bernd Kläffling	(529)	(VAFU, Burschensch.Thuringia)

Wahlkreis IV - Juristische Fakultät

1.	Hans-Gerhard Franck	(540)	(VAFU, Burschensch. Saravia)
2.	Jürgen B. Runge	(538)	(RCDS, Aktion 20. Konvent)
3.	Jost v.Trott	(532)	(RCDS, Aktion 20. Konvent)
4.	Benno Ennker	(519)	(RCDS, Aktion 20. Konvent)
5.	Friedrich Toepffer	(511)	(VAFU)
6.	Christoph Flügge	(452)	(VAFU)
7.	Wolfgang Hackel	(450)	(BGS)
8.	Ulrich Grasser	(412)	(RCDS, Aktion 20. Konvent)
9.	Christopher Hein	(371)	(-)

Nachrücker:

10.	Erika Krumme	(363)	(-)
11.	Isa Bruss	(356)	(VAFU)
12.	Peter Fassmann	(336)	(SHB)
13.	Hans F. Flemming	(324)	(SHB)
14.	Klaus-U. Benneter	(321)	(SHB)
15.	Volker Kröning	(297)	(Canitz Gesellschaft)
16.	Rainer Klaus	(286)	(-)

Wahlkreis V - Medizinische Fakultät

1.	Johannes Epping	(998)	(VAFU)
2.	Volker Schilling	(851)	(VAFU)
3.	Rieke Alten	(829)	(Wahlkuratorium)
4.	Jan-Günter Frenzel	(759)	(VAFU)
5.	Hans-Jürgen Diehl	(747)	(VAFU)
6.	Hartmut Zander	(744)	(RCDS, Aktion 20. Konvent/ABK)
7.	Wigbert Rau	(740)	(VAFU, Kath.Stud.gem.)
8.	Jürgen Götte	(733)	(-)
9.	Axel Markschies	(732)	(VAFU)
10.	Karin Hampel	(712)	(HSU)
11.	Jürgen Horn	(679)	(-)
12.	Alexander Grochtmann	(668)	(VAFU, Kath.Stud.gem.)
13.	Hartmut Heidrowski	(656)	(VAFU

Nachrücker:

14.	Maria Bloch	(646)	(-)
15.	Tim Peters	(587)	(Wahlkuratorium)
16.	Detlev Thimm	(587)	(-)
17.	Wolfgang Wagner	(572)	(HSU, Wahlkuratorium)
18.	Hans-U. Gutsche	(558)	(-)
19.	Antje Huhnd	(557)	(RCDS, VAFU)
20.	Heinz Hackelberg	(527)	(SDS)

Wahlkreis VI - Veterinärmedizinische Fakultät

1.	Karl Zuschneid	(143)	(VAFU)
2.	Hans-J. Boldt	(83)	(-)

Nachrücker:

3.	Michael Marx	(63)	(-)
4.	Dirk Schrader	(42)	(-)

gez. Christian Müller
- Hauptwahlleiter -

Wahlkreis II - Mathematisch-Naturwissenschaftliche Fakultät

1.	Dietrich O. Müller	(767)	(-)
2.	Michael Foof	(753)	(Aktion 20. Konvent)
3.	Eckhard Graudenz	(737)	(VAFU, KSCV)
4.	Gerhard Schaefer	(732)	(VAFU)
5.	Gerhard Holzmann	(715)	(-)
6.	Joh.-Michael Nebe	(708)	(Aktion 20. Konvent)
7.	Joachim Petermann	(663)	(-)
8.	Paul Müller	(626)	(VAFU, Neo Germania)
9.	Franz Lagodzinski	(624)	(-)
10.	Joh.-Wolfg. Landsberg	(567)	(SPD)
11.	Reinhard Selka	(560)	(-)
12.	Horst-Echard Gross	(508)	(SDS)
13.	Heide Muthmann	(499)	(HSU)

Nachrücker:

14.	Alf Hamann	(498)	(-)
15.	Erich Stasch	(494)	(-)
16.	Joachim Schapitz	(470)	(LSD)
17.	Jörg-D. Müller	(469)	(SDS)
18.	Mechthild Noblé	(416)	(SDS)
19.	Wolfgang Schweiger	(409)	(FDP)
20.	Peter Jahn	(399)	(-)

Wahlkreis III - Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliche Fakultät

1.	Stefan Grzimek	(826)	(SHB, Wahlkuatorium)
2.	Hannelore Börgel	(821)	(BDV, Wahlkuratorium)
3.	Peter Arend	(798)	(VAFU)
4.	Hans U. Förderreuther	(758)	(Wahlkuratorium)
5.	Hans-J. Ziesing	(750)	(Wahlkuratorium)
6.	Frank Engel	(712)	(VAFU)
7.	Günther Hedderich	(708)	(Wahlkuratorium)
8.	Frank Herterich	(792)	(Wahlkuratorium, SPD)
9.	Jürgen Birkigt	(695)	(VAFU)
10.	Wighard Härdtl	(673)	(Aktion 20. Konvent, RCDS)
11.	Gerd Röder	(659)	(BDV, Wahlkuratorium)
12.	Bruno Stolzenberg	(656)	(VAFU)
13.	Hans Ludwig Schmahl	(649)	(VAFU)
14.	Rolf D.Rosenbrock	(635)	(BDV, Wahlkuratorium)
15.	Ute Koch	(632)	(RCDS, Aktion 20. Konvent)

Nachrücker:

16.	Peter Strothmann	(620)	(SDS, Wahlkuratorium)
17.	Reinhard Stransfeld	(617)	(VAFU)
18.	Norbert Engel	(617)	(Aktion 20. Konvent)
19.	Dieter van Helt	(610)	(Aktion 20. Konvent)
20.	Franz Ring	(605)	(LSD, Wahlkuratorium)
21.	Siegfried Stahn	(560)	(SHB, Wahlkuratorium)
22.	Ekkehard Kittner	(537)	(VAFU)
23.	Bernd Kläffling	(529)	(VAFU, Burschensch.Thuringia)

Wahlkreis IV - Juristische Fakultät

1. Hans-Gerhard Franck	(540)	(VAFU, Burschensch. Saravia)
2. Jürgen B. Runge	(538)	(RCDS, Aktion 20. Konvent)
3. Jost v.Trott	(532)	(RCDS, Aktion 20. Konvent)
4. Benno Ennker	(519)	(RCDS, Aktion 20. Konvent)
5. Friedrich Toepffer	(511)	(VAFU)
6. Christoph Flügge	(452)	(VAFU)
7. Wolfgang Hackel	(450)	(BGS)
8. Ulrich Grasser	(412)	(RCDS, Aktion 20. Konvent)
9. Christopher Hein	(371)	(-)

Nachrücker:

10. Erika Krumme	(363)	(-)
11. Isa Bruss	(356)	(VAFU)
12. Peter Fassmann	(336)	(SHB)
13. Hans F. Flemming	(324)	(SHB)
14. Klaus-U. Benneter	(321)	(SHB)
15. Volker Kröning	(297)	(Canitz Gesellschaft)
16. Rainer Klaus	(286)	(-)

Wahlkreis V - Medizinische Fakultät

1. Johannes Epping	(998)	(VAFU)
2. Volker Schilling	(851)	(VAFU)
3. Rieke Alten	(829)	(Wahlkuratorium)
4. Jan-Günter Frenzel	(759)	(VAFU)
5. Hans-Jürgen Diehl	(747)	(VAFU)
6. Hartmut Zander	(744)	(RCDS, Aktion 20. Konvent/ABK)
7. Wigbert Rau	(740)	(VAFU, Kath.Stud.gem.)
8. Jürgen Götte	(733)	(-)
9. Axel Markschies	(732)	(VAFU)
10. Karin Hampel	(712)	(HSU)
11. Jürgen Horn	(679)	(-)
12. Alexander Grochtmann	(668)	(VAFU, Kath.Stud.gem.)
13. Hartmut Heidrowski	(656)	(VAFU

Nachrücker:

14. Maria Bloch	(646)	(-)
15. Tim Peters	(587)	(Wahlkuratorium)
16. Detlev Thimm	(587)	(-)
17. Wolfgang Wagner	(572)	(HSU, Wahlkuratorium)
18. Hans-U. Gutsche	(558)	(-)
19. Antje Huhnd	(557)	(RCDS, VAFU)
20. Heinz Hackelberg	(527)	(SDS)

Wahlkreis VI - Veterinärmedizinische Fakultät

1. Karl Zuschneid	(143)	(VAFU)
2. Hans-J. Boldt	(83)	(-)

Nachrücker:

3. Michael Marx	(63)	(-)
4. Dirk Schrader	(42)	(-)

gez. Christian Müller
- Hauptwahlleiter -

Wahlbeteiligung bei den Wahlen zum 19. Konvent

		Wahlberechtigt *	abgegeb. Stimmen	
I	Philosophische Fakultät	4.777	2.446	51.
II	Math.-Nat.Fakultät	2.127	1.099	51.
III	Fachschaft Pharmazie	311	317	102.
IV	Wi.So.Fak.	3.141	1.814	57.
V	Juristische Fakultät	1.947	945	48.
VI	Medizinische Fakultät Vorklinik	1.199	688	57.
VII	Med.Fak. Klinik	1.165	495	42.
VIII	Fachschaft Zahnmedizin	394	225	57.
IX	Vet.med.Fak.	298	218	73.
		15.359	8.247	53.

* Zahl der im Sommersemester 1966 Immatrikulierten

** Die Zahl der im Wintersemester 1966/67 für die Fachrichtung Pharmazie Immatrikulierten übersteigt um mehr als 10 % die der im Sommersemester Immatrikulierten

S t a t i s t i k (Kandidaten 20.Konvent)

	Phil.	Math.Nat	WiSoI.	Jur.	Med.	Vet.med	gesamt
Aktion 20.Konvent	9	2	4	8	2	-	25
VAFU	6	3	8	3	11	-	31
Wahl-kuratorium	26	-	16	3	5	-	50
SHB	10	-	3	5	1	-	19
SDS	16	3	4	-	1	-	24
LSD	-	1	1	-	-	-	2
Argument	2	-	-	-	-	-	2
Freunde d Publizistik	7	-	-	-	-	-	7
[illegible]	5	1	-	-	2	-	8
[illegible]DS	7	-	2	5	2	-	16
FSG	1	-	-	1	1	-	3
BGS	-	-	1	1	1	-	3
KSG	-	-	-	-	2	-	2
ESG	-	-	-	1	1	-	2
DIS	-	-	-	1	-	-	1
EFS	1	-	1	-	-	-	2
IAK	-	-	1	-	-	-	1
KV/CV	-	1	-	-	1	-	2
CC	1	-	1	-	1	-	3
Burschensch.	-	1	1	-	-	1	3
Unabhängig	18	13	3	14	11	3	62
davon							
männlich	61	22	35	31	26	4	179
weiblich	17	2	2	2	9	-	32
zusammen	78	24	37	33	35	4	211

Statistik (Kandidaten 20.Konvent)

	Phil.	Math.Nat	WiSoI.	Jur.	Med.	Vet.med	gesamt
Aktion 20.Konvent	9	2	4	8	2	-	25
VAFU	6	3	8	3	11	-	31
Wahl-kuratorium	26	-	16	3	5	-	50
SHB	10	-	3	5	1	-	19
SDS	16	~~12~~	~~12~~	-	1	-	23
LSD	-	1	1	-	-	-	2
Argument	(2)	-	-	-	-	-	(2)
Freunde d Publizistik	7	-	-	-	-	-	7
JU	5	1	-	-	2	-	8
RCDS	7	-	2	5	2	-	16
FSG	1	-	-	1	1	-	3
BGS	-	-	1	1	1	-	3
KSG	-	-	-	-	2	-	2
ESG	-	-	-	1	1	-	2
DIS	-	-	-	1	-	-	1
EFS	1	-	1	-	-	-	2
IAK	-	-	1	-	-	-	1
KV/CV	-	1	-	-	1	-	2
CC	1	-	1	-	1	-	3
Burschensch.	-	1	1	-	-	1	3
Unabhängig	18	13	3	14	11	3	62
davon							
männlich	61	22	35	31	26	4	179
weiblich	17	2	2	2	9	-	32
zusammen	78	24	37	33	35	4	211

Wahlkreis I - Philosophische Fakultät

(bis zu 24 Kandidaten ankreuzen)

Wahllokale:	Henry-Ford Bau	10.oo - 18.oo Uhr
	Otto-Suhr-Institut	10.oo - 17.oo Uhr
	Mensa, Van't-Hoff-Str.	11.3o - 14.3o Uhr
	Boltzmannstraße 3	10.oo - 15.oo Uhr
	Friedrich-Meinecke-Inst.	10.oo - 18.oo Uhr
	Romanisches Inst. (Cafeteria)	10.oo - 18.oo Uhr

jeweils am 5., 6., 7., 8. Dezember

Wahlleiter:
Oswald Schütze
Dieter Hahn

Friedhelm Arnoldt

19, 3. Sem. Politologie, geb. in Schöppenstedt, Abitur 1966 in Braunschweig, anerkannter Kriegsdienstverweigerer, seit WS 66/67 an der FU. Vorstellungen einer Konstruktiven Arbeit im Konvent: 1.Fortführung der bislang von d. Studentenvertretung geleisteten Arbeit in Bezug auf permanente Hochschulkritik u.praktische Hochschul-u.Studienreform in Gestalt d.Studienreformkommission u.d.KU. 2.Verstärkung d.Kontakte zu den westdtsch.Universitäten u. Hochschulen.
Mitgl. im Sozialistischen Deutschen Studentenbund

Michael Begoll

25, 10.Sem. Geschichte, Germanistik, geb. in Posen.Nach 4jähriger Berufstätigkeit 1963 Abendabitur in Hamburg.Seit SS 63 an der FU, Doktorand. Mitgl.d. 17. u.18. Konvents, dort im Kulturausschuß. Danach Mitgl.d.IV d. FMI.Für eine baldige u. umfassende Hochschul- u.Studienref.; auch eine Aufhebung der sozio-ökonomischen Diskriminierung d. Studentenehe, von Honnef bis zur Wohnungsvergabe, muß notfalls durch Druck erreicht werden. Echter Unabhängiger, der es auch zu bleiben gedenkt.Im Falle der Wahl besonders gern Mitarb. im Kultur- u. Sozialbereich.
Gehört keiner studentischen Gemeinschaft an.

Martin Bellermann

24, 6. Sem. Politologie, geb. in Gotha. 1965 Abitur. Seit WS 67 an der FU.Frühjahr 67 Zwischenprüfung, 1 Sem.Marburg.z.Z. 2. Sprecher der Phil.Fak.,dadurch in der stud. Mitbestimmung bei akad. Gremien tätig. Will sich im Konvent einsetzen dafür,daß eine offene Diskussion auf allen Ebenen zw.Studenten u.Professorenschaft ü.d.Fragen d. Stud.ref. geführt wird.Begrüßt die KU als konkreten Beitrag zur Hochschulref., da in ihr u. durch sie Form u.Inhalt wissenschaftlichen Arbeitens neu reflektiert werden.
Mitglied der Freunde der Publizistik.
Wahlkuratorium

Peter Bracht

22, 4. Sem. Soziologie, geb. in Hamburg, Abitur in Konstanz.Studium in München,seit 66 im"Dahlemer Getto".Glaubt, daß an dieser Isolierung d.Uni.mitschuldig ist.Wissensch.ergebnisse nur in elitären 3.Prog.befriedigen sich selbst.Esoterische Zirkel müssen aufgelöst werden zugunsten e.Öffentlichkeit, in d.d.Theorie aufgrund d.Praxis korrigiert wird.D. KU ist d.nötige Alternative zur erstarrten Ordinarienuniv.,die sich offensichtlich nicht verändern will.Wichtigste Aufg.d.Konvents wird es sein, dies Experiment zu unterstützen u.ihm im Interesse d.ganzen Uni.zum Erfolg zu verhelfen.
Gehört keiner studentischen Gemeinschaft an. Wahlkuratorium

Tilman Brucker

23, 4. Sem. Politologie, geb. in Einbeck.Abitur in Kassel.Schulspr. 3 Sem.Mathematik München.Kandidiert gleichzeitig f.d.Fachschaftsvertr. OSI. Hält d.Einrichtung v.Arbeitskreisen f.Rezensionen an den Instituten f.ein notw.Mittel d.Stud.ref. von unten, u.arbeitet daran mit. Will sich für die Koordination d. Stud.ref.bemühungen an d.einzelnen Instituten einsetzen.Hält KU für ein praktiziertes Beispiel d. Form wissensch.Arbeit, wie sie f. eine freie Universität angemessen wäre.
Mitglied im Sozialistischen Deutschen Studentenbund

Johannes Buchrucker

21, 4. Sem. Politologie, geb. in Ludwigsburg, dort Abitur, 1 Sem. Lausanne, 2 Sem.Bonn, seit WS 67 an der FU.Mitgl. der Jungdemokraten.Mitbegr.der bonner Stud.gewerkschaft.Kritische Wissenschaft ist polit.,d.h. sie setzt sich mit polit.Problemen d.Gesell.auseinander.Die KU hat d.Funktion, in d.Sinne politisierend zu wirken.Innerh.d.etablierten FU verfolgen Vorl.rezensionen, stud. Mitwirkung an d.Ausarbeitung neuer Prüfungsordnungen u.a.dasselbe Ziel.Polit.Stellungnahmen der Universität z.B.z.Notstandsverf. u.z.Vietnamkrieg sind nötig.
Mitgl. im Sozialistischen Deutschen Studentenbund.

Ulrike Büchner

26, 10. Sem. German.,Rom.,Soz., geb. in Berlin, Stud.in Schweiz, Barcelona, Hamburg, seit WS 63/64 an der FU.WS 66/67 Mitgl. IV rom. Sem. Betrachtet KU als Konkretisierung d.polit.Mandats - Indem d. KU s.nicht beschränkt auf bloße Vermittlung abstrakten Wissens, sondern darüberhinaus nach d.Zielen fragt, in deren Dienst s.d. Wissensch. bewußt o.unbewußt stellt, trägt sie bei z.polit. Praxis. Die KU bildet ein Modell f.d.Hochschulreform, in dem es ihr nicht nur darum geht, das bisherige Studium schneller u. effektiver zu gestalten,sondern besonders um d.Reform d.Themenstellung u.wiss. Methoden.
Mitgl. im Sozialistischen Deutschen Studentenbund.

Horst Czerlinsky

26, 10.Sem. Politologie, geb.in Berlin, seit WS 62 an der FU. Seine Vorstellungen f.d. künftige Arbeit d.Konvents lassen sich in d.Aufrechterhaltung u. notfalls Verteidigung d. polit. Mandats d. Studentenschaft zusammenfassen. Dies als Praemisse sind für den 20.Konvent vorrangig folgende Aufgaben: 1.Vorrantreiben d.Hochschulref. im Sinne der Paritätischen Kommision der FU. 2.Unterstützung der KU 3. Abschaffung des geltenden Disziplinarrechtes.
Gehört keiner studentischen Gemeinschaft an.

Rolf Czeskleba

23, 10. Sem. Soziologie, geb. in Lauban, Abitur 1963 in Berlin, seit SS 63 an der FU. Mitgl.im 19. Konvent, spez.Satzungs-u.GO-Ausschuß, Mitgl.Initiativausschuß KU. Setzt sich für einen 20.Konvent ein, der nicht wie d.19.d. Forderung "Enteignet Springer" im entscheidenden Moment ablehnt In d.Anti-Springer-Kampagne soll dieselbe Bewußtseins-Industrie getroffen werden, d.d.Wissensch. im Interesse der herrschenden Oligarchie dienstbar gemacht werden sollen.Mit der Wahrnehmung des polit.Mandats wird das Interesse an einem bewußtgesellsch.bezogenen Studium vertreten.-In d. Hochschule selber steht den Studenten das Recht zu auf ein Veto in akademischen Gremien.
Mitglied im SDS.

Elisabeth Dickmann

30, 9.Sem. Gesch., Soziologie, Kunstgesch., geb. in Marburg. Dort 1957 Abitur. Ausbildung zur Dipl.Bibliothekarin. Besonderes Interesse: Sinnvolle Hochschulstruktur-Ref., ohne die wirksame Studienref. nicht möglich scheint. Verstärkte Mitarbeit d. Studenten in allen Gremien der Univ., was konstruktive Zusammenarb. mit Professoren- u.Assistentenschaft voraussetzt. Koordinierung der Arbeit d.Studienref.kom., regelmäßige Veröffentlichung d.Ergebnisse u.öffentliche Diskussion darüber.
Mitgl. der Arbeitsgemeinschaft an der Phil.Fak.

Frank Dingel

22, 6.Sem. Politologie, Gesch. Geb. in Werdohl/Westf. Abitur 1965. Seit SS 65 an der FU.Seit SS 66 Mitgl. d.IV d.FMI, SS 67 1. Sprecher. Möchte seine Erfahrungen in d.Konventsarbeit verwenden u.erweitern. Begrüßt die KU als Alternative, die den bisherigen Lehrbetrieb zur kritischen Selbstreflexion zwingt. Hat die Hoffnung noch nicht aufgegeben, daß effektive student. Mitbestimmung an der FU möglich ist und wird sich in diesem Sinne im Konvent einsetzen.
Gehört keiner studentischen Gemeinschaft an.

Werner Gernot Doyé

25, 7.Sem. Publizistik, geb. in Hellenthal/Eifel.Abitur 1962 in Bensberg/Köln. 2 Jahre Wehrdienst Antrag auf Kriegsd.verw. Seit SS 64 an der FU. 2 Jahre IV d. Inst. f. Publizistik. 1 Jahr 2.Sprecher Bis Juli 67 2.Vors. d.Freunde d. Publizistik. Ist für Fortsetzung der bisherigen Politik des AStA; weitere Stärkung d.außerparlamentarischen Opposition u.Zusammenarb. aller linken Hochschulgruppen. Einführung eines Studienhonorars, Verbesserung d.Studienbedingungen, Unterstützung der KU u.d. Springer-Tribunals.
Mitgl. der Freunde d. Publizistik.

Hans W. Dräger

27, 12.Sem. Soziologie, Geb. in Berlin. 3jährige Schneiderlehre in München. Nov.61 "Abitur für Schulfremde" in Berlin. Ab 1962 Psychologie-Studium an der FU. Seit Febr.67 Dipl.-Psychologe. 1/2 Jahr Mitarb. d. QUICKBORNER TEAMS in Hamburg. Seit WS 67 Philosophie- u.Soziologie-Studium an der FU. Mitgl. d.KU.Seine Ziele betreffen vor allem Hochschulreform u. KU. Innerhalb d. KU wird er sich besonders für d. Gründung eines Aktionszentrums f. Schüler einsetzen.
Mitglied der Humanistischen Studentenunion, HU

Ingrid Dreyer

21, 4. Sem. Politologie, geb. in Horst/Holst., Abitur 1966, seit SS 66 an der FU. Möchte sich f.d. politische Aufgabe d.Universität in ihrer Wechselbeziehung z.gesellschaftlichen u.polit.Leben mit dem Ziel einer systemimmanenten aber durchgreifenden Reform unseres Gesellschaftssystems f.Studien-u.Hochschulref. (Änderung d.Disziplinarrechts u.stärkere stud.Beteiligung) u. für d.soziale Sicherung der Studenten einsetzen.
Mitglied im RCDS
Aktion 20. Konvent

Eckard Düwal

23, 10.Sem. Germanistik, geb. in Angermünde. Seit SS 63 an der FU. Im 20., Konvent würde er sich besonders mit hochschulpolit. Fragen beschäftigen, weil er findet, daß diese vom jetzigen Konvent zugunsten von allgemeinpolit. entschieden vernachlässigt werden. Setzt sich ein für:1)Kritische Bestandsaufnahme u.Weiterführung der Arbeit d.Studienref.kommissionen.2)Erprobung neuer Formen v. Lehrveranst. im Rahmen der FU. keine gesonderte Etablierung einer ideologischen KU. 3)Verbesserung der Förderungsbedingungen in einem Ausbildungsförderungsgesetz.
Mitgl.d. Arbeitsgemeinschaft an der Phil.Fak.

Petros Efstathiadis-Stanges

22, 4. Sem. Publizistik, geb. in Thessaloniki, seit SS 66 an d.FU Verhinderung weiterer faschist. "Machtergreifungen" in Europa u. Sturz d.bestehenden Militärreg. erfordern:1.Kenntnis u.Analyse d. Verhältnisse (Infoveranst.) 2. Druck auf polit.Stellen z.Verwirklichung v.Sanktionen gegen diese Länder,3.Polit.Aktionen,4. Einrichtung eines AK "Faschismus in Europa heute" in der KU (mit bes.Berücks.Griechenlands), 5. Schutz der ausl.Studenten v.Übergriffen von Geheimdiensten und Regierungsstellen ihrer Länder.

Mitgl. der Freunde der Publizistik Wahlkuratorium

Wieland Eschenhagen

23, 6.Sem.Politologie/Soziologie geb. in Georgenswalde/Samld.Seit SS 65 an der FU. Vordringl. Aufg. d. 20. Konvents: Alternativvorschlag z.Stein-Hochschulgesetzentw.mit d.Ziel d.Demokratisier. der FU durch Abbau sachfremder Autorität (Institutsmonarchien, Disziplr.Recht,Zwangswxmatr.) u. inhalt.Mitbest.von Stud.u.Assist. in allen Gremien.Sieht in d.KU geeignetes Experimentierfeld f. Studienref.u.Hochschul-sowie Gesellschaftskritik,solange sie nicht Inhalt d.FU selbst sind. Für soziale Sicherung u.Unabhängigkeit durch allgem.Studienhonorar (gleichber.Partizipation d.Stud.an d.Wissensch.)kurzfr.:Erhöhung d.Honnefsätze.
Mitgl. im SHB

Fassbinder, Egmont

22, 4. Sem.Soz.,geb. in Kippenhei Abitur in Berlin, seit WS 66/67 F Mitgl.d. 19. Konvents, stellvertr Phil.Fak.Sprecher. Möchte durch Wiederkandidatur dazu beitragen, d. Demokratisierung d. Hochschule voranzutreiben.Begrüßt die Etablierung d. KU als Selbstorganisation d. Stud.Hält d. Verwirklich. größerer Öffentlichk. innerh. d. Fak, für unerläßlich. Sieht als Realisationsmöglichkeit d. Wiederbelebung d. "Phil.Fakten", durch d.auch d. Isolation der Institutsvertretungen durchbrochen werden kann.ENTEIGNET SPRINGER!
Mitgl. im Sozialistischen Studentenbund

Ulrich Fischer

24, 6. Sem. Politologie, geb. in Vöcklabruck:Österr., 1961 mittl. Reife in Lübeck, 18 Mon.Bundesw. Abitur 1965 in Lübeck, seit SS65 an der FU. 2 Sem. Germanistik u. Romanistik, seit SS 66 Politologie.Anerkannter Kriegsdienstverweigerer, steht u.stand jedoch zu dieser Entscheidung.Nur im Hinblick auf imperialistische Kriege d.Industriestaaten z.B. gegan Länder d.3.Welt.Mitgl. im 19. Konvent. Möchte durch seine Mitarbeit im Konvent mithelfen, neben der Unterstützung aktueller Projekte wie KU u.weitergehender Politisierung u.Demokratisierung d.Hochschule, d.Kontakte zur Humboldt-Universität auszubauen.
Mitglied im Sozialistischen Deutschen Studentenbund.

Albrecht Förschler

20, 3. Sem. Politologie, geb. in Sevilla/Spanien, Abitur 1963,seit WS 66 an der FU.Tritt für einen linksliberalen Konvent ein, der aufgrund rationaler u.ideologiefreier Diskussion d.polit.Mandat d.Stud.schaft wahrnimmt u.d.notwendigen Reformen wie Abschaffung d.Disziplinarrechts, Neuordnung d.Univ.struktur (Abteilungssystem),Univ.satzung,(paritätische Vertr.d.Stud.)vorantreibt.Lehnt KU in jetziger Form ab. da Ansatz v.Ideologien beeinflußt ist.
Mitglied im RCDS
Aktion 20. Konvent

Sigrid Pronius

25, 10. Sem. Gesch.,Romanistik, geb.in Kronstadt/Hum.,Abitur 62 in Korntal/Stgt.Seit WS 62/63 an der FU.WS 66/67 1.Spr.d.Romanisten, SS 67 Hochschulreferentin, z.Z.Polit.Referentin im AStA. Mitgl.in d.Stud.ref.komm. auf Uni.ebene.War maßgeblich an der Organisation der KU beteiligt, möchte diese Arbeit fortführen, besonders gl.Beteiligung aller Mitarb.,gemeinsame Planung u. Durchführung der wissensch.Arbeit - ohne hierarchische Struktur, fordert Beteiligung aller Studenten an der Ausarbeitung d. offiziellen Lehrpläne.
Mitgl. im Sozialistischen Deutschen Studentenbund.

Hans-Joachim Funke

23, 4. Sem. Politologie/Philosophie, geb. in Guhrau, 1. Sem. Germanistik, seit WS 66/67 an d. FU. Sem.u.IV-Vertr. am Phil.Sem. im Delegiertenrat der KU. Kandidiert f.Konvent u.OSI-Fachschaft, um Studienreform voranzutreiben; erhofft sich gerade dafür aus breitester Auseinandersetzung zw. KU u. FU eine Stärkung der KU u. eine Verstärkung d.Reformwilligkeit innerhalb der FU.Wird sich weiterhin gegen ideologische Verzerrung durch Verdammungsurteile gegen die KU wehren (bes. im OSI).
Mitglied der Humanistischen Studentenunion.
Wahlkuratorium

Klaus-Detlef Punke

23, 9.Sem. Publizistik, geb. in Berlin. Abitur 1963 in Berlin. 1 Sem.Göttingen, Seit WS 63 an der FU. 5 Sem.Jura, Fachwechsel, jetzt 4.Fachsem.Publizistik,Soziologie und Politologie.Film- u.Fernsehreferent d.Freunde der Publizistik.Mitgl.d.IV d.Publizisten. Chefred.d.von d.FDP herausgegeb.Zeitschrift "Der springer.Ein Magazin f.Leute", Nr. 1 am 1.1.68. Für eine "radikale" Hochschulreform u.paritätische Mitbestimmung d.Studenten. Für ein polit.Mandat d.Stud.schaft. Für ein stud.Syndikat, das Hochschul-u.sonstige Politik als "pressure group" nach außen vertritt.Für verstärkte Arbeit des KomiPö.

Mitgl.d.Freunde d.Publizistik

Klaus Garnatz

36, 7.Sem. Politologie, geb. in Berlin. Ost-Abitur, Berufsausb. Facharb.Metall, E-Schweißer.Studium an Humboldt-Uni, relegiert, DHfP in W-Berlin, Verhaftung im Osten w."staatsgefährdender Propaganda", Bez.gericht Potsdam 6 1/2 Jahr Zuchthaus Torgau.VEB Landmasch.bau Neustadt, 1965 W-Berlin, Borsig-AG als Schweißer. Wird im 20. Konvent gegen rechts- u.linksradikale Tendenzen auftreten, für eine sparsamere Verwaltung stud.Gelder eintreten u.das Programm d.Vereinigten Arbeitsgem.an d.FU unterstützen.
Gehört keiner studentischen Gemeinschaft an. Mitgl. der Arbeitsgem. an der Phil.Fak.

Annemarie Garrels

25, 6.Sem. Germanistik, geb. in Bern, Abitur 1962 in Bremen,Studium in Paris, Zürich, seit WS 66 an der FU. Sieht wichtigste Aufgabe in der Hochschul- und Studienreform, die nur durch kritische Analyse d.Gesellschaft wie der Lehr- u.Lernprozesse sinnvoll geplant werden können. Möchte deshalb mit d.Stud.vertr. zusammenarbeiten und unterstützt in diesem Sinn die KU, die durch wissenschaftliche Arbeit zu einer Verwirklichung notwendiger Reformen beitragen soll.Bemüht sich um Studentenaustausch Moskau-Berlin. Mitgl.d.Humanistischen Studentenunion.
Wahlkuratorium

Wolfgang Gehlen

21, 4. Sem. Politologie, geb. in Wiesbaden, 3 Sem. in Köln, seit WS 67 an der FU. Das demokratische Prinzip, keine Entscheidung ohne d.Zustimmung d.Betroffenen, muß endlich in Universität u.Gesellschaft voll verwirklicht werden.Das Organisationsmodell d.KU verwirklicht diesen Grundsatz.D. KU sollte deshalb als Experiment f.neue Formen d.Studierens von d. Stud.schaft u.vom Konvent anerkannt u.gefördert werden. Eine Stud.ref. müßte u.a. in den verschied. Bereichen einen Kompromiß zw. d.Notwendigkeit des Erlernens von Faktenwissen u.der Notwendigkeit d.weitgehend selbständigen Erarbeitens von interessierenden Problemen finden.
Mitglied im SHB

Joachim Gessinger,

22, 2. Sem. Germanistik, geb. in Brandenburg, Abitur 1965 in Köln. 2 Jahre Wehrdienst,seit SS 67 an der FU. Ist für forcierte Hochschulref. u. verstärkte Beteiligung in d.akad.Ausschüssen durch die Stud.schaft.Politisierung d. Wissenschaft insofern, daß diese stark aktualisiert, aber nicht einem polit. Primat untergeordnet wird - also für KU, solange sie für alle politischen Richtungen offen ist u.nicht nur z. Materiallieferant polit.Aktivität wird. Der 20. Konvent sollte verhindern, daß nach d. im SS 67 entstandenen Reformbewegungen ein "back-lash" eintritt, sei es durch stud.Winterschlaf o.durch pseudorevolut.Husarenritte. Keine stud.Gemeinschaft.

Rudolf Glodde

61, 22. Sem. klass. Philologie, geb. in Berlin, Bauhandwerk erlernt, später b.Vers.Ges. 1946-50 Dozent f. Russisch an Volkshochschule.1956 Abitur am Abendgymn., Zwangsbürger der DDR. Ist gegen jeden Radikalismus, der d. Sache d. Studenten bereits ungeheuren Schaden zugefügt hat. Dringendste Aufg. ist d.konstruktive Mitarb. an d.Stud.ref. Die KU, die nicht d. Wahrheitsfindung dient, sondern unter d.Deckmantel d.Wissenschaft polit.Ziele verfolgt, wird abgelehnt. Sinnreich wäre eine derartige Einrichtung nur, wenn auch d. Meinungen anderer gehört würden. Man kann nicht d.gleichen autoritären Methoden, die man bei d. Prof. kritisiert, selber praktizieren. Keine stud.Gemeinschaft

Peter Gramatzky

30, 8. Sem. Politologie, geb.in Berlin. Seit 1956 journalistisch tätig, 1958-63 selbst.Kaufmann. SS 63 Studium Politologie Kleine Matrikel, 1966 Abitur Abendgymn. Berlin, Apr.67 Zwischenprüfung. Seit SS 66 an der FU. Im SS 67 wurde die gesamtgesellschaftliche Dimension der FU-Krise deutlich. Die Hochschulreform muß d. wechselseitigen Beziehung zw. Universität u.Gesellschaft Rechnung tragen. Konvent u.AStA dürfen bei dieser großen Aufgabe d. eigentlichen Belange d.Studenten im universitären Bereich nicht vernachlässigen.
Gehört keiner studentischen Gemeinschaft an.

Othmar Nikola Haberl

24, 8. Sem. polit.Wiss.Osteur., geb. in Sarajevo, seit WS 65 an der FU.Hält grundsätzl.Bezug von Hochschule u.Gesellsch.,v.Wissensch.u.Politik f.gegeben; politische Willensbildung ist an alternative Diskussion gebunden u.darf nicht einseitig ideolog. Indoktrinierung sein;bekennt sich zu parlament.Demokratie,z. Toleranzprinzip u.Pluralismus im Gegensatz zum SDS, zu krit.FU, lehnt ideolog.Ausrichtg.d.KU ab. Überfällige u.vordringl.Hochsch. u.Studienreform soll durchaus in student.Selbsthilfe vorangetrieben werden, da die Ordinarien-Uni zu Selbstreform unfähig.
Mitglied im RCDS
Aktion 20. Konvent

Christian Hacke

24, 4. Sem. Politologie, geb. in Clausenhof/Ostpr.2 Sem.in Freibg. Seit SS 67 an der FU.Leitete SS 67 Aktion "Studenten in die Schulen". Mitarb.an "Der Politologe". Forderung, daß KU Beispiel für umfassende u.nicht einseitige Reformversuche wird; nach stärkerer Kontrolle des AStA durch den Konvent; nach energ.Maßnahmen gegen Bestrebunden, die Stud.schaft als Minderheit zu isolieren, insbes.durch gezielte u.verstärkte Kontaktaufnahme u.Aufklärung gegend. Presse, Senat u.Berliner Bevölkerung. Gehört keiner studentischen Gemeinschaft an.

Gerhard Heckmann

26. 5. Sem. Politologie, geb. in Herrenberg/Württ., PH-Studium, 1 1/2 Jahre Schuldienst in B.-Württ. Zweitstudium Politologie, Beginn in München, seit WS 66/7 an der FU. Sieht in d.Beteiligung möglichst vieler Stud. in bestehenden akad. Gremien nur ein Mittel, die weiter bestehende autoritäre Struktur der Univ. zu verschleiern; Abbau dieser Struktur nur möglich, wenn d.stud.Vertreter ständig einer wirks.Kontrolle d.stud. Öffentlichk.unterzogen sind. Für d.Stud.ref. ist d.KU das richtungsweisende Experiment, sie sollte als notw.Ergänzung d.Studiums f.alle Stud. attraktiver gemacht werden. Mitglied des Sozialdemokratischen Hochschulbundes.

Klaus-Peter Hellmich

22, 3. Sem. Theaterwiss.,Publizistik, Germanistik.Abitur 1964, seit WS 66/67 an der FU.Seit SS 67 IV-Publizistik, dort seit WS 67 2.Spr.Befürwortung u.Unterstützung der KU, gegen Aktion 20.Konvent. Für allgemeinpolit. Mandat von KONVENT und AStA u. fachbezogenes polit.Mandat d. IV's an d.Phil.u.WiSoFak.Gegen Mißachtung der demokratischen Grundregeln bei polit.Veranstaltungen.
Mitgl. der Freunde der Publizistik.

Marianne Henkel

22, 8. Sem. Politologie, geb. in Marburg,dort 1964 Abitur, 3 Sem. Marburg, seit WS 65 an der FU. 1 J.Stud.in USA,dort Mitgl. der Student for a Democratic Society Mitbeteiligt Gründung Free Univ. Minnesota.Mitgl. 19.Konvent,Auß.ausschußvors.u.stellv.Außenref. Nach Rückkehr aus USA Außenref. Möchte sich im Konvent einsetzen, daß begonnene Arb.weitergef.wird Ausl.stud.problem.,Fragen der pol.Betätigung von Ausl.,Ausl.recht,Zus.arb. mit progr.europ. Stud.verb.,d.richtungsw.KU.Projekt zu propagieren im Sinne d. polit.Mandats d.Stud.schaft u.d. Uni.Internat.Stud.-u.Hochschulref.geg.Industrialisierung d.Uni Gehört keiner studentischen Gemeinschaft an.

Heuler, Werner

21, 3.Sem.Germ./Soz.,geb.Heidelb. 66 Kriegsdienstverweigerung.Demokratisierung d.Uni kann i.d.gegenwärt.gesellschaftl.Phase nur in Zusammenh.m.umfassend. Demokratisierung d.Gesellsch.möglich sein. Notstandspläne u.Einschränk. d. Stud.freiheit (starr festgelegt. Stud.pläne,Zwangsex.) stehen in unmittelb.Zusammenh.Der Begriff "wertfreie Forschung" ist nichts andres als d. Verschleierung ein. Tendenz,d.m.d. Machtinteress. d. herrsch.Bürokratie konform geht. Wissensch. kann ihren gesellsch. Auftrag nur erfüll.,wenn sie ihren Ansatz offen darlegt u.z. Diskuss. stellt.Unterstützg.d.KU ergibt sich daraus notwendig.
WAHLKURATORIUM

Luise Honsberg

21, 6. Sem. Philosophie, geb. in Lingen, Abitur 1964 in London, 1 Jahr Studium in Lausanne. 5.Fachsem.Psychologie. Seit SS 66 an d. FU. Hat sich im SS 67 für Fragen der Studienreform im Psychologischen Institut eingesetzt. Kandidiert, um die Verwirklichung der Forderungen der Studienreformkommission auf Universitätsebene voranzutreiben. Sieht in d. Gründung der KU einen positiv zu bewertenden Anstoß zu einer generellen Studienreform an der FU Gehört keiner studentischen Gemeinschaft an.

Helmut Horst

28, 10. Sem. Geschichte, Doktorand, liberal, geb. in Berlin. Tritt f.d. polit. Mandat der Stud.vertr. ein:(z.B.staatsrechtliche Anerkennung d.DDR; gegen Regime in Griechenland u.d.Vietnamkrieg) Wichtiger, Politik auf stud.Ebene, Kontaktaufnahme mit Studenten der osteurop. Länder: als Landesvors.d.Europäisch-Föderalistischen Stud.verb. bereits enge Beziehungen mit d.Stud. vertr.d.Prager Hochschulen, dem CSM. Hochschulref. muß von den Stud. weiter vorangetrieben werden in Zusammenarb. mit "Mittel- u.Oberbau". Der Versuch der KU sollte unternommen werden.
Mitgl. im Europäisch-Föderalistischen Studentenbund

Martin Kempe

24, 3. Sem. Politologie, geb. in Bad Salzuflen, Abitur 1964. Nach 1 Sem. 2.Jahre Bundeswehr. Seit WS 66/67 an der FU. Mitgl. im 19. Konvent. Ist überzeugt, daß d. Stud., wie jeder Staatsbürger, polit.Verantwortung trägt. Die Beschäftig. mit der Wissensch. legt ihm Verpflichtung zur kritischen u.rationalen Analyse polit.u.gesellschaft. Strukturen in Uni.und Staat auf. Stud.Interessenpolitik, bes.Stud.-u. Hochschulreform, die effektiv sein will, muß in Strategie u. Taktik an diesen Maßstäben gemessen werden.
Mitglied im RCDS
Aktion 20. Konvent

Irmgard Kohlhepp

43, 6. Sem. Psychologie, geb. in Großalmerode, abgeschl.Stud.Heilpäd.,Sonderschullehrerin. Meint, Politik d.Konvents soll ausgerichtet sein auf Demokratisierung der Univers.,des ges.Bildungswesens, d.Gesellsch.systems.Begrüßt die KU als ein Experiment zur Stud-,Hochschul-u.Gesellsch.ref. als Versuch zw.Theorie u.Praxis zu vermitteln;arb.desh.aktiv mit.Will sich einsetzen f.d.Interessen d.Leute, d.als ältere Menschen o.U.d.2.Bildungsweg stud.wollen, f.Zus.arb. mit Gewerkschaften u.a.außeruniversit.Gruppen, Öffentlichkeitsarb., Pflege v.internat.Kontakten auch zu sozialist.Ländern, Verbesserung d.Stud.beging.ausl.Komm.
Mitgl. im SHB, Rep.Club, SPD, GEW

von Kondratowitz, Hans-Joachim

22, 4. Sem. Pol.Wiss./Osteurop. Gesch. an FU, 1. Sem. KU, Mitgl. i.d. SPD u. IG Metall, Mitarb. nach d. 2.Juni im Kom.f. Öff.arb. Mitgl. d. Sem.vertr.versamml. am Osteuropa Inst.
Die immer mehr erlahmende Diskuss über d. Studienref. muß neu belebt werden, wichtigster Impuls z. Uniref.,z. reform. Einwirk. auf die Gesellsch. ist d. KU;damit ist selbstverst. eine Bejahung d. Polit. Mandats verbunden Neue polit.Aktionen (zu: Notstandsgesetze, Vietnam, Griechenland, Springer) sollten unternommen werden.
WAHLKURATORIUM

Hannah Kotowski

21, 6. Sem. Soziologie, geb. in Berlin, Abitur 1965 in Ulm, seit SS 66 an der FU.Ziel d.stud.Politik ist eine demokr.Universität, diese ist nur möglich in Verb.mit Demokratisierung d.Gesellsch.(geg. Pressekonzentration,Notstandsgesetze).Gegen Disziplinierung der Studenten durch administrative Maßnahmen,f.öffentl.Diskussion aller stud.Probleme (Disziplinarrecht)Sieht die KU als Korrekturfaktor d.besteh.Univers.struktur u.als Modell e.mögl.Veränderung im Sinne tätiger u.verantwortl. Mitarb.aller Studenten.
Mitglied des Sozialistischen Deutschen Studentenbundes.

Michael Lange

20, 4. Sem. Philosophie, geb. in Berlin, dort Abitur, seit SS 66 an der FU. Seit dem Sit-in v. 22.6.66 als Auftakt d.Auseinandersetzungen, in denen d.stud. Politik bis heute steht, hat er 3 Sem. lang zugehört.Möchte nun seine Mitarb.anbieten, vor allem in wissenschaftspolit.Fragen. Der 20. Konvent sollte die studienreformerischen Ansätze seit dem I. Sit-in nicht von vornherein verloren geben. Er sollte zum Forum der Diskussion dieser Bemühungen werden u.gleichzeitig d.Anregungen der KU mit den Bemühungen um Stud.ref. zu vermitteln suchen.
Gehört keiner studentischen Gemeinschaft an.

Rolf-Peter Lange

23, 5. Sem. Politologie, geb. in Neuruppin, Abitur 1963 in Berlin. Verlagskfm., seit WS 65 an der FU Zw.prüfung 67.Ziel d.Mitarb. im Konvent:1.Wiederherst.d.z.Z.nicht gewährl.ungehinderten Ausübung d. Stud.ganges, d.durch d.gezielten Störungsversuche e.revolutionären Minderheit erheblich gestört wird 2.Rehabilitierung der in Verruf geratenen Bez."Student" in d.Bevölkerung.3. Bekämpfung linksradikaler revolutionärer Tendenzen an der FU,inbes.in d.ideolog.KU 4.Vorantreiben e.durchgr.Hoch-u. Stud.ref.inZus.arb.mit Prof.,Doz. u.Ass.
Gehört keiner studentischen Gemeinschaft an.
Aktion 20. Konvent

Knut Langenbach

23, 5. Sem. Germanistik, Gesch., Sozialkunde, geb. in Altdorf b. Nürnberg, dort Abitur, Bundeswehr, Studium in Erlangen. Seit WS 67 an der FU. Hält f.notwendig polit.Mandat d.Stud.; d.gesellschaftlich-polit.Bezogenheit d. Wissensch. ist gerade in d.Germanistik zu evident, um geleugnet zu werden, deswegen KU.Stud.Teilhabe an univers.Entscheidungen. Neuordnung d.Stipen.wesens ohne Eliteauswahl.Prakt.Erprobung v. Reformen in d.KU. Hält d.ders. Universitätsstruktur f.überholt Sieht am Ref.entwurf noch gr.Mängel.Findet e.Prüfungso.,d.immer noch unter d.Aspekt d.Wissens, statt d.Wissens-Wie, f.ref.bedürftig.
Mitglied im SHB

Langhans, Rainer

27, ist, glaubt er,im 1o. Sem. u. noch an der FU,weil er erleben möchte, wie er disziplinarisch rausfliegt. Studiert nicht mehr,weil's langweilig ist.War mal SDS-polit. ist dort aber glückerweise rausgeflogen u. daher heute unabhäng. Im Konvent wird er d. Desinteresse von 9o % d. Stud. würdig vertreten,indem er nicht mitarbeitet weil er lange u. kurze Reden nicht ausstehen kann.Aber als Abgeordneter kommt man besser an d. AStA-Gelder ran, von denen d. AStA d. Kommunen bisher zu wenig zukommen ließ (bei d. Mieten)
KAUFT IHRE BROSCHÜREN,WENN IHR SCHON NICHT WÄHLT! Für Wahlhelfer Bln.12,Kaiser-Friedrich- 54 a Tel. 61o81

Hella Lingfeld-Giovannini

23, 4. Sem. Politologie, geb. in Bonn, Abitur 1966 in Berlin,seit SS 66 an der FU. Hält die Förderung der KU für notwendig, weil eine umfassende Studienreform u. Demokratisierung der Hochschule im Sande zu verlaufen droht.Möchte im Konvent regelmäßig mitarbeiten Für ein verstärktes polit.Mandat der Studentenschaft. Will sich besonders einsetzen für e.Verbesserung der Studienbedingungen (gerade d.materiellen).
Mitgl. im Sozialdemokratischen Hochschulbund.

Malte Ludin

25, 8. Sem. Politologie, geb. in Pressburg, 2 Sem.Tübingen, seit SS 65 an der FU, 1966 Vordiplom. Das zentrale Thema d.20.Konvents muß s.E.im Ausbau u.in d.Arb.mit d.KU liegen, deren Sinn nicht nur im krit.Reflex zur tradit.Hochsch. u.deren Wissensch.begriff (Hochschulref.)gesehen werden sollte, deren Funktion vielmehr auch als Instrument soz.u.demokrat.Bewußtseinsbildung zu rechtfertigen ist. Von daher Akzentuierung d.Konventsarbeit im gesamtgesell.Rahmen,Unterstützung ähnl.Bestreb.an anderen Univers.,Solidarisierung und Zus.arb.mit ihnen u.d.außerparlam. Opposition insgesamt.
Gehört keiner studentischen Gemeinschaft an.

Klaus Lüdcke

28, 2. Sem.Ethno., Tierarzt,Zweitstud., geb. in Berlin, seit WS 64 an der FU. Mitgl. im 17.u.18.Konvent.Fakssprecher u.Ältester.Ziele: Der Konvent sollte nicht nur Vollzugsorgan des AStA sein u.sich gezielt folgender Aufgaben annehmen: Ausbau des "Berliner Modells", Umwandlung d.Disziplordnung in FU-Hausordnung, Intensivierung des Hochschulsports, verstärkte Kontakte z.d.Studenten i.ges.Ostblock.

Mitglied im Coburger Convent u. Hochschularbeitskreis f.Tierschutz

Alex Meinken

26, 8. Sem. Philosophie,Politik, Germanistik, geb. in Dirsten, Studium in Kiel, Tübingen,München Innsbruck, seit WS 66/7 an der FU Nach KU-Gründung muß Hauptaufgabe des Konvents sein, d.in diesen Arbeitskr.neu entw.Lern-Lehr-Forsch. methoden u.-formen mit d.versch. Inst.d.FU zu vermitteln.KU ist keine Gegenuniversität, sondern progressives Modell f.d.FU mit dem Ziel, krit.Bewußtsein zu entfalten Subjekt.:Demokratisierung d.Arb.-formen; objekt.: Frage nach gesell schaftl.u.polit.Bezügen d.Wissenschaften. Daraus ergibt sich: Wissenschaft ist offen u.öffentlich; damit würde d.polit.Mandat auf d. Arb.kr. der KU übergehen.
Mitglied im SDS.

Jutta Menschik

23, 4.Sem.Polit.,geb.in Obernigk/Tr., Abitur 63 in Nienburg. 6 Sem.Büchereifachschule:Dipl.-Bibliothekarin, seit SS 66 a.d.FU seit Apr.67 ASTA-Sozialreferent. u.stud.Vorstandsmitgl.d.Stud.-werks d.FU.
Studienhonorar ist soziale Vorauss. f.Ende d.dt.Hochschulmisere. Sieht i.d.KU Möglichk.,die längst fällige Stud.ref.zu prakt Erwartet v.akzeptablem Hochsch.-gesetz,daß Stud.i.akad.Gremien i.f.Stud.wichtigen Fragen nicht überstimmt werden können. Verurteilt Eingriffe d.Rektors u.d. Berliner Senats i.stud.Entscheidungen. Betrachtet Mittel stud. Interessenvertr. undogmatisch. Gehört dem Sozialdemokratischen Hochschulbund an.

Michael Mohs

25, 6. Sem. Psychologie, geb. in Ulm. Abitur 1965.Mitarbeit im Schülerrat und Junge Presse.Seit WS 65 an der FU, Mitglied des AStA 66, Außenreferent, Mitglied im 19. Konvent.Kandidiert erneut, um die sich zur Zeit institutionalisierenden Ostkontakte sinnvoll auszubauen. Setzt sich für eine umgehende Verwirklichung d. Forderungen, die die Studienreformkommission auf Universitätsebene gefordert hat, ein.
Mitglied im Sozialdemokratischen Hochschulbund.

Petersen, Til

22, 6. Sem. Romanistik/Gesch. geb. Berlin, seit SS 65 FU, bzgl. Hochschulref.bes. an Maßnahmen z. Verbesserung d. soz. Stellung d. Studiums interessiert,z.B. Koordinierung u. Erleichterung d. Stipendiensystems,erweiterter Wohnheimbau,sieht in Stein-Entwurf Ansatzpunkte f. angemess. Hochschulges.gebung, wobei aber stärkere Beteiligung (Parität) d.Studschaft in Entscheidungsgremien gefordert werden muß. Darüberhinaus Rechtsfähigkeit d. Stud.schaft,Abschaffung d. Disziplinarrechts,d. Zwangsexmatrikulier.,Abbau d. Fakultätsautonomie u.Überprüfg.d. hierarch. Ordinariatsprinzips Mitgl. d.Freiheitlichen Studentengruppe, u. SPD, Aktion 2o. Konvent

Peter A. Philipp

23, 8. Sem. Politolcgie, geb. in Deutsch-Eylau, Abitur 64 in Blomberg/Lippe, 3 Sem.Mainz, seit WS 65/6 an der FU, SS 66 Zw.Prüfung, in Mainz 2 Sem.AStA-Ref.f.polit. Bildung u.gesamtdtsch.Fragen.Mitgl. des 19. Konvents.Vorst.für d. Arb. im 20.Konvent:Trotz gegent. Gerichtsurteils weitere Handhab. d.polit.Mandats d.Stud.schaft, aus d.Grunde Einführung v.Listen b.d.Wahlen u.Praktionsbildung innerh.d.Konvents. Stärkere Kontrolle d.AStA u.d.Konventssprechers durch Konventsmitgl.Größere Öffentlichkeitsarb.d.AStA u. Konvents zur Durchsetzung d.Ansichten d.Stud.schaft i.Fragen d.Hochschulref.KU bietet Möglichkeit, doch nicht in d.Rahmen, wie sie derz.gepl.u.gesteuert wird. Mitgl. im RCDS

Sibylle Plogstedt

22, 5. Sem. Soziologie, geb. in Berlin, dort 1965 Abitur. Nach Architekturpraktikum Studium d. Soziologie aus Unbehagen an der bestehenden Gesellschaft. Seit WS 65 an der FU. Tritt ein für eine sinnvolle Studienreform,die die Mängel des liberalen Studiums beseitigt ohne in die des zwangsreglementierten zu verfallen.Die Versuche einer antiautoritären Lehr-u.Lernpraxis sollten nicht nur auf d.KU beschränkt bleiben, sondern zugl.d.Arbeitsweise d.Studenten in d.Seminaren u.Übungen des Lehrkörpers d.FU bestimmen.Seit WS 67 1.Spr. IV Phil.Seminar.
Mitgl. im Sozialistischen Deutschen Studentenbund und Argumentclub.

Popp, Wolfgang

21, 1967 Abitur, SS 67 immatrikul. In d.immer bürokratisierten u. technisierten Gesellsch. ist Aufgabe d.Konvents,Demokratisierung d. hierarch.-patriarchalisch. Universitätsstruktur anzustreben. u.d. autoritären Formen d.Gesellschaftsordng. evolutionär zu verändern.Im Hochschulges. ist d. rechtliche Grundlage d. pol.Mandats zu verankern;Rechtsfähigkeit d. Stud.schaft.Durchgreifende Hochschul-u.Studienref.,um modernem Wissenschaftsprozeß gerecht zu werden;soz. Förderung d.Studenten erheblich ausbauen;Abschaffung d.Zwangsex.,Disziplinarrechts u. num.cl., Mitglied Ring Christlich Demokratischer Studenten, Aktion 2o. Konvent

Günter Probst

24, 6. Sem. Soziologie, geb. in Breslau, 1963 Abitur, 2 Jahre Bundeswehr, seit SS 65 an d.FU. Bisher freie Mitarbeit an einzelnen Projekten der Studentenschaft. Will verhindern, daß d. politische Betätigung von Konvent und Studentenvertr. durch Staats-u.Universitätsbürokratie eingeschränkt wird. Verbesserung d.Hochschulgesetzentwurfes Für kritisches Engagement der Studentenschaft in Universität (KU) un Gesellschaft. Verstärktes Vorgehen bei der Verbesserung d.sozialen Lage d.Studenten.
Gehört keiner studentischen Gemeinschaft an.

Peter Rosumek

23, 3. Sem. Altphilologie, geb. in Neisse. Abitur 64 in Berlin, 3 Sem. Studium a.d.HfM.- Kandidiert, weil seiner Meinung nach die Stud.vertretung zu wenig im Sinne der Mehrheit der Stud.-schaft arbeitet. Möchte sich dafür einsetzen, daß die Förderung der Studenten gebessert u. gesetzlich geregelt wird.
Mitglied der Arbeitsgem. a.d. Phil.Fak.

Hans-Peter Rouette

24, 6. Sem. Gesch., Germ., Politik, geb. in Posen, seit SS 65 an der FU. Mitgl.im 18.u.19.Konvent WS 66/67 Spr. FMI.Jan.-Nov. Fak spr., danach Hochschulref. Kandidiert noch einmal, um seine bisherige Arbeit einer öffentl.Abstimmung zu unterwerfen.Wird sich auch im 20.Konvent f.eine Hochschulstruktur einsetzen, die von e.demokratischen Arbeitsplatzregelung ausgeht u. der Entscheidungen nach verbindlichen öffentl.Diskussionen von allen Beteiligten getroffen werden. Wird die Unterstützung d.KU u.d.Praxis des allgemeinen polit.Mandats fordern.
Gehört keiner studentischen Gemeinschaft an.

Rütt-Förster, Ursel

23, geb.Leipzig, Abitur 64 Rendsburg, Theaterwissensch.u.Germanistik in Bonn,seit WS 65/66 FU, Ereignisse d.letzten Zeit haben wieder deutlich gemacht,daß eine Vertretung stud. Interessen von d. engen Abhängigkeit zwischen Universität u. Gesellsch. ausgehen muß.Beteiligung d. Stud.vertr. an d. außerparlamentar. Opposition u.d. Förderung d. KU können u.a. Mittel einer Politik sein, die darauf abzielt, die konkrete Studiensituation zu verbessern.
Gehört keiner studentischen Gemeinschaft an.

Rosalinde Sartorti

20, 4. Sem. Angl./Slavistik, geb in Berlin, dort 1966 Abitur. Seit SS 66 an der FU.Seit 2 Sem.tätig in d.Stud.vertr. d.Anglisten.Wendet sich gegen die Verschleierg. taktik sog.Demokraten, weil sie Offenheit u.Ehrlichkeit e.Politik dummdreister Schlagworte vorzieht Für bessere Koordination u. Zusarb. d.Inst.d.Phil.Fak.u.Konvent (Kontaktst.)Mitarb.an Univ.gesetz im Fachbereich, Teiln.an KU, in der sie an e.Intensivierung der Hochschul-u.Stud.ref.arb.will, breitere Diskussion in d.Öffentlichkeit.Will sich um Ausbau v. Studienmögl. in osteurop.Ländern bemühen.
Mitglied im Sozialdemokratischen Hochschulbund.

Renate Scherer

27, 5. Sem. Politologie, geb. in Frankfurt, Abitur 1961 in Konstanz, danach abgeschlo.Schauspielausb.in München, daneben Germanistik u.Psychologievorl. Seit WS 65 an der FU, SS 67 Zw. prüfung.
Sie wird sich für eine stärkere Beteiligung aller Studenten an der Studienreform einsetzen:Kritik durch Fragebögen nach inhaltlichen Kriterien der Lehre und positive Experimenten (z.B.Gruppenarbeit in Seminaren u.KU) müssen in den Prozeß eingearbeitet werden.
Mitgl. im Sozialistischen Deutschen Studentenbund

Hendrik Schmidt

24, 10. Sem. Publizistik, geb.in Le Chesnay/Frankr. Abitur 1963 Timmend.Str.Seit SS 63 an der FU Rundfunkerfahrung.1.Spr. IV Publ Davor Vors.d.Freunde d.Publ.Sagt durch Kandidatur "Aktion 20.Konvent" Kampf an.Unterstützt nachdrückl.Ziele d.KU. Erhofft sich davon Herausford. d.etablierten Hochschule, d.zu Neureflexion bish. geübter Lehrpraxis u.propagierter wissensch.theoretisch. Vorst.führt. Fordert vor student Aktionen stärkere Aufkl.d.außeruniv.Öffentlichk.,genaue Planung d.Aktion sowie Konkretisg.d.Ziel vorst.Möchte dabei mithelfen.Bisherige Disk.oft zu isoliert gef. Stud.honorar einz.Möglichk.,die Gleichh.d.Bildungschancen zu verwirklichen.Mitgl.d.Freunde d.Pub

Claudia Schmölders

23, 8. Sem. Germanistik,Musikwissenschaft, geb.in Heidelberg. Plädiert für eine nichtideologische Hochschulreform unter Abbau des Autoritarismus -gleich welcher Gruppe - u.Anerkennung einer Hierarchie d.Wissens;f.eine fachbezogene Studienref.im Hinblick auf fachliche Grenzgebiete un.interfakultative Gemeinsch.-kollegs sowie f.d.Anrecht eines jeden auf einen individuellen Verstehensbegriff, wie dem ästhetischen oder dem gesellschaftlichen.
Mitgl.d.Arbeitsgem.an der Phil.Fak.

Klaus-Peter Schönherr

25, 6. Sem. Politologie, geb. in Müncheberg/Mark. Elektromonteurlehre, Vorstudienanstalt (ABF) Universität Halle, 4 Sem. Nachrichtentechnik TU Dresden. Fachlehrer Berufsschule Rostock.Nach Prozeß wegen "Staatsverleumdung" Ausweisung aus Rostock. Tonass. später Abt.leiter im Potsdamer Theater.Flucht in die Bundesrepublik Dez.66. 1 Sem.TU Berlin. Seit WS 67 an der FU.Polit.Grundhaltung:Er ist kein Rechter, kein Marxist,kein Christ,kein Nationaler-ist ganz einfach Zivilist, doch politisch kein Neutraler. Gehört keiner studentischen Gemeinschaft an.
Aktion 20. Konvent

Götz Schwarzrock

22, 2. Sem. Politologie, geb. in Detmold. Abitur 1965, 2 Jahre Bundeswehr, seit SS 67 an der FU Hält die polit.Disziplinierung d. Studenten für ebenso gefährlich wie die Militarisierung d.dtsch. Bevölkerung.In diesem Rahmen ist d.neue Hochschulgesetzentwurf zu sehen, der d.Politik der kleinen Schritte zur Hochschulref. fortsetzen will, die notwendige Stud. ref. dadurch verzögert. Eine Alternative auszuarbeiten, ist die Hauptaufgabe des 20. Konvents. Die Richtung zeigt dafür die Organisation der KU.
Mitgl. im Sozialdemokratischen Hochschulbund, SPD

Rolf Schwiedrzik

24, 6. Sem. Soziologie, geb. in Freystadt/Polen, Abitur in Kiel, seit WS 65 an der FU. Seit Dez. 66 1.Spr. d.INTERESSENVERTRETUNG SOZIOLOGIE.Dort Widerstand gegen Reglementierung d.Studienganges durch neue Prüfungsordnung (unterschwellige Zwangsexmatr.) organisiert;dadurch Einsetzen einer Stud.ref.komm. erreicht (s. Soziologen Paper 6)-Aufgaben d. Konvents:Bewußte Arbeit als Basis stud.Politik: eindeutiger Widerstand gegen d.neue Hochschulgesetz, das nur eine Variation über das bestehende ist; Unterstützung der KU.
Mitglied im Sozialistischen Deutschen Studentenbund.

Siepmann, Hans-Joachim

22, 3. Sem.Politologie,geb.Essen Abitur 66, Mitarb.i.d. SMV u.d. Essener Schülervertr.(AES) zwei Sem.Bochum,seit WS67/68 FU.Setzt sich konsequent f.Demokratisierg. d.Organe d. FU ein.Selbstverst. Mitbestimm.d.Stud. wurde bisher verh. Gegen d.Unverbindlichkeit d. Studienref.beratungen müssen über KU Ergebnisse erzielt werd. d.d. wissenschaftl.Grundlage für d.weitere Auseinandersetz. um d. Hochschul-u.Studienref.darstellen.Die Vorgänge am OSI haben gezeigt,daß dch. wissenschaftl. fundierte Kritik Fortschritte in Richtung auf eine Studienref. erzielt wurden, d. den Studenten eigene wissenschaftl.Arbeit ermöglichen wird. WAHLKURATORIUM

Sommer, Matthias

24, 1o. Sem.Theaterwiss./Germ./Gesch.,Abitur 63 Düsseldorf,Stud. nach Tübingen u.Wien seit SS 65 FU,Mitgl. d. 19.Konvents, bis Ende Oktober Zulassungsreferent, seither Fakultätssprecher, KU: Ja. Politisches Mandat: Selbstverständlich, Studienreform: Trotz allem nicht resignieren und endlich zur Praxis übergehen.
(Wie gesagt: K.U.)
Gehört keiner studentischen Gemeinschaft an

Ulrich Steinmüller

25, 12. Sem. Germanistik/Angl., geb. in Gießen. 11 Sem. Gießen, seit WS 67 an der FU. In Gießen Mitgl.d.Studentenparlaments.
Ist für neue Wege der Lehrveranstaltungen; intensive und durchgreifende Reform des Studiums u. der Hochschulen; Ausbau des Berliner Modells.
Mitgl. Arbeitsgemeinschaft Phil.Fak.

Walter Steitz

29, 4. Sem. Germanistik, Gesch., geb. in Köln, kfm.Lehre, Berufstätigkeit in England u.Köln bis 1965.Abitur 66 am Abendgymnasium Seit SS 66 an der FU.Verheiratet. Polit.Standort:etwa linker Flügel SPD,stimmt in wesentlichen Punkten mit dem SDS nicht überein. Hegt Bedenken gegen KU mit ihrer jetzigen wissensch.theoretischen Tendenz. Hochschulref. ist sein wichtigstes Anliegen.Abbau der Ordinarien-Universität.Mitbestimmung etc. jedoch abgestuft nach Semesterzahl.
Gehört keiner studentischen Gemeinschaft an.

Winfried Trempenau

25, 7. Sem. Politologie, geb. in Hutzfeld/Holst.Abitur 64 in Bad. Baden.8 Monate Red.tätigkeit b. Südwestfunk. Seit WS 64 an der FU.Seit 2 Jahren Mitarb. Stud. vertr.OSI.Kandidiert, um d.Fortsetzung einer fortschrittl.Studentenpolitik zu ermögl.Begrüßt u.befürwortet das Projekt KU, u.a.als eine Möglichkeit zu permanenter Hochschul-u.Stud.ref. Ebenso bejaht er das uneingeschränkte polit.Mandat d.Stud. vertr.u.deren Zus.arb.mit demokrat.Gremien u.Kräften außerh. d.Univers.,im Sinne e.Demokratisierung unserer Gesellsch.In d. Sinne Studienhonorar.Wird sich einsetzen f.effekt.polit.Zus.arb zw.einz.Fak.u.Inst.u.Konvent. Mitgl. d.Humanistischen Studentenunion Wahlkuratorium

Freulieb, Jürgen

24, 8. Sem.Politologie/Gesch. geb. Osterode, 1963 Anerkennung als Kriegsdienstverweigerer, 64 Abitur, seit SS 64 FU, Mitgl. im 18. Konvent. Tritt f. einen Ausbau d. Kontakte d. FU zu anderen Unis, bes. zur Humboldt-Uni u. zu westdtsch. Unis ein. Für fachspezifische Studienref. Zur Diskuss. d. FU-Gesetzes:Institute müssen eindeutige Stellung erhalten; Mitbestimm. auf Institutsebene muß unbedingt gewährleistet sein,Unterstützung d.KU Polit.Mandat zu Zeiten drohender Notstandsgesetze wichtiger denn je.
Mitgl. im Sozialistischen Dtsch. Studentenbundes

Detlef Umbach

23, 8. Sem. Geschichte, geb. in Ronneburg/Thür.,Abitur 1964 in Berlin, seit SS 64 an der FU. Angesichts d.Absicht d.Staatsbürokratie u.d.Professorenschaft, d.Studenten an d.Hochschul- und Studienreform nicht demokratisch zu beteiligen (z.B.Stein-Entwurf u.Scheitern d.Paritätischen Kommissionen),tritt er für die KU ein.Die KU sollte Instrument prakti cher Kritik an Hochschule, einer im Sinne d.DEMOKRATISIERUNG DER WISSENSCHAFTLICHEN PRODUKTION reformierten Universität werden.Seit 1966 Mitglied der SPD, vertritt aber die Hochschulpolitik des SDS.
Gehört keiner studentischen Gemeinschaft an.

Werner, Marion

19, 3. Sem. Romanistik/Anglistik seit WS 66/67 FU, Phil.Fak.wichtigste Fak. f.Studienref., daher f. Wiedereintritt d.Studenten in Studienref.kommission,schon Phil-Fak.Situation verlangt gründl. Hochschulref.:statt Fak.:fachbezogene Abtlg; f. paritätische Mitbest. d.Studenten mit Assist. Prof. in allen Uni-Gremien u. öffentl. Sitzungen d.Senats, elitäres Disziplrecht dch. einfach. Hausordnung ersetzen,KU prinsipiell begrüßend,nicht in bisherig. einseitig.Form, in Konvent z. Stärkung d. progress. Reformflügels
Mitgl. im Ring Christlich-Demokratischer Studenten,Aktion 2o. Konvent

Wesche, Eberhard

24, 6. Sem.Soz. geb. in Bederkesa Abitur in Hannover, Mitgl. der Humanistischen Studentenunion,darin AK "Radikale Demokratie".Schwerpunkte stud. Politik: 1.KU: ein Ansatz, d.Problemstellung d. Wissschaft v.d.Schwierigkeiten d. Individuen u.d. Miseren d. Gesellschaft ausgehen zu lassen.2.Hochschulref.:Funktion d.Uni darf n. i.d. Ausbildung akad. Fachleute liegen,sondern muß als Ort polit. Diskuss. u. Orientierung weiter ausgebaut werden.Besonderes Gewicht ist auf d. soz.psycholog. Situation d.Stud. i.d. Massenuni zu legen.
Mitgl. im WAHLKURATORIUM

Wiesand, Andreas

22, 5.Sem.Polit., 65 Volontariat im SWF, Mitgl.d.19.Konvents,stv. Phil.Fak.Sprecher, OSI-Ältestenrat Studienref.u.Demokratisierung d. Hochschule dürfen n.z.Schlagwort. erstarren.Darum ein kleine "Kulturrevolution" a.d.FU:"Prinzip Öffentlichkeit" in allen Gremien d. Uni u.d.Stud.vertr. sicherstell. od.einführ.; alle Stud. an ihrer Interess.vertr. von d.Institutsebene an beteilig.; Hochschulgesetzentwurf in Richtung paritätisch besetzte Uni-Gremien u. Abbau d.Ordinarienherrsch.verändern; KU muß auch Analyse d.Studiensituation a.d.FU leisten; Vorlesungs u. Prüfungsrezensionen v.d.Ausnahme z. Regel werden lassen. - Vorsitzender d. Humanistischen Stud. union, SDS, WAHLKURATORIUM

Bernhard Wilhelmer

23, 8.Sem. Publizistik, Polit., Soziologie, geb. in Meseritz, Abitur 1964 in Berlin. Studium in Kiel, seit SS'65 an der FU. Mitgl. des 19. Konvents, 2.AStA Vors. im AStA Häußermann und im AStA Landsberg. Mitglied der "Freunde der Publizistik", Mitarbeit in der "Kampagne für Abrüstung". Möchte als Abgeordn. des 2o. Konvents mit den gewonnenen Erfahrungen helfen, durch Unterstützung des Projektes der "Kritischen Universität" und einen entschiedenen Kampf gegen die zunehmende Bürokratisierung - auch des Konvents - eine demokratische Universität aufzubauen, welche kritikfähige, mündige Bürger in eine zu verändernde Gesellschaft entläßt.

Hartmut Zinser

23, 6. Sem. Religionswissensch. geb. in Tübingen,Abitur i.Berlin seit SS 65 an der FU.Mitgl. des 18.u.19. Konvents, war im AStA 66/67 Kulturreferent, danach 2. Sprecher der Phil.Fak.Er wurde im SS 67 zum Senatssprecher gewählt, weil er versprach d.Amt auch im 20.Konvent zu übernehmen.Er hält die KU für einen bedeutenden Schritt der Studenten zur Demokratisierung der FU indem in den Seminaren der KU Studien- u.Hochschulreform beispielhaft erprobt werden.
Mitgl. im Sozialistischen Deutschen Studentenbund und Argument-Club

Wahlkreis I - Philosophische Fakultät

(bis zu 24 Kandidaten ankreuzen)

Wahllokale:

Henry-Ford-Bau	9.00 - 19.00 Uhr
Otto-Suhr-Institut	10.00 - 17.00 Uhr
Mensa, Van't-Hoff-Str.	11.30 - 14.30 Uhr
Boltzmannstraße 3	11.00 - 18.00 Uhr
Friedrich-Meinecke-Inst.	10.00 - 18.00 Uhr

jeweils am 6., 7., 8., und 9. Dezember

Wahlleiter: Christian Müller
Ulrich Neveling

Wolfgang Arns

20, 3. Sem. Politologie, geb. in Wuppertal. 1949 Auswanderung nach Argentinien, dort Schulbesuch bis Abitur, Okt. 65 dtsch. Abiturprüfung bestanden. Studienbeginn in Bonn, seit WS 66/67 an der FU. Erste Kandidatur zur stud.Selbstverw. Energisches, konzentriertes Vortreiben der Hochschulreform; Reform der Studienförderung; mehr Seriosität u. Verantwortung im Konvent; Intensivierung der Öffentlichkeitsarbeit, um der Gesellschaft ein unverzerrtes Bild der Studenten u. ihrer Reformabsichten zu vermitteln; Beratung, Hilfe u. gesellschaftliche Kontakte für ausländische Kommilitonen. Mitglied im Internationalen Club der Evangelischen Studentengemeinde und des SHB.

Gert Börnsen

23, 5. Sem. Politologie, Publ., geb. in Wilster/Holst. 1. Konventsvors., ehem. 2. AStA-Vors. ehem. Sprecher der Fachsch. Politologie. Mitglied des 17. u. 18 Konv. Im vergangenen Sem. ist d Konvent zu einem Ratifizierungsorgan der Beschlüsse geworden, die die Studentenschaft in Vollversammlungen und Demonstration gefaßt hat, anstatt selber initiativ zu werden. Wenn die Aktione besonders in Sachen Hochschul-Studienreform in Zukunft wieder von der Stud.V. ausgehen sollen muß sich der Konvent bereit finden, endlich die längst überfällige Reform an sich selbst vorzunehmen. Mitglied im Sozialdemokratischen Hochschulbund.

Volkmar von Braunbehrens

25, 10. Sem. Germanistik, geb. in Freiburg/Br. Studium in München, Heidelberg, seit SS 65 an der FU. Im 18. Konv. Sprecher der Phil. Fak. Die Erfahrungen in dieser Tätigkeit zeigen ein Mißverhältnis zwischen Anspruch und Wirklichkeit des Berliner Modells. Gründliche Revision der Hochschulstruktur scheint unerläßlich, da anstehende Probleme oft durch administrative Maßnahmen statt demokratisch gefundene Lösungen geregelt werden. In die Arbeit der Studienreformkommission müssen unbedingt auch die sozialen Aspekte einbezogen werden: Erhöhung der Honnefsätze und auf lange Sicht ein allgemeines Studienhonorar. 1. Vors. d. Humanistischen Studentenunion.

Rolf Czeskleba

22, 8. Fachsem. Soziologie, Psychologie, Gesch., Philosophie, geb. in Lauban/Schl., Abitur 19 in Berlin. 1 Monat Archäologie. Seit SS 66 Seminar-, jetzt auch Institutsvertr. am Phil.Seminar Teilnahme an Verhandlungen zur Änderung der Prüfungsordnung fü Soziologen. Ist dabei und bei A beiten im Inst. f. Bildungsforschung zu der Auffassung gekommen, daß das Interesse der Wissenschaften in der Situation de Studenten seine Garantie hat, d daher anzugehen ist gegen Absch fung der Studienfreiheit. Studi gänge sollten im Hauptstudium nicht bindend sein. Mitglied im Argument-Klub und Sozialistisch Deutschen Studentenbund.

Manfred Engelke

23, 2. Sem. Germanistik, geb. in Berlin, mittl.Reife, kfm. Lehre, Mitarb.Ehrenä. DGB u. SPD.Abitur 66 (Braunschweig-Kolleg/2.Bildg. weg).Seit SS 66 an der FU. Mitgl. der IV Meinecke Institut. Anregungen f.d. 19.Konvent:Abschaffung ber.bestehender u.Verhinderung noch drohender Zwangsexmatr. ordnungen, Erstellung vernünftiger Studienref.pläne v. Seiten d. Stud., Verstärkung einer Stellungnahme d. Stud. zu allgemeinpolit. Ereignissen.
Mitglied im Sozialdemokratischen Hochschulbund.

Jörg Fauler

23, 4. Sem. Politologie, geb. i Oberaltstadt/ Sudeten, seit 194 in der BRD. Abitur 1963 in Nürtingen. 2jähr. Wehrdienst, Ltd. Res. Studienbeginn in Heidelber seit SS 66 an der FU. Möchte si besonders um den Ausbau des "Berliner Modells" kümmern. Ist weiter der Ansicht, daß auch die stud. Krankenversorgung einer V besserung bedarf. Mitglied im Ring Christlich-Demokratischer Studenten.

Egmont Fassbinder

21, 2. Sem. Germanistik, Soziologie, geb. in Krippenheim/Lahr, Abitur in Berlin. 1 Sem. in Heidelberg, seit WS 66/67 an der FU. Ist für demokratische Hochschulkonzeption und polit. Mandat der Studentenschaft. Eine Studienzeitverkürzung durch Zwangsexmatrikulation lehnt er radikal ab, begrüßt dagegen sinnvolle Studienreform, die zur Verkürzung beiträgt. Tritt für stärkeren Kulturaustausch mit unseren östlichen Nachbarn, bes. Ostberlin, ein (Kulturpassierschein), will daher im Kulturreferat mitarbeiten. Mitglied im Sozialistischen Deutschen Studentenbund und im Komitee gegen den Notstand.

Christian Fenner

24, 8.Sem.Politologie,Publizistik geb. in Berlin, seit 1963 an der FU. nach anfänglichem Jura-Stud. wegen dessen scheuklappenbildender Tendenz heute Politologe. 1964 1 Konventsvors., 1965 2. Konventsvors., Mitgl. d. Ältestenrates im OSI. Radikaler Bürgerlicher - deswegen für größtmögliche Demokratisierung d. Universität. Gegen Entpolitisierung d. Hochschule im Namen einer falschen Sachlichkeit.
Mitglied des Liberalen Studentenbund Deutschland.

Ulrich Fischer

23, 4.Sem. Politologie, geb. in Vöcklabruck/Oberösterreich,mittl. Reife in Lübeck, 18 Monate Bundeswehr, Abitur 1965 in Lübeck. Seit SS 65 an der FU. 2 Sem. Germanistik u.Romanistik, seit SS 66 Politologie.Kriegsdienstverweigerer. Möchte durch seine Mitarbeit im Konvent die demokratische Lücke bei ihren Bemühungen um ein polit.Mandat u. eine sinnvolle Hochschulreform unterstützen. Gehört keiner studentischen Gemeinschaft an.

Waltraute Fischer

38, 8. Sem. Kunstgesch., geb. in Greiz, dort Abitur. 1947-52 Studium d.Kunstgesch. a.d. Humboldt-Univ., Diplom; 1950-53 Schausp.-Schule, Abschl. 1953. Okt.53 Verhaftung in Ostbln., 9 J. Zuchth., 1956 "begnadigt"; Vater blieb in Haft, darum tätig als Hilfsarb. in der Zone bis zur 2. Verhaftung 1963; nach weiterem Jahr Gefängnis 1965 Übertritt nach Westbln.; erneutes Studium. Mitgl. d. 18. Konv., aus dieser Erfahrung: für Abbau d. fortschreitenden Verbürokratisierung der stud. Selbstverw., Beteiligung höherer Sem. an Stud.Vertr.; gegen Ausbildung des Studentenfunktionärs, weitere Erhöhung der Sem.-Gebühren für stud.Selbstverw. Mitgl. im Hochschularbeitskr. Unteilb. Dtschl.

Sigrid Fronius

24, 9. Sem. Gesch., Romanistik, geb. in Kronstadt/Rum., Abitur 1962 in Korntal/Stgt. Seit WS 62/63 an der FU, z.Z. 1. Sprecher d. Romanisten. Die neuen Kommissionen sollen die Aufgabe haben, eine Hochschul-u. Studienreform an der FU vorzubereiten. Verstärkte Öffentlichkeitsarbeit aller Kommissionen des Senats u.a. Gremien ist notwendig, da alle Studenten an der Umgestaltung unserer Univ. im Sinne einer Demokratisierung der Hochschule mitarbeiten müssen. Gegen administrative Eingriffe in die pol. Bildungsarb. der Studenten. Mitglied im Sozialistischen Deutschen Studentenbund und Argument-Klub.

Othmar Nikola Haberl

23, 6. Sem. Politologie, osteur. Gesch., geb. in Sarajevo, aus Jugoslawien ausgewandert. Studium in Münster (dort 1 Sem. AStA-Sozialreferent), u. Heidelberg, seit WS 65/66 an der FU. Möchte Kontakte zu osteurop. Univ. weiter ausbauen, insbes. natürlich zu Jugosl. Würde sich bemühen, in den Außenausschuß des Konvents gewählt zu werden, um von dort diese Kontakte zu pflegen. Denkt speziell an die Univ. Beograd. Für die FU strebt er einen weiteren Ausbau des "Berliner Modells" an. Mitglied im Ring Christlich-Demokratischer Studenten.

Hartmut Häußermann

23, 6. Sem. Soziologie, geb. in Waiblingen, Abitur 1963. Seit SS 64 an der FU. Mitglied des 17. Konvents, 1966 Chefredakteur des FU-SPIEGEL. Ist der Meinung, daß die Lehr- u. Studienprozesse an der Univ. gründlich analysiert u. reformiert werden müssen, was ohne Änderung der gegenwärtigen Hochschulstruktur nicht möglich ist. Der Konvent muß weiterhin genau darauf achten, daß die politischen Rechte der Studentenvertretung nicht angetastet werden. Mitglied im Sozialdemokratischen Hochschulbund.

Jörg Herrmann

27, 10.Sem.Gesch./Geographie/Pol. geb. in Berlin, Abitur 1962,seit WS 61/62 an der FU.Der 19.Konvent sollte sich wieder mehr um d.sozialen Belange d.Studentenschaft kümmern, insbes.um die Errichtung neuer Studentenwohnheime. Sieht als Vorsitzender des Fachverbandes Geowissenschaften im VDS die Hauptaufgabe d.neuen Konvents in der Durchsetzung eines Sofortprogramms zur Studienreform an d.FU. Nahziel wäre hier die Einführung des 1 1/2-fach Studiums, Abschaffung d.Philosophikums, exemplarisches Arbeiten in kleinen Gruppen schon in den ersten Sem.u.d. Begriffes "Vorlesung".
Mitglied im Ring Christlich-Demokratischer Studenten.

Martin Kempe

23, 1. Fachsem. Politologie, geb. in Bad Salzuflen, dort 1964 Abitur am math.-nat. Gymn.; mehrere Male Klassensprecher, 1963 stellvertr. Schulspr. SS 64 Studium der Germanistik u. Gesch. in Münster. Unterbrechung durch Einberufung zur Bundeswehr, Verpflichtung auf 2 J. Sept. 66 Entlassung als Reserveoffizier. Glaubt, daß der Konvent sich weniger mit hoher Politik und mehr mit Hochschulpolitik beschäftigen sollte. Meint, daß sachliche Verhandlungen weiter führen als Demonstrationen. Möchte sich für eine Studienreform einsetzen. Gehört keiner studentischen Gemeinschaft an.

Walter Kreipe

26, 1o. Sem. Germ.,Rom., 2. ASt
Vors. 66/67, kandidiert nochmal,
um zu verhindern, daß mangelnde
Kontinuität in d. Stud.Vertr. v
denen ausgenutzt wird, d. Stu-
dentenreform statt Studienreform
propagieren u. d. FU auf ihre
Weise "inOrdnung bringen" wolle
Wird darauf achten, daß Stud.re
kommissionen nicht zu demokr.Fe
genblättern d. Berl. Mod. werd.,
sond. sich öffentl. z. Studien-
situation an d. FU äußern u. Re
vorschl. unterbreiten. Für voll
Stimmrecht d. Stud.Vertr. in d.
Fach.-u. Inst.Gremien, da hier
Schwerpunkt jed. Stud.ref.arb.
liegt. Geg. jede Art v. "Richtl.
z. Raumvergabe".Für eine exakte
Konv.vorlage z. Studienhonorar.
Gehört keiner stud. Gemeinsch.a

Gabriele Kuby

22, 5. Sem. Soziologie, geb. in Konstanz, Schule teilweise in England, Kulturreferentin in der SNV. Perienvolontariat an "Stern" und "Spiegel", Praktikum in Allensbach. Ist gegen administrative Maßnahmen bei der politischen Bildungsarbeit der Studenten; für Studien- u. Universitätsreform - gegen Zwangsmaßnahmen. Gehört keiner studentischen Gemeinschaft an.

Peter-Alexander Kugler

22, 4. Sem. Gesch., Germanistik,
geb. in Berlin, bis 1955 in Ost-
bln., 61 in Westbln. Mittl. Rei-
fe, nach abgebrochenem Ingenieur
schulprakt. Abitur über 2. Bil-
dungsweg. Seit SS 65 an der FU.
Hauptsem.-Aufnahmepr. in Germ. i
3.Sem. bestanden. Obwohl er poli
tisch mehr nach links neigt -ge-
hört zu den 5% Arbeiterkindern a
dtsch.Univ.- werden zur Beurtei-
lung der zur Debatte stehenden
Punkte allein Fakten, nicht aber
polit.Klischeedenken entscheiden
sein. Wird sich im Konv. bes. fü
weiterführende Demokratisierung
d. Hochsch., einen de iure-Statu
d. Inst.Spr. u. für Lösung der
Probleme der Hochsch.-Reform ein
setzen. Gehört keiner studenti-
schen Gemeinschaft an.

Wolfgang Lefèvre

25, 11.Sem.Philosophie u.Soziologie, geb. in Pulsnitz/Sachsen. Seit WS 61/62 an der FU. Mitglied des 17.u.18.Konvents.1965 1.ASta-Vorsitzender, Mitgl.d.Studienref. komm. auf Universitätsebene.Glaubt, daß die Arbeit in den Kommissionen nach Möglichkeit nicht von d. Konventsarbeit getrennt werden darf. Möchte als Abgeordneter d. 19.Konvents mithelfen, daß d.Anstrengungen d.Studentenschaft in den letzten 3 Sem. um eine demokratische FU Erfolg haben. Mitglied des Argument-Clubs u.d. Sozialistischen Deutschen Studentenbundes.

Heinz-Dieter Meier

23, 7. Sem. Politologie, Gesch.,
Publ., geb. in Gladbeck/NRW, 196
Abitur. 6 Mon. Arb. in Industrie
Seit SS 64 an der FU. Mitgl. im
17. u. 18. Konv. Will seine Er-
fahrungen einsetzen, um begonnen
Sachprogramme wie Studien-u.Univ
Ref. weiter voranzubringen. Vor-
fälle um Kuby u. Krippendorff u.
Demonstrationen im SS 66 zeigen,
daß es nicht um billige Theater-
karten geht, sondern um Demokra-
tisierung der FU und echte Mitbe
stimmung von Studenten und Assi-
stenten in allen Gremien. Zwange
exmatr. ist keine Studienref.
Muckertum u. sog. Sachlichkeit
zementieren nur die Misere. Sach
programme zur Reform sind nur er
folgreich, wenn sie polit. ver-
treten werden. Mitglied im Sozia
demokratischen Hochschulbund.

Jutta Menschik

22, 8.Sem.Politologie, geb. in Obernigk/Niederschl. Abitur 1963 in Nienburg.6 Sem. Buchereifachschule Hamburg mit Abschluß der Diplomprüfung f. Bibliothekare. Seit SS 66 an der FU. Will sich einsetzen für eine Verbesserung der sozialen Lage der Studenten (insbes. Studentenwohnungen,auch für Ehepaare, Kindertagesstätte, Erhöhung der Honnef-Förderung, Endziel Stud.Hon., DSKV). Ist bereit, im Sozialausschuß mitzuarbeiten.Ist gegen Studienzeitverkürzung durch Zwangsexmatr., für eine sachgem. Studienref. u. eine neue demokrat. Hochschulkonzeption. Hält die Aktionen d.Stud.im SS 66 (sit-in) f. äußerst positiv. Gehört keiner studentischen Gemeinschaft an.

Günter Meuschel

25, 7. Sem. Politologie, geb. in
Würzburg, Abitur 1961, 2 Jahre
Bundeswehr. Setzt sich ein für
polit. Mandat der Studentenschaf
und ihrer gewählten Repräsentan-
ten, betrachtet Zwangsexmatr. al
ungeeignetes Mittel, die Studien-
ref. einzuleiten bzw. zu ersetze
Tritt für paritätische Beteili-
gung der Studentensch. bei Lösun
aller die Univ. betr. Fragen ein
Dem Versuch des Rektors, die Ver-
anstaltungen der zugelassenen St
dentenverbände durch Vergabe von
Räumen auf polit. Opportunität z
prüfen, ist entgegenzutreten.
Setzt sich für Aufhebung d. stud
Pflichtversicherung für Privat-
versicherte ein. Gegenwärtig Lan-
desvorsitzender des Liberalen
Studentenbundes Deutschlands.

Cordula Meyer

22, 6. Sem. Romanistik, Gesch., geb. in Meseritz, Abitur 1964 in Berlin. Seit SS 64 an der FU. Da sie der Meinung ist, daß die Möglichkeiten des Studentenaustausches mit Frankreich, die das deutsch-französische Jugendwerk bietet, an der Universität noch nicht genügend ausgeschöpft sind, wird sie sich bemühen, durch ihre Mitarbeit in der Studentenvertretung diese Kontaktmöglichkeiten auszubauen. Gehört keiner studentischen Gemeinschaft an.

Erwin Meyer

22, 8. Sem. Germanistik, Soziol. Publ., geb. in Massenberg/Thür., Abitur 1963 in Bremen. Ab SS 63 Soziologie in Göttingen, seit WS 64/65 FU. Möchte, daß die Stud. sich mit allen verfügbaren Mitteln für Univ.-u. Bildungsreform einsetzen. Ist eines der wichtigsten gesellsch. u. polit. Probleme, und die Stud. sind betroffen. Das fordert Reflektion über die Stellung der Hochsch. in der Gesellsch. u. über die Gesellsch. selbst. Soll die Hochsch. demokratischer werden, wird eine Renovierung vom Bewußtsein der Professoren u. Studenten bis zur Ordnung des Lehrstoffes nötig sein. In der Nähe der Univ. hätt er gern eine Kneipe. Gehört keiner stud. Gemeinschaft an.

Michael Mohs

24, 4.Sem. Psychologie, geb. in Ulm. Abitur 1965, seit SS 65 an der FU, Außenreferent im AStA. Vorher Mitarbeiter beim FU-Spiegel. Kandidiert, um den angefangenen Ostkontakten Kontinuität zu verleihen, um uns auf diesem Gebiet nicht durch unnötige Fehler alles zu verbauen. Der nächste Konvent muß endlich die auf dem sit-in von den versammelten Studenten geforderten Rechte verteidigen.
Mitglied im Sozialdemokratischen Hochschulbund.

Roswitha Pfaffenberger

24, 10.Sem.Gesch.,Pol. geb.in Berlin, Abitur 1962, Mitgl. d.18.Konvents, Vors.d.Aussch. f. ges.dt. Fragen u.polit.Bildg., ab Apr. AStA-Referentin f.gleichen Sachbereich, tritt ein f. das polit. Mandat d.Stud.schaft, ihr Recht auf polit. Bildungsarb. an d.FU u. ihre Veranstaltungsautonomie. Geg.d.Anspruch d.Rektors auf materielles Prüfungsrecht u. d.Versuch, der polit.Zensur, durch Universitätsorgane. Ist weiterhin f.erweiterte Mitbestimmung i.d. akad. Gremien, also f.eine neue demokr.Hochschulverfassung, gege Studienzeitverkürzung durch Zwang exmatrikulation.
Mitglied im Liberalen Studentenbund.

Peter Alexander Philipp

22, 6. Sem. Politologie, geb. in Deutsch-Eylau/Westpr., Abitur 64 in Blomberg. 3 Sem. in Mainz, ab WS 65/66 an der FU, SS 66 Zwischenprüfung. Mitarbeit in der SMV, Leiter einer Jugendgruppe. Im Rahmen der Jugendarb. Studienfahrten nach Mitteldtschl., Polen u. Israel und Kontaktaufnahme zu dortigen Jugendlichen. In Mainz 2 Sem. Ref. f. polit.Bildungsarb. u. ges.dt. Stud.Fr. des AStA. Im Berliner Konvent möchte er ggf. seine Erfahrungen verwenden und auch weiterhin in der polit. Bildungsarbeit tätig sein. Gehört keiner studentischen Gemeinschaft an.

Sibylle Plogstedt

21, 3. Sem. Soziologie, geb. in Berlin, dort 1965 Abitur. Nach einem Praktikum auf dem Bau gab sie ihren Entschluß, Architektur zu studieren, auf. Seit WS 65/66 an der FU. Sieht ihre Aufgabe im Konvent in einer erhöhten Politisierung der Studentenschaft, die eine Überprüfung der Studienverhältnisse durch die Studenten selbst möglich macht. Mitglied i Sozialistischen Deutschen Studentenbund und Argument-Klub.

Hans-Peter Rouette

23, 4. Sem. Germanistik, Gesch., Politologie, geb. in Posen, Abitur in Düsseldorf. Wehrdienst. Seit SS 65 an der FU. Mitgl. d. 18.Konv., WS 66/67 1. Sprecher d.Fr.-Meinecke-Inst.; Mitgl. d. Studienreformkommission d. Phil. Fak. u.d. Faches Gesch. Kandidiert noch einmal, um seine begrenzte Erfahrung in weiterer Mitarbeit zur Verfügung zu stellen. Schwerpunkt nach innen: Studienreform; Schwerpunkt nach aussen: Ausbau der Prag-Beziehungen. Gehört keiner studentischen Gemeinschaft an.

Lerke von Saalfeld

22, 6. Sem. Germanistik, Roman., geb. in Lenggries/Obb., Abitur 1964 in Cuxhaven. 2 Sem. in Freiburg, seit SS 65 an der FU. Hält es für die vordringlichste Aufgabe, mit aller Intensität die Studienref. in Angriff zu nehmen und auch auf lange Sicht als ständig Einrichtung zu planen. Nicht administrative Maßnahmen, sondern gründliche Änderung der bestehenden Strukturen unserer Univ. machen eine Reform sinnvoll. Hält Studienhonorar für alle Studenten für notwendig, da sie als gleichberechtigte Teilhaber an d Wissensch. angesehen werden sollten. Bemüht sich um Ausbau von Studienkontakten mit Prag. Mitgl der Humanistischen Studentenunio

Bill Saviers

20, 5. Sem. Politologie, geb. in Ohio/USA, 1964 "High School"-Abschluß. 4 Sem. Studium an der Universität Ohio, seit WS 66/67 an der FU. Möchte hier die Interessen der ausländischen Studenten vertreten, weil er viele Parallelen zwischen der Wahrnehmung der studentischen Interessen in Deutschland und Amerika sieht, vor allem was die Studienreform und die Vorlesungsrezensionen angeht. Möchte, daß im Konvent sachbezogener gearbeitet wird. Mitarbeiter des Internationalen Treffpunkts der Evangelischen Studentengemeinde.

Birgit Schnaak

22, 6.Sem.Publ./Rom./Germ., geb. in Liegnitz, Abitur 1964 in Cuxhaven, seit SS 64 an der FU.65/6 Arbeit in d. Institutsvertr. des Rom.Sem., während derer er sich um eine Prüfungsänderung u.einen sinnvollen Aufbau d. Grundstudiums bemühte. Gegen "Entpolitisierung" der Hochschule u. sogen Sachfragen.
Gehört keiner studentischen Gemeinschaft an.

Isolde Schnabel

23, 6.Sem.Politologie/Geschichte/Germanistik, geb.in Görlitz,seit SS 66 an der FU. Begrüßt die Bestrebungen der Studentenvertretung im SS zur Demokratisierung der FU. Die volle Veranstaltungsautonomie der Hochschulverbände und des AStA darf nicht eingeschränkt, die Zwangsexmatrikulation muß weiter bekämpft werden. Ansonsten sind Sozialprobleme vorrangig: das Durcheinander auf dem Sektor des Stipendienwesens ist durch die Einführung d. Studienhonorars zu ersetzen, Wohnheim- u. Kindergartenprojekte sind zu forcieren.
Mitglied im Sozialdemokratischen Hochschulbund.

Oswald Schütze

23, 3. Sem. Germanistik, Gesch., geb. in Schönlinde/Ostpr., Abitu 1963 in Düsseldorf. Wehrdienst. Da verheiratet und Vater möchte er sich für die Verbesserung der sozialen Lage verheirateter Studenten einsetzen (bes. Kindertagesstätte). Durch Mitarbeit in der Institutsvertr. des Fr.-Meinecke-Inst. hat er sich in Frage der Studienreform eingearbeitet und will diese Arbeit intensiv i Konvent fortsetzen. Gehört keine studentischen Gemeinschaft an, was nicht besagt, daß er gänzlich unpolitisch denkt.

Ekkehard Schwerk

28, 6. Sem. Publizistik, Soziologie, Slawistik, geb. in Bautzen, Abitur 1959 an der Bertha-von-Suttner-Schule in Berlin. Studium in Münster, seit WS 66/67 an der FU. Studienziel: Magister, Berufsziel: Redakteur. Bisher keine studentenparlamentarischen Erfahrungen, aber dem Leitsatz "Dabeisein und mitmachen" verpflichtet. Er ist besonders am Presseausschuß des Konvents interessiert. Seit 1964 Mitglied der SPD, ein Jahr Vorsitzender der Jungsozialisten in Münster. Mitglied im Sozialdemokratischen Hochschulbund.

Rolf P. Schwiedrzik

23, 4. Sem. Soziologie, geb. in Preystadt/Polen, Abitur in Kiel Mitarb. bisher beschränkt auf I teresse an univ. Gesamtsituation u. Teiln. an stud. Protestakt. Um wirkliche Studienref. durchzu setzen, die sich am Prinzip wissensch. Ausbildung orientiert u. struktur. Mängel an der Univ. b seitigt, muß auf Disk. d. Arb. Studienref.Kommissionen u.d. Fak Kom. i. d. stud. Öffentlichk. gedrungen werden. Nur so wäre der Gefahr einer Institutionalisierung d. Kom. zu begegnen, die a Studenteninteressen vorbeireformieren. Bedarf starken Rückhalts seitens d. Studentensch. f. Kom missionsmitgl. (Zwangsexmatr. a Med.Fak. aktuellster Anlaß) Gehört noch keiner studentischen Gemeinschaft an.

Wolfgang Slesina

22, 6. Sem. Soziologie, 64 Abitur in Frankfurt, 66 Fachschaftssprecher Soziologie. Vordringl. Arb. f.d. Konv.i. nächst. Jahr: Durchf. d. Stud.reform an d. FU wesentl. Bestandteil einer allgem. Uni-reform. Fachbezogenes statt fakultätsorientiertes Studium. Beteilig. d. Stud. an wiss. Forschungsarb.; kein Ausschluß d. produktiven Umwege im Studium, exemplarisches Studium statt einseitige, hochspez. Ausbildung. Gehört keiner studentischen Gemeinschaft an.

Matthias Sommer

23, 8. Sem. Theaterw., Germ., Gesch., geb. in Sulau/Schl., Abtur 1963 in Düsseldorf. Studium in Tübingen, Wien, seit SS 65 a der FU. War zweimal Zulassungsbeauftragter und ist seit Beginn des WS amtierender Zulassungsreferent. Hält dieses Amt für ein der wichtigsten studentischen Aufgaben im Rahmen des Konvents, möchte es daher als ordentliches Konventsmitglied fortsetzen (bisher vom Konvent nur kooptiert). Tendiert, politisch betrachtet, deutlich nach "links", gehört aber weder einer Partei noch einer studentischen Gemeinschaft an.

Gerda Struck

24, 12.Sem.Germ./Rom., geb. in Heiligenhafen, Studium in Tübingen, Aix-en-Pr., seit 63 an der FU.WS 65/66 Sprecherin am Rom.Sem z.Z.Hochschulreferentin im AStA. Sieht als Alternative zur teils bevorstehenden, teils durchgeführten administrativen "Studienreform" nur die permanente Reform in allen Ausbildungsbereichen.Deshalb Nahziel: Abschaffg. eingeführter Studienreglementierungen, Verstärkung d.stud.Kritikfähigkeit (Rezensionen), der stud.Kontrollfähigkeit (Öff.Komm. Beratungen), d.stud. Mitbestimmg. auf Fak.u.Institutsebene (Lehrplan- u.Seminargestaltung, Berufungen, Bibliothek).
Gehört keiner studentischen Gemeinschaft an.

Till Strucksberg

23, 4.Sem.Germanistik u.Geschichte, geb. in Berlin. Seit WS 65/66 an der FU, 1 Sem.KiHo. Kriegsdienstverweigerer aus Gewissensgründen. Der 19.Konvent sollte versuchen, mit d.Professorensch. (o.Teilen von ihr) d. Berliner Modell auszubauen, um allen Gruppen zu ermöglichen, den ihr gemäßen Einfluß auf die Gesamtuniversität auszuüben. Die Ansätze f.d. Reform d.Studiums an der FU sollten in engerer Verbindung mit den Institutsvertretungen sowohl verbessert als auch erweitert werden, um damit der Bildungsreform in d. Bundesrepublik Wege zu weisen. Gehört keiner studentischen Gemeinschaft an.

Andreas Wiesand

21, 3. Sem. Politologie, geb. in Sielbeck/Eut. 62/63 S.Francisco, 63-65 Präsidium d. Marburger Jugendparl., 65 Volontariat im Südwestfunk. 2. Fachsch.Spr. Polit. Eine wirklich "Freie" Univ. Bln. muß noch geschaffen werden. Die FU-Studenten haben dies auf dem Sit-in erkannt und gefordert. Die "Stud.Vertreter" haben es schnell wieder vergessen. Konsequenz:Neue Formen stud. Kontrolle ihrer Vertreter (z:B. Stud.Gewerksch.) müssen gefunden, "Studentenreform" (z.B. Zwangsexm.) u. faule Kompromisse z.Lasten d.Stud.verhindert werden. Studenten dürfen nicht länger Bürger 2. Klasse sein. Mitgl. im Sozialistischen Deutschen Studentenb. u.i.d. Humanistischen Studenten-Union.

Bernhard Wilhelmer

22, 6. Sem. Publizistik, Polit., Soz., geb. in Meseritz, Abitur in Berlin. Studium in Kiel, seit SS 65 an FU. Kand., um Sit-in-Ziele durchsetzen zu helfen. Einziger Ausweg Neugest. d. Studiengänge unter Mitbest. v. Assist. u.Stud. Möchte gründl. Presseinform. mit Hinweisen auf Bildungsnotstand erreichen. Fordert Gleichheit der Bildungschancen u. freie, von Eltern unbeeinfl. Studienwahl durch angem. Studienhonorar (350 DM). Versucht Wohnverhält. zu verbessern (Kindertagesst.) Will Austritt aus DSKV f. Privatvers. ermögl. Begrüßt Kontakte zu osteurop. Univ. Gegen Fechten, Schlagen, f. demokr. Willensbildung. Unterstützt "Kampf für Abrüstung" Mitgl. der Freunde der Publizistik.

Hartmut Zinser

22, 4.Sem. Religionswissenschaft, geb. in Tübingen, Abitur in Berlin, seit SS 65 an der FU, Mitgl. des 18.Konvents, ab Apr. 66 Kulturreferent d. AStA. Sah als Ziel seiner Arbeit den Zusammenhang zw. Kultur und Politik deutlich zu machen. Bemühte sich um eine sinnvolle Studienreform u.lehnt jede Zwangsmaßnahmen-wie befrist. Immatrik. etc.-ab. Ist gegen die immer wieder versuchte Entmündigung d. Stud. in pol Fragen. Möchte als Abgeord. d. nächsten Konv. dazu beitragen, daß die Bemühungen d. Stud.Vertr. in den letzten zwei Jahren um eine Demokratisierung d.FU Fortschritte machen.
Mitglied des Sozialistischen Deutschen Studentenbund u.d. Argument-Clubs.

DISSERTATIONEN
FOTOKOPIEN
preisgünstig
vorschriftsmäßig
termingerecht
DISSERTATIONS-DRUCKSTELLE
DER
ERNST-REUTER-GESELLSCHAFT
DER FÖRDERER UND FREUNDE DER
FREIEN UNIVERSITÄT BERLIN E.V.
Merkblatt kostenlos erhältlich:
1 BERLIN 33 · DAHLEM · GARYSTR. 45
TELEFON: 76901 · APPARAT 668

Wahlkreis II - Mathematisch-Naturwissenschaftliche Fakultät

(bis zu 13 Kandidaten ankreuzen)

Wahllokale:	Henry-Ford Bau	10.oo - 18.oo Uhr
	Mensa, Van't-Hoff-Straße	11.3o - 14.3o Uhr
	Mensa, Fabeckstraße	11.3o - 14.3o Uhr
	II.Math.Institut	9.oo - 22.oo Uhr
	Königin-Luise-Str.24-26	(Freitag bis 18.oo Uhr)
	Pharmazeutisches Institut	9.oo - 18.oo Uhr

Wahlleiter:
Hans Gellhardt

Foof, Michael

21, 6.Sem.Math.,seit SS 65FU, ist für Stud.ref.,d. überholte Strukturen ablöst u. ein effektiveres Studium ermöglicht.Betrachtet d. KU als wertvollen Diskuss.beitrag z. Hochschulref.,ist jedoch gegen d. einseitig sozialist.Ausrichtung in d. Thematik u. Zielsetzung. Plädiert gegen d. SDS-Revolution u. f. ein klares Reformprogr. f. Hochschule u.Gesellsch.Wurde durch d.zunehmende Abkehr d. Linken von krit. Rationalität,d.sich z.B. in undifferenziertem Schwarz Weiß-Denken in d.Vietnamfrage äussert,dazu bewogen, an d.Aktion 2o. Konvent teilzunehmen.

Graudenz, Eckhard

27, 13.Sem.Chem.,geb. in Braunschweig, Mitgl.d.19. Konvents; hofft im 2o.Konvent bei anderen Mehrheitsverhältn.besser u.Produktiv. wirken zu können.Hält d. jetzige Zusammensetzung d.Konvents f. katastrophal.Glaubt, daß ohne Provokation bessere Arbeit geleistet werden kann, daher Ablehnung d. KU. Arbeitet bei d. Arbeitsgemeinschaft FU mit. Seine Erfahrungen stud. Angelegenheiten könnten im 2o. Konvent sinnvoll verwertet werden.Unabhängig von jeder Gruppe;hält d.Einfluß d. linken Gruppen im Konvent u. AStA f. zu groß.
Mitgl. im Kösener Senioren-Convents-Verband

Alf Hamann

20, 4. Sem. Biologie, geb. in Marburg, seit SS 66 an d.FU.Zulassungsbeauftrager,komm.Fachschaftsl, Mitgl.d.Studienref.-komm.Biologie.Ziel d.Arbeit:In d.Lehrveranst.Anleitung zu krit. Denken u.Erlernen v.Methoden zu geben, statt Faktenwissen,d.nach 10 Jahren überholt.Für Studienmodelle, d.es d.Stud.ermögl., v. Anfang an d.Studium v.seinem speziellen Interesse her zu beginn. u.moderne Arbeitsgebiete gebührend berücksichtigen.Wendet sich scharf geg.obligator.Studienpläne u.befrist.Immatrik.;um d. Interessen d.Stud.zu wahren,muß schleunigst d.archaische Struktur d.Uni.geändert,d.Hochschulgesetz demokrat.werden.
Gehört keiner stud.Gemeinschaft an.

Grave, Holger

25, 5. Sem. Zool. geb. in Berlin 1962 Abitur als Externer, 1 Semester Zoologie, Neuimmatrikulation am 25.5.66
Ein Hauptanliegen ist ihm innerhalb der Studienreform die zweckmäßigere Gestaltung des Grundstudiums, speziell der Nebenfächer. Er befürwortet die KU als ein politisch nicht festgelegtes Diskussions- und Lehrforum, das die Verbindung des Studienfaches mit der politischen Verantwortung des Studierenden sucht.
Gehört keiner studentischen Gemeinschaft an.

Horst-Eckart Gross

24. 6. Sem. Mathematik, geb. in Wernigerode.Seit SS 65 an der FU. Im 19. Konvent Fak.Sprecher.Studenten sollen sich mit Hochschulproblemen wie Unigesetz, Disziplinarordnung, Hochschul-u.Studienreform beschäftigen. Wenn d.Interessen der Studenten mißachtet werden sowie zur Durchsetzung v. berechtigten Forderungen sind sitins u.Demonstrationen legitime Mittel, dürfen jedoch nicht Selbstzweck werden. Seine Tätigkeit an der KU bezieht sich sowohl auf Studienreform wie auf die Aufdeckung der Verflechtungen zwischen Wissenschaft u.Gesellschaft.
Mitglied im Sozialistischen Deutschen Studentenbund.

Gerhard Holzmann

26, 13. Sem. Mathematik, geb. in Leitmeritz, seit SS 60 an der FU. Hält sachliche Zusammenarbeit zw. Studentenvertretern und anderen Universitätsorganen für äußerst dringend; lehnt den SDS wegen seiner unsachlichen Haltung bei Fragen um die innere Struktur d. FU ab; bezweifelt den objektiven Charakter der KU.
Gehört keiner studentischen Gemeinschaft an.

Peter Jahn

23, 10. Sem. Zoologie, geb. in Schweidnitz, seit SS 63 an d. FU. 1967 Fachschaftsl.Biologie,Mitgl. d.Stud.ref.komm.Biologie. Ziel d. Studienreform soll nicht Aufstellen v.Lehrplänen sein, vielmehr muß Inhalt u.Form d.Studiums neu bestimmt werden.Geeignete Lehrveranst.sollen d.Studenten in d. Problematik u.Methodik seines Faches einführen u.sein persönl. Engagement fördern anstatt ihn zu rezeptiven Denken anzuhalten. Sieht es als Aufgabe der KU an, dem Wissenschaftler seine gesellschaftl.u.polit.Verantwortung bewußt zu machen.
Gehört keiner studentischen Gemeinschaft an.

Manfred Küchler

24, 12. Sem. Mathematik, geb. in Samter. Abitur 1962 in Berlin. Studium in Berlin,Tübingen u.an d.Tulane University/New Orleans. Seit WS 67 an der FU.Mitgl. im 18. Konvent,dort Mitarb.imAußenausschuß u.im politischen. Gegen:Verbindungen,Dutschke, die CDU,Fachidioten,Atuoritäten und Karrierewillige.
Für: Frieden,Freiheit und viele Reisen. TURN ON! TUNE IN! DROP OUT!
Gehört keiner studentischen Gemeinschaft an.

Franz Lagodzinski

22, 6. Sem. Mathematik, geb. in Berlin, seit SS 65 an der FU. Mitgl. im 19.Konvent, Chefred.d. Math.Nat.INFO.Die dabei gewonnenen Erfahrungen zeigen die Wichtigkeit eines intensiven Kontakts zw.Studenten u.ihrer Vertretung. Will deswegen die weitere Durchführung d."Vorlesungsankündigungen" sichern u.die Aufnahme von Rezensionen unterstützen. Sieht in der KU den begrüßenswerten Versuch, allen Studenten die Mögl.zur Mitarbeit an der Stud. ref. zu verschaffen. Hofft, daß hier ein exemplarisches Modell einer sinnvellen Hochschulref. erarbeitet wird.
Gehört keiner studentischen Gemeinschaft an.

Joh.-Wolfgang Landsberg

24, 4.Sem.Zoologie, geb. in Berlin.Nach 4 Sem. Vet.med.Fachwechsel.66 Fachschaftsleiter Biologie,Mitgl.im 19. Konvent u.verschied.Stud.ref.komm.,seit Okt. 1.AStA-Vors.Für Hochschul-u.Studref. innerhalb bildungspolit.Gesamtplan (Schulref.,Finanz-Terminplan) solange juristisch verschleierte Zwangsex. (neue Uni. ordnung) dies noch ermöglicht, Abbau hierarchischer Strukturen (Ordinariate) zugunsten von Abteilungen, f.allg.Hausordnung statt Disziplinarordnung,f.Sicherungsmaßnahmen pol. unliebsamer Ausländer, für polit.Mandat u. KU, Mitgl. der SPD.
Gehört keiner studentischen Gemeinschaft an.

Gunter Meyer

21, 3. Sem. Chemie, geb.inHerten, seit WS 66 an der FU.Schulsprecher, Ortsverbands-u.stellv. Krs.vors. als ehem.Mitgl.d.FDP-Jugendorganisation.Arbeitsthesen für den 20.Konvent:Die Universität ist von bürgerlich-demokratischer Ideologie durch rationale Kritik an apologetisch deklamierten Werten zu befreien une einer reflektierten Position in einer bewußten Gesellschaft zuzuführen. Die Naturwissenschaften sind mit der Universität Ziel und Ausgangspunkt gesellschaftlicher Erkenntnis.
Gehört keiner studentischen Gemeinschaft an.

Dietrich O. Müller

30, 16. Sem. Geographie, geb. in Berlin, dort 1957 Abitur,Studium in Lyon.Seit SS 57 an der FU. 1960/61 als "Assistant d'Allemand in Frankreich,1966 in Bln.Staatsexamen,1966/67 Forschungsreise n Ostafrika, jetzt Doktorand.Tritt gegen die Ideologisierung der FU Gegen die sog.KU, auch gegen d. Zwangsexmatr.ein.Setzt sich ein für ungestörtes,freies Studium u.f.d.Erhaltung d.Gründungsgeistes der FU.Er kandidiert erstmals.
Gehört keiner studentischen Gemeinschaft an.

Jörg-Detlef Müller

22, 6. Sem. Mathematik, geb. in Berlin, dort 1965 Abitur,seit SS 65 an der FU.Mitgl.der SPD.Für fachspez.Studienreform,(Abschaffung d.Physikprakt.f.Mathematiker),Abbau d.Scheinunwesens,besser seminarähnliche Vorlesungen für Anfänger um Methodik zu erlernen.Für Reform des Berliner Modells im Sinne des Berliner Modells: also Vetorecht aller drei Gruppen im akad.Senat. Umwandlung der Fakultäten in Abteilungen: 2.Müßbauereffekt. KU kann kein Ersatz für Hochschulreform sein. Für konsequente Wahrnehmung des pol.Mandats.
Mitgl. im Sozialistischen Deutschen Studentenbund.

Paul Müller

24, 2. Sem. Pharmazie, geb. in Hamburg, dort 1963 Abitur.Praktikantenzeit Gorch Fock Apotheke. Seit SS 67 an der FU. Sympathisiert mit dem Programm der APU und wird versuchen, diese Vorstellungen mit zu verwirklichen.
Mitglied der Burschenschaft Neo Germania.

Heide Muthmann

22, 8. Sem. Zoologie, geb. in Körbecke/Arnsberg. 5 Sem.Marburg Seit WS 66/7 an der FU.Sie begrüßt die Gründung der KU,da sie gerade d.Naturwissenschaftler anregt, d.Frage d."Wertfreiheit" ihrer Wissenschaften zu reflektieren. Nach Atombomben u.Napalm -Produkte ihrer Arbeit -ersch. ihr d.Auszug d.Naturwissenschaftler aus d.Elfenbeinturm notwendig.
Sie wird sich einsetzen f.d.Studienreform,bes.d.angemessene Beteiligung d.Studenten in allen Universitätsgremien, Abschaffung des Disziplinarrechte u.Verbesserung der sozialen Situation.
Mitgl. der Humanistischen Studentenunion.

Johannes Michael Nebe

26, 11. Sem. Geographie, geb. in Greifswald. Seit WS 62 an der FU Für sachliche,unpolemische Arbeit in Konvent u.Stud.Vertretung in Stoßrichtung auf Hochschul-und Studienreform auf demokratischer Grundlage; dies vor allem im Rahmen d.Fachschaften u.Institute Verbreiterung d.Diskussionsgrundlage auf alle Studenten durch bessere u.gründlichere Information u.Kontakte zw.Studenten u. Stud.Vertretern.Tritt ein für Zurückführung stud.Gelder auf echte stud.Anliegen.
Gehört keiner studentischen Gemeinschaft an.
Aktion 20. Konvent.

Mechthild Noblé

21, 4. Sem. Zoologie, geb. in Saarbrücken, dort 1966 Abitur. Seit WS 66/67 an der FU. Seit Juli Mitgl.im SDS.
Wendet sich gegen ein unwissenschaftl. Grund(lagen)studium, Zwischen-Prüfungen sollgen begleitende Orientierungshilfen sein (kein Herausprüfen).Sieht in unpolitischem Selbstverständnis der FU Unterstützung der polizeilichen Zwangsmaßnahmen am 2.Juni. Begrüßt deshalb KU als Antwort darauf u.als Möglichkeit Studienreform zu praktizieren.

Joachim Petermann

21, 6. Sem. Mathematik, geb. in Richling/Segeberg.Seit SS 65 an der FU. Tritt ein f.polit.Betätigung innerhalb von Studentengruppen.Die Studentenvertretung dagegen sollte die Anliegen d. Studenten in hochschulpolit.Fragen vertreten.Sie sollte d.Rechte, die d.Berliner Modell d.Studschaft einräumt, voll in Anspruch nehmen u.zu erweitern suchen, um von hier aus d.Stud.-u.Hochschulref.durch konstruktive Zusammenarbeit mit den anderen Mitgl.d. Universität voranzutreiben u.an einem fortschrittlichen Hochschul-u.Ausb.förderungsgesetz mitzuwirken.
Gehört keiner studentischen Gemeinschaft an.

Gerhard Schaefer

26, 8. Sem. Chemie, geb. in Chemnitz, seit SS 64 an der FU. Mitarbeiter im Außenreferat des AStA. Im Konvent möchte er sich f.den Ausbau d.Berliner Modells u.für eine Weiterführung d.Arbeit in den Stud.ref.kommissionen einsetzen. Für besonders wichtig hält er eine Überprüfung des bestehenden Disziplinarrechtes u.eine kritische Auseinandersetzung mit dem neuen Hochschulgesetzentwurf.
Mitgl. im Arbeitskreis Berliner Naturwissenschaftler.

Joachim Schapitz

29, 2. Sem. Biologie/Zoologie, geb. in Berlin,Mittelschule,kfm. Lehre, Tätigkeit im Außenhandel, 1966 Abitur Abendgymn.Düsseldorf Seit SS 67 an der FU. Mitgl. der Stud.ref.komm. Der 20. Konvent sollte zu den Problemen d.Gesellschaft Stellung nehmen u.aus seiner Sicht einen Beitrag zur allgemeinen polit.Willensbildung leisten.Er sollte sich in d.Frage des Studienhonorars stärker engagieren u.mit allen demokratischen Mitteln dafür eintreten,daß die sozialen Voraussetzungen für ein erfolgreiches Studium geschaffen werden.Unterstützung der KU u.aller Reformbestrebungen, die den Studienerfolg vergrößern.
Mitgl. im Liberalen Studentenbund

Wolfgang Schweiger

22, 6. Sem. Chemie, geb. in Berlin, dort 1965 Abiutr, seit SS 65 an der FU. Seit Sept. 64 Mitglied der FDP. Bisher keine Tätigkeit in der Studentenvertretung.
Eintreten für polit.Mandat d. Studentenschaft, Entautorisierung der Hochschule, stärkeres Mitspracherecht d.Studenten u.des akadem.Mittelbaus.Studienreform durch Intensivierung der Ausbildung u.stärkere selbständige wissenschaftliche Arbeit der Studenten.Befürwortungder KU als studentische Iniative zur Studienreform und pol.Bildung.
Gehört keiner studentischen Gemeinschaft an.

Reinhard Selka

24, 6. Sem. Physik, geb. in Berlin, seit SS 65 an der FU. Mitglied im 18.u.19.Konvent, seit April 67 Hochschulreferent des AStA.Kandidiert einerseits, um sich der Kritik an seiner Arbeit zu stellen, andererseits, um seine Erfahrungen weiterhin in der Studentenvertretung einzusetzen. Setzt sich über die Arbeit des AStA hinaus insbesondere für eine weitere Intensivierung der Fakultäts-u.Fachschaftsarbeit ein.
Gehört keiner studentischen Gemeinschaft an.

Erich Stasch

24, 3. Sem. Physik, geb. in Essen. Fernmeldemonteur.Mittl.Reife durch Abendkurse, Abitur am Berlin-Kolleg.Seit WS 65 an der FU.2.Spr.&.Math.Nat.Seit WS 67 Fachschaftsl.Physik.Sieht drei Hauptaufgaben d.stud.vertr.Arbeit:1. Das gemeinsame Bemühen v.Stud.u.Prof.um eine inhaltliche Reform d.Studiengänge.Ablehnung jener Bemühungen die unreflektiert auf eine Regelementierung d.Studiums zielen (z.B. durch Änderung d.Uniordnung). 2.Kritische Auseinandersetzung mit den Lehr-u.Lernmethoden u. deren ideologische Inhalte. 3.Ver-Öffentlichung d.stud. vertreterischen Arbeit. Gehört keiner studentischen Gemeinschaft an.

Norman Stenschke

22, 6. Sem. Mathematik, geb. in Rodalben. Seit SS 65 an der FU. Tritt ein: für politisches Mandat der Studenten, für bessere Unterstützung der KU, für Erhöhung der Stipendien. Sieht als Ziel auf längere Sicht das Studienhonorar. Erkennt zwischen der Förderungswürdigkeit einer studentischen Organisation und seiner politischen Auffassung keinen Zusammenhang. Gehört keiner studentischen Gemeinschaft an.

DISSERTATIONEN
FOTOKOPIEN

preisgünstig

vorschriftsmäßig

termingerecht

DISSERTATIONS-DRUCKSTELLE
DER
ERNST-REUTER-GESELLSCHAFT
DER FÖRDERER UND FREUNDE DER
FREIEN UNIVERSITÄT BERLIN E.V.

Merkblatt kostenlos erhältlich:
1 BERLIN 33 · DAHLEM · GARYSTR.45
TELEFON: 76901 · APPARAT 668

Wahlkreis III - Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliche Fakultät

(bis zu 15 Kandidaten ankreuzen)

Wahllokale: Wi.-So.Fak. 10.oo - 18.oo Uhr
Otto-Suhr-Inst. 10.oo - 17.oo Uhr
Mensa, Van't-Hoff-Str. 11.3o - 14.3o Uhr

jeweils am 5.-6.,7. u. 8. Dezember

Wahlleiterin:
Sigrid Plagemann

Peter Arend

23, 7. Sem. VWL, geb. in Berlin. Seit WS 64 an der FU. Vorgänge im SS 67 veranlaßten ihn zur Kandidatur. Sieht in d.VA-FU eine echte Alternative f.d.Wähler u.unterstützt deren Programm.Schwerpunkte seiner Arbeit werden sein:Die Aktivität d.Stud.vertr.auf wirklich stud.Probleme zu konzentrieren,d.h.Versuch einer neuen sachl Zus.arbeit an der Uni unter voller Berücks.der berechtigten stud.Forderungen (neues Disziplrecht,keine Zwangsexmatr.,den Verhältn.angepaßte Studienförd.,konkrete Schritte auf dem Weg zur Hochschulreform,Neuordnung d.AStA Fin.unter Berücksicht.d.Studenten sporte)Hält d.KU in der derzeitigen Form nicht f.d.geeignete Mittel, die stud.Probleme zu lösen.
Mitglied im VA-FU-WiSo

Horst Arndt

22, 3. Sem. BWL, geb. in Berlin, Abitur 66, halbj.Praktikum.Seit WS 66 an der FU.-Möchte am Ausbau des "wiso-Info" mitwirken, um einen besseren Kontakt zw. Studentenschaft u.Studentenvertretung herzustellen.Setzt sich für eine regelmäßige Veröffentl. von Vorlesungsbesprechungen und ein ausführliches (aber übersichtliches!)Vorlesungsverz.ein. Begrüßt die Einrichtung v.kleinen Gruppenarbeitsgem. anstelle d.bisherigen "Mammut"-Übungen in d.Anfänger-Vorlesungen.Fordert, ältere Sem.stärker als bisher an Vorbereitungsveranstl. zu beteiligen.
Gehört keiner studentischen Gemeinschaft an.
Wahlkuratorium.

Jürgen Birkigt

23, 3. Sem. BWL, geb. in Schwarzheide/Ndl. Seit WS 66 an der FU. Bislang in keiner allgemein-oder hochschulpolit.Organisation tätig gewesen.Hält eine Unterstützung d. VAFU unter bes.Berücksichtigung folgender Prog.punkte f.notwendig: 1.Klare Trennung d.Aufg.v.Stud.vertretung u.stud.Hochschulgruppen. Trotzdem Intensivierung verantwortlicher polit.Bildungsarb. von Seiten d.Stud.vertr. 2.Durchsetzung angestrebter Studienreformen 3.Abschaffung d.bestehenden Disziplinarrechts. 4.Eine KU erst nach erfolgter,genügender Kritik ihrer Mitgl.an ihren Zielsetzungen.
Gehört keiner studentischen Gemeinschaft an.
Mitgl. im VAFU

Hannelore Börgel

21, 4.Sem.VWL, geb. in Osnabrück Abitur 66, seit SS 66 an der FU Mitgl. im 19. Konvent. Repräsentantin der FU beim 6. Intern. Studentenkongress in Helsinki, gehörte der Gruppe e c h t e r Unabhängiger im Konvent an,wird diese Linie, sich wirklich kritisch mit den Problemen an der FU auseinanderzusetzen, weiter verfolgen,fordert auf dieser Basis innerhalb der WiSo-Fak Vorantreibung d.Vorlesungsumstrukturierung, d.h.Verstärkung der Kleingruppenarbeit,wird sich im Falle einer Wahl für Aktivierung aller Konventsmitglieder einsetzen.
Gehört keiner Hochschulpol.Gruppe an, Mitglied des BDV
Wahlkuratorium

Frank-Michael Engel

23, 2.Sem. BWL, geb. in Sommerfeld. Seit SS 67 an der FU.Langjährige SMV-Erfahrung, unterstützt mit seiner Kandidatur d. Programm d.VAFU.Will sich einsetzen für: sachgerechte Fachschaftsarbeit, unverzügliche Auseinandersetzung mit d.vorliegenden Hochschulgesetzentwurf,neue Formen v. Lehrveranstl, ein allgem.Ausbildungsförderungsgesetz,Abschaffung d.besteh.Disziplinarrechts, Kontrolle über d.polit.Dispositionsfond d.AStA,Verhinderung d. Etablierung einer allgemeinrevolutionären Gegenuniversität.
Mitglied der VAFU.

Norbert Engel

21, 3. Sem.Politologie, geb. in Brühl.Seit SS 67 an d.FU.Setzt sich für eine tiefgreifende Hochschul-u.Studienreform ein, z.B. Aufhebung d. Disziplinarrechts, verstärkte stud.Mitbestimmung in den akad.Selbstverw.gremien,Ablehnung d.Zwangsexmatrikulation u.des Numerus clausus,Neugliederung d.Universität,Neuordnung d. Promotions-u.Habilitationsverfahrens,Forderung nach wirksamerer stud.Sozialversicherung. Bereit, eine KU zu unterstützen, aber Ablehnung dieser KU wegen einseiti-ideologischer Ausrichtung.
Gehört keiner studentischen Gemeinschaft an.
Aktion 20. Konvent

Hans Utz Foerderreuther

22, 6. Sem. VWL, geb. in Meinerzhagen.Abitur 1965 in Düsseldorf. Seit SS 65 an der FU.4 Sem.Tutor f.Statistik u.math.Propädeutik, seit 3 Sem.Obertutor.Seit SS 67 Mitgl.d.Studienreformkommission d.Fak.vertr.u.der paritätischen Fak.kommission.Befürworter d.KU. Ziele:Ausbau d.Tutorenwesens und d.Kleingruppenübungen (insb.in Jura,Ferienwiederholungskurse) Ausarbeitung e.Planes,nachdem d. Lehrveranstaltungen inhaltlich abgestimmt werden können,dabei Erarbeitung v.nicht obligatorischen Studienplänen,Änderung des Prüfungsverfahrens(etwa Einsichtnahme in Examensarbeiten). Mitgl.im Studienkrs.f.polit.Bildungsarbeit/Steinkimmen

Günter Greiff

19, 2. Sem. BWL, geb. in Haan, seit SS 67 an der FU.Würde sich als Konventsmitgl.f.studiengerechte,nötigenfalls schrittweise, Reformen d.Ausbilgungsgänge einsetzen, da das mit Warten auf dringend erforderliche allg.Hochschulreform verbundene In-der-Luft-Hängen nicht länger tragbar ist. Hält KU für experimentellen Schritt im Bereit der Reformen, der nur unter Einflußnahme aller Studenten gelingen kann. Mitglied im BDV Wahlkuratorium.

Stefan Grzimek

23, 5. Sem. Soziologie, geb. in Landsberg/Warthe.Seit WS 65 an d. FU.Mitglied des AStA 1966 (stellv Außenreferent,dann Hochschul-Referent).Mitglied im 19.Konvent. Arbeitet besonders an Fragen der Hochschulreform.Mitglied der paritätischen Stud.Ref.komm. an d. WiSo.Setzt sich nachdrücklich f. praktische Hochschulref. ein innerhalb der offiziellen Gremien und außerhalb derselben (KU!). Bejaht polit.Verantwortung. Mitglied im Sozialdemokratischen Hochschulbund Wahlkuratorium

Wighard Härdtl

24, 7. Sem. Politologie, geb. in Tetschen.Seit WS 65 an der FU. 3 Sem. im Studentenparlament und AStA d.Universität Mainz.Kandidiert jetzt aus polit.Gründen f. d.Konvent, da er sich verpflichtet fühlt, einer linksradikalen Machtübernahme an der FU entschieden entgegenzutreten. Hauptziel d.Stud.schaft muß sowohl eine durchgreifende Studienreform als auch eine Umstrukturierung d. Universität sein, ohne daß diese Forderung zum Ansatzpunkt f.eine Gesellschaftsrevolution gemacht wird.Die ideologisierte KU lehne ich als eine Gegenuniversität scharf ab. Mitglied im RCDS Aktion 20. Konvent

Günther Hedderich

26, 4. Sem. VWL, geb. in Berlin. 59 AFS Stip.f. 1 Jahr USA,62 Abitur Odenwaldschule, 62-65 Med.-Studium FU,Vorphysikum,,63-64 Studienaufenthalt a.d.Univ.Minnesota, SS 66 Fachwechsel, Studentenehe, 1 Kind.Mitgl.Im 19. Konvent.Zulassungsreferent.Mitarbeit an Studienreform u.Hochschulgesetz, Honnefbeisitzer.Sieht als erste Aufgabe an, d.Studiensituation d. Studenten zu verbessern u.durch Informationen transparent zu machen.Daher bes.Einsatz f.Basisarbeit an WiSo.Fak. Gehört keiner studentischen Gemeinschaft an. Wahlkuratorium

Dieter van Helt

21, 4. Sem. Politologie, geb. in Werlte/Niedersachsen. Seit SS 67 an der FU. Trotz krit.Haltung gegenüber unserem Gesellschaftssystem erklärter Gegner einer Revolution auf marxistischer Basis. Setzt dagegen: eine tiefgehende Reform unserer Demokratie u.Gesellschaft,als deren praktischen Beginn er die Neustruktuierung d. Hochschulen u.die Neuordnung d. Studiengänge betrachtet.Hofft durch seine Arbeit e.progressiven Ref.flügel d.Fak.ausschusses u.d. Konvents zu stärken,da er durch eine radikale Politik d.Hochschul u.Studienreformarb.gefährdet sieht. Aktion 20. Konvent.

Frank Herterich

24, 8. Sem. Soziologie, geb. in Regensburg, 1964 Abitur, Studium in München, Chikago.Seit WS 65 an der FU.Mitgl.d. 19.Konv.u.stellv. Sprecher.Mitgl.d.stud.Stud.ref. komm. Kandidiert, um Arbeit d.J. z.Disk.zu stellen u.bei Wiederwahl zu ihrer Forts.beizutragen. Ihr Ziel ist Verbesserung d.Stud.situation,d.nicht d.Gutwilligkeit einzl.Prof.überl.bleiben darf, sond.die inst.gesichert werden muß.D.h.Hochschulrf.Hochschulpol aber ist letzl.Gesellschaftspol da Uni nicht isol.exist.Desh. Polit.Mandat.Dieser Einheit entspr.ein gleichztg.Engagement auf allen Ebenen d.Studvtr.Ja zur KU,da sie in jed.Fall ein Stimulus zur Reflexion d.Inhalte u.Formen vieler Lehrveranst.ist. Mitgl. der SPD. Wahlkuratorium

Peter Jurecka

24, 6. Sem. Soziologie, geb. in Lemgo, österreichischer Staatsbürger. Abitur 1965 in Lemgo, seit SS 65 an der FU.Ist unabhängig und gehört keiner Partei oder Vereinigung an.Hält d.polit.Mandat nicht nur f.ein Recht,sondern für Pflicht d.Studenten.Hält Programm d.KU mangels ausreichender Initiativen von anderer Seite für geeignet zur Lösung dringend notwendiger Reformen, unter Mitwirkung anderer gesellsch.Gruppen, bes.d.Arbeiterschaft. Hält sinnlose Agressivitäten u.Polemik zur Durchsetzung d.Ziele f.ungeeignet Fordert bisher oft vernachlässigte Toleranz gegenüber Andersdenkenden. Gehört keiner studentischen Gemeinschaft an.

Ekkehard Kittner

24, 7. Sem. Politologie, geb. in Pausdorf, Abitur 1961 in Zwickau, 1 Jahr Ausland, seit WS 63 an der FU.Zw.Prüfung SS 66.Besonderes Anliegen die Hochschulreform.Die gegenwärtige Universität ruht auf einem Demokratieverständnis (rationale Demokratie),das dem Grundgesetz entgegensteht u.d.sozialen Realität nicht entspricht.(Gemeinschaft v.Lernenden u.Lehrenden,Rektor Wahrer d.Einheit nach außen u. innen,Bildung einheitl.Körpersch. willens,keine Praktionen zugelassen usw).Umbildung d.FU nach Prinzipien der empirischen Demokratie um d.institutionellen Ursachen d. FU-Krise zu beseitigen.Seine Vorstellungen erscheinen als Analyse in d.Veröffentl.der VAFU, für die er kandidiert.

Bernd Kläffling

28, 5. Sem. VWL, geb. in Potsdam mittl.Reife,kfm.Lehre u.4 Jahre Berufspraxis.Besuch d.Wirtschaftsakademie Berlin,Abschluß Betriebswirt grad.,anschl.Ergänzungsprüfung f.Hochschulreife.Wirtsch. akademie 1 Jahr AStA-Vors.Lehnt KU i ihrer jetzigen Form ab, insbes.,weil politisch einseitig.Für ihn sind.d.Mißstände an d.Hochschule nicht "exemplarisches Moment d.allge.Strukturkrise in d.westdtsch.Gesellsch." Tritt insbes.f.eine Verbesserung d.Arb.situation a.d.Uni.u.d.soziale Sicherung d.Studenten ein.
Mitglied der Burschenschaft Thuringia
Mitgl.AFU

Bernhard Klingmüller

24, 7. Sem. Soziologie, geb. in Zepernick.Studium in Birmingham, München,Mannheim. Seit WS 65 an der FU. Will sich vor allem der praktischen Studienreform widmen Arbeitete in d.Soz.Ref.Komm.mit. Hält z.B. objektive Prüfungsbedingungen u.Aufteilung d.ganzen WiSoFak. in Abt.f.erstrebenswert. Die Politik des bisherigen AStA u.d.KU sind Wege auf d.Verbesserung der zu objektiven u.subjektiven Studienbedingungen, die der Kandidat fortsetzen möchte.
Mitglied im Sozialistischen Deutschen Studentenbund
Wahlkuratorium

Ute Koch

22, 4. Sem. Politologie, geb. in Berlin. Seit SS 65 an der FU. Wird sich für eine umfassende Hochschul-u.Studienreform einsetzen.Revolution als Mittel zur Durchsetzung berechtigter stud. Forderungen lehnt sie ab. Sie befürwortet eine kritische FU, aber keine KU, die die bestehende FU ablehnt, sich aber nicht ernsthaft bemüht, sie durch Reformen zu verbessern.
Mitglied im RCDS
Aktion 20. Konvent

Hermann von Laer

22, 2. Sem. VWL, geb. in Telgte, 1965 Abitur in Koblenz, 2 Jahre Bundeswehr, seit SS 67 an der FU Als wirklich Unabhängiger hofft er im Konvent viele Fragen kritischer u.vorurteilsfreier beantworten zu können, als es seiner Ansicht nach im letzten Konvent geschehen ist. Vor allem werden seine Bemühungen in einem Vorantreiben der Studienreform bestehen.
Mitglied im Internationalen Arbeitskreis

Ernst Thomas Malsch

21, 4. Sem. Soziologie/Arabisch geb. in Hamburg,Abitur 1966 in Kairo.Seit SS 66 an der FU. Für die Erweiterung d.Berliner Modells,d.h.stärkere Beteiligung v. Studenten u.Ass.am Entscheidungsprozess.Befürwortet Gründung d. KU als Experiment einer demokrat. Hochschulref.,das man nicht aus ideologischen Vorurteilen torpedieren sollte.Aber auch innerh. d.FU müssen Ref.bemühungen weiterhin unterstützt werden,insbes. Kleingruppenexperimente an d.Wiso Für stärkere Zus.arb.mit reformwilligen Prof.Mitgl.der SPD. Gehört keiner studentischen Gemeinschaft an.

Hans-Günter Müller

20, 2. Sem. BWL, geb. in Landau, seit SS 67 an der FU.Langj.Mitgl. d.SMV.1 Jahr Präs.d.Schülerparlam Vorstellungen f.d.Arb.d.20.Konvent Kooperation aller Uni.mitgl. zur Erweiterung d.Berliner Modells. Kritische Beurteilung d.Hochschulgesetzentw.Mitarb.u.Weiterführung d.Stud.ref.komm.Abschaffung des Disziplinarrechtes.Schaffung eines Ausb.förd.gesetzes z.Verbesserung d.Förd.bedingungen.Aufstellung einer Arbeitsgem.,die Probleme d.einz.Fächer zur Aufgabe hat.Experiment mit neuen Lehrveranstaltungen.
Gehört keiner studentischen Gemeinschaft an.
Mitglied der VAFU

Romuin Reich

23, 8. Sem. Politologie, geb. in Berlin, seit SS 64 an der FU. Als eine unabdingbare Voraussetzung f. eine erfolgreiche Arbeit d.20.Konvents erachtet er das polit.Mandat d.Konventsabgeordneten.Die Aufgabe d.zukünftigen Konvents sieht er in der Demokratisierung d.Hochschulstrukturen u.in der Intensivierung u.Beschleunigung d.Prozesses einer wirksamen Studienreform.Hochschul-u.Studienref. sollten durch eine sachbezogene Hochschulpolitik erreicht werden. Kristallisationspunkt d.polit. Willensbildung in d.FU muß der Konvent bleiben.Eine stärkere Fraktionierung würde er im Interesse e.besseren Durchschaubarkeit d.Willensbildungsprozesses im Konvent befürworten. Vorsitzender der EFS

Franz Ring

23, 4. Sem. VWL, geb. in Breslau, Abitur 1964 in Stuttgart, 2 Jahre Wehrdienst, seit SS 66 an der FU Innerhalb einer dringend notwendigen Hochschul-u.Stud.ref.ist er gegen Zwangsexmatrikulation u. das universitäre Disziplinar(un)-recht, für eine Einteilung des Studiums in Grund-Haupt-u.Kontakt-studium, e.elternunabhängige Studienfinanzierung, Optimierung des Arbeitsgruppen-u.Tutorenwesens u. eine stärkere Beteiligung d.Stud. in allen akad.Gremien.Hochschul-u.Studienref.ist jedoch nicht unabhängig von einer Reform innerhalb d.besteh.Gesellschaft zu sehen.Deshalb für polit.Mandat der Studentenvertretung.
Mitgl.im Liberalen Studentenbund
Wahlkuratorium

Lutz Rininsland

26, 9. Sem. Politologie, geb. in Leipzig.63-65 Politologie in London u.USA,seit SS 65 an der FU. 66 Spr.am Kennedy-Inst.,67 Spr. am OSI.Mitgl. im 19.Konvent.Apr. 67 -März 68 1.Vors.d.Fachverb. Sozialwissenschaft.im VDS. Bei grundsätzlicher Unterstützung des gegenwärtigen AStA will er den Konvent wesentlich stärker zu notwendiger Detailkritik u.offener polit.Debatte mit anleiten. Nach Ausscheiden aus OSI-Fachschaft verbleibt ihm mehr Zeit f. WiSo-Arbeit.Erklärt sich weder m. Schein-Demokraten von rechts noch linken Akklamationsoliquen einverstanden.Hofft dennoch im SHB verbleiben zu dürfen.
Mitglied im Sozialdemokratischen Hochschulbund.

Gerd Röder

22, 8. Sem. VWL, geb. in Göttingen.Studium Göttingen,London School of Economics, seit SS 66 an der FU.Fak.-Sprecher.Kandidiert um die Kontinuität zu wahren.Mitgl.im Satzungs-u.GO-Ausschuß des 19.Konvents.Mitgl.d.paritätischen Stud.ref.komm.d.WiSo.Stud.Beisitzer bei Honnefprüfungen.Wünscht sich u.a.im Rahmen d.Hochschulgesetzes Abteilungsgliederung mit Dreierparität (Studenten-Mittelbau-Professoren).Fortsetzung kontrollierter Reformexperimente. Ausbau des KU-Programms an der WiSo.
Mitglied im BDV.
Wahlkuratorium

Rolf D. Rosenbrock

22, 4. Sem. BWL, geb. in Mengersgereuth/Thür. Abitur 1964 in Düren.2-jähr.kfm.Lehre.Nach d.2.Juni Mitgl.im Komitee f.Öffentlichkeitsarbeit,seit WS 67/68 Mitarb. in d.Fak.vertretung. Schwerpunkte d.Studentenvertretung und d. Konventsarbeit sieht er -in einer Forcierung d.Studienreformarbeit, d.ohne Hochschulreform nicht sinnvoll sein kann.Erprobung neur Arten v.Lernveranstaltungen,z.B. im Rahmen der KU. -Herausgabe von Skripten zur Vermeidung v.Massenvorlesungen. -in einer Verbesserung d.Kommunikation zw.stud.Öffentlichkeit und Stud.-Vertr. - im systematischen Ausbau d.Vorlesungs-u.Prüfungsrezensionen.
Mitglied im BDV.
Wahlkuratorium

Hans Ludwig Schmahl

24, 10. Sem., 1.Fachsem. VWL, geb in Schleswig. Dort 1963 Abitur. Seit SS 63 an der FU.8 Sem. Jura. 1 Examenssem. 1967 Zweitstudium an d.WiSo. Setzt sich für mehr Initiative bei der Hochschulreform ein. Eine Studentenvertretung sollte gesellschaftspolitische Fragen nicht vor die hochschulpolitischen d.Studentenschaft stellen. Vor allem erscheint eine Verbesserung d.sozialen Stellung des Studenten erforderlich.
Gehört keiner studentischen Gemeinschaft an.
Mitgl. der VAFU

Ulrich M. Schmitt

23, 5. Sem. Handelslehrer, geb. in Schneidemühl, Abitur 1965 in Duisburg.Mitarb. in d.SMV. 2.Fachsch.-vertreter d.Handelslehrer.Lehnt d. politische Mandat d.Studentenvertretung ab. Die Universität darf nicht zum Versuchsfeld polit.Extremisten werden. Wird sich neben der Arbeit als Fachschaftsvertreter f.d.sinnvolle Erweiterung des Berliner Modells, Anhebung des Honnefer Modells u.genaue Kontrolle des AStA-Haushaltes einsetzen.
Mitglied der Landsmannschaft Altmark im CC.

Volker Schröder

24, 6. Sem. BWL, geb. in Hamburg. Dort 1963 Abitur. 2 Jahre Soldat. BWL Propädeutik in Hamburg. Seit WS 66/67 an der FU. Mitgl. d.SPD. Nicht getauft. Zur Sache: 1.Hochschule. KU als Bereicherung des Veranstaltungsspektrums der FU.- Vorlesungen sind Quatsch - Tutorengruppen sinnvoll. 2.Politisches Mandat.Für polit.Mandat - aber nicht verzetteln - jeder ist sich selbst der Nächste u.wir sind in Berlin - Kontaktaufnahme mit DDR-Studenten - Jugend aller Länder, angefangen in Berlin, vereinige Dich!
Gehört keiner studentischen Gemeinschaft an.

Eike Schweichel

26, 10. Sem. Politologie, geb.in Breslau.Abitur 1961 in Kiel, 2 Jahre Bundeswehr,Abschluß als Lnt. Stellv.Vors. des Ältestenrats am OSI.Studienreformarbeit unter Berücksichtigung d.Hochschulreform u.d.laufenden Experimenten am OSI u.stärkere Einbeziehung d.stud.Öffentlichkeit. Erprobung neuer Formen d.Lehrbetriebs u.systematische Rezensionen aller Lehrveranstaltungen. Unterstützung der KU als ein Experiment zur Studienreform. Einrichtung eines Lehrstuhls f.Politische Ökonomie an der WiSo.
Mitgl. im Sozialistischen Deutschen Studentenbund.
Wahlkuratorium

Siegfried Stahn

22, 8. Sem. VWL, geb. in Lübeck. Dort 1964 Abitur. Seit SS 64 an d. FU. 6 Sem. Politologie. WS 66/67 Fachwechsel VWL. Will die Arbeit d. Studentenvertretung zur Studienreform fortsetzen, sowohl mit d. Arbeitsgruppen, als auch in d. Hochschulref. komm. ein Gesamtkonzept zur Reform des Wirtschaftsstudiums mitzuentwickeln, er meint nämlich, daß die Neuordnung der Propädeutik kein Ersatz für die Reform ist u. nur als Teil des Wirtschaftsstudiums in einer umfassenden Neugliederung sinnvoll wird.
Mitgl. der SPD und im Sozialdemokratischen Hochschulbund.

Bruno Stolzenberg

23, 4. Sem. VWL, geb. in Berlin. Dort 1964 Abitur. SMV-Tätigkeit. Vorsitz im Bezirksjugendring. 1/2jähr. Industriepraktikum. 3 Sem. Elektrotechnik an d. TU. Seit SS 66 an der FU. Will sich einsetzen f. d. Fortführung der fachbezogenen Studienreformdiskussionen, für größere soziale Sicherung d. Studenten, Abschaffung d. jetzigen Disziplinarrechtes bzw. Umwandlung in eine Hausordnung f. alle Bürger der Universität. Befürwortet ein Präsidialsystem bei gleichzeitiger Schaffung von starken Kontrollorganen.
Mitglied in der VAFU.

Reinhard Stransfeld

25, 5. Sem. Soziologie, geb. in Berlin. Seit WS 67 an der FU. 4 Sem. BWL, 1. Sem. Soz. Kandidiert für d. VAFU. Sein Ziel ist es, ein konstruktive Zusammenarbeit der an der Universität vertr. Gruppen zu erreichen. Zweck dieser Zusammenarbeit soll d. Durchsetzung der -dringend erforderlichen-Reformen d. Universitäts-u. Studienaufbaus sein. Die Arbeitsatmosphäre soll vom emotionalen Ballast befreit werden, damit eine sachliche Auseinandersetzung gewährleistet ist Propagierte Aufgabe d. Universität darf nicht d. Verfolgung einseitiger polit. Ziele sein, sondern objektive Bestandsaufnahme u. Information. Zielsetzung: statt Revolution - beschleunigte Evolution.
Mitg. in der VAFU

Peter Strotmann

22, 8. Sem. VWL, geb. in Mettingen. Studium in Manchester. Seit SS 64 an der FU. 1966 1. Vors. d. LSD, jetzt SDS. Ist d. Überzeugung, daß d. Studienreform sich nicht darauf beschränken kann, d. bisherigen Studienverlauf abzukürzen u. effektiver zu gestalten, damit derselbe Stoff zu kürzerer Zeit bewältigt wird. Sie muß gleichzeitig eine Reform d. Themen, Begriffe u. Methoden d. traditionellen Lehrstoffes beinhalten Eine kritische Wissenschaft muß ideologische Elemente gängiger Theorien (verdeutlicht z. B. in Begriffen wie Arbeit"nehmer" u. Arbeit"geber") entschleiern. Daher ist (bes. an d. WiSo) d. Ausbau d. KU d. vorrangige Aufgabe d. nächsten Konvents. Mitgl. im Sozialistischen Deutschen Studentenbund Wahlkuratorium

Klaus-J- Walsleben

33, 7. Sem. VWL, geb. in Berlin. 1955 immatrikuliert. Aus wirtsch. Gründen Studienabbruch. Seit WS 66 an der FU. Wegen gesellschaftspolitischer Überlegungen liegt sein Interesse heute mehr auf soziologischem Gebiet. Er meint, Studenten sollten sich als vollwertige Staatsbürger politisch direkt engagieren, gehört seit 1958 einer der "etablierten" Parteien an: Der SPD. Er ist gegen unzeitgemäße Hierarchien, f. Demokratisierung aller Institutionen, für gleiche, d. h. gleichwertige Bildung (Erkenntnis, Einsicht) nach Herkunft u. Geschlecht frei von ökonom. Gesichtspunkten. Er bejaht das polit-Mandat gesellschaftsbezogener Institutionen u. begrüßt die Gründung der KU. Keine Stud. Gemeinsch. Wahlkuratorium

Gerd Weghorn

24, 4. Sem. Politologie/Soziologie, geb. in Herborn/Dillkr. 2 Sem. Studium an der Uni Freiburg. Seit SS 67 an der FU/OSI. Initiierte am OSI die Diskussion über d. Studienreform; konzipierte und konstituierte eine Gruppe zur "empirischen Untersuchung u. Analyse d. Studienbedingungen am OSI" An der KU arbeitet er über Hochschulgesetz mit u. sieht seine Hauptaufgabe im Konvent, studentische Öffentlichkeit für alle d. FU berührenden Fragen zu schaffen Mitglied im Sozialistischen Deutschen Studentenbund. Wahlkuratorium.

Hans-Joachim Ziesing

24, 9. Sem. VWL, geb. in Dernbach. Seit 1963 an der FU. Mitgl. im 18. u. 19. Konvent. 66/67 Finanzreferent im AStA, 67 Mitgl. im Kuratorium und in versch. Ausschüssen. Kandidiert aus Kontinuitätsgründen wieder u. um d. Politik d. Stud. vertr. d. letzten Jahre fortzusetzen. Hochschule kann nur in Beziehung z. Gesellschaft gesehen werden, desh. keine Abstinenz v. polit. Dingen möglich (s. Versagen d. Univers. im 3. Reich). Lehnt d. vorl. Hochschulgesetzentwurf v. Stein ab, da er nicht die Gewähr f. e. tatsächl. Hochschulref. bietet, die verbunden mit einer Stud. ref. endlich durchgesetzt werden muß. Unterstützt Arb. d. KU. Aufhebung d. Disziplrechts durch f. alle Mitgl. d. Hochschule verbind. Hausordnung. Keine stud. Gemeinsch. Wahlkuratorium

DISSERTATIONEN FOTOKOPIEN

preisgünstig

vorschriftsmäßig

termingerecht

DISSERTATIONS-DRUCKSTELLE
DER
ERNST-REUTER-GESELLSCHAFT
DER FÖRDERER UND FREUNDE DER
FREIEN UNIVERSITÄT BERLIN E. V.

Merkblatt kostenlos erhältlich:
1 BERLIN 33 · DAHLEM · GARYSTR. 45
TELEFON: 76901 · APPARAT 668

Wahlkreis IV - Juristische Fakultät
(bis zu 9 Kandidaten ankreuzen)

Wahllokale: Juristische Fakultät 10.oo - 14.3o u. 16.3o - 18.oo
Otto-Suhr-Institut 10.oo - 17.oo Uhr
Mensa, Van't-Hoff-Str. 11.3o - 14.3o Uhr
jeweils am 5., 6., 7. und 8. Dezember

Wahlleiter:
Thomas Weyher

Baars, Axel

22, 2.Sem. Jura, Abitur Cuxhaven Während d. Schulzeit PAO-Mitgl., 62-63 Austauschschüler in USA Lehnt einen einseitig ideologisch ausgerichteten Konvent ab, der die notwendigen Hochschulreformen eher verhindert als vorantreibt. Unterstützt Änderung d. Hochschulordnung mit angemessener stud. Mitsprache, Änderung d. stud. Disziplinarrechts, Intensivierung d. Studienberatung Ausbau d. Arbeitsgemeinschaften f. Erstsemest. an d. Jur. Fak. (als Beitrag z. Stud. reform) u.d. Dialog d. Uni mit d. Bevölkerung z. Verhinderung akad. Einseitigkeit

Gehört keiner studentischen Gemeinschaft an.

Klaus-Uwe Benneter

2o, 4.Sem. Jura, geb. Karlsruhe dort Abitur, seit SS 66 FU. Langjähr. Mitarb. in d. SMV als Kulturreferent. In letzte. Sem. als Mitarb. beim VDS u. in d. Stud. vertretg. tätig. Sieht i.d. KU Experiment d. Stud., d. erarbeiteten Stud.-u. Hochschulref. vorstellungen in d. prakt. reale Wirksamkeit umzusetzen. Befürwortet das polit. Mandat d. Studentenschaft, ohne das eine wirksame Interessenvertretung d. Studenten unmöglich ist. Wendet sich gegen unreflektierten pseudo-revolutionären Aktivismus

Mitgl. d. Sozialdemokratischer Hochschulbundes u. d. Deutsch-Israelischen Studiengruppe

Benthaus, Klaus

22, 2.Sem. Jura, 8 Pflichtschuljahre, Maschinenschlosserlehre m. anschließender 2jähr. Facharbeiterzeit, Fachschulreife auf der Abendschule;
Setzt sich im Konvent für ein neues Hochschulgesetz u. eine umfassende Hochschulreform ein. Auf Fakultätsebene scheint ihm die Reform d. jur. Studiums u. Aufhebung d. beschränkten Zulassung (zumindest unter den jetzigen Bedingungen) am vordringlichsten

Gehört keiner studentischen Gemeinschaft an.

Bloch, Matthias

23, 8.Sem. Jura, Abitur 63 in Bln. 2 Sem. Germanistik in Berlin, danach Jura in Genf, Heidelbg., Paris Dez. 67 Diplom am Inst. f. Rechtsvergl. a.d. Sorbonne. Desorganisation d. jur. Stud. wird durch d. Notwendigkeit d. Repetitorien erwiesen, d.d. Studium zwar automatisieren, aber keinen Weg eröffnen z. kritisch-rationell jur. Forschung. KU bietet diese Chance. Möchte aufgrund seiner Erfahrung in Rechtsvergl. durch d. KU daraufhinwirk. daß d. syst.-immanente-rationale Denken aufgegeben wird. u.d. ausserjurist. Determination d. Rechts studiert werden. Hält Disz.-recht als Standesrecht f. unvereinbar m. demokrat. Rechtsstaat.
Gehört keiner stud. Gemeinschaft an.

Blottner, Udomar

2o, 2.Sem. Jura,
Ziele: Honnef-Modell-Erhöhung auf DM 4oo u. Zahlung in Semesterferien v. Beginn d. Stud. an, gegen Zwangsex. u. numerus clausus, f. Vorlesungsrezensionen u. Einschränkung d. Disziplinarrechts, Bau v. preiswerten Stud. wohnheim. Bekanntgabe d. jur. Prüfungsklausuren, f. uneingeschränktes Demonstrationsrecht, f. hochschulpolit. Mandat d. AStA, f. Abschaffung d. Studiengeldpauschale
Gehört dem Ring Christlich Demokratischer Studenten u.d. Aktion 2o. Konvent an, Mitgl. in d. Jungen Union, CDU

Isa Bruss

2o, 4.Sem. Jura, Mitgld. d. 19. Konvents, Tätigkeit i.d. International Federation of Law Students Ist an Mitarb. im Sozialbereich interessiert. Voraussetzung dafür ist sachorientierte Politik im AStA, d. bisher nicht gegeben war KU mit ihrer eindeutig ideolog. Zielsetzung kann allerdings keine Basis f. eine Mitarb. bieten. Im Vordergrund d. Tätigkeit hat d. Hochschulref. zu stehen, nicht jedoch eine Systemauseinandersetzung m. demokratiefeindlichem Programm. Unterstützt Ziele d. Vereinigten Arbeitsgemeinschaften an FU (VA FU).
Gehört keiner stud. Gemeinschaft an.

Hans-Joachim Dohmeier

22, 2.Sem. Jura,geb.in Bevensen/ Nds.,Abitur 65 in Stadthagen, seit SS 67 an FU, Mitgl.d. Sozialdemokratischen Hochschulbundes u.d. Amnesty International. Hält d. Verbesserung d. Arbeitsbedingungen i.d. Vereinigt. Instituten f. unerläßlich, es geht nicht an,daß wichtige Lehrbücher nicht zu haben sind;Lüftung miserabel,Öffnungszeit zu kurz. Ist dafür,daß d. Kopierdienst i.d. Studentenvertr. zufriedenstellend geregelt wird.Meint, daß d. Konvent mit deklamatorischen Beschlüssen (Guevara) zwar die Öffentlichkeit auf sich aufmerksam gemacht, f.d. Studenten nichts erreicht hat.

Eckervogt, Norbert

19, 2.Sem. Jura,
Fordert klare u. eindeutige Stellungnahme gegen antidemokratische Kräfte im Konvent, will einer ausschl. revolutionären Gruppe mit einem sachlich fundierten Reformprogramm entgegentreten, das auf tatsächlich demokratischer Grundlage basiert. Ist für ein kritisches,abwägend. Engagement d.Studentenschaft.in d.FU,nicht gegen d.FU.Hält es f. erforderl.,daß an allen Fakultäten von d.Studenten d.zur wirklichen Mitarbeit an d.Studienreform gebotenen Möglichkeiten genutzt werden.Tritt f.Ziele der Aktion 2o. Konvent ein

Ennker, Benno

23, 3.Sem. Jura,Polit.,seit SS 67 FU,Chefred."Jura-Info",Mitgl.d. Fak.ausschusses,Studienreform an Jur.Fak. dringlichst:endlich neue Studien-u.Prüfungsgestaltung, Initiative d.Stud.zu Reform d. JAG;grundlegende Hochschulreform weg von Ordinarien-Uni,erhebl. stärk.Mitentscheid.d.Stud. in Uni;Gegner d.KU,solange einseitig neomarx.u. anti-FU orientiert für Experimente in Form u.Inhalt v. Lehrveranstaltungen,als Teil d. Stud.reform.Nicht Revolution d.Gesellschaft zu "sozialist.Demokratie",sondern Vollendung freiheitl.Demokratie durch Gesellsch.reform. - Mitgl. im Ring Christlich-Demokratischer Studenten, Aktion 2o. Konvent, CDU

Peter Passmann

26, 8. Sem. Politologie, geb. in Elbing.Abitur 1962 in Braunschw. 2 Jahre Wehrdienst, seit SS 64 a der FU. Tritt ein f. verstärkte Bemühungen um Eingliederung u.In formation d.Studienanfänger,Ausbau d.Tutorensystems u.Einführun einer Zwischenprüfung. Wird sich Einsetzen f.d.Abschaffung d.diskriminierenden Disziplinarrechts Ist d.Meinung, daß befristete Im matrikulation u.Zwangsexmatrikul tion kein Beitrag z.Studienrefor bedeuten.Hält eine verstärkte Mi bestimmung d.Studenten in allen Gremien u.Institutionen d.Univer sität als ersten Schritt zum Abbau oligarchischer Herrschaft f. erforderlich.
Mitgl. im Sozialdemokratischen Hochschulbund.

Klaus Fleischmann

20, 4. Sem. Jura, geb.in Berlin, dort 1966 Abitur. Mitgl.d. SPD und des SHB. Mitarbeiter im Satzungs-u.GO-Ausschuß im 19.Konvent Würde sich f.eine größere Differenzierung u.Flexibilität d.Studienganges einsetzen. Ein verstärktes Gruppensystem ist erstrebenswert, neue Formen v.Lehrveranstaltungen sollten gesucht werden.Hält befristete Immatrikulation f.einen Versuch am untauglichen Objekt (Studienreform).Das bestehende Disziplinarrecht sollte neuen Überlegungen weichen. Hält nichts von Luftballons und Seifenblasen als politischem Meinungsausdruck.

Hans P. Flemming

25, 2.Sem.Rechtsw.;Realschule, Schlosserlehre u.prakt.Berufstätigkeit, 8 Mon.Aufenth. in SO-Asien (Malaysia), Abitur 1967 in Berlin (2.Bildungsweg), seit SS 67 an der FU, Mitgl.d.SHB u.d. Amnesty International.
Ist d. Ansicht, daß kritische Auseinandersetzung auch mit d.KU besser ist als emotionale Partei nahme. Hält Happening-Methoden einen schlechten Politik-Ersatz Ist gegen Zwangsexmatrikulation, auch in d.Form d.befrist. Zulassung, da durch d.Kurieren an Symptomen eine sinnvolle Studien reform vernachlässigt wird. Will sich insbes.f.d. Verbesserung d. Arbeitsmöglichkeiten an d.Jur.Fa einsetzen. Sachliche Arbeit darf keine Phrase bleiben, sondern m geleistet werden.

Christoph Flügge

20, 2. Sem. Jura, geb. in Hamburg Seit SS 67 an der FU. Setzt sich dafür ein, daß endlich Hochschulreform auf d.Basis d.Berliner Modells und Stud.-Reform in konstrukt.Zus.-Arb. mit allen Univ.-Mitgl. vorangetrieben wird. KU ist kein Ersatz f. fortschr.Hochschulpolitik, sondern Bedrohung d.Lehr- und Forschungs-Freiheit. Er unterstützt das Programm der VAFU.

Hans-Gerhard Franck

22, 8. Sem. Jura, geb. in Brandenburg.Mitgl.im 19.Konvent, stellv.Fak.sprecher.Mitgl.d.Burschenschaft Saravia.Bestreitet AStA u.Konvent das Recht, die Studentenschaft in allgem.pol. Fragen zu repräsentieren (pol. Mandat) u.hat desh.einen bisher siegreichen Prozeß vor dem VG a gestrengt.Hält die "KU"trotz einiger Positiva in Bezug auf ev. Studienreform für hauptsächlich gezielt auf Schulung von Kadern für die "außerparlam.Opp.". Will das Berliner Model ausbauen und nicht durch kindliche Kraftaktionen (SDS-Beschluß)gefährden.Bekennt sich zum Programm der VAF

Christian Gaebler

21, 4. Sem. Jura, geb. in Berlin
Seit SS 66 an der FU. Da er erst Honnef-Prüfung machen mußte, bish. keine Mitarbeit in Studentenvertretung. Fordert Ablösung der mit Generalklauseln angefüllten Disziplinarordnung durch eine für alle Univ.-Angehörigen Hausordnung.
Hält Professorenaustausch mit der Humboldt-U. und gemeinsame Seminare mit Ostberliner Studenten für dringend erforderlich. Da er die an der Jur.Fak. gestellte Problematik der KU für wichtig hält, sollte man diese nicht dem SDS überlassen.
Gehört keiner studentischen Gemeinschaft an.

Helmut Giese

23, 3. Sem. Jura, geb. in Honau. 18 Monate Wehrpflicht. Seit WS 66/67 an der FU. Ref.f.pol.Bildung im Allgemeinen Studentenausschuß. Setzt sich ein f. demokratische Erweiterung d. Berliner Modells u. echte Teiln. d. Stud. an Entscheid. in akad. Gremien. Schlägt Diskus. zw. Pak und JPA vor, um d. Einfluß der Pak auf d. Prüf. Ord. zu verstärken. Empfiehlt stärkere Berücksichtigung soziol. Aspekte in jur. Disziplinen.
Gehört keiner studentischen Gemeinschaft an.

Ulrich Grasser

24, 5. Sem. Politologie, geb. in Prag. Abitur 64 in St. Gallen. Seit WS 65/66 an der FU. 18. monat. Wehrdienst. Für dringende Hochschulreform im Sinne des 9 Punkte-Prog. d. "Aktion 20. Konvent" Für Stärkung d. Stellung d. Konvents gegenüber d. AStA. Erachtet es als dringend notwendig eine konstruktive u. arbeitsfähige Opposition im Konvent aufzubauen. Wendet sich entschieden geg. Bestrebungen, die allgemeine Politisierung d. Studentenschaft einseitig u. unkritisch zu interpretieren und zu gestalten. Erhebt daher geg. d. vorläufige Programm d. KU Bedenken. Stellt die Frage, ob KU nicht Folge einer verzweifelten Flucht v. gescheiterten Reformen an d. FU ist.
Mitglied im RCDS.
Aktion 20. Konvent

Wolfgang Hackel

24, 9. Sem. Politologie, geb. in Oberliebich/Sdl. Abitur 1961 in Mtldtl. u. 1963 in Berlin. Freier Mitarbeiter von Provinz- u. Studentenzeit. Gewisse "Verwaltungserfahrungen" durch mehrmonatige Praktika in pol. Verbänden u. Organisationen. Gründer des BGS.
Lehnt "politisches Mandat" grundsätzlich ab u. ist Gegner der KU, wie sie sich etablieren soll.
Will vielmerh Verbesserung d. Arbeitssituation durch umfassende Hochschul-u. Studienreform, sowie größere soziale Sicherheit der Studenten. Deshalb aktive Mitarbeit in den VAFU, die ihre Ziele genau erläutert haben.
Mitgl. im Bund gesamtdtsch. Studenten.

Christopher Hein

20, 3. Sem. Jura, geb. in Hützel. 2 Trimester frz. Lit. wiss. schaft an d. Sorbonne. Seit WS 66 an d. FU. Nach d. 2. Juni Mitarb. im Öffentlichkeitskomitee. Will sich f. eine größere Bedeutung d. Konvents in d. Hochschulpolitik u. f. eine Versachlichung d. Konventsdebatte einsetzen. Wird als Stud. Vertr. d. Jur. Fak. energisch eine neue Prüfungsordnung für's 1. Staatsexamen fordern u. sich gegen eine noch weitere Einengung d. Studienfrist einsetzen u. durchsetzen helfen, daß d. Zwangsexmatrikulation wieder abgeschaft wird. Wendet sich entsch. dageg., daß Stud. vertr. mit finanz. Mitteln aus d. Springer-Konzern o. ähnlichen Quellen d. Willensbildung an d. FU manipulieren wollen.
Keine stud. Gemeinschaft.

Rainer Klaus

23, 4. Sem. Jura, geb. in Memel. Seit SS 66 an der FU. Mitglied im 19. Konvent. 2. Sprecher der Jur. Fak. Befürwortet im Rahmen d. Erweiterung des Lehrplanes d. KU, nicht jedoch als politisches Aktionszentrum. Dringt auf Vorantreiben der Studienreform, besonders an der Jur. Fak. Hält die Fakultät für das eigentliche Forum, wo Arbeit geleistet werden muß.
Lehnt die befristete und Zwangsexmatrikulation entschieden ab.
Gehört keiner studentischen Gemeinschaft an.

Wolfgang Krause

20, 2. Sem. Jura, geb. in Berlin
Abitur 1967, seit SS 67 an der FU
Aus polit. Interesse aktives Mitgl der SPD, jedoch bisher keine Tätigkeit in der Studentenvertretung. Ist kein Mitglied einer studentischen Organisation und wird auch nicht eintreten. Im Konvent hält er eine sachliche Diskussion über Universitätsreform, neues Hochschulgesetz und Verbesserung der allgemeinen Studienbedingungen für erforderlich. Tritt für studentische Veranstaltungen ähnlich der KU ein, wenn sie in toleranter Weise und unvoreingenommen durchgeführt werden.
Gehört keiner studentischen Gemeinschaft an.

Volker Kröning

22, 4. Sem. Jura, geb. in Zwickau
2 J. Wehrd.; Intensiv. d. Pakult. arbeit in andauernd. Kontakt zu Prof u. ASS. u. bei verstärkter Inform. d. Student. auf d. Geb.: Examensordnung Studiengang (mehr AG, Abstimm. Vorles.-Üb. u. Colloqu.-Semest.), Studieninhalte (Integr. d. Nachbarwiss Reflexion d. Methoden i. d. versch. jur. Berufen), Anfängerinformation (Lektüreplan, Univers. wechsel) Anregung durch and. dt. jur. Pak. (Gie:en, Bochum), Univers. Verfass. (Ausbau der stud. Mitwirk.) mit d. Ziel: Aufheb. d. student. Passivität bei d Stoffrezeption, Oreintierung d. jur Stud. an d. Praxis.
Mitglied der Canitz Gesellschaft Berlin.

Erika Krumme

20, 4. Sem. Jura, geb. in Lienen-Höste, Abitur 1966, seit SS 67 an der FU. 2 Sem. in Marburg. Organisator. Erfahrungen in Sportclubs, Mitarb. a.d. Jur. Info. Tritt f. Förderung d. pol. Bewußtseins d. Studentenschaft ein. Hält d. KU als Experiment zur Studienreform, aber nur als solches, für vertretbar, dabei dürfen aber nicht die direkten stud. Interessen vernachlässigt werden, als da sind Hochschulref. Verbesserung d. sozialen Stellung d. Studenten, d. Stud. verhältnisse (mehr Standardlit. in d. Seminaren!) Im übrigen denkt sie, daß die Zwangsexmatrikulation ständig neu überprüft werden muß!
Gehört keiner studentischen Gemeinschaft an.

Herwig Pohl

25, 7. Sem. Jura u. Politologie, geb. in Lübeck. Seit SS 64 an d. FU. An 1. Stelle steht für ihn Einsatz u. sachliche Arbeit im Fak. ausschuß. Hier gilt es besonders sich im Rahmen der Hochschulreform für eine Neuordnung und Modernisierung des jur. Studiums einzusetzen. Den neuerlichen Fortschrittslook ehemaliger Rechter u. d. Aktion 20. Konvent hält er für lau und wenig originär, ebenso verurteilt er aufs schärfste sinnlose Provokationen und gesellschaftspolit. wirre Vorstellungen happeningsüchtiger Radikaler. Gerade die jur. Fak. könnte dazu beitragen eine ausgewogene mittlere Position zu profilieren. Mitgl. in der SPD und im Sozialdemokratischen Hochschulbund.

Jürgen-B. Runge

23, 6. Sem. Jura und Politologie geb. in Schwerin. Seit SS 65 an der FU. Mitgl. im 19. Konvent u. d. Studienref. komm. d. Jur. Fak.; hält eine offensive Politik d. demokratischen Mitte gegenüber antidemokratischem SDS für notwendig, d.h., Negation genügt nicht- ein ref. freudiges Programm ist unabdingbar; bekennt sich zur absoluten Notwendigkeit durchgreifender Hochschul-u. Studienreform als Hauptziel student. Politik; ist f. eine kritische FU, lehnt aber derzeitige ideolog. 'KU'ab, solange wie als SDS-Hochschule erscheint ab. engagierter Gegner der linken Hochschulrevolte-ebenso leidensch. für Hochschulreform; Mitglied der CDU und im RCDS
Aktion 20. Konvent

Karl-Heinz Schmidt

23, 7. Sem. Jura, geb. in Nördlingen. 2 Sem. in Göttingen, seit WS 65/66 an der FU. SS 66 Vertrauensstud. d. ESG. WS 66/7 u. SS 67 v. AStA als verantw. Redakteur mit d. Herausgabe d. "Info. blätter z. Notstandsgesetzgebung" beauftragt. Polit. Mandat muß tortz erheblicher jur. Einwände aus d. gesamtgesellschaftl. Verantwortung d. Studentenschaft heraus interpretiert werden. KU soll den Beweis erbringen entscheidende Impulse zur längst überfälligen Stud. ref. beizutragen. Disziplinarrecht nur unter konkreter Tatbestandsnormierung zur Gewährleistung des reibungslosen Lehr-u. Lernprozesses.
Mitglied der Evangelischen Studentengemeinde.

Rudolf Rogler

21, 5. Sem. Jura, geb. in Selb, dort 1965 Abitur. Langj. Schülerzeitungsred. Seit WS 66 an der FU. 2 Sem. in Würzburg. z.Z. Selbstverwaltung d. Stud. wohnheims der Ev. Akademie. Mitglied der SPD. -Ausweitung d. Lehrbuchsammlung (Komment.) zur Ausleihe f. Hausarbeiten. -Arbeitsgem. auch für Höhere Sem. d.h.: Integrat. d. Repetitoren -Öffnung d. Studienpläne f. Soz., Kriminalpsycho. und for. Psychiatrie -straffere Vorl., d.h. Veröff. von Gliederungen und Skripten z. Vertiefung.
Gehört keiner studentischen Gemeinschaft an.
Wahlkuratorium

Günter Schmidt

21, 2. Sem. Politologie, geb. in Hamburg. Seit SS 67 an der FU. Stellv. Fachverb. vors. Sozialwissenschaften im VDS. Gegen Zwangsexmatrikulation - für Lernfreiheit. Spricht sich deswegen für Bildung von Gruppen aus, die in empirischen Analysen der augenblicklichen Studiensituation die Grundlagen für fachspezifische Studienreform erarbeiten sollen. Hält einseitig ausgerichtetes Studium für problematisch. Befürwortet deswegen interdisziplinäre Lehrveranstaltungen. Möglichkeiten für Experimente in der FU begrenzt, deswegen KU notwendig.
Gehört keiner studentischen Gemeinschaft an.
Wahlkuratorium

Johannes Schulte

23, 2. Sem. Jura, geb. in Kirche Berufsausbildung. 8 Sem. Abendgymnasium mit Abitur 1967 in Neu Seit SS 67 an der FU. Setzt sich für einen weiteren Ausbau d. Berliner Modells ein und glaubt - ohne der Studentenvertretung ein glaubwürdiges pol. Mandat abzusprechen - an der Vorrangigkeit einer gezielten Hochschulpolitik Fühlt sich keiner päl. Partei oder Arbeitsgemeinschaft verpflichtet.

Peter W. Skalweit

24, 6. Sem. Politologie und Jura. Geb. in Driesen/Nmk. Bis 1957 Grundschule DDR, anschl. Grenzgänger u. OWZ Schüler in W-Berlin. Abitur 1964. 1961 intern. Preisträger d. Europäischen Schultages. Seit SS 65 an der FU. 67 Vordipl. am OSI. Möchte im Konvent die Mitte zw. der Rechten u. Linken stark machen, um einer weiteren Radikalisierung im Konvent und AStA entgegenzutreten. Ist für polit. Mandat, jedoch nicht unumschränkt. Konvent u. AStA sollten die Lage d. Studenten nicht weiter forcieren, sondern fachliche Arbeit leisten (Hochschulreform etc) Gegen Gegenuniversität; für KU, wenn Lehrplan nicht einseitig politisch orientiert ist. Gehört keiner studentischen Gemeinschaft an.

Friedrich Toepfer

24, 7. Sem. Jura, geb. in Breslau Abitur 1962. Kfm. Lehr bis 1964. Absoluter Gegner des allgemeinpolit. Mandats. Hält die KU nach wie vor für den mißglückten Versuch einer Konteruni. Generalsekretär der INTERNATIONAL FEDERATION OF LAW STUDENTS. Interessiert sich für die Mitgliedschaft in d. Finanzprüfungskommission d. Konvents, um d. finanzielle Gebaren des AStA mit zu untersuchen. Seit Anfang 67 koopt. Mitgl. im Pak. ausschuß als Beauftragter f. Internationales. Würde wieder für dieses Amt kandidieren. Seit Juli Mitgl der SPD.
Gehört keiner studentischen Gemeinschaft an.

Uwe-Michael Troppens

19, 2. Sem. Jura, geb. in Berlin. Seit SS 67 an der FU. 1 Jahr Abgeordneter im Schülerparlament. Dort Einsatz für Lernmittelfreiheit. In diesem Sinne Forderung nach einer umfassenden Studienförderung. Ablehnung des Extremismus als hinderlich für echte Reformen. Evolution statt Revolution. Allgemeinpolitisch: Konsequenz aus der Wandlung der Welt vom Blöckedualismus zum Polyzentrismus. Unabhängiges Denken Voraussetzung in Politik u. Studium. Mitglied der Freiheitlichen Studentengruppe.
Aktion 20. Konvent

Jost v. Trott

23, 3. Sem. Jura, geb. in Bauhaus/krs. Rotenburg. 1964 Abitur 2 J. Wehrdienst. Seit WS 66 an der FU. Sieht die Hauptaufgabe d. 20. Konvents im Mitwirken an einer mod. Hochschulverfassung a Voraussetzung für eine durchgre fende Studienreform. 1. Ziel: er weitertes Mitbestimmungsrecht d Studenten. Größere Kompetenzen für die Studienreformkommissionen. Hält ideologisierte KU und Unterstützung der antiparlament Opposition durch Konvent und AStA zur Durchsetzung der Refor men für ungeeignet.
Mitglied im RCDS
Aktion 20. Konvent.

DISSERTATIONEN FOTOKOPIEN

preisgünstig

vorschriftsmäßig

termingerecht

DISSERTATIONS-DRUCKSTELLE
DER
ERNST-REUTER-GESELLSCHAFT
DER FÖRDERER UND FREUNDE DER
FREIEN UNIVERSITÄT BERLIN E.V.

Merkblatt kostenlos erhältlich:

1 BERLIN 33 · DAHLEM · GARYSTR. 45
TELEFON: 76901 · APPARAT 668

Wahlkreis V - Medizinische Fakultät

(bis zu 13 Kandidaten ankreuzen)

Wahllokale:	Anatomie	Di-Fr 9.oo - 11.15 Uhr Di,Do,Fr 13.3o - 14.3o
	Physiologie	Di-Fr 9.oo - 11.15 Uhr Mi 12.oo - 14.oo Uhr
	Zahnmedizin	Di-Fr 12.oo- 14.3o Uhr
	Westend	Dr-Fr 10-oo- 12.oo Uhr

Wahlleiter:
Rainer Borowski

Uwe Aldag

25, 8. Sem. Humanmedizin, geb. in Berlin, seit WS 64 an der FU.Febr. -Nov. 66 Sportreferent. Statt modifizierten Stundenplan, reale Studienreform in Anlehnung an WR KU sollte als Experiment für neue Lehr-u.Lernformen gewertet werden. Sieht Zwangsexmatrikulation als Alibi für staatliche u.universitäre Institutionen sich mangelhaft für Erweiterung von Studienplätzen und Lehrstühlen sowie Neudurchdenkung der Studien- und Prüfungsbedingungen einzusetzen.
Mitglied im Sozialdemokratischen Hochschulbund.

Rieke Alten

22, 4. Sem. Humanmedizin, geb. in Bremen, dort 1966 Abitur. Seit SS 66 an der FU. Seit SS 67 Mitarb. im Stud.ref.ausschuß d.Med.Fak. Setzt sich ein für dringend erforderliche Studienreform. Statt Zwangsexmatrikulation verbesserte Studienbedingungen: 1. Mehr Lehrkräfte durch Erweiterung des akademischen Mittelbaus. 2.Ausbau der Tutorenarbeit u.Intensivpraktika zur Vertiefung des Lehrstoff. 3. Umfassende Einführung von Studienanfängern in Universität und Stuidum u.a. Veröffentlichung von Klausurfragen,Vorlesungsskripten,Prüfungsprotokolle 4.
Gehört keiner studentischen Gemeinschaft an.
Wahlkuratorium

Adelheid Barth

23, 10. Sem. Humanmedizin, geb.in Strelno, 1963 Abitur in Berlin. Seit WS 63 an der FU. Mitarbeit in d.SMV u.im Schülerparlament. Setzt sich einf. eine unverzügliche Auseinandersetzung mit dem Hochschulgesetz (in Zusammenarb. mit Prof.und Ass. muß die Autonomie der Universität gewahrt werden).Für eine schnelle realistische Studienreform, die sofort bei Eröffnung des KLinikums anwendbar ist, dann aber im Rahmen des Wissenschafteratgutachtens weiter-geführt werden muß. Interessiert sich für Fachschaftsarbeit. Gehört keiner studentischen Gemeinschaft an.

Ulrich Beckmann

21, 6. Sem. Humanmedizin, geb.in Krombach. 1965 Abitur, seit SS 6 an der FU. 1966 Vorphysiku, 1967 Physikum. Ihr Hauptziel für die Arbeit im 20. Konvent: Hochschulreform u.begrenztes politisches Mandat. Dazu ganz besonders Verbesserung der sozialen Lage der Studenten.
Gehört keiner studentischen Gemeinschaft an.
Mitglied in der VAFU.

Maria Bloch

22, 7. Sem. Humanmedizin, geb. in Potsdam. Seit WS 67 an der FU.Mitglied im 18.Konvent.Arb.im Hochschulausschuß,Arb.im AK d.KU.Befürwortet die Ziele, die d.WR in der Einleitung zu seinem Gutachten 66 anstrebt.(Institutionelle Einheit v.Forschung u.Lehre,wissenschaftliche Durchdringung d.Praxis Aufhebung d.Grenzen zw.inhaltlich korrespond.Fächern, Ausb.als Prozess in d.Bildung d.Menschen)Hält die Zwangsexm.für eine zynische Maßnahme zur Abschaffung d.Lernfreiheit.Wehrt sich geg.d.bewußte Verleumdung der KU,betrachtet d. KU als Experiment,dem man sich nicht aus einem,von wem auch immer suggerierten Vorurteil heraus, verschließen sollte.
Gehört keiner studentischen Gemeinschaft an.

Wolfgang Csato

20, 4. Sem. Zahnmedizin, geb. i Wien. Seit WS 66 an der FU.
Möchte sich für eine sinnvolle Studienreform einsetzen, für di Beibehaltung bzw. Erweiterung d Berliner Modells, im Sinne der Gründer der FU. 2. Vorsitzender der Freiheitlichen Studentengru pe. 1. Vorsitzender der Demokra tischen Studentenschaft.

Hans-Jürgen Diehl

35, 8. Sem. Medizin, geb. in Berlin, seit SS 64 an der FU. Politisch nicht aktiv gewesen. Zustände an der FU bisher zunehmend unerfreulich, dadurch als polit.Unabhängiger veranlaßt,Beitrag zur Normalisierung der Studienverhältnisse zu liefern. Vertritt das Programm der ABK.

Johannes Epping

22, 8. Sem. Humanmedizin, geb.in Berlin. Studium in Berlin und Freiburg. Seit WS 65 wieder an d. FU. Kandidiert, da er sich durch die derzeitige Studentenvertretung nicht vertreten sieht. Tritt ein für das Programm des ABK: Kompetenzgerechte Trennung d.Aufgaben von Studentenvertretung u. Hochschulgruppen, Studienreform etc.of.Flugblätter.
Mitglied des ABK.

Jan-Günter Frenzel

25, 6. Sem. Zahnmedizin, geb. in Greifswald. Abitur 1963 in Rendsburg. 2.Jahre Bundeswehr. 1 Sem. Philosophie/Physik in Braunschw. Seit WS 65/66 an der FU. Die politische Einseitigkeit des AStA verhinderte bis jetzt wirksame Studienreform u.soziale Sicherung d.Studenten.Eingeständnis dieses Scheitern ist die Gründung d.KU (Uni polit.)Tritt für verstärkte Arbeit in d.Fachschaft ein, weil auf dieser Ebene noch nicht alle Mögl ichkeiten ausgeschöpft sind. Ansonsten unterstützt er das Programm der VAFU.
Mitglied im Bund gesamtdeutscher Studenten

Jürgen Götte

23, 8. Sem. Humanmedizin, geb.in Detmold, Abitur 64 in Hannover, 2 Sem. in Bonn, seit SS 64 an d. FU, 1965 Stud.Vertr.d.FU-Vorkl. Will die KU nicht v.vornherein verteufeln, sondern sich mit ihr kritisch auseinandersetzen;anstelle einer einf.Stundenplan-Neuordnung (Dulce-Plan) unterstützt er Studienreform-Bemüh.; tritt für erhebl.verstärkte Öffentlichk.-Arbeit d.Stud.-Vertr. u.regelmäßiges Abh.d.Sprechzeiten ein. Will sich um die vorkl.u.klin. Erstsem.bes.kümmern. Gehört keiner studentischen Gemeinschaft an.

Alexander Grochtmann

24, 10. Sem. Medizin/Chemie,geb. in Säckingen, seit SS 63 an d.FU. Nach 2 Sem. zusätzl.Chemiestud., Physikum 1965,Vordipl.Chemie 66, 2 Sem. in Paris. Setzt sich ein für verantwortliche Vertretung d. Studentenschaft, AStA-Arbeit im Einklang mit d.Studentenschaft. Studienreform im Sinne e.wirkl. Reform im Bewußtsein der nicht immer gleichgerichteten Interessen zw. einer Freizügigkeit des Studenten u.einer planvollen Förderung des akademischen Nachwuchses. Unterstützt das Programm des ABK.
Mitglied der Kath.Studentengemeinde.

Hans-Ulrich Gutsche

23, 9. Sem. allgem.Medizin, geb. in Neusalz/Oder, 1963 in Berlin Abitur, Studium in Kiel, seit WS 67 an der FU. Er beabsichtigt die Mit- und Weiterarbeit an den Vorschlägen zu einer Studienreform, die den Anforderungen an den Arzt in fachlicher und gesellschaftlicher Hinsicht gerecht wird.Als Experiment zu allgemeiner Studienreform begrüßt er die Gründung der KU.
Gehört keiner studentischen Gemeinschaft an.

Heinz Hubertus Hackelberg

24, 9. Sem. Humanmedizin, geb.in Königsberg/Pr.,3.Sem.in Pfm.Seit SS 65 an d.FU.Mitgl.im 19.Konvent Pakspr.SS 67.Arbeit in Stud.ref. (s.Vorschlag d.Stud.vertr.) und Hochschulref.komm.(s.Stellungn.z. Unigesetz)Will seine begrenzte Erfahrung für weitere,intensive Ref.arbeit einsetzen,in d.auch soziale Aspekte einzubez.sind. Ist immer noch geg.Zwangsexmatr. Sieht in KU keine polit.Indoktrinierung "unmündiger"Stud. durch "Rädelsführer",da Arbeitsweise u.Ergebnis einzig v.d.Mitarbeitern abhängen.Begrüßt Bearbeitung bisher nicht behandelter Themen durch d.Initiative d.Stud.sowie d.Erprobung theoret.Ref.vorschläge in d.Praxis.Für Intensivier.d. Fachsch.arb.d.mehr Versammlungen u.Sprechst. Mitglied im SDS.

Heinz-Ludwig Haller

23, 2. Sem. Medizin, geb. in Heldesheim, dort 1965 Abitur. Seit SS 67 an der FU. Setzt sich für eine gezielte Hochschulreform ein und für eine größere soziale Sicherheit der Studenten. Sie fühlt sich keiner politischen Partei verpflichtet.
Mitglied der VAFU.

Karin Hampel

24, 10. Sem. Humanmedizin, geb.in Drobsch.Abitur 63 in Berlin. Studienbeginn FU, 3 Sem. Düsseldorf, seit WS 66/67 wieder FU. Mitgl.d. 19.Konvents, seit Juli 67 Fak.-sprecherin. Will Klärung d.Frage nach d."Politischen Mandat" in d. Med.Fak.herbeiführen,betrachtet d.KU als Experiment,das beweisen wird, daß von ihm ausgehende Impulse zur Studienreform beitragen.Will bereits gesammelte Erfahrungen benutzen, um auf Fakultätsebene die Zusammenarbeit zw. Professoren, Ass.und Studenten zu verbessern, erkennt Betreuung ausl.Kommilitonen als vernachlässigtes Gebiet,will sich f.deren Belange intensiv einsetzen. Mitgl.d.Humanistischen Studentenunion.

Hartmut Heidrowski

23, 4. Sem. Zahnmedizin, geb. in Oldenburg. Seit WS 65/66 an d.FU 1965 Abitur in Oldenburg, dort als Schulsprecher Erfahrungen in d.Parlamentsarbeit. Das einseitige politische Engagement des AStA hält er für schlecht und ist der Meinung, diese Aktivitäten könnten sinnvoller verwandt werden; lehne daher auch die KU ab. Den Steinschen Entwurf halte ich f. den großen Sprung nach vor. Er unterstützt das Programm der VA FU und arbeitet dort aktiv mit. Mitglied im Bund gesamtdeutscher Studenten.

Jürgen Horn

23, 9. Sem. Medizin, geb. in Posen. 2 Sem. Wien, seit WS 67 an der FU. Gegen die radikale Minderheit, die über unsere Köpfe hinweg die FU auf einen links-engagierten Kurs drängen will;polit. Mandat der Stud.vertreter nicht im Namen der Studentenschaft.Gegen die KU: statt polit.Tendenz mehr Initiative an der FU als bisher. Für beschleunigte Arbeit und sachgerechte Diskussion der Studienreformkommissionen. Gehört keiner studentischen Gemeinschaft an.

Antje Huhnd

23, 8. Sem. Humanmedizin, geb.in Höhnstedt/Halle, seit WS 63 an d. FU. Kandidiert, weil sie sich durch den jetzigen Konvent und AStA nicht vertreten fühlt. Sie ist für fachbezogene Arbeit in der Fachschaft und lehnt das politische Mandat, wie es der AStA vertritt, ab. Sie unterstützt d. Programm der ABK.
Mitglied im RCDS
Aktion 20. Konvent

Heinz Klein

43, 11. Sem. Medizin, geb. in Jena. Ausbildung bei d.Handelsmarine,ab 42 Dienst in d.K.-Marine.Abitur,Studienbeginn in Jena an d.Jur.Fak.'49 Inhaftierung w.Antisowj.Propaganda u.Verurteilung zu 25J.Zwangsarbeit.Entlassung nach 13J. Seit '62 an d.FU. 1 Jahr Stud.vertr.Vorkl. Seine Absichten: Verhinderung d.Politisierung der Uni.durch rotfasch. Minderheiten. Erarbeitung einer vernünftigen Basis für Lehrende und Lernende.
Gehört keiner studentischen Gemeinschaft an.

Cornelia Kliemann

23, 6. Sem. Medizin, geb. in Bad Landeck/Schl. Abitur 1964 in Berlin. 1/2 Jahr in d.USA. Seit WS 64 an der FU.2 Sem. Zoologie und Botanik.Fachwechsel.Während des Studiums 3 Mon.Arbeits-u.Studienaufhalt in Thailand.SS 66 Pressereferentin im Studendorf.Programm: Weiterführung der Studienreform in d.Vorklinik mit engem Bezug auf die Klinik, im Gespräch mit Ordinarien, Dozenten, Assisten u.Studenten. Gegen eine Verhärtung der Fronten.
Gehört keiner studentischen Gemeinschaft an.

Waltraude Kochs

26, 11. Sem. Humanmedizin, geb. in Bad Freienwalde/Oder.2 Sem. Theologie Humboldt-Univ. Anerkennung d.DDR-Abiturs 62 in Uelzen. Seit SS 63 an der FU. 2 Sem.Freiburg u.Göttingen. 1. Ist für gemeinsame Bemühungen von Studenten u.Professoren um eine inhaltliche Reform der Studiengänge. 2. Kritische Auseinandersetzung mit den Lehr-u.Lernmethoden und deren ideologischen Inhalten. Gehört keiner studentischen Gemeinschaft an.

Walter Köhle

23, 4. Sem. [illegible]izin, geb. in Ulm. Nach mittl. [illegible]afe Outward Bound School England.Abitur in Ulm-Philosophie in Tübingen. Stellvertr.Sozialreferent im AStA Für Verbesserung d.sozialen Lage d.Studenten wie z.B. Verbesserung der Studienförderung, Intensivierung u.größere Öffentlichkeit der Fachschaftsarbeit und eine sinnvolle Hochschulreform. Wird weiterhin dafür eintreten, daß mehr Studentenappartments gebaut werden.
Gehört keiner studentischen Gemeinschaft an.
Wahlkuratorium.

Axel Markschies

22, 8. Sem. Humanmedizin, geb.in Berlin. Seit SS 64 an der FU. 2 klin.Sem. in Wien. Kandidiert, weil er die Interessen der Studenten durch die jetzige Studentenvertretung nicht gewährleistet sieht. Befürwortet das Programm der ABK: Unterstützung jeglicher wissenschaftsgebundener Studienreform und e.allg. Studienförderungsgesetzes.
Gehört keiner studentischen Gemeinschaft an.
Mitglied der ABK

Tim Peters

20, 2. Sem. Humanmedizin, geb.in Berlin, dort 1966 Abitur. Seit SS 67 an der FU. 1 Sem.Auslandsstudium USA, 4 Mon.Hospitallabor in New Orleans. Tritt ein für e. Überlegte Studienreform unter Berücksichtigung des Wissenschaftsratsgutachtens u.d.Ulmer Plans, d.h. auch, reflektierte Untersuchung ausl.Modelle (Dahrendorf-Plan).Wird sich um e.familienunabhängige Stip.vergabe bemühen. Vordringlich ist für ihn, e.engere Fachbezogenheit d.naturwissenschaftl.Praktika zu erreichen.Als Leitsatz soll dabei gelten:"Auch d.Vorkl.ist Bestandteil d.Medizinstudiums".Zur Verbesserung d.Lebensbedingungen d.Vorkl.,Einrichtung einer Cafeteria in d.Physiologie. Keine stud.Gemeinschaft. Wahlkuratorium.

Wigbert Rau

23, 10. Sem. Medizin, geb. in Schreiberhau. Seit WS 67 an d.FU. 3 Sem. in ZUrich. Für eine Studienreform in Anlehnung an d.Gutachten d.Wissenschafterats.Für e. Förderung d.polit.u.gesellschaftlichen Verantwortungsbewußtseins. Gegen die Anmaßung des AStA, im Namen d.ges.Studentenschaft Stellungnahmen zur Außenpolitik oder extremistische Solidaritätserklärungen abzugeben.Für Unterbindung allgemein-revolutionärer Ziele d. KU.Hält das Programm d.ABK für vernünftig.
Mitglied der Katholischen Studentengemeinschaft.

Martin Reinhardt

24, 6.Sem. Humanmedizin, geb. in Magdeburg. 1953 nach Westdtschl. geflohen. Abitur in Stuttgart, dort Studiumbeginn u.2.Spr.d.Fachschaft Medizin.Seit WS 66/67 an d FU. SS 67 Vertrauensstudent d.ESG Hochschulpolitisch hält er alle Bemühungen um eine gerechte Studienreform für den wichtigsten Aufgabenbereich d.Studentenvertretung, wobei ihm demokratische Reformen dringender vorkommen als unbedingt radikaldemokratische.
Mitglied der Evangelischen Studentengemeinde.

Gertrud Rögler

23, 9. Sem. Medizin, geb.in Heidelberg, dort 1963 Abitur. 6 Sem. Heidelberg, 1 J.Studium University of Kentucky,Medical School USA Seit WS 67 an der FU. Vorstellungen zur Arbeit als Studentenvertreter: Aufgrund der Erfahrungen in Amerika aktive Mitarbeit an d. Studienreform; Ausweitung d.Kontakte zum Ausland, vor allem zu den USA; Vermittlung von Famulaturen u.Informationen ü.internships u.Auslandsstipendien; vermehrte Betreuung der Ausländer an d.Fakultät; Verbesserung u.Ausbau d Förderungsbedingungen nach dem Honnefer Modell; Erleichterung z. Bewerbung um Begührenerlaß.
Gehört keiner studentischen Gemeinschaft an.

Volker Schilling

27, 9. Sem. Medizin, geb. in Gelnhausen. Seit WS 63 an der FU. Unterstützt ABK. Für progressive Studienreform. Gegen Ideologisierung von Wissenschaft u.Lehre. Gegen allgemeinpolitisches Mandat nach AStA- und KU-Reuept. Für intensiv-sachliche Hochschulpolitik Gegen indirekte oder direkte Finanzierung der sog. KU durch studentische Gelder.
Mitglied im Weinheimer Senioren Convent

Franz-Josef Siepmann

23, 4. Sem. Humanmedizin, geb.in Recklinghausen.Abitur 1963,Pharmazeut.Vorexamen Münster '65. Pharmaziestud.Seit WS 66/67 an d. FU. In der allgemeinen Gesellschaftspolitik sollten die Belange d.Studenten nicht weiterhin vernachlässigt werden.Geg.Begrenzung d.Studiendauer;geg.polit. Mandat des AStA,statt dessen mehr Konkretisierung d.Hochschulpolitik.Kandidiert,um einer ausschl. polit.links gerichteten Gruppierung des Conventes vorzubeugen.Er vertritt mehr die Mitte u. will der Koordination dienen.
Mitglied in der VAFU.

Michael Struck

21, 6. Sem. Medizin, geb. in Berlin. Abitur 1965 am Camisius-Kolleg in Berlin. 1967 Physikum. Glaubt als 1.klin. Sem. sich bes für die Fachschaftsarbeit einsetzen zu können bzw. zu müssen. Ist für die Erweiterung des Tutorenwesens und eine gezielte Studentenberatung.
Gehört keiner studentischen Gemeinschaft an.

Uta Teuscher

22, 3. Sem. Humanmedizin, geb. in München, dort 1964 Abitur.Abgeschlossene Buchhandelslehre in Berlin.Seit WS 66 an der FU. SS 67 Vorphysikum. Will sich einsetzen f.Ausbau des Berliner Modells, z.B.Erweiterung d.stud. Mitbestimmung in den akad.Gremien Durchführung einer sinnvollen Studienreform anstelle administrativen Maßnahmen wie der Zwangsexmatrikulation; Weiterführung d. Bücherverkaufs,Einführung d.Studienanfänger u.ausl.Studenten. Gehört keiner studentischen Gemeinschaft an.

Detlev Thimm

22, 4. Sem. Humanmedizin, geb. in Melsungen.Abitur 64 Stuttgart. 2 J.Wehrdienst. Die überheizte Situation an d.FU will er -notfalls mit Humor- abkühlen, um v. allen Dingen die Hochschul- und Studienreform weiterzuführen und die augenblickliche Studiensituation zu verbessern. Dazu auf Fachschaftsebene folgende Projekte:Ausbau d.Tutorensystems,verstärkte Information über Ausl.-studien, Weiterführen d.Gespräche über d.Gestaltung des physiologischen u.biochemischen Praktikums. Gehört keiner studentischen Gemeinschaft an.

Guido Vogt

22, 4. Sem. Medizin, geb. in Glücksburg.Seit SS 66 an d.FU. ad 1 Man nehme eine Wasserstadt und lösche alle rotglühenden Köpfe mit vielzublauen Augen: Das trägt z.Versachlichung bei! ad 2 Im Schatten e.Hutes ist herausgeschält, was dort unter Muskeln verborgen lag.Man kann sauber d. Adern herauspräparieren-u.klar u. übersichtlich liegt das große Netz vor uns:Das dient d.rationalen Wissenschaft! ad 3 Unter d.Kaiser war es suspekt,demokratisch zu sein. Man soll d.Kaiser nicht nehmen, was des Kaisers war.Der Kaiser ist tot: Es lebe die Demokratie!
Gehört keiner studentischen Gemeinschaft an.
Wahlkuratorium

Wolfgang Wagner

23, 3. Sem. Humanmedizin, geb. in Traunstein.Abitur 1964 in München 2 J.Wehrd.,seit WS 66 an der FU. Stundenplanänd.ist noch keine Studienref.Eine sachliche Diskussion der"Vorschläge z.Neuordnung d.Studiums"(WR)und d.Hochschulgesetzentwurfs v.Stein ist nötig.Hochschulref.sollte nicht "von oben" dekretiert,sondern experimentell erprobt werden.Hierfür ist d.KU ein mögliches Modell.Die soziale Situation d.Stud.(Honnefer Mod., Stud.ehepaare,Stud.Krankenvers., Wohnheimbau)ist unzureichend und verbesserungsbedürftig.
Mitglied der Humanistischen Studentenunion.
Wahlkuratorium.

Hartmut Zander

23, 9. Sem. Medizin, geb. in Bad Warmbrunn. Seit WS 63 an der FU. Er hat 3 Jahre die Radikalisierg. durch links orientierte Studentengruppen verfolgt und sieht dadurch den ungestörten und erfolgreichen Ablauf seines Studiums nicht mehr gewährleistet. Er spricht sich gegen das polit. Mandat des AStA aus und will sich im Konvent in erster Linie auf das wissenschaftliche Mandat des Studentenvertreters konzentrieren.
Mitglied im RCDS
Aktion 20. Konvent/ABK

DISSERTATIONEN
FOTOKOPIEN

preisgünstig
vorschriftsmäßig
termingerecht

DISSERTATIONS-DRUCKSTELLE
DER
ERNST-REUTER-GESELLSCHAFT
DER FÖRDERER UND FREUNDE DER
FREIEN UNIVERSITÄT BERLIN E.V.

Merkblatt kostenlos erhältlich:
1 BERLIN 33 · DAHLEM · GARYSTR. 45
TELEFON: 76901 · APPARAT 668

Wahlkreis VI -Veterinärmedizinische Fakultät

(bis zu 2 Kandidaten ankreuzen)

Wahllokale:	Inst. f. Vet.Anatomie, Koserstraße 20	15.oo - 15.3o Uhr jeweils am 5.,6.u.8.Dez.
	Inst. f. Vet.Pathologie, Drosselweg 1-3	12.oo - 14.15 Uhr Mi 5.12
	Klinik f.kl. Haustiere Bitterstraße 8-12	11.oo - 12.oo Uhr Fr 7.12.
	Inst. f. Vet.Hyg., Domäne Kurssaal Mikro.Biol.	14.45 - 15.3o Uhr Mi 6.12

Wahlleiter:
Klaus Markwardt

Hans-Joachim Boldt

24, 6. Sem. Vet.med., geb. in Hamburg. Nach dem Abitur Wehrdienst. Seit WS 65 an der FU. Möchte sich für eine gute Zusammenarbeit aller Semester einsetzen, den Fakultätssport erweitern die Krankenversicherung besonders während der Praktika ausbauen.
Gehört keiner studentischen Gemeinschaft an.

Michael Marx

24, 6. Sem. Vet.med., geb. in Nürnberg. 1963 Abitur. Seit WS 65 an der FU.
Möchte sich vor allem der intra- und interfakultativen Arbeit widmen, wie dem Austausch mit dem Ausland, Fakultätsabende, Sport.
Gehört keiner studentischen Gemeinschaft an.

Dirk Schrader

23, 4. Sem. Vet.med., geb. in Hamburg , dort 1964 Abitur. Anschließend 12 Monate Wehrdienst. Seit SS 66 an der FU.
Setzt sich ein für:
1. e.Förderung d.Hochschul- und Studienreform 2. die Verhinderung einer Ausweitung des Konfliktes "Student-Bürgerschaft" u. einer Spaltung d.Studentenschaft an d. FU. 3.Demokratische Wege zur Lösung des "KU-Problems" 4.Intensivere Kontakte innerhalb d.Fakultät u.zwischen den Fakultäten. 5. Auslandskontakte für Studien und Praktika der Vet.med.Stud.
Gehört keiner studentischen Gemeinschaft an.

Karl Zuschneid

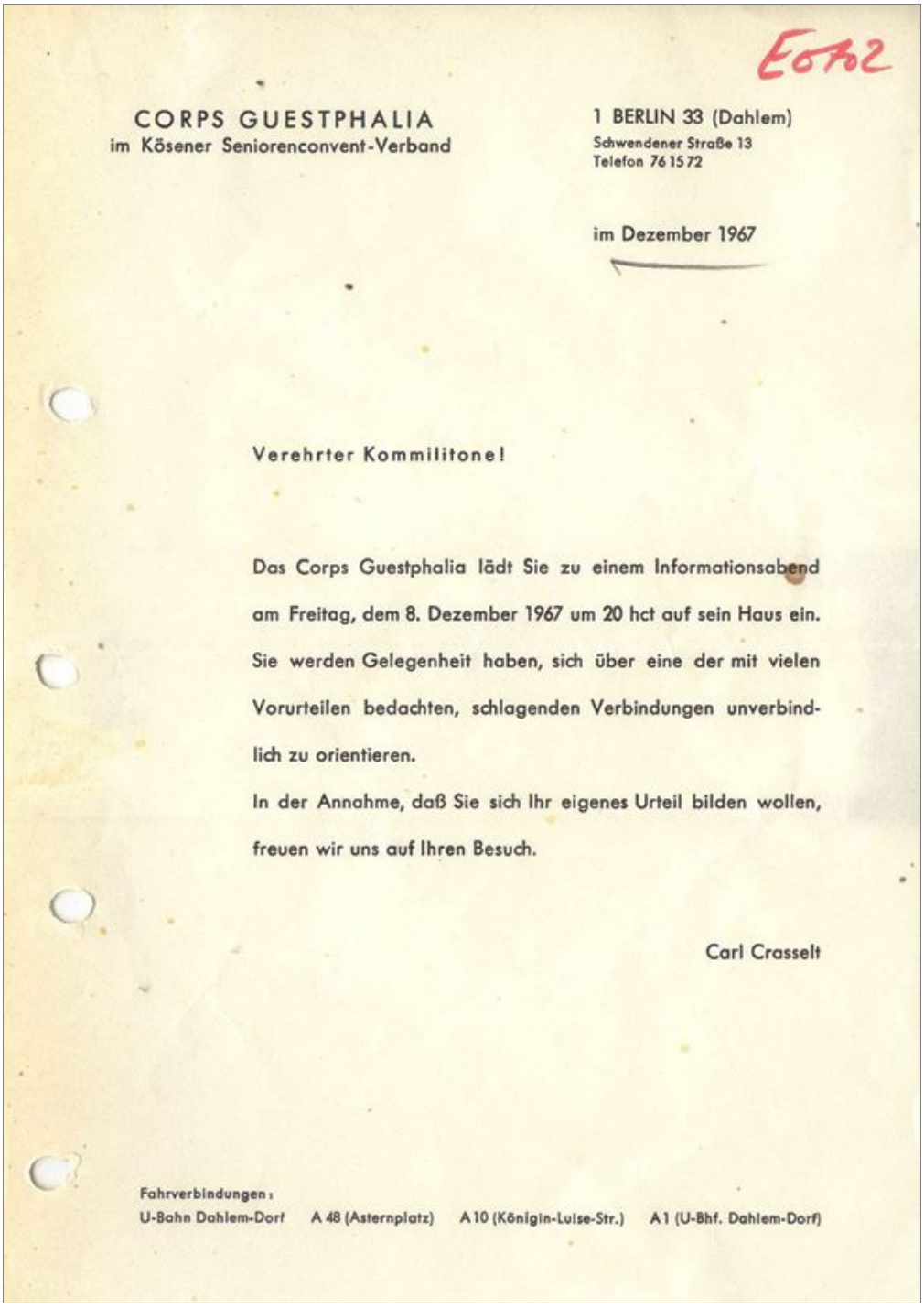
25, 8. Sem. Vet.med., geb. in Berlin. Seit SS 61 an der FU.Seit 2 Sem. Zulassungsreferent u.kooptiertes Konventsmitgl., seit Mai 67 Fachverbandsvors., Mitarbeit in Studienreformkommissionen. Er bewirbt sich, um die Arbeit des Fachverbandes mit der Basisarbeit in der Fachschaft koordinieren zu können. Als vorrangige Aufgaben sieht er die Mitarbeit bei der "inhaltlichen" Studienreform und bei Problemen der prakt. Ausbildung an. Ist für Intensivierung der internationalen Kontakte im Rahmen der INTERNATIONAL VETERINARY STUDENTS UNION.
Mitglied der Deutschen Burschenschaft.

DISSERTATIONEN preisgünstig vorschriftsmäßig termingerecht

DISSERTATIONS-DRUCKSTELLE DER ERNST-REUTER-GESELLSCHAFT DER FÖRDERER UND FREUNDE DER FREIEN UNIVERSITÄT BERLIN E.V.

Merkblatt kostenlos erhältlich:
1 BERLIN 33 · DAHLEM · GARYSTR. 45
TELEFON: 7 69 01 · APPARAT 668

08.12.1967:
An der FU Berlin lud das Corps Guestphalia im Kösener Seniorenconvent-Verband für heute zum Gästeabend in der Schwendener Straße 33 in Dahlem ein.
Q: Corps Guestphalia: Verehrter Kommilitone!, Berlin Dez. 1967



E 6702

CORPS GUESTPHALIA
im Kösener Seniorenconvent-Verband

1 BERLIN 33 (Dahlem)
Schwendener Straße 13
Telefon 76 15 72

im Dezember 1967

Verehrter Kommilitone!

Das Corps Guestphalia lädt Sie zu einem Informationsabend am Freitag, dem 8. Dezember 1967 um 20 hct auf sein Haus ein. Sie werden Gelegenheit haben, sich über eine der mit vielen Vorurteilen bedachten, schlagenden Verbindungen unverbindlich zu orientieren.

In der Annahme, daß Sie sich Ihr eigenes Urteil bilden wollen, freuen wir uns auf Ihren Besuch.

Carl Crasselt

Fahrverbindungen:
U-Bahn Dahlem-Dorf A 48 (Asternplatz) A 10 (Königin-Luise-Str.) A 1 (U-Bhf. Dahlem-Dorf)

08.12.1967:
An der FU Berlin gibt die Gewerkschaftliche Studentengemeinschaft (GSG), laut einer handschriftlichen Datierung ungefähr heute, das Flugblatt "Kollege Sickert schlägt zu!" zur Distanzierung des DGB von der GSG.
Q: GSG: Kollege Sickert schlägt zu!, O. O. Berlin O. J. (1967)

8.12.67 E0702

GSG GSG GSG GSG GSG GSG GSG GSG GSG GSG GSG GSG GSG GSG GSG GS

Kollege Sickert schlägt zu!

In einer Pressekonferenz der "Aktion Bildungswerbung" am 29.11 1967 teilte der DGB-Landesbezirksvorsitzende Walter Sickert mit, daß der DGB sich "für eine gewisse Zeit" von der Gewerkschaftlichen Studentengemeinschaft (GSG) distanziere. Damit se kein endgültiger Bruch herbeigeführt, denn " es sei möglich, daß die GSG in absehbarer Zeit den derzeitigen Vorsitzenden ab wähle und durch einen anderen Studenten ersetze, mit dem sich eine Zusammenarbeit finden lasse"(Berliner Morgenpost v.30.11. 1967). Der Pressechef des Berliner DGB Hoyzer erläuterte die Absicht Sickerts: Die GSG habe sich von ihrem in der Satzung festgelegten Hauptziel, Aufklärungsarbeit über gewerkschaftliche Zielsetzungen an der Universität zu leisten, z u w e i t entfernt. Aus diesem Grunde würden der GSG die finanziellen Mittel gesperrt und die Zusammenarbeit aufgekündigt. In einem Gespräch mit dem GSG-Vorsitzenden erklärte Sickert, daß er die GSG solange " beobachten " lassen werde, bis sie ihm für eine Zusammenarbeit wieder geeignet erscheine.

Anlaß zum Abbruch der Beziehungen des DGB zur GSG war die Unterzeichnung des Flugblattes Nr. 1 "Zur Senatskrise" der außerparlamentarischen Opposition, das neben dem Republikanischen Club auch der LSD und der SHB unterzeichnet hatte. Darin wurde innerhalb einer Gesamtkonzeption die Anerkennung der DDR und eine Neuregelung des Status von Westberlin gefordert.

In einer Landesvorstandssitzung des DGB, zu der der GSG Vorstand zitiert wurde, verlangte daraufhin "Kollege" Sickert, daß die GSG "spätestens bis nach der Mittagspause" vom Inhalt dieses Flugblattes Abstand nehmen solle. Der GSG-Vorstand machte dagegen eine Entscheidung vom Votum einer einzuberufenden Mitgliederversammlung abhängig. In dieser Mitgliederversammlung wurde das Flugblatt Nr.1 der außerparlamentarischen Opposition grundsätzlich gebilligt.
Daraufhin wurden vom DGB-Vorsitzenden die o.a. Maßnahmen eingeleitet. Darüberhinaus wurden den Arbeitskreisen der GSG die Räume im DGB-Jugendzentrum gesperrt, das Telephon im GSG-Büro abmontiert und DGB-eigene Büromöbel daraus entfernt, der GSG zustehende Restbeträge der Stiftung Mitbestimmung in Höhe von 4.700,-- DM wurden von Sickert an diese zurücküberwiesen.

Die FU-Gruppe der GSG stellt dazu fest:

1. Die autoritären Maßnahmen des "Kollegen" Sickert stellen den Endpunkt einer Entwicklung dar. Die Einstellung Sickerts ist

GSG GSG GSG GSG GSG GSG GSG GSG GSG GSG GSG GSG GSG GSG GSG GSG

zum erstenmal der studentischen Öffentlichkeit nach dem 2.Juni bewußt geworden. Der "Kollege" wandte sich laut BZ v. 6.Juni 67 gegen " die Verleumdung des ASTA der Berliner Polizei die Schuld für den Tod des Studenten Benno Ohnesorg zu geben. Die Schuld für das Todesopfer und fürdie Verletzten liegt nur bei den Personen, die die Demonstration in Szene gesetzt haben."
Die darin zum Ausdruck gekommene faschistoide Tendenz, die Opfer der Gewaltaten für diese Gewalt verantwortlich zu machen, versuchte Sickert in einem "liberalen" Interview mit der DGB-Zeitschrift "Welt der Arbeit" zu verwischen.
Als Aushängeschild für die guten Beziehungen des DGB zu den Studenten benutzte unser "Kollege" die Gewerkschaftliche Studentengemeinschaft: " Bekanntlich gibt es in Berlin eine vom DGB geförderte "Gewerkschaftliche Studentengemeinschaft (GSG), mit der wir eng zusammenarbeiten." Weiter erklärte er: " Wir haben doch nichts gegen Studenten und erst recht nicht gegen solche, die sich politisch engagieren, auch wenn uns das mitunter unbequem sein sollte." Seine Handlungen zeigen den ganzen heuchlerischen Charakter dieses Interviews.

2. Die Position des DGB-Vorsitzenden innerhalb des DGB hat sich seit einiger Zeit, nicht zuletzt wegen seines autoritären Verhaltens gegeüber den Studenten, entschieden verschlechtert.
Dies zeigte sich anläßlich der Notstandskundgebung des DGB im Sportpalast, als Sickert von der Mehrzahl der anwesenden Gewerkschafter niedergeschrien wurde. Sie wollten damit gegen seine brutale Machtpolitik im Berliner DGB protestieren.

3. Wir sind der Ansicht, daß der jetzige DGB-Landesbezirksvorsitzende Sickert sich von den gewerkschaftlichen Grundsätzen " zu weit entfernt " hat und für eine demokratische Organisation wie den DGB eine unzumutbare Belastung darstellt.
Wir hoffen, daß der DGB " in absehbarer Zeit den derzeitigen Vorsitzenden ... abwählt und durch einen anderen ... ersetzt, mit dem sich eine Zusammenarbeit finden läßt. (s.o.) Zu diesem Zweck werden wir den DGB ständig "beobachten".

GSG GSG GSG GSG GSG GSG GSG GSG GSG GSG GSG GSG GSG GSG GSG GSG

08.12.1967:
An der TU Berlin geben die UAG vermutlich Ende dieser Woche das Flugblatt Nr. 4, "Das Humanistische Studium in seiner jetzigen Form ist unbrauchbar", heraus.
Q: UAG: Das Humanistische Studium in seiner jetzigen Form ist unbrauchbar, O. O. (Berlin) O. J. (1967)

UNABHÄNGIGE AKTIONS-GEMEINSCHAFT

4

Das Humanistische Studium in seiner jetzigen Form ist unbrauchbar

Darüber war sich das Studentenparlament schon im vorigen Jahr einig. Seit dem Herbst 1966 hat ein Ausschuß eine neue Konzeption erarbeitet. Der Entwurf ist beschlußfertig seit Anfang Juni. Bis heute und vielleicht noch länger liegt dieser Entwurf in der Schublade.

Wir fordern,

daß ein Studentenparlament sich endlich damit beschäftigt (in den Sitzungen des aufgelösten Parlaments stritt man sich von Anfang an über politische Probleme und auch über die Kritische Universität).

Wir meinen,

daß eine Kritische Universität selbst bei wohlwollendster Betrachtung der etablierten KU an der TU nicht nötig ist. Denn alles das kann ein reformiertes Humanistisches Studium leisten.

Wir schließen

uns der Neukonzeption des Humanistischen Studiums, wie sie erarbeitet wurde, an.

Die Grundgedanken dieser Neukonzeption entsprechen genau dem, was die Kritische Universität zu sein vorgibt.

Aus dem Reformentwurf:

„Das Ziel der Hochschulausbildung ist danach der über den Fachbereich hinaus kooperierende, zu interdisziplinärem Denken fähige, verantwortliche und kritisch bewußte Hochschulabsolvent."
Zu diesem reformierten Studium gehören Fächer, die den „Absolventen zu kritischem Bewußtsein gegenüber der Gesellschaft und ihren Mitgliedern befähigen" und „eine unmittelbare aktive Beschäftigung mit den Problemen der Gesellschaft und die Fähigkeit zur rational-kritischen Betrachtung der Gesellschaft und ihrer politischen Systeme ermöglichen."

Die hier verwendeten Vokabeln zeigen jedem, daß der Gedanke der sogenannten Kritischen Universität nicht neu ist. Er war schon vorher da. Unterschiede beider Institutionen liegen darin,

daß das Humanistische Studium seinem Neuentwurf gemäß einen direkten Bezug zum Fachstudium herstellt.

daß es Berufsausübungsfähigkeiten und Fertigkeiten in den Mittelpunkt stellt.

Während das Vorlesungsverzeichnis, Seite 41, das Ziel der Kritischen Universität vorbestimmt: „Es muß der Kritischen Universität gelingen, den aufkeimenden Widerstand unter den arbeitenden Massen dieser Stadt theoretisch zu artikulieren und damit praktisch voranzutreiben."

Das natürlich will und kann eine Reform des Humanistischen Studiums nicht leisten.

Unser Konto: Berliner Bank Nr. 99/83 520 Treffpunkt: H 1002 c
Telefon: Hausapparat 35 64

Wir danken allen, die uns bisher so großzügig durch eine Spende unterstützt haben.

Unabhängige Aktionsgemeinschaft
Verantwortlich für den Inhalt: Hans Ruschke
Peter Clasen

UAG UAG UAG

Druck: Albert Hentrich, 1 Berlin 41, Albrechtstraße 111

08.12.1967:
An der TU Berlin geben die UAG vermutlich Ende dieser Woche das Flugblatt Nr. 5, "Natürlich hat die Studentenschaft ein politisches Mandat", heraus.
Q: UAG: Natürlich hat die Studentenschaft ein politisches Mandat, O. O. (Berlin) O. J. (1967)

UNABHÄNGIGE AKTIONS-GEMEINSCHAFT

5

Natürlich hat die Studentenschaft ein politisches Mandat.

Dieser Begriff umschreibt nichts Anderes als die Vertretungsbefugnis für politische Fragen. Was jedoch ist unter „politisch" zu verstehen, wenn vom politischen Mandat der Studentenschaft die Rede ist?

Politisch ist vorrangig ein Handlungsbegriff, der überall anwendbar ist. Nötig ist also eine Eingrenzung des Kompetenzbereiches.

Es dürfte klar sein, daß gewählte Vertreter dann ihre Kompetenzen überschreiten, wenn die Interessen der Wähler nicht mehr wahrgenommen werden.

In einer **Zwangsgemeinschaft,** wie sie die Studentenschaft ist, potenziert sich die Gefahr, daß das Handeln der Vertreter nicht mehr im Einklang mit den Wählerinteressen steht.

Eine politisch verantwortliche Studentenvertretung wird deshalb immer bestrebt sein, in einem Rahmen zu handeln, der durch den größtmöglichen **Konsensus aller Studenten** bestimmt ist.

Das heißt, Stellungnahmen, Meinungsäußerungen und Beschlüsse im Namen der Studentenschaft dürfen nicht gefaßt werden, wenn dabei Partei ergriffen wird für eine Position, die in der Studentenschaft selbst umstritten ist.

Das war in der Vergangenheit oft der Fall. Eben durch Telegramme, in denen **einseitige ideologische Positionen** zum Ausdruck kommen, wie beim Guevara- oder Tokio-Telegramm.

Die in der letzten Zeit so hochgespielte Frage um das politische Mandat scheint eher geeignet, künstliche Alternativen zu erzeugen: Die Antwort mit ja oder nein. Beides wäre nicht im Interesse der Studenten.

Denn wo die sinnvolle Handhabung des politischen Mandats notwendig ist, nämlich in Bereichen, die eine **direkte Zuordnung zu studentischen Problemen** ergeben, enttäuschen alle Gruppen, die es uneingeschränkt bejahen.

Die Vergangenheit hat gezeigt, daß es diesen Gruppen viel mehr um einseitige ideologische Repressionen geht als um politisch verantwortliches Handeln. Es muß ja einseitig wirken, wenn man lauthals die Unterdrückung und Gewaltanwendung in der sogenannten 3. Welt und Westeuropa verketzert, während gleiche Ereignisse vor unserer Tür, eben in der „DDR", in Osteuropa oder in anderen sozialistischen Staaten, selbst nach ausdrücklichen Hinweisen darauf, übersehen werden.

Was nötig ist, wäre ein politisches Mandat, von Vertretern so gehandhabt, daß es zu Fronten in der Studentenschaft gar nicht erst kommen kann.

Denn bei den anstehenden Problemen muß sich eine Studentenvertretung immer auf **größtmögliche Mehrheiten** stützen können, die nicht durch politische Querelen zersplittert sind.

Wer ein uneingeschränktes politisches Mandat wünscht, will einen Blankoscheck. Soviel Unsinn, wie damit getrieben werden kann, dürfte der SDS mit seiner Forderung belegen, daß ein sinnvolles politisches Mandat zu **direkten Aktionen** führen muß.

Wir lehnen die Revolution ab, deshalb auch ein uneingeschränktes politisches Mandat für Revolutionäre von SDS gleich APA, SHB, LSD undGSG.

Freiheit ist immer nur die Freiheit der Anderen (Rosa Luxemburg)

Seht Euch an, wen Ihr wählt und ob der Kandidat bereit ist, Euch die Freiheit zu lassen, die Eurer eigenen politischen Entscheidung zukommt.

Unser Konto: Berliner Bank Nr. 99/83 520 Treffpunkt: H 1002 c
Telefon: Hausapparat 35 64

Wir danken allen, die uns bisher so großzügig durch eine Spende unterstützt haben.

Verantwortlich für den Inhalt: Unabhängige Aktionsgemeinschaft
Jürgen Matthes

UAG UAG UAG

Druck: Albert Hentrich, 1 Berlin 41, Albrechtstraße 111

08.12.1967:
An der TU Berlin gibt die Wahlgemeinschaft aus GSG LSD und SHB ein Flugblatt zu den Studentenparlamentswahlen (STPW) heraus.
Q: Wahlgemeinschaft: Wahlgemeinschaft, O. O. (Berlin) 8.12.1967

WAHLGEMEINSCHAFT

GSG LSD SHB

Die Gewerkschaftliche Studentengemeinschaft, der Liberale Studentenbund Deutschlands und der Sozialdemokratische Hochschulbund sind übereingekommen, ihren Wahlkampf zum 23.Studentenparlament der TU gemeinsam zu führen. Das bedeutet nicht, dass wir unsere Selbständigkeit aufgegeben haben oder aufgeben werden. Wir fühlen uns verpflichtet, unsere Kräfte zusammenzufassen, zumal wir ohnehin in vielen Punkten gleicher Meinung sind.

Wir stimmen überein in unserer Einstellung:

- Zum Politischen Mandat, zu dessen Wahrnehmung wir uns verpflichtet fühlen,
- Zur Demokratisierung von Hochschule und Gesellschaft: Nur eine demokratische Universität kann ihren Beitrag zur Heranbildung verantwortlicher Persönlichkeiten leisten; nur eine demokratische Gesellschaft in der eine wirksame Mitbestimmung aller Betroffenen gewährleistet kann das Grundrecht auf Bildung ohne Rücksicht auf die soziale Stel verwirklichen.

Wir müssen fragen, ob sich eine Gruppierung aus BGS, RCDS, Burschenschaften, Chorps und CDU - unterstützt durch die Presse - (vor allem Sprin z.B. BZ vom 5.12. anlässlich der Konventswahl) - als Unabhängige Akti gemeinschaft bezeichnen kann.

Wir machen Sie darauf aufmerksam, dass wir zu Beginn der kommenden Woche gemeinsame Wahlempfehlungen herausgeben werden.

Wählen Sie die Kandidaten von

SHB GSG LSD

8.12.67

WAHLGEMEINSCHAFT

GSG LSD SHB

Die Gewerkschaftliche Studentengemeinschaft, der Liberale Studentenbund Deutschlands und der Sozialdemokratische Hochschulbund sind übereingekommen, ihren Wahlkampf zum 23.Studentenparlament der TU gemeinsam zu führen. Das bedeutet nicht, dass wir unsere Selbständigkeit aufgegeben haben oder aufgeben werden. Wir fühlen uns verpflichtet, unsere Kräfte zusammenzufassen, zumal wir ohnehin in vielen Punkten gleicher Meinung sind.

Wir stimmen überein in unserer Einstellung:

- Zum Politischen Mandat, zu dessen Wahrnehmung wir uns verpflichtet fühlen,
- Zur Demokratisierung von Hochschule und Gesellschaft: Nur eine demokratische Universität kann ihren Beitrag zur Heranbildung verantwortlicher Persönlichkeiten leisten; nur eine demokratische Gesellschaft in der eine wirksame Mitbestimmung aller Betroffenen gewährleistet ist kann das Grundrecht auf Bildung ohne Rücksicht auf die soziale Stell verwirklichen.

Wir müssen fragen, ob sich eine Gruppierung aus BDS, RCDS, Burschenschaften, Chorps und CDU - unterstützt durch die Presse - (vor allem Spring z.B. BZ vom 5.12. anlässlich der Konventswahl) - als Unabhängige Aktiogemeinschaft bezeichnen kann.

Wir machen Sie darauf aufmerksam, dass wir zu Beginn der kommenden Woche gemeinsame Wahlempfehlungen herausgeben werden.

Wählen Sie die Kandidaten von

SHB- GSG LSD

8.12.67

09.12.1967:
Die Aktion Lateinamerika (ALA) Freiburg (vgl. 2.7.1973) berichtet aus Guatemala über rechte Terrorakte:" Andere Leichen waren völlig zerstückelt. So bei Gerardo Recinos, der in Asuncion Mita, Jutiapa am 9.Dezember 1967 mit Anzeichen von Strangulierung und mit total entstelltem Gesicht, ohne Nase, nur mit einem Ohr und ohne Lippen, die mit einem Messer abgeschnitten waren, gefunden wurde."
Q: Aktion Lateinamerika Nr. 1, Freiburg 1973, S. 13

09.12.1967:
In Berlin wurde eingeladen zum "fourteen hour multicolor hippie-flower black mass dream" ab 18 Uhr in der Mensa der TU bzw. zum "größten hippie fest berlins".
Q: N. N.: fourteen hour multicolor hippie-flower black mass dream, O. O. (Berlin) O. J. (1967)

jazzbeatpopjazzbeatpopjazzbeatpopjazzbeatpopjazzbeatpop jazz

am samstag 9. dezember 18 uhr
in der neuen mensa der tu hardenbergstr. 34 startet der :

fourteen hour multicolor hippie flower black mess dream

zum erstenmale in deutschland : das hypnodrom
einmal berauschtsein einmal abschied vom eigenen ich

hippie high happening
14 stunden 14 happenings bis sonntagmorgen um 8 uhr

noch sind karten erhältlich im vorraum der neuen mensa
bringen sie sich selbst ihre freundin und keine hemmungen mit

stereogeräuschkulisse the kings peter brötzmann quintett
the selfmakers (6o solisten !!!!!!!!)
ralph nowy film beatett

lassen sie ihre nerven zuhause beim grössten hippie fest berlins

14 stunden hippiehighhappening 14 stunden beatbeatbeatbeat
14 stunden jazzlsdjazzhighjazz 14 stunden filmlichtfarbe
auch im kulturreferat von 1o - 12 uhr dienstag bis freitag
sind karten zu kaufen noch ! noch !

11.12.1967:
In Berlin verfasst der Landesverband Westberliner Übernehmer (LWÜ) ein Schreiben an den BDI z. Hd. von Fritz Berg.
Q: LWÜ: An den Bundesverband der Deutschen Industrie, Berlin 11.12.1967

E0102

LANDESVERBAND WESTBERLINER ÜBERNEHMER e. V. (LWÜ)

Berlin-Polkwitz
Karl-Marx-Straße 1967
Geschäftsf. Vorsitzender:
Dr. h. c. W. Talsohle
Bankverbindung:
Bank für Senatswirtschaft
Kto.-Nr. 13 8 61

An den

Bundesverband der Deutschen Industrie
z. Hdn. seines Vorsitzenden Fritz Berg

BERLIN 15
Hotel Kempinski

Berlin, den 11. Dezember 1967

Liebe Unternehmer,

den Schütz drückt wieder mal der Schuh. Und diesmal nicht, weil ihm der Teufel einen Stein hineingeworfen hat, sondern weil die Berliner Wirtschaftssituation zum Steinerweichen ist.

Darum hat er Sie zu Hilfe geholt. Sie sollen hier was unternehmen, damit der Senat nichts unternehmen muß. Sie sollen die Wirtschaft sanieren, damit sich der Senat politisch gesundstoßen kann.

Darum legen Sie ab und zu was an - selbst wenn es nur ein Notopfer ist. Seien Sie ein netter Kapitalist! Schützen Sie Schütz!

Doch auch uns Revoluzzern müssen Sie helfen. Denn erst wenn die Berliner Wirtschaft als geheilt entlassen ist, ist sie auch für uns attraktiv. Schließlich muß der Sozialismus nicht immer den Mist übernehmen, den Kapitalisten und Senatoren hinterlassen haben. Danach kräht kein roter Hahn.

Sie sehen: Wir halten mit unseren Absichten nicht hinterm Berg - auch nicht vor Fritz Berg. Auf ihn hoffen wir am meisten. Unsere Wirtschaft zu retten, wäre ein wahres Berg-Werk (aber bloß keine Halden anlegen!).

Darum helfen Sie! Sie werden sich schon nicht übernehmen, wenn Sie hier etwas unternehmen. Zum Dank übernehmen wir dann Ihre Unternehmen. Ihr Motto sei auch das unsere: Geben und geben lassen!

Dem Schütz wird bestimmt auch ein Stein vom Herzen fallen, wenn Sie mitmachen. Den Stein haben Sie dann bei ihm im Brett. Und dieses Brett dürfen Sie dann ebenso wie Schütz stets stolz vorm Kopf tragen. Wir versprechen: Das werden wir Ihnen nie enteignen. Sie können es behalten - als Berliner Souvenir.

Ihre Übernehmer

Dr. Talsohle

11.12.1967:
An der Jur-Fak der FU Berlin gibt Kay-Th. Pohl vermutlich Anfang dieser Woche ein Flugblatt zum Wahlergebnis heraus.
Q: Pohl, Kay-Th.: Die Wahlen haben…, O. O. (Berlin) O. J. (1967)

Die Wahlen haben an unserer Fakultät ein unerwartetes Ergebnis gehabt: der neue Fakultätsausschuß hat eine solche Zusammensetzung, daß 8 Mitgliedern, die den VAFU bzw. der "Aktion 20. Konvent" angehören, nur 1 gegenübersteht, der als "links"[1] bezeichnet werden könnte. - Teilt man die 34 Kandidaten soweit möglich in die Kategorien rechts und links ein, läßt sich das Verhältnis der Gesamtzahl der "rechten" und "linken" Stimmen errechnen. Dieses entspricht nicht im mindesten dem Verhältnis der FA-Mitglieder von 8:1.
Die Hauptursache dafür ist daß indiesem Jahre mehr denn je nach Empfehlungslisten gewählt wurde: hierfür spricht der Abstand der auf der Liste Landowsky/Jentsch enthaltenen Kandidaten von den nächstfolgenden Kandidaten ähnlicher Couleur (1. bis 8., 11. bzw. 19., 26.). Hierfür spricht ferner, daß die auf der Liste des Sprechers u.a. empfohlenen Kandidaten fast geschlossen auf einander folgen und daß der erfolgreichste der auf keiner Liste empfohlenen Kandidaten nur 17. wurde (K.H. Schmidt). Bei der Bedeutung der Listen für diese Wahl war es entscheidend, daß die Liste Landowsky/Jentsch, die nur 9 Kandidaten enthielt, die disziplinierteren Wähler hatte; während die Wahlempfehlung des Sprechers [illegible] die 11, also 2 zuviel, enthielt ein Kompromiß von links und mitte war, dem weder die Linken noch die unabhängigen Wähler so unbedingt zu folgen vermochten wie die übrige Wählerschaft der Liste Jandowsky/Jentsch.
Diese Wahl hat durch ihr ungewöhnlich verzerrtes Ergebnis gezeigt, daß unser bisheriges Wahlsystem der jetzigen politischen Situation nicht entspricht. - Das ergibt sich aus folgender Aufstellung:

Links + Mitte		[2]				Rechts		[4]	
Hein	9	A	371	Baars[3]	29	163	Franck	1	BC 540
Krumme	10	A	363	Skalweit	31	139	Runge	2	BD 538
Fassmann	12	A	336			302	v. Trott	3	BD 532
Flemming	13	A	324			= 3,058%	Ennker	4	BD 521
Benneter	14	A	321				Toepffer	5	BC 511
Kröning	15	A	297				Flügge	6	BC 452
Klaus	16	A	282				Hackel	7	BC 450
Schmidt,K.H.	17		259				Grasser	8	BD 412
Pohl	18		249				Isa Bruss	11	BC 356
Bloch	20.		228				Eckervogt	19	D 231
Krause	21	A.	226				Blottner	26	184
Gaebler	22	A	213				Troppenz	30	147
Fleischmann	23	A	212				Schulte	33	71
Dohmeier	24	A	211						4945
Benthaus	25.		192						= 50,086%
Schmidt,G.	27		180						
Diesa	28		170						
Vogler	32		111						
Heilicke	34		67						
			4616						
			= 46,855%						

Stimmengesamt:	4945	in % :	50,086%
	4616		46,855%
	302		3,058%
	9863		99,999%
	====		=======

---

1) Die Worte "rechts" und "links" seien der Einfachheit halber trotz ihrer Mißverständlichkeit benutzt. Als Kriterien können an dieser Stelle etwa dienen: Zugehörigkeit zu sog. linken Verbänden, Verhältnis zur KU, Selbstbezeichnung der Kandidaten.

2) A steht für Wahlempfehlung von: Lüders (Sprecher)/Frenzel (ehem. Sprecher)/Neumann (Ältester)/Junne (Zulassungsreferent)

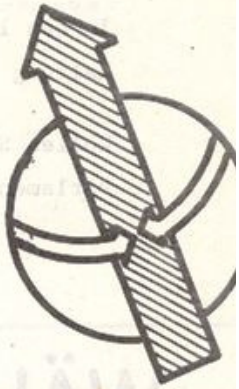
3) Die Kandidaten Baars und Skalweit konnten keiner Seite zugerechnet werden.

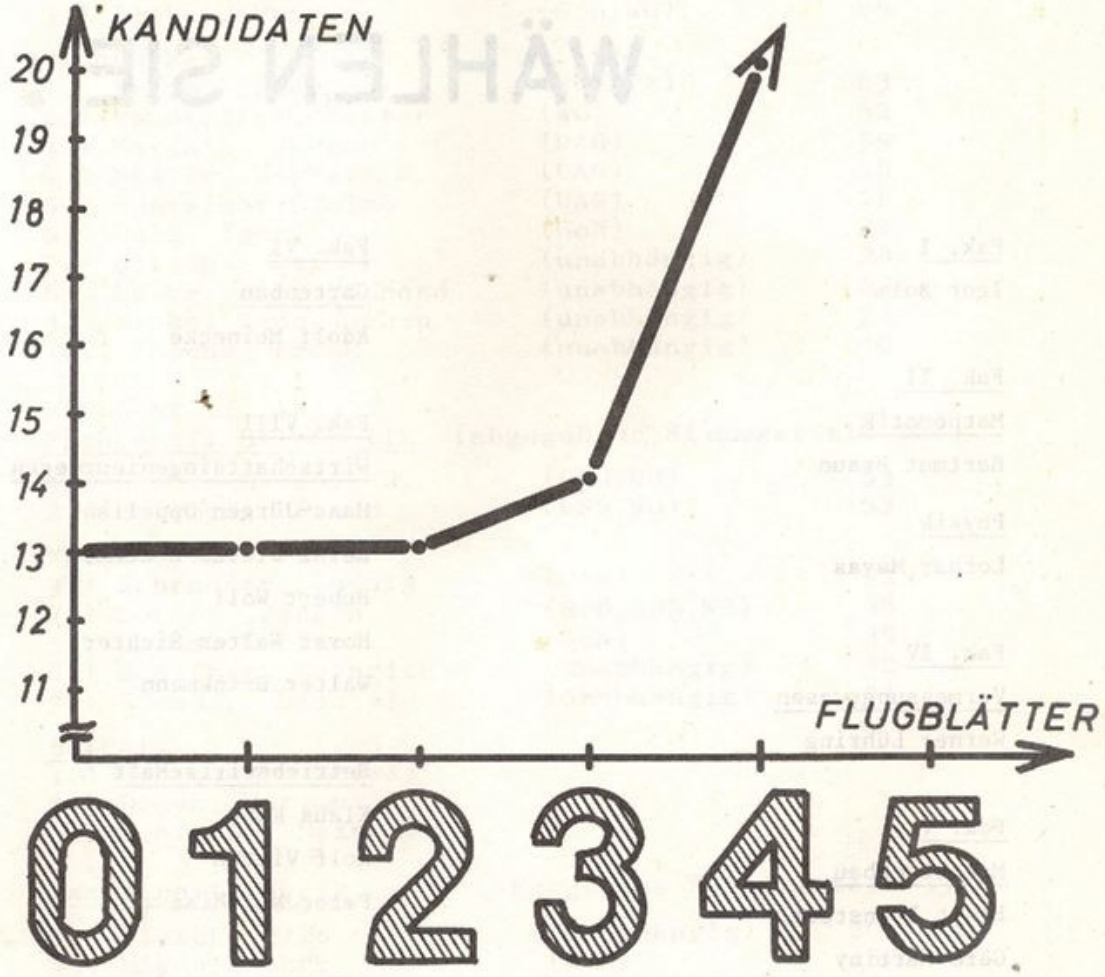
4) B: Wahlempfehlung Landowsky/Jentsch; C: sog. Wahlzeitung der VAFU; D: sog. Wahlzeitung der "Aktion 20. Konvent".--

verantwortlich: Kay-Th. Pohl

11.12.1967:
An der TU Berlin geben Igor Bolm und 19 weitere Kandidaten vermutlich Anfang dieser Woche das Flugblatt "Wahlinformation" Nr. 6 heraus.
Q: Bolm, I. et al.: Wahlinformation 6, … , O. O. (Berlin) O. J. (1967)

6 LETZTE WAHLINFORMATION





Die Gruppe ohne Namen wächst und wächst und wächst und wächst und wächst und wächst.....

Schade, daß der Wahlkampf schon zu Ende ist.

bitte wenden

In den letzten Tagen haben wir Sie mit den Flugblättern 1 bis 5 über unsere Haltung zu den anstehenden Problemen informiert.

Wollen Sie, daß dieses Programm Grundlage für die Arbeit Ihrer Vertreter im Parlament ist, dann

WÄHLEN SIE !

WÄHLEN SIE :

Fak. I
Igor Bolm

Fak. II
Mathematik
Hartmut Braun

Physik
Lothar Mayas

Fak. IV
Vermessungswesen
Werner Lühring

Fak. V
Maschinenbau
Bengt Bohnstedt
Gerd Martiny
Hans-Albrecht Moser
Karl-Viktor v.Schöning

Fak. VI
Gartenbau
Adolf Meinecke

Fak. VIII
Wirtschaftsingenieurwesen
Hans-Jürgen Oppelland
Heinz-Dieter Kretzmer
Hubert Wolf
Horst Walter Richter
Walter Brinkmann

Betriebswirtschaft
Klaus Kühn
Rolf Vieten
Peter Matthias

Fak. IX
Bernd Gurack
Hans-Peter Reibnitz
Wolfgang Streng

11.12.1967:
An der TU Berlin geben GSG und SHB, laut einer handschriftlichen Datierung heute, das Flugblatt "Südkoreanischer Terror und Politisches Mandat" heraus zum Besuch von Park Chung Hee in Berlin am 11.12.1964 bzw. zu den Notstandsgesetzen (NSG).
Q: GSG, SHB: Südkoreanischer Terror und Politisches Mandat, O. O. (Berlin) O. J. (1967)

11.1

Südkoreanischer Terror und Politisches Mandat

Am 11. Dezember 1964, also genau vor drei Jahren weilte der südkoreanische Präsident, Park Chung Hee, in Berlin. Er war auch Gast der Technischen Universität, wo seine inhaltslose Rede an das Studentenvolk mit ungeteiltem Beifall bedacht wurde. Er ist nach wie vor der Repräsentant eines Staates, in dem gestern ein Todesurteil und mehrere lebenslängliche Haftstrafen gegen aus der Bundesrepublik und Westberlin verschleppte Bürger von Südkorea verhängt worden sind. Er ist Repräsentant eines Staates, in dem eine Militärclique die Macht an sich gerissen hat und diese durch Wahlmanipulation und massive Intervention der USA halten möchte.

Um ihrer politischen Gegner im Ausland habhaft zu werden, scheuen sie vor keinen auch noch so brutalen Mitteln zurück. Die Bundesregierung machte sich durch ihr tatenloses Zusehen zum Komplizen des Südkoreanischen Geheimdienstes (bezeichnenderweise trägt er den Namen CIA). Mehr als verbale Proteste sind von einer Regierun auch nicht zu erwarten, die sich in völliger politischer und ökonomischer Abhängigkeit des amerikanischen Kapitals befindet. Die BRD unterstützt damit aktiv die neo-kolonialistische Politik der USA in ganz Südostasien. Ihr beharrliches Schweigen zum Vietnam-Krieg resultiert aus dem selben Zwang.

Die geplanten Notstandsgesetze sind in demselben Zusammenhang zu sehen, sie sollen zur Legalisierung der schon jetzt bestehenden Praxis dienen. Die immer offener zutage tretenden Widersprüche de spätkapitalistischen Weltsystems nötigen in den Ländern der Dritt Welt zum Einsatz physischer Machtmittel, in den hochindustrialisi ten Ländern soll die Opposition durch ein feinmaschiges Gesetzeswerk, mit der Eskalationsmöglichkeit zur physischen Unterdrückung diszipliniert werden.

Die Duldung der Tätigkeit ausländischer Geheimdienste bedeutet de Außerkraftsetzen unserer Verfassung. Glauben Sie immer noch, daß die Studentenvertretung angesichts dieser "tagespolitischen" Situ ation schweigen soll? Wie würde sich eine Studentenvertretung der UAG verhalten? Ebenso wie der Akademische Senat der TU, der penetrant schweigt, obwohl ein Bürger der TU-Berlin verschleppt wurde (Siehe Information des Vorstandes)?

Wollen Sie noch immer nicht begreifen, daß Hochschule und Gesellschaft untrennbar miteinander verwoben sind?

bitte wenden

Eine konsequente Politik wäre:

1.) Der Abbruch der diplomatischen Beziehungen zu Südkorea
2.) Die Einstellung sämtlicher Wirtschafts- und Militärhilfen
3.) Verbot der Tätigkeit aller ausländischen Geheimdienste auf dem Boden der Bundesrepublik Deutschland

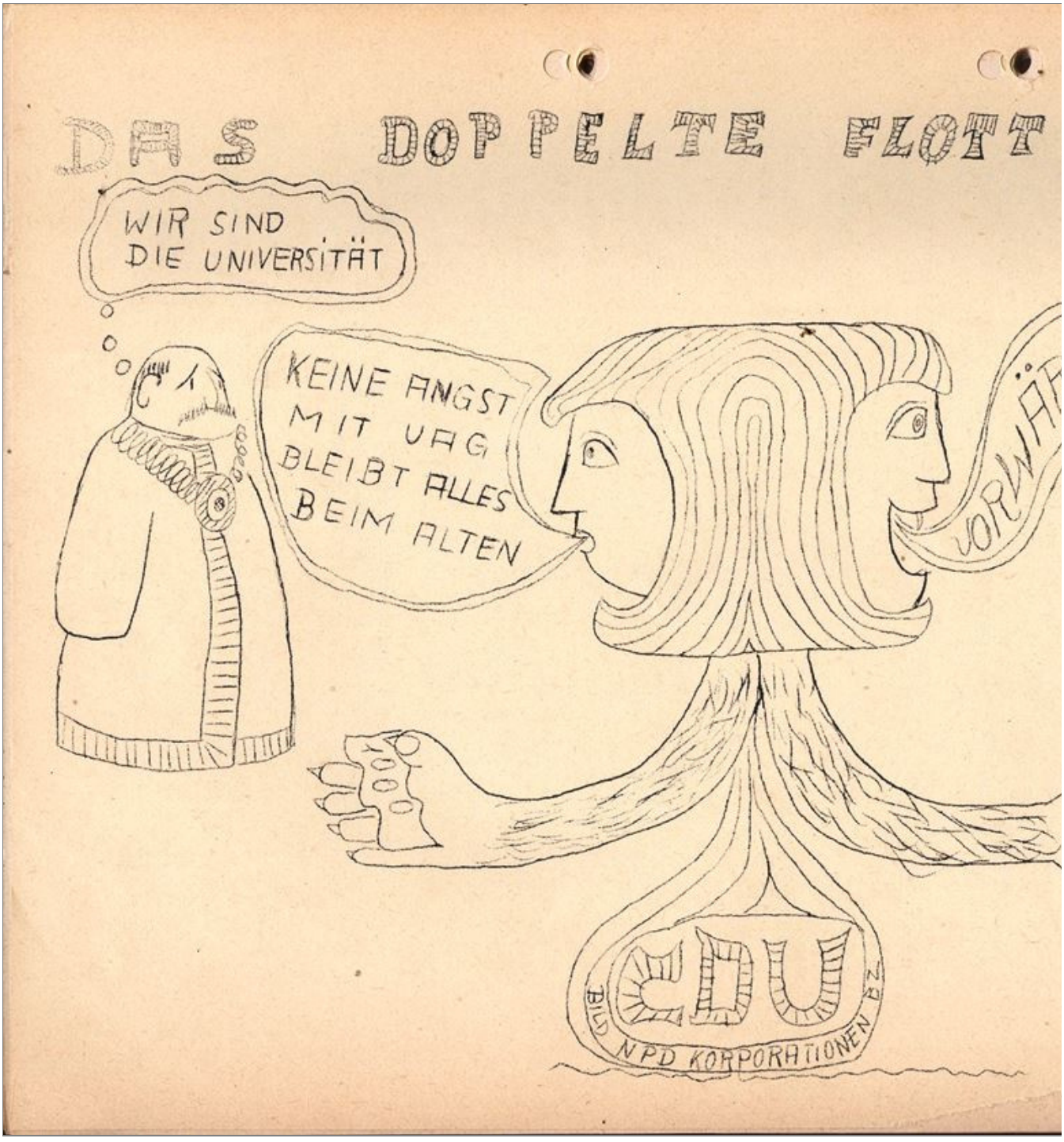
Glauben Sie diese Forderungen sind durch Telegramme an die Bundesregierung und verbale Proteste durchzusetzen? Auch Sie haben sicher aus der Vergangenheit gelernt, daß dies zu keinem Erfolg führt. Vielmehr ist es notwendig, den außerparlamentarischen Druc auf die etablierten Parteien und die Staatsmaschinerie zu verstärken.

Das politische Mandat ist keine Forderung
sondern eine Notwendigkeit!

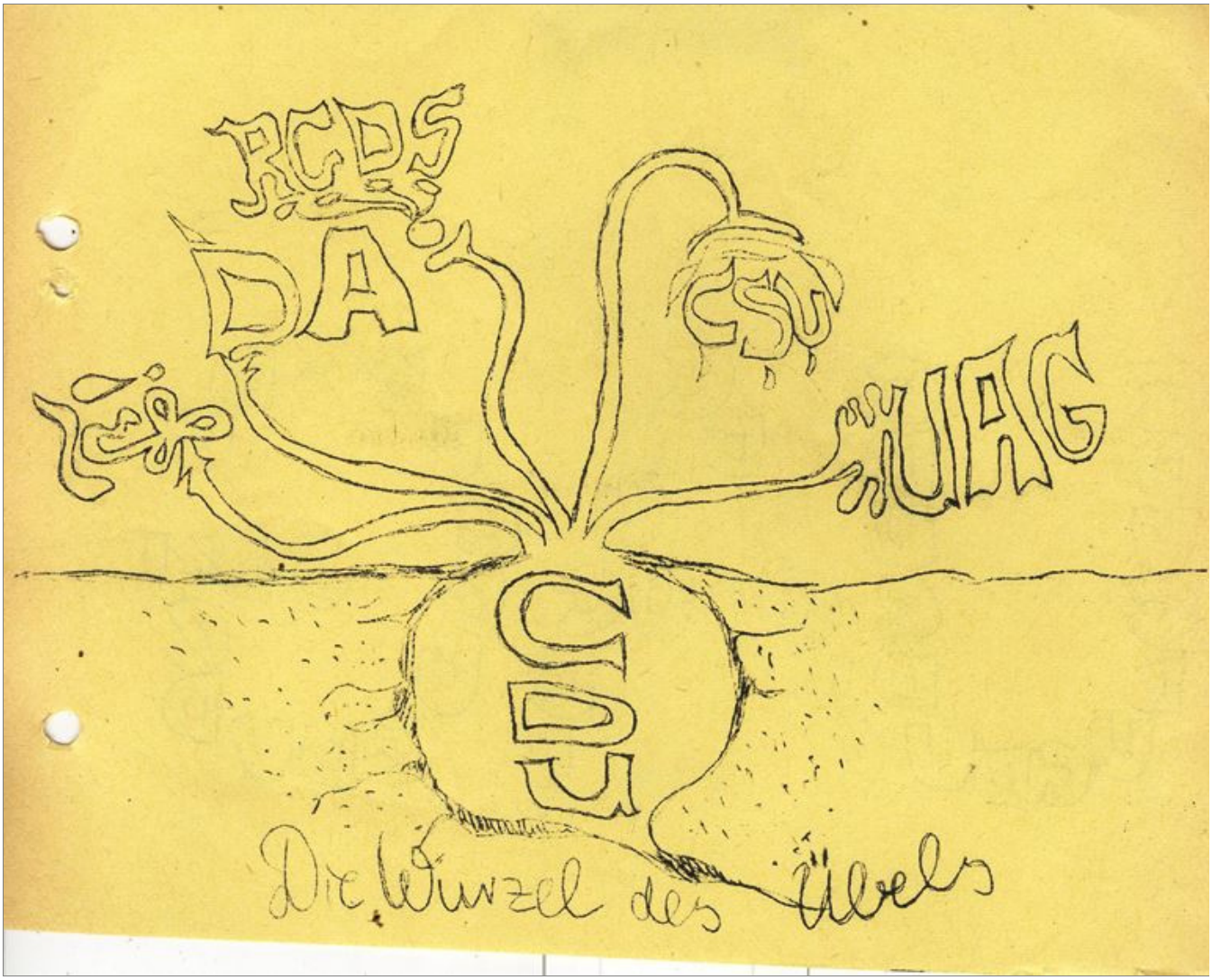
SHB Sozialdemokratischer Hochschulbund
GSG Gewerkschaftliche Studentengemeinschaft

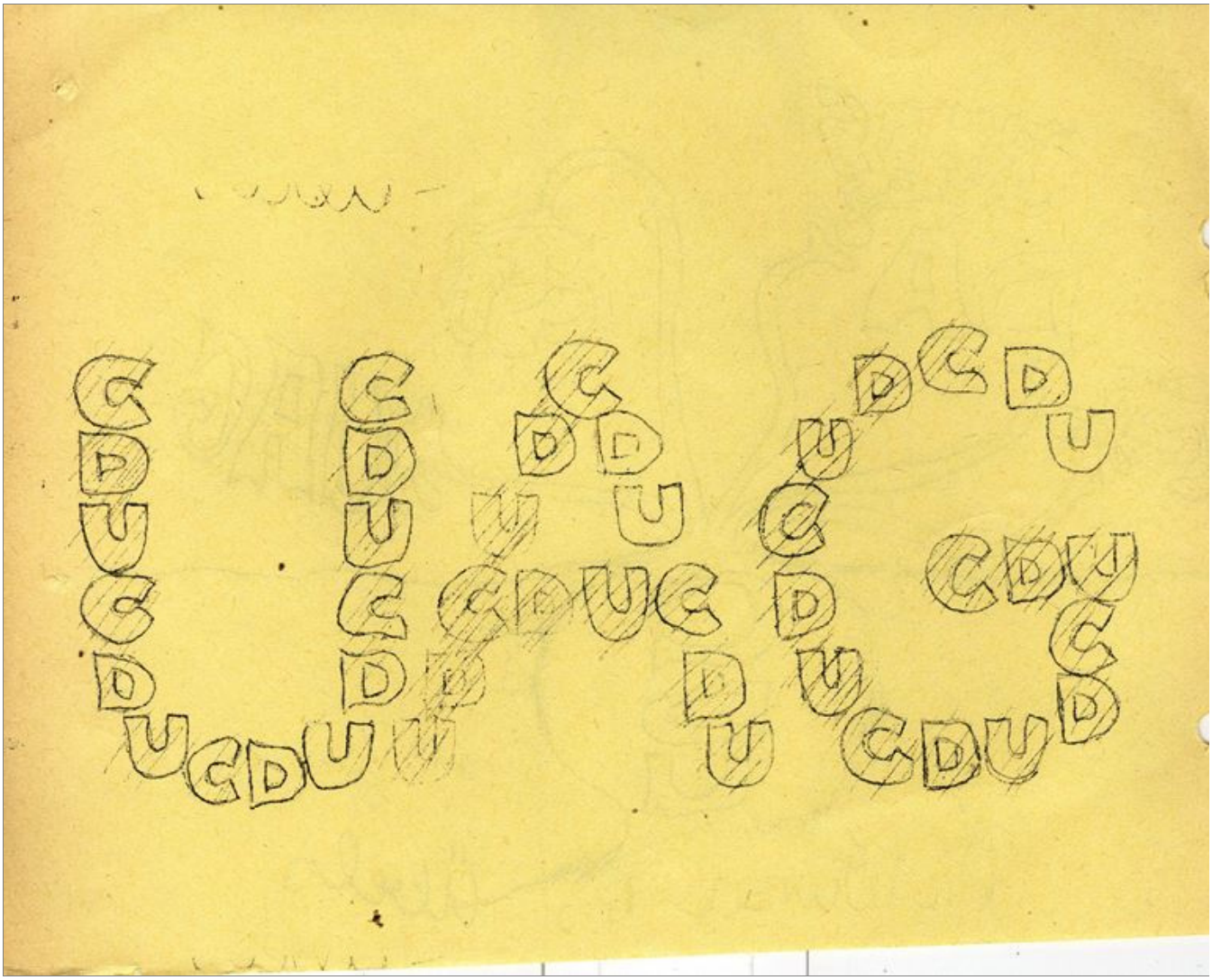
GSG SHB GSG SHB GSG SHB GSG SHB GSG SHB GSG SHB GSG SHB GSG SHB GSG SHB

11.12.1967:
An der TU Berlin erscheint vermutlich Anfang dieser Woche das anonyme Flugblatt "Das doppelte Flottchen" gegen die UAG.
Q: N. N.: Das doppelte Flottchen, O. O. (Berlin) O. J. (1967)



11.12.1967:
An der TU Berlin erscheint vermutlich Anfang dieser Woche das anonyme Flugblatt "Die Wurzel des Übels" gegen die UAG, die der CDU entspreche.
Q: N. N.: Die Wurzel des Übels, O. O. (Berlin) O. J. (1967)


RCDS
DA
CSU
UAG
CDU
Die Wurzel des Übels



11.12.1967:
An der TU Berlin geben die UAG vermutlich heute ein Flugblatt heraus, mit ihrem heutigen Schreiben an die Mitglieder des Abgeordnetenhauses, in dem sie die Einrichtung eines Hochschulrats vorschlagen, um das Vertrauen der Studenten in die Parteien wieder herzustellen.
Q: UAG: Sehr geehrte…, Berlin 11.12.1967

Unabhängige Aktionsgemeinschaft (UAG)

1 Berlin, den 11.12.1967
Straße des 17. Juni, 135

Sehr geehrte Frau Abgeordnete,
sehr geehrter Herr Abgeordneter!

Die im Abgeordnetenhaus von Berlin vertretenen Parteien besitzen seit geraumer Zeit nicht mehr das Vertrauen der Studenten. Dieser Vertrauensschwund ist durch jahrelange Versäumnisse in der Hochschulpolitik begründet. Und die Parteien haben es versäumt, die Studenten zu einer kompromißvollen Mitarbeit heranzuziehen. Selbst die Reaktion auf spektakuläre Ereignisse an den Hochschulen war durch Hilflosigkeit und sogar Verschlossenheit gekennzeichnet.

Und sicher hat es nicht geholfen, das Vertrauen der Studenten zu erhalten, wenn der Eindruck entstand, daß Repräsentanten von Parteie zur handgreiflichen Auseinandersetzung mit Andersdenkenden aufrufen oder nonkonformistischen Studentengruppen ohne jedes Verständnis für deren Probleme die Unterstützung entziehen.

In der Studentenschaft ist aber durchaus der Wille vorhanden, zusammen mit den Parteien zu einer Lösung derSchwierigkeiten zu kommen denen sich die Studenten in der Universität gegenübersehen und die wesentlicher Grund für die erfolgte Solidarisierung großer Teile mit radikalen Kräften sind.

Wir von der Unabhängigen Aktionsgemeinschaft (UAG) der Technischen Universität, Studenten aller Fakultäten, haben uns in einer Wahlgemeinschaft zusammengefunden. Unser Ziel ist ein Studentenparlament, dessen Hauptaufgaben in der Hochschulpolitik und studentischen Sozia politik und Sozialarbeit liegen.

Aus der Studentenschaft allein ist die Lösung dieser Probleme nicht zu erreichen. Deshalb wenden wir uns an Sie. Wir verstehen uns nicht als Teil der außerparlamentarischen Opposition, wie es der Fakultätenrat für die TU-Studentenschaft erklärt hat. Wir wollen das Gespräch mit den Parteien. Die Hochschulen befinden sich in einem anachronistischen Verhältnis zur Gesellschaft.

- 2 -

Nicht revolutionäre Veränderung der Gesellschaft, wie sie von einigen Hochschulgruppen gewünscht wird, bringt die Lösung. Sondern eine durchgreifende Reform der Universität. Unsere Gesellschaft und besonders unsere Parteien müssen in der Lage sein, bei dieser Reform mitzuhelfen.

Wir schlagen deshalb vor, daß in Berlin ein Hochschulrat konstituier wird. Ihm sollen Vertreter des Senats, der Parteien und der Gruppen in den Universitäten (Professoren, akad. Mittelbau, Studenten) angehören.

Dieser Hochschulrat müßte einen Hochschulplan für die Berliner Universitäten und einen Universitätsgesetzentwurf verarbeiten. Nur die Einrichtung eines solchen Hochschulrats kann gewährleisten, daß frei von jeglichen Partei- und Gruppeninteressen eine sachgerechte Analys der derzeitigen Situation unserer Hochschulen und eine zeitgemäße Lösung erzielt werden kann.

Wir bitten Sie, sich für diesen Vorschlag einzusetzen.

Mit vorzüglicher Hochachtung

(Gerhard Hain) (Hans Rudolf Koch) (Jürgen Matthes)

11.12.1967:
An der TU Berlin geben die UAG vermutlich Anfang dieser Woche ein Flugblatt heraus, in dem sie ihre Kandidaten zu den Studentenparlamentswahlen (StPW) vorstellen.
Q: UAG: Kandidaten der UAG, O. O. (Berlin) O. J. (1967)

UAG
UNABHÄNGIGE AKTIONS-GEMEINSCHAFT

UNSERE KANDIDATEN

Fak. I
Norbert Müller (2)
Ralph Küntscher (8)
Jürgen Matthes (9)

Fak. II
Chemie
Ullrich Müller (3)

Fak. III
Herbert van Hüllen (19)

Fak. IV
Bau- und Verkehrswesen
Bernhard Heinrichs (7)
Udo Kraft (12)
Jens Krause (13)
Arnt-M. von Levetzow (14)
Olaf Nuschke (19)
Frank-Leopold Preuß (22)
Ludwig Rehberg (23)
Lutz Reiche (24)
Günther Reinicke (25)

Vermessungswesen
Bernd Mittelstädt (2)

Fak. V
Maschinenbau
Hans Ruschke (1)
Hans Schmitz (4)
Lothar Gommert (6)
Horst Hartstein (7)
Stefan Schleissing (8)
Gerhard Nicolait (12)
Jürgen Krohne (15)
Peter Clasen (18)

Fak. V
Flugtechnik
Hubertus-Rainer Hirsch (3)
Wolf-Dieter Bartsch (5)

Schiffstechnik
Hans-Jörg Krüger (5)

Fak. VI
Landwirtschaft
Jochen Herzberg (1)

Gartenbau
Christian Muhs (3)

Fak. VIII
Wi.-Ing
Jörg Zöllner (4)
Friedrich Ott (12)
Dietz Valentien (16)
Gerhard Hain (20)
Dirk Rogge (23)
Lutz Wicke (24)
Joachim Tergau (29)
Hans-Rudolf Koch (31)
Dieter Schmitt-Harzdorf (32)
Gerhard Schupp (33)

Betriebswirt.
Rüdiger Hunke (4)
Fedor S. v. Sickartshofen (9)
Werner Braig (10)
Henning Strohmeyer (11)

Fak. IX
E-Technik
Horst Pralle (6)
Reinhard Block (9)
Gottfried Bertram (10)
Carsten Ruchholtz (12)

Alle Kandidaten der Fachschaften Physik, Bergbau und Hüttenwesen (außer Klaus Schiehl) fühlen sich einer sachlichen Arbeit verpflichtet. Die UAG spricht deshalb keine Einzelempfehlung aus.

UAG UAG UAG

Druck: Albert Hentrich, 1 Berlin 41, Albrechtstraße 1

WÄHLEN SIE
WÄHLEN SIE
WÄHLEN SIE
WÄHLEN SIE
WÄHLEN SIE
WÄHLEN SIE
WÄHLEN SIE
WÄHLEN SIE
WÄHLEN SIE
WÄHLEN SIE

UAG UAG UAG

Druck: Albert Hentrich, 1 Berlin 41, Albrechtstraße

11.12.1967:
An der TU Berlin geben die UAG vermutlich Anfang dieser Woche eine Flugschrift heraus, in dem sie ihre Kandidaten zu den Studentenparlamentswahlen (StPW) vorstellen.
Q: UAG: Kandidaten der UAG, O. O. (Berlin) O. J. (1967)

UNABHÄNGIGE AKTIONS-GEMEINSCHAFT

Kandidaten der UAG

für die Wahlen zum

23. Studentenparlament

der Technischen Universität Berlin

Fachschaft der Philosophischen Fakultät

Gerade in der Philosophischen Fakultät muß die sachliche Arbeit der Fachschaft intensiviert werden.

Uns geht es vorrangig um Ihre studentischen Anliegen.

Wir kandidieren, damit folgende Probleme endlich **in Ihrem Sinne** gelöst werden:

- Überschaubare Studiengänge für Haupt- und Nebenfächer, klare Studienpläne, präzise Angaben über Anforderungen (Scheine).
- Reform des Humanistischen Studiums im Hinblick auf gesellschaftskritische, interdisziplinär-denkende und zur Kooperation fähige Hochschulabsolventen.
- Ständige Zusammenarbeit der Fachschaftsvertreter mit Ihnen durch Informationsveranstaltungen und Umdrucke der Fachschaft.
- Fortlaufendes Gespräch mit den Professoren und Assistenten.
- Herausgabe von Vorlesungsskripten.
- Kritische Überprüfung der Funktion heutiger Lehrveranstaltungen.
- Intensive Studienberatung und Einrichtung von Tutorengruppen.

Außer diesen für unsere Fachschaft wichtigen Problemen gehört es zum Aufgabenbereich der Fachschaftsvertreter, **die sozialen Probleme** der Studenten mit in Angriff zu nehmen. Es ist selbstverständlich, daß eine Disziplinarordnung nicht mehr zu vertreten ist. Nicht nur diesem Problem, sondern allen Fragen, die mit der Universitätsstruktur verknüpft sind (wie **Neuordnung der Hochschule** überhaupt) gilt unser Einsatz.

(Näheres ist aus den fortlaufenden Flugblättern der UAG zu entnehmen.)

Müller,
Norbert R.
Stimmzettel
Nr. 2

Küntscher,
Ralph
Stimmzettel
Nr. 8

Matthes,
Jürgen
Stimmzettel
Nr. 9

Fachschaft Mathematik

Schroeder,
Ludwig
Stimmzettel
Nr. 3

Fachschaft Physik

Die Kandidaten der Fachschaft Physik fühlen sich durchweg einer sachlichen Fachschaftsarbeit verpflichtet.

Die UAG sieht deshalb keinen Grund, eine besondere Kandidatenempfehlung auszusprechen.

Das Gespräch ist nötiger denn je – deshalb **UAG**

UAG UAG UAG

Keine Stimme verschenken — nur UAG wählen

Fachschaft Chemie / Pharmazie

Müller,
Ullrich
Stimmzettel
Nr. 3

Fachschaft Architektur

van Hüllen,
Herbert
Stimmzettel
Nr. 17

Fachschaft Bau- und Verkehrswesen

Studienreform
Studienzeitverkürzung durch Anpassung des Studienplanes an die neuen Prüfungsordnungen sowie durch eine Spezialisierung unseres Studiums: Breites Grundwissen (zum Vordiplom), danach Spezialisierung (Säulen: Wasserbau, „planend", „konstruktiv", Baubetrieb).

Organisationsvereinfachung
Abschaffen des Testierens. Festlegung der Prüfungstermine jedes Lehrstuhls im Prüfungszeitraum (Klausur und mündliche Prüfung in jedem Fach innerhalb etwa einer Woche). Vorverlegung der Prüfungen (Vorzieher) um 3 Wochen (Abschluß vor Beginn der Vorlesungen). Herausgabe der Stundenpläne am Ende des vergangenen Semesters. Schaffung weiterer Vorlesungsskripten.

Information
Neben den zusammenfassenden Informationen in den IBI wollen wir unsere erreichten Reformen und angestrebten Ziele in den „Anrissen" veröffentlichen. Wir wollen damit erreichen, daß sich auch die anderen Fakultäten über unsere — in der TU vorbildlichen — Reformen informieren können, um ähnliche Reformen einzuleiten.

Beratung der Studienanfänger
Einführungsveranstaltungen der Fachschaft. Einführungsvorträge unserer Professoren. Vierwöchiger Einführungskursus (vor Semesterbeginn) in Mathematik und Mechanik. Tägliche Sprechstunden der Fachschaft.

Diskussionen mit den Lehrstühlen
In unserem Gemeinschaftsraum wollen wir wöchentlich öffentliche Diskussionen mit dem Professor und den Assistenten jeweils eines Lehrstuhls führen. Dabei sollen Kritik und Veränderungsvorschläge der Studenten direkt mit den Betroffenen erörtert werden.

Neue Fachschaftsräume
Außer einer angemessenen Anzahl von Arbeitsplätzen sollen genügend Zeichen- und Rechenmaschinen beschafft werden. Ein Fachschaftszentrum (Gemeinschaftsraum, „Siesta-Raum", Bibliothek, Fachschaftsraum) soll den Kontakt unter den Studenten fördern.

Exkursionen
Geplant sind Exkursionen zu Fachmessen und Großbaustellen. Prof. Bauer hat der Fachschaft seine Unterstützung zugesagt.

Auslandskontakte
Neben den Kontakten mit der ENPC in Paris und mit Toulouse sollten auch die Kontakte mit den Partnerhochschulen King's College in London, mit Manchester und mit der Bauakademie in Moskau ausgebaut werden.

Parlamentsarbeit
Erstellung der Richtlinien für die Arbeit der Studentenvertretung (siehe Flugblätter der UAG). Kontrolle der Exekutive.

Hervorheben möchten wir, daß die Hochschulpolitik im Mittelpunkt unserer Arbeit stehen wird.

Heinrichs,
Bernhard
Stimmzettel
Nr. 7

Kraft,
Udo
Stimmzettel
Nr. 12

Krause,
Jens
Stimmzettel
Nr. 13

UAG **UAG** **UAG**

Keine Stimme verschenken — nur UAG wählen

von Levetzow,
Arndt Michael
Stimmzettel
Nr. 14

Nuschke,
Olaf
Stimmzettel
Nr. 19

Preuß,
Frank Leopold
Stimmzettel
Nr. 22

Rehberg,
Ludwig
Stimmzettel
Nr. 23

Reiche,
Lutz
Stimmzettel
Nr. 24

Reinicke,
Günter
Stimmzettel
Nr. 25

Fachschaft Vermessungswesen

Mittelstädt,
Bernd
Stimmzettel
Nr. 2

Fachschaft Maschinenbau

Wir meinen,
daß jeder Staatsbürger politische Verantwortung für die Gesellschaft trägt, in der er lebt, und daß es sein Recht und seine Pflicht ist, zu politischen Vorgängen Stellung zu nehmen, aber

Wir bestreiten,
daß der Vorstand des Zwangsverbandes „Studentenschaft" ein allgemein-politisches Mandat über die Hochschulpolitik hinaus beanspruchen kann aus Wahlen, die nicht nach ausgesprochen politischen Gesichtspunkten abgehalten werden.

Wir lehnen es ab,
daß im Namen jedes einzelnen Studenten Stellungnahmen zu Themen abgegeben werden, zu denen er kein Mandat erteilt hat: als Mitglied des Zwangsverbandes darf der Student seine politische und staatsbürgerliche Mündigkeit nicht verlieren.

Wir warnen davor,
irgendwelche Kandidaten zu wählen, die das allgemeinpolitische Mandat bejahen und beanspruchen, aber als potentielle Mandatsträger ihre eigene politische Stellung nicht ausführlich und eingehend darlegen: Kaufen Sie nicht die Katze im Sack!

Wir wollen,
daß die sachliche und hochschulbezogene Arbeit in den Mittelpunkt der Studentenvertretung rückt.

Es gilt

- die Hochschulreform konstruktiv voranzutreiben. Nicht gegen, sondern mit der Universität: Wir sind gegen ein Freund-Feind-Denken.
- zum Hochschulgesetz eine Stellungnahme zu erarbeiten.
- endlich das Humanistische Studium zu reformieren.
- die sozialen Probleme zu lösen: Honnefer Modell, Ausbildungsförderungsgesetz des Bundes, Studentenwohnheime, Abbau der Studiengebühren, ...
- Studienpläne und Prüfungsordnungen mitzugestalten.
- die fachliche Förderung der Studenten zu intensivieren: Skripten- und Tutorenwesen, Repetitorien, Prüfungskarteien, Bibliotheken, ...

Diese Aufgaben liegen uns am Herzen.

Geben Sie den Kandidaten der UAG Ihre Stimme!

UAG UAG UAG

Keine Stimme verschenken — nur UAG wählen

Fachschaft Maschinenbau

Ruschke,
Hans
Stimmzettel
Nr. 1

Schmitz,
Hans Klaus
Stimmzettel
Nr. 4

Gommert,
Lothar
Stimmzettel
Nr. 6

Hartstein,
Horst
Stimmzettel
Nr. 7

Schleissing,
Stefan
Stimmzettel
Nr. 8

Nicolait,
Gerhard
Stimmzettel
Nr. 12

Krohne,
Jürgen
Stimmzettel
Nr. 15

Clasen,
Peter
Stimmzettel
Nr. 18

Fachschaft Flugtechnik

Die Fachschaft Flugtechnik, bisher vertreten durch Herrn Batschi und Herrn Hirsch, hat sich bei der Gründung der UAG beteiligt, da beide der Meinung sind, daß Hochschulpolitik im Mittelpunkt der Arbeit studentischer Vertretung stehen soll. Beide waren Parlamentarier und haben sich trotzdem für eine Auflösung des 22. Parlaments eingesetzt, da eine sachliche Arbeit nicht mehr möglich war. In den Vorstellungen der UAG sind die Probleme angedeutet, die das Parlament einer Studentenschaft in Angriff nehmen sollte. Und darum werden wir uns bemühen.

Hirsch,
Hubertus Rainer
Stimmzettel
Nr. 3

Batschi,
Wolf-Dieter
Stimmzettel
Nr. 5

Fachschaft Schiffstechnik

Krüger,
Hans-Jörg
Stimmzettel
Nr. 5

UAG **UAG** **UAG**

Keine Stimme verschenken — nur UAG wählen

Fachschaft Landwirtschaft

In der Abteilung Landwirtschaft der Fakultät für Landbau herrscht glücklicherweise trotz mehrmonatiger Tätigkeit eines politisierenden Fachschaftssprechers noch ein gutes Verhältnis zwischen Lehrenden und Lernenden; nutzen wir es, um

- in vertrauensvoller Zusammenarbeit die Hochschulreform durch eine konstruktive Stellungnahme voranzutreiben
- Prüfungsordnungen und Studienpläne mit zu erarbeiten
- die fachlichen und sozialen Belange der Studenten zu vertreten (Skripten, Prüfungskarteien, Studiengebühren, Wohnheime)

Konzentrieren wir uns auf sachliche Arbeit durch die Studentenschaft. Lassen Sie sich nicht durch Schwarz-Weiß-Malereien irreführen. Wählen Sie einen unabhängigen Studentenvertreter!

Herzberg, Joachim
Stimmzettel
Nr. 1

Fachschaft Gartenbau

25 Jahre, 7. Semester Gartenkunst und Landschaftsgestaltung an der TU Berlin. Ich gehöre keiner Partei oder politischen Hochschulgruppe an, stehe aber mit meinen Vorstellungen über die Arbeit im Studentenparlament jenen der UAG nahe. Falls ich in das Studentenparlament gewählt werden sollte, so werde ich dort die Mitarbeit an der Hochschul- und Studienreform, die Erarbeitung einer Stellungnahme zum Hochschulgesetzentwurf sowie die Arbeit in meiner Fachschaft als vorrangig ansehen. Ein allgemein-politisches Mandat der Studentenvertretung, das eine politische Bevormundung eines Großteils der Studenten darstellt, werde ich nicht befürworten, da ich der Meinung bin, daß ein solches Mandat nur von der Gesamtstudentenschaft getragen werden sollte. Die Möglichkeiten der politischen Stellungnahme der Studentenschaft bestehen in der Form von Urabstimmungen, Unterschriftensammlungen oder Studentenvollversammlungen.

Muhs, Christian
Stimmzettel
Nr. 3

Zur direkten Beantwortung einiger Fragen:

Die Möglichkeiten der studentischen Mitsprache und Mitbestimmung im HGE halte ich nicht für ausreichend.

Die Stellung des Rektors im HGE befürworte ich nicht, da sie ihm stärkere Eingriffsmöglichkeiten als bisher bietet.

Zwangsexmatrikulation ist kein Mittel der Studienreform und sollte auch sonst nur in Verbindung mit einem numerus clausus durchgeführt werden.

Das Humanistische Studium hat nicht den notwendigen gesellschaftspolitischen Bezug; seine Reform sollte daher endlich in Angriff genommen werden.

Auf die Barrikaden, Kameraden!

Schickt die rote Mafia baden!

Fachschaft Bergbau und Fachschaft Hüttenwesen

Die Kandidaten der Fachschaften Bergbau und Hüttenwesen fühlen sich durchweg einer sachlichen Fachschaftsarbeit verpflichtet und arbeiten im Sinne der UAG.

Die UAG sieht deshalb keinen Grund, eine besondere Kandidatenempfehlung auszusprechen.

Das gilt **nicht** für den Kandidaten **Klaus Schiel, Nr. 2** auf dem Stimmzettel der Fachschaft Bergbau.

UAG UAG UAG

Keine Stimme verschenken — nur UAG wählen

Fachschaft Wirtschaftsingenieurwesen

Wir kandidieren: um mitzuhelfen, die Arbeit der Studentenvertretung wieder zu versachlichen.

Wir verneinen das allgemein-politische Mandat und bestreiten der Studentenvertretung und dem Parlament das Recht, zu tagespolitischen und allgemeinpolitischen Fragen für die Studentenschaft Stellung zu beziehen.

Wir bejahen die politische Verantwortung jedes einzelnen Studenten und das politische Mandat der Studentenschaft in allen hochschul- und bildungspolitischen Fragen.

Wir meinen, unsere Aufgaben liegen in der Bewältigung und Durchsetzung folgender Ziele:

- Sinnvolle Studien- und Prüfungsreform.
  Das bedeutet:
  Einrichtung paritätisch besetzter Reformkommissionen — Standards für alle Fächer — verbindliche Literaturlisten — Grundlagenstudium bis zum Vor-Examen — exemplarisches, methodisches Studium nach dem Vorexamen — Einrichtung von Prüfungskarteien — öffentliche Prüfungen für alle Fächer —
  Vorlesungs- und Prüfungskritiken —
  mehr Vorlesungsskripte — Tutorenkurse und Einführung von Repititorien —
  verstärkter Ausbau des Mittelbaus —
  Studienreform ohne Hochschulreform ist nur eine halbe Sache.
  Keine Zwangsexmatrikulation und kein numerus clausus.
- Schaffung eines sozialgerechten Ausbildungsförderungsgesetzes — erhebliche Verbesserung der Studentenförderung gegenüber Honnefer Modell.
  Übernahme der Studentenschaft in die gesetzliche Krankenversorgung unter Berücksichtigung der speziellen Alters- und Gesundheitsstruktur der Studenten.
  Planung und Bau zeitgerechter Wohnheime (Appartementbauweise).
  Verstärkter Ausbau und Verbesserung im Selbsthilfebereich: 1. Studienhilfe — 2. Kinderkrippe — 3. Studentenkaufhaus.
- Neuordnung des Humanistischen Studiums. Ziel: Fach- und Gesellschaftsbezogenheit; dadurch Möglichkeit der kritischen Reflektion des Fachstudiums.
  Wenn Mehrbelastung, dann nutzbringende Mehrbelastung.
- Mitwirkung an der Sachdiskussion des Berliner Hochschulgesetzentwurfs und Erarbeitung geeigneter Gegenvorschläge.
- Abschaffung der anachronistischen Disziplinarordnung und Ersatz durch eine Hausordnung.
- Einführung einer Studienberatung, einer Rechtsberatung und einer psychotherapeutischen Beratungsstelle.
- Intensivierung der Fachschaftsarbeit und Ausbau der Kontakte zu deutschen und ausländischen Hochschulen.
  Verstärkte Betreuung der jüngeren Semester, besonders der Neuimmatrikulierten. Bessere Information der Fachschaft durch die Fachschaftsvertretung.
- Einrichtung eines Lehrstuhles für politische Wissenschaften und vermehrte Durchführung objektiver Informationsveranstaltungen.
- Ausbau des kulturellen und gesellschaftlichen Lebens in der Universität.

Wenn Sie Vertreter im neuen Parlament haben wollen, die die Sacharbeit vor die Politik stellen, dann bitten wir um Ihre Stimme!

Zöllner,
Jörg
Stimmzettel
Nr. 4

Ott,
Friedrich
Stimmzettel
Nr. 12

Valentien,
Dietz
Stimmzettel
Nr. 16

Hain,
Gerhard
Stimmzettel
Nr. 20

Rogge,
Dirk
Stimmzettel
Nr. 23

Wicke,
Lutz
Stimmzettel
Nr. 24

Tergau,
Joachim-D.
Stimmzettel
Nr. 29

Koch,
Hans Rudolf
Stimmzettel
Nr. 31

Schmidt-Harzdorf,
Dieter
Stimmzettel
Nr. 32

Schupp,
Gerhard
Stimmzettel
Nr. 33

UAG **UAG** **UAG**

Keine Stimme verschenken — nur UAG wählen

Fachschaft Betriebswirtschaftslehre

Hunke,
Rüdiger
Stimmzettel
Nr. 4

Sichart von Sichartshofen,
Fedor
Stimmzettel
Nr. 9

Braig,
Werner
Stimmzettel
Nr. 10

Strohmeyer,
Henning
Stimmzettel
Nr. 11

Nicht pennen – die Lage erkennen!

UAG – *das vernünftige Programm!*

Fachschaft Elektrotechnik

Wir wollen, daß die Arbeit des Studentenparlaments wieder versachlicht wird.

Wir lehnen ab, daß die Studentenvertretung ein allgemeines politisches Mandat hat, soweit es sich nicht auf hochschulpolitische Fragen bezieht. Denn jeder Student ist zwangsweise Mitglied in der „Studentenschaft".

Wir glauben dennoch, daß jeder Student eine politische Verantwortung trägt und sich politisch bilden muß. Für politische Willensäußerungen stehen jedem einzelnen Studenten andere Gruppen wie Parteien und Hochschulgruppen zur Verfügung.

Wir setzen uns deshalb ein für eine neue Studien- und Prüfungsordnung durch sachliche Vorschläge der Fachschaft zu dieser Frage und durch Aufnahme von Kontakten zu unserer Professorenschaft, die sicherlich auch auf unsere produktive Mitarbeit an diesen Problemen wartet. Wir sind für eine Straffung des Vorlesungsstoffes, insbesondere vor dem Vorexamen, Herausgabe von Vorlesungsskripten auch an unserer Fakultät und für Errichtung und Vervollständigung von Prüfungskarteien in allen Fächern. Wir werden versuchen, den Studienführer neu herauszugeben und mit Professoren und Assistenten über die Einrichtung von Tutorengruppen verhandeln. Außerdem sollen auch die H.F.-Techniker Arbeitssäle zur Verfügung gestellt bekommen. Der Verkauf von Studienmitteln durch die Fachschaft soll erweitert werden, und die Studenten durch die Fachschaft besser informiert werden. Wir sind für eine Beibehaltung des Humanistischen Studiums, jedoch muß es neu geordnet werden und politische und gesellschaftswissenschaftliche Vorlesungen enthalten. Dann brauchen wir auch keine „Kritische Universität" in der jetzigen Form (sondern eine kritische Universität).

Wir wollen uns weiterhin für eine konstruktive Mitarbeit am neuen Hochschulgesetz einsetzen, ebenso für eine Abschaffung des Disziplinarrechtes, als Ersatz dafür reicht eine einfache Hausordnung für die Universität. Wir sind für eine intensive Studienberatung besonders für Studienanfänger und für eine Rechtsberatung für alle Studenten.

Helfen Sie mit, diese studentischen Ziele zu verwirklichen, unterstützen Sie die Kandidaten der UAG!

Pralle,
Horst
Stimmzettel
Nr. 6

Block,
Reinhard
Stimmzettel
Nr. 9

Bertram,
Gottfried
Stimmzettel
Nr. 10

Rucholtz,
Carsten
Stimmzettel
Nr. 12

UAG UAG UAG

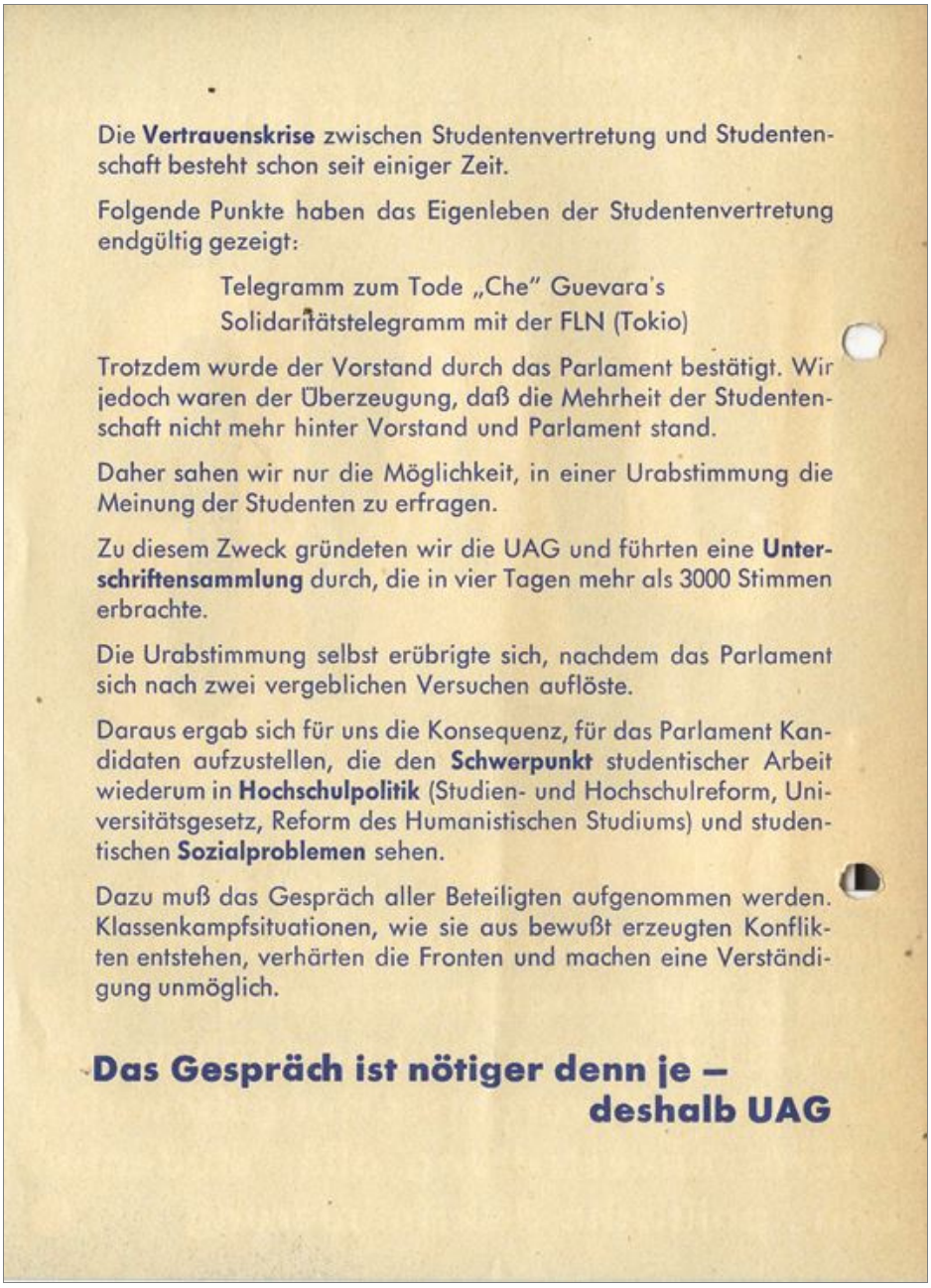
die vernünftige positio

UAG

durch das sachliche g
spräch zur reform ohn
happening und krawa
für eine funktionsfähig
universität die situatio
zwingt zur entscheidun
gegen entmündigun
durch politisierende st
dentenvertreter

wer die UAG wählt
wählt die universitä
und ihre reform

11.12.1967:
An der TU Berlin geben die UAG vermutlich Anfang dieser Woche einen Handzettel heraus zu den Studentenparlamentswahlen (StPW).
Q: UAG: wer UAG wählt…, O. O. (Berlin) O. J. (1967)



Die **Vertrauenskrise** zwischen Studentenvertretung und Studentenschaft besteht schon seit einiger Zeit.

Folgende Punkte haben das Eigenleben der Studentenvertretung endgültig gezeigt:

Telegramm zum Tode „Che" Guevara's
Solidaritätstelegramm mit der FLN (Tokio)

Trotzdem wurde der Vorstand durch das Parlament bestätigt. Wir jedoch waren der Überzeugung, daß die Mehrheit der Studentenschaft nicht mehr hinter Vorstand und Parlament stand.

Daher sahen wir nur die Möglichkeit, in einer Urabstimmung die Meinung der Studenten zu erfragen.

Zu diesem Zweck gründeten wir die UAG und führten eine **Unterschriftensammlung** durch, die in vier Tagen mehr als 3000 Stimmen erbrachte.

Die Urabstimmung selbst erübrigte sich, nachdem das Parlament sich nach zwei vergeblichen Versuchen auflöste.

Daraus ergab sich für uns die Konsequenz, für das Parlament Kandidaten aufzustellen, die den **Schwerpunkt** studentischer Arbeit wiederum in **Hochschulpolitik** (Studien- und Hochschulreform, Universitätsgesetz, Reform des Humanistischen Studiums) und studentischen **Sozialproblemen** sehen.

Dazu muß das Gespräch aller Beteiligten aufgenommen werden. Klassenkampfsituationen, wie sie aus bewußt erzeugten Konflikten entstehen, verhärten die Fronten und machen eine Verständigung unmöglich.

Das Gespräch ist nötiger denn je –
deshalb UAG

11.12.1967:
An der TU Berlin gibt K.-D. Lunau, RCDS, vermutlich Anfang dieser Woche das Flugblatt "Aus SDS Protokollen…" heraus zu den Studentenparlamentswahlen (StPW).
Q: Lunau, K.-D.: Aus SDS Protokollen…, O. O. (Berlin) O. J. (1967)

AUS SDS PROTOKOLLEN...

„... Außerdem koennte man sich eine Einladung aller SHB-Mitglieder zu einem Generalrat des SDS vorstellen, ohne daß das einer Abwerbung gleichkaeme." ... „Eine derartige Organisation koennte die Isolierung der Genossen und deren Angst beheben sowie in der parallel laufenden theoretischen Arbeit die Kommunikation entscheidend verbessern. Neben den traditionellen Kampfdemonstrationen, mit denen die Basis erweitert werden soll, muessten diese Untergruppen die gezielten und verschaerften subversiven Aktionen tragen. Mit einer derartigen Organisation koennte sich der SDS ueber seine derzeitige kritische Lage hinwegarbeiten, in der wir Gefahr laufen, die Basis an der Universitaet **wieder** zu verlieren, und die Arbeiter **noch** nicht gewonnen haben. Dadurch koennte der SDS endlich eine Praxis gewinnen, die nicht nur wie bisher dem Zufall oder der Polizei ueberlassen wird."

Aus **Protokoll** der Diskussion der Projektgruppe Dritte Welt / marx. Staatstheorie am 3. Dezember ueber die Demonstration vom 27. November in Moabit.

„8. ... Die politische Offensive kann zur Not in der traditionellen Organisationsform des SDS geleistet werden: Vorbereitung und Durchführung von Kampagnen und Vollversammlungen als unerläßliche Vorbedingungen für Massendemonstrationen. ... Darüber hinaus ist jedoch die spezielle Vorbereitung und Organisation von Gruppen nötig, die die einzelnen Demonstrationsteile beim Rückzug «anleiten» können."

„11. Putschistische Aktionen sind nicht öffentlich; öffentlich kann man zu ihnen soviel sagen: Sie sind verantwortungslos geplant, wenn sie die Illegalisierung der ganzen Studentenbewegung oder ihrer wichtigsten Teile herbeizuführen geeignet sind."

Aus „Zur Strategie und Taktik von Demonstrationen und Aktionen".

Worum geht es dem SDS überhaupt? Um Hochschulreform?
Wo steht eigentlich der SHB?
Wo steht damit die Wahlgemeinschaft SHB / GSG / LSD?
Wo steht damit die SDS-liierte APA?
BEI DIESEM SDS?

WÄHLEN SIE! WÄHLEN SIE!

WÄHLEN SIE RICHTIG!

Dipl.-Ldw. Klaus-Dieter Lunau, RCDS

Druck: Albert Hentrich, 1 Berlin 41, Albrechtstraße 111

11.12.1967:
An der TU Berlin gibt Herbert van Hüllen, RCDS, vermutlich Anfang dieser Woche das Flugblatt "Es wird höchste Zeit" heraus zu den Studentenparlamentswahlen (StPW).
Q: Hüllen, Herbert van: Es wird höchste Zeit, O. O. (Berlin) O. J. (1967)

ES WIRD HÖCHSTE ZEIT

Es ist zwar schon 5 Minuten nach 12. Seien Sie wenigstens um 13.00 Uhr dabei! Informieren Sie sich! Engagieren Sie sich! Wählen Sie! Wählen Sie zum Beispiel mich:

KANDIDAT 17 HERBERT VAN HÜLLEN

Ich bin 24 Jahre alt, studiere im 5. Semester Architektur und bin seit einem Monat 1. Vorsitzender der RCDS-TU-Gruppe. Ich bin unter sechs Geschwistern aufgewachsen und lernte von Kindesbeinen an Demokratie als Diskussion kennen. Über den scheinbaren Umweg des humanistischen Gymnasiums geriet ich an die Technische Universität Berlin. Hier wollte und will man mir weismachen, Polemik ersetze Politik und mache Diskussion überflüssig. Ich meine damit einen großen Teil der Berliner Presse und einen kaum geringeren Teil Berliner Politiker. Aber ich meine auch unsere letzte Studentenvertretung, die uns Souverän, die Wähler, nicht ganz ernst nahm und uns mit nur halben Wahrheiten informierte. Haben Sie schon mal die „Anrisse“ gelesen?

Kehren wir von Hochschulpolemik zur Hochschulpolitik zurück. Ich befürworte die politische Verantwortung der Studenten, ihres Parlaments und der Studentenvertretung, insofern sie sich auf unser Grundgesetz bezieht. Diesen Auftrag zum sozialen Rechtsstaat gilt es zu erfüllen. Für uns konkretisiert sich diese Aufgabe in der dringend nötigen Hochschul- und Studienreform:

Hochschulreform

Hochschulreformkommission (2/5 Prof.; 1/5 Assistenten, 2/5 Studenten).
Verstärkte Mitsprache und differenzierte Mitbestimmung der Studenten.
Kein extensives politisches Mandat für die Studentenvertretung.
Abschaffung des Disziplinarrechts.

Studienreform

Keine Zwangsexmatrikulation.
Abschaffung des zwangsverordneten humanistischen Studiums.
Integrierung gesellschaftsbezogener Fächer in das Fachstudium. (Für uns: Anthropologie, Soziologie, Psychologie.)
Bessere Erstsemester-Einführung (z. B. Tutoren).
Ständige Studienreformkommission.
Reform der Didaktik.

Sie haben sich informiert. Haben Sie gewählt? Wählen Sie!
Wählen Sie zum Beispiel mich: Herbert van Hüllen, Kandidat 17.

ES WIRD HÖCHSTE ZEIT

Druck: Albert Hentrich, 1 Berlin 41, Albrechtstraße 111

12.12.1967:
An der Math.-Nat Fak der FU Berlin gibt der LSD, laut einer handschriftlichen Datierung heute, das Flugblatt "Graue Maus im AStA?" heraus zum Artikel in der 'BZ' vom 11.12.1967.
Q: LSD: Graue Maus im AStA?, O. O. (Berlin) O. J. (1967)

E0702

12.12.67

Graue Maus

im AStA ?

Nachdem die Math.Nat.Fakultät und die übrige Studentenschaft noch immer ungläubig auf den Wahlausgang im Wahlkreis II starren, freut sich Axel Springers BZ am 11.12.: Gewinner waren die Verlierer! Gibt es doch auch Grund zu eitler Freude im Kreis der Rechten: Korporierte sind wieder wählbar! Die traditionell links wählende Mathematisch-Naturwissenschaftliche Fakultät sprach mit 626 Stimmen dem Pharmazeuten Paul Müller, Mitglied der Burschenschaft Neo-Germania, ihr Vertrauen aus. Er distanzierte damit klar AStA-Vorsitzenden Landsberg, der nur 567 Stimmen erhielt. Paul Müller ist zwar noch nicht in der Studentenvertretung hervorgestreten oder hat sich in anderer Weise hochschulpolitisch profiliert, aber in der Wahlzeitung lesen wir, daß er seine Praktikantenzeit in der Gorch Fock Apotheke(!) absolviert hat. Nun, die Studentenschaft der Math.Nat.Fakultät weiß so etwas offenbar zu würdigen.

Für diejenigen, die die Spitzenkandidaten der Math.Nat.Fak. noch nicht kennen sollten, hier noch einmal die Ergebnisse:

1.	Dietrich O.Müller	VAFU	767
2.	Michael Foof	VAFU	753
3.	Eckhard Graudenz	VAFU	737
4.	Gerhard Schaefer	VAFU	732
5.	Gerhard Holzmann	VAFU	715
6.	Johannes Nebe	VAFU	708
7.	Johannes Petermann	VAFU	663
8.	Paul Müller	VAFU,Neo Germania	626
9.	Franz Lagodzinski	-	624
10.	Joh.-W.Landsberg	SPD	567
11.	Reinhard Selka	-	560
12.	Horst-Eckart Gross	SDS	508
13.	Heide Muthmann	HSU	499
14.	Alf Hamann	-	498
15.	Erich Stasch	-	493

Der "Ruck nach rechts" ist, wie sollte es anders sein, ein totaler. So wurden nicht nur alle VAFU-Kandidaten in den Konvent gewählt, sondern sie belegen auch in schöner Einhelligkeit die Spitzenplätze 1 - 8. Sollte

-2-

LSDLSDLSDLSDLSDLSDLSDLSDLSDLSDLSDLSDLSDLSDLSDLSDLSDLSDLSDLSDLSDLSDLSDLSD

noch irgendjemand an der "strammen rechten Ausrichtung" der Math. Nat. Fakultät zweifeln, so sollte ihm diese "klare Bekundung des Wählerwillens" auf immer den linken Mund stopfen. Man könnte fortfahren und den Eindruck der VAFU-Leute bei der Kandidatenvorstellung kommentieren, sowie ihren bisherigen Einsatz an der Fakultät, um dann zu dem Ergebnis zu kommen, daß zur Zeit doch Karneval ist.

Nur ist die Situation zu ernst für Karneval und Schildbürgerstreiche. Der Berliner Senat und der reaktionäre Teil der Ordinarien werden diese "Neuorientierung" an einer traditionell links wählenden Fakultät als Ermutigung zu einer restaurativen, reformfeindlichen Haltung verstehen und in der Hoffnung auf noch bessere Zeiten die Lösung der pressanten Probleme weiter hinausschieben. Der Sieg der VAFU an der Math.Nat.Fak. hat auch keineswegs nur lokale Bedeutung. Er bescherte den Rechten zusätzlich 6 Mandate, d.h. er kostete die Linken 6 Konventssitze. Die Verhältnisse im neuen Konvent würden bei einem traditionellen Wahlausgang an der Fakultät eine klare Mehrheit für die progressive Linke im Konvent ergeben haben.

Sollte noch jemand aufgrund des bilderbuchhaft guten Ergebnisses für die Rechten an der Math.Nat.Fak. sich im unklaren darüber befinden, ob dies denn wirklich durch eine politische Neuorientierung zustandegekommen sei, bei der ja wohl eine gewisse Streuung der Stimmen aufgetreten wäre, so sei ihm gesagt, dass es k e i n e politische Meinungsänderung an der Math.Nat.Fakultät gegeben hat. Der Wahlausgang wurde vielmehr durch ein vorher genau überschaubares Taktieren zustandegebracht.

Am 10.7. dieses Jahres beschloss der Konvent ohne Diskussion, die Wahlkreise Math.Nat.Fakultät und Pharmazeutisches Institut zusammenzulegen. Eigentlich hätte man im Konvent etwas hellhöriger sein müssen, denn bei der letzten Konventswahl zeichneten sich die traditionell stramm rechts wählenden Pharmazeuten durch eine so große Stimmfreudigkeit aus, daß immerhin ein rechnerisches Ergebnis von 101,6 % Wahlbeteiligung herauskam. Die vergleichsweise bescheidene Wahlbeteiligung an der Math.Nat.Fakultät dürfte ebenfalls bekannt sein. Es war also völlig klar, daß eine Vereinigung der beiden Wahlkreise der Math.Nat.Fakultät einen starken Rechtsdrall geben würde. Als die rechten Pharmazeuten noch heftig opponierten, schliefen

LSDLSDLSDLSDLSDLSDLSDLSDLSDLSDLSDLSDLSDLSDLSDLSDLSDLSDLSDLSDLSDLSDLSDLSD

LSDLSDLSDLSDLSDLSDLSDLSDLSDLSDLSDLSDLSDLSDLSDLSDLSDLSDLSDLSDLSDLSDLSD

die linken Abgeordneten im Konvent jedoch vollends ein. Nicht ganz ohne Grund: War doch der Antrag von dem jetzigen AStA-Vorsitzenden Johann-Wolfgang Landsberg miteingebracht, der immerhin durch viersemestrige Anwesenheit an der Math.Nat.Fakultät als intimer Kenner der Verhältnisse gelten konnte.

Wie war dann der klare, uniforme Stimmenvorsprung der Rechten herbeizuführen? Die Parole am Pharmazeutischen Institut lautete: Nur VAFU-Leute wählen, keine Stimme für andere Kandidaten. Dadurch bekam jeder VAFU-Kandidat rund 300 - 350 Blockstimmen und dazu die Stimmen des rechten "Bodensatzes" aus dem alten Math.-Nat.-Wahlkreis. Damit war bei der starken Wahlbeteiligung der Pharmazeuten (92 %) jeder Kandidat der VAFU durchzubringen und die Math.-Nat. Fakultät stellte verwundert fest, daß sie "rechts" war.

SPD-Mitglied Landsberg, noch in der Wahlnacht vom LSD auf das Ergebnis der Wahl an der Math.Nat.Fak. angesprochen, hielt die Zusammenlegung der Wahlkreise noch immer für eine gute Entscheidung. Seine unpolitischen Freunde versuchten noch am Montag, durch Ausmalen utopischer Visionen von eindem Einfluß der Linken am Pharmazeutischen Institut das Eigentor abzufälschen.

Klar ist jedoch vielmehr, dass die VAFU bei der nächsten Wahl 13 Kandidaten aufstellen kann und mit der bewährten Methode alle 13 Kandidaten durchbringe wird. Dann wird es nicht mehr einen einzigen linken Abgeordneten der Math.-Nat.Fakultät geben. Vielen Dank, Herr Landsberg!

LIBERALER STUDENTENBUND DEUTSCHLANDS

Ggez. J.F.Schapitz gez. Dieter Orals

Gruppenvorsitz.d.LSD-FU Gestellv.Landesvorsitz

12.12.1967:
Am Germanischen Seminar der FU Berlin gibt die Studentenvertretung ein Flugblatt heraus mit dem Aufruf zur Vollversammlung am 18.12.1967 um 13 Uhr sowie am selben Tag zur Veranstaltung mit Peter Schütt über Benno von Wiese.
Q: FU-SV Germ: Vollversammlung Germanistik, O. O. (Berlin) 12.12.1967

Foto 2

Studentenvertretung des Instituts für Germanistik der FU 12.12

VOLLVERSAMMLUNG GERMANISTIK

MONTAG, 18.12.1967, 13.00 c.t., WISOFAK 107

TAGESORDNUNG:

1. Bericht des Sprechers, Fragestunde, Einzelanträge
2. Endgültige Verabschiedung der Satzung (Text in der SV erhältl
3. Seminarkonferenz: institutioneller Status und Beauftragung de studentischen Delegierten
4. Nachwahl zur Studentenvertretung
5. Berufungskommission eines neuen linguistischen Lehrstuhls

Satzungsänderungsanträge (Wild): §9 "Ständige Gäste der VV sind Dozenten des Insituts." §10 "Jeder Anwesende hat Rede- und Antra recht." §17,Satz2 und §19,Satz2 entfallen, statt dessen neu §18a "Die Kandidaten stellen sich auf einer Wahlvollversammlung vor, in der 1. Woche des letzten Vorlesungsmonats stattfinden soll."

PETER SCHÜTT: BENNO v. WIESE

PETER SCHÜTT: BILDNIS EINES DOYEN. ZUR ROLLE BENNO VON WIESES IN DER DEUTSCHEN GERMANISTIK. - Montag, 18.12.,18.00c.t., Henry-For Hörsaal B

Benno v. Wiese:
"Sinn einer echten Demokratie kann es nicht sein, Künstler zu fo die Handlanger einer wie auch immer begründeten totalitären Staa oder Religionsgesinnung sind." 1958
"Es sind gerade die besten der deutschen Dichter, die im Volksst Adolf Hitlers von neuem zu einer deutschen Kulturidee zurückfind In der Hitlerjugend leben Landsknechtsgesänge und Soldatenlieder wieder auf, werden im Willen zu gemeinsamen Volks- und Festspiel Volk und Dichtung zu einer ursprünglichen Einheit verknüpft." 19
"Wer die Schönheit aus dem Bereich des Spiels in den des Ernstes überziehen will, würde ihren utopischen Scharakter verkennen, er de die Schönheit an die Wirklichkeit versklaven und dem Menschen (im Bereich der Utopie erreichtes) Heil, nämlich seine Freiheit Ganzheit rauben." 1963

MONTAG, 18.12.1967, 18.00 c.t.,

HENRY-FORD-BAU HÖRSAAL B

FORUM JUNGE GERMANISTIK

veranstaltet von der Studentenvertretung des Germanischen Seminar
zusammen mit der Kritischen Universität

Zusammen mit der Kritischen Universität richtet die Studentenvert
tung ein Diskussionsforum ein, um jene fachinterne Öffentlichkeit
konstituieren, die die traditionellen Formen wissenschaftlicher K
munikation - durch die Kanalisation der Auseindersetzungen - verh
dert haben,
Das Forum dient der Kritik sowohl der theoretischen Substanz der
manistik als auch der Institutionen, in denen sich die Germanisti
Universität und Schule reproduziert. Z.B. verbindet es in diesem
mester die Faschismusaufarbeitung der Germanistik mit der Erörter
einer neuen Staatsexamensordnung.
Das Forum betreibt damit Aufklärung über Wissenschaft und Studium
bereitet so auf der Ebene der Diskussion vor, worüber die politis
Organe der Studentenschaft, die Vollversammlung, praktisch zu be-
schließen haben.
Mit diesem Forum junger Germanistik verbindet sich ein dezidiert
tischer Anspruch.
Folgende Veranstaltungen sind noch für diess Semester vorgesehen:

Peter Schütt (Hamburg): BILDNIS EINES DOYENS ZUR ROLLE BENNO VON WI
IN DER DEUTSCHEN GERMANISTIK. - Mo.,18.12.,18 Uhr, Henry-Ford-Bau

Dr. Friedrich Rothe (Berlin): MÖGLICHKEITEN NACHREVOLUTIONÄREN ERZÄH
LENS. FRITZ REUTER UND DIE 48er REVOLUTION. - Mi.,10.1.1968,18 Uhr

Hearing und Diskussion: ENTWURF EINER STAATSEXAMENSORDNUNG FÜR GERMA
NISTIK. Mit Mitgliedern der Fachkommission für Studienreform, Vert
tern der Schulverwaltung und Berliner Referendaren. - Mitte Januar

Dr. Oskar Negt (Frankfurt): THESEN ZUR ARBEITERSPRACHE. Ende Januar.

Hearing und Diskussion: GRUNDSTUDIUM AM GERMANISCHEN SEMINAR. Mit Mi
gliedern der Fachkommission für Studienreform, Vertretern der Doze
tenschaft.-Anfang Februar. (Material wird vorher veröffentlicht.)

Ungewiß ist, ob noch in diesem Semester folgende Veranstaltung sta
finden kann:

Prof.Dr.Karl Otto Conrady (Kiel), Dr.Wolfgang Fritz Haug (Berlin), H
Dr.Eberhard Lämmert (Berlin): ZUR AUFARBEITUNG DES FASCHISMUS IN D
GERMANISTIK.
Wenn nicht in diesem Semester, so wird die Auseinandersetzung zu Be
des nächsten Semesters stattfinden.

FORUM JUNGE
GERMANISTIK

12.12.1967:
Am Romanischen Seminar der FU Berlin erscheint, laut einer handschriftlichen Datierung heute, das Flugblatt "Aufruf Heute Vietnam morgen wir!" zur Spendensammlung der Tutoren der Veranstaltung von Prof. Loos, der sich die Studentenvertretung angeschlossen hat.
Q: N. N.: Aufruf Heute Vietnam morgen wir!, O. O. (Berlin) O. J. (1967)

EStP 2

12.12.64

AUFRUF

Die Tutoren der sieben Gruppen, die die Einführungsveranstaltung von Professor Loos begleiten, unterstützen den Befreiungskampf des vietnamesischen Volkes und spenden dem Vietkong 560 DM.
Gleichzeitig läuft eine Spendenaktion in Form einer Haussammlung unter den Dozenten des Romanischen Seminars.

Die Studentenvertretung des Romanischen Seminars schließt sich der Sammlung mit einem eigenen Betrag an. Sie fordert Tutoren, Dozenten und Studenten der Freien Universität auf, in ihren Instituten eine Spendenaktion für den gleichen Zweck durchzuführen.

HEUTE VIETNAM

MORGEN WIR!

13.12.1967:
An der FU Berlin soll der Akademische Senat (AS) tagen.
Q: Zinser, H. / Damerow, P.: Der Akademische Senat, O. O. (Berlin) O. J. (1967)

DER AKADEMISCHE SENAT

behandelt auf seiner Sitzung am 13. Dezember 1967
folgende Punkte

Tagesordnung

Protokollgenehmigung

I. Dienstrechtliche Angelegenheiten
   1. Beurlaubungen und Dienstreisen
   2. Ernennungen
   3. Genehmigung von Nebentätigkeiten

II. Korporationsrechtliche Angelegenheiten
   1. Berufungen
   2. Vorbereitung zur Aufnahme in die Hochschulkoporation
   3. Aufnahme in die Hochschulkorporation
   4. Wahl eines stud. Mitglieds in den Verfassungsausschuß
   5. Festlegung des Termins für die Pfingstferien 1968
   6. Änderung der Diplomprüfungsordnungen der Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Fakultät

III. Mitteilungen

gez. Hartmut Zinser — gez. Peter Damerow
stud. Sprecher im Akademischen SEnat

13.12.1967:
Am OSI der FU Berlin erscheint das Flugblatt "15 Jahre danach - die überwältigte Vergangenheit" zu den Äußerungen von Prof. Löwenthal gegen Prof. Gottschalch.
Q: Scherer, R. et al.: 15 Jahre danach - die überwältigte Vergangenheit, O. O. (Berlin) 13.12.1967

12.12.67

15 Jahre danach - die überwältigte Vergangenheit

1951 hielt der Mitbegründer der damaligen Deutschen Hochschule für Politik, Franz Leopold Neumann, in dieser Hochschule einen Vortrag, in dem er u.a. folgendes sagte:

> Die Ökonomie kann ... auch nach der radikalen liberalen Theorie keineswegs ohne Politik bestehen. Zumindest braucht man Zölle, Steuern, Armeen und Polizei. Aber in der Periode der Konzentration braucht man mehr als das. Das ökonomische System wird stark und damit krisenempfindlich. Großzügige Subventionspolitik wird erforderlich, aber eine Subventionspolitik, die nicht gleichzeitig die demokratische Bewegung stärkt. Hier liegt der Ansatz zum Faschismus. Da die Ökonomie den Staat braucht, will sie einen Staat, der die ökonomischen Machtverhältnisse nicht antastet. Man kann also sagen, daß der Faschismus aus dem Bedürfnis der ökonomischen Machthaber nach einem starken Staat entstand, der aber nicht der Kontrolle des Volkes unterworfen sein durfte. Der Faschismus entstand nicht als Reaktion auf die kommunistische Gefahr, sondern zur Unterdrückung der demokratischen Bewegung, die die politische Macht zur rationalen und sozialen Gestaltung der Ökonomie verwenden wollte.
> (in: Demokratischer und autoritärer Staat, Frankfurt 1967, S.255) Hervorhebungen nicht vom Verfasser)

1967 sagte Wilfried Gottschalch in einem Diskussionsbeitrag auf der Gründungsversammlung der KU u.a. folgendes:

> Die Tatsache, daß im demo-autoritären System der Bundesrepublik politische Macht auf ökonomischer Macht und diese auf Kapitaleigentum beruht - gleiches gilt auch für die anderen bürgerlichen Demokratien - schließt ein, daß in ihr stets faschistische Komponenten und Tendenzen wirksam sind.

Auch einem unkritischen Leser müssen Übereinstimmungen in der Auffassung der beiden Autoren auffallen.

Wir verstehen nicht:

daß Richard Löwenthal Schwierigkeiten hat, "von diesen Äußerungen die Brücke zu den in Ihrem (Gottschalchs) Brief genannten Autoritäten (F.L.Neumann) u.a.) zu schlagen" (nach Info-Dienst Nr.102).

daß Gottschalch 1967 nach Auffassung Löwenthals mit seinen Äußerungen die inhaltlich mit denen F.L.Neumanns aus dem Jahre 1951 übereinstimmen, "nicht mehr auf dem Boden der freiheitlich-demokratische Grundordnung" steht. (Zitat nach Tagesspiegel 5.12.1967)

daß die gleiche Auffassung, die 1951 unangefochten in einem Vortrag in der Deutschen Hochschule für Politik vertreten werden konnte, 1967 im Otto-Suhr-Institut zum entscheidenden Kriterium für die Ablehnung eines Lehrauftrags werden soll.

13.12.1967

R.Scherer
P.Rambauseck
D.Westfeld
J.Koch
A.Schulte

F.Arnold
W.Müller
T.Brucker
U.Fischer

M.Bauer
M.Kretzschmar
A.Kasche
D.Haensch
P.Herzinger

14.12.1967:
Der Vorstand der SPD-Betriebsgruppe Berliner Hochschulen und selbständige Forschungsinstitute gibt seine 'Innerparteiliche Information' Nr. 1 heraus zum Wahlergebnis für den Konvent an der FU.
Q: SPD-BG Hochschulen: Innerparteiliche Information Nr. 1, O. O. (Berlin) 14.12.1967

SPD INNERPARTEILICHE INFORMATION

Herausgeber: Vorstand der SPD Betriebsgruppe Berliner Hochschulen und selbständige Forschungsinstitute

Nr. 1 / 14. Dezember 1967

Kurzanalyse der Wahlen zum 20. Konvent der Freien Universität

Das wachsende Interesse an der Politik der Studentenvertretung spiegelte sich zuerst wieder in der hohen Zahl der Kandidatenmeldungen für die Wahl zum 20. Konvent der FU.
Während sich im vergangenen Jahr für die 79 Sitze nur 129 Kandidaten bewarben, standen in diesem Jahr für 76 Mandate 211 Studenten zur Auswahl:

Philosophische Fakultät	:	78	Kandidaten	für	24 Mandate
WI-SO	" :	37	"	"	15 "
Medizinische	" :	35	"	"	13 "
Math. Nat.	" :	24	"	"	13 "
Juristische	" :	33	"	"	9 "
Vet. Med.	" :	4	"	"	2 "

Der starken Kandidatenbeteiligung entspricht die hohe Wahlbeteiligung von 69,3 % gegenüber 53,7 % im Vorjahr.
Im Gegensatz zu den vergangenen Jahren beschränkte sich der Wahlka nicht auf die Auseinandersetzungen der politischen Hochschulgruppen. Vielmehr propagierte der der CDU nahestehende RCDS schon früh zeitig eine rechte Sammlungsbewegung unter der Bezeichnung "Aktion 20. Konvent". Nach politischen Auseinandersetzungen gründeten die Korporationen die "Vereinigten Arbeitsgemeinschaften an der FU" (VAFU), während der RCDS Hauptträger der "Aktion" blieb. Auf der Linken konstituierte sich daraufhin ein "Wahlkuratorium", in dem sich Kandidaten der kleineren Hochschulgruppen (HSU, LSD und ande sowie nicht organisierte Studenten zusammenfanden.

Organisation der Kandidaten

VAFU = 31, Aktion 20. Konvent = 25, Wahlkuratorium = 50,
SHB = 19, SDS = 24.
Andere Kandidaten wurden von den Fakultätsvertretungen auf deren Listen mitempfohlen, sodass fast alle Kandidaten von Gruppierunge unterstützt wurden.

- 2 -

Redaktion: Dieter Fitterling / Analyse: Bernd Bensch, Gerd Börnse Dieter Fitterling

Politische Ziele

Die "Vereinigten Arbeitsgemeinschaften" (VAFU) warben in Frontstellung gegen die bisherige Politik von ASTA und Konvent um de "unpolitischen"Wähler. Ohne ein Gesamtkonzept traten sie mit hochschulpolitischen Thesen auf, die ausnahmslos den Programme der linken Hochschulgruppen entnommen waren. Eigene Beiträge zu Fragen der Hochschul- und Studienreform wurden von ihnen nicht geleistet. Ihre scheinbar unpolitische Haltung dokumentierte si darin, dass sie nicht den Inhalt der Politik des ASTA kritisier ten, sondern lediglich deren Formen. ("Diskutieren und nicht ma pulieren, argumentieren und nicht polemisieren"). Da sie Hochsc politik nicht als Teil der Gesellschaftspolitik, sondern von ih isoliert sahen, lehnten sie das politische Mandat der Studenten vertretung und die gesellschaftliche Funktion der "Kritischen Universität" ab.

Die "Aktion 20. Konvent" dagegen betonte das gesellschaftspolitische Engagement der Studentenschaft ("tiefgreifende Reform fü eine demokratische Gesellschaft", konkreter Aufruf z.B. zur Demonstration gegen das griechische Konsulat), befürwortete das p litische Mandat und forderte dessen Verankerung im Hochschulges Die Mitglieder der "Aktion" lehnten eine Mitarbeit in der KU nicht ab. Ihr Wahlslogan ("gegen den SDS") war politisch begrün

Die beiden Hochschulverbände SHB und SDS, deren Koalition im ve gangenen Jahr den ASTA getragen hatte, verzichteten wegen der Vielzahl ihrer Kandidaten auf einen gemeinsamen Wahlkampf. Wie auch der RCDS (allerdings in seiner Verkleidung als "Aktion 20. Konvent") propagierten beide ihre Hochschulkonzeption in ge schlossene "Texte" und vermieden die inhaltlich unzusammenhänge Thesenform der VAFU. Im Vertrauen auf sein Image verzichtete de SDS auf einen weiteren Wahlkampf, während der SHB an 3 Fakultät konzentriert für seine Kandidaten warb. Das "Wahlkuratorium" trat für eine kontinuierliche Fortführung der Politik des ASTA ein. Den Erfordernissen einiger Fakultäten entsprechend wurden die Listen durch Mitglieder von SPD, SHB und SDS aufgefüllt.

Wahlergebnis

Das Wahlergebnis bestätigte die bereits in der Phase der Kandi tennominierung feststellbare Tendenz einer weiteren Politisier der FU-Studenten. Kennzeichnend ist nicht nur die sehr hohe

Wahlbeteiligung von 69,3 %, sondern vor allem die Zunahme um 15,6 % gegenüber der vorangegangenen Wahl. Die Stellung der Studentenvertretung als Repräsentation der Gesamtstudentenschaft erfuhr eine wesentliche Stärkung. Der Konvent der FU wird künftig unbestreitbar als Spiegelbild des studentischen Willens gelten können.

Diese Feststellung gewinnt an Gewicht, wenn man die Wahlbeteiligung an den einzelnen Fakultäten vergleicht:

Wahlbeteiligung an den einzelnen Fakultäten

	19. Konvent (1966)	20. Konvent (1967)	
Juristische Fakultät	48,5	71,3	+ 22,8
Medizinische "	51,0	70,9	+ 19,9
Philosophische "	51,3	70,0	+ 18,7
WI SO "	57,8	70,2	+ 12,4
Mat.Nat. "	58,5	68,7	+ 10,2
Vet. Med. "	73,3	64,4	- 8,9
	53,7	69,3	+ 15,6

Es ergibt sich, dass der Anstieg der Wahlbeteiligung in den Fakultäten durchgehend erfolgte und dort am grössten war, wo geringes hochschulpolitisches Interesse sich bislang am negativsten in der Wahlbeteiligung manifestiert hatte. Mit den Wahlen zum 20.Konvent wurde, gemessen an der Wahlbeteiligung, formal ein in allen Fakultäten gleichmässiger Politisierungsgrad von etwa 70% erreicht.

Die spätestens seit den Ereignissen dieses Sommers feststellbare Emotionalisierung weiter Kreise bislang unpolitischer Studenten, die zunächst zu einer blossen Solidarisierung geführt hatte, scheint sich soweit politisch konkretisiert zu haben, dass nunmehr eine Beteiligung am hochschulpolitischen Entscheidungsprozess erfolgt. Kennzeichnend ist die Polarisierung der Gruppen. Um einen Sitz im Konvent zu erhalten, war es diesmal erforderlich, weit mehr Wählerstimmen auf sich zu vereinigen als bei den vorangegangenen Wahlen:

ipi / 1 / 14. 12. 1967

Notwendige Mindestzahl eines
gewählten Konventmitgliedes

	19. Konvent	20. Konvent	
Phil. Fak.	624	796	+ 172
Med. Fak.	(3 Fachsch.)	656	---
Wiso. Fak.	550	632	+ 82
Mat.-Nat.Fak.	(ohne Pharm.)	339	---
Jur. Fak.	293	371	+ 78
Vet.Med. Fak.	111	83	- 28

Unabhängige und Einzelkandidaten haben selbst dann nicht die notwendige Stimmenzahl erhalten, wenn sie so bekannt waren, wie z.B. das Mitglied der Kommune Langhans. Umgekehrt wurde etwa der stellvertretene ASTA-Vorsitzende Wilhelmer von rund 44 % der in der Phil.-Fak, sich an der Wahl beteiligenden Studenten gewählt.. Dies herausragende Abschneiden einzelner Spitzenkandidaten spiegelt abermals die Polarisierung der Wahlentscheidung, denn eine derartige Kristallisation der Stimmen fand statt, wenn ein durch politische Aktivität profilierter, in der Gesamtuniversität bekannter Kandidat sich zugleich auf die Wahlempfehlung mehrerer Gruppen stützen konnte.

Die Polarisierung bestätigte zudem die sich schon bei der Entstehung der Wahlbündnisse abzeichnenden Herausbildung von Fraktionen. Auffallend ist der Erfolg der VAFU. Die Berliner Presse spricht von einem 'Erdrutsch' der Linken und erwartete ein 'gemässigtes Gegengewicht' der Rechten im neuen Konvent. Tatsächlich besteht der Konvent künftig aus zwei fast gleich starken Gruppierungen. Die Linken von SDS über das "Wahlkuratorium" bis zum SHB konnten von den 76 Sitzen "nur" 40 Mandate erringen. VAFU und "Aktion 20. Konvent" erzielten 36 Mandate. Zugleich muss jedoch festgestellt werden, dass noch nie zu Beginn einer Sitzungsperiode so viele Abgeordnete als so eindeutig Links betrachtet werden konnte sind doch in diesem Konvent erstmals fast keine "Unabhängigen" vertreten.

Die Rechte konnte ihre Haupterfolge in der Juristischen, der Mathematisch-Naturwissenschaftlichen und der Medizinischen Fakultät erringen. Dabei hat die VAFU den RCDS und dessen "Aktion 20. Konvent" weitgehend verdrängt. Die Rechte wird daher vor der schwierigen Aufgabe stehen, zunächst ein gemeinsames Programm

entwerfen zu müssen. Dies wird um so notwendiger sein, als die inhaltliche Übereinstimmung der "Aktion 20. Konvent" mit programmatischen Schwerpunkten der "Linken" dazu führen kann, dass ein Zusammenwirken des gesamten Konvents bei der Durchsetzung des hochschulpolitischen Programms nur von der VAFU blockiert wird, die damit von der propagierten Haltung einer "gemässigten Mitte" offenkundig in eine Rechtsaussen-Position rutschen müsste

Hochburg der Linken bleibt die Philosophische Fakultät, wie auch grundsätzlich die Feststellung erneut bestätigt wird, dass die Studierenden der gesellschaftswissenschaftlichen Fächer überwiegend links wählen. Wenn die Jur.-Fak. fast ohne Ausnahme nach der Liste der Korporationsvertreter gewählt hat, so liegt die Liste des SDS dem Wahlergebnis an der Philosophischen Fakultät unmittelbar zugrunde. Das einzige SHB-Mitglied, dass Eingang in die SDS-Liste gefunden hatte, die ASTA-Referentin Jutta Menschik erreichte Platz 5, während beispielsweise das ebenso prominente ehemalige Asta-Mitglied Mohs vom SHB nur auf Platz 20 gewählt wurde. Zweifellos wirkte sich das Image des Verbandes erheblich stärker bei der Wahl von SDS-Vertretern aus als bei Mitgliedern des SHB. Ausschlaggebend dürfte aber die Erfolglosigkeit der Politik des SHB nach dem 2. Juni gewesen sein. Sie kann sich nicht in Protesten genügen, sondern muss sichtbare Ergebnisse der Arbeit in und mit der SPD vorweisen. Derzeit jedenfalls sieht die Studentenschaft eher den SDS als den SHB bestätigt. Während der SDS 16 statt bisher 7 Mitglieder in den Konvent entsendet, wird der SHB nur 4 statt bisher 12 Sitze einnehmen.

Die knappen Mehrheitsverhältnisse werden die Linke zwingen, in allen Fragen geschlossen abzustimmen. Es wird daher eine ausführliche Debatte innerhalb der Linken notwendig sein, in der sich der SHB in dem Masse durchsetzen können wird, in dem es ihm gelingt, seinen Einfluss auf die parlamentarische Beratung der Hochschulprobleme zu verdeutlichen. Die Fraktionsdebatte der Studentenvertreter wird damit auf der Linken wie auf der Rechten zum kennzeichnenden Element der Arbeit des 20. Konvents

14.12.1967:
An der FU Berlin ruft der AStA auf zur "Massenhaften Selbstanzeige". Dazu verbreitet der AStA Selbstanzeige-Formulare wegen Landfriedensbruchs am 2.6.1967.
Q: AStA FU: An alle 'Landfriedensbrecher', Berlin O. J. (1967); AStA FU: An den AStA…, Berlin O. J. (1967)

Foto 2

ASTA der FREIEN UNIVERSITÄT

Berlin 33, 14.12.67
Garystr. 20

An alle "Landfriedensbrecher"

Der Prozeß gegen Fritz Teufel nähert sich seinem Ende. Allgemein herrscht der Eindruck vor, es stehe um Teufels Sache gut. Ganz offensichtlich ist der Vorwurf des schweren Landfriedensbruchs bereits zusammengebrochen. Doch wäre es völlig falsch, daraus zu schließen, Teufel würde deshalb automatisch freigesprochen. Es drängt sich vielmehr der Verdacht auf, daß Teufel zwar von der Anklage des schweren Landfriedensbruchs freigesprochen, dafür aber wegen einfachen Landfriedensbruchs zu einer "geringen" Gefängnisstrafe verurteilt wird, die dann mit der Untersuchungshaft "abgegolten" wäre.

Auch ein solches Urteil wäre eine schwere Provokation für die Berliner Studentenbewegung, für alle Demokraten, für die außerparlamentarische Opposition. Ein einzelner würde exemplarisch für Handlungen bestraft, die Tausende in den letzten zwei Jahren begangen haben. Und es wäre ein Exempel statuiert, um auch in Zukun aus Demonstrationen wahllos oder auch gezielt bestimmte "Täter" herausgreifen zu lassen und zur Abschreckung zu verurteilen.

Wir können uns gegen diese drohende Gefahr am besten mit dem Mittel der

MASSENHAFTEN SELBSTANZEIGE

zur Wehr setzen.

Die Berliner Justiz soll wissen, daß sie nicht einen von uns zum Sündenbock stemp kann, nur weil er einen Bart trägt und einer exzentrischen Gruppe angehört. Eine Verurteilung Teufels muß durch diese Solidarität verhindert werden. Wenn Fritz Teufel dennoch verurteilt wird. muß das für Moabit bedeuten: Ein Rattenschwanz von Prozessen durch alle Instanzen, was die politisierende Justiz völlig lahmlegt. Die finanziellen Mittel für diese Kraftprobe werden durch den im Aufbau befindliche Rechtshilfefonds bereitgestellt werden.

Nun noch einige technische Hinweise:

Die Selbstanzeigen werden beim ASTA der FU gesammelt und erst dann an den Gen ralstaatsanwalt weitergeleitet, wenn mehrere hundert vorhanden sind.

Neben dem 2. Juni 1967, der auf dem Formular genannt wird, bieten sich folgende Ausweichtermine für diejenigen an, die am 2. Juni partout den Landfrieden nicht haben brechen können, weil sie nicht dabei waren:

5. Februar 1966	vor dem Amerika-Haus
10. Dezember 1966	am U-Bahnhof Spichernstraße oder auf dem Kurfürste damm (im Anschluß an die Vietnam-Demonstration der Kampagne für Abrüstung)
17. Dezember 1966	auf dem Kurfürstendamm ("Spaziergangs-Demonstration")
26. März 1967	vor dem Amerika-Haus und am Kranzler-Eck (im Anschluß an den Ostermarsch)
21. Oktober 1967	an der Kreuzung Kurfürstendamm-Joachimstaler Str.

An den AStA der Freien Universität, 1 Berlin 33, Garystraße 2o
zur Weiterleitung an den

Generalstaatsanwalt
beim Landgericht Berlin
looo Berlin 21
Turmstr. 91

Ich zeige mich hiermit wegen des Deliktes des einfachen Landfriedensbruchs nach § 125, Abs. 1 StGB an.

Sachverhalt:

Ich habe an der Demonstration

am 2. Juni 1967 vor der Deutschen Oper teilgenommen.

Ich habe dabei

an Sprechchören teilgenommen,
(evtl. Text der Sprechchöre):

zugesehen, wie Hühnereier / Farbeier / Farbbeutel / Tomaten / Rauchkerzen geworfen wurden und mich daraufhin keineswegs protestierend entfernt, da ich das Werfen mit diesen Gegenständen dem Anlaß angemessen fand.

(Nichtzutreffendes streichen. Das Datum des 2. Juni 1967 evtl. durch Daten anderer Demonstrationen ersetzen.)

Ich erhebe Anspruch, in gleicher Weise wie der Student Fritz Teufel bestraft zu werden. Auf den Art. 3 des GG weise ich hin!

Es wäre zwecklos, diese Selbstanzeige mit einem Strafbefehl zu beantworten, da ich gegen einen solchen ohnehin sofort Einspruch erheben würde.

Für den Fall, daß Sie diese Anzeige nicht verfolgen, werde ich Anzeige wegen Begünstigung im Amt nach § 346 StGB erstatten.

Berlin, den .....

.....
(Unterschrift)

Name:..... Geb. datum .....

Anschrift: ..... Beruf:.....

.....

14.12.1967:
An der FU Berlin rief Student für Europa - Student für Berlin für heute auf zur Blutspende im Klubhaus um Großstadtkindern Ferien zu ermöglichen.
Q: Student für Europa - Student für Berlin: Blutgruppe?, O. O. (Berlin) O. J. (1967)

Foto2

Interessieren Sie sich für Ihre

BLUTGRUPPE?

Wir interessieren uns für Ihre

BLUTSPENDE!

Denn : Blutspende = Geld = Ferien für Großstadtkinder

Im letzten Sommer betreuten 700 "Studenten für Europa" 5500 Großstadtkinder.

Tragen Sie durch Ihre Blutspende zur Ferienaktion 1968 bei. Sie können durch Ihre Spende einem Kind 2 Ferientage schenken.

Sie erhalten : Freie Busfahrt zum Virchow-Krankenhaus und freie Rückfahrt in jeden Berliner Bezirk,
Blutspendepaß,
kraftigen Imbiß.

Sie verlieren : Etwa 500 cm^3 Blut,
höchstens 90 Min. Zeit,
auf jeden Fall die Vorstellung, daß Blutspenden etwa weh tun könnte.

TREFFPUNKT: vor der Mensa Mittwoch, 6. 12. 1530 Uhr (Sonderbus)

Studenten finanzieren
Studenten suchen Ferienheime aus
Studenten laden Kinder ein
Studenten machen drei Wochen

GROSSE FERIEN MIT KLEINEN BERLINERN
in eigener Regie und Verantwortung.

Machen Sie mit: Jetzt durch Ihre Blutspende, im Sommer als Betreuer.

Information : Nächster AGAbend des "STUDENT FUR EUROPA" / STUDENT FUR BERLIN eV :Donnerstag, 14.12. im Klubhaus der FU, B 37, Goethestr.49.

Zur Blutspende bitte Ausweis mitbringen

14.12.1967:
An der TU Berlin enden die Wahlen zum Studentenparlament (StPW).
Q: SV TU-Hauptwahlleiter: Vorläufige Mandate zum 23. Studentenparlament der TUB, Berlin 18.12.1967

VORLÄUFIGE MANDATE ZUM 23.STUDENTENPARLAMENT DER TUB

Abkürzungen:

APA	Aktionskomitee für Politische Arbeit
ESG	Evangelische Studentengemeinde
GSG	Gewerkschaftliche Studentengemeinschaft
LSD	Liberaler Studentenbund
BDS	Sozialistischer Deutscher Studentenbund
SHB	Sozialistischer Hochschulbund
WG	Wahlgemeinschaft
GoN	Gruppe ohne Namen
UAG	Unabhängige Aktionsgemeinschaft

Fakultät I (abgegebene Stimmzettel: 241)

1.) Wiest, Lorenz	(GSG,WG)	94
2.) Matthäi, Helmut	(WG)	84
3.) Siebel, Werner	(GSG,WG)	84

Nachrücker:

1.) Tramm, Inken	(WG,APA)	63
2.) Wunderlich, Dieter	(WG)	62
3.) Matthes, Jürgen	(UAG)	59
4.) Müller, Norbert R.	(UAG)	48
5.) Küntscher, Ralph	(UAG)	32
6.) Bolm, Igor	(GoN)	29
7.) Nitsche, Rainer	(unabhängig)	28
8.) Lüers, Arnt Richard	(unabhängig)	27
9.) Bitke, Hans-Jochen	(unabhängig)	21
10.) Tasche, Frank	(unabhängig)	10

Fakultät II

Fachschaft Mathematik (abgegebene Stimmzettel: 168)

1.) Stahl, Herbert R.	(GSG,WG)	53
2.) Bollmann, Peter	(LSD,WG)	52

Nachrücker:

3.) Schroeder, Ludwig	(UAG)	52
4.) Lorenz, Jürgen	(BPD,SHB,WG)	46
5.) Braun, Hartmut	(GoN)	35
6.) Schiffer, Heinrich	(unabhängig)	32
7.) Pfender, Michael	(unabhängig)	31

Beirat:

1.) Schroeder, Ludwig
2.) Braun, Hartmut
3.) Schiffer, Heinrich

Fachschaft Physik (abgegebene Stimmzettel: 333)

1.) Flesch, Tilo	(unabhängig)	206
2.) Mayas, Lothar	(GoN)	157
3.) Schoembs, Harald	(ESG,WG)	123
4.) Körner, Wolfgang	(ESG,WG)	111

Nachrücker:

5.) Sarkari, Rudolf	(unabhängig)	86
6.) Niemann, Hartmut	(unabhängig)	78
7.) Waas, Ulrich	(RCDS)	73
8.) Witt, Frank	(unabhängig)	64
9.) Bromme, Hartmut	(unabhängig)	48
10.) Hoffschulte, Konny	(unabhängig)	28
12.) v. Kries, Ingo	(---)	20
11.) Erdmann, Ullrich	(UAG)	21
13.) Trebstein, Friedrich	(unabhängig)	15

Fachschaft Chemie (abgegebene Stimmzettel: 283)

1.) Müller, Ullrich	(UAG)	142
2.) Deckwer, Wolf	(GSG, WG)	101
3.) Grasser, Ulrich	(unabhängig)	95
4.) Henseling, Karl Otto	(unabhängig)	89
Nachrücker:		
5.) Höhne, Gerhard	(GSG,WG)	87
7.) Bühnemann, Michael	(SDS,GSG,WG)	72
6.) Tantau, Karl	(SHB,WG)	77
8.) Michel, Herwig	(unabhängig)	66
9.) Langner, Klaus	(unabhängig)	50

Fakultät III - Architektur (abgegebene Stimmzettel: 714

1.) Brake, Klaus	(WG)	435
2.) Frank, Hartmut	(SDS,APA,WG)	382
3.) Waltz, Viktoria	(SDS,APA,WG)	356
4.) Gossa, Angelika	(GSG,APA,WG)	350
5.) Meckel, Frank	(SDS,APA,WG)	345
6.) Döpping, Dietrich	(WG)	315
7.) Neumeyer, Fritz	(APA,WG)	280
8.) Evers, Klaus-Peter	(WG)	265
9.) Heidrun Kehde	(SHB,APA,WG)	252
10.) Dohrmann, Jürgen	(WG)(APA)	246
11.) Müller, Dirk	(WG,APA)	218
Nachrücker:		
12.) Busse, Heinrich	(unabhängig)	216
13.) Schöfer, Rolf	(WG,APA)	206
14.) Wendt, Michael,	(SPD,APA)	198
15.) v.Hüllen, Herbert	(UAG, RCDS)	168
16.) Kujath, Hans,Joachim	(unabhängig)	147
17.) Richter, Bernd	(unabhängig)	137
18.) Bruche, Gert,Wolfgang	(unabhängig)	92
19.) Siewert, Horst	(unabhängig)	86

Fakultät IV
Fachschaft Bau- u. Verkehrswesen (abgegebene Stimmzettel: 71

1.) Kraft, Udo	(UAG)	438
2.) Preuß, Frank-Leopold	(RCDS,UAG)	331
3.) Krause, Jens	(UAG)	293
4.) Reiche, Lutz	(UAG)	281
5.) Heinrichs, Bernhard	(UAG)	246
6.) Beilschmidt, Lutz	(unabhängig)	245
7.) v. Levetzow, Arnt,Michael	(UAG)	238
8.) Klippel, Paul	(WG)	236
9.) Rehberg, Ludwig	(UAG,RCDS)	207
Nachrücker:		
10.) Nuschke, Olaf	(UAG)	186
11.) Schlüpmann, Hartmut	(WG)	185
12.) Henge, Werner	(SPD,SHB,WG)	181
13.) Hein, Bernd-Rüdiger	(WG)	163
14.) Reinicke, Günter	(UAG)	158
15.) Udem, Eberhard	(WH)	156
16.) Schuppener, Bernd	(WG)	151
17.) Sticht, Ingo	(unabhängig)	146
18.) Jobst, Werner	(unabhängig)	133
19.) Ortegel, Georg	(HSG,ESG,WG)	126
20.) Heinrich, Jürgen	(unabhängig)	122

Fortsetzung Nachrücker FS Bau- u. Verkehrswesen

21.) Varzandeh, Dehreuz	(WG)	107
22.) Möller, Gerd	(unabhängig)	106
23.) Hahn, Axel	(unabhängig)	97
24.) Mettin, Konrad	(unabhängig)	91
25.) Göschel, Wolfgang	(unabhängig)	90
26.) Müller, Falko	(unabhängig)	79
27.) Pollow, Hans-Dieter	(UAG)	67
28.) Zamzow, Gerhard	(Burschenschaft)	60
29.) Weber, Michael	(unabhängig)	58
30.) Nikolaus, Helmut	(ohne Angabe)	50
31.) Willert, Klaus	(unabhängig)	43
32.) Bonsardt, Günther	(unabhängig)	15
33.) Gebauer, Günter	(ohne Angabe)	11

Fachschaft Vermessungswesen (abgegebene Stimmzettel: 44)

1.) Lühring, Werner	(WG,GoN)	22

Nachrücker:

2.) Mittelstädt, Bernd	(UAG)	16

Beirat:

1.) Debes, Helmut	(ohne Angabe)	24
2.) Petznick, Gerd	(ohne Angabe)	24
3.) Mittelstädt, Berndt	(UAG)	14

Fakultät V

Fachschaft Schiffsbau (abgegebene Stimmzettel: 44)

1.) Fickler, Heinrich Otto	(unabhängig)	12

Nachrücker:

2.) Martensen, Jens	(ohne Angabe)	11
3.) Krüger, Hans-Jörg	(unabhängig)	7
4.) Vollbrandt, Jürgen	(WG)	6
5.) Elsholtz, Rolf	(unabhängig)	3
6.) Hollatz, Wilfried	(unabhängig)	2

Beirat:

1.) Vollbrandt, Jürgen	(WG)	35

Fachschaft Maschinenbau (abgegebene Stimmzettel: 604)

1.) Ruschke, Hans	(UAG)	283
2.) Nicolait, Gerhard	(UAG)	247
3.) Martiny, Gerd	(WG,GoN)	247
4.) v. Schöning, Karl-Viktor	(WG,GoN)	228
5.) Krohne, Jürgen H.	(UAG)	222
6.) Gommert, Lothar	(UAG)	215
7.) Clasen, Peter	(UAG)	197
8.) Schleißing, Stefan	(UAG)	194
9.) Hartstein, Horst	(UAG)	190

Nachrücker:

10.) Schmitz, Hans Klaus	(UAG)	185
11.) Moser, Hans-Albrecht	(GoN)	180
13.) Demir, Mustafa	(WG)	157
12.) Jüch, Arnim	(unabhängig)	164
14.) Bohnstedt, Bengt	(GoN)	156
15.) Prawitz, Ralph Hubertus	(WG)	155
16.) Bruns, Friedrich-Wilhelm	(WG)	142
17.) Olschewski, Jürgen	(unabhängig)	117
18.) Holtze, Jürgen	(unabhängig)	99
19.) Meißner, Peter	(unabhängig)	93
20.) Hagel, Erich	(unabhängig)	70

Fachschaft Flugtechnik (abgegebene Stimmzettel: 162)

1.) Hirsch, Hubertus-Rainer	(UAG)	86
2.) Neef, Wolfgang	(WG)	69

Nachrücker:

3.) Schmidt, Wolfgang	(WG)	55
4.) Batschi, Wolf-Dieter	(UAG)	53
5.) Sickinger, Werner	(UAG)	26
6.) Noack, Ernst	(Burschensch.)	22

Beirat:

1.) Batschi, Wolf-Dieter	(UAG)	40
2.) Schmidt, Wolfgang	(WG)	18

Fakultät VI

Fachschaft Landwirtschaft (abgegebene Stimmzettel: 110)

1.) Mix, Gerd-Peter	(WG)	62

Nachrücker:

2.) Herzberg, Jochen	(UAG)	46

Beirat:

1.) Spranger, Claus-Rudolf	(ohne Angabe)	53
2.) Grell, Hermann	(unabhängig)	41
3.) Schmitz-Winnenthal, Friedrich-Karl	(unabhängig)	38

Fachschaft Gartenbau (abgegebene Stimmzettel: 91)

1.) Muhs, Christian	(UAG)	32

Nachrücker:

2.) van Acken, Ute	(APA,WG)	19
3.) Pohl, Norfried	(unabhängig)	19
4.) Meinecke, Adolf	(GoN)	11
5.) Römheld, Volker	(unabhängig)	8

Beirat:

1.) Pohl, Norfried	(unabhängig)	50
2.) Römheld, Volker	(unabhängig)	37

Fachschaft Landwirtschaftliche Technologie

(abgegebene Stimmzettel: 82)

1.) Schmidt, Hans-Henning	(unabhängig)	61
2.) Goller, Gerhard	(unabhängig)	40

Nachrücker:

3.) Henninger, Wolfgang	(unabhängig)	38

Beirat:

1.) Henninger, Wolfgang	(unabhängig)	15

Fakultät VII
Fachschaft Bergbau (abgegebene Stimmzettel: 79)

1.) Köpke, Lutz	(unabhängig)	39
Nachrücker:		
2.) Schiel, Klaus	(WG)	31
Beirat:		
1.) Schiel, Klaus	(WG)	37

Fachschaft Hüttenwesen (abgegebene Stimmzettel: 119)

1.) Kornemann, Till	(unabhängig)	79
Nachrücker:		
2.) Henke, Klaus	(unabhängig)	63
Beirat:		
2.) Henke, Klaus	(unabhängig)	29

Fakultät VIII
Fachschaft Wirtschaftsingenieurwesen

(abgegebene Stimmzettel: 836)

1.) Wolf, Hubert	(GoN)	446
2.) Hain, Berhard	(CDU,UAG)	350
3.) Zöllner, Jörg	(UAG)	342
4.) Kretzmer, H-D.	(GSG,GoN,WG)	339
5.) Läpple, Dieter	(WG)	283
6.) Koch, Hans-Rudolf	(UAG)	261
7.) Reutlinger, Mathias	(CDU)	243
8.) Rogge, Dirk	(UAG)	239
9.) Borns, Hubert	(SPD,GSG,WG)	231
10.) Kupsch, Gottfried	(WG)	212
Nachrücker:		
11.) Ott, Friederich	(UAG)	211
12.) Valentien, Dietz	(UAG)(Burschonschaft)	
13.) Dreyer, Rüdiger	(WG)	181
14.) Wicke, Lutz	(UAG)	181
15.) Riecker, Peter	(SHB,WG)	178
16.) Tergau, Joachim,D.	(UAG)	175
17.) Eberhagen, Henning	(WG)	173
18.) Schupp, Gerhard	(UAG)	160
19.) Hamann, Manfred	(APA,WG)	159
20.) Schmidt-Harzdorf, Dieter	(UAG)	146
21.) Lesshaft, Karl	(SDS,WG)	141
22.) Martin, Hans	(WG)	131
23.) Schüring, Hendrik	(unabhängig)	123
24.) Oppelland, Hans-Jürgen	(GoN)	118
25.) Hoyer, Volker	(unabhängig)	111
26.) Röbke, Rüdiger	(unabhängig)	98
27.) Strenger, Hans-Henning	(unabhängig)	88
28.) Junkers, Horst	(unabhängig)	82
29.) Stumpp, Wolfgang	(Burschensch.)	78
30.) Brinkmann, Walter	(GoN)	68
31.) Pfeiffer, Otto	(unabhängig)	67
32.) Richter, Horst-Walter	(GoN)	62
33.) Pannier, Rainer	(unabhängig)	59
34.) Winter, Hartmut	(unabhängig)	33
35.) Akliros, Evangelos-Francesco	(Burschensch.)	31

Fachschaft Betriebswirtschaftslehre

(abgegebene Stimmzettel: 324)

1.) Vieten, Rolf	(GoN,LSD)	188
2.) Kühn, Klaus	(GoN)	135
3.) Matthias, Peter	(GoN,LSD)	128
4.) Sichart v. Sichartshofen, Fedor	(UAG)	125
5.) Strohmeyer, Henning	(UAG)	111
Nachrücker:		
6.) Braig, Werner	(UAG)	110
7.) Sprengel, Thomas	(LSD,WG)	90
8.) Hunke, Rüdiger	(UAG)	89
9.) Naumann-Etienne, Rüdiger	(LSD,WG)	87
10.) Jeske, Günter	(GSG,WG)	52
11.) Mayer, Walter	(GSG,WG)	45
12.) v. Petersdorff, Beate	(LSD)	42
13.) Laukant, Andreas	(SHB)	36

Fakultät IX - Elektrotechnik (abgegebene Stimmzettel: 843)

1.) Goldschmidt, Fritz-Dieter	(unabhängig)	356
2.) Block, Reinhard	(UAG)	347
3.) Pralle, Horst	(UAG,RCDS)	338
4.) Ruchholtz, Carsten	(UAG)	323
5.) Bertram, Gottfried	(UAG)	310
6.) Reibnitz, H.-P.	(GoN)	309
7.) Müller, Harald	(WG)	283
8.) Martin, Wolf	(WG)	279
9.) Eckoldt, Ralf	(WG)	278
10.) Mayer, Wolfgang	(SDS,WG)	275
11.) Streng, Wolfgang	(GoN)	265
12.) Heinrich, Gert	(GSG,WG)	235
Nachrücker:		
13.) Kiel, Fritz	(WG)	229
14.) Heiner, Günter	(WG)	217
15.) Hermes, Thomas	(unabhängig)	201
16.) Wagner, Konrad	(unabhängig)	190
17.) Widmann, Friedrich	(UAG-nahest.)	188
18.) Moeller, Wolf-Dietrich	(unabhängig)	181
19.) Briken, Helmut	(ohne Angabe)	175
20.) Schael, Wilfried	(unabhängig)	158
21.) Gurack, Bernd	(GoN)	157
22.) Klar, Peter	(ohne Angabe)	54

Die Zuordnungen ergaben sich aus den in der Wahlzeitung gemach
Angaben!

1 Berlin 12, den 18.Dezember 1967

gez. Heinrich Schiffe
(Hauptwahlleiter)

14.12.1967:
An der TU Berlin gibt die Studentenvertretung (SV) eine "Information" heraus zum Thema "Todesurteil und lebenslängliche Haft für verschleppte Südkoreaner", unter ihnen ein Doktorand der TU.
Q: SV TU: Information Todesurteil und lebenslängliche Haft für verschleppte Südkoreaner, Berlin 14.12.1967

12.12.6

Studentenvertretung der Technischen Universität Berlin
- Der Vorstand -

I N F O R M A T I O N

==========

Todesurteil und lebenslängliche Haft für verschleppte Südkoreaner

Gestern, am 13. Dezember 1967, wurde der aus West-Berlin verschleppte Komponist, Isang Yun zu lebenslänglicher Haft und der früher an der Universität Frankfurt tätige Physiker Chung Kyoo-myung zum Tode verurteilt.

Nach der Verschleppung südkoreanischer Staatsbürger aus Westberlin und der BRD hat das 22. Studentenparlament der TU am 6.7.67 folgende Resolution verabschiedet:

> "Das 22. Studentenparlament der Technischen Universität Berlin ist entrüstet über das Vorgehen des südkoreanischen Geheimdienstes in der BRD. Wir protestieren auf das Schärfste dagegen, daß ausländische Vertretungen in der BRD Menschenraub praktizieren.
>
> Es ist zu begrüßen, daß die Bundesregierung die Aufklärung dem General-Bundesanwalt übertragen hat. Mit der rechtlichen Klärung der Vorfälle ist es aber nicht getan. Wir fordern , daß die politischen Konsequenzen gezogen werden und die verantwortlichen Vertreter der südkoreanischen Botschaft zu unerwünschten Personen erklärt werden. Wir verlangen, daß die verschleppten Koreaner sofort wieder freigelassen werden. Wenn das nicht geschieht, fordern wir den Abbruch der diplomatischen Beziehungen zu Südkorea.
>
> Die ernsthaften Vorfälle der letzten Zeit zeigen, daß die Arbeit der ausländischen Vertretungen in der BRD überprüft werden muß. Darüber hinaus muß geprüft werden, inwieweit deutsche Dienststellen Amtshilfe geleistet haben. Es muß verhindert werden, daß in unserem Staate ausländische Geheimdienste weiterhin ihrer verbrecherischen Tätigkeit nachgehen können."

Dieselbe Resolution wurde von den studentischen Senatssprechern de Akademischen Senat vorgelegt. Der Akademische Senat hat dazu nicht Stellung genommen, obwohl unter den verschleppten Koreanern ein D o k t o r a n d d e r T U war.

Die Studentenvertretung hat sich am 6. Juli 1967 beim Senat von Berlin nach dem Verschwinden dreier Südkoreaner aus Westberlin, de Komponisten Yun, dessen Ehefrau und dem Doktoranden der TU, Lim, erkundigt. Das Presse-und Informationsamt des Landes Berlin erklarte:

> "Dieser empörende Vorfall muß schnell und umfassend aufgeklärt werden. Der Senat von Berlin kann sich gegenwärtig zur Sache nicht äußern, weil der Generalstaatsanwalt die Ermittlungen an sich gezogen hat."

bitte wenden

Die deutschen Behörden und die Bundesregierung haben sich bisher mit allgemein verbindlichen Äußerungen begnügt und zeigen sich nun nach der Aburteilung von 34 Südkoreanern "bestürzt".

Der Vorstand der Studentenvertretung hat gestern an Bundeskanzler Kiesinger folgendes Telegramm geschickt:

" Der Vorstand der Studentenvertretung der Technischen Universität Berlin fordert die Bundesregierung auf, unverzüglich in Seoul für die aus der BRD verschleppten Koreaner, die zum Tode und zu Haftstrafen verurteilt wurden, zu intervenieren.

Wir fordern die Bundesregierung auf, sofort die diplomatischen Beziehungen zu Südkorea abzubrechen und jegliche Wirtschafts- und Militärhilfe einzustellen, bis alle verschleppten Koreaner wieder in die BRD zurückgeführt sind.

Gleichzeitig protestieren wir aufs Schärfste dagegen, daß ausländische Bürger in der Bundesrepublik nicht gegen die verbrecherische Tätigkeit ausländischer Geheimdienste geschützt werden. Wir betrachten das bisherige Verhalten der deutschen Behörden und der Bundesregierung als eine Legalisierung des Menschenraubs.

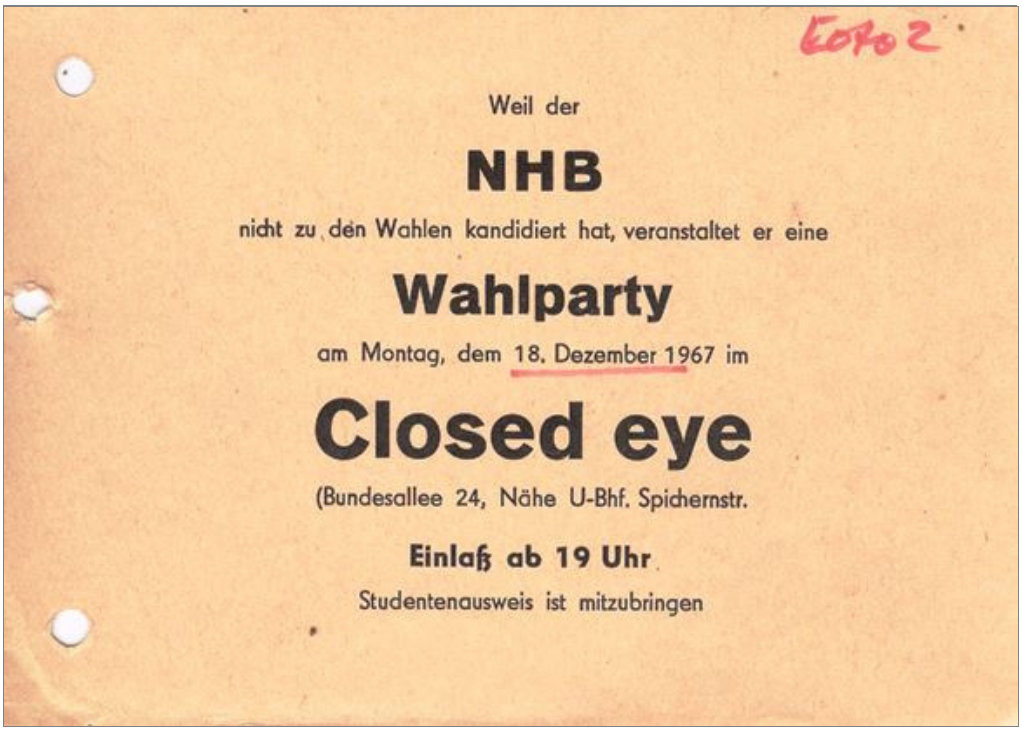
Studentenvertretung der TU-Berlin
- Der Vorstand -

Wir sind uns bewußt, daß dieses Telegramm nicht mehr sein kann, als ein verbaler Protest, der seine Wirkung nur darin hat, die fragwürdige Haltung unserer Regierung gegenüber ausländischen Geheimdiensten zu verdeutlichen

Berlin, den 14. Dezember 1967

gez. Dieter Läpple
1. Vorsitzender

14.12.1967:
Eröffnungsveranstaltung des neugegründeten "Sozialistischen Clubs Westberlin". U. a. spricht E. Mandel.
Q: Berliner Extra Dienst Nr. 60, Berlin 1967, S. 4; SC: Ich bin an der Arbeit…, Berlin O. J. (1967)



15.12.1967:
An der FU Berlin gibt der AStA ein Flugblatt heraus zur Veranstaltung des SDS zur "Politischen Justiz" am 18.12.1967 sowie zur Diskussion des AStA mit Klaus Schütz am 19.12.1967.
Q: AStA FU: Achtung, Berlin 15.12.1967

FREIE UNIVERSITÄT BERLIN
Allgemeiner Studentenausschuß
- Referat für politische Bildung -

1 Berlin 33, den 15.12.1967
Garystr. 20
Tel. 76 90 421

ACHTUNG

Montag, den 18.Dez.1967, 19.30 Uhr, Audi-Max

führt der Allgemeine Studentenausschuß zusammen mit dem Sozialistische Deutschen Studentenbund eine Veranstaltung zur

POLITISCHEN JUSTIZ

durch mit Heinrich Hannover,
Fritz Teufel,
Uwe Bergmann,
Rudi Dutschke,
Christian Semler u.a.

Dienstag, den 19. Dez.1967, 19.30 Uhr, Audi-Max

veranstaltet der Allgemeine Studentenausschuß eine Diskussion mit

KLAUS SCHÜTZ

Der Regierende Bürgermeister wird einen Bericht geben mit dem Thema:

10 MONATE AUSSEN-POLITIK IN BONN

Anschließend werden Fragen an Schütz gestellt zu den Themen: DDR, Griechenland, Vietnam.
Wir halten es für notwendig, daß auch Sie an diesen Diskussionen teilnehmen.

gez. Helmut Giesa, Referent

15.12.1967:
An der FU Berlin lädt die Gewerkschaftliche Studentengemeinschaft (GSG) ein zu ihrer Podiumsdiskussion "Arbeiter gegen Studenten?" im OSI.
Q: GSG: Arbeiter gegen Studenten?, Berlin O. J. (1967)

Zofz

GSG GSG GSG GSG GSG GSG GSG GSG GSG GSG GSG GSG GSG GSG GSG GSG GSG GSG GSG

Arbeiter gegen Studenten?

DGB → GSG

PODIUMSDISKUSSION

heute, 15.12.67, 19h im [illegible] I Hs. A

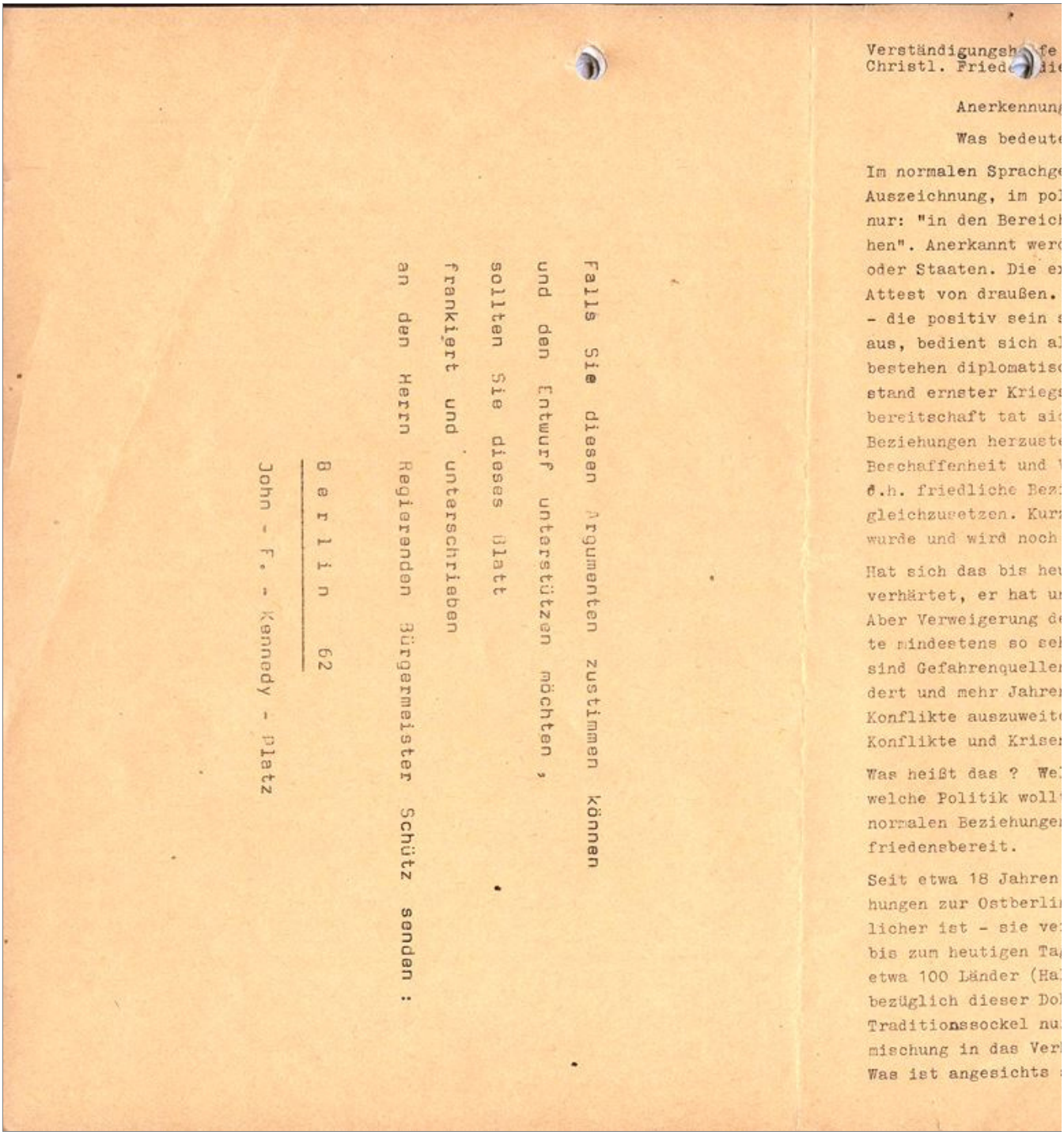
Es diskutieren: Fritz Vilmar (IG Metall, Frankf.)
N.N. (Gewerkschaft)
Reinhard Hildebrand (GSG)
Werner Goldschmidt (GSG)

Leitung: Dr. J. Agnoli

über: Stellung des DGB zu Studenten
(bes. DGB-Berlin zu gewerkschaftl. Studenten)
DGB und politisches Mandat der Studenten
Funktion des DGB in der bestehenden Gesellschaft
Gewerkschaften und ausserparlamentar. Opposition
Funktion der GSG in der Hochschule u. in Gewerkschaften

Gewerkschaftliche Studentengemeinschaft an der Freien Universität, 1 Berlin 30, Keithstrasse 1-3, Tel.....

16.12.1967:
Die Verständigungshilfe im Christlichen Friedensdienst (CFD) gibt ihr Flugblatt Nr. 1, "Anerkennung, Westberlin und DDR" heraus.
Q: CFD: Anerkennung, Westberlin und DDR, Berlin 16.12.1967



Falls Sie diesen Argumenten zustimmen können
und den Entwurf unterstützen möchten,
sollten Sie dieses Blatt
frankiert und unterschrieben
an den Herrn Regierenden Bürgermeister Schütz senden:

Berlin 62

John - F. - Kennedy - Platz

Verständigungsh fe
Christl. Friede die

Anerkennun

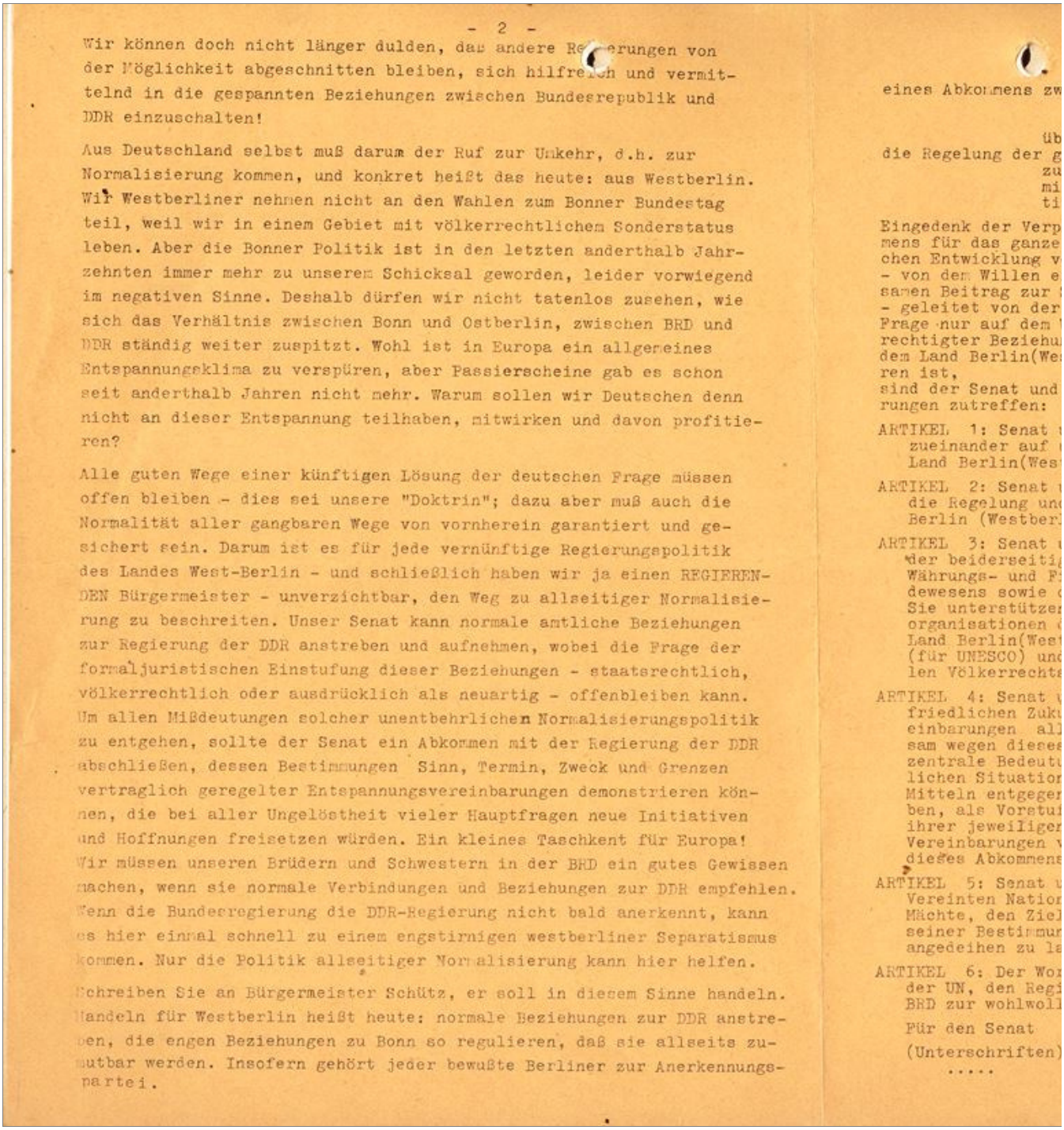
Was bedeute

Im normalen Sprachge
Auszeichnung, im pol
nur: "in den Bereich
hen". Anerkannt werd
oder Staaten. Die ex
Attest von draußen.
- die positiv sein s
aus, bedient sich al
bestehen diplomatis
stand ernster Kriegs
bereitschaft tat sic
Beziehungen herzuste
Beschaffenheit und
d.h. friedliche Bezi
gleichzusetzen. Kurz
wurde und wird noch

Hat sich das bis heu
verhärtet, er hat us
Aber Verweigerung de
te mindestens so sch
sind Gefahrenquelle
dert und mehr Jahre
Konflikte auszuweit
Konflikte und Krise

Was heißt das ? We
welche Politik woll
normalen Beziehunge
friedensbereit.

Seit etwa 18 Jahren
hungen zur Ostberli
licher ist - sie ve
bis zum heutigen Ta
etwa 100 Länder (Ha
bezüglich dieser Do
Traditionssockel nu
mischung in das Ver
Was ist angesichts



- 2 -

Wir können doch nicht länger dulden, daß andere Regierungen von der Möglichkeit abgeschnitten bleiben, sich hilfreich und vermittelnd in die gespannten Beziehungen zwischen Bundesrepublik und DDR einzuschalten!

Aus Deutschland selbst muß darum der Ruf zur Umkehr, d.h. zur Normalisierung kommen, und konkret heißt das heute: aus Westberlin. Wir Westberliner nehmen nicht an den Wahlen zum Bonner Bundestag teil, weil wir in einem Gebiet mit völkerrechtlichem Sonderstatus leben. Aber die Bonner Politik ist in den letzten anderthalb Jahrzehnten immer mehr zu unserem Schicksal geworden, leider vorwiegend im negativen Sinne. Deshalb dürfen wir nicht tatenlos zusehen, wie sich das Verhältnis zwischen Bonn und Ostberlin, zwischen BRD und DDR ständig weiter zuspitzt. Wohl ist in Europa ein allgemeines Entspannungsklima zu verspüren, aber Passierscheine gab es schon seit anderthalb Jahren nicht mehr. Warum sollen wir Deutschen denn nicht an dieser Entspannung teilhaben, mitwirken und davon profitieren?

Alle guten Wege einer künftigen Lösung der deutschen Frage müssen offen bleiben - dies sei unsere "Doktrin"; dazu aber muß auch die Normalität aller gangbaren Wege von vornherein garantiert und gesichert sein. Darum ist es für jede vernünftige Regierungspolitik des Landes West-Berlin - und schließlich haben wir ja einen REGIEREN-DEN Bürgermeister - unverzichtbar, den Weg zu allseitiger Normalisierung zu beschreiten. Unser Senat kann normale amtliche Beziehungen zur Regierung der DDR anstreben und aufnehmen, wobei die Frage der formaljuristischen Einstufung dieser Beziehungen - staatsrechtlich, völkerrechtlich oder ausdrücklich als neuartig - offenbleiben kann. Um allen Mißdeutungen solcher unentbehrlichen Normalisierungspolitik zu entgehen, sollte der Senat ein Abkommen mit der Regierung der DDR abschließen, dessen Bestimmungen Sinn, Termin, Zweck und Grenzen vertraglich geregelter Entspannungsvereinbarungen demonstrieren können, die bei aller Ungelöstheit vieler Hauptfragen neue Initiativen und Hoffnungen freisetzen würden. Ein kleines Taschkent für Europa! Wir müssen unseren Brüdern und Schwestern in der BRD ein gutes Gewissen machen, wenn sie normale Verbindungen und Beziehungen zur DDR empfehlen. Wenn die Bundesregierung die DDR-Regierung nicht bald anerkennt, kann es hier einmal schnell zu einem engstirnigen westberliner Separatismus kommen. Nur die Politik allseitiger Normalisierung kann hier helfen.

Schreiben Sie an Bürgermeister Schütz, er soll in diesem Sinne handeln. Handeln für Westberlin heißt heute: normale Beziehungen zur DDR anstreben, die engen Beziehungen zu Bonn so regulieren, daß sie allseits zumutbar werden. Insofern gehört jeder bewußte Berliner zur Anerkennungspartei.

eines Abkommens zw

Üb
die Regelung der g
zu
mi
ti

Eingedenk der Verp
mens für das ganze
chen Entwicklung v
- von dem Willen e
samen Beitrag zur
- geleitet von der
Frage nur auf dem
rechtigter Beziehu
dem Land Berlin(We
ren ist,
sind der Senat und
rungen zutreffen:

ARTIKEL 1: Senat
zueinander auf
Land Berlin(Wes

ARTIKEL 2: Senat
die Regelung un
Berlin (Westber

ARTIKEL 3: Senat
der beiderseiti
Währungs- und F
dewesens sowie
Sie unterstütze
organisationen
Land Berlin(Wes
(für UNESCO) und
len Völkerrechts

ARTIKEL 4: Senat
friedlichen Zuk
einbarungen al
sam wegen diese
zentrale Bedeut
lichen Situatio
Mitteln entgeger
ben, als Vorstu
ihrer jeweilige
Vereinbarungen
dieses Abkommens

ARTIKEL 5: Senat
Vereinten Natio
Mächte, den Zie
seiner Bestimmu
angedeihen zu l

ARTIKEL 6: Der Wo
der UN, den Regi
BRD zur wohlwoll

Für den Senat

(Unterschriften)

.....

16.12.1967:
In Berlin wird das Flugblatt 'Außerparlamentarische Opposition Extra' Nr. 6 (vgl. 27.11.1967) datiert auf Mitte Dezember unter der Überschrift "Warum sind wir für die Anerkennung der DDR?" und unterzeichnet vom Vorstand des republikanischen Clubs (RC) vermutlich heute während der öffentlichen Versteigerung der Gänsefüßchen verteilt.
Q: Außerparlamentarische Opposition Extra Nr. 6, Berlin Mitte Dezember 1967

Außerparlamentarische
OPPOSITION

EXTRA

Flugblatt Nr. 6
Mitte Dezember 1967

Warum sind wir für die Anerkennung der DDR?

Jüngste Meinungsumfragen in Westdeutschland haben ergeben: 90 Prozent der Bevölkeru sind für direkte Verhandlungen zwischen der Bundesregierung und der Regierung der DD

Darin drückt sich - entgegen der Springer-Propaganda, entgegen der politischen Verdur mung durch die herrschenden Mächte - eine richtige Erkenntnis aus:

Die Deutschlandpolitik Bonns ist pleite. Es führt kein Weg mehr an Ostberlin vorbei. W der Druck noch Tricks können die Tatsache aus der Welt schaffen, daß es einen zweit deutschen Staat gibt, der solange über nichts mit sich wird reden lassen, wie dies nic auf dem Wege korrekter zwischenstaatlicher Beziehungen geschieht.

Am Beispiel der DDR-Anerkennung wiederholt sich das Herumreden um die Realität wie schon im Fall der Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze: Jedermann weiß, daß s kommen muß und kommen wird. Auch in Bonn weiß man das. Hinter vorgehaltener Ha wird es bestätigt. Aber man will es nicht offen eingestehen, weil man dann zugeben müßt daß die Bundesbürger zwanzig Jahre lang an der Nase herumgeführt wurden.

Am schlimmsten wirkt sich die Politik der Nichtanerkennung für Westberlin aus. Es wi auch zu Weihnachten und Neujahr 1967/68 keine Passierscheine geben. Die Großsprecher des Regierenden Bürgermeisters Klaus Schütz stößt selbst in seiner eigenen Partei a wachsende Skepsis. - Es wird weder einen kleinen, noch einen großen Grenzverkehr die DDR geben. Es wird nicht einmal zur Wiederaufnahme des Telefonverkehrs komme Verbesserungen auf den Verkehrswegen nach Westberlin werden ausbleiben. Es wird we terhin kaum Handel und wirtschaftliche Kooperation über die Mauer hinweg geben. U das politische Risiko wird unverändert auf dieser Stadt lasten, solange Westberlin si als "Bollwerk" gegen den Kommunismus versteht.

Darüber kann auch kein Zweckoptimismus hinwegtäuschen:

- Wenn es innerhalb weniger Jahre nicht gelingt, dieses politische Risiko abzubaue wird Westberlin seine Lebensfähigkeit einbüßen.
- Noch weniger Kapital und Aufträge werden in die Stadt fließen, um unsere Arbeit plätze zu sichern. Noch weniger junge, fähige Arbeitskräfte werden hierher zieh hier ihre Familien gründen und eingesessene Berliner werden.
- Aber mehr und mehr junge Westberliner werden fortziehen, weil sie woanders be sere Chancen haben, sich freier bewegen können. Die Stadt wird weiter überalte und schließlich - wie die Senatsstatistiker bereits errechnet haben - innerhalb v etwa 15 Jahren um 400 000 Bewohner geschrumpft sein.

Der erste und entscheidende Schritt, um diesen Verfallsprozeß zu stoppen und das polit sche Risiko herabzusetzen, ist die Herstellung normaler Beziehungen zwischen dem Sen und der Regierung der DDR.

Westberlin könnte dadurch eine bedeutsame Funktion für das vernünftige Nebeneina derleben der Deutschen übernehmen. Hätte Westberlin ebenso gute Beziehungen z DDR wie zur Bundesrepublik, könnte es beide miteinander verklammern und die for schreitende Verfeindung zumindest bremsen.

Dies setzte freilich voraus:

- daß jeder Partner voll respektiert wird,
- seine staatliche Existenz nicht infrage gestellt wird
- und sein gesellschaftliches System allein als eine Angelegenheit derer betrachtet wir die in ihm leben.

Wir sollten im übrigen nicht länger einem verlorenen "Reich" nachjagen, das uns seit Jahren mehr Elend als Glanz gebracht hat. Wir sollten vielmehr die Chance für unse Zukunft erkennen, die in dem Wettbewerb eines sozialistischen und eines kapitalistisch Systems auf deutschem Boden angelegt ist: Vielleicht werden wir eher als andere ei wirklich freie Gesellschaft erringen, indem wir hier in Westberlin die Erfahrungen beid für uns nutzen.

Die Zeit ist reif für die Anerkennung der DDR. Wir müssen sie von den etablierten Mäc ten notfalls erzwingen. Diese Forderung wird fortan nicht mehr aus der politischen Di kussion dieser Stadt verschwinden.

Im Auftrage der Verbände und Institutionen d Außerparlamentarischen Opposition Westberli

Der Vorstand des REPUBLIKANISCHEN CLU

anzeige

Regelmäßige Informationen über die Außerparlamentarische Opposition in Westberlin e halten Sie durch den zweimal wöchentlich erscheinenden "Berliner EXTRA-Dienst" üb seinen Verlag in Berlin 15, Wielandstraße 27, zum monatlichen Abonnementspreis von 5 inklusive Porto.

BESTELLSCHEIN

Ich bestelle den "Berliner EXTRA-Dienst" ab ..... 1967/68 bis auf weiteres, mi destens jedoch für drei Monate (Inlandsabonnement 5 DM, Auslandsabonnement 6 D Luftpostabonnement Ausland 10 DM). Der Dienst ist nur zu meiner persönlichen Inform tion bestimmt. Das Abonnement kann jeweils zum 1. eines Monats, jedoch spätestens a 15. des Vormonats gekündigt werden.

Den Abonnementspreis von 5 DM monatlich ( )
15 DM pro Quartal ( )
überweise ich im voraus auf das Konto der Westberliner Zeitungsgesellschaft mbH bei Bank für Gemeinwirtschaft, Berlin, Kontonummer 4712 (Postscheckkonto der Bank: Ber West 828 00).

NAME: .....
WOHNORT: ( ) .....
STRASSE: .....
DATUM: ..... UNTERSCHRIFT:
.....

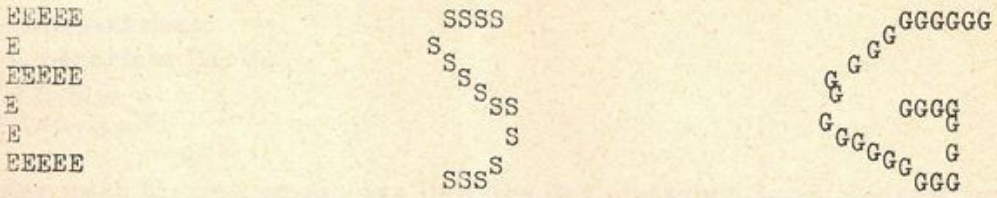
16.12.1967:
An der FU Berlin lud die ESG ein zum Filmabend über den 2. Juni in der Gelfertstr. 45.
Q: ESG FU: Der 2. Juni, O. O. (Berlin) O. J. (1967)

E0702

EEEEE
E
EEEEE
E
E
EEEEE

SSSS
S
S
S
S
SS
S
S
SSS

GGGGGG
G
G
G
G
G
GGGG
G
G
G
G
G
GGG



EVANGELISCHE STUDENTENGEMEINDE AN DER FU BERLIN, DAHLEM, GELFERTSTR. 45

D E R 2. J U N I

FIL. MABEND DER EVANGELISCHEN STUDENTENGEMEINDE
SONNABEND 16. 12. 1967, 19 UHR
GEMEINDEZENTRUM, DAHLEM, GELFERTSTR. 45

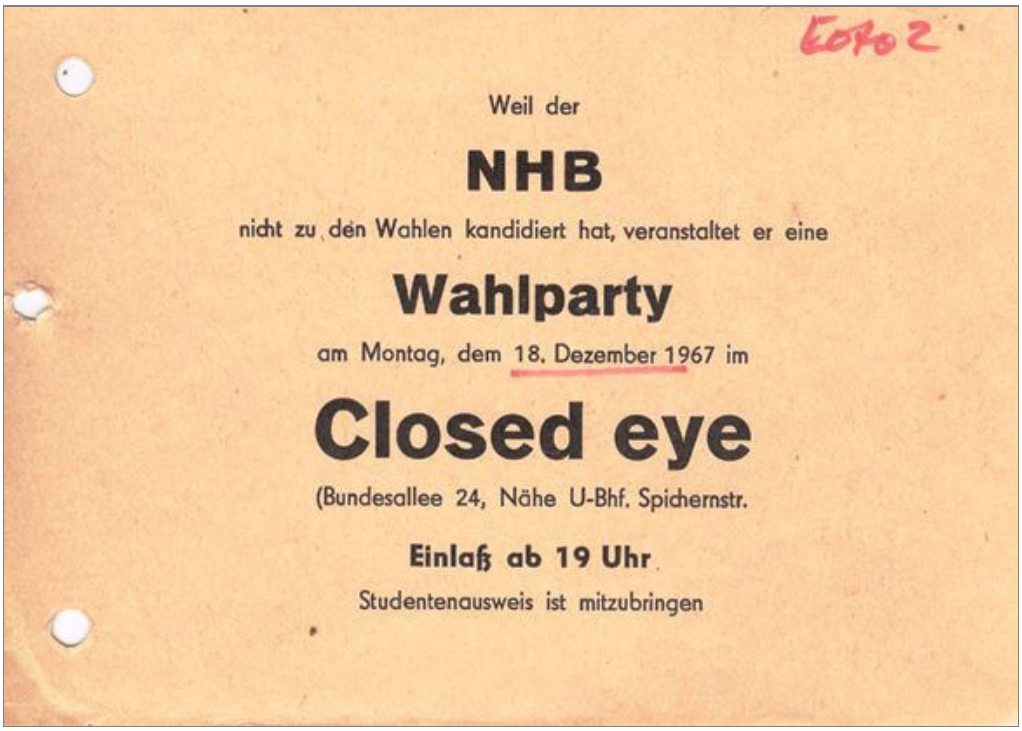
Eintritt: 1.-- DM

Am Sonntag, d. 17.12.67 findet um 11,00 Uhr
im Gemeindezentrum der Evangelisch en Studentengemeinde
Gelfertstr. 45 ein ökumenischer Gottesdienst statt.
Die Predigt hält der columbanische Student Hugo Hernandez.

esg esg esg esg esg esg esg

17.12.1967:
An der FU Berlin lud die ESG ein zum Ökumenischen Gottesdienst in der Gelfertstr. 45.
Q: ESG FU: Der 2. Juni, O. O. (Berlin) O. J. (1967)

18.12.1967:
In Berlin lud der NHB ein zu seiner Wahlparty im Closed Eye in der Bundesallee 24.
Q: NHB: Wahlparty, O. O. (Berlin) O. J. (1967)



18.12.1967:
An der FU Berlin wurde eingeladen zu einem vorbereitenden Treffen für einen Arbeitskreis Griechenland um 19 Uhr im ESG-Heim in der Gelfertstr. 45.
Q: Giesa, Helmut: Arbeitskreis Griechenland, O. O. (Berlin) O. J. (1967)

Vorbereitendes Treffen für den

ARBEITSKREIS GRIECHENLAND

Ist der Militärputsch in Griechenland durch eine innere Entwicklung bedingt, wie sie in Deutschland, Italien und Spanien vor dem Zweiten Weltkrieg zur Machtergreifung des Faschismus führte, oder wurde er durch die Interessen des ausländischen Kapitals bestimmt, oder war er eine notwendige Maßnahme zur Erhaltung der parlamentarischen Demokratie ?

P r o v i s o r i s c h e s P r o g r a m m

1. Historische Entwicklung

Unter Berücksichtigung der sozialen Struktur, der ökonomischen Gegebenheiten und der politischen Kräfte des In- und Auslandss soll untersucht werden, welche Bedingungen die heutige Militärdiktatur ermöglicht haben.

2. Vergleiche

Um die politische Entwicklung in Griechenland in einem internationalen Zusammenhang zu sehen, sollen im Laufe der Untersuchungen Referenten hinzugezogen werden, die über Geschehnisse in anderen Ländern wie z.B. Persien, Brasilien, Kuba berichten.

3. Mögliche zukünftige Entwicklung

Auf der Grundlage der Arbeitsergebnisse von 1. und 2. soll der Wahrscheinlichkeitsgehalt möglicher Entwicklungen wie z.B. Verewigung der Diktatur, innere Entwicklung des Regimes zu einer parlamentarischen Demokratie, Ablösung der Junta durch den Druck ausländischer Mächte oder Bürgerkrieg diskutiert werden. Diese Diskussion soll gleichzeitig aufzeigen, welche Verhaltensweisen sich für die Betroffenen und die Interessenten konkret ergeben können.

Interessenten werden gebeten, sich am Montag, den 18.12.1967, um 19.00 Uhr, im ESG-Heim, Berlin 33, Gelfertstr. 45, einzufinden.

gez. Helmut Giesa
- Referent -

18.12.1967:
An der FU Berlin ruft der SDS zur Veranstaltung "Politische Justiz" um 19 Uhr 30 auf, aufgerufen wird auch durch das Provisorische Komitee für Griechenlandhilfe mit einem Flugblatt "Politische Justiz - Politische Polizei Berlin Athen Seoul".
Q: Provisorisches Komitee für Griechenlandhilfe: Politische Justiz - Politische Polizei Berlin Athen Seoul, O. O. (Berlin) O. J. (1967); SDS: Politische Justiz heute, O. O. (Berlin) O. J. (1967)

Berlin, 18.12. 67 1 8. DEZ. 19

Heute 19.30 Audi/max Diskussion ueber politische Justiz
Mit Heinrich Hannover, Fritz Teufel, Dutschke, Semler u.a.

"Ihr Beamte seid dem Staat und auf die es im Staat ankommt, sicher ergeben, aber es ist ein Unglueck, Dass sich zum Staatsdienst gewoenlich nur draengt, wer nicht ganz die Faehigkeit hat, auf dem offenen Arbeitsmarkt seinen Posten zu verteidigen! Dadurch bekommt man alle diese Richter zum Beispiel herein, die von der besten Gesinnung beseelt sind, denen es aber ein wenig am Verstand fehlt. Sie sind durchaus bereit, die Gesetze mit der groessten Strenge gegen die Habenichtse und Kommunisten anzuwenden, aber es gelingt ihnen nur selten, sie richtig hereinzulegen, ihnen ordentlich das Wort abzuschneiden, kurz, ihnen einen Strick zu drehen! Andererseits sehen sie sehr wohl, dass der und jener Angeklagte zu ihren Kreisen gehoert, sympatisieren auch mit ihm, aber aus reiner Unfaehigkeit, das Gesetz richtig anzuwenden und so auszulegen, wie es gemeint ist, oft nur aus pedantischen, denkfaulem Buchstabenglauben, sind sie ganz ausserstande, den Mann herauszuhauen oder, wenn sie ihn heraushauen, dann sieht danach durch ihr Ungeschick unsere Gerichtsmaschinerie ganz und gar verbogen und beschaedigt aus. Dabei ist diese Maschine ausgezeichnet, absolut zweckdienlich und muss nur verstaendig und logisch in Betrieb gesetzt werden, dann kruemmt sie keinem von uns ein Haar. Um unsereinen unbelaestigt zu lassen, braucht es keine Rechtsbeugung, die Rechtsanwendung genuegt dazu vollkommen!

B. Brecht Drei Groschen Roman

Also: werft keine Steine gegen die uniformierten Maennchen der Exekutive sondern in die Muehle der Justiz; denn sie hat Schwierigkeiten beim Mahlen. Selbstanzeigen aller potentieller Landfriedensbrecher werden das Maschinchen hoffentlich nicht gleich verstopfen. Denn sie hat schon Verdauungsschwierigkeiten mit dem Fritz

Politische

Heute, 19.30 Diskussion ueber politische Justiz Audimax

Justiz

SDS Berlin

Heute

POLITISCHE JUSTIZ ++ POLITISCHE POLIZEI -- BERLIN ATHEN SEOUL

Während in Seoul Koreaner, die vom CIA aus der BRD verschleppt wurden, zum Tod, bzw, zu lebenslänglich verurteilt werden,-
während in Griechenland tausende von antifaschistischen Patrioten in KZs geworfen und ermordet werden,-
währenddessen freut sich die Berliner Politische Polizei, denn sie darf helfen.
Sie darf ganz im Sinn der Internationale der Unterdrücker auf Kommunistenjagd gehen!

Einen unserer Kommilitonen, den Architektur-Studenten Konstantin Papanastasiu, rief die Junta im Juli nach Griechenland zurück. K.P. ging nicht in die Falle.
In Larissa wurde ihm der Prozess gemacht.
Seine Verbrechen: Texten, Komponieren von Liedern, Herausgabe einer Platte "Kreuzigung 67", Singen von Theodorakis-Liedern, Aufklärung über die Zustände im Griechenland der Junta.

Die Berliner Politische, pardon, Fremdenpolizei nennt das Kommunismus. Und den so definierten Kommunisten K.P. will man nach Ablauf seines Passes am Jahresende ausweisen!

WENN ES GELINGT, AUCH NUR EINEN DEMOKRATISCHEN GRIECHEN AUSZUWEISEN, IST UNSER GEREDE UMSONST !

Wir helfen unseren griechischen Freunden am besten, wenn wir HIER und HEUTE die Feinde jeglicher Demokratie entlarven, sie im eigenen Land bekämpfen!

Kommt zur Diskussion "Politische Justiz" am MONTAG, 18.12., 19
Audi-Max, FU !

ORGANISIERT DEN INTERNATIONALEN WIDERSTAND !!

---

verantw.: Provisorisches Komitee für Griechenlandhilfe

18.12.1967:
An der FU Berlin verfasst die Studentenvertretung Germanistik einen Offenen Brief an den Rektor der FU zum bisher nicht genehmigten Raum für den Vortrag von Peter Schütt über Benno von Wiese um 18 Uhr.
Q: FU-SV Germ: Offener Brief, Berlin 18.12.1967

Foto 2

Freie Universitat Berlin
Germanisches Seminar
Studentenvertretung

Berlin, 18.12.

OFFENER BRIEF

An
den Rektor
der Freien Universitat
Berlin 33

Magnifizenz!
Wir beantragten bei Ihnen am 12.12. den Hörsaal B im Henry-Ford-Ba
für den Vortrag von Peter Schütt: "Bildnis eines Doyen. Zur Rolle
no von Wieses in der deutschen Germanistik."
Am 14.12. erfuhren wir telefonisch vom Rektorat, daß Sie den Hörsa
B, obwohl er frei sei, nicht zur Verfügung stellen würden, da wir
Raum nicht rechtzeitig, 14 Tage vor dem Veranstaltungstermin bean-
tragt hätten. In einem erneuten Telefongespräch mit de Rektorat b
dauerten wir, die Anmeldefrist nicht eingehalten zu haben, und bat
Sie, Ihre Entscheidung rückgängig zu machen. Wir erklärten über die
meldefrist von 14 Tagen nicht informiert gewesen zu sein, da bisla
bei Vollversammlungen die Frist von 7 Tagen ausreichend gewesen se
Obwohl wir ausdrücklich versicherten, uns in Zukunft an die regula
Anmeldefrist zu halten, bestand Ihre Sekretärin darauf, daß keine
tere Ausnahme gemacht werden dürfe, weil sich sonst niemand an die
gelung hielte.
Eine erneute Rücksprache mit Ihnen, zu der sich Ihre Sekretärin
schließlich bereitfand, ergab: wir sollten Ihnen n o c h e i n m
unsere Gründe für die verspätete Anmeldung schriftlich nennen. Sie
würden sie prüfen und uns das Ergebnis zunächst mündlich und eine S
de später schriftlich mitteilen.
Es war für uns selbstverständlich, daß wir uns diesem empörenden V
fahren (:nachdem wir bereits ausführlich unsere Gründe mündlich mi
geteilt hatten, sie noch einmal schriftlich zu formulieren, damit
sie dann "prüfen" könnten, und uns das "Ergebnis Ihrer Prüfung" mi
teilten) nichtunterwerfen würden. Das Ritual, das Sie uns aufnötig
wollten, erinnert an die Form, in der im Mittelalter an Despoten
suche gerichtet wurden, es hat aber nichts mehr zu tun mit einem v
nünftigen Modus, in dem technische Belanglosigkeiten auszuhandeln
sind. Sie scheinen zu vergessen, daß der Rektor für die Universit
mithin auch für die Studentenschaft - da ist und nicht umgekehrt.
Der Versuch, uns mit administrativen Repressalien zu dressieren,
auf sublime Art terroristisch und deutlicher Ausdruck des Feudalc
rakters Ihres Amtes. Den decouvrierenden Titel "Magnifizenz" (die
Großartigkeit) tragen Sie zurecht.
Sie haben uns ein erneutes Beispiel für das autoritäre Verhalten
Universitatsbürokratie gegeben. Es wird uns eine Lektion in der A
einandersetzung mit der Ordinarienuniversitat sein.

Hochachtungsvoll:
gez.:Hans-Jürgen Grune
(Geschäftsführender Sprecher)

P.S.: Wir erwarten, daß Sie Ihre Entscheidung bis zum Beginn der
anstaltung revidieren.

Studentenvertretung Institut für Germanistik & KU Studentenvertretung Inst
FORUM JUNGE GERMANISTIK FORUM JUNGE GERMANISTIK FORUM JUNGE GERMANISTIK F

HEUTE

PETER SCHUTT: BILDNIS EINES DOYEN. ZUR ROLLE BENNO VON WIESES IN DER DEUTSCHEN GERMANISTIK

18.00 Uhr Hörsaal B Henry-Ford-Bau

PETER SCHÜTT: BENNO v. WIESE

Benno von Wiese spielt eine hervorragende Rolle in der deutschen Nachkriegsgermanistik. Bis vor einem Jahr war er Vorsitzender des Germanistenverbandes. Seine wissenschaftliche Produktion wird von keinem anderen Germanisten an Umfang übertroffen. Im Deutschunterricht haben seine Interpretationen kanonische Geltung.

Peter Schütt, der in Hamburg ein germanistisches Seminar der KU l tet, versucht anhand Benno von Wieses nachzuweisen, daß auch die Nachkriegsgermanistik in der Tradition bürgerlicher Germanistik s die im 3. Reich offen für den Faschismus Partei ergriff.

Benno von Wiese:
"Sinn einer echten Demokratie kann es nicht sein, Künstler zu for dern, die Handlanger einer wie auch immer begründeten totalitären Staats- oder Religionsgesinnung sind." 1958
"Es sind gerade die besten der deutschen Dichter, die im Volksstaa Adolf Hitlers von neuem zu einer deutschen Kulturidee zurückfinde In der Hitlerjugend leben Landsknechtsgesänge und Soldatenlieder w der auf, werden im Willen zu gemeinsamem Volks- und Festspiel Vol und Dichtung zu einer ursprünglichen Einheit verknüpft." 1938
WWer die Schönheit aus dem Bereich des Spiels in den des Ernstes überziehen will, würde ihren utopischen Charakter verkennen, er w die Schönheit an die Wirklichkeit versklaven und dem Menschen sei (im Bereich der Utopie erreichtes) Heil, nämlich seine Freiheit u Ganzheit rauben." 1963

- -

Der Rektor hat aus bürokratischen Gründen (siehe Rückseite) den Hö saal B nicht zur Verfügung gestellt. Der Vortrag wird in jedem Fal stattfinden. Wir sind darauf eingestellt, daß er in der Halle des Henry-Ford-Baus gehalten wird. Kommen Sie!

19.12.1967:
Am Romanischen Seminar der FU Berlin besuchen, laut der FU-Dokumentation, ca. 600 Studenten eine VV, darunter sind ca. 75 Romanistik-Studenten. Laut einer handschriftlichen Notiz auf einem Flugblatt mit den beschlossenen Anträgen nehmen 20 von 880 Romanistikstudenten an der VV teil.
Q: N. N.: Von der Vollversammlung der Romanisten am 19.12.1967 mit Mehrheit angenommenen Anträge, O. O. (Berlin) O. J. (1967); Fichter / Lönnendonker: Hochschule im Umbruch Bd. V, Berlin 1983, S. 61

Von der Vollversammlung der Romanisten am 19.12.1967
mit Mehrheit angenommenen Anträge. (20 von 800)

---

1. Unter der Leitung der SV wird ein Komitee gebildet, das unter Mitwirkung der Teilnehmer der GS-Seminare im Januar mindestens 2 Wochen lang mit den Kursleitern eine Diskussion über die jetzigen Lehrformen und ihre politischen Zwecke (Anpassung an die herrschende Gesellschaftsform statt freier Entfaltung der Persönlichkeit) durchführt und bei einer Weigerung erzwingt.

2. Die SV möge beschließen, daß der Beschluß der VV vom Juni 1967, der die Verurteilung anonymer Rezensionen beinhaltete aufgehoben wird. Mit diesem Antrag wenden sich die Studente des Romanischen Seminars gegen die latente Drohung, die in der Forderung persönlicher Loyalität enthalten ist.

3. Der Lehrplan für das SS 68 und das GS sollen von Mitglieder des Lehrkörpers bei einem Hearing im Januar öffentlich gerechtfertigt werden.

4. Im Zuge einer Entlabyrinthisierung der Bibliothek möge ein Raum oder zumindest eine Bücherwand zur Verfügung gestellt werden, wo hochschulpolitisch wichtige Bücher und Schriften den Studenten zur Einsicht und Ausleihe zur Verfügung ~~XXXXXXX~~ stehen. Die Kosten für die Anschaffung und Unterhaltung möge das Seminar tragen.

5. Eine Schreibmaschine und ein moderner Vervielfältigungsapparat mit dem unbedingt notwendigen Zubehör (Matritzen, Pa Druckerschwärze) möge der Studentenvertretung zur Verfügung gestellt werden. Der Direktor möge einen Antrag über die Fakultät an den Kurator stellen, daß die nötigen Mittel, au für die Einstellung einer Sekretärin, zur Verfügung gestell werden.

6. Aufzunehmen als Punkt 1 der nächsten Vollversammlung: Die VV fordert, daß sämtliche Prüfungen nur noch unter Bei von Studenten, die von der SV zu benennen sind, stattfinde Korrekturen und Auswahl von Prüfungstexten und -fragen sol mit älteren und jüngeren Studenten bei paritätischem Stimme verhältnis entschieden werden. Prüfungen sollen ausdrückli nur noch beratende Funktion haben, damit das Herausprüfen ne demokratische Abstimmung ein Ende findet.

Ergänzung zu 4: Die VV fordert einen ausgebildeten Bibliothek für die Seminarbibliothek.

19.12.1967:
Bei HDW Kiel streiken, laut 'Roter Morgen', 6 000 eine Stunde lang.
Q: Roter Morgen, Hamburg Jan. 1968

20.12.1967:
In Heidelberg gibt der AStA der Universität sein 'Info' Nr. 74 (vgl. 30.11.1967, 22.1.1968) heraus mit dem Leitartikel "Als Professor AN erkrankte… Die Kundgebung zur Entführung eines südkoreanischen Kommilitonen", die am 12.12.1967 stattfand. Dokumentiert werden dazu die Erklärungen von AStA, LSD, RCDS und SDS.

Weitere Artikel und Meldungen sind:
- "Schafft 2, 3, … tausend Landfriedensbrüche! Oder lässt sich das Demonstrationsrecht anders verwirklichen?" von Heinrich Allers zur Demonstration von LSD und SDS in Heidelberg am 30.11.1967 gegen den Freispruch von Kurras in Berlin, wobei die Benutzung der Hauptstraße verboten wurde. Dokumentiert wird die Resolution dagegen vom Teach-In am 5.12.1967;
- "Die Unruhe der Studenten" mit einem "Auszug aus der Rede des AStA-Vorsitzenden J. Kegler bei der 581. Jahresfeier" und dem Artikel "Nach der Jahresfeier…" von Jürgen Kegler;
- "Noch einmal: Nach der Jahresfeier" mit der "Verlautbarung von Rektor und Senat" und der "Antwort von Regierungsrat Hinz" von der Pressestelle der Universität;
- "Analyse - Kritik - Reform. Proseminarbefragung in der Theologischen Fakultät" von Ulrich Hoffmann;
- "Die Bildung studentischer Vereinigungen ist frei", da der Engere Senat das Anerkennungsverfahren am 7.11.1967 aufhob; sowie
- "'Kritische Universität' in Heidelberg?" zur KU, für die im Sommersemester einige Arbeitskreise geplant sind.

Berichtet wird vom RC:"
Republikanischer Club

Solange der Ausbau der in der Unteren Straße gemieteten Club-Räume noch nicht abgeschlossen ist, treffen sich die Mitglieder im Hotel Weißer Bock (Große Mantelgasse). Zu den jeden Mittwoch um 17.30 Uhr stattfindenden Besprechungen sind auch Interessenten willkommen."
Q: AStA Uni: Info Nr. 74, Heidelberg 20.12.1967

20.12.1967:
In Hamburg erscheint das 'Hamburger Extrablatt' Nr. 7 (vgl. 6.12.1967, 25.1.1968) mit einem Leitartikel "Kommiß für weiße Engel" zur Organisierung der Notstandseinsätze in den Hamburger Krankenhäusern (ÖTV-Bereich). Von der Uni Gießen wird berichtet über die Anwerbung von Spitzeln durch den Verfassungsschutz, worüber auch aus Marburg der wissenschaftliche Assistent am Chemischen Institut der Universität, Klaus Horn aus seinem Bekanntenkreis berichtet sowie aus Mannheim der Manager des dortigen SDS, Uwe Greiner. Von der Universität Hamburg wird berichtet über den Professor Spuler, der die Studenten gern im KZ sähe, über die NPD wird berichtet aus Eimsbüttel von ihrer Versammlung am 4.12.1967 in "EXTRA-Reporter im Royal-Club - Pappruinen". Über den Griechischen Klub wird berichtet in "Im Missionshaus sind alle willkommen - Für Demokraten ist der Zutritt von der Kirche verboten".
Q: Hamburger Extrablatt Nr. 7, Hamburg 20.12.1967

EXTRA

HAMBURGER EXTRABLATT

-,10

Nr. 7/67, 20. Dez., erscheint 14täglich

Nationale

Foto: EXTRA/Benje

knutschen nicht

Lesen Sie die Berichte auf Se

Stude
habe
„Du
S

In einer Hamburger Klinik:
Notstands-Aushang verdeckt

Notst

Kommiß

für weiße Engel

In den Schwesternheimen der deutschen Krankenhäuser schleicht sich Angst ein.

Schwester Klara Westhoff (Name von der Red. geändert) vom Hamburger Krankenhaus St. Georg wurde zu ihrem Chef gerufen.

Er erklärte ihr, daß jetzt Ausweise für den „Tag X" ausgestellt würden. Das sei unbedingt notwendig. Mehr sagte er nicht. Schwester Klara lieferte brav ein Paßfoto bei der Personalabteilung ab und dachte nicht mehr daran.

Es war für sie klar, daß am „Tag X" die Elbe wieder ihre Dämme durchbrechen oder am Berliner Tor zwei S-Bahnzüge zusammenstoßen würden.

Weiter auf S. 2

stud. putz

Die Studenten machen Putz.

Sie demonstrieren auf der Straße gegen den Schah und für gleiche Bildungschancen für alle.

Jetzt machen sie auch in der Uni Putz. Sie pfeifen beim Rektorwechsel und sprengen Vorlesungen durch Spruchbänder und Luftballons.

Aber die Studenten haben nicht immer Putz gemacht in der Universität.

1958 machte der Verband deutscher Studentenschaften (vds) seine ersten Vorschläge zur Hochschulreform. Er forderte Mitbestimmung in den Hochschulgremien und Mitsprache in den Sachkommissionen zur Hochschulreform. Er wurde nicht gehört.

Inzwischen sind die Universitäten voller geworden. Zu voll.

V-Männer jagen die roten Rudis

Gießener Allianz: Rektor Weyl, AStA-Vorsitzender Deckmann

In Gießen wurde ei gesucht und gefund Er hatte viel Geld f in der Tasche.

Aufs Kreuz gelegt

GIESSEN. In Gießen fand eine Pressekonferenz statt, bei der Rektor und Studenten an einem Tisch saßen.

Ein ungewohntes Bild an deutschen Universitäten. Gesucht wurde ein Mann, etwa 1,75 groß, untersetzt, mit Hornbrille und starkem hessischem Akzent.

Der Gesuchte heißt Walter Brandt. Er ist stellvertretender Leiter der Giessener Außenstelle des hessischen Verfassungsschutzes.

Rektor und Studenten deckten gemeinsam seine seltsamen Praktiken auf.

Brandt hatte am 10. November dem Giessener Studenten Martin Siegler, verheiratet, 21, mit Kind, ein Tauschgeschäft angeboten. Er sollte gegen Bezahlung dem Sozialistischen Deutschen Studentenbund (SDS) in Giessen beitreten.

Siegler sollte

- **an sämtlichen Veranstaltungen des SDS teilnehmen**
- **über alle geplanten Aktionen des SDS berichten**
- **die Namen aller beteiligten Personen nennen**
- **alle Termine bekanntgeben.**

Das zugesicherte Schmiergeld betrug: 200,– DM im Monat plus Spesen. Student Siegler willigte gar nicht erst ein. Am 15. November machte Brandt dem 22jährigen Geographie-Studenten Ulrich Weyl das gleiche Angebot. Zusätzlich sollte Weyl seinen Kommilitionen Siegler überwachen.

Dieses Mal hatte Brandt Pech. Ulrich Weyl ist der Sohn des Giessener Rektors. Er ließ sich am 17.

Happening in Möbeln

MANNHEIM. (Eig. Ber.) „Hallo" - „Ist da der SDS Mannheim? " „Ja, bitte? " - „Mit wem spreche ich denn? " - „Uwe".

Wer sich so geheimnisvoll zu erkennen gibt, muß Grund dazu haben. Und der Sozialistische Deutsche Studentenbund (SDS) hat in letzter Zeit einiges erlebt, was ihn skeptisch werden ließ.

Nachdem sein Mißtrauen nachgelassen hat, gibt sich „Uwe" zu erkennen. Sein Name: Uwe Greiner. Er ist Manager des SDS in Mannheim.

...Angefangen habe es vor etwa einem Monat mit seiner Freundin, erzählt Uwe Greiner. Ein Herr besuchte sie im SDS-Zentrum. Sein Anlieger: Er wolle gern in den SDS eintreten. Er redete viel an diesem Tag, und widersprach sich ebenso häufig. Die Bedenken der Freundin gegen diesen neuen „Genossen" wuchsen. In einer schnell besorgten und spendierten Flasche Sekt wurden ihre Zweifel ertränkt. Dabei kamen dann große Pläne zur Sprache: Der Herr besaß ein Mö-

selbst. Der Manager des SDS verabredete einen Lokaltermin im Möbellager. Kaum dort angekommen, konnte er zwei ihm gut bekannte Herren begrüßen: Der eine gehörte zur politischen Polizei, der andere zum polizeilichen Erkennungsdienst. Sie verlangten vom Inhaber „einen Couchtisch", und verschwanden mit dem zukünftigen SDS-Genossen im Lager. Auch Uwe Greiner zog sich zurück. Doch schöpfte er noch keinen Verdacht. Er bat einen Freund mit Werbeambitionen, sich weiter um die Sache zu kümmern.

Die Aufdeckungen an der Gießener Universität (s. unseren Artikel auf dieser Seite) machten ihm dann doch Angst. Er verzichtete auf das Happening im Möbellager.

Kommiß für weiße Engel

Fortsetzung von S. 1

Ihre Kolleginnen dachten nicht anders. Sonst hätte der Chefarzt bestimmt von Krieg oder „Verteidigungsfall" gesprochen.

Die Lichtbildaktion im Krankenhaus St. Georg ist lange beendet. In anderen Krankenhäusern waren nicht alle so unbekümmert wie Schwester Klara.

Seit dem 18.1.1966 hängt ein Aushang in den Hamburger Krankenhäusern: „Betr.: Schutz der Zivilkrankenhäuser und ihres Personals nach dem IV. Genfer Abkommen zum Schutze von Zivilpersonen in Kriegszeiten vom 12.8.1949 ... hier: Aushändigung von Ausweisen und Armbinden an das Personal."

Zum Personal gehört das ständige und das „beigegebene", das in dem „Betrieb oder der Verwaltung des Krankenhauses tätig oder zur Aufsuchung, Bergung, Beförderung und Behandlung von zivilen Verwundeten, Kranken, Gebrechlichen und Wöchnerinnen" eingesetzt ist

Job fürs Leben

MARBURG. Verbindungen zwischen Universität und deutschen Geheimdiensten haben bereits Tradition.

Das weiß Klaus Horn, wissenschaftlicher Assistent am Chemischen Institut in Mar-

Im Kuppelbau der Alten Universität angeln Studenten nach dem Gespräch mit Professoren

Durchhalten, Schatz!

S T E C K B R I E F

Täter : Berthold S p u l e r
ordentlicher Professor, Dr.phil.Dr. theol.
Seminar für Geschichte und Kultur des
Vorderen Orients.
Wohnhaft: 2 Hamburg 13 - Mittelweg 9o

Gesucht von der Studentenschaft

Prof. Berthold Spuler tritt für die Lösung studentischer Problem ein.

Prof. Berthold Spuler hat seinen Lösungsvorschlag am 9.11.1967 formuliert.

Prof. Berthold Spuler proklamiert seine Lösung als studentische Endlösung.

Prof. Berthold Spuler ist der festen Überzeugung:

"Sie gehören alle in ein Konzentrationslager"

HAMBURG. (Eig. Ber.) Ein Flugblatt macht die Runde. Das Wort von Prof. Spuler. Ein Satz, der 18 000 Hamburger Studenten betrifft.

Bjørn Pätzoldt, 23, Student der Politologie, ist einer von denen, die Prof. Spuler ins KZ wünscht. Er ist der STA-Vorsitzende der Hamburger Studentenschaft.

Pätzoldt: „Wir sind dennoch nach wie vor zu jedem sachlichen Gespräch bereit." Inzwischen wurde Prof. Spuler vorläufig vom Dienst suspendiert. Die Auseinandersetzungen zwischen Professoren und Studenten haben sich dennoch weiter verschärft.

Rektor, Dekane und Professoren haben eine öffentliche Sitzung des Studentenparlaments demonstrativ verlassen. Der Akademische Senat setzte am 17. November den Tagesordnungspunkt „Studentische Angelegenheiten" von der Tagesordnung ab. Also mußten die Studentenvertreter ausziehen. Die studentische Vollversammlung forderte eine Urabstimmung über die Frage, ob die Studentenschaft Rektor Ehrlicher als ihren Rektor anerkennt.

Der Akademische Senat ist das oberste beschlußfassende Grenium der Hamburger Universität.
Ihm gehören an:

- Der Rektor Prof. Dr. Ehrlinger.
- Der Prorektor Prof. Dr. Schäfer.
- Die Dekane der sechs Fakultäten
- Sechs weitere gewählte Vertreter der ordentlichen Professoren.
- Vier gewählte Vertreter der Privatdozenten und außerplanmäßigen Professoren.
- Zwei gewählte Vertreter der Studenten, der AStA Vorsitzende Bjorn Pätzoldt und sein Stellvertreter Norbert Jankowski.

Die studentischen Vertreter sind n u r in „studentischen Angelegenheiten" stimmberechtigt Das Stimmenverhältnis: 18 Dozenten gegenüber 2 Studenten.

Pätzoldt: „Wir versuchen im Augenblick, brieflich in Kontakt zu bleiben."

Es geht um die Hochschulreform. Die Studenten sind gegen die autoritäre Gesinnung vieler Professoren und die mittelalterliche Universitätsordnung. Für eine Verbesserung der Studienbedingungen. Sie wollen kein Flickwerk, sondern eine Reform aus einem Gu ß. Die Universität soll nicht länger ein Fremdkörper im demokratischen Staatswesen bleiben.

Studentensprecher Pätzoldt zu EXTRA: Wir wollen keine Teegespräche, sondern Gespräche mit Inhalt. Die Ergebnisse sollen der Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden. Die Öffentlichkeit hat ein Anrecht zu erfahren, was auf der Universität geschieht.

Bjørn Pätzoldt, Hamburgs AStA-Vorsitzender, wirkt ruhig und beherrscht. Er wägt seine Worte. Der gebürtige Schlesier meint dennoch, Prof. Spulers Verhalten sei „sicherlich nicht die Äußerung eines Einzelnen". Ein Teil der Professorenschaft habe eine einst getragene politische Haltung noch nicht ganz über Bord geworfen.

Pätzoldt formulierte seine Meinung zurückhaltend. Das FDP-Organ „Die Freie Stadt" sagte es deutlicher: „Der Ausruf zeugt nicht nur von mangelnder Selbstbeherrschung sondern auch davon, daß selbst in Gelehrtenköpfen die grauenhaften Spuren der NS-Zeit und die fürchterliche Verwirrung der NS-Ideologie noch nicht getilgt sind."

Einem Gerücht zufolge verdächtigten sich verschiedene Professoren untereinander, den Ausruf: „Sie gehören alle in ein Konzentrationslager" getan zu haben. Bevor Prof. Spuler sich zu dieser Äußerung bekannte.

Schon auf der Vollversammlung am 17. November hatten die Studenten beschlossen, ihre gewählten Vertreter am 15. Dezember zur Senatssitzung zu begleiten. Mit einer Sympathiekundgebung wollten sie die Gesprächsbereitschaft ihrer Vertreter bekräftigen. Die Universitätsverwaltung stellte sich auf 1000 Studenten ein.

EXTRA-Reporter im

Pappru

HAMBURG. Nur schwach beleuchten wenige el die Biergläser. Durch die Rauchschwaden erkennt Ruinen, Raumausstattung des „Royal Club" in H licht läßt die verschwiegenen Schmusecken im D

Doch kein Kuß, keine Umarmung. Man u miteinander. Die Frauen miteinander. Niema niemand stört Freddys Stimme, die stolz ve sank unsere Fahne nicht!" Niemand tanzt.

Doch heute, am 4. Dezember, tanzen alle a 27, Student der Mathematik und Mitglied des tionaldemokratischen Partei Deutschlands (N macht.

Mitten auf der Tanzfläche sitzt er zwisch Amerikaner aus Deutschland hinausschmeißen.

Die Gäste sind's zufrieden, denn sie mei Mobilisierung des deutschen Volkswillens.

Anbetend blicken ältere ehrwürdige Damen z auf, als er vom unschuldigen Volk, vom gekne deutschen Nation spricht. „Bravo" tönt es aus S

Nie wagten sie, es laut zu sagen. Hier tut

Mit seinem Wort wird Deutschland zum „ pas", soll Deutschland zur „Speerspitze gege braucht Deutschland Soldaten, „die die Aufga zusetzen", ohne zu fragen, warum.

Die Nadeln am der Begeisterung: gäste sind Mitglie ken ihrem Helden er die Hände zu sc

Und wie nach lassen sie sich au Spenden den Ka dem Bibelwort: „ men."

Lieber Leser

EXTRA hat die e sten Wochen gut übe standen. Dies ist Nr. Wir blicken hoffnun voll in die Zukunft

EXTRA hat in seine bisherigen Ausgabe über ein bestimmt Thema berichtet. W waren der Meinun daß es interessant i von verschiedenen Se ten an eine Sache he anzugehen. Wir hof ten die Zustimmung u serer Leser zu finde Wir haben uns nicht g täuscht. EXTRA wi sorgfältig gesammelt.

EXTRA
HAMBURGER EXTRABLATT
-,10
Nr. 7/67 20. Dez.

ZITAT

„Die darüber reden, haben keine Ahnung".

Franz Josef Strauß auf dem Landesparteitag der Hamburger CDU am 17.11.1967 über die Kritiker der Notstandsverfassung.

Chefredakteur: Rüdiger Freiherr von Hanxleden
Produktion: Peter P. Dahl
Mitarbeiter: Gerhard Has, Hans Peter Herbst, Hans Jürgen Plaumann, Günter Schlenska Thomas Schwieger, Rolf Stegelmeyer, Helma Weber, Hans Joachim Wilkening, Mathias Wessel. Herausgeber: Hamburger Extrablatt; 2 Hamburg 50, Königstr. 30.
Tel. 22 – 73 – 46
Commerzbank Hamburg Kto. Nr. 38/672 64
Rollenoffset: Rundschau GmbH & Co. KG Itzehoe.

Im Missionshaus sind alle willkommen

Für Demokraten ist der Zutritt von der

Kirche verbo

HAMBURG. (Eig. Ber.) Patros Kounalskis, griechischer Volkswirtschaftsstudent in Hamburg, verabredete sich für Sonnabend, 24. Juli 1967, mit einigen Freunden im Griechischen Klub.

Dort hatten sich Gäste aus Athen angemeldet, die für ihre Landsleute in Hamburg etwas springen lassen wollten.

Ein Beamter des griechischen Arbeitsministeriums wollte Fragen der Gastarbeiter beantworten. Ein Botschaftsrat der griechischen Botschaft in Bonn wollte sich beim Tanz ein bißchen umsehen. Auch H. Tsiropoulos, Leiter der griechischen Arbeitskommission im Hamburger Arbeitsamt, sollte dasein.

Patros hatte sich schon öfter im Griechischen Klub mit Gastarbeitern und Bekannten getroffen. Jeden Mittwoch und Sonnabend ist dort geöffnet. Schon seit Jahren. Auch vor dem Militärputsch in seiner Heimat.

Betreuung

Seit 1960 haben gemeinnützige Einrichtungen in der Bundesrepublik Vereinbarungen mit ihren Schwestergesellschaften im Ausland getroffen. Sie wollten sich um die Gastarbeiter und ihre Familien kümmern. Sie wollten Räume zur Verfügung stellen, wo die Gastarbeiter unter sich sein können.

Die Griechen betreut die Innere Mission. Die Lagerseelsorge der Hamburger Stadtmission öffnet ihre Tore in der Budapester Straße 35 zweimal in der Woche.

An diesem Sonnabend wurde es unruhig. Die Gäste aus Athen und Bonn lobten das Diktaturregime in Griechenland und drohten seinen Gegnern im Ausland.

Patros und seine Freunde sangen Lieder des verhafteten Komponisten Mikis Theodorakis. Darin war von Demokratie die Rede. Herr Tsiropoulos forderte Schweigen. Die Gäste und die anderen Anwesenden, etwa 180, würden „gestört". Das konnten die Sänger nicht einsehen.

Plötzlich flog ein Stuhl. Einige rabiate Burschen packten Patros und prügelten ihn zum Ausgang.

Diakon Müller, der die Griechen betreut, rief die Polizei. Er fuhr Patros an: „Raus hier! Sie machen hier immer nur Geschichten."

Diese „Geschichten" waren Diskussionen um Diktatur und Demokratie. Patros und seine Freunde machten keinen Hehl aus ihrer Einstellung.

Die Polizisten glaubten Diakon Müller. Patros und ein weiterer Grieche mußten das Haus verlassen.

Eine Woche später erhielten 4 Studenten Hausverbot wegen „Ordnungsstörung". Schriftlich mitgeteilt vom „Landeskirchlichem Amt für Gemeindedienst. Diakonisches Werk. Innere Mission. Hilfswerk." So steht es auf dem Briefkopf.

Diakon Müller spricht nicht gern über seine hinausgeprügelten Gäste. Er beruft sich auf seine Vorgesetzten: „Wissen Sie", sagt er, „wir stehen hier an der Front.

ZEI

Eine Zeitung kann abh
einer Partei, einem Int
genkunden oder vom V

Wie abhängig vom V
nen, die sich „unabh
gende Beispiele:

Als Hubert Humphrey,
die Bundesrepublik besuch
Schlagzeile: „Lächeln alle
Chefredakteur Boenisch i
Axel Springer erwartete d
Prompt lobte „Bild" am
das Lächeln!"

„Ab und zu kom
Turm", sagte der „Bild
den zwölften Stock de
ses, in dem der Konzern

Weiße

Fortsetzung v.S.2

Die Sektion „Ziviler Bevölkerungsschutz" in der Hamburger Gesundheitsbehörde, die die Aktion leitete, sagt dazu: „Wir behalten die Ausweise ein, um nicht immer neue ausstellen zu müssen."

Am 26.10.1966 griff die Ochsenzoller Krankenhausverwaltung (2/3 aller Betriebsangehörigen hatten inzwischen Bilder abgeliefert) zu anderen Mitteln.

Sie bestellte einen Fotografen und verkündete die „einmalige Gelegenheit des Erwerbs von preiswerten guten Paßbildern". Die Bilder sollten beim Personalrat abgeholt werden, der eins davon einbehielt.

Das half. Sachbearbeiter Timm von der Personalabteilung freute sich, als auch Schwester Margarete bei ihm vorsprach. Sie wollte aber bloß einen Krankenschein.

Da wurde Timm deutlich: „Wenn Sie nicht den Notstandsausweis ausstellen lassen, werden Sie an

20.12.1967:
In Dortmund wird ein Satzungsentwurf des Republikanischen Clubs (RC - vgl. 2.1.1968) verfaßt, der uns mit handschriftlichen Änderungen vorlag:"
SATZUNG
des 'Republikanischen Clubs e.V.' Dortmund

Die Versammlung gründet hiermit den 'Republikanischen Club e.V.' und stellt die Satzung wie folgt fest:

Paragraph 1

Der Club ist als Verein verfaßt und soll im Vereinsregister eingetragen werden. Er führt den Namen 'Republikanischer Club e.V.' Der Club hat seinen Sitz in Dortmund.

Paragraph 2

Der Republikanische Club macht es sich zur Aufgabe, einen Beitrag zum gesellschaftlichen Leben Dortmunds zu leisten. Er soll ein Forum zur Diskussion politischer, kultureller und wirtschaftlicher Probleme sein. Die Mitglieder füheln sich den in deutschland schwach entwickelten republikanischen Traditionen verpflichtet und verstehen sich als Teil der politischen Linken (ab 'und' durchgestrichen, d.Vf.). Die Tätigkeit des Clubs ist auf die Beteiligung an der politischen Meinungs- und Willensbildung in der Dortmunder Bevölkerung gerichtet.

Paragraph 3

Mitglieder des Clubs können sein:
natürliche Personen,
juristische Personen,
nicht rechtsfähige Vereine,
Gesellschaften des bürgerlichen Rechts,
Handelsgesellschaften, auch soweit sie Rechtsfähigkeit nicht besitzen.

Die Mitgliedsrechte natürlicher Personen können nur persönlich ausgeübt werden. Die Mitgliedsrechte der juristischen Personen, nicht rechtsfähigen Vereine und Gesellschaften werden jeweils durch die vertretungsberechtigten Organe ausgeübt. Diese können die Ausübung der Mitgliedsrechte Stellvertretern übertragen. Auch wenn die vertretungsberechtigten Organe aus mehreren Personen bestehen, steht dem jeweiligen Mitglied nur eine Stimme zu.

Paragraph 4

Die Aufnahme neuer Club-Mitglieder erfolgt durch den Vorstand aufgrund eines Antrages dreier (hands.: zweier, d.Vf.) Mitglieder. Lehnt der Vorstand den Aufnahmeantrag ab, so steht den Antragstellern die Berufung an die Mitgliederversammlung zu.

Paragraph 5

Die Mitgliedschaft endet:
a) durch Austritt, der mit einer Kündigungsfrist von drei Monaten zum Schluß eines Kalendervierteljahres

gegenüber dem Vorstand schrift (hands.: lich per Einschreiben, d.Vf.) zu erklären ist;
b) durch Tod oder Auflösung (hands.: oder gestrichen und Auflösung als Punkt d), d.Vf.);
c) durch Ausschluß.

Der Ausschluß ist zulässig, wenn ein Mitglied die Vereinsinteressen schwerwiegend geschädigt hat. Die Entscheidung über den Ausschluß trifft der Vorstand. Vor der Beschlußfassung ist dem betroffenen Mitglied Gelegenheit zu geben, sich innerhalb einer angemessenen Frist zu den erhobenen Vorwürfen zu äußern. Der Ausschluß ist zu begründen und dem Mitglied durch eingeschriebenen Brief bekanntzugeben. Gegen den Beschluß ist die Berufung an die Mitgliederversammlung zulässig. Die Berufung muß binnen einer Frist von einem Monat nach Erhalt des Ausschließungsbeschlusses beim Vorstand schriftlich eingelegt werden. Für die Rechtzeitigkeit der Berufung ist das Datum des Poststempels maßgebend. Im Falle einer Berufung entscheidet die (hands.: nächste, d.Vf.) Mitgliederversammlung endgültig. Die Berufung hat aufschiebende Wirkung. Vor der Entscheidung der Mitgliederversammlung steht dem Mitglied ein Recht auf Herbeiführung einer gerichtlichen Entscheidung über die Wirksamkeit des Ausschließungsbeschlusses nicht zu. Wird die Berufung durch die Mitgliederversammlung verworfen, so wird der Ausschluß im Zeitpunkt der Beschlußfassung der Mitgliederversammlung wirksam.

Paragraph 6

Jedes Mitglied bestimmt seinen Beitrag nach eigenem Ermessen, wobei erwartet wird, daß alle Mitglieder zur Förderung der gemeinsamen politischen Interessen einen Beitrag leisten, der in einem angemessenen Verhältnis zu ihrem Vermögen und Einkommen steht.

Der Mindestbeitrag für persönliche Personen beträgt DM (hands.: 10, d.Vf.) monatlich; für Schüler, Lehrlinge, Studenten, Wehr- und Ersatzdienstleistende DM (hands.: 3, d.Vf.); für juristische Personen, nicht rechtsfähige Vereine und Gesellschaften DM (hands.: 50, d.Vf.) monatlich.

Die Beiträge sind jeweils im voraus bis zum 10. eines jeden Monats spesenfrei auf das Postscheck- oder Bankkonto des Clubs zu überweisen. Der Vorstand kann durch Beschluß die Beitragspflicht ganz oder teilweise jeweils für ein Jahr erlassen.

Paragraph 7

Der Club gibt Mitgliedskarten aus, die jeweils für ein Geschäftsjahr gültig sind. Die Ausübung der Mitgliedsrechte setzt voraus, daß das Mitglied eine gültige Clubkarte besitzt. Diese ist auf Verlangen vorzuzeigen. Ungültig gewordene Karten werden nur dann erneuert, wenn das Mitglied die fälligen Beiträge bezahlt hat.

Paragraph 8

Die Organe des Vereins sind:
a) der Vorstand,
b) die Mitgliederversammlung,
c) die Revisoren.

Paragraph 9

Der Vorstand besteht aus dem Vorsitzenden, zwei stellvertretenden Vorsitzenden und sechs Beisitzern (hands.: sechs Beisitzern gestrichen, d.Vf.). Der Club wird gerichtlich und außergerichtlich in gesetzlichem Umfange durch den Vorsitzenden, bei seiner Verhinderung von den stellvertretenden Vorsitzenden gemeinschaftlich vertreten. Der Vorstand wird von der Mitgliederversammlung jeweils für ein Jahr gewählt. Die Abwahl vor Ablauf der Amtsperiode setzt eine Zweidrittelmehrheit voraus.

Der Vorsitzende wird in einem besonderen Wahlgang gewählt. Sind mehrere Kandidaten vorgeschlagen, so ist der Kandidat gewählt, der die absolute Mehrheit der abgegebenen Stimmen auf sich vereinigt. Kommt im ersten Wahlgang eine absolute Mehrheit nicht zustande, so ist die Wahl zu wiederholen. Ergibt sich auch im zweiten Wahlgang keine absolute Mehrheit, so ist der Kandidat gewählt, der die meisten Stimmen auf sich vereinigt. Haben mehrere Kandidaten die gleiche Stimmenzahl erhalten, so findet unter ihnen eine Stickwahl statt.

Die übrigen Vorstandsmitglieder werden in einem gemeinsamen Wahlgang gewählt. Jedes Mitglied kann acht Kandidaten wählen. Im ersten und zweiten Wahlgang sind nur die Kandidaten gewählt, die die absolute Mehrheit auf sich vereinigen. In weiteren Wahlgängen bzw. Stichwahlen sind die Kandidaten

gewählt, die die meisten Stimmen auf sich vereinigen.

Die Wahlen finden stets in geheimer Abstimmung statt. Eine Abweichung von diesem Verfahren ist nur nach entsprechender Satzungsänderung zulässig.

Paragraph 10

Der Vorstand entscheidet vorbehaltlich der Zuständigkeit der Mitgliederversammlung in allen die belange des Vereins betreffenden Angelegenheiten. Der Vorstand gibt sich eine Geschäftsordnung, die den Mitgliedern bekanntzugeben ist. Die beiden stellvertretenden Vorsitzenden werden von allen Vorstandsmitgliedern für die Dauer einer Wahlperiode aus den Reihen der Beisitzer bestimmt.

Der Vorstand kann durch Mehrheitsbeschluß die Geschäftsführung widerruflich einem Geschäftsführer oder mehreren Geschäftsführern übertragen. Für die Arbeit der Geschäftsführer ist der Vorstand verantwortlich.

Der Vorstand ist ermächtigt, alle für den Eintritt des Clubs in die Kommanditgesellschaft : : in Firma 'Republikanische Clubgesellschaft m.b.H. und Co. KG Dortmund' : : erforderlichen Willenserklärungen abzugeben.

Paragraph 11

Mindestens einmal im Jahr, möglichst zu Beginn des Kalenderjahres, hat eine ordentliche Mitgliederversammlung stattzufinden. Ihr obliegt vor allem die Entgegennahme des Jahresberichtes und der Jahresrechnung des Vorstandes, die Wahl und Entlastung (hands.: Entlastung und Wahl, d.Vf.) des Vorstandes, die Beschlußfassung über Satzungsänderungen und die Auflösung des Vereins. darüber hinaus ist die Versammlung berechtigt, dem Vorstand die für die Erreichung des Vereinszweckes erforderlich und zweckdienlich erscheinenden Aufträge und Weisungen zu erteilen.

Außerordentliche Mitgliederversammlungen sind einzuberufen, wenn mindestens ein Zehntel der Mitglieder oder zwei (hands.: fünf, d.Vf.) Vorstandsmitglieder die Einberufung verlangen. Der Vorstand hat in diesen Fällen innerhalb von zwei Wochen eine Mitgliederversammlung einzuberufen.

Die Mitgliederversammlungen sind vom Vorstand schriftlich unter Angabe der Tagesordnung und unter Einhaltung einer Frist von mindestens zwei Wochen einzuberufen. Die Frist beginnt mit dem Tage, an dem die Einladung zur Beförderung bei der Post aufgegeben wird (Posteingangsstempel). Die Mitgliederversammlung ist beschlußfähig, wenn mindestens ein Zehntel sämtlicher Mitglieder anwesend ist. Bei Beschlußunfähigkeit ist der Vorstand verpflichtet, binnen drei Woche eine zweite Versammlung mit derselben Tagesordnung einzuberufen. Diese Versammlung ist ohne Rücksicht auf die Zahl der erschienenen Mitglieder beschlußfähig. In der Einladung zu dieser Versammlung ist auf die unbedingte Beschlußfähigkeit hinzuweisen.

Die Mitgliederversammlung faßt ihre Beschlüsse grundsätzlich mit einfacher Stimmenmehrheit der Erschienenen. Für Satzungsänderungen ist die Zustimmung von Dreiviertel der Erschienenen, zur Auflösung des Vereins die Zustimmung von Vierfünftel der Erschienenen und mindestens 51% der eingetragenen Mitglieder erforderlich.

Soll durch die Mitgliederversammlung eine Satzungsänderung beschlossen werden, so sind die Änderungsvorschläge den Mitgliedern mit der Einladung bekanntzugeben.

Paragraph 12

Die von der Mitgliederversammlung gefaßten Beschlüsse sind zu protokollieren und von dem jeweiligen Versammlungsleiter sowie dem Protokollführen der Sitzung zu unterzeichnen.

Paragraph 13

Die Mitgliederversammlung wählt drei Revisoren, die den Jahresabschluß des Vorstands zu prüfen und der Mitgliederversammlung einen Prüfungsbericht zu geben haben.

Paragraph 14

Im Falle der Auflösung fällt das Vereinsvermögen der Kommanditgesellschaft in Firma 'Republikanische

Clubgesellschaft m.b.H. und Co. KG' zu.

Bestehen diese Gesellschaft oder ihre Rechtsnachfolgerin im Zeitpunkt der Auflösung nicht mehr, so fällt das Vereinsvermögen ……. zu."
Q: N.N.: Satzung des 'Republikanischen Clubs e.V.' Dortmund, Dortmund 20.12.1967

22.12.1967:
Die Aktion Lateinamerika (ALA) Freiburg (vgl. 2.7.1973) berichtet aus Guatemala über rechte Terrorakte, u.a. auch gegen Personen, "die unter der revolutionären Regierung von Arevalo y Arbenz ein bedeutendes Amt innehatten, obwohl sie sich seit jener Zeit aus der Politik zurükgezogen hatten (Jose Antonio Monroy, arbenzistischer Abgeordneter, starb in Campona, Izabal, am 22.Dezember 1967)."
Q: Aktion Lateinamerika Nr. 1, Freiburg 1973, S. 13

24.12.1967:
In Tübingen wird, laut einer handschriftlichen Notiz heute vor der Stiftskirche, das Flugblatt "Gezieltes Spielzeug" zum Vietnamkrieg verteilt, das auch ein Zitat von Mao Tse-tung enthält.

Vermutlich ebenfalls zu Weihnachten erscheint vermutlich ebenfalls in Tübingen das Flugblatt "Human" zum Vietnamkrieg.
Q: N. N.: Gezieltes Spielzeug, O. O. (Tübingen) o. J. (1967); N. N.: Human, O. O. (Tübingen) o. J. (1967)

(verteilt am Heiligabend 1967 vor
der Stiftskirche

Gezieltes Spielzeug*

1
Abwurf
von Spielzeug
statt Bomben
zum Fest der Kinder

sagten die Marktforscher
das
macht zweifellos
großen Eindruck

Es hat sehr großen
Eindruck
gemacht
auf die ganze Welt

2
Hätte das Flugzeug
lieber vor vierzehn Tagen
Spielzeug heruntergeworfen
und jetzt erst die Bomben

hätten meine Kinder
noch vierzehn Tage
durch eure Güte
etwas zum Spielen gehabt (Erich Fried)

* Zum vietnamesischen "Fest der Kinder" warfen amerikanische Flugzeuge Spielzeug auf vietnamesische Dörfer, auch auf Dörfer, in denen ihre Napalmbomben kurz zuvor Kinder verbrannt hatten. (Ein Sprecher des amerikanischen Verteidigungsministeriums: "Es war für die US-Truppen in allen Kriegen von Nutzen, die Sympathien der Kinder zu gewinnen.")

Völker der ganzen Welt, vereinigt euch, besiegt die US-Aggressoren und all ihre Lakaien! Völker der ganzen Welt, seid mutig, habt Mut zu kämpfen, fürchtet keine Schwierigkeiten, stürmt Welle auf Welle vorwärts, und die ganze Welt wird den Völkern gehören. Alle finsteren Mächte werden restlos vernichtet werden! (Mao Tse-tung)

H u m a n

Wir desinfizieren unsere Granaten, bevor wir sie werfen.
Unsere Plastikbehälter für rostfreie Milch
sind so unschuldig, wie napalmverbrannte Kinder.
Wir verbrennen sie selbst. Das Herstellungsverfahren
wird streng überwacht.

Unsere Morde sind keimfrei. Wir foltern
nur in steriler Kleidung.
Überzeugen Sie sich selbst von der Perfektion
unseres Arbeitsprozesses. Stacheldraht, Tranchiermesser
Panzer, Bomben, Gas. Uns ist kein Handgriff zu viel.
Unser Ausstoß beträgt 1000 Tote pro Tag.
Die Massengräber sind übervoll. Und wir bemühen uns,
unser Produktionsverfahren ständig zu verbessern.
Wie läßt sich Perfektes perfektionieren? Das ist unsere Frage.
Unsere Reserven sind groß. Unser Ziel ist,
daß jeder von Ihnen seinen eigenen Vietnamesen im Haus hat. Im Stück,
fein zerkleinert oder in hundert anderen Arten der Ausfertigung.

Unser höchstes Ziel: Die Zufriedenheit unserer Kunden.
Wir arbeiten mit makellosem Material.
Wo wir unsere Arbeit beginnen, entkommt uns niemand. Und wir
geben uns nicht zufrieden, ehe nicht alles tot ist.

Unser Wahlspruch lautet: Das Absolute ist nicht absolut genug.

Hinweis
Unsere Produkte sind hygienisch
und ansprechend verpackt. Wir liefern sie Ihnen
eisgekühlt ins Haus.
Die Luxusausführung versenden wir in Platinverschalung.
Die Versandkosten gehen selbstverständlich auf unsere Rechnugn.
Schreiben Sie uns, wir sind gern bereit, Sie bei der Aufstellung
der kostbaren Stücke zu beraten.

JOHNSON & CO WASHINGTON

GERERALVERTRETUNG IN DER BDR
KIESINGER BONN

24.12.1967:
In der Berliner Kaiser-Wilhelm-Gedächtniskirche werden während des Gottesdiensts Plakate gegen den Vietnamkrieg und eine Fahne gezeigt.
Q: EPZ: Materialsammlung über die Unruhen an den Universitäten, das politische Mandat der Studentenschaft und die Stellung der Evangelischen Studentengemeinde, Berlin Jan. 1968, S. 28ff

4. Der Gemeindekirchenrat weist auf ein Angebot hin, "den ersten Gottesdienst in einer anderen Charlottenburger Gemeinde...durchzuführen, mit der Zusage, den Gemeindekirchenrat der Kaiser-Wilhelm-Gedächtniskirche zu bewegen, den vorgesehenen zweiten Gottesdienst im Dezember in seiner Kirche abhalten zu lassen". Dieses Angebot sei von den Studentenpfarrern abgelehnt worden. Wahr ist: Ein verbindliches Angebot ist den Studentengemeinden niemals gemacht worden. Im übrigen sind die Studentengemeinden allerdings nicht bereit, ihre Gottesdienste je nach Prediger unterschiedlich qualifizieren zu lassen.
5. Der Gemeindekirchenrat spricht davon, daß mehrfach Gottesdienste in der Kaiser-Wilhelm-Gedächtniskirche angeboten worden seien, "in denen jeder der hier eingeführten vier Pfarrer die Predigt übernommen hätte". Wahr ist: Die Studentengemeinden waren bislang frei in der Wahl ihrer Prediger.
6. Der Gemeindekirchenrat bezieht sich zur Begründung seines Verhaltens auf einen Bericht des "Berliner Sonntagsblattes - Die Kirche" über ein Referat von Studentenpfarrer Hasselmann auf der letzten Studentenpfarrerkonferenz. Wahr ist, daß der Bericht des "Berliner Sonntagsblattes - Die Kirche" erst in der Ausgabe vom 24. September erschienen ist, während der ablehnende Beschluss des Gemeindekirchenrats bereits am 18. September gefaßt wurde. Darüber hinaus sind in der Zwischenzeit die Mitglieder des Gemeindekirchenrates davon unterrichtet worden, daß der Berichterstatter das Referat von Pfarrer Hasselmann falsch wiedergegeben hat.
Der Gemeindekirchenrat begründet seinen Beschluß abschließend: "Die Einseitigkeit der Studentengemeinde und die in ihr vorhandene Gefahr, das Leben der Kirche zu verpolitisieren, bedürfen eines Gegengewichts." Die Evangelische Studentengemeinde brauche "eine geistliche, seelsorgerliche, erzieherische Hilfe". Wie mit einer solchen Begründung die Benutzung einer Kirche für Predigt- und Abendmahlsgottesdienste abgelehnt werden kann, bleibt schlechthin unverständlich .

3. Darstellung der Ereignisse am Heiligen Abend 1967 in der Berliner Kaiser-Wilhelm-Gedächtniskirche (KWG)

Am 24. Dezember 1967, etwa gegen 22.30 bis 22.35 Uhr, versammelten sich acht bis zwölf jüngere Personen männlichen und weiblichen Geschlechts vor dem Hauptportal der Kaiser-Wilhelm-Gedächtniskirche. Sie trugen Pappschilder mit sich, die sie ebenso wie auch eine Fahne - wahrscheinlich eine Vietkongfahne - über ihre Köpfe hielten. Die Plakate waren auf Vietnam bezogen. Zur gleichen Zeit wurden auch vorübergehend abgezogene Briefe (Flugblätter) verteilt. Zu den Plakatträgern gesellten sich vorübergehend noch andere jüngere Personen hinzu.
Der Kirchendiener Gerhard Bruhn forderte die mit Plakaten versehenen Demonstranten auf, das kirchliche Gelände zu verlassen. Seiner Aufforderung wurde nicht Folge geleistet. Auf Weisung eines Mitgliedes des Gemeindekirchenrates ging der Kirchendiener noch einmal zu der Gruppe und wiederholte seine Forderung, das Podest zu verlassen. Eine Person aus dieser Gruppe fragte: "Wo sollen wir denn hin?" Der Kirchendiener gab zur Antwort: "Auf die Straße." Ihm wurde entgegnet: "Da werden wir nicht gesehen." Eine weibliche Person sagte: "Ich bin von der evangelischen

Studentengemeinde." Nachdem der Kirchendiener zum zweitenmal vergeblich zum Verlassen des Podestes aufgefordert hatte, rief er über Telefon eihe Funkstreife herbei.
Die Kirche war um 22.50 Uhr schon ganz gefüllt. In der Nähe des Eingangs standen bereits viele Gottesdienstbesucher. Etwa gegen 22.53 Uhr ereignete sich folgendes:
Zwei Paare, die im vorderen Teil der Kirche saßen, erhoben sich und entrollten zu gleicher Zeit Plakate, mit denen sie nach vorn in die Nähe des Altars und der Kanzel gehen wollten. Etwa gleichzeitig drangen von draußen zwei bis drei junge Leute durch den Mittelgang in das Innere der Kirche und hoben dabei ihre Plakate hoch. Ebenfalls im selben Augenblick stand Herr Dutschke auf der Kanzel und versuchte, sich Gehör zu verschaffen. In der Kirche herrschte bereits zu diesem Augenblick solch eine Aufregung und Unruhe, daß seine Worte von den allermeisten nicht mehr verstanden wurden. Die von draußen hereindringenden Plakatträger wurden im ersten Drittel des Mittelganges (vom Eingang her gesehen) von Gottesdienstbesuchern aufgehalten und wieder hinausgedrängt. Der Lärm war inzwischen lauter geworden. Herr Dutschke hatte nur wenige Worte von der Kanzel sagen können, als Gottesdienstbesucher ihn bereits von der Kanzel herunterholten.
Zunächst waren es zwei Gottesdienstbesucher, die Herrn Dutschke zwangen, die Kirche zu verlassen. Später faßten ihn Gesinnungsfreunde unter, um ihn vor der erregten Menge zu schützen und ihn aus der Kirche hinauszubringen. Obwohl zu diesem Augenblick in der Kirche großer Lärm herrschte, verstand ein Augenzeuge die Worte: "Ihr seid alle Diener des Teufels." Während Herr Dutschke hinausbefördert wurde, erhielt er von einem Kirchenbesucher, der Schwerkriegsbeschädigter ist, einen Schlag mit dem Stock über den Kopf. Eine Augenzeugin hörte noch den Ruf "Nicht schlagen!". Doch inzwischen war der Schlag schon ausgeführt worden. Herr Dutschke blutete. Nach dem Bericht des Kirchendieners randalierte er im Vorraum, so daß ihn der Kirchendiener aufforderte, den Vorraum zu verlassen. Herr Dutschke antwortete: "Sie sind ein Diener des Teufels." Da der Kirchendiener den Eindruck hatte, daß ihm Alkoholdunst entgegenschlug, sagte er zu Herrn Dutschke: "Sie haben ja getrunken." Daraufhin fuhr sich Herr Dutschke mit der rechten Hand über den blutenden Kopf und drückte seine blutverschmierte Hand dem Kirchendiener Gerhard Bruhn ins Gesicht. Unmittelbar danach näherte sich Herr Dutschke auch dem anderen Kirchendiener, Kurt Höser, der etwa einen Meter von der Eingangstür entfernt im Vorraum stand, und sagte zu ihm: "Sie sind auch ein Oberteufel" und wischte seine blutverschmierte Hand ebenfalls in das Gesicht und an den Hals dieses Kirchendieners. Herr Höser sagte aus, daß er Herrn Dutschke überhaupt nicht angesprochen habe, geschweige denn ihn irgendwie angerührt hätte.
Nach der erlittenen Verletzung kam Herr Dutschke noch ein- oder zweimal mit blutverschmiertem Gesicht aus dem Vorraum in die eigentliche Kirche. Hier wurde ihm von einem jüngeren Mann zugerufen: "Rudi, geh doch raus!"
Generalsuperintendent D. Helbich, der kurz vor Beginn der Störung erst in die Kirche gekommen war, ist sofort aus der im Souterrain gelegenen Sakristei in den Kirchenraum gegangen. Es war noch eine große Unruhe im Raum, aber die Ruhestörer waren schon aus der Kirche entfernt. Die inzwischen eingetroffene Polizei wollte ein Protokoll aufnehmen. Das wurde mit dem Hinweis abgelehnt, daß jetzt

der Gottesdienst endlich beginnen müsse, nachdem schon fast zehn Minuten über die Anfangszeit hinaus vergangen waren...
Aus der Broschüre "Was ist geschehen?" (Eine Dokumentation der KWG-Kirche, hgg. vom Gemeindekirchenrat)

4. Stellungnahme von Helmut Gollwitzer zu den Vorgängen in der KWG-Kirche

Was ist geschehen? Eine christliche Gemeinde versammelt sich am Heiligen Abend zum Fest des Friedens und zur Geburt des gekreuzigten Heilands, der das Gebot der Feindesliebe gepredigt und gelebt hat. Es dringen ein paar Leute - es kommen, muß ich genauer sagen - in den Gottesdienst, die vor der Kirche das Mißfallen der Kirchenbesucher erregt haben. Sie werden hinausgeschlagen. Auf ihre Hilferufe geht einer auf die Kanzel, um dagegen zu sprechen. Er wird heruntergeholt und von zwanzig Leuten vor der Kanzel zusammengeschlagen, mühsam etwas befreit und bekommt noch eine kleine blutige Wunde. Das ist geschehen. Das ist das Schreckliche, das einen Christen tief erschrecken muß: die Verwandlung einer Gemeinde in eine prügelnde Schar. Generalsuperintendent Helbich hat mündlich geäußert, er selbst sei erschrocken, wie diese Gemeinde, wie er heraufkam in die Kirche, in eine gefährliche Masse verwandelt gewesen ist. Er hat es allerdings nicht für nötig gehalten, dieser Gemeinde daraufhin das Nötige zu sagen, sondern hat seinen Gottesdienst zelebriert, als wäre nichts geschehen.
Sie werden einwenden, ich hätte sehr einseitig und eingeschränkt dargestellt; denn ich habe nicht gesagt, weshalb der Ärger der Gemeinde erregt worden ist. Bedenken Sie bitte, ich habe gesagt, es war eine christliche Gemeinde. Wäre es nicht eine christliche Gemeinde, sondern irgendeine Zusammenkunft gewesen, dann wäre es vielleicht bedauerlich, aber doch verständlich, wenn Leute, die als Störer empfunden werden und hereinkommen, mit Brachialgewalt wieder hinausgesetzt werden. Eine christliche Gemeinde, die das tut, sie ist nicht mehr eine christliche Gemeinde. Selbst wenn es Betrunkene gewesen wären, die hereingetorkelt wären, selbst wenn eine beabsichtigte Störaktion stattgefunden hätte, eine christliche Gemeinde, zur Christgeburt versammelt, muß eine andere Lösung, eine christliche Antwort auf diese Situation finden, sonst ist sie in diesem Augenblick nicht mehr eine christliche Gemeinde.
In der Presse wird die Aktion der paar Demonstranten - es handelt sich nicht um zwanzig, sondern um sechs - als eine Störaktion dargestellt. Eine Störaktion hat zum Ziel, einen Gottesdienst zu verhindern. Die jungen Menschen, die vor der Kirche demonstriert hatten und dann mit ihren Plakaten hereinkamen, diese jungen Menschen wollten keinen Gottesdienst der christlichen Gemeinde verhindern. Sie waren der Meinung, daß eine heutige christliche Gemeinde Weihnachten nicht mehr in Behaglichkeit, bei sich selbst bleibend, feiern kann. Vietnam, das Grauen des Vietnamkrieges, ist eine Frage an jede christliche Gemeinde, mindestens beten, mindestens die Hände auftun und spenden, mindestens fragen, was wir auch politisch dazu beitragen können, daß dort Frieden wird, das alles mindestens muß eine christliche Gemeinde an Weihnachten beunruhigen. Diese Fragen wollen diese jungen Menschen der Gemeinde stellen. Wenn die Gemeinde diese Fragen als Störung empfindet, dann drückt sie damit aus, daß sie nicht beunruhigt ist, daß sie nicht weiß, was Jesus Christus und

Vietnam miteinander zu tun haben. Auf einem der Plakate stand: "Was ihr getan habt einem der geringsten Brüder, das habt ihr mir getan." Ein Wort Jesu Christi. Das war die Frage dieser Demonstranten. Diese Frage ist als Störung empfunden worden. Sehr schlimm zu dem allen ist die bisherige kirchliche Reaktion. Sie besteht in Unterstützung der - ich muß das Wort gebrauchen - Pressehetze, die gegen die Demonstranten losgegangen ist, in Anklagen gegen sie, in Klage wegen Hausfriedensbruch gegen Dutschke. Noch kein Wort der erschrockenen Buße darüber, daß eine christliche Gemeinde sich - um wieder mit D. Helbich zu reden - in eine gefährliche Masse verwandelt, wenn ihr ärgerliche Fragen gestellt werden. Daß geprügelt worden ist, kein Wort der Buße haben wir bisher von der betreffenden Gemeindeleitung und der Kirchenleitung gehört. Professor Weischedel, der hiesige Philosoph, schlug mir heute vor, die Kaiser-Wilhelm-Gedächtnis-Kirche umzunennen in St.-Malchus-Kirche oder in Barrabas-Kirche. Malchus war jener Soldat, dem Petrus im Garten Gethsemane das Ohr abschlug, als er unchristlicherweise seinen Herrn mit dem Schwert verteidigen wollte. Und Barrabas war der jüdische Nationalist, den das Volk damals lieber freihaben wollte als Jesum von Nazareth. Wenn wir nicht eine Malchus-Gemeinde und eine Barrabas-Gemeinde werden wollen, dann werden wir zweierlei tun müssen als Kirche und als Kirchenleitung und als christliche Gemeinde in Berlin. Wir werden endlich eine selbstkritische wahrheitsgemäße Darstellung der Vorgänge am Heiligen Abend geben müssen und ein Bußbekenntnis angesichts des Abgrundes, der sich hier auf einmal aufgetan hat. Auf ein solches christliches Wort von Seiten der verantwortlichen Sprecher der Kirche in Berlin und der beteiligten Gemeinde warten wir weiterhin.
Aus der Broschüre "Was ist geschehen?" (Eine Dokumentation der KWG-Kirche, hgg. vom Gemeindekirchenrat)

5. Erklärung des Generalsuperintendenten Helbich zu den Vorgängen in der KWG-Kirche

Kein einziger Kirchenbesucher am Heiligen Abend hat auch nur einem der stummen Demonstranten mit den Plakaten vor der Kirchentüre etwas zuleide getan. Jeder Besucher konnte Text und Bild zur Kenntnis nehmen. Dadurch war zumindest der Zweck erreicht, auch in dieser Stunde an die Nöte des schrecklichen Krieges in Vietnam erinnert zu werden. Die Aktion in der Kirche wurde von einer anderen Gruppe durchgeführt. Sie saß schon längere Zeit im Gotteshaus und entrollte zu einem verabredeten Zeitpunkt die Transparente vor dem Altar und der Kanzel, die im selben Moment von Herrn Dutschke bestiegen wurde. Es gehört ja zu seiner Taktik, die Menschen zu schockieren. Das ist ihm auch gelungen. Es brach ein Sturm der Entrüstung los. Nicht weil Herr Dutschke gegen Vietnam protestieren wollte, sondern weil die Gemeinde sich solche eigenmächtigen Überrumpelungen nicht gefallen lassen will. Außerdem ist der Ärger über die Methoden dieser radikalen Gruppe durch die Ereignisse der letzten Wochen - denken Sie nur an die Behandlung des Regierenden Bürgermeisters in der Kirchlichen Hochschule und in der Freien Universität - so groß, daß schon das Erscheinen von Herrn Dutschke, noch dazu in einer solchen Umgebung, heftige Reaktionen ausgelöst hat. Übrigens ist es ein Phänomen, das ähnlich auch bei den Studenten festgestellt werden kann, wenn sie einen unliebsamen Partner nicht zu Wort kommen lassen wollen.

Daß es zu tätlichen Auseinandersetzungen in der Kirche kam, muß bedauert werden. Christen dürften so etwas nicht tun, sagt man. Dabei darf man aber zweierlei nicht vergessen. Einmal, wer schockiert wird, erfährt eine plötzliche Veränderung in seinem Nervensystem. Er läßt sich dann zu Handlungen hinreißen, die er vorher nicht für möglich gehalten hat. Der Schlag mit dem Stock zum Beispiel wurde von einem Schwerkriegsbeschädigten ausgeführt. Wer also die Schock-Methode anwendet, muß damit rechnen, daß er Reaktionen auslöst, die vorher unberechenbar sind. Zum andern, der Heilige Abend ist für viele Berliner der Tag, an dem sie besonders gerne in die Kirche gehen. Sie wollen eben gerade in dieser Stunde einen ungestörten Gottesdienst erleben. Das alles entschuldigt die Geschehnisse nicht, aber es läßt sie besser verstehen. Wer erklärt - wie es Professor Gollwitzer nach einem Pressebericht in seiner Weihnachtspredigt getan haben soll -, "eine Gemeinde, die so etwas tut, geht an Jesus vorbei", ist leicht in der Gefahr, ungerecht zu werden. Wer in aller Welt wollte behaupten, daß nicht auch die Christen genauso schwache, unvollkommene Menschen sind wie die anderen? Sie haben nur einen Vorzug, sie können mit ihrer Schuld zu Jesus Christus kommen und um Vergebung bitten. Sie würden sich freuen, wenn auch Herr Dutschke und seine Anhänger den gleichen Weg mitgingen.
Darum sollten Bußpredigten nicht nur an die eine Seite, sondern gleichzeitig und ebenso eindringlich auch an die andere Seite gerichtet werden. Sie haben um so mehr Aussicht auf Wirkung, wenn sie gerade von denen gehalten werden, die das Ohr der Angesprochenen leichter finden als jeder andere. Zur Buße freilich gehört auch das Anderswerden. Darum sollte man vom hohen Roß der Selbstgerechtigkeit heruntersteigen und sich bereitmachen lassen zur gegenseitigen Vergebung. Das ist ein harter Weg. Darum ist es auch ein langer Weg. Aber an seinem Ende steht eine innere Befreiung und eine größere Achtung voreinander.
Aus der Broschüre "Was ist geschehen?" (Eine Dokumentation der KWG-Kirche, hgg. vom Gemeindekirchenrat)

6. Die Vorgänge im Silvestergottesdienst der KWG-Kirche

Nachdem wir uns - es waren zwei Pfarrer aus England dabei - auf den Gottesdienst im Sakristeigebet vorbereitet hatten, begab ich mich mit den beiden englischen Gästen - wir waren alle drei im Talar - in die Kirche. Der Gottesdienst begann pünktlich und völlig normal. Nach dem Orgelvorspiel und dem Eingangslied der Gemeinde hielt ich vom Altar aus die Eingangsliturgie bis zum Schluß des Kollektengebets in völliger Ruhe, wenn auch eine erhebliche Spannung in der Gemeinde spürbar war.
Als ich die Gemeinde aufgefordert hatte, sich zu erheben zur Verlesung der Epistel, begann die Gruppe mit Fritz Teufel, den ich bei seinem Brüllen deutlich beobachtete, in einem lautstarken Sprechchor zu rufen: "Wir wollen diskutieren!" Das geschah in ständiger rhythmischer Wiederholung.
Aus der bestürzten und schockierten Gemeinde wurden Gegenrufe laut wie: Ruhe! - und: Hört doch endlich auf! und: Seid still und geht raus! und anderes. Bei dem nunmehr in der Kirche herrschenden Lärm war eine Verlesung der Epistel nicht mehr möglich, und ich eilte auf die Kanzel, um zu versuchen, von dort aus die Ruhe wiederherzustellen. Ich ermahnte wiederholt

24.12.1967:
In Bremerhaven führt der Außerparlamentarische Arbeitskreis (APA), laut SALZ Bremerhaven, zu Weihnachten Straßendiskussionen durch.
Q: SALZ-Korrespondenz Nr. 1, Bremerhaven Jan. 1970

27.12.1967:
Die 'Welt' veröffentlicht, laut AStA der Universität Hamburg (vgl. 29.1.1968) heute von Hans Habe einen offenen Brief 'Die Parforcejagd auf Axel Springer'.
Q: Auditorium Nr. 52, Hamburg Jan./Feb. 1968, S. 9

Peter Münder

Die stinkenden Rosen des Hans Habe

„. . . obwohl ich mir unter einem Rosenbeet etwas anderes vorstelle als Ihren Zeitungsverlag . . . so drängt sich mir doch das Wort des Georg Christoph Lichtenberg auf: „Wenn der an einer Rose riecht, dann stinkt sie." (Über Augstein).

Am 27. Dezember 1967 veröffentlichte DIE WELT einen offenen Brief, den Hans Habe an den „lieben Herrn Springer" geschrieben hatte. Dieses opus, betitelt „Die Parforcejagd auf Axel Springer", ist vom Verlagshaus Axel Springer als Broschüre gedruckt worden, die an Interessenten kostenlos verschickt wird. (Adresse: Verlagskontor Essen, Postfach 1301).

Hans Habe, Jahrgang 1911, Autor von „Katherine", „Wohin wir gehören", „Ilona", „Die Tarnowska", „Die Mission" und „Christoph und sein Vater", wurde von der deutschen Literaturkritik weder ernst genommen noch sonderlich beachtet. In der FAZ hieß es u. a. über sein letztes und ehrgeizigstes Werk: „Soviel literarische Hilflosigkeit erregt eher Mitleid." (1) Und in Uwe Nettelbecks Schlußbetrachtung heißt es: „Das alles wäre jedoch nicht weiter ärgerlich, wenn es sich hier nicht um den peinlichen Fall eines Autors handelte, der es allen anderen zeigen möchte und aus dieser Absicht auch kein Hehl macht, aber noch nicht einmal notdürftig hinter seinen eigenen Ansprüchen herzustolpern vermag." (2).

Den literarischen Mißerfolg versucht Habe durch zeitkritische Anmerkungen in Münchner oder Schweizer Zeitungen zu kompensieren. Als amerikanischer Major a. D. fühlt er sich verpflichtet, auf die internationale Kritik am imperialistischen Welt-Polizisten USA zu antworten. „Hate-in für Amerika" (3) bezeichnet er sein Credo.

Dieser Hans Habe wird dem WELT-Leser in einem kommentierenden Verlags-Vorspann als Nachfolger von Goethe und Thomas Mann vorgestellt — dafür hält ihn nämlich die NEW YORK TIMES.

„Mein Platz wäre, wenn ich es recht bedenke, auf der Seite Ihrer Gegner", so präsentiert Habe seinen Gesinnungsausweis. „Ich bin, wie Sie, liberal und konservativ, doch stehe ich — wäre es nicht an der Zeit, die irreführenden Straßentafeln zu beseitigen — ‚links' von der einen oder anderen Ihrer Zeitungen."

Es ist bedauerlich, daß der Leser im unklaren darüber gelassen wird, welche Springer-Zeitungen rechts von Herrn Habe stehen.

Sodann rüstet sich Habe, den „Jägern" Springers das Handwerk zu legen. Mit Springerscher Naivität werden die Vorwürfe, die sich gegen die „schiere Größe des Unternehmens" (4) oder gegen den Meinungsmonopolisten Springer erheben, personalisiert.

Habes Antworten lassen sich auf folgende wesentliche Punkte zurückführen:

1) Nicht Springer, sondern seine „Parforcejäger" sind die Totengräber der Demokratie. Die eifrigsten Jäger sind — so Habe — Augstein und Nannen. Sie gefährden die Demokratie, weil sie „von Demokratie die sonderlichsten Vorstellungen haben."

2) Springers direkter Einfluß auf die politische Haltung seiner Blätter ist wünschenswert, weil auf diese Weise Springer über die Rolle des Zeitungsmaklers hinauswächst, der sein Geld in Zeitungspapier anlegen würde wie andere in Toilettenpapier.

3) Vorwürfe gegen BILD werden mit der fast „klassischen" Antwort abgewiesen, niemand sei gezwungen, sie zu kaufen. Im übrigen entziehe sich Habe selbst "jeder derartigen Obligation".

4) Springers Monopolstellung in Berlin ist, laut Habe, „der Lohn eines Wagnisses".

5) Vom Meinungsmonopol Springers kann keine Rede sein. Begründung: der politische Einfluß vieler Springer-Blätter ist geringer als es dem „Idealismus" des Verlegers wünschenswert erscheint. Ein Meinungsmonopol wird nicht von Springer, sondern von der Gruppe 47 ausgeübt. Schließlich hat die Gruppe zum Sturz des Bundeskanzlers Erhard „erheblich beigetragen".

6) Nachdem der SPIEGEL und dessen „Linksintellektuelle" die Diktatur auf kulturellem Gebiet errichtet haben, streben sie jetzt die alleinige Macht im Staate an — mag es dem lieben Herrn Springer auch absurd erscheinen.

7) Die Kampagne gegen Springer ist als Aufstand der Provinz gegen die Großstadt zu verstehen. Mit Hilfe des STERN und des SPIEGEL soll der Spießer gegen den Großstädter aufgewiegelt werden.

8) Nach der großen Koalitionsbescherung ist die „oppositionelle Publizistik" langweilig geworden. Nun ist Springer der Feind. Im Kampf gegen Springer „wird das Kanonenfutter verheizt".

9) Die Macht Springers ist in Wirklichkeit die Macht des Lesers. Habe direkt an Springer: „Vom Leser hängen Sie ab, nicht er von Ihnen."

Von 1 bis 9: Emotionen werden dann angesprochen und freigelegt, wenn die eigene Unfähigkeit, einen Sachverhalt durch eine gründliche Analyse aufhellen zu helfen, verschleiert werden muß.

Habe (wie Springer) weiß, welche Monopolstellung das Haus Springer einnimmt und welche entscheidende Rolle es spielt; man braucht nur an die Berliner Ereignisse und an die Fernsehaffäre zu erinnern, in die der Verleger sogar Politiker (Erik Blumenfeld, Schwinkowski) einzuspannen wußte.

Hans Habe und Axel Springer kennen diesen Sachverhalt und sind keineswegs beunruhigt. Für Springer muß dann, wenn dieser Sachverhalt die noch nicht Springer-manipulierte Öffentlichkeit empört, „einer dran gedreht haben". (5).

Hans Habe, der seit Jahren die Gruppe 47 befehdet, der Günter Grass als „Dali ohne Talent" bezeichnet (tertium comparationis dieses Vergleichs ist für Habe wohl der Schnurrbart), hat endlich Gelegenheit, aus allen Rohren auf alle zu schießen, die nicht so USA-gläubig sind wie er.

„Es ist Ihr Verbrechen, Ihr Vaterland nicht auf der Seite der Verlierer sehen zu wollen: Dort stand es oft genug", (S. 1) meint Habe zu Axel Springer. Hier sind die kalten Krieger unter sich.

Als Habe aus seinem Buch „Die Mission" ein Film-Drehbuch machte, meinte die NEW YORK TIMES BOOK REVIEW: „There is no need to wait for the movie version of THE MISSION. The book is the movie." (6).

Hans Habe, ehemaliger Bürger Hollywoods, hat sich tatsächlich noch nicht von den ihm so vertrauten Film-Klischees trennen können. Er schreibt zwar Drehbücher für Farbfilme, von einer grotesken Schwarz-Weiß-Malerei ist er jedoch nie losgekommen.

Und das verbindet ihn mit Axel Springer.

1) FAZ, 25. Okt. 66 („Zehn Jahre zu spät")
2) DIE ZEIT, 23. Sept. 66 („Es den andern einmal zeigen")
3) Zürcher Woche, 1. Sept. 67 („HATE-IN FÜR AMERIKA")
4) Axel Springer: Antwort an J. Müller-Marein, DIE ZEIT, 18. Aug. 67
5) Frankfurter Rundschau, 30. Okt. 67 („Für AS muß einer dran gedreht haben")
6) NEW YORK TIMES BOOK REVIEW, 26. Juni 66

... delikat (auch in der STUKA)

29.12.1967:
An der Universität Hamburg erscheint eine Bekanntmachung des Rektors Ehrlicher, dass er Vorlesungsstörungen nun als Hausfriedensbruch verfolgen lassen werde.

Peter Schütt (vgl. März 1968) berichtet von den Folgen u.a. (vgl. 4.1.1968):"

Ein Germanist gab seinen in der Vorlesung anwesenden Assistenten Anweisung, einen Fragesteller gewaltsam aus dem Hörsaal hinauszubefördern, und ein Kollege beanspruchte sogar in einer Veranstaltung der Kritischen Universität (KU, d.Vf.) für sich das Hausrecht, um diskussionsfreudige SDS-Mitglieder vor die Tür zu setzen; er mußte daraufhin allerdings selbst die Veranstaltung verlassen."
Q: Auditorium Nr. 52, Hamburg Jan./Feb. 1968, S. 16; Peter Schütt: Entwicklung der demokratischen Bewegung an der Universität Hamburg im Wintersemester 1967/68, In: Blätter für deutsche und internationale Politik Jg. 13/1968, S. 384f

30.12.1967:
Nach einem Bericht von Schlomann/Friedlingstein wird in Puyricart (Frankreich) die Parti Communiste Marxiste-Leniniste de France (PCMLF) konstituiert. In den leitenden Führungsgremien sind u. a. vertreten: Jacques Jurquet, Rymond Casas, Claude Combe, Marcel Juliot, Regis Bergeron, Francois Marty, Gilbert Mury, Michelle Pignot. Das Zentralorgan heißt 'Humanite nouvelle' (später: 'L' Humanite rouge').
Q: Schlomann, Friedrich Wilhelm;Friedlingstein, Paulette: Die Maoisten, Frankfurt 1970, S. 170; Der Klassenkampf Nr. 7/8, Köln 1971, S. 6

31.12.1967:
In Frankreich wird, laut KPD/ML-ZK, die KP Frankreich/ML gegründet, deren Zentralorgan 'l'Humanite nouvelle' heißt (vgl. Mai 1968). Die Union des Jeunesses Comunistes/ML (vgl. 1967, 11.4.1968) habe sich nicht angeschlossen, weil die KPF/ML nicht im Proletariat verankert sei. Die UJC/ML will die KPF-nahe Gewerkschaft CGT wieder zu einer Kampforganisation machen.
Q: Roter Morgen Nr. 7, Hamburg Aug. 1970

31.12.1967:
In der Berliner Kaiser-Wilhelm-Gedächtniskirche werden während des Gottesdiensts Sprechchöre u.a. gegen den Vietnamkrieg gerufen und eine rote Fahne gezeigt. Es kommt zum Polizeieinsatz.
Q: EPZ: Materialsammlung über die Unruhen an den Universitäten, das politische Mandat der Studentenschaft und die Stellung der Evangelischen Studentengemeinde, Berlin Jan. 1968, S. 32ff

Daß es zu tätlichen Auseinandersetzungen in der Kirche kam, muß bedauert werden. Christen dürften so etwas nicht tun, sagt man. Dabei darf man aber zweierlei nicht vergessen. Einmal, wer schockiert wird, erfährt eine plötzliche Veränderung in seinem Nervensystem. Er läßt sich dann zu Handlungen hinreißen, die er vorher nicht für möglich gehalten hat. Der Schlag mit dem Stock zum Beispiel wurde von einem Schwerkriegsbeschädigten ausgeführt. Wer also die Schock-Methode anwendet, muß damit rechnen, daß er Reaktionen auslöst, die vorher unberechenbar sind. Zum andern, der Heilige Abend ist für viele Berliner der Tag, an dem sie besonders gerne in die Kirche gehen. Sie wollen eben gerade in dieser Stunde einen ungestörten Gottesdienst erleben. Das alles entschuldigt die Geschehnisse nicht, aber es läßt sie besser verstehen. Wer erklärt - wie es Professor Gollwitzer nach einem Pressebericht in seiner Weihnachtspredigt getan haben soll -, "eine Gemeinde, die so etwas tut, geht an Jesus vorbei", ist leicht in der Gefahr, ungerecht zu werden. Wer in aller Welt wollte behaupten, daß nicht auch die Christen genauso schwache, unvollkommene Menschen sind wie die anderen? Sie haben nur einen Vorzug, sie können mit ihrer Schuld zu Jesus Christus kommen und um Vergebung bitten. Sie würden sich freuen, wenn auch Herr Dutschke und seine Anhänger den gleichen Weg mitgingen.
Darum sollten Bußpredigten nicht nur an die eine Seite, sondern gleichzeitig und ebenso eindringlich auch an die andere Seite gerichtet werden. Sie haben um so mehr Aussicht auf Wirkung, wenn sie gerade von denen gehalten werden, die das Ohr der Angesprochenen leichter finden als jeder andere. Zur Buße freilich gehört auch das Anderswerden. Darum sollte man vom hohen Roß der Selbstgerechtigkeit heruntersteigen und sich bereitmachen lassen zur gegenseitigen Vergebung. Das ist ein harter Weg. Darum ist es auch ein langer Weg. Aber an seinem Ende steht eine innere Befreiung und eine größere Achtung voreinander.
Aus der Broschüre "Was ist geschehen?" (Eine Dokumentation der KWG-Kirche, hgg. vom Gemeindekirchenrat)

6. Die Vorgänge im Silvestergottesdienst der KWG-Kirche

Nachdem wir uns - es waren zwei Pfarrer aus England dabei - auf den Gottesdienst im Sakristeigebet vorbereitet hatten, begab ich mich mit den beiden englischen Gästen - wir waren alle drei im Talar - in die Kirche. Der Gottesdienst begann pünktlich und völlig normal. Nach dem Orgelvorspiel und dem Eingangslied der Gemeinde hielt ich vom Altar aus die Eingangsliturgie bis zum Schluß des Kollektengebets in völliger Ruhe, wenn auch eine erhebliche Spannung in der Gemeinde spürbar war.
Als ich die Gemeinde aufgefordert hatte, sich zu erheben zur Verlesung der Epistel, begann die Gruppe mit Fritz Teufel, den ich bei seinem Brüllen deutlich beobachtete, in einem lautstarken Sprechchor zu rufen: "Wir wollen diskutieren!" Das geschah in ständiger rhythmischer Wiederholung.
Aus der bestürzten und schockierten Gemeinde wurden Gegenrufe laut wie: Ruhe! - und: Hört doch endlich auf! und: Seid still und geht raus! und anderes. Bei dem nunmehr in der Kirche herrschenden Lärm war eine Verlesung der Epistel nicht mehr möglich, und ich eilte auf die Kanzel, um zu versuchen, von dort aus die Ruhe wiederherzustellen. Ich ermahnte wiederholt

mit äußerster Lautstärke den nun wirr alles durcheinander brüllenden Haufen der jungen Leute um Teufel zur Ruhe. Zunächst ohne Erfolg, weil sie nicht aufhörten zu schreien, wobei Rufe wie: Was ist mit Vietnam? und: Ihr seid keine Christen! - und haßerfüllte Schmähungen gegen mich (Verräter! Kein Pfarrer! Pharisäer usw.) laut wurden.
Während dieser Turbulenz betrat eine Gruppe von Polizeibeamten die Kirche und stellte sich zwischen die tobende Gruppe um Teufel und die übrigen Gottesdienstbesucher, von denen die meisten bestürzt schwiegen, andere erregt miteinander sprachen, einige die Kanzel schützend umstellten, andere wieder ihrer Empörung laut Luft machten.
Die Gemeinde, nach einer groben Schätzung etwa 500 Personen, stand während der ganzen Zeit, blieb aber auf meine beschwörenden Zeiche und Zurufe hin im großen und ganzen ruhig stehen, während nur einige wenige immer neu versuchten, einzelne der jungen Leute anzureden und zur Vernunft zu bringen. Als das Gebrüll soweit abgeklungen war, daß ich, unterstützt von einigen aus der Gruppe der Störenfriede selbst, die ihre eigenen Leute zur Ruhe mahnten, mir Gehör verschaffen konnte, wobei allerdings ständig einige wenige weiterschrien, rief ich etwa folgendes den Demonstranten zu: "Hier ist ein Gottesdienst, den die christliche Gemeinde seit 2000 Jahren nicht anders feiert als wir. Hier wird nicht diskutiert!" Und in Antwort auf Zwischenrufe: "Ihnen wird Gelegenheit gegeben werden, zu diskutieren! Aber nicht in der Kirche, nicht im Gottesdienst. Wir haben bereits viele Diskussionen geführt und werden es weiter tun, aber nicht hier und nicht jetzt! Bitte, hören Sie auf, den Gottesdienst zu stören!" Und als das Geschrei von neuem losging: "Bitte, verlassen Sie die Kirche!" Und zu den Gottesdienstbesuchern: "Bitte, bleiben Sie hier, die Polizei wird die Ordnung wiederherstellen!"
Beim Erscheinen der Polizei brach die Gruppe um Teufel erneut in einen brüllenden Sprechchor aus: "Bullen raus!" Es detonierten drei Knallkörper in der Kirche, und einer aus der Gruppe entrollte auf einem Kirchenstuhl stehend, eine rote Fahne und schwenkte sie.
Gleichfalls während dieser Zeit versuchten ständig junge Leute, sei es, auf die Kanzel vorzudringen, woran sie aber von einem Kirchendiener und von Gottesdienstbesuchern ohne Gewalt gehindert wurden, sei es, von unten her eine Diskussion mit mir und meinen englischen Amtsbrüdern zu beginnen. Sie brüllten irgendwelche Fragen und forderten Antwort und hörten nicht auf, mich mit Vorwürfen übelster Art zu überschütten.
Mitten in den Lärm hinein stimmte dann der Organist mit mächtigen Registern den Choral an: Ein feste Burg ist unser Gott - in den die Gemeinde sofort stehend und auswendig singend einfiel. Inzwischen hatten die Polizeibeamten einige der auffallendsten Störenfriede ergriffen und einzeln aus der Kirche herausgeführt. Andere gingen von selbst oder wurden von Kirchenbesuchern herausgedrängt. Im ganzen wurde die Gruppe sofort ruhiger und begann, sich aufzulösen, da sie erkennen mußte, daß sie akustisch gegen den Gemeindegesang und die Orgel nicht mehr ankam und auch keinerlei Sympathie bei der ihnen geschlossen gegenüberstehenden Gemeinde fand.
Nachdem alle Strophen des Chorals zu Ende gesungen waren, sagte ich der Gemeinde und dem Organisten ein zweites Lied an, den Choral: Lobt Gott getrost mit Singen - von dem wir wiederum alle Verse sangen. Gegen Schluß des Gemeindegesanges war die Ruhe eini-

germaßen wiederhergestellt, und der Gottesdienst konnte - es war gegen 23.45 Uhr - seinen Fortgang nehmen. Ich begab mich wieder an den Altar, wo ich - selbst allerdings nicht anders wie die Gemeinde in höchster Erregung - die Liturgie da wieder aufnahm, wo ich sie hatte abbrechen müssen...
Aus der Broschüre "Was ist geschehen?" (Eine Dokumentation der KWG-Kirche, hgg. vom Gemeindekirchenrat)

7. Politische Verantwortung der christlichen Gemeinde
(Thesen, erarbeitet im Auftrag der Hochschulkommission der Evangelischen Studentengemeinde in der Bundesrepublik, Dezember 1967)

1. Gestalt, Wort, Praxis und Geist Jesu Christi sind eine öffentliche Angelegenheit.
2. Sie betreffen den Menschen zugleich als Einzelperson und als soziales Wesen. Diese Reihenfolge stellt keine Zeit- oder Wertfolge dar, wie es in der Geschichte der Kirche in Europa zugunsten des Individualismus verstanden wurde.
3. Sie betreffen die geistigen und materiellen Aspekte des menschlichen Daseins in gleicher Weise. Das "Heil" des Menschen ist nach biblischem Verständnis verklammert mit dem "Heil" der Welt. Privates Heil verliert sich selbst, wenn es nicht auf öffentliches Heil ausgerichtet ist.
4. Sowenig die Bibel ein Rezeptbuch für menschliches Verhalten ist, sowenig ist sie ein geschlossenes Lehrsystem über Gott, Mensch und Welt. In ihren Geschichten erzählt sie, deutet sie: Gott als den Herren der Welt, den Menschen als sein Ebenbild; die Welt als Arbeitsfeld, zu verwalten im Sinn des Herrn; die Geschichte nicht als absurd, sondern als hinzielend auf einen neuen Menschen, eine neue Welt.
5. In diesen biblischen Geschichten werden Tendenzen sichtbar, die den Umgang des Menschen mit den Menschen, mit der Welt, mit der Geschichte prägen. So hat die Welt etwas Neues zu hoffen; sie ist nicht zu lähmen durch einen Satz von ihrer Unveränderlichkeit; die universale Liebe will ausgelegt werden gegen das "natürliche" Verhalten der Selbstbehauptung und des Egoismus; der Einzelne zählt unabhängig von seiner Leistung als "Kind Gottes". Das bedeutet: Mut zu einem sinnvollen Leben, das Neuanfang und Vergebung kennt; Gerechtigkeit und Versöhnung, die Unrecht und Krieg zersetzen.
6. Das Instrument zur Verwirklichung dieser Tendenz ist der Leib Christi, die christliche Gemeinde.
7. Sie deckt die Wirklichkeit der Welt nicht mit einem lediglich interpretierenden Überbau, sondern stellt sie in Frage, hält sie prinzipiell in jedem Bereich für veränderbar im Sinne der Tendenzen der Bibel.
8. Dazu gehören exakte Kenntnis und Analyse der Wirklichkeit. Die Experten werden hierbei leicht ihre Grenzen überschreiten und das Faktische für normativ erklären. Die Christen werden leicht ihre Grenzen überschreiten, indem sie den Appell an den guten Willen (Gottes und der Menschen) für die Tat setzen.
9. Christlicher Glaube hat immer eine politische Dimension. Gerade da, wo er sich unpolitisch versteht und verhält, ist er politisch wirksam: er sanktioniert jeweils die gewohnte Praxis und die bestehenden Verhältnisse.

Letzte Änderung: 13.10.2021

[Zum Seitenanfang] [nächste Zwischenübersicht] [Hauptübersicht] [Impressum]